This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

NEDL TRANSFER
HN 4FXE K

[redacted].4.5

HARVARD COLLEGE
LIBRARY

FROM THE FUND OF
CHARLES MINOT
CLASS OF 1828

[redacted]

Educ R 2228.4.5

Sammlung

neuer Gesetze und Verordnungen

nebst statistischen Übersichten

über das gesamte Unterrichtswesen

in der

Schweiz

in den Jahren 1883—1885.

Zusammengestellt von

C. Grob,

Redaktor der schweizer. Unterrichtsstatistik für die Landesausstellung in Zürich 1883.

Zürich,
Verlag von Orell Füssli & Cie.
1886.

Verlag von Orell Füssli & Co. in Zürich.

Das Lehrer-Seminar des Kantons Zürich
in Küsnacht.

Zur Feier des 50jährigen Jubiläums der Anstalt, in dankbarer Erinnerung gewidmet von ihrem ehemaligen Schüler

C. Grob,

Sekretär des zürcherischen Erziehungswesens.

Preis 1 Mk. 50.

Statistik
über
das Unterrichtswesen in der Schweiz
im Jahr 1881.

Im Auftrage des schweizerischen Departements des Innern auf den Zeitpunkt der schweizerischen Landesausstellung in Zürich 1883

bearbeitet von

C. Grob,

Sekretär des Erziehungswesens des Kantons Zürich.

I. Teil: Organisation und Schülerverhältnisse der Primarschulen.
II. Teil: Lehrerpersonal der Primarschulen.
III. Teil: Ökonomische Verhältnisse der Primarschulen und Arbeitsunterricht der Mädchen.
IV. Teil: Kindergärten, Fortbildungsschulen. Privatschulen.
V. Teil: Mittlere und höhere Schulen.
VI. Teil: Übersichten.
VII. Teil: Zusammenstellung der schulgesetzlichen Bestimmungen des Bundes und der Kantone, bearbeitet von Dr. **O. Hunziker**, Seminarlehrer in Küsnacht.

Preis für alle 7 Bände 12 Mark.

Einzelne Teile werden nicht abgegeben.

Die
Primarschulen der Schweiz,

Von **M. Birmann.**

National-Rat.

53 Seiten in Lex.-8° mit 2 statistischen Tafeln.

Preis 1 Mk. 50.

Über Bildung und Freizügigkeit
der Lehrer
an schweizerischen Volks- und Mittelschulen

von **H. R. Rüegg,**

Professor an der Hochschule in Bern.

Preis 60 Pfg.

Sammlung

neuer Gesetze und Verordnungen

nebst statistischen Übersichten

über das gesamte Unterrichtswesen

in der

Schweiz

in den Jahren 1883—1885.

Zusammengestellt von

C. Grob,

Redaktor der schweizer. Unterrichtsstatistik für die Landesausstellung in Zürich 1885.

Zürich,
Verlag von Orell Füssli & Cie.
1886.

HARVARD COLLEGE LIBRARY
MINOT FUND
Sept 26, 1930

Druck von Fisch, Wild & Co. in Brugg.

30-18.2
9

Vorwort.

Im Jahr 1879 hat der Unterzeichnete auf Grundlage der im Jahr 1878 erschienenen offiziellen Jahresberichte der Kantone den Versuch einer schweiz. Jahresberichterstattung über das Erziehungswesen gemacht (siehe Zeitschrift für schweiz. Statistik 1880, I. Quartalheft). Dabei wurden die Schwierigkeiten näher bezeichnet, welche in Folge unvollständiger Angaben in den kantonalen Berichten einer solchen Zusammenfassung entgegenstehen.

In der Eigenschaft als Redaktor der vom schweiz. Departement des Innern auf die Landesausstellung in Zürich 1883 veröffentlichten Statistik betreffend das Unterrichtswesen in der Schweiz im Jahr 1881, war auf Grundlage umfassender statistischer Erhebungen Gelegenheit geboten, neuerdings auf das Bedürfnis gegenseitiger Orientirung über die Schulverhältnisse in den Kantonen nachdrücklich hinzuweisen und die Notwendigkeit regelmässiger gegenseitiger Aufklärung hervorzuheben. (Siehe Vorrede zum VI. Teil des genannten Werkes.)

Ein Blick auf die neuern Jahresberichte der Erziehungsdirektionen zeigt, dass in dieser Richtung einzelne Fortschritte zu verzeichnen sind. Von den damals mit offiziellen Jahresberichten noch ausstehenden Kantonen Nidwalden, Luzern, Glarus und Appenzell I.-Rh. ist der letztere in die Reihe der alljährlichen Berichterstatter eingerückt, allerdings noch ohne statistische Übersichten. Luzern veröffentlicht dagegen noch je nur das zweite, Glarus je nur das dritte Jahr einen Bericht über das kantonale Schulwesen, und Nidwalden beharrt auf seinem Stillschweigen über die Schulverhältnisse den Miteidgenossen gegenüber.

Die meisten Berichte sind etwas einlässlicher und übersichtlicher geworden. Eine Anzahl bietet ziemlich vollständiges statistisches Material, so Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Freiburg, Solothurn (hier fehlt die Zahl der Lehrerinnen), Baselstadt, Baselland, Schaffhausen (es fehlt die Zahl der Lehrerinnen), Appenzell A.-Rh., St. Gallen (es fehlt die Zahl der Lehrerinnen und eine Zusammenstellung der Lehrer an den verschiedenen Schulstufen), Aargau, Thurgau und Tessin (hier fehlen Angaben über Lehrer an Sekundar- und Mittelschulen). In den Berichten der Kantone Graubünden und Waadt fehlen die Angaben über Schüler, in den Berichten der Kantone Neuenburg und Genf diejenigen über Lehrer

und Lehrerinnen. Wallis bringt keine Zusammenstellungen der Schüler, Lehrer und Lehrerinnen, Glarus keine Angaben über Schüler und Lehrer. Einige Kantone unterscheiden nicht Schüler und Schülerinnen, aus andern Berichten wird die Organisation der Primarschule (Klassen, Zahl der Schuljahre) nicht ersichtlich, eine Zusammenstellung der jährlichen Ausgaben des Staates und der Gemeinden für das Schulwesen fehlt noch in der Mehrzahl dieser offiziellen Kundgebungen.

Die nachfolgende Arbeit hat den Zweck, die gegenseitige Orientirung im Unterrichtswesen unter den 25 selbständigen Kantonen unseres Vaterlandes fortzusetzen und wo möglich zu einer regelmässigen alljährlich wiederkehrenden zu gestalten. Es schwebt dem Verfasser ein Jahrbuch über schweiz. Sehulverhältnisse vor, welches einerseits die von den Kantonen erlassenen Gesetze, Verordnungen, Reglemente etc. betreffend das gesamte Unterrichtswesen im Orginaltext, anderseits jeweilen einige statistische Tabellen über die faktischen Schulverhältnisse enthalten würde.

Mit dieser Arbeit ist zugleich ein Anschluss gesucht an die Unterrichtsstatistik für die schweiz. Landesausstellung in Zürich 1883, und zwar einerseits an Teil VII des genannten Werkes, seinerzeit bearbeitet von Dr. O. Hunziker, in der Weise, dass sämtliche seit 1883 erschienenen schulgesetzlichen Verordnungen von einiger Bedeutung inhaltlich geordnet im Originaltext aufgenommen sind, und anderseits an die Teile I—VI, bearbeitet vom Unterzeichneten, in der Weise, dass in einigen statistischen Zusammenstellungen eine Vergleichung mit frühern Resultaten angebahnt wird.

Hiebei sah sich der Verfasser angewiesen, nach beiden Richtungen das Entgegenkommen der Büreaux der kantonalen Erziehungsdirektionen sowie des Schweiz. Handels- und Landwirtschaftsdepartements in Anspruch zu nehmen, und er steht nicht an, hier anerkennend zu bezeugen, dass das gewünschte Material bereitwillig zur Verfügung gestellt wurde.

Für die Zukunft könnte diese Arbeit bedeutend erleichtert werden, wenn je nach Erscheinen der betreffenden Drucksachen dem Unterzeichneten ein Exemplar übermittelt und in den gegenseitig ausgetauschten offiziellen Jahresberichten überall wenigstens folgenden Angaben Platz gewährt würde.

Primarschulen (Lehrer, Lehrerinnen, Schüler, Schülerinnen), Fortbildungsschulen, obligatorische und freiwillige (Lehrer, Lehrerinnen, Schüler, Schülerinnen), Arbeitsschulen (Lehrerinnen, Schülerinnen), Sekundarschulen (Lehrer, Lehrerinnen, Schüler, Schülerinnen), Höhere Schulen (Lehrer, Lehrerinnen, Schüler, Schülerinnen), Privatschulen (Lehr- und Schülerpersonal), Kleinkinderschulen (Lehrerinnen, Kinder), Staats- und Ge-

meindeausgaben für das Unterrichtswesen, Schulvermögen (Assekuranzwert der Schulhäuser, Schulfonds, Passiven).

Da das gesammelte Material sich auf 3 Jahre erstreckt, musste dasselbe für einmal noch etwas ausgewählt werden und weniger wichtiges unberücksichtigt bleiben.

Aus der Anordnung wird das Bestreben erkennbar sein, den allgemein schweizerischen Standpunkt in den Vordergrund zu stellen und doch alle Kantone an der gemeinsamen Arbeit Teil nehmen zu lassen. Freilich wird es nicht möglich werden, alljährlich den Kranz der 25 Bundesstaaten vollzählig erscheinen zu lassen, da begreiflicherweise in den kleineren Kantonen, wo nur Volksschulen bestehen, in so kurzen Zeiträumen wenig neues geschehen kann. Eine Rückäusserung aus Nidwalden lautet in dieser Richtung: „Die Behörden sind aufrichtig bestrebt, unser Unterrichtswesen den Anforderungen der Zeit entsprechend immer mehr zu heben; diese Bestrebungen kommen indessen natürlich mehr durch Mahnungen, Belehrungen, Ermunterungen an die einzelnen Schulen zum Ausdruck, als durch allgemeine Verordnungen.“ Aus Appenzell I.-Rh. wird beigefügt: „Erwähnenswert dürften lediglich die Bestrebungen zu sittlicher Hebung der Jugend — im Einklang mit der Schulbildung — in einem Rundschreiben sein.“

Wenn diese Sammlung zur gegenseitigen Orientirung fleissig nachgeschlagen wird, und wenn die statistischen Angaben im Anhang dazu führen, dass das gebotene Material an Hand der offiziellen Jahresberichte der Kantone von Jahr zu Jahr berichtigt werden kann, so kann sie ihren Zweck nicht verfehlen.

Zürich, den 15. April 1886.

C. G.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort III

A. Eidgenössische Gesetze und Verordnungen.

1. *1.* Bundesbeschluss betreffend die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund. (Vom 27. Juni 1884) 1
2. *2.* Bundesbeschluss betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung. (Vom 27. Juni 1884) 2
3. *3.* Reglement über Vollziehung des Bundesbeschlusses betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung. (Vom 27. Januar 1885) . . 3
4. *4.* Vollziehungsverordnung zum Bundesbeschluss betreffend die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund (Vom 20. März 1885) . . 5
5. *5.* Verordnung über die Einführung des Turnunterrichts für die männliche Jugend vom 10. bis und mit dem 15. Altersjahre. (Vom 16. April 1883) 8
6. *6.* Programm für die Errichtung von Schulgärten nebst Bestimmung der Verwendung der dem Schweizerischen landw. Verein hiefür bewilligten Bundessubvention von Franken 3500 10

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Unterrichtswesen im allgemeinen.

a) Staatsverfassungen.

7. *1.* Constitution du Canton de Vaud. Referendum du 7 juillet 1885 . . 12
8. *2.* Staatsverfassung für den Kanton Aargau. Volksabstimmung vom 7. Juli 1885 12

b) Allgemeine Schulgesetze.

9. Schulgesetz für den Kanton Glarus. Letzte Veränderung durch Beschluss der Landsgemeinde vom 3. Mai 1885 13

II. Primarschulen.

a) Gesetze.

10. *1.* Loi du 17 mai 1884 sur l'instruction primaire. (Kanton Freiburg) . 19
11. *2.* Gesetz, betr. Revision des Art. 22 des Schulgesetzes. (Kanton Schaffhausen) 36
12. *3.* Gesetz betreffend die Organisation des Schulinspektorats. Referendum vom 25. Oktober 1885. (Kanton Baselland) 36

b) Verordnungen, Lehrpläne, Reglemente.

13. *1.* Lehrziel für die Primarschulen in Basel. Vom Erz.-R. genehmigt den 13. März 1884 37
14. *2.* Lehrplan für die Primarschulen des Kantons Solothurn. Begutachtet durch die kant. Schulsynode den 24. Aug. 1885. Vom Reg.-Rath genehmigt 1. Okt. 1885 44
15. *3.* Reglement für den Schulinspektor des Kantons Basellandschaft. Vom 30. Dezember 1885 55

c) Kreisschreiben.

16. *1.* Kreisschreiben des Erziehungsrates an die Bezirks-, Sekundar- und Gemeinde-Schulpflegen, sowie an die Schulkapitel betr. den Schuleintritt. (Vom 9. Mai 1885.) (Kanton Zürich) 57
17. *2.* Kreisschreiben der Erziehungsdirektion an die Primarlehrer, betr. den Schuleintritt. Vom 5. Mai 1885. (Kanton Baselland) 58
18. *3.* Instruction pour l'application de l'art. 73 de la loi (libération de 12 ans) 1er mars 1884 (Kanton Waadt) 58

Seite

19. *4.* Kreisschreiben des Erziehungsrates an die Gemeinde- und Sekundarschulpflegen betreffend Vorsorge für dürftige Schulkinder vom 10. Januar 1883. (Kanton Zürich) 59

20. *5.* Fürsorge für arme Schulkinder. Kreisschreiben des Erziehungs-Departements. Vom 12. Dezember 1884. (Kanton St. Gallen) . . . 59

21. *6.* Kreisschreiben des Erziehungsdepartements an die Ortsschulräte betreffend Einrichtung von Schulgärten. Vom 15. Januar 1883. (Kanton St. Gallen) 60

III. Fortbildungsschulen, Rekrutenschulen.

a) Gesetze und Verordnungen.

22. *1.* Loi du 12 novembre 1883 sur les cours complémentaires d'instruction publique primaire. Arrêté du Grand Conseil. (Kanton Waadt) . . 60

23. *2.* Verordnung betreffend die kantonalen Rekrutenschulen im Kanton Schwyz. Vom 2. Dezember 1885 62

b) Regulative.

24. *1.* Regulativ für Unterstützung der Fortbildungsschulen im Kanton Appenzell A.-Rh. Genehmigt vom Kantonsrate den 12. November 1883 . 63

25. *2.* Regulativ für die graubündnerischen Fortbildungs- und Repetirschulen. Vom Grossen Rat angenommen den 16. Januar 1884 . . . 63

c) Kreisschreiben.

26. *1.* Kreisschreiben des Erziehungsrates an die Schulkommissionen und die Lehrerschaft an Rekrutenschulen. Vom 13. November 1884. (Kanton Zug) 65

27. *2.* Kreisschreiben des Erziehungsdepartements des Kantons Wallis an die Gemeinde- und Schulbehörden. Vom 5. September 1885 . . . 66

IV. Mädchen-Arbeitsschulen.

a) Gesetze.

28. Gesetz über weibliche Arbeitsschulen. Vom 14. Oktober 1883. (Kanton Graubünden) 66

b) Verordnungen, Lehrpläne.

29. *1.* Reglement und Lehrplan für die Mädchen-Arbeitsschulen des Kantons Thurgau. Vom Regierungsrat genehmigt am 31. Weinmonat 1884 . 67

30. *2.* Lehrplan für die fünfklassigen Arbeitsschulen des Kantons Graubünden. 1884 73

31. *3.* Normallehrplan für die Mädchenarbeitsschulen des Kantons Appenzell A.-Rh. Vom Regierungsrate genehmigt den 25. September 1884 . . 74

32. *4.* Lehrplan für die sechsklassigen Arbeitsschulen des Kantons Aargau. Erlass des Erziehungsrates. Genehmigt vom Regierungsrate am 25. Mai 1885 75

33. *5.* Beschluss des Erziehungsrates betreffend ausserordentliche Inspektion der Mädchenarbeitsschulen. Vom 28. Februar 1885. (Kanton Zürich) . 77

34. *6.* Reglement betreffend die Beaufsichtigung der Arbeitsschulen und die Einrichtung der Bildungskurse. Erlass der Erziehungsdirektion vom 12. Juni 1885. (Kanton Aargau) 78

V. Sekundarschulen.

Reglemente und Lehrpläne.

35. *1.* Lehrziel der Mädchen-Sekundarschule in Basel. 1883 85

36. *2.* Reglement für die zugerischen Sekundarschulen. Erlass des Erziehungsrates vom 2. Januar 1884 85

37. *3.* Lehrplan für die Sekundarschulen mit einem Lehrer. Vom Kantonsschulrat erlassen am 16. April 1884. (Kanton Glarus) 87

38. *4.* Lehrplan für die Sekundarschulen. Vom 25. Februar 1885. §§ 29—31 und 68 des Erziehungsgesetzes von 1879. (Kanton Luzern) . . . 89

Seite

39. 5. Programma per le Scuole Maggiori maschili stabilito del Consiglio di Stato. Maggio 1885. (Kanton Tessin) 92
40. 6. Programma per le Scuole Maggiori femminili stabilito del Consiglio di Stato. Maggio 1885. (Kanton Tessin) 92

VI. Lehrerschaft.

a) Bestand und Organisation.

41. 1. Beschluss des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt betreffend den Ausschluss von Mitgliedern religiöser Genossenschaften von der Lehrtätigkeit. Vom 5. Februar 1884 93
42. 2. Reglement für die Thurgauische Schulsynode. Vom Regierungsrat genehmigt am 15. September 1883 93

b) Patentprüfungen.

43. 1. Ordnung betreffend die Erfordernisse für die Anstellung von Lehrern und Lehrerinnen an den öffentlichen und privaten Primar- und Mittelschulen und die Einrichtung von Prüfungen für Primarlehrer und Lehrerinnen. Erlass des Erziehungsrates vom 28. Juni 1883. Genehmigt vom Regierungsrate den 20. Oktober 1883. (Kanton Basel-Stadt) . . . 95
44. 2. Reglement für die Patent-Prüfungen von Sekundarlehrern des Kantons Bern. Vom 11. August 1883. § 29 des Gesetzes betr. das Schulwesen vom 24. Juni 1856 96
45. 3. Reglement für die Prüfung von Primar-Lehrern und Lehrerinnen und von Arbeits-Lehrerinnen. (Siehe § 6 der Ordnung vom 28. Juni 1883.) Erlass des Erziehungsrates vom 11. Oktober 1883. (Kanton Basel-Stadt) 103
46. 4. Regulativ für die Prüfung von Primarlehrern im Kanton Glarus. Vom Kantonsschulrat erlassen am 5. Mai 1884 107
47. 5. Reglement für die Patentprüfungen der Primar-Lehrer und Lehrerinnen des Kantons Bern. S. §§ 29 und 36 des Gesetzes über das Schulwesen vom 26. Juni 1856 und Gesetz über die Lehrerbildungsanstalten vom 18. Juli 1873. Erlass des Regierungsrates vom 2. April 1885 . . 110

c. Witwen- und Waisenstiftungen, Unterstützungs- und Pensionskassen.

48. 1. Statuten der Witwen- und Waisenstiftung für zürcherische Volksschullehrer. Erlass des Regierungsrates vom 24. Dez. 1883. (Kanton Zürich) 112
49. 2. Statuten der Unterstützungskasse für die Volksschullehrer des Kantons St. Gallen. Erlass des Erziehungsrates vom 31. Januar 1884. Vom Regierungsrate genehmigt den 2. Februar 1884 113
50. 3. Statuten der Lehrerpensionskasse des Kantons Appenzell A.-Rh. Vom Kantonsrate genehmigt den 3. März 1884 118
51. 4. Statuten des Lehrer-Unterstützungs-Vereins des Kantons Zug. Vom 12. Mai 1864 und 19. November 1884. Vom Erziehungsrate genehmigt am 1. Mai 1885 121

VII. Lehrer- und Lehrerinnenseminarien.

a. Verordnungen.

52. Reglement für das deutsche Lehrerseminar. Erlass des Regierungsrates vom 3. März 1883. § 15 des Gesetzes betr. die Lehrerbildungsanstalt, vom 18. Juni 1875. (Kanton Bern) 124

b. Lehrpläne.

53. 1. Unterrichtsplan für das deutsche Lehrer-Seminar. Erlass der Erziehungsdirektion vom 1. Oktober 1884. § 2 lit. b. des Reglements vom 3. März 1883. (Kanton Bern) 134
54. 2. Programme de l'école normale de Delémont. Arrêté du Département de l'instruction publique, du 15 mars 1885. Art. 2 de la loi sur les écoles normales du 18 juillet 1875 135
55. 3. Programmi per le scuole normali stabilito del consiglio di Stato, 28 maggio 1885. (Kanton Tessin) 137

Seite

56. *4.* Programme d'études de l'école normale des instituteurs du Jura bernois. Du 4 août 1885. Art. 2 de la loi sur les écoles normales du 18 juillet 1875. Art. 2 du règlement de l'école normale française des instituteurs du 31 décembre 1875. (Kanton Bern) 137

VIII. Gewerbliche und landwirtschaftliche Berufsschulen und Kurse.

a. Anordnung von Prüfungen.

57. *1.* Reglement des Regierungsrates betreffend die Ausstellung von Fähigkeitszeugnissen und Fachdiplomen am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. Vom 19. Januar 1884 139

58. *2.* Regulativ des Erziehungsrates betreffend die Anordnung und das Programm der Fähigkeitsprüfungen am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Siehe § 9 des Reglements betreffend die Ausstellung von Fähigkeitszeugnissen etc. vom 14. November 1883.) Vom 25. Juni 1884 . 139

b. Organisation von Kursen.

59. *1.* Erster Instruktionskurs für Zeichnungslehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. Erlass der Aufsichtskommission vom 19. Februar 1885 142

60. *2.* Programme de l'enseignement agricole, donné à Lausanne durant l'hiver 1885—1886 144

61. *3.* Einrichtung und Lehrprogramm der landwirtschaftlichen Winterschule in Zug. Genehmigt vom Kantonsrate am 5. August 1885 145

IX. Kantonsschulen.

a. Gesetze.

62. Gesetz über die Organisation der Kantonsschule. Volksabstimmung vom 15. April 1883. (Kanton Thurgau) 147

b. Verordnungen.

63. *1.* Règlement général pour le Collège Saint-Michel. Du 4 août 1883. (Kanton Freiburg) 149

64. *2.* Reglement für die Kantonsschule. Vom 8. September 1883. (Kanton Solothurn) 157

c. Lehrpläne.

65. *1.* Lehrplan der aargauischen Kantonsschule. Erlass des Erziehungsrates vom 15. März 1883. Vom Regierungsrate genehmigt am 9. April 1883. 164

66. *2.* Normallehrplan der thurgauischen Kantonsschule. Regierungsbeschluss vom 1. Februar 1884 167

67. *3.* Beschluss des Erziehungsrates des Kantons Luzern betreffend den Lehrplan der Realschule. Vom 15. Oktober 1885 170

d. Prüfungsreglemente.

68. *1.* Regulativ für die Maturitätsprüfungen an den Literar- und Realgymnasien im Kanton Bern. Vom 15. März 1883 171

69. *2.* Reglement über die Maturitätsprüfungen am Gymnasium in Schaffhausen. Erlass des Erziehungsrates vom 20. August 1885 174

70. *3.* Reglement für die Maturitätsprüfung an der Gymnasial-Abteilung der thurgauischen Kantonsschule. Vom 1. September 1885 178

71. *4.* Reglement für die Maturitätsprüfung an der Industrie-Abteilung der thurgauischen Kantonsschule. Vom 1. September 1885 181

72. *5.* Vertrag betreffend Übergang aus der thurgauischen Kantonsschule an das eidg. Polytechnikum. Vom 24/28. März 1883 . . . . 1 5

X. Töchterschulen.

73. *1.* Ordnung für die Fortbildungsklassen an der Töchterschule. Vom 29. März 1884. (Kanton Basel-Stadt) 1 6

74. *2.* Lehrplan der Töchterschule in Basel. Vom Erziehungsrate genehmigt den 12. April 1883 8

Seite

75. *3.* Reglement für die an den Fortbildungsklassen der obern Töchterschule in Basel abzuhaltenden Abgangsprüfungen. Beschluss des Erziehungsrates vom 11. Juli 1884 193

XI. Hochschulen, Fakultäten und Tierarzneischulen.

a. Gesetze.

76. *1.* Loi sur l'enseignement supérieur. Du 31 mai 1883. (Kanton Neuenburg) 196
77. *2.* Gesetz betreffend die Tierarzneischule. Volksabstimmung vom 5. Juli 1885. (Kanton Zürich) 204

b. Verordnungen und Reglemente etc.

78. *1.* Règlement d'ordre et de discipline pour la Faculté de Droit de Fribourg. Du 10 février 1883 207
79. *2.* Règlement général pour le Gymnase cantonal et l'Académie de Neuchâtel. Arrêté du Conseil d'Etat du 9 juillet 1885 214
80. *3.* Règlement pour la Faculté des Lettres de l'Académie de Lausanne. Du 20 juillet 1883. (Kanton Waadt) 217
81. *4.* Règlement de l'Université de Genève. Approuvé par le Conseil d'Etat. Arrêté du 26 février 1884 219
82. *5.* Universitäts-Ordnung. Vom Regierungsrat genehmigt am 7. März 1885. (Kanton Zürich) 232
83. *6.* Reglement für das deutsche Lehrerseminar an der Hochschule Bern. Vom 1. Juli 1885 240
84. *7.* Reglement für den Tierspital an der Tierarzneischule in Zürich. (Siehe § 16 des Gesetzes betreffend die Tierarzneischule vom 5. Juli 1885.) Vom 26. Dezember 1885 241

c. Prüfungsreglemente.

85. *1.* Reglement des Regierungsrates betreffend die Aufnahme von Studirenden an die Hochschule. (Siehe das Unterrichtsgesetz §§ 141, 192 nebst Ergänzung vom 18. Mai 1873 und die Verordnung für die eidg. Medizinalprüfungen vom 2. Juli 1880.) Vom 1. September 1883. (Kant. Zürich) 243
86. *2.* Reglement für die Patentprüfungen von Kandidaten des höheren Lehramts. Vom 11. August 1883. (§ 29 des Gesetzes betreffend das Schulwesen vom 24. Juni 1856). (Kanton Bern) 246
87. *3.* Reglement des Regierungsrates betreffend die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den philologisch-historischen Fächern. Vom 29. Februar 1884. (Kanton Zürich) 254
88. *4.* Reglement über die Erteilung der Doktorwürde an der philosophischen Fakultät der Hochschule Bern. Vom 5. November 1884 260
89. *5.* Promotionsordnung für die medizinische Fakultät der Hochschule Zürich. Vom Regierungsrate genehmigt am 30. Mai 1885 261

d. Witwen- und Waisenstiftung.

90. Statuten der Witwen und Waisenstiftung für die reformirte Geistlichkeit der höhern Unterrichtsanstalten des Kantons Zürich. Vom 5. Dez. 1885 263

C. Statistische Übersichten (1884).

I. Primarschulen 265
II. Fortbildungsschulen, Rekrutenschulen etc. 266
III. Arbeitsschulen für Mädchen 266
IV. Sekundarschulen 267
V. Lehrer- und Lehrerinnenseminarien 267
VI. Mittelschulen. (Kantonsschulen, Gymnasien, Industrieschulen, Töchterschulen etc.) 268
VII. Hochschulen, Akademien, Tierarzneischulen, Fakultäten. (Winter 1884/85) 270
VIII. Beiträge des Bundes an landwirtschaftliche Schulen und Kurse. (1885) . 271
IX. Ausgaben des Bundes für die gewerbliche Bildung in den Kantonen. (1885) 272

A. Eidgenössische Gesetze und Verordnungen.

1. *1.* **Bundesbeschluss betreffend die Förderung der Landwirtschaft** durch den Bund. (Vom 27. Juni 1884.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 4. Dezember 1883, beschliesst:

Art. 1. Zur Förderung der Landwirtschaft wird der Bund die in nachfolgenden Artikeln aufgeführten Massnahmen treffen und von den Kantonen oder landwirtschaftlichen Vereinen in's Leben gerufene Institutionen und Vorkehrungen unterstützen.

A. Landwirtschaftliches Unterrichtswesen und Versuchsanstalten.

Art. 2. Der Bundesrat ist ermächtigt, Schülern, welche sich als Landwirtschaftslehrer oder Kulturtechniker ausbilden wollen, unter folgenden Bedingungen Stipendien bis zum Betrage von je 400 Franken per Jahr zu erteilen:

a. Dieselben müssen sich mindestens ein Jahr mit praktischer Landwirtschaft befasst haben.
b. Die Kantone, denen sie angehören, müssen ein Stipendium von demselben Betrage wie das eidgenössische gewähren.
c. Die Stipendiumgenössigen haben sich zu verpflichten, nach Ablauf ihrer Stipendienzeit während sechs Jahren ihre Tätigkeit der schweizerischen Landwirtschaft zu widmen.

Wer ohne hinreichende, vom Bundesrate zu würdigende Gründe dieser Verpflichtung nicht nachkommt, ist gehalten, die genossenen Stipendien zurückzuerstatten.

Der Bundesrat kann auch Reisestipendien für landwirtschaftliche Studien und Untersuchungen erteilen.

Er wird die besonderen Vorschriften betreffend die Ausrichtung der in diesem Artikel überhaupt bezeichneten Stipendien erlassen.

Art. 3. Kantonen, welche theoretisch-praktische Ackerbauschulen und landwirtschaftliche Sommer- oder Winterkurse eingerichtet haben oder einzurichten gedenken und dem Bundesrate das bezügliche Schulprogramm zur Genehmigung vorlegen, kann, in der Voraussetzung, dass Schüler aus allen Kantonen unter den gleichen Bedingungen Aufnahme in die Schule finden, eine regelmässige jährliche Subvention verabfolgt werden.

Unter Bedingungen, die der Bundesrat aufstellen wird, können auch solche Kantone Unterstützungen erhalten, die landwirtschaftliche Wandervorträge und Spezialkurse abhalten lassen[1]).

G. Allgemeine und Schlussbestimmungen.

Art. 18. Der Bundesrat wird darüber wachen, dass die Opfer des Bundes nicht eine Verminderung der bisherigen Leistungen der Kantone und landwirtschaftlichen Vereine zu Gunsten der Landwirtschaft zur Folge haben, sondern ausschliesslich dazu dienen, die in gegenwärtigem Beschlusse namhaft gemachten Institutionen und Massregeln zu fördern und zu vervollkommnen.

---

[1]) Die Art. 4—17 beziehen sich auf anderweitige Förderungen der Landwirtschaft, sowie auf Förderung der Tierzucht.

2. *2.* **Bundesbeschluss betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung.** (Vom 27. Juni 1884.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 20. November 1883, beschliesst:

Art. 1. Zur Förderung der gewerblichen und industriellen Berufsbildung leistet der Bund an diejenigen Anstalten, welche zum Zwecke jener Bildung errichtet sind oder errichtet werden, Beiträge aus der Bundeskasse.

Wenn eine Anstalt noch andere als diese Berufsbildung, z. B. die allgemeine Bildung, zum Ziele hat, so wird der Beitrag des Bundes nur für erstere ausgerichtet.

Art. 2. Als Anstalten für die gewerbliche und industrielle Ausbildung sind zu betrachten:

Die Handwerkerschulen, die gewerblichen Fortbildungs- und Zeichnungsschulen, auch wenn sie in Verbindung mit der Volksschule stehen; die höhern industriellen und technischen Anstalten, die Kunst- und Fachschulen, die Muster-, Modell- und Lehrmittelsammlungen, die Gewerbe- und Industriemuseen.

Art. 3. Der Bund kann auch an die Kosten von Wandervorträgen und an die Honorirung von Preisaufgaben über die gewerbliche und industrielle Bildung Beiträge leisten.

Art. 4. Die Beiträge des Bundes belaufen sich je nach dem Ermessen des Bundesrates bis auf die Hälfte der Summe, welche jährlich von den Kantonen, Gemeinden, Korporationen und Privaten aufgebracht wird.

Art. 5. Der Bundesrat wird sich von den Kantonsregierungen über die Verwendung der im Artikel 4 erwähnten Summen nähere Auskunft geben lassen; er nimmt Einsicht von den Leistungen der Anstalten und lässt sich die Lehrprogramme, Berichte und Prüfungsresultate vorlegen.

Bei der Festsetzung des Bundesbeitrages ist darauf Rücksicht zu nehmen, ob an einer Anstalt Lehrer für den gewerblichen Berufsunterricht herangebildet werden. Insbesondere ist auf die Heranbildung von Zeichnungslehrern für Handwerker- und Fortbildungsschulen Bedacht zu nehmen.

Der Bund beteiligt sich in gleicher Weise an den Kosten der Ausbildung von Lehramtskandidaten für die im Artikel 2 genannten Anstalten.

Art. 6. Der Bundesrat wird mit den Kantonsregierungen über die Bedingungen der Mitwirkung des Bundes bei der gewerblichen und industriellen Berufsbildung unterhandeln und mit denselben das nähere festsetzen, und zwar vertraglich, wenn er dies für angezeigt erachtet.

Art. 7. Die Beiträge des Bundes dürfen keine Verminderung der bisherigen Leistungen der Kantone, Gemeinden, Korporationen und Privaten zur Folge haben; sie sollen vielmehr dieselben zu vermehrten Leistungen auf dem Gebiete der gewerblichen und industriellen Berufsbildung veranlassen.

Art. 8. In das Budget des Bundes wird ein jährlicher Kredit von Fr. 150,000 für die Unterstützung der gewerblichen und industriellen Berufsbildung aufgenommen. Dieser Kredit kann erhöht werden, wenn das Bedürfnis hiefür sich fühlbar macht und wenn die finanzielle Lage des Bundes es erlaubt.

Für 1884 wird dem Bundesrat zu diesem Zwecke als Nachtragskredit eine Summe von Fr. 100,000 zur Verfügung gestellt.

Art. 9. Der Bundesrat ist beauftragt, auf Grundlage der Bestimmungen d Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874, betreffend Volksabstimmung über Bunde gesetze und Bundesbeschlüsse, die Bekanntmachung dieses Beschlusses zu ve anstalten und den Zeitpunkt des Inkrafttretens desselben festzustellen.

3. *3.* **Reglement über Vollziehung des Bundesbeschlusses betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung. (Vom 27. Januar 1885.)**

Der schweizerische Bundesrat, in Vollziehung des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1884 betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung; auf den Antrag des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, beschliesst:

Art. 1. Gesuche um Beiträge aus der Bundeskasse an die Kosten der gewerblichen und industriellen Berufsbildung sind an das schweizerische Handels- und Landwirtschaftsdepartement zu richten und müssen von den Kantonsregierungen übermittelt werden, nachdem sie dieselben zuerst geprüft und ausführlich begründet haben.

Art. 2. Das für eine Anstalt zum ersten Mal gestellte Gesuch muss enthalten:

A. In Bezug auf die Organisationsverhältnisse:

a. die genaue Bezeichnung und das Domizil der Anstalt;
b. die Bezeichnung ihres Eigentümers;
c. Dauer ihres Bestandes, Zeitpunkt der Entstehung;
d. eine ausführliche Beschreibung der Anstalt, Angaben über Organisation, Einteilung, Zweck, Betrieb, Frequenz, Recht der Benutzung;
e. sämtliche bis dahin gedruckten oder sonstwie vervielfältigten, über die Anstalt Aufschluss erteilenden Dokumente, wie Gesetze, Dekrete, Verordnungen, Reglemente, Programme, Statuten, Jahresberichte, Rechenschaftsberichte, Kataloge etc.

B. In Bezug auf die Finanzverhältnisse:

a. spezifizirte Betriebsrechnung des letzten Betriebsjahres;
b. spezifizirtes Betriebsbüdget des zu subventionirenden Betriebsjahres.
In diesen Dokumenten sind genau auszuweisen:
die Beiträge und sonstigen Leistungen des Kantons,
" " " " " von Gemeinden,
" " " " " " Vereinen und Korporationen,
" " " " " " Privaten,
die spezielle Verwendung dieser Beiträge;
c. Angaben über das Bestehen, eventuell die Höhe von Gebühren für die Benutzung der Anstalt (Schulgeld, Eintrittsgeld etc.);
d. die beabsichtigte Verwendung eines Bundesbeitrages, Aufstellung einer bezüglichen detaillirten und motivirten Berechnung; die Ausgaben, welche bisher nicht gemacht worden, sondern neu für das folgende Betriebsjahr bestimmt sind, müssen genau ausgeschieden werden.
e. Betrag des Vermögens der Anstalt; Bilanz.

Art. 3. Speziell für Schulen (incl. Fachkurse) werden ausserdem verlangt:
a. Angaben über ihre Einteilung in Schuljahre, Klassen, Kurse etc. und die Dauer derselben;
b. Mitteilung der Zahl der jährlichen Schulwochen und der Verteilung derselben auf die Monate des Jahres;
c. das Lehrprogramm: Lehrerpersonal, Unterrichtsfächer, wöchentliche Stundenzahl, Stundenplan etc.;
d. Angaben über Zahl, Geschlecht und Altersgrenzen der Schüler;
e. Skizzirung der Frequenz der einzelnen Fächer, obligatorischer oder fakultativer Charakter des Besuches;
f. Mitteilung, ob und wie an der Anstalt Lehrer für den gewerblichen Berufsunterricht, namentlich Zeichnungslehrer für die Handwerker- und Fortbildungsschulen herangebildet werden.

Art. 4. Gesuchen um Beiträge an Sammlungen (Art. 2, Absatz 2 des zitirten Bundesbeschlusses) sind die Statuten, Reglemente und Berichte, welche über den Zweck der Sammlung, über das Recht zur Benutzung derselben, über die bisherige Frequenz u. s. w. Aufschluss geben, beizulegen.

Die Statuten müssen nähere Bestimmungen über die Verwendung der vom Bunde subventionirten Anschaffungen für den Fall des Eingehens der Anstalt enthalten.

Art. 5. Gesuche um Subventionirung von Wandervorträgen, Honorirung von Preisaufgaben über gewerbliche und industrielle Berufsbildung und Erteilung von Stipendien an Lehramtskandidaten für die in Art. 2 des Bundesbeschlusses genannten Anstalten sind nach Vorschrift von Art. 1 oben zu behandeln.

Die Ausrichtung von Stipendien an Lehramtskandidaten wird davon abhängig gemacht, dass auch von der Kantonsregierung ein solches zugesichert sei; das Stipendium des Bundes kann bis auf den Betrag des kantonalen gehen. Der Empfänger eines eidgenössischen Stipendiums verpflichtet sich, über seine Studien jedes Semester wenigstens ein Mal dem Handels- und Landwirtschaftsdepartement zu berichten und nach Vollendung derselben an einer der in Art. 2 des zitirten Bundesbeschlusses genannten schweizerischen Anstalten zu wirken.

Art. 6. Gesuche für bestehende Anstalten, welche vom Bunde bereits subventionirt worden sind, müssen enthalten:

a. einen ausführlichen Bericht über den Gang, die Leistungen und die Frequenz der Anstalt während des abgelaufenen Betriebsjahres; bei Schulen speziell unter Berücksichtigung der in Art. 3 oben berührten Punkte und unter Beifügung einer kurzen Charakterisirung der Prüfungsresultate;

b. ein ausführliches Programm für das folgende Betriebsjahr;

c. die in Art. 2, sub B, a—e bezeichneten Angaben, sowie einen genauen und detaillirten Ausweis über die Verwendung des Bundesbeitrages.

Gedruckte Jahresberichte, Jahresrechnungen etc. sind beizulegen.

Art. 7. Von den Gesuchstellern dürfen in der Regel nicht in Rechnung gebracht werden:

a. Ausgaben für allgemeine Administration, Büreaukosten, Lokalmiete, Unterhalt der Lokale, Beleuchtung, Heizung;

b. Ausgaben für Schulmobiliar, Mobiliar (Schränke etc.) für Sammlungen, zum Gebrauch der Schüler bestimmtes gewöhnliches Schulmaterial (Papier etc.);

Dagegen dürfen in Rechnung gestellt und subventionirt werden:

a. Ausgaben für Rohstoffe, Werkzeuge, Apparate für den Unterricht (in Werkstätten etc.) und Sammlungen;

b. Ausgaben für gewisse, dem speziellen Gebrauch der betreffenden Anstalten dienende Installationen.

Das schweizerische Handels- und Landwirtschaftsdepartement wird den einzelnen Fall prüfen und je nach den Verhältnissen entscheiden.

Art. 8. Dem schweizerischen Handels- und Landwirtschaftsdepartement ist über die eine Bundessubvention beanspruchenden Anstalten alle weitere Auskunft zu geben, welche es für nötig hält.

Art. 9. Das schweizerische Handels- und Landwirtschaftsdepartement ist ermächtigt, unter Vorbehalt endgültigen Entscheides des Bundesrates von sich aus die in Art. 1 bezeichneten Gesuche innert den Grenzen des Büdgets zu erledigen und den Betrag einer auszurichtenden Bundessubvention in jedem einzelnen Falle zu bestimmen.

Art. 10. Die Beiträge des Bundes können je nach Umständen bis auf die Hälfte der jährlich seitens der Kantone, Gemeinden, Korporationen und Privaten aufgebrachten Summen sich belaufen. Die von den Kantonen und Gemeinden

bisher übernommenen Subsidien dürfen nicht vermindert werden. Bezüglich der seitens der Korporationen und Privaten zugesicherten Beiträge kann das schweiz. Handels- und Landwirtschaftsdepartement, wenn dasselbe es für nötig erachtet, Garantie für eine bestimmte Zeitdauer verlangen; hört deren Leistung auf, so werden für die Subvention durch den Bund einzig die Beiträge der Kantone und Gemeinden in Berechnung gezogen.

Art. 11. Dem Handels- und Landwirtschaftsdepartement ist durch Vermittlung der Kantonsregierung alljährlich ein Inventar über die mit Bundessubvention gemachten Anschaffungen, für dessen Richtigkeit die Regierung haftet, zur Prüfung und Kontrolirung mitzuteilen.

Von den Kantonsregierungen ist ferner die Verpflichtung zu übernehmen, solche Anschaffungen stets öffentlichen Zwecken dienstbar zu erhalten, wenn die Anstalt, zu welcher sie ursprünglich gehört, eingehen sollte.

Art. 12. Die subventionirten Sammlungen sollen die angeschafften Gegenstände möglichst zugänglich machen, zu Wanderausstellungen und Ausleihen derselben an Private, immerhin gegen Garantie, und zur Vervielfältigung durch Photographie, Zeichnung etc. Hand bieten.

Art. 13. Es kann für die ganze Dauer eines mehrjährigen Unterrichtskurses eine Bundessubvention bewilligt werden, mit dem Vorbehalt jedoch, dieselbe zu künden, wenn die Anstalt vor Beendigung des Kurses eingehen oder während desselben unbefriedigende Leistungen aufweisen sollte.

Art. 14. Das Handels- und Landwirtschaftsdepartement hat die Befugnis, von den Leistungen der vom Bunde subventionirten Anstalten selbst oder durch Delegirte jederzeit Einsicht zu nehmen, und namentlich auch sich an abzuhaltenden Prüfungen vertreten zu lassen.

Zu letzterem Zwecke ist dasselbe stets zu benachrichtigen, wenn solche stattfinden.

Das Departement wird für seine Experten eine Instruktion aufstellen, in welcher die Aufgaben derselben, sowie deren Entschädigungen näher präzisirt werden.

Art. 15. Gegenwärtiges Reglement tritt sofort in Kraft.

---

4. *4.* **Vollziehungsverordnung zum Bundesbeschluss betreffend die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund.** (Vom 20. März 1885.)

Der schweizerische Bundesrat, in teilweiser Vollziehung des Bundesbeschlusses betreffend die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund, vom 27. Juni 1884; auf den Antrag seines Landwirtschaftsdepartements, beschliesst:

A. Landwirtschaftliches Unterrichtswesen.

I. Stipendien.

Art. 1. Die Gesuche um Erlangung von Stipendien für Schüler, welche sich als Landwirtschaftslehrer oder Kulturtechniker ausbilden wollen, müssen dem schweizerischen Landwirtschaftsdepartement durch Vermittlung der Regierung des Kantons eingereicht werden, dem der betreffende Schüler angehört oder in welchem derselbe niedergelassen ist.

Dem Gesuche müssen folgende Schriftstücke beigegeben werden:

a. Schulzeugnisse, aus denen hervorgeht, dass der Bewerber sich diejenigen Vorkenntnisse erworben hat und diejenigen Fähigkeiten besitzt, welche zum Studium des Berufes eines Landwirtschaftslehrers oder Kulturtechnikers für erforderlich gehalten werden;

b. der Ausweis darüber, dass der Bewerber sich mindestens ein Jahr mit praktischer Landwirtschaft befasst hat;

c. die Erklärung der Regierung des Kantons, dem der Bewerber angehört, dass letzterem ein Stipendium von mindestens demselben Betrage wie das eidgenössische gewährt werde;

d. die Verpflichtung des Gesuchstellers, seine Studien an der landwirtschaftlichen Abteilung des eidg. Polytechnikums oder mit spezieller Bewilligung des schweizerischen Landwirtschaftsdepartements an einer andern landwirtschaftlichen Hochschule oder höhern Spezialschule, deren Programm vorzulegen ist, zu machen und abzuschliessen;

e. die Erklärung des Gesuchstellers, dass er sich verpflichte, nach Ablauf seiner Studienzeit während sechs Jahren seine Tätigkeit der schweizerischen Landwirtschaft zu widmen oder die erhaltenen Stipendien zurückzuzahlen, wenn er ohne hinreichende, durch das eidg. Landwirtschaftsdepartement, eventuell durch den Bundesrat zu würdigende Gründe sich dieser Pflicht entzieht.

Art. 2. Die Ausrichtung der eidgenössischen Stipendien, deren Betrag sich im Maximum auf Fr. 400 per Jahr beläuft, erfolgt durch das Mittel der betreffenden Kantonsregierung jeweilen nach Verfluss eines Semesters. Aus der Empfangsbescheinigung muss die Ausrichtung des eidgenössischen und kantonalen Stipendiums ersichtlich sein.

Die Fortsetzung des Stipendiums für das folgende Semester wird nur bewilligt, sofern der Vorstand der betreffenden Schule im Falle ist, sich über den Stipendiaten befriedigend auszusprechen.

Art. 3. Gesuche zur Erlangung von Reisestipendien müssen durch Vermittlung einer Kantonsregierung, des Vorstandes einer landwirtschaftlichen Schule oder der Direktion eines der landwirtschaftlichen Hauptvereine dem eidg. Landwirtschaftsdepartement eingereicht werden. Das Gesuch muss enthalten:

a. eine ausführliche Darlegung des Zweckes und Zieles und der Dauer der Reise;

b. eine Begutachtung des Gesuches seitens der übermittelnden Organe;

c. Angaben über die Art und Weise, wie die auf der Reise gewonnenen Resultate der schweizerischen Landwirtschaft nutzbar gemacht werden wollen.

Art. 4. Die Höhe des Stipendiums richtet sich einerseits nach dem Ziel und der Dauer der Reise und andrerseits nach dem Betrage, der dem Bewerber von anderer Seite geleistet wird.

Die Auszahlung des eidg. Stipendiums erfolgt nur gegen Erstattung eines einlässlichen Berichtes über die Reise.

II. Theoretisch-praktische Ackerbauschulen, landwirtschaftliche Sommer- und Winterkurse.

Art. 5. Gesuche um Beiträge an die Kosten der ersten Einrichtung theoretisch-praktischer Ackerbauschulen, landwirtschaftlicher Sommer- und Winterkurse, müssen ebenfalls durch die betreffenden Kantonsregierungen dem schweizerischen Landwirtschaftsdepartement eingesendet werden. Dieselben müssen enthalten:

a. In Bezug auf die Organisationsverhältnisse.

1) Die genaue Bezeichnung des Domizils und des Eigentümers der Anstalt;
2) den Zeitpunkt der Entstehung derselben;
3) eine ausführliche Beschreibung der Anstalt, Angaben über Organisation, Einteilung, Betrieb, Frequenz, Recht der Benutzung;
4) sämtliche bis dahin gedruckten oder sonst vervielfältigten, über die Anstalt Aufschluss gebenden Schriftstücke.

b. In Bezug auf die finanziellen Verhältnisse.

1) Spezifizirte Rechnung über die drei letzten Betriebsjahre, beziehungsweise für neu zu gründende Anstalten den spezifizirten Kostenvoranschlag für die erste Einrichtung und für das bevorstehende Betriebsjahr;
   In diesen Dokumenten sind genau auszuweisen:
   die Beiträge und sonstigen Leistungen des Kantons;
   " " " " " von Bezirken und Gemeinden;
   " " " " " " Vereinen und Genossenschaften;
   " " " " " " Privaten;
   das Schulgeld für kantonsangehörige und kantonsfremde Schweizerbürger.
2) Den Betrag des Vermögens der Anstalt, Bilanz;
3) Angaben über die Art und Weise, wie der Bundesbeitrag verwendet werden will.

Art. 6. Gesuche um Beiträge an die laufenden Kosten des Betriebs und Unterhalts von im Art. 5 genannten Anstalten müssen alljährlich eingesendet werden und enthalten:

a. In Bezug auf die Organisationsverhältnisse.

1) Angaben über die Einteilung des Schuljahres, der Klassen, Kurse u. s. w.;
2) Mitteilung der Zahl der jährlichen Schulwochen und der Verteilung derselben auf die Monate des Jahres;
3) das Lehrprogramm, Angaben betreffend das Lehrpersonal, die Unterrichtsfächer, den Stundenplan etc.;
4) Angaben über Zahl und Altersgrenzen der Schüler.

b. In Bezug auf die finanziellen Verhältnisse.

Den Kostenvoranschlag für das zu subventionirende Betriebsjahr, enthaltend die unter Art. 5 b Ziff. 1 verlangten Ausweise.

Art. 7. Zur Bestimmung der Höhe des Bundesbeitrages dürfen nicht in Rechnung gebracht werden;

1) Ausgaben für allgemeine Administration, Bureaukosten, Lokalmiete, Unterhalt der Lokale, Beleuchtung, Heizung;
2) Ausgaben für Schulmobiliar, Mobiliar (Schränke für Sammlungen etc.), zum Gebrauch der Schüler bestimmtes gewöhnliches Schulmaterial (Papier etc.).

Dagegen darf von denjenigen landwirtschaftlichen Bildungsanstalten, welche vor 1884 entstanden sind, in Rechnung gebracht werden: der in den Einnahmen dadurch entstandene Ausfall, dass die Schulgelder für kantonsfremde Schweizerbürger nicht höher angesetzt werden dürfen, als für kantonsangehörige Schüler.

Art. 8. Die Auszahlung des zugesicherten Bundesbeitrages erfolgt in der Regel am Schlusse eines Betriebsjahres. Die Kantonsregierungen haben vorher dem schweizerischen Landwirtschaftsdepartement einzusenden:

1) einen Bericht über den Gang, die Frequenz und die Leistungen der Schule;
2) die Rechnung über die sämtlichen Einnahmen und Ausgaben, speziell über die Verwendung des Bundesbeitrages;
3) je ein Exemplar sämtlicher die Schule betreffenden vervielfältigten Schriftstücke;
4) ein Inventar über die mit Bundessubvention gemachten Anschaffungen.

Art. 9. Die Kantonsregierungen übernehmen ferner die Verpflichtung, die mit Bundessubvention gemachten Anschaffungen stets öffentlichen Zwecken dienstbar zu erhalten, wenn die Anstalt, zu welcher sie ursprünglich gehört, eingehen sollte.

III. Wandervorträge und landwirtschaftliche Spezialkurse.

Art. 10. Den Kantonen, welche landwirtschaftliche Wandervorträge und Spezialkurse veranstalten oder solche unterstützen, können Bundesbeiträge gewährt werden. Dabei gelten folgende Bedingungen:

1) es können nur solche Vorträge und Kurse in Betracht kommen, welche sich auf die Landwirtschaft oder einzelne mit ihr zusammenhängende Betriebszweige beziehen;
2) den erstmalig eingereichten Gesuchen ist ein Ausweis darüber beizulegen, was der betreffende Kanton während der 3 letzten dem Gesuche vorangegangenen Jahre für landwirtschaftliche Wandervorträge und Kurse geleistet hat;
3) am Schlusse jeden Jahres haben die Kantonsregierungen dem schweizerischen Landwirtschaftsdepartement einen Bericht nach einem von ihm aufzustellenden Formular einzusenden [1]).

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 20. Gesuche um Bundesbeiträge sind in der Regel vor dem 15. August desjenigen Jahres, das der Ausführung der zu unterstützenden Unternehmungen vorangeht, an das schweizerische Landwirtschaftsdepartement zu richten.

Art. 21. Bei allen seit Inkrafttreten des Bundesbeschlusses entstandenen oder noch entstehenden landwirtschaftlichen Anstalten und Unternehmungen darf der Beitrag des Bundes denjenigen der Kantone in der Regel nicht übersteigen und in keinem Falle dazu dienen, die bisherigen Leistungen der letzteren herabzumindern (Art. 18 des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1884).

Art. 22. Die Ausbezahlung der Bundesbeiträge erfolgt in allen Fällen nur gegen Vorweis der Rechnungsbelege und gegen Erstattung eines Berichtes über die unterstützten Anstalten und Unternehmungen.

Art. 23. Dem schweizerischen Landwirtschaftsdepartement steht das Recht zu, von allen in Gemässheit des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1884 subventionirten Anstalten und Unternehmungen durch Abgeordnete jederzeit Einsicht zu nehmen.

Art. 24. Das schweizerische Landwirtschaftsdepartement ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt.

---

5. 5. **Verordnung über die Einführung des Turnunterrichtes für die** männliche Jugend vom 10. bis und mit dem 15. Altersjahre. (Vom 16. April 1883.)

Der schweizerische Bundesrat, in Vollziehung des Art. 81, Lemma 1 und 2 der Militärorganisation vom 13. November 1874 (Amtl. Samml. n. F. I, 257), den Vorunterricht betreffend; auf den Antrag seines Militärdepartements, beschliesst:

Art. 1. Der durch Artikel 81 der Militärorganisation vom 13. November 1874 den Kantonen überbundene Turnunterricht in der Primarschule und in den dieselbe ersetzenden oder derselben sich anschliessenden öffentlichen oder privaten, obligatorischen oder fakultativen Anstalten mit Knaben vom 10. bis und mit dem 15. Altersjahre ist als obligatorisches Unterrichtsfach nach Anleitung und Massgabe dieser Verordnung zu gestalten.

Art. 2. Dieser Unterricht umfasst sechs Jahre und erstreckt sich vom 10. bis und mit dem 15. Altersjahre, beziehungsweise über die entsprechenden Schuljahre oder Kurse.

---

[1]) Die Art. 11—19 beziehen sich auf die Verbesserung des Bodens, sowie auf die landwirtschaftl. Vereine und Genossenschaften.

Er gliedert sich in zwei Stufen, von denen in der Regel die erste das 10., 11. und 12., die zweite das 13., 14. und 15. Altersjahr in sich schliesst.

Art. 3. Das Fach des Turnens ist bezüglich der Schulordnung, Disziplin, Absenzen, Inspektion, Prüfungen und soweit immer möglich auch mit Bezug auf die Einordnung in die Stundenpläne den übrigen obligatorischen Fächern gleichzustellen.

Die öffentlichen Schulbehörden werden dafür sorgen, dass der durch diese Verordnung normirte Turnunterricht auch in privaten Schulanstalten mit Knaben von dem betreffenden Alter (Artikel 2) und auch solchen Knaben, die keine Schule besuchen, erteilt wird.

Art. 4. Jeder im 10.—15. Altersjahre stehende Knabe, derselbe mag eine Schule besuchen oder nicht, ist zur Teilnahme am obligatorischen Turnunterricht verpflichtet.

Von demselben können nur befreit werden:

a. Knaben, die gemäs den „Vorschriften betreffend die Dispensation vom Turnunterricht, vom 6. September 1878", durch ärztliches Zeugnis als untauglich erklärt werden;

b. Ausländer, welche keine öffentliche Schule besuchen.

Art. 5. Der Turnunterricht ist zu erteilen nach Anleitung und Massgabe der „Turnschule für den militärischen Vorunterricht der schweizerischen Jugend vom 10.—20. Jahre", in der Meinung, dass es den Kantonen unbenommen ist, über die in der Turnschule normirten Minimalforderungen hinauszugehen.

Art. 6. Als Regel gilt, dass der Turnunterricht nach Jahresklassen erteilt wird.

An Schulen, an denen ein Lehrer mehreren Jahresklassen vorzustehen hat, ist Klassenzusammenzug gestattet.

Nur ausnahmsweise soll jedoch eine im Turnen gleichzeitig zu unterrichtende Schülerabteilung die Zahl 50 übersteigen.

Art. 7. Der Turnunterricht ist schulmässig zu betreiben und, soweit möglich, auf die ganze jährliche Schulzeit auszudehnen und zu verteilen.

Auf beiden Stufen sind für den Turnunterricht jährlich im Minimum 60 Stunden zu verwenden.

Art. 8. Der Unterricht ist nach methodischen Grundsätzen zu erteilen. Die je einer Stufe zugeteilten Übungsgebiete können daher nicht sukzessive in Angriff genommen werden; sie gehen vielmehr einander parallel, und zwar unter gehöriger Abwechslung nicht nur von Stunde zu Stunde, sondern innerhalb einer Unterrichtsstunde selbst.

Art. 9. Nach Anleitung und Massgabe schon bestehender oder noch zu erlassender gesetzlicher Bestimmungen sorgen die Kantone oder die Gemeinden, oder beide zusammen, oder auch benachbarte Gemeinden gemeinsam für einen ebenen und trockenen, möglichst in unmittelbarer Nähe des Schulhauses liegenden Turnplatz von wenigstens acht Quadratmeter Flächenraum für jeden Schüler einer gleichzeitig zu unterrichtenden Turnabteilung.

Im Interesse eines regelmässigen Unterrichtes wird die Erstellung eines geschlossenen, ventilirbaren, hinlänglich hohen, hellen und wo möglich heizbaren Lokales von drei Quadratmeter Fläche für jeden Schüler einer Turnklasse dringend empfohlen.

Bei Neubauten von Schulhäusern und auch bei bedeutenden Umbauten ist auf Erstellung solcher Turnlokalitäten zu dringen.

In Ortschaften, in denen Turnhallen von 3,5—4 Quadratmeter Fläche per Schüler einer Turnabteilung bestehen oder erstellt werden, kann die Erwerbung

eines Turnplatzes erlassen werden, wenn sie mit unverhältnismässigen Schwierigkeiten und Kosten verbunden wäre.

Art. 10. Als Hülfsmittel zur Erteilung des Unterrichtes sind nach Vorschrift der massgebenden Normalien zu erstellen, beziehungsweise anzuschaffen:

1) für beide Stufen:
   a. ein Springel mit Sprungseil und zwei Sprungbrettern,
   b. Eisenstäbe;
2) für die zweite Stufe:
   ein Stemmbalken mit Sturmbrett.

Ausserdem wird den Gemeinden die Anschaffung eines Klettergerüstes mit senkrechten und schrägen Stangen für die zweite Stufe empfohlen.

Art. 11. Wo nicht durch Fachlehrer für den regelmässigen Betrieb des Turnunterrichtes gesorgt ist, oder wo nicht ein für dieses Fach geeigneter Lehrer auf besondere Vereinbarung hin für Kollegen einzustehen hat, ist jeder Lehrer zur Erteilung des Turnunterrichtes verpflichtet, sofern er die dazu nötige Bildung sich erworben hat, sei es in den Lehrerbildungsanstalten oder in den Rekrutenschulen, oder in Repetitions- und Fortbildungskursen, die von den Kantonen veranstaltet worden sind oder künftig veranstaltet werden.

Art. 12. Der Bundesrat wird sich in geeigneter Weise Einsicht verschaffen von dem Stand, Gang, Erfolg etc. des Turnunterrichtes und darauf gestützt die nötig werdenden Weisungen erlassen. (Art. 81, Lemma 4 der Militärorganisation.)

Art. 13. Die Kantone sind verpflichtet, am Ende eines jeden Schuljahres nach Anleitung eines ihnen einzuhändigenden Schemas dem Bundesrate über den Turnunterricht der männlichen Jugend vom 10.—15. Altersjahre Bericht zu erstatten.

Uebergangsbestimmung.

Art. 14. Auf beiden Stufen ist da, wo bisher kein Turnunterricht erteilt wurde, der Anfang zu machen mit dem in der Turnschule für die erste Stufe (10.—13. Altersjahr) vorgeschriebenen Uebungsstoffe.

Gegenwärtige Verordnung tritt sofort in Kraft und ersetzt diejenige vom 13. September 1878.

---

6. *6.* **Programm für die Errichtung von Schulgärten nebst Bestimmung** der Verwendung der dem schweizerischen landw. Verein hiefür bewilligten Bundessubvention von Franken 3500.

Die Direktion des schweizerischen landwirtschaftlichen Vereins, in der Absicht, die Errichtung von Schulgärten an Landschulen zu fördern, trifft mit Hülfe einer hiefür zugesicherten Bundessubvention folgende Verfügungen:

A. Allgemeine Grundlage und Einrichtung.

Art. 1. Der Schulgarten an Landschulen soll der Jugend in anregender Weise teils zur theoretischen Belehrung über die Kultur der wichtigsten und für das Leben nötigsten Gewächse, teils als Übungsfeld für rationelle Aufzucht, Pflege und Behandlung der letzteren dienen, und gleichzeitig den Sinn für Garten- und Gemüsebau, Ordnung und ländliche Verschönerung fördern.

Art. 2. Der Schulgarten soll, so weit möglich, berücksichtigen:

a. Den Gemüsebau für Garten und freies Feld, einschliesslich der Aufzucht von Pflänzlingen in Frühbeeten;
b. den Obstbau, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Heranziehung von Gartenhochstämmen und den verschiedenen Zwergformen vom Sämling, Wildling und anderen üblichen Unterlagen bis zum fertigen Fruchtbaume;
c. die Gräser und Kräuter für den Futterbau;

d. die Weinrebe mit der Würzlingsschule, enthaltend die landesüblich bewährtesten und eine Anzahl empfehlenswerter neuer Sorten; wenn tunlich, und in der Folge nötig, mit Berücksichtigung von Veredlungs-Operationen auf reblauswiderstandsfähige amerikanische Unterlagen;
e. die hauptsächlichsten forstlichen Pflanzen, als Waldbauschule behandelt;
f. die Kultur der Korbweide;
g. Aufzucht und Kultur der empfehlenswertesten Beerensträucher für den Haushalt und Markt;
h. eine Kollektion Ziersträucher und Blumen als Zierde des ländlichen Hausgartens und mit Berücksichtigung der von der Honigbiene gesuchtesten Blütenarten;
i. Einrichtungen für Vogelschutz;
k. einen Bienenstand;
l. eine Kollektion der gefährlichsten Giftpflanzen.

Art. 3. Die Schulgärten stehen unter der Aufsicht der Gemeindeschulbehörden, welche für bestmögliche Bepflanzung, Leitung und Besorgung, insbesondere auch für pünktliche Handhabung einer genauen Ordnung, zu sorgen haben.

B. Unterstützungen.

Art. 4. Gemeinden, welche den obigen Vorschriften entsprechende Einrichtungen getroffen und dieselben einer sorgfältigen Pflege unterstellen, sichert die Direktion des schweizerischen landwirtschaftlichen Vereins aus der zur Verfügung stehenden Bundessubvention nachfolgende Unterstützungen zu:

1) Für einmal:
An die Kosten der Anlage Fr. 200 bis Fr. 500.
2) Jährlich:
An die Kosten der guten Unterhaltung Fr. 50 bis Fr. 100. Die Höhe dieser Beiträge richtet sich:
a. Nach der Ausdehnung der Anlage;
b. nach der Zweckmässigkeit derselben;
c. nach der beförderlichen Inangriffnahme und Durchführung;
d. nach der Art und Weise der Besorgung.

Gesuche um Verabfolgung solcher Unterstützungen müssen jeweilen vor dem 1. April bei der Direktion des Schweizerischen landwirtschaftlichen Vereins eingereicht sein.

Art. 5. Zur weiteren Förderung der Sache werden für entsprechende Planvorlagen von Schulgärten mit gedrängter Beschreibung der Projekte nach den verschiedenen Kulturabteilungen sechs Prämien in Aussicht gestellt von Fr. 250, 200, 150, 100, 50, 50, zusammen von Fr. 800.

Bezügliche Eingaben sind bis den 1. August 1885 an die Direktion einzureichen. Dieselben unterliegen der Prüfung einer Kommission von Fachmännern. Die Pläne bleiben Eigentum des schweizerischen landwirtschaftlichen Vereins.

Voranschlag pro 1885 über Verwendung der Bundessubvention von Fr. 3500 für Förderung der Errichtung von Schulgärten an Landschulen (pro 1885 sind sechs Anlagen in Aussicht genommen):

a. An Prämien für Pläne und Anleitung . . .	Fr.	800
b. Für Vervielfältigung der Pläne	„	400
c. Für die Anlagen durchschnittlich Fr. 350 × 6	„	2100
d. Prüfungskommission und Inspektionen . . .	„	200
Total .	Fr.	3500

Die Vorstände von Schulgemeinden, welche auf einen Beitrag für die Einrichtung von Schulgärten (Voranschlag pro 1885, lit. c) glauben Anspruch erheben zu können, haben ihre diesbezüglichen Eingaben vor dem 1. September 1885 bei der Direktion des schweizerischen landwirtschaftlichen Vereins einzureichen.

Zur Notiz. Die Beiträge an Gemeinden für Unterhaltung fallen pro 1885 noch weg.

Rohrdorf und Oberstrass, den 28. Mai 1885.

Der Berichterstatter: **M. Vogler.**

Namens der Direktion,
Der Präsident: **Frick.**
Der Sekretär: **Anderegg.**

Genehmigt durch das Schweizerische Landwirtschafts-Departement den 8. Juni 1885.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

1. Unterrichtswesen im allgemeinen.

a) Staatsverfassungen.

7. *1.* **Constitution du Canton de Vaud. Referendum du 7 Juillet 1885.**

Art. 1. Le canton de Vaud est une république démocratique et l'un des Etats de la Confédération Suisse.

Le peuple est souverain.

Art. 18. L'instruction primaire est obligatoire et, dans les écoles publiques, gratuite.

Elle doit être suffisante et placée exclusivement sous la direction de l'autorité civile.

Les écoles publiques doivent pouvoir être fréquentées par les adhérents de toutes les confessions, sans qu'ils aient à souffrir dans leur liberté de conscience ou de croyance.

Dans les écoles publiques, l'enseignement religieux doit être conforme aux principes du christianisme et distinct des autres branches de l'enseignement.

Chacun est tenu de veiller à ce que ses enfants ou pupilles fréquentent les écoles publiques primaires, ou de pourvoir, sous le contrôle de l'autorité scolaire, à ce qu'ils reçoivent une instruction au moins égale à celle qui se donne dans ces établissements.

La loi sur l'instruction publique primaire sera révisée.

---

8. *2.* **Staatsverfassung für den Kanton Aargau. Volksabstimmung vom** 7. Juli 1885.

Art. 1. Der Staat Aargau ist ein demokratischer Freistaat und ein Bundesglied der schweizer. Eidgenossenschaft.

Art. 2. Die Staatsgewalt wird unmittelbar durch die stimmfähigen Bürger und mittelbar durch die Behörden und Beamten ausgeübt.

Art. 6. Die öffentlichen Beamten des Staates und der Gemeinden — mit Einschluss der Lehrer und Geistlichen — unterliegen periodischer Wiederwahl.

VII. Unterrichtswesen.

Art. 63. Der Staat fördert nach Kräften die allgemeine Volksbildung.

Die allgemeine Sorge für den Schulunterricht ist Sache des Staates und der Gemeinden. Die Gemeinden haben die erforderlichen Volksschulen einzurichten.

Der Staat leistet regelmässige Beiträge an die Volksschule und an die sie ergänzende bürgerliche Fortbildungsschule.

Der Besuch beider Anstalten ist obligatorisch und unentgeltlich. Das Gesetz wird dafür sorgen, dass die Schule auch die Bedürfnisse des praktischen Lebens berücksichtige.

Bis zum Erlasse eines Gesetzes kann der Regierungsrat auf Verlangen einzelner Gemeinden die bürgerliche Fortbildungsschule obligatorisch erklären.

Privatunterricht, als Ersatz für den Volksunterricht, ist grundsätzlich den nämlichen gesetzlichen Vorschriften unterstellt, wie dieser. Das Gesetz enthält die nähere Ausführung.

In Verbindung mit den Organen der freiwilligen und obligatorischen Armen-

pflege beteiligt sich der Staat an der Erziehung und Versorgung blinder, taubstummer, schwachsinniger und sittlich verwahrloster Kinder.

Art. 64. Der Staat unterstützt die Gemeinden bei der Errichtung und Erhaltung von Mittelschulen und unterhält oder unterstützt die den Bedürfnissen entsprechenden weitern Lehranstalten.

Er erleichtert durch Stipendien und anderweitige zweckentsprechende Vorkehren den Besuch der genannten Anstalten, sowie denjenigen von Fach- und Hochschulen.

Der Staat fördert die Heranbildung berufstüchtiger Lehrkräfte.

Die Lehrberechtigung an allen Schulanstalten stützt sich auf staatliches Patent.

Art. 65. Die Mindestbesoldung der Volksschullehrer beträgt 1200 Fr.

Die Besoldungen der Arbeitslehrerinnen sind nach Verhältniss der grössern Anforderungen zu erhöhen.

An diese Besoldungen, sowie an Höherbesoldungen bis auf 1500 Fr. leistet der Staat, je nach den Steuer- und Vermögensverhältnissen der Gemeinden, Beiträge von 20 bis 50 %.

Die Amtsdauer der Lehrer beträgt 6 Jahre.

Art. 66. Sämtliche Schulanstalten stehen unter staatlicher Aufsicht.

---

b) Allgemeine Schulgesetze.

9. Schulgesetz für den Kanton Glarus. Letzte Veränderung durch Beschluss der Landsgemeinde vom 3. Mai 1885.

I. Volksschulwesen.

1) Schulpflicht.

§ 1. Die Kinder aller Bewohner des Kantons Glarus sind pflichtig, während wenigstens sieben vollen Jahren die Alltagsschule und sodann während wenigstens zwei Jahren die Repetirschule zu besuchen.

§ 2. Der Eintritt in die Alltagsschule findet einmal im Jahr und zwar im Frühling statt. Zum Eintritt berechtigt und verpflichtet sind diejenigen Kinder, welche bis zum 1. Mai des gleichen Jahres das sechste Altersjahr erfüllt haben.

Bei erwiesener körperlicher Schwächlichkeit oder zurückgebliebener geistiger Entwicklung eines Kindes kann jedoch dessen Schuleintritt um ein Jahr hinausgeschoben und nach Ablauf desselben die Verschiebung des Eintritts nach Umständen erneuert werden. — In allen Fällen aber bleibt die Entscheidung der Ortsschulpflege vorbehalten.

§ 3. Die Alltagsschule wird in der Regel mit Ausnahme des Samstags und der Repetirschultage, Vor- und Nachmittag abgehalten. Das einzelne Kind soll in den ersten zwei Jahrgängen höchstens vier und wenigstens drei, in spätern Jahrgängen höchstens sechs und wenigstens fünf Stunden erhalten, wobei jedoch der Unterricht im Turnen nicht in Rechnung gezogen wird.

Die jährlichen Ferien betragen 6 Wochen.

§ 4. Wo die Verhältnisse die Abhaltung von Halbtagschulen notwendig machen, dürfen solche, jedoch nur unter ausdrücklicher Gestattung des Kantonsschulrates, beibehalten werden.

Der Ausfall der gesetzlichen Schulzeit ist durch Verlängerung der Schulpflicht um einen vollen Jahreskurs zu ersetzen.

§ 5. Die aus der Alltagsschule ausgetretenen Kinder sind verpflichtet, die Repetirschule zu besuchen und zwar allwöchentlich während zwei vollen Vor-

mittagen oder einem ganzen Schultage. Wird für die Repetirschule ein ganzer Tag eingeräumt, so darf der Samstag hiezu nicht gewählt werden.

§ 6. Von der Verpflichtung zum Besuche der öffentlichen Schulen (sowohl der Alltags- als der Repetirschule) sind nur diejenigen Kinder befreit, welche im elterlichen Hause oder in solchen besondern Schulen, die vom Kantonsschulrate die Genehmigung erhalten haben (§ 32), den erforderlichen Unterricht geniessen. Wenn indessen die Schulpflege Zweifel hegt, ob solcher ausser den öffentlichen Schulen erteilte Unterricht den Fortschritt der Kinder in entsprechender Weise fördere, so ist sie berechtigt, die betreffenden zu einer Prüfung herbeizuziehen und bei ungenügend befundenen Ergebnissen den Eintritt in die öffentliche Schule zu verlangen.

Kinder, welche eine Sekundarschule besuchen, sind während dieser Zeit und, falls dieser Besuch wenigstens zwei Jahre gedauert hat, für immer von der Repetirschulpflicht befreit.

§ 7. Mit jeder Primarschule ist für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten eine Arbeitsschule verbunden, deren Besuch für jedes schulpflichtige Mädchen vom Beginn des vierten Schuljahres bis zum Austritt aus der Repetirschule obligatorisch ist.

Mädchen, die sich als Näherinnen in der Lehre befinden, können von der Arbeitsschule ganz oder teilweise dispensirt werden.

§ 8. Dem Unterricht in der Arbeitsschule sind wöchentlich wenigstens sechs Stunden einzuräumen. Ist Teilung der Arbeitsschule in zwei oder mehr Abteilungen erforderlich (§ 17), so soll jedes Mädchen mindestens drei Stunden wöchentlichen Unterricht empfangen.

§ 9. Diejenigen Eltern und Vormünder, welche ihre Kinder oder Vogtskinder nicht regelmässig zur Schule (Arbeitsschule inbegriffen) schicken, sind, sofern vorherige Mahnung und Zitation ohne Erfolg bleibt, dem Polizeigericht zur Bestrafung einzuklagen.

Ueber die Einleitung der Klage, das Mass der Strafe, sowie über die Behandlung der Schulversäumnisse überhaupt werden Landammann und Rat auf dem Wege des Regulativs das nötige festsetzen.

§ 10. Betreffend die Verwendung schulpflichtiger Kinder in industriellen Etablissements bleibt es bei den Bestimmungen des Fabrikpolizeigesetzes vom Jahr 1872.

2) Organisation.

§ 11. Das Maximum der von einem Lehrer gleichzeitig zu unterrichtenden Schüler beträgt 70. Wird diese Zahl überschritten und kann nicht ein erheblicher Rückgang derselben innert der nächsten drei Jahre nachgewiesen werden, so muss die Schule geteilt und ein weiterer Lehrer angestellt werden. Wo Halbtagsschulen bestehen, darf die Gesamtzahl 50 nicht überschritten werden.

§ 12. Ueber den hiebei zur Anwendung kommenden Teilungsmodus wie über jede Reorganisation der Schule überhaupt, haben sich die betreffenden Schulpflegen mit dem Inspektorate ins Einvernehmen zu setzen und beim Kantonsschulrate die Genehmigung einzuholen.

§ 13. Die obligatorischen Lehrfächer der Primarschule sind folgende:

1) Religion, d. h. Anregungen und Belehrungen aus dem Gebiete des religiös-sittlichen Lebens, jedoch mit Vermeidung alles Konfessionellen.
2) Deutsche Sprache (mit dem Zwecke, die Kinder zum richtigen und schönen Lesen, sowie zu einem entsprechenden mündlichen und schriftlichen Gedankenausdruck hinzuleiten).
3) Rechnen und Formenlehre nach Massgabe der einschlägigen Lehrmittel.

4) Mitteilungen aus der Geschichte und Geographie des Vaterlandes (nach Umständen auch Europas und der übrigen Erdteile) nebst den Anfängen der Naturkunde.
5) Kunstfächer: Gesang, Zeichnen, Schönschreiben.
6) Turnen, in den zwei letzten Schuljahren der Alltagsschule.
7) Weibliche Arbeiten.

§ 14. Durch einen vom Kantonsschulrate festzusetzenden obligatorischen Lehrplan wird das Mass des Unterrichtsstoffes bestimmt, welcher in jedem der sieben Jahreskurse der Elementarschule behandelt werden soll.

§ 15. Alle Lehrmittel der Elementar- und Repetirschule werden vom Kantonsschulrate bestimmt; seiner Genehmigung unterliegen auch die religiösen.

§ 16. Der Unterricht in der Elementar- und Repetirschule ist unentgeltlich. Gleicherweise sind den Kindern die Schreibmaterialien und Lehrmittel gratis zu verabreichen.

§ 17. Die Arbeitsschule darf nicht mehr als 30 Schülerinnen gleichzeitig unter einer Lehrerin vereinigen. Wird diese Zahl überschritten, so muss die Schule geteilt und jeder Abteilung die in § 8 vorgeschriebene Zeit zugemessen werden.

§ 18. Die innere Organisation der Arbeitsschule wie auch der Repetirschule ist durch besondere Verordnungen von Landammann und Rat festzustellen.

3) Stellung der Lehrer.

§ 19. Jeder Lehrer, der an einer öffentlichen Lehranstalt des Kantons angestellt werden will, bedarf hiezu eines Wahlfähigkeitszeugnisses, das der Kantonsschulrat auf Grundlage einer bestandenen Prüfung ausstellt. Besitzt derselbe das Wahlfähigkeitspatent eines andern Kantons, so steht es im Ermessen des Kantonsschulrates, dasselbe auch für den hiesigen Kanton als gültig anzuerkennen, oder aber auf der Forderung einer Wahlfähigkeitsprüfung zu beharren.

Die Wahl eines Lehrers, der zur Zeit derselben ein Patent, das ihn für die betreffende Stelle als wahlfähig bezeichnet, nicht besitzt, kann vom Kantonsschulrat kassirt werden.

Will ein ehemaliger Lehrer, welcher vom Schuldienste zurückgetreten ist, wieder eine Lehrerstelle im Kanton übernehmen, so hat er sich, falls der Kantonsschulrat es verlangt, einer neuen Wahlfähigkeitsprüfung zu unterziehen.

§ 20. Gleicherweise haben sich auch Arbeitslehrerinnen, die sich um die Leitung einer Arbeitsschule bewerben wollen, vorerst über ihre Befähigung zu einer solchen Stellung auszuweisen und bedürfen zu ihrer Anstellung eines Wahlfähigkeitsaktes, der vom Kantonsschulrate in der Regel nach einer unter Zuzug sachverständiger Frauen vorgenommenen Prüfung ausgestellt wird.

§ 21. Der Lehrer ist verpflichtet, ganz und ungeteilt seinem Amte zu leben. Die Betreibung eines der Schule nachteiligen Nebenberufes ist ihm untersagt. Im einzelnen Falle kommt die Entscheidung dem Kantonsschulrate zu.

§ 22. Jeder in den Schuldienst des Kantons eingetretene Lehrer ist gehalten, der kantonalen Lehrer-Alterskasse als Mitglied beizutreten, soweit es die Statuten der Lehrer-Alterskasse ihm ermöglichen.

Der Kantonsschulrat wird die Leistungsfähigkeit dieser Kasse durch zweckentsprechende Einschüsse zu heben suchen. Ausserdem ist der Kantonsschulrat berechtigt, auch direkt aus der Schulratskasse in besonders dazu geeigneten Fällen Lehrern, die aus Altersschwäche oder Gebrechlichkeit von dem Schuldienste zurücktreten, Unterstützungen zu Teil werden zu lassen.

§ 23. Zu jeder Sitzung der Schulpflege, in welcher innere Schulfragen zur Beratung kommen, sollen der oder die Lehrer der betreffenden Gemeinde mit beratender Stimme beigezogen werden. Sie sind verpflichtet, einer daherigen Einladung Folge zu leisten.

§ 24. Der Lehrer wird auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt.

Auf Lehrer, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auf eine längere Amtsdauer oder auf Lebenszeit gewählt worden sind, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Ist zur Zeit der Wahl der Lehrer nur im Besitz eines zeitlich beschränkten Wahlfähigkeitspatentes, so darf die Wahl nur für die Zeit bis zum Ablauf des Patents getroffen werden.

§ 25. Nach Ablauf der dreijährigen Amtsdauer hat die Gemeinde über die Frage der Wiederwahl des bisherigen Lehrers einzutreten. Wird dieselbe von der Mehrheit der Stimmenden abgelehnt, so ist die Stelle nach Ablauf von drei Monaten neu zu besetzen. Bis zum Schlusse dieses Termins hat der nicht wiedergewählte Lehrer das Recht, an seiner Stelle zu verbleiben. Will die Gemeinde ihn sofort entlassen, so hat sie ihn dafür mit dem vierten Teil seines Jahrgehaltes zu entschädigen.

§ 26. Tritt ein Lehrer während seiner Amtsdauer von seiner Stelle zurück, so hat diesem Rücktritt vorerst eine dreimonatliche Aufkündung voranzugehen.

§ 27. Ein an einer öffentlichen Schule angestellter Lehrer kann während seiner Amtsdauer von der Gemeinde nur entlassen werden, wenn er sich erheblicher Pflichtversäumnisse oder eines ärgerlichen Lebenswandels schuldig macht.

Der Entlassene hat das Recht des Rekurses an Landammann und Rat, welcher nach angehörtem Berichte des Kantonsschulrates zu prüfen hat, ob die Gründe der Entlassung dieselbe nach den vorerwähnten Bedingungen rechtfertigen. Ist dieses nicht der Fall, so wird die Entlassung aufgehoben.

§ 28. Ueber einen Lehrer, gegen welchen wegen irgend eines Vergehens gerichtlicher Untersuch eingeleitet ist, kann der Kantonsschulrat von sich aus, oder auf Verlangen der Gemeinde oder der Staatsanwaltschaft bis zur gerichtlichen Aburteilung einstweilige Suspension verhängen.

§ 29. Wenn der Lehrer durch seine Schuld in eine Stellung gerät, welche ein gedeihliches Fortwirken an der Schule unmöglich macht, gleichviel, ob deshalb ein strafgerichtliches Einschreiten Platz gegriffen hat oder nicht, so steht dem Kantonsschulrate nach vorangegangenem Untersuche das Recht zu, denselben in seiner Lehrertätigkeit abzuberufen oder ihm sogar das Lehrpatent zu entziehen.

§ 30. Lehrer, welche durch Strafurteil oder Falliment ihrer bürgerlichen Ehren und Rechte verlustig geworden, sind bis zu ihrer Rehabilitation von der Wirksamkeit an einer Schule ausgeschlossen.

§ 31. Das Minimum der jährlichen Besoldung eines Primarlehrers beträgt Fr. 1000 nebst freier Wohnung. Erhält der Lehrer keine Wohnung von der Gemeinde, so hat ihm letztere dafür Fr. 200 Entschädigung zu entrichten. — Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung auf Lehrer an Bergschulen.

Ist der Lehrer durch länger andauernde Krankheit an der Ausübung seines Berufes verhindert, so hat die Gemeinde für geeignete Stellvertretung zu sorgen. Der Kantonsrat ist berechtigt, in besondern Fällen an die Kosten dieser Stellvertretung Beiträge zu verabreichen, welche jedoch die Hälfte der Kosten nicht übersteigen sollen.

§ 32. Ausserhalb der öffentlichen Gemeindeschulen dürfen Schulen nur errichtet und gehalten werden von patentirten Lehrern oder solchen anderweitigen

Personen, denen der Kantonsschulrat, auf hinlänglichen Nachweis ihrer Befähigung, die Bewilligung dazu erteilt hat. Sie unterliegen der gleichen staatlichen Beaufsichtigung wie die öffentlichen Schulen.

§ 33. Die Anwendung der körperlichen Züchtigung ist dem Lehrer in allen Schulen untersagt.

§ 34. Um die Heranbildung tüchtiger Lehrer zu fördern, wird der Kantonsschulrat jungen Leuten, welche sich über ihre Befähigung auszuweisen haben, nach Massgabe des Bedürfnisses angemessene Stipendien zum Besuche geeigneter Bildungsanstalten erteilen.

Gleicherweise ist der Kantonsschulrat ermächtiget, für Heranbildung von Arbeitslehrerinnen Stipendien auszusetzen und die im Kanton angestellten Arbeitslehrerinnen unter Verabreichung von Taggeldern zu geeigneten Bildungskursen zu verpflichten.

II. Höheres Schulwesen.

§ 35. Solchen Schulanstalten, welche über die gewöhnliche Volksschule hinausgehen (Sekundarschulen), kann der Kantonsschulrat, falls er sich von ihrer zweckmässigen Einrichtung überzeugt, und dieselben einen öffentlichen, Jedermann zugänglichen Charakter an sich tragen, einen Beitrag aus Landesmitteln bewilligen, welcher sich je nach den vorhandenen Bedürfnissen für jeden an einer solchen Schule angestellten Hauptlehrer auf Fr. 500—1000 belaufen soll.

§ 36. Wenn eine Sekundarschule auf die staatliche Unterstützung Anspruch machen will, so darf die Schülerzahl dauernd nicht unter 10 herabsinken und unter einem Lehrer dauernd die Zahl 35 nicht überschreiten.

Wo an einer Sekundarschule zwei oder mehrere Lehrer angestellt sind, darf jedenfalls in keiner Klasse die Zahl von 40 Schülern überschritten werden.

§ 37. Die Zahl der wöchentlichen Schulstunden darf in Sekundarschulen für Knaben und Mädchen nicht weniger als 28 betragen; sie soll aber auch für die Knaben — Turn- und Exerzierübungen nicht mitgerechnet — 33, für die Mädchen — mit Inbegriff der weiblichen Handarbeiten — 35 nicht übersteigen.

§ 38. Dem Kantonsschulrat steht das Recht zu, für Sekundarschulen mit einem Lehrer, wie für solche mit mehreren Lehrern obligatorische Lehrpläne aufzustellen.

§ 39. Alle Lehrmittel, welche in Sekundarschulen gebraucht werden wollen, bedürfen der Genehmigung des Kantonsschulrates.

§ 40. Das Turnen ist für alle Sekundarschulen obligatorisch.

§ 41. Der Eintritt in die Sekundarschule ist jedem Schüler gestattet, welcher den sechsten Jahreskurs der Primarschule absolvirt und die Aufnahmeprüfung mit Erfolg bestanden hat.

§ 42. Als Schulgeld darf jährlich von jedem Schüler in Sekundarschulen mit einem Lehrer nicht mehr als Fr. 30, in solchen mit mehr als einem Lehrer nicht mehr als Fr. 40 gefordert werden.

Für fähige Knaben unbemittelter Eltern sind in jeder Sekundarschule eine angemessene Zahl Freiplätze offen zu halten.

§ 43. Das Minimum der Besoldung eines Sekundarlehrers beträgt Fr. 1600 — nebst einer Wohnungsentschädigung wie für Primarlehrer.

§ 44. Der Kantonsschulrat ist befugt, auch Fortbildungsschulen für Handwerker u. dgl. mit angemessenen Beiträgen zu unterstützen, sobald die Zweckmässigkeit der Organisation, sowie die Lebensfähigkeit derselben nachgewiesen ist.

III. Beaufsichtigung der Schulen durch Gemeinde und Staat.

§ 45. Die Leitung und Beaufsichtigung der Schulen ist in erster Linie Sache der Gemeindeschulpflegen oder derjenigen analogen Behörden, welche für einzelne Schulen, kraft besonderer Stiftung bestehen mögen.

§ 46. Dem Kantonsschulrat steht über sämtliche Schulen die Oberaufsicht zu, welche er auch auf die nicht zum Organismus der Volksschule gehörenden Kleinkinderbewahranstalten ausdehnen kann. Er übt diese Aufsicht durch das Mittel des Inspektorates.

§ 47. Das Inspektorat wird, sei es mit einem oder mit mehreren Inspektoren, durch den Rat bestellt, welcher auch die Entschädigung, beziehungsweise die Besoldung desselben festsetzt.

§ 48. Der Inspektor hat jährlich wenigstens ein Mal mit jeder Schulpflege seines Kreises, bezw. des Kantons über den Stand des Schulwesens der betreffenden Gemeinde einlässliche Beratung zu pflegen, nachdem er in Anwesenheit der Schulpflege die Inspektion der Schule vorgenommen hat.

Die Inspektionsberichte sind jeweilen im Auszug den betreffenden Schulpflegen zu Handen der Lehrer zur Einsicht mitzuteilen.

§ 49. Pläne zu Schulhausbauten sind dem Kantonsschulrate zur Genehmigung vorzulegen, welcher befugt ist, die durch den Zweck geforderten Normen für solche Bauten aufzustellen.

IV. Staatliche Unterstützung.

§ 50. Um zur Hebung des Volksschulwesens beitragen zu können durch Heranbildung tüchtiger Lehrer (§ 34), sowie durch Unterstützung bedürftiger Gemeinde- (§ 51) und bestehender Fortbildungsschulen (§ 44), wird dem Kantonsschulrate alljährlich ein den Bedürfnissen entsprechender Kredit eröffnet, über dessen Verwendung dem Rate Rechenschaft abzulegen ist.

Zur Unterstützung von Sekundarschulen im Sinne von § 35 dieses Gesetzes wird dem Kantonsschulrat ein besonderer Kredit bewilligt, dessen Verwendung gleicherweise der Kontrole von Landammann und Rat unterliegt.

§ 51. Ist eine Schulgenossenschaft nicht im Stande, mittelst der Zinse des Schulgutes, zuzüglich einer Vermögens- und Kopfsteuer, welche im Maximum Fr. 1. 50 vom Tausend Fr. Vermögen, beziehungsweise Fr. 1. 50 vom Kopf beträgt, die laufenden, alljährlich wiederkehrenden Bedürfnisse, nach Massgabe der im gegenwärtigen Gesetze aufgestellten Vorschriften zu befriedigen, so hat sie Anspruch auf Staatsunterstützung.

Das Defizit, welches sich nach Erschöpfung vorgenannter Hülfsquellen (Zinse und Steuern) ergibt, ist zu drei Vierteilen vom Staat, zu einem Viertel von denjenigen Tagwen oder Genossamen zu übernehmen, welchem die betreffende Schulgenossenschaft angehört.

An ausserordentliche Ausgaben, wie Neubauten oder Erweiterungen bestehender Schulhäuser, für welche dem Kantonsschulrate einlässliche Pläne zur Genehmigung eingereicht worden sind, leistet der Staat einen den Verhältnissen angemessenen Beitrag, welcher 20 Prozent der Gesamtbaukosten nicht übersteigen darf. Auf Bericht und Antrag des Kantonsschulrates wird die Grösse dieses auszuzahlenden Landesbeitrages durch Landammann und Rat endgültig festgesetzt.

Die übrigen daherigen Kosten haben die betreffenden Tagwen und Genossamen zu bestreiten, sofern nachweislich das Maximum der Schulsteuer nicht ausreicht, um innert fünf Jahren die daherigen Kosten abzutragen.

§ 52. Landammann und Rat sind mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt und ermächtigt, die erforderlichen Vollziehungsverordnungen, Regulative und Instruktionen zu erlassen. Sie werden dafür sorgen, dass sämtliche Bestimmungen dieses Gesetzes innerhalb einer Frist von drei Jahren ihren Vollzug finden.

II. Primarschulen.

a) Gesetze.

Kanton FREIBURG.

10. *1.* **Loi du 17 mai 1884 sur l'instruction primaire.**

Le Grand Conseil du canton de Fribourg, vu les art. 17 et 18 de la constitution cantonale; sur la proposition du Conseil d'Etat, décrète:

Principes généraux.

Art. 1. L'instruction primaire est obligatoire et, dans les écoles publiques, gratuite. Les communes ont l'obligation d'y pourvoir.

Tout citoyen est tenu de donner à ses enfants ou à ceux qui lui sont confiés une instruction au moins égale à celle qui est prescrite dans les écoles primaires publiques.

Art. 2. Chaque citoyen peut ouvrir une école primaire libre moyennant l'observation des règles posées dans la présente loi.

Art. 3. Le Conseil d'Etat a la haute surveillance de l'enseignement primaire et la direction générale des écoles primaires publiques.

CHAPITRE PREMIER.

Des écoles primaires.

1. Organisation.

Art. 4. Les écoles publiques sont établies et entretenues aux frais des communes et, le cas échéant, avec les subsides de l'Etat. Tous les enfants domiciliés dans la commune ont le droit de les fréquenter.

Art. 5. Chaque commune du canton doit avoir au moins une école publique, soit en propre, soit en commun avec une ou plusieurs communes voisines.

Toute commune ou groupe de communes, ayant une ou plusieurs écoles publiques, constitue un cercle scolaire.

La subdivision d'un cercle scolaire et la répartition des élèves dans les diverses écoles d'un cercle ou de ses subdivisions sont déterminées par les règlements locaux.

Art. 6. La création de nouvelles écoles et la suppression d'écoles existantes, la formation ou la dissolution des cercles scolaires ne peuvent avoir lieu qu'avec l'autorisation du Conseil d'Etat.

Ce dernier peut même et sur leur demande, adjoindre à un cercle scolaire les hameaux de communes voisines s'ils sont éloignés de l'école de leur commune politique. Dans ce cas, cette dernière supporte une quote-part des frais scolaires à déterminer par l'acte de réunion.

Art. 7. Aucune école ne peut compter plus de 70 élèves. Ce chiffre atteint pendant cinq années consécutives, l'école doit être dédoublée.

Les écoles sont, autant que possible, établies par sexe; néanmoins les écoles mixtes ne sont pas interdites, principalement pour les classes du premier degré.

Art. 8. Le Conseil d'Etat détermine par un règlement général tous les points de détail et d'application relatifs à l'enseignement primaire, non prévus par la présente loi.

Un règlement spécial élaboré par la Commission locale et approuvé par la Direction de l'Instruction publique, sur le préavis de l'inspecteur, fixe les détails propres à chaque cercle et à chaque classe en particulier.

Art. 9. Il et tenu dans chaque cercle scolaire un registre matricule, un registre des émancipations et un protocole de la Commission locale dans lequel sont consignées toutes les décisions de cette autorité.

Il y a dans chaque école un registre de progression et d'absences, ainsi qu'un registre où sont inscrites les visites des autorités, leurs observations et autres opérations scolaires.

2. Branches d'enseignement, méthodes.

Art. 10. Les branches d'enseignement obligatoires dans toute école primaire sont:

La religion;
La langue maternelle;
L'écriture;
Le calcul;
La géographie physique et politique de la Suisse;
L'histoire nationale du canton et de la Suisse;
L'instruction civique élémentaire;
La gymnastique pour les garçons âgés de dix ans et au-delà;
Les ouvrages manuels et l'économie domestique pour les filles;
Le chant est pareillement enseigné dans les écoles.

Le programme détermine le nombre d'heures attribuées à l'enseignement de chaque branche selon son importance.

Art. 11. Les branches énumérées ci-après peuvent être introduites successivement dès que la force des élèves le comporte.

Les éléments des sciences naturelles;
La comptabilité;
Le toisé;
Le dessin d'imitation;
Les éléments de la géographie et de l'histoire générale.

Ces branches sont obligatoires pour les écoles primaires supérieures des communes urbaines ainsi que pour les écoles du degré supérieur, que pourraient être établies dans les principales localités rurales du canton, en faveur des élèves d'un ou de plusieurs cercles scolaires contigus.

L'enseignement doit avoir un caractère essentiellement professionnel.

Art. 12. L'enseignement religieux est obligatoire pour tous les élèves professant le culte de la majorité des habitants du cercle scolaire auquel ils appartiennent.

Toutefois ils en seront dispensés moyennant une déclaration formelle des parents, faite auprès de la Commission locale et portant que leurs enfants n'assisteront pas aux leçons de religion.

L'enseignement religieux est placé sous la direction de l'autorité compétente du culte auquel les élèves appartiennent.

Il est donné aux jours et heures indiqués par le règlement local, d'entente avec ces autorités, et dans les locaux fournis par la commune.

Art. 13. L'école primaire, dans son état normal, est divisée en trois degrés, soit cours progressifs; selon la nature des branches, les cours de chaque degré peuvent être divisés en section.

Art. 14. Le règlement général détermine tout ce qui a trait à l'organisation des écoles.

3. Année scolaire, durée des leçons, vacances et congés.

Art. 15. L'année scolaire commence au 1er mai; le semestre d'hiver au 1er novembre.

Il ne peut être dérogé à cette règle qu'avec l'autorisation de la Direction de l'Instruction publique.

Art. 16. La classe a lieu deux fois par jour, pour tous les élèves pendant cinq heures au minimum à répartir entre le matin et l'après-midi, sans préjudices des vacances fixées par le règlement local. Celles-ci ne peuvent, en aucun cas, dépasser deux demi-journées par semaine; l'une de ces demi-journées est, dans la règle, consacrée à l'enseignement religieux.

Dans les écoles rurales, les leçons du semestre d'été peuvent être données le matin seulement pour les élèves du degré supérieur, avec un minimum de trois heures de classe. L'assentiment de l'inspecteur demeure réservé.

Art. 17. L'instituteur ne peut accorder aucun congé à son école. Le Président de la Commission locale est compétent pour accorder dans les cas exceptionnels et très graves un congé de 1 à 2 jours dont il détermine les conditions.

L'inspecteur est compétent, pour accorder à l'instituteur, sur le préavis de la Commission locale, un congé de 3 à 8 jours au plus.

La Direction est seule compétente, pour accorder à l'instituteur, sur le préavis de l'inspecteur, un congé de plus de 8 jours.

Il est fait mention de ces congés ainsi que des autres vacances, dans le registre des absences, avec indication des motifs.

Art. 18. La durée des vacances annuelles est de 10 semaines.

Les vacances peuvent être portées à 12 semaines dans les écoles rurales.

La répartition des vacances est fixée par le règlement local.

Art. 19. Les congés d'été pour l'alpage sont autorisés par l'inspecteur aux conditions suivantes:

a) Lorsque l'élève a atteint sa treizième année;

b) Lorsqu'il appartient au cours supérieur de l'école et qu'il a subi un examen satisfaisant et obtenu en moyenne la note passable sur les branches obligatoires (art. 10).

L'élève qui a obtenu ce congé peut être astreint à fréquenter l'école pendant un semestre de plus après avoir atteint l'âge de l'émancipation, si l'inspecteur le juge nécessaire.

Les élèves dont la famille entière habite l'été les hautes régions alpestres sont, durant ce séjour, dispensés de la fréquentation de l'école.

4. Fréquentation, répression des absences, discipline, surveillance.

Art. 20. L'obligation de fréquenter l'école primaire publique s'étend à tous les enfants domiciliés dans la commune, sauf le cas d'incapacité physique ou intellectuelle bien constatés.

Elle commence au 1er mai de l'année dans laquelle l'enfant atteint l'âge de 7 ans et dure jusqu'au 30 avril de celle où il atteindra l'âge de 16 ans

pour les garçons et de 15 ans pour les filles, sauf le cas d'émancipation anticipée ou d'exclusion prévus à l'art. 42 ci-après.

Art. 21. Les parents, les tuteurs, les maîtres de pension sont responsables de l'observation des prescriptions de la présente loi par les enfants confiés à leurs soins.

Art. 22. Six semaines avant l'ouverture du premier semestre, l'inspecteur adresse aux secrétaires communaux de son arrondissement des formulaires dans lesquels l'officier de l'état civil inscrit gratuitement (loi du 26 août 1875, art. 7), sous peine de 5 francs d'amende:

a) Les noms des enfants nés dans la commune qui atteignent l'âge de 7 ans dans le courant de l'année;

b) Le nom du père, la date de la naissance des enfants et autant que possible leur domicile actuel.

Sous la même pénalité, le secrétaire communal complète cette liste, en y portant les mêmes indications pour les enfants domiciliés dans la commune quoique nés au dehors; 15 jours après la réception du formulaire, il transmet, par l'intermédiaire de la Commission locale, la liste duement remplie à l'instituteur. Celui-ci en envoie immédiatement une copie à l'inspecteur de son arrondissement.

Art. 23. Les nouveaux élèves sont inscrits au registre matricule. Chaque élève est prévenu de son inscription par les soins de la Commission locale.

A son entrée à l'école, il est muni d'un livret scolaire, établi conformément aux prescriptions du règlement général.

Art. 24. Aucun élève ne peut, sans l'autorisation de l'instituteur, s'absenter de l'école. Cette autorisation n'est accordée que dans les cas prévus par le règlement général. Une absence imprévue et non autorisée préalablement doit être soumise, dès la rentrée de l'élève en classe, à l'instituteur qui en apprécie le bien-fondé. Dans les cas de maladie, les parents ou leurs représentants ont soin d'en aviser immédiatement l'instituteur. A ce défaut, l'absence est considérée comme illégitime et donne lieu à l'application des peines prévues dans la présente section.

Les cas d'exemption pour un laps de temps déterminé sont soumis à la ratification de l'inspecteur.

Art. 25. L'instituteur tient dans le registre spécial prévu à l'art. 9 un contrôle exact et journalier des absences légitimes ou illégitimes, ainsi que des congés.

Dans les six premiers jours de chaque mois, il transmet à la Commission et à l'inspecteur un relevé des absences légitimes et illégitimes du mois écoulé.

Art. 26. L'élève qui s'absente illégitimement est rappelé à l'ordre par l'instituteur; avis en est donné aux parents. Ceux-ci sont passibles d'une amende de 20 centimes par demi-journée pour les trois premières absences et de 40 centimes pour les autres absences du semestre.

Art. 27. Ces absences sont indiquées par l'instituteur à la Commission locale (art. 25 2me alinéa) qui charge le boursier de la perception des amendes. Celui-ci peut donner terme de huit jours aux parents pour en opérer le versement. Quittance de ces versements est remise aux intéressés.

Art. 28. La Commission envoie à la fin du mois à l'inspecteur la liste des amendes perçues et non-perçues pour le mois écoulé. Celui-ci signale au préfet les amendes non-perçues afin que ce dernier en opère la perception par voie administrative et sans frais.

Art. 29. A partir de la dixième absence illégitime dans le semestre, les parents ou leurs représentants sont, en tout état de cause, cités à comparaître

devant le Préfet, qui après les avoir rappelés à leur devoir, leur fait, suivant le cas, application d'une amende de 1 à 2 fr. pour chaque absence illégitime, en sus des dix premières.

Art. 30. Le produit de toutes les amendes scolaires perçues directement ou par l'entremise du préfet est versé dans la bourse du fonds d'école de la commune du domicile de l'élève.

Un mois après la remise des listes à l'inspecteur et du prononcé du préfet, les amendes non acquittées sont converties de plein droit en prison, à raison de 24 heures de détention par 2 fr. d'amende, mais sans que le minimum de la peine soit inférieur à 24 heures.

Art. 31. Au cas de mauvais vouloir ou de résistance obstinée des parents, le préfet est compétent pour les condamner à une peine de dix jours de prison au maximum, sans préjudice des amendes prévues aux articles précédents, ni des poursuites pénales qui peuvent être intentées selon la gravité du cas.

Art. 32. Exceptionnellement, l'inspecteur et la Commission locale peuvent requérir du préfet l'emploi de la gendarmerie pour faire conduire à l'école les élèves récalcitrants.

Art. 33. A la fin du mois, le préfet adresse le relevé mensuel des amendes à la Direction de l'Instruction publique, avec indication de la solution donnée à chaque cas spécial.

La Direction transmet au réviseur des comptes un bordereau des sommes perçues dans l'année par les communes, afin que celui-ci puisse en contrôler la perception, lors de la vérification annuelle des comptes.

Art. 34. Le règlement général détermine tout ce qui a trait à l'éducation, à la discipline et à la surveillance des élèves des écoles primaires.

La surveillance de l'instituteur s'étend à tous les enfants qui fréquentent l'école, non seulement dans le local scolaire et ses abords, mais au dehors, sur la voie publique et dans toutes les réunions et assemblées, auxquelles les élèves sont admis à prendre part.

Art. 35. Tout mauvais traitement envers les élèves est interdit. Le règlement détermine les punitions applicables dans les écoles.

5. Examens, mutations, promotions, émancipations.

Art. 36. Les examens scolaires ont lieu à la visite du printemps. Ils sont dirigés par l'inspecteur scolaire.

La valeur des notes est déterminée comme suit :

1 équivaut à très bien.
2 „ à bien.
3 „ à passable.
4 „ à mal.
5 „ à nul.

Les autres conditions de l'examen sont déterminées par le règlement général.

Art. 37. Hors le cas de changement de domicile des parents, et à moins d'autorisation spéciale de l'inspecteur, il est interdit à un élève de quitter, pendant le courant d'un semestre, l'école ou la classe dans laquelle il est entré.

Art. 38. Dans le cas de changement de domicile, les parents sont tenus d'en aviser l'instituteur huit jours au moins avant leur départ. Celui-ci transmet immédiatement le livret de l'élève à l'instituteur du nouveau domicile, si l'élève se trouve dans le même arrondissement; à l'inspecteur compétent, si ce domicile est dans un autre arrondissement. Dans ce cas, ce dernier prévient l'insti-

tuteur du futur domicile de l'élève, avec indication exacte de l'époque à laquelle la mutation s'effectuera.

Les autorités scolaires du nouveau domicile ont, dès ce moment, la responsabilité de l'élève en ce qui concerne la fréquentation de l'école.

Art. 39. Un élève peut en tout temps quitter l'école primaire pour passer dans une école secondaire ou supérieure, ou dans une école privée, moyennant avis préalable à l'instituteur et à l'inspecteur. Ceux-ci ont l'obligation de s'assurer que l'admission a réellement eu lieu. Si l'élève quitte ces écoles avant d'avoir atteint l'âge de l'émancipation, il est tenu de rentrer immédiatement a l'école primaire.

Art. 40. L'inspecteur a seul, après avoir pris l'avis de la commission scolaire, le droit de prononcer les émancipations. Elles ont lieu, dans la règle, à la suite des examens du printemps. Exceptionnellement, l'émancipation peut être prononcée à la visite d'automne, à condition toutefois, que l'enfant ait fréquenté régulièrement l'école pendant le semestre d'été. Dans ce cas, l'inspecteur procède à un examen spécial des élèves qui demandent leur émancipation.

Art. 41. Dans la règle, l'émancipation est prononcée, aux termes de l'art. 20, à condition que l'élève ait obtenu en moyenne la note *passable* sur les branches prévues à l'art. 10. Si la note moyenne passable n'est pas obtenue, l'élève est astreint par l'inspecteur à fréquenter l'école pendant le semestre d'hiver suivant.

L'émancipation sort ses effets à la fin du semestre.

Art. 42. Exceptionnellement, l'inspecteur est compétent pour prononcer l'émancipation avant l'âge requis:

a. Des élèves dont le travail est indispensable à leurs parents dénués de ressources, mais à condition qu'ils satisfassent aux conditions d'examen mentionnées à l'article précédent;

b. Des élèves qui ont 13 ans accomplis et ont obtenu à l'examen du printemps la note moyenne *bien* sur toutes les branches du programme de l'école, si les parents en font la demande.

Les émancipations exceptionnelles prévues à la litt. *a*, ainsi que l'émancipation d'un enfant absolument privé d'intelligence, peuvent être prononcées en tout temps par l'inspecteur sur le préavis de la commission locale.

Art. 43. L'exclusion de l'école peut être prononcée contre un enfant vicieux dont la conduite serait un exemple dangereux pour ses condisciples. Elle est prononcée par l'inspecteur sur le préavis de la commission locale.

Art. 44. Toutes les mutations prévues dans la présente section sont inscrites dans le registre des émancipations et dans le registre matricule de l'école.

6. Locaux, ameublement, fournitures d'école.

Art. 45. Tout cercle scolaire tenu d'avoir une école primaire publique, doit disposer d'une maison ou d'un local affecté à cet usage.

La maison d'école est établie, autant que possible, à distance des ateliers insalubres ou bruyants, des auberges et établissements publics, des laiteries et autres lieux de réunion.

Une inscription portant les mots „école primaire“ est placée sur chaque bâtiment d'école, à l'endroit le plus en vue.

Art. 46. Un règlement spécial détermine le mode de construction et de distribution des maisons d'école. Des plans normaux sont mis, à cet effet, à la disposition des intéressés, par la Direction de l'Instruction publique, qui approuve les plans et devis définitifs de construction.

L'acquisition d'un bâtiment déjà existant en vue d'y installer l'école doit de même être approuvée.

L'intendant des bâtiments est chargé de l'examen des plans, de la surveillance générale des travaux et de leur reconnaissance définitive.

Il reçoit une indemnité de déplacement de la caisse de l'Etat, lorsqu'il est obligé de se transporter sur les lieux.

Art. 47. Lorsque la nécessité en est démontrée, le Conseil d'Etat prescrit aux communes la construction ou la réparation des maisons d'école. Dans les cas de négligence ou de mauvaise volonté bien constatés, il peut prescrire d'office des mesures d'exécution aux frais des communes en défaut.

Art. 48. Les maisons d'école ne servent dans la règle qu'à la tenue de l'école et au logement de l'instituteur ou de l'institutrice; le bureau et les archives de commune et d'état civil peuvent cependant y être installés, pour autant que la tenue régulière de l'école n'en est pas entravée; les maisons d'école peuvent à la même condition être utilisées pour la tenue des réunions et assemblées communales et de paroisse.

Art. 49. En cas de construction, d'acquisition ou de reconstruction d'une maison d'école, il est alloué aux communes dénuées de ressources, et à leur demande, un subside variant de 100 à 2,000 fr. à déterminer par le Conseil d'Etat.

Art. 50. Les salles d'école sont chauffées aux frais de la commune ou des communes faisant partie du cercle scolaire, dans ce dernier cas, d'après les proportions établies pour les prestations scolaires. La commune du chef-lieu du cercle veille à ce que le combustible soit conduit devant la maison d'école en temps utile et prêt à être employé.

Le règlement général détermine tout ce qui a trait au mobilier et au matériel nécessaires à fournir par les communes.

Art. 51. L'école fournit aux élèves tout le matériel scolaire aux prix coûtant. L'avance en est faite par la caisse communale suivant le mode prévu par le règlement scolaire local et porté en compte aux parents.

Ce matériel est fourni gratuitement à tous les élèves pauvres sans distinction. En aucun cas, il ne peut être considéré comme un objet de l'assistance publique ni porté en compte comme tel.

En cas de négligence des communes, l'inspecteur en réfère au préfet qui doit d'office et aux frais de celles-ci combler les lacunes existantes.

Art. 52. Il est dressé chaque année un inventaire détaillé du matériel scolaire de chaque école, lequel est contresigné par l'inspecteur, l'instituteur et la commission locale et transcrit dans le registre spécial.

7. Des fonds d'école.

Art. 53. Chaque commune ou cercle scolaire est tenu d'avoir un „fonds d'école" minimum de 14,000 fr., dont le revenu est destiné à former le traitement de l'instituteur.

La proportion contributive de chaque commune faisant partie d'un cercle scolaire au fonds d'école est basée sur sa population fixée par le dernier recensement fédéral.

Art 54. Les communes sont tenues de compléter leur fonds d'école, par tous les moyens en leur pouvoir: vente de bois ou d'immeubles, cession de créances, emploi de capitaux disponibles, impôts, etc., etc.

Il est, en outre, affecté à ce même but et d'une manière permanente, quelle que soit du reste la situation du fonds d'école, les ressources suivantes:

a. Le produit de deux parts de bénéfices communaux;

b. Les amendes scolaires et autres prévues par les lois spéciales;

c. Le tiers du denier de toute réception bourgeoisiale;
d. Les successions, legs et donations.

Art. 55. Les capitaux du fonds d'école ne peuvent être ni prêtés à la commune, ni confondus avec ses propres capitaux; les intérêts sont capitalisés jusqu'à ce que le minimum légal soit atteint. Chaque année le tableau en est publié par les soins de la Direction de l'Instruction publique.

L'administration des fonds d'école est réglée par un arrêté du Conseil d'Etat.

Il est interdit aux communes de puiser dans les fonds d'école pour d'autres besoins ou de donner aux recettes une destination différente, même momentanée.

8. Impôts.

Art. 56. Les communes et cercles scolaires ont le droit de prélever des impôts dans la forme prévue aux art. 249 et suivants de la loi sur les communes pour subvenir:

a. A l'établissement ou à la reconstruction des bâtiments scolaires;
b. A la constitution du fonds d'école;
c. Au paiement du traitement des instituteurs et des institutrices.

Les adhérents à un cercle scolaire libre pour lequel il est prélevé d'autres impôts scolaires, sont dispensés de payer ceux énumérés à la litt. *c* ci-dessus.

Toutes les autres dépenses scolaires non couvertes par les revenus du fonds d'école ou des fondations spéciales sont prélevées sur la caisse communale et ne peuvent, en aucun cas, faire l'objet d'un impôt spécial.

Art. 57. Dans les cercles scolaires formés de plusieurs communes et à moins de conventions contraires ou d'usages établis, les frais scolaires prévus à l'art. 56, litt. *c*, sont répartis entre les communes, proportionnellement à leur population générale, telle qu'elle résulte du dernier recensement fédéral.

Dans les communes dont une partie des habitants forme un cercle scolaire libre, ceux-ci sont déduits du chiffre total.

La répartition des frais actuellement existante continue à faire règle jusqu'au prochain recensement.

CHAPITRE II.

Des autorités scolaires.

Art. 58. Les autorités scolaires placées sous la direction générale du Conseil d'Etat sont cantonales ou locales.

Art. 59. Les autorités cantonales sont:
La Direction de l'Instruction publique;
La Commission des études;
Les Préfets;
Les Inspecteurs.

Les autorités locales sont:
Les conseils communaux;
Les commissions locales;
Les directeurs d'école.

1. Autorités cantonales.

Art. 60. Toutes les nominations scolaires qui ne sont pas attribuées par la présente loi à d'autres autorités sont de la compétence du Conseil d'Etat.

Art. 61. La *Direction de l'Instruction publique* a la surveillance et la direction de toutes les parties de l'instruction primaire, conformément aux dispositions des lois et règlements.

Elle a l'initiative de toutes les mesures à prendre en vue de favoriser le développement et les progrès de l'instruction primaire dans le canton.

Elle procède aux nominations qui lui sont déférées par la loi.

Art. 62. La Direction de l'Instruction publique tranche, sous bénéfice de recours au Conseil d'Etat, toutes les difficultés relatives à l'application de la présente loi dont la connaissance n'est pas dévolue à une autre autorité.

Art. 63. *Une Commission des études* de 12 membres est adjointe à la Direction de l'Instruction publique.

Le règlement détermine ses attributions. La nomination, la durée des fonctions et les indemnités de présence sont dans la compétence du Conseil d'Etat.

Art. 64. *Le Préfet* a, dans son district, la surveillance de l'instruction primaire au point de vue administratif. Il prête main forte aux autorités scolaires en vue de l'exécution des prescriptions légales et des décisions prises conformément aux dites prescriptions. Il a spécialement, sans préjudice des autres dispositions de la loi qui le concernent, les compétences suivantes:

a. Il procède à l'installation des instituteurs dès leur entrée en fonctions;

b. Il visite une fois par an les écoles de son district, et adresse un rapport annuel au Conseil d'Etat sur leur marche au point de vue administratif;

c. Il pourvoit à ce que les bâtiments et installations scolaires soient constamment entretenus en bon état et les écoles pourvues du matériel réglementaire;

d. Il inspecte les registres de l'école et les protocoles des commissions locales.

Art. 65. Le canton est divisé en 7 arrondissements scolaires.

Leur circonscription est déterminée par le règlement. Les inspecteurs sont nommés pour le terme de 4 ans par le Conseil d'Etat. Leur traitement est fixé par la même autorité. Un chiffre de fr. 16,000 est porté au budget annuel dans ce but.

Art. 66. Les *inspecteurs scolaires* ont la surveillance et la direction immédiate de toutes les parties de l'instruction primaire dans leur arrondissement. Ils servent d'intermédiaire entre les intéressés et la Direction de l'Instruction publique.

Ils ont les attributions spéciales suivantes sans préjudice des autres dispositions de la loi qui les concernent:

a. Ils visitent deux fois, au moins, chaque année, toutes les écoles de leur arrondissement, et aussi souvent que possible les cours de répétition;

b. Ils observent la marche suivie par l'instituteur dans toutes les branches du programme, lui donnent les directions nécessaires et s'assurent que les lois et règlements sont observés et les méthodes suivies;

c. Ils approuvent les ordres du jour de l'école, la division du temps et des cours des différentes classes et veillent à leur exécution;

d. Ils veillent à l'ordre, à la discipline, à l'hygiène de chaque école et provoquent, le cas échéant, l'intervention des autorités locales et supérieures;

e. Ils président les conférences des instituteurs;

f. Ils tiennent un carnet régulier de leurs visites dans lequel sont consignés leurs ordres et observations et le soumettent chaque trimestre au visa de la Direction de l'Instruction publique.

Les principales observations sont également consignées au registre de l'école.

g. Ils signalent au préfet les lacunes existantes dans le matériel scolaire de chaque classe;

h. Chaque année, dans le courant de septembre, ils adressent à la Direction

de l'Instruction publique, un rapport général de leur administration, spécialement sur la marche des écoles, la fréquentation et les progrès des élèves, la répression des absences, le mérite, l'application et la conduite des instituteurs.

Ceux-ci sont divisés en 1re, 2me et 3me classe, selon les notes obtenues dans le courant de l'année.

2. Autorités locales.

Art. 67. Les *conseils communaux* ont en matière scolaire les attributions administratives qui leur sont dévolues par les lois et règlements et spécialement:

a. Ils nomment les membres des commissions scolaires locales dont le choix n'est pas dévolu à une autre autorité et donnent leur préavis en vue de la nomination des instituteurs;

b. Ils pourvoient à tous les besoins matériels de l'école et de l'instituteur, dans les limites de la présente loi et des règlements;

c. Ils exercent la haute surveillance sur l'administration scolaire; ils ont l'initiative de toutes les mesures à prendre en vue du développement et des progrès de l'instruction primaire dans leurs cercles scolaires respectifs;

d. Ils ont en tout temps le droit de se faire rendre compte par la commission locale et l'instituteur de la marche de l'école, à tous les points de vue, et d'inspecter toutes les parties de l'administration scolaire.

Art. 68. Il y a dans chaque cercle scolaire une Commission locale composée, selon la population, de 3 à 11 membres, élus pour 4 ans par le conseil communal. Le Conseil d'Etat a le droit de désigner un membre qui peut faire partie de plusieurs commissions scolaires.

Lorsque le cercle comprend plusieurs communes, les membres de la commission sont autant que possible répartis entre elles proportionnellement à leur population respective, mais de telle sorte que chacune d'elles ait au moins un représentant.

La commission scolaire ainsi constituée élit son Président et son secrétaire. Ce dernier peut être choisi hors de son sein.

Art. 69. Les commissions locales ont les attributions suivantes sans préjudice de celles qui leur sont, en outre, déférées par les lois et règlements:

a. Elles élaborent, sous réserve de la sanction de la Direction de l'Instruction publique, le règlement scolaire local;

b. Elles préavisent auprès du conseil communal pour la nomination, la promotion, la suspension ou la révocation des instituteurs;

c. Elles surveillent la marche générale de l'école et la conduite des instituteurs et des élèves;

d. Elles procèdent aux visites d'écoles primaires et de répétition conformément aux règlements sur la matière; chaque membre individuellement a, en tout temps, le droit d'assister aux leçons et de s'assurer des progrès des élèves.

Chaque visite est inscrite au registre.

e. Elles assurent la bonne fréquentation des élèves et la répression des absences. Elles prêtent leur appui à l'instituteur en vue du maintien de la discipline;

f. Elles connaissent des difficultés qui surgissent entre les instituteurs et les parents et en réfèrent, suivant le cas, au conseil communal ou à l'Inspecteur et au Préfet;

g. Elles veillent au bon entretien des bâtiments et installations scolaires et obtiennent du conseil communal le matériel nécessaire à l'école et aux élèves; elles veillent au paiement régulier des instituteurs;

h. Elles concourent à l'exécution des règlements et des ordres donnés;
i. Elles inspectent chaque fois les registres de l'école et s'assurent qu'ils sont régulièrement tenus.

Art. 70. Le Conseil d'Etat peut révoquer les membres de la Commission scolaire en tout ou en partie et les membres révoqués ne peuvent être réélus par le conseil communal:
a. Lorsque la Commission scolaire oppose de la résistance à l'exécution des lois ou aux ordres des autorités supérieures;
b. Lorsqu'elle se rend coupable de négligence grave dans l'exercice de ses fonctions.

Les membres restants remplissent provisoirement les fonctions de visiteurs d'écoles.

Art. 71. Dans les communes qui ont plusieurs écoles, le règlement local peut prévoir la création du poste d'un directeur, auquel est confiée la direction immédiate des écoles publiques de la localité. Les attributions de ce directeur sont déterminées par le règlement local.

CHAPITRE III.

Du personnel enseignant primaire.

1. Organisation générale.

Art. 72. Pour être instituteur, il faut être porteur d'un brevet de capacité et, dans la règle, âgé de 18 ans.

L'enseignement des ouvrages manuels et de l'économie domestique, dans les écoles mixtes dirigées par un instituteur, est donné par des institutrices ou des maîtresses d'ouvrage. Celles-ci sont pourvues d'un brevet spécial.

L'enseignement des branches accessoires telles que le chant, le dessin, la gymnastique, etc., peut être confié à des maîtres spéciaux.

2. De l'examen pour l'obtention du brevet.

Art. 73. Un jury composé de 3 membres au moins, nommés par la commission des études, procède une fois l'an à l'examen des aspirants au brevet de capacité.

Un de ces trois membres fait partie de la section compétente de la commission des études, et à ce titre préside le jury.

Art. 74. Pour se présenter à l'examen prescrit pour l'obtention du brevet, le candidat doit justifier de 4 années d'études préparatoires après sa sortie de l'école primaire.

Art. 75. Un règlement spécial détermine l'époque à laquelle les examens ont lieu, les conditions d'admission des candidats, les branches sur lesquelles porte l'examen qui se fait de vive voix et par écrit, et le nombre de points nécessaires à l'obtention du brevet, ainsi que la manière de les fixer.

Art. 76. Les brevets de capacité sont délivrés par la Commission des études et suivant le résultat plus ou moins favorable de l'examen pour une période de 4 à 1 an.

A l'expiration de ces délais, le porteur du brevet fonctionnant dans le canton est astreint à subir un nouvel examen pour le renouvellement de son brevet. L'instituteur qui justifie de quatre années d'exercice dans l'enseignement public ou libre et qui subit avec distinction ces secondes épreuves, obtient, en outre, un certificat d'aptitude pédagogique.

Art. 77. Le brevet définitif est octroyé au porteur du certificat d'aptitude pédagogique, ainsi qu'aux instituteurs qui justifient de huit années d'enseignement satisfaisant.

Art. 78. Tout porteur de brevet qui le laisse périmer ou qui abandonne l'enseignement pendant trois ans, peut être astreint à subir à nouveau l'examen en vue du renouvellement de son brevet ou de l'obtention d'un deuxième brevet.

Art. 79. La Direction de l'Instruction publique est autorisée à admettre comme aspirants à l'enseignement les porteurs de brevets de capacité délivrés dans d'autres cantons suisses, moyennant équivalence des programmes d'examen.

3. Nomination des instituteurs et des institutrices.

Art. 80. Le personnel enseignant est nommé par le Conseil d'Etat en suite de concours et sur le préavis des communes intéressées. En cas d'insuffisance du premier concours ou d'irrégularités commises, la Direction de l'Instruction publique en ordonne un deuxième et ainsi de suite.

Art. 81. Le Conseil d'Etat peut procéder à la nomination d'instituteurs sans l'accomplissement des formalités du concours s'il y a accord entre les communes et les instituteurs reconnus éligibles et ce, sur le préavis de l'inspecteur.

Dans les cas d'urgence, l'inspecteur est autorisé à pourvoir d'office, de concert avec la Commission locale et moyennant avis à la direction de l'Instruction publique, au service provisoire de l'école.

Art. 82. Dès qu'un poste d'instituteur devient vacant, le conseil communal en donne connaissance à l'inspecteur qui en avise la Direction de l'Instruction publique. Celle-ci annonce dans la *Feuille officielle* l'ouverture du concours avec indication du traitement et des accessoires du poste auquel il s'agit de repourvoir, ainsi que du jour fixé pour l'examen.

Art. 83. L'examen de concours est public, les autorités locales y sont invitées d'office. Il a lieu, dans la règle, au local de l'école à repourvoir, et en présence d'un jury composé comme suit: le préfet du district qui préside, l'inspecteur d'arrondissement qui examine et un aide désigné par la Direction de l'Instruction publique. L'inspecteur remplit les fonctions de secrétaire.

L'examen porte sur les branches énumérées aux art. 10 et 11 de la présente loi; il est suivi d'un examen pratique qui peut avoir lieu avec d'autres élèves que ceux de la classe à repourvoir.

Les dispositions du règlement prévues à l'art. 75 ci-dessus sont applicables à l'examen de concours.

La liste des candidats qui ont subi l'examen, ainsi que les résultats de ce dernier sont transmis par le secrétaire, sous forme de procès-verbal, signé de tous les membres du jury d'examen, à la commission scolaire locale.

Les frais de l'examen déterminés par le règlement général sont à la charge de l'Etat.

Art. 84. La Commission locale adresse un rapport avec des propositions au conseil communal qui arrête définitivement son choix et en donne connaissance, sous forme de préavis, à la Direction de l'Instruction publique par l'entremise du préfet.

Tout le dossier de l'examen est joint au préavis.

Art. 85. Les nominations sont provisoires ou définitives; provisoires pendant la durée de quatre ans pour tous les instituteurs nouvellement brevetés qui n'ont pas encore enseigné; définitives à l'expiration de cette période.

Le Conseil d'Etat peut aussi procéder à une nomination provisoire lorsque le candidat n'offre pas toutes les garanties nécessaires.

Art. 86. Toute nomination provisoire est révocable par le Conseil d'Etat à la demande de la commission locale, de l'inspecteur et du préfet.

Art. 87. Tout instituteur nommé à un poste est astreint à y enseigner pendant 2 années consécutives au moins, sous peine d'une retenue de traitement de

3 mois, à moins qu'il ne soit appelé d'office à un autre poste. Le Conseil d'Etat peut l'écarter de tout concours avant l'expiration de ce délai.

Art. 88. Dans les écoles mixtes dirigées par un instituteur, l'enseignement de l'économie domestique et du travail manuel est donné par une maîtresse d'ouvrage. Celle-ci, ensuite d'un concours spécial, et sur le préavis du conseil communal et de l'inspecteur, et nommée par la Direction de l'Instruction publique.

Art. 89. Les maîtres de dessin, de musique, de chant, de gymnastique, sont nommés par les conseils communaux respectifs, leur acte de nomination est soumis à la sanction de la Direction de l'Instruction publique.

4. Incompatibilité.

Les fonctions d'instituteur sont incompatibles avec celles de syndic, de forestier, de facteur postal, ainsi qu'avec la tenue d'un débit de vin. Elles sont de même incompatibles avec les emplois de sacristain ou d'officier d'état civil dans les paroisses ou cercles de plus de 1000 âmes de population.

La direction de l'Instruction publique peut autoriser l'exercice d'autres fonctions, d'une profession, occupation ou métier, moyennant qu'il n'en résulte aucun préjudice pour l'école. Cette autorisation est en tout temps révocable.

Il est interdit à l'instituteur de prendre son logement à l'auberge sans l'autorisation de la Direction.

Par son mariage, l'institutrice est censée renoncer à une nomination définitive.

5. Démission, suspension, révocation, retrait du brevet.

Art. 91. La démission de l'instituteur doit être donnée par écrit; elle n'est acceptée que pour la fin du semestre et moyennant un avertissement préalable de 3 mois à la Direction; s'il abandonne son poste à une autre époque de l'année, il devient passible d'une indemnité égale à une retenue de traitement d'un à trois mois, selon les circonstances. La Direction de l'Instruction publique en décide sur le préavis de l'inspecteur.

Art. 92. L'incapacité notoire, la négligence invétérée, l'inconduite et l'insubordination sont des causes de révocation de l'instituteur.

La révocation est prononcée par l'autorité qui a procédé à la nomination, d'après les formes constitutionnelles et ensuite du préavis de la commission locale et de l'inspecteur.

La révocation de l'instituteur emporte de plein droit le retrait du brevet.

Art. 93. Le Conseil d'Etat est également compétent sur les mêmes préavis, pour suspendre, dans les cas moins graves, un instituteur pendant un temps indéterminé.

La Direction de l'Instruction publique peut d'urgence suspendre un instituteur pour un laps de temps dont la durée ne saurait excéder un mois, elle en réfère immédiatement au Conseil d'Etat.

La suspension prive celui qui en est l'objet, de la jouissance de son traitement pendant tout le temps de sa durée.

Art. 94. Les plaintes des autorités locales et réciproquement de l'instituteur contre les dites autorités, sont portées devant l'inspecteur qui en décide sous bénéfice de recours à la Direction de l'Instruction publique, ou les transmet au préfet s'il le trouve nécessaire.

6. Traitements des instituteurs et des institutrices primaires.

Art. 95. Les traitements dans les communes urbaines ne sauraient être inférieurs à *1400 fr.* pour les instituteurs et à *1000 fr.* pour les institutrices,

sans préjudice des avantages en nature qui pourraient leur être accordés. Toutefois, le logement et l'affouage peuvent, selon les localités, entrer en ligne de compte pour former ce minimum.

Art. 96. Le minimum des traitements des instituteurs dans les communes rurales est établi comme suit.

Instituteurs:

Dans les écoles de 30 élèves et au-dessous . .	Fr.	800
Dans les écoles de 31 à 50 élèves	»	900
Dans les écoles de 51 élèves et au-dessus . . .	»	1000

Institutrices:

Dans les écoles de 30 élèves et au-dessous . .	Fr.	700
Dans les écoles de 31 à 50 élèves	»	800
Dans les écoles de 51 élèves et au-dessus . . .	»	900

Lorsque plusieurs institutrices vivent ensemble le minimum légal peut être réduit:

pour 2 institutrices à	Fr.	1000
» 3 »	»	1200
» 4 »	»	1500

Le nombre des élèves est déterminé par la moyenne des cinq années antérieures.

Art. 97. Une prime de 50 fr. est allouée aux instituteurs et une prime de 40 aux institutrices, à partir de l'année où ils sont porteurs de leur brevet définitif. Cette prime est augmentée de 5 ans en 5 ans de 50 fr. pour les instituteurs jusqu'au maximum de 150 fr. et de 40 fr. pour les institutrices jusqu'au maximum de 120 fr.; elle est payée par la Caisse de l'Etat.

Les instituteurs et institutrices qui se trouvent en 3me classe n'y ont pas droit.

Art. 98. Indépendamment du traitement en argent, les communes rurales fournissent aux instituteurs et aux institutrices:

a) Un logement convenable avec dépendances indispensables, autant que faire se peut dans la maison d'école;

b) 6 stères de bois de sapin à brûler, lequel doit être conduit, prêt à utilisé, à proximité du logement de l'instituteur;

c) Un jardin potager.

Elles fournissent, en outre, aux instituteurs seulement, dix ares de terrain cultivable, autant que possible à proximité du logement.

Il est facultatif aux communes de bonifier en argent la valeur des accessoires à l'instituteur, s'il y consent.

L'appréciation a lieu d'entente avec les intéressés.

En cas de contestation, ces accessoires sont appréciés par le préfet, sous bénéfice de recours à la Direction de l'Instruction publique.

Art. 99. Les communes ont la faculté de stipuler en faveur des instituteurs des avantages particuliers en sus des conditions ordinaires de la loi.

Art. 100. Le traitement des maîtresses d'ouvrage est fixé à 80 fr. par an et par classe, supportés par l'Etat et les communes dans la proportion fixée à l'art. 104.

Art. 101. Toute convention contraire aux dispositions de la présente section, tout accord en vertu duquel l'instituteur ou l'institutrice consentirait à accepter un traitement inférieur, sont nuls de plein droit. L'action en revendication de l'instituteur est prescrite par le terme de cinq années.

Art. 102. Les instituteurs sont exempts des corvées et prestations personnelles de communes, mais ils paient les impôts de l'Etat et des communes ou paroisses aux termes de l'art. 15 de la Constitution.

Art. 103. Lorsqu'un instituteur n'est pas en mesure d'enseigner toutes les branches obligatoires du programme scolaire, il est tenu d'y pourvoir à ses frais. Dans ce cas son suppléant doit être agréé par la commission locale et l'inspecteur. Son traitement lui est acquitté de la même manière qu'il est dit aux art. 105 et suivants.

Art. 104. L'Etat contribue pour une part déterminée au traitement des instituteurs dans les communes ou cercles scolaires les moins aisés; à cet effet, les communes ou cercles scolaires sont répartis en trois classes par un arrêté spécial du Conseil d'Etat basé sur leur fortune totale.

Il est bonifié par la Caisse de l'Etat, sur la base du minimum légal:

1° Aux communes de la deuxième classe, 1/10 du traitement légal des instituteurs;

2° Aux communes de la troisième classe, 3/10 du traitement légal des instituteurs.

Lorsque ce subside joint au revenu du fonds d'école, dépasse le minimum légal, le traitement peut être augmenté d'autant.

Art. 105. Les traitements des instituteurs et des maîtresses d'ouvrage sont acquittés à la fin de chaque trimestre par le boursier de la commune ou des communes intéressées.

Art. 106. Le Conseil d'Etat est autorisé à prendre exceptionnellement toutes les mesures nécessitées par les circonstances en vue d'arriver au paiement régulier du traitement des instituteurs:

a. S'il est constaté que la commune s'est livrée à des marchandages prohibés par la loi avec son instituteur;

b. Si malgré deux avertissements de la Direction, les traitements trimestriels n'ont pas été acquittés régulièrement à l'instituteur.

Art. 107. La part contributive de l'Etat aux traitements des instituteurs et des maîtresses d'ouvrage est acquittée par un bordereau trimestriel de la Direction en faveur des communes intéressées.

Les primes d'âges sont acquittées par un bordereau de la Direction en faveur des instituteurs au vu du rapport annuel de l'inspecteur.

Art. 108. En cas de décès de l'instituteur, les héritiers demeurent en jouissance du traitement et des autres avantages en nature, durant 6 semaines, depuis le jour du décès.

La récolte pendante demeure leur propriété. Quant au règlement de compte entre l'ancien instituteur ou ses héritiers et le nouvel instituteur, pour les locations à percevoir et la jouissance des bâtiments, il a lieu à rate de temps, au jour de la sortie et en conformité des lois civiles et des usages suivis dans la contrée.

Toute contestation à cet égard entre les intéressés est portée devant le Préfet, qui en décide administrativement, sous bénéfice de recours à la Direction de l'Instruction publique.

Art. 109. En cas de maladie prolongée, l'instituteur peut solliciter un aide dont le choix est agréé par la Direction, sur le préavis de la Commission locale et de l'inspecteur. Son traitement légal est supporté pour une moitié par la commune, pour l'autre moitié par l'instituteur.

CHAPITRE IV.

Des moyens de perfectionnement des instituteurs.

Art. 110. L'Etat met à la disposition des instituteurs les moyens suivants de se perfectionner dans l'enseignement:

a. Les cours de répétition;[1]

b. Les conférences d'arrondissement.

Les instituteurs sont tenus d'y assister sous peine d'une amende de 3 fr. au profit de la bibliothèque scolaire du district. La même amende est applicable aux instituteurs qui ne préparent pas les travaux requis pour la conférence.

c. Les leçons d'application ou la visite d'écoles-modèles;

d. Les bibliothèques scolaires de district.

Le règlement général détermine l'organisation et le fonctionnement de ces divers moyens de perfectionnement.

CHAPITRE V.

Des écoles de répétition.

Art. 111. Il est institué des cours de répétition à l'usage des jeunes gens émancipés de l'école et destinés à être portés sur les rôles militaires de recrutement. Ces cours sont obligatoires pour tout adulte qui n'en est pas dispensé par l'autorité scolaire compétente.

Art. 112. Ces écoles de répétition ont lieu l'après-midi des jours de congé ou le soir, pendant le semestre d'hiver, au local ordinaire de l'école.

Elles sont obligatoires dans chaque cercle scolaire où il se trouve des recrutables dont l'instruction n'est pas suffisante pour passer convenablement l'examen fédéral de recrutement.

Le règlement général détermine l'ordre et le programme des cours.

Art. 113. L'inspecteur, ensuite d'un examen spécial à déterminer par le règlement, établit la liste des jeunes gens émancipés de l'école qui doivent les fréquenter. L'enseignement est donné par l'instituteur désigné par l'inspecteur; il est gratuit pour les élèves.

Les dispositions des art. 24 et suivants concernant les absences et leur répression sont applicables aux écoles de répétition.

Art. 114. L'instituteur reçoit une indemnité de 50 cent. par heure d'enseignement, laquelle est acquittée sur le même pied que le traitement ordinaire, dans le mois qui suit les opérations du recrutement. Les communes fournissent, en outre, le chauffage et l'éclairage.

CHAPITRE VI.

Des écoles libres.

Art. 115. Les parents ou leurs représentants ont la faculté de faire donner à leurs enfants ou à ceux dont ils sont responsables, l'instruction à domicile ou dans une école libre. Dans ce cas, l'Etat veille à ce que cette instruction soit conforme aux prescriptions légales.

Art. 116. Chaque citoyen peut ouvrir une école libre. Dans ce but, il s'annonce à la Direction de l'Instruction publique qui s'assure de la moralité et de la capacité du requérant.

Art. 117. L'Etat exerce la haute surveillance sur les écoles libres; il constate que la fréquentation des enfants est régulière et que ceux-ci reçoivent une instruction suffisante.

Art. 118. Les écoles libres peuvent soumettre leurs statuts au Conseil d'Etat et demander à être admis au bénéfice des écoles publiques.

Dans ce cas, les statuts doivent porter qu'elles se conforment aux prescriptions des lois et règlements scolaires en ce qui concerne la nomination et le traitement des instituteurs, l'enseignement, la discipline, la fréquentation des écoles et l'approbation des comptes scolaires.

La commission scolaire nommée par les intéressés a toutes les attributions dévolues par la loi aux conseils communaux et aux commissions scolaires locales.

Lorsqu'un impôt devient nécessaire, il est levé sur tous les adhérents aux statuts organiques de l'école, qu'ils aient ou non des enfants en âge de fréquenter l'école.

Art. 119. Les communes peuvent subventionner les écoles libres.

CHAPITRE VII.

Caisse de retraite des instituteurs.

Art. 120. Il existe une Caisse de retraite des instituteurs. Cette Caisse, fondée en 1834, est reconnue personne morale et administrée sous le contrôle de l'Etat. Elle est inaliénable.

Art. 121. La Caisse de retraite est destinée à fournir une pension aux instituteurs retraités; elle accorde, en outre, des secours aux membres infirmes du corps enseignant primaire fribourgeois.

La pension est reversible aux veufs et aux veuves des sociétaires pour autant qu'ils ne se remarient pas, ainsi qu'aux orphelins des sociétaires jusqu'à ce qu'ils aient atteint l'âge de 16 ans accomplis.

Une loi spéciale règle tout ce qui concerne la Caisse de retraite.

CHAPITRE VIII.

Dispositions transitoires et finales.

Art. 122. L'ancien règlement général demeure en vigueur jusqu'à la promulgation d'un nouveau règlement, qui sera mis en harmonie avec la présente loi, dans le terme d'une année.

Ce règlement fixera un terme aux commissions scolaires locales, pour réviser leur règlement d'ordre et de discipline, selon un règlement normal élaboré par la Direction de l'Instruction publique, et dont elles s'écarteront le moins possible.

Art. 123. Les instituteurs et les institutrices qui se trouvent actuellement au bénéfice d'avantages particuliers stipulés en leur faveur en dehors des conditions ordinaires de la loi les conservent en vertu des conventions existantes.

Art. 124. Le Conseil d'Etat peut favoriser la création d'écoles primaires de degré supérieur, pour les enfants plus développés d'un ou de plusieurs cercles scolaires. Ces écoles prévues à l'art. 11 de la présente loi, seront établies avec le concours de l'Etat et des communes intéressées, dès que 20 élèves au moins seront inscrits. Une loi spéciale réglera leur organisation définitive, ainsi que la participation financière de l'Etat, qui ne sera en aucun cas supérieure au $^3/_5$ du traitement de l'instituteur.

Art. 125. La présente loi entre en vigueur le 1er octobre 1884 sous réserve de l'application des traitements qui commencent à courir dès le 1er Janvier 1885.

Kanton SCHAFFHAUSEN.

11. *2.* **Gesetz betr. Revision des Art. 22 des Schulgesetzes.**

Der Grosse Rat des Kantons Schaffhausen, in Abänderung des Art. 22 des Schulgesetzes vom 24. September 1879, beschliesst als Gesetz, was folgt:

Art. 1. Der erste Absatz von Art. 22 des Schulgesetzes hat zu lauten:

Art. 22. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden beträgt:

für das	1.	Schuljahr	das	ganze	Jahr		16—20
» »	2.	»	»	»	»		16—20
» »	3.	»	»	»	»		18—24
» »	4.	»	»	»	»		20—26
» »	5.	»	»	»	»		24—30

Art. 2. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1885 in Kraft.

Bemerkung. Art. 22 des Schulgesetzes vom 24. September 1879 setzte die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden vom 3. und 4. Schuljahr auf 18—22 fest.

Da nun die Erfahrung lehrte, dass wenig Zeit bleibe, um das Gelernte gehörig zu üben und die wünschbare Fertigkeit zu erzielen, petitionirte die kantonale Lehrerversammlung und eine grosse Zahl von Familienvätern beim Grossen Rate um Vermehrung der Stundenzahl bis auf 28. Der Grosse Rat setzte nun das Maximum auf 24 bezw. 26 fest und liess für die einzelnen Schulen Spielraum von 18—24 bezw. 20—26.

Kanton BASELLAND.

12. *3.* **Gesetz betreffend die Organisation des Schulinspektorats. Referendum vom 25. Oktober 1885.**

§ 1. Der Schulinspektor wird auf Vorschlag des Regierungsrates vom Landrate auf eine Amtsdauer von 5 Jahren gewählt. Er ist dem Regierungsrate, speziell der Erziehungsdirektion unterstellt.

§ 2. Der Schulinspektor führt die Aufsicht über alle Primarschulen, über die Lehrer und Lehrerinnen, sowie über die Gemeindeschulpflegen des Kantons.

Diese Schulen hat er jährlich wenigstens 1 mal zu besuchen und ausserdem wenigstens 1/3 derselben, wenn möglich die Hälfte, abwechslungsweise selbst zu prüfen; ebenso hat er die Privatschulen, die Anstaltschulen und die Mädchensekundarschulen jedes Jahr selbst zu prüfen.

Die übrigen Prüfungen werden durch vom Regierungsrat zu bestimmende Experten abgenommen.

§ 3. Die Bezirksschulen hat der Schulinspektor jährlich wenigstens 1 mal zu besuchen; in Betreff dieser Schulen können ihm auf den Antrag der Erziehungsdirektion durch den Regierungsrat noch weitere Geschäfte zugewiesen werden.

§ 4. Den Lehrern und Lehrerinnen sowie den Schulpflegen erteilt er die notwendigen Weisungen und unterstützt sie in der Ausübung ihres Amtes mit Rat und Tat.

§ 5. Der Schulinspektor hat an den Lehrerkonferenzen Teil zu nehmen; ihm steht ferner die Leitung allfällig angeordneter Lehrerkurse zu.

§ 6. Der Schulinspektor ist von Amtes wegen Mitglied der Kommissionen zur Prüfung der Stipendiaten, sowie der Primar-, Sekundar- und Bezirkslehrer.

§ 7. Die vom Regierungsrate oder der Erziehungsdirektion ihm zugewiesenen Gegenstände hat der Schulinspektor zu begutachten eventuell Anträge zu stellen.

§ 8. Alljährlich auf Ende des Monats Februar wird der Schulinspektor dem Erziehungsdirektor zu Handen des Regierungsrates Bericht erstatten über seine sämtlichen Amtsverrichtungen und über den Zustand des ganzen Schulwesens.

§ 9. Der Schulinspektor wohnt in Liestal. Er bezieht eine Jahresbesoldung von Fr. 3000 und für seine Ausgänge Taggelder bis auf den Betrag von Fr. 800.

§ 10. Die Schreibgeschäfte der Erziehungsdirektion und des Schulinspektorates werden durch einen Sekretär der Landeskanzlei besorgt.

§ 11. Die speziellen Vorschriften betreffend den Dienst des Schulinspektors sowie in Betreff der Abnahme der Prüfungen durch die Experten bilden den Gegenstand eines Reglements.

---

b. Verordnungen, Lehrpläne, Reglemente.

13. *1.* **Lehrziel für die Primarschulen in Basel.** Vom Erz.-R. genehmigt den 13. März 1884.

I. Religion.

1. Allgemeine Grundsätze.

Der Religionsunterricht soll auf Herz und Gemüt der Kinder erhebend und veredelnd einwirken, ihren religiösen Sinn wecken, sie auf die Pflichten gegen Gott und Menschen aufmerksam machen und zur Erfüllung dieser Pflichten anleiten.

Der Religionsunterricht in der Primarschule ist ein vorbereitender: er legt den Grund zum spätern eigentlichen Religionsunterrichte. Er macht die Schüler mit den Hauptbegebenheiten und den hervorragendsten Persönlichkeiten der biblischen Geschichte bekannt, darf aber weder dogmatisch behandelt werden noch konfessionell gefärbt sein, sondern ist so zu erteilen, dass sämtliche Schüler ohne Ausnahme daran teilnehmen können.

2. Lehrziel.

a) Klasse 1 und 2. Erzählungen von biblischen Geschichten Alten und Neuen Testamentes nach der im Anschluss an das Lehrbuch getroffenen Auswahl.

b) Klasse 3. Biblische Geschichten Alten Testamentes Nr. 1 bis 35; Neuen Testamentes Nr. 1 bis 6.

c) Klasse 4. Biblische Geschichten Alten Testamentes Nr. 36 bis 54, 57, 58, 61 bis 65; Neuen Testamentes Nr. 53 bis 65.

In jeder Klasse wird eine mässige Anzahl von Sprüchen und Liederversen aus dem Lehrbuche auswendig gelernt.

II. Sprachunterricht.

1. Allgemeine Grundsätze.

Das Sprachfach ist in der Primarschule der wichtigste Unterrichtsgegenstand, unter dessen Oberherrschaft sich alle übrigen Fächer zu stellen haben. Aller Unterricht ist deshalb in erster Linie Sprachunterricht und geht darauf aus, die Schüler richtig sprechen und folglich richtig denken zu lehren. Der Sprachunterricht in der Primarschule gliedert sich in den Lese-Unterricht, den Sprachunterricht im engern Sinne und den Unterricht in der Heimatkunde.

a) Die Schule muss auf den Lese-Unterricht wegen seiner grossen Wichtigkeit für jedermann einen besondern Wert legen und mit allem Nachdrucke dafür Sorge tragen, dass jeder Schüler gut lesen lerne. Wenn auch in der Primarschule der Lese-Unterricht bei weitem noch nicht kann abgeschlossen werden, sondern wenn er auf den folgenden Schulstufen stets fortgesetzt werden muss, so ist doch schon auf der Elementarschulstufe das Endziel dieses Unter-

richtes, dass nämlich die Schüler geläufig, lautrichtig, wohllautend und mit sinngemässer Betonung lesen, und dass sie den Inhalt des Gelesenen sich aneignen, mit Konsequenz ins Auge zu fassen und soweit wie möglich anzustreben. Nirgends darf das mechanische Lesen geduldet und überall müssen die Schüler zum Verständnis des Gelesenen angeleitet werden.

b) Der Sprachunterricht im engern Sinne soll den Schüler befähigen,

1. die mündlich oder schriftlich ausgedrückten Gedanken anderer nach Inhalt und Form richtig zu verstehen, und
2. seine eigenen Gedanken mündlich oder schriftlich richtig auszudrücken.

Er umfasst daher mündliche und schriftliche Übungen.

Zu den mündlichen Sprachübungen gehören: Die Sprachübungen im engern oder freiern Anschluss an den Anschauungsunterricht, die Wiedergabe des Gelesenen im engern oder freiern Anschluss an das Lesebuch und die Memorir- und Rezitirübungen.

Zu den schriftlichen Sprachübungen gehören: Die Einübung der Orthographie teils durch Aufschreiben von Diktaten, teils durch Abschreiben aus dem Lesebuche, teils durch Niederschreiben aus dem Gedächtnisse; die Nachbildung von Sätzen und von passenden Lesestücken sowie von leichten Erzählungen und Beschreibungen; die Umbildung von Sätzen und von Lesestücken.

Zu allen diesen Übungen kommt hinzu die Bekanntschaft mit den Elementen der Sprachlehre, wobei indessen der bloss theoretische Weg von vorneherein ausgeschlossen und die praktische Übung allein zulässig ist.

Das Lesebuch bildet die Grundlage und den Mittelpunkt des ganzen Sprachunterrichtes in der Primarschule.

c) Der Unterricht in der Heimatkunde endlich soll im engsten Anschluss an den Anschauungsunterricht den Schüler mit seiner Heimat und den in seiner nächsten Umgebung vorkommenden Erscheinungen bekannt machen und ihn dadurch befähigen, später die Erscheinungen der Fremde um so besser kennen und begreifen zu lernen.

2. Lehrziel.

a) *Klasse 1. a)* Lesen und Erklären der in der Fibel vorkommenden Wörter, Sätze und Lesestücke.

b) Übung im mündlichen und schriftlichen Ausdrucke. Sprechübungen im Anschluss an die Fibel und an Dinge, welche im Anschauungskreise der Kinder liegen.

c) Sprachübungen. Orthographie: Lautirübungen. Übungen im richtig Sprechen und im richtig Schreiben. Abschreiben aus der Fibel. Diktat von Wörtern. Die Elemente der Silbentrennung.

Sprachlehre: Kenntnis der kleinen und grossen Buchstaben des Alphabetes nach ihrer Reihenfolge. Kenntnis der Vokale, Umlaute, Doppellaute und Konsonanten. Benennen von Gegenständen. Angabe, was die Gegenstände sind, wie sie sind, was sie tun. Kenntnis der Hauptwörter als Namen sinnlich wahrnehmbarer Gegenstände. Anwendung der grossen Anfangsbuchstaben beim Schreiben der Hauptwörter und am Anfang der Sätze. Anwendung der Einzahl und der Mehrzahl. Der Punkt als Satzschluss.

d) Heimatkunde. Besprechung des Schulzimmers, des Schulhofes, des Schulgebäudes, des Wohnhauses, der Strasse, woran das Schulhaus liegt, und des Schulweges.

b) *Klasse 2. a)* Lesen und Erklären der Lesestücke.

b) Übung im mündlichen und schriftlichen Ausdrucke. Zergliederndes Abfragen von Lesestücken. Anleitung zur mündlichen Wiedergabe leichter Abschnitte aus dem Lesebuche. Abschriften aus dem Lesebuche.

c) Sprachübungen. Orthographie: Einübung der Silbentrennung. Diktat von

Wörtern, deren Schreibung von der Aussprache nicht abweicht, und von solchen, deren Schreibung von der Aussprache abweicht, wobei besonders die Dehnung und die Schärfung des Vokals in Betracht kommt.

Sprachlehre: Unterscheidung der Hauptwörter (Substantive) nach dem Geschlecht. Anwendung des Geschlechtswortes (Artikels). Bildung von Sätzchen: Was die Gegenstände sind, wie sie sind, was sie tun im Anschluss an den Lesestoff. Elementare Kenntnis des Eigenschaftswortes (Adjektivs) und des Zeitwortes (Verbs). Bildung von Sätzen mit Anwendung der Einzahl und der Mehrzahl. Kenntnis der drei Hauptzeiten Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft.

d) Heimatkunde. Die Strassen, Plätze, wichtigsten Gebäude und Gewässer in der Nähe des Schulhauses. Strassenverkehr, Verkehrsmittel. Beschäftigung der Einwohner.

c) *Klasse 3. a)* Lesen und Erklären der Lesestücke.

b) Übung im mündlichen und schriftlichen Ausdrucke. Zergliederndes Abfragen von Lesestücken. Anleitung zur mündlichen Wiedergabe kleiner Lesestücke oder Abschnitte von solchen erzählenden und beschreibenden Inhaltes. Abschreiben aus dem Lesebuche. Schriftliche Nachbildung leichter Sätze oder kleiner Abschnitte von Lesestücken erzählenden und beschreibenden Inhaltes. Niederschreiben leichter Abschnitte des Lesebuches aus dem Gedächtnisse. Nachbildung kleiner, leichter (freier) Erzählungen und Beschreibungen.

c) Sprachübung. Orthographische Übungen im engern oder freiern Anschluss ans Lesebuch. Befestigung der Silbentrennung. Berücksichtigung der Wörter, deren Schreibung von der Aussprache abweicht (Dehnung, Schärfung der Vokale). Berücksichtigung der Abstammung der Wörter durch Veränderung des Stammvokals, durch Vor- und Nachsilben und durch Zusammensetzung.

Sprachlehre: Der einfache nackte Satz. Kenntnis des Substantivs, Artikels, Adjektivs und Verbs. Anwendung der vier Hauptzeiten des Verbs: Präsens, Imperfekt, Perfekt und Futurum in Sätzen. Unterscheidung von Satzgegenstand und Satzaussage. Alle diese Übungen im beständigen Anschlusse an den Lesestoff.

d) Heimatkunde. Die Stadt Basel mit ihren Gewässern, Tälern, Höhen, Hauptstrassen, Hauptplätzen, Schulgebäuden, Kirchen und andern öffentlichen Gebäuden, Stadtteilen und Eisenbahnlinien.

d) *Klasse 4. a)* Lesen und Erklären der Lesestücke.

b) Übung im mündlichen und schriftlichen Ausdrucke. Zergliederndes Abfragen von Lesestücken. Mündliche Wiedergabe geeigneter Lesestücke in zusammenhängenderm Ausdruck. Schriftliche Nachbildung von Lesestücken erzählenden und beschreibenden Inhaltes oder von anderweitigen leichten Erzählungen und Beschreibungen. Mündliche und schriftliche Umbildung von geeigneten Lesestücken mit Veränderung der Person, Zahl oder Zeit.

c) Sprachübung. Orthographische Übungen durch Diktate mit besonderer Berücksichtigung der Abstammung und Zusammensetzung der Wörter.

Sprachlehre: Der erweiterte einfache Satz. Kenntnis des Satzgegenstandes und der Satzaussage. Die Beifügung als Adjektiv oder als Genitiv. Die Ergänzung als Akkusativ, Dativ oder Genitiv. Die Bestimmung des Ortes, der Zeit, der Weise und des Grundes. Bildung von Erzähl-, Frage- und Befehlssätzen. Das Frage- und das Ausrufungszeichen als Satzschluss.

d) Heimatkunde. Der Kanton Basel-Stadt mit seiner Begrenzung, seinen Gewässern und Höhen, seiner kirchlichen und politischen Einteilung, seinen Nachbargebieten und seiner Zugehörigkeit zur schweizerischen Eidgenossenschaft.

In allen vier Klassen soll eine mässige Anzahl von kleinern Lesestücken in poetischer und prosaischer Form durch Auswendiglernen und fleissige Wiederholung dem Gedächtnisse fest eingeprägt werden.

III. Schreiben.

1. Allgemeine Grundsätze.

Der Schreibunterricht hat einen hohen erzieherischen Wert, indem er an den Schüler die Forderung möglichst vollkommener Ausführung der Arbeit stellt und den Sinn für Reinlichkeit, Regelmässigkeit und Schönheit weckt und pflegt. Das Ziel desselben ist als erreicht anzusehen, wenn sich die Schüler eine einfache, fliessende und gefällige Schrift angeeignet haben.

In jeder Klasse sollen die Schriftformen, Buchstabenverbindungen, Wörter und Sätzchen in möglichst vollkommener, besonders aber reinlicher Ausführung und in einer dem Auge gefälligen Ordnung geschrieben werden. Für die Form der Buchstaben sind die als Muster angenommenen Normalien in allen Klassen massgebend, und es soll darin Übereinstimmung herrschen. Der Schreibunterricht ist stets als Klassenunterricht zu erteilen.

2. Lehrziel.

In *allen vier Klassen* wird die englische Kursivschrift eingeübt, wozu noch die Ziffern und die Interpunktionszeichen kommen.

In der *vierten Klasse* findet daneben die Einübung der deutschen Kurrentschrift statt.

Während in den *beiden untern Klassen* vorwiegend die Buchstabenformen und Buchstabenverbindungen zur Einübung gelangen, wird in den *beiden obern Klassen* neben der unausgesetzten Wiederholung dieser Übungen das Schreiben von Wörtern und Sätzchen geübt. Dabei hat der Schreibunterricht dem Unterricht in der Rechtschreibung so viel wie möglich unterstützend an die Seite zu treten.

IV. Rechnen.

1. Allgemeine Grundsätze.

Dem Rechenunterrichte kommt ausser der Anwendbarkeit im täglichen Leben die Schärfung und Ausbildung des Verstandes in besonders hohem Grade zu. Anschaulichkeit, Folgerichtigkeit, geordneter Stufengang und sichtbare Fortschritte treffen dabei in einem Grade zusammen, wie dies bei keinem andern Lehrgegenstande der Schule, speziell der Elementarschule, in gleicher Weise der Fall ist.

Um die Erreichung des doppelten Zweckes des Rechenunterrichtes, Verstandesbildung und praktische Tüchtigkeit, so viel, wie in ihrem Bereiche erreichbar ist, anzubahnen, hat die Primarschule von Anfang an folgende Grundsätze zur beständigen Richtschnur ihrer Tätigkeit zu machen: Anschauung und Veranschaulichung der Zahlbegriffe und der einzelnen Operationen; Fertigkeit im Kopfrechnen; sprachrichtiger, vollständiger und genauer Ausdruck der mündlichen Lösungen; Einhaltung einer einheitlichen, festen, stätig wiederkehrenden Form des Ausdrucks und der Darstellung bei der Lösung der mündlichen und der schriftlichen Aufgaben.

2. Lehrziel.

a) Klasse 1. Bildung der Zahlvorstellungen durch Anschauung. Bekanntschaft mit dem Zahlenraume von 1 bis 10. Allseitiges Rechnen mit jeder einzelnen Grundzahl in diesem Zahlenraume. Überschreiten des ersten Zehners; Addition und Subtraktion im Zahlenraume von 1 bis 20 mit beständiger Anwendung von Veranschaulichungsmitteln.

b) Klasse 2. Einübung des Zahlenraumes von 1 bis 100 mit beständiger Anwendung von Veranschaulichungsmitteln. Ergänzung des Zehners und Zurück-
uf denselben. Zahlenzerlegen. Zu- und Abzählen mit reinen Einern und

reinen Zehnern. Einübung des Einmaleins. Zerlegen der Produkte in die Faktoren. Anfänge des Teilens und Messens.

c) Klasse 3. Einübung des Zahlenraumes von 1 bis 1000 mit beständiger Anwendung von Veranschaulichungsmitteln.

Allseitiges Kopfrechnen. Zu- und Abzählen mit reinen Einern, reinen Zehnern und reinen Hundertern, später mit gemischten Zehnern. Einübung des Einmaleins. Multiplikation reiner und gemischter Zehner mit reinen Einern und mit reinen Zehnern. Uebungen im Teilen und Messen.

Anfang des schriftlichen Rechnens. Aufgaben von kleinen Additions-, Subtraktions-, Multiplikations- und Divisionsbeispielen bis zur Multiplikation mit einem leichten zweistelligen Multiplikator und zur Division mit einstelligem Divisor.

d) Klasse 4. Im Kopfrechnen wird das auf den frühern Stufen Erlernte durch beständige Wiederholung und Uebung befestigt und angemessen erweitert. Neu hinzu kommt die Kenntnis der Sorten des Dezimalsystems, nämlich des Frankens, des Meters, des Grammes und des Liters mit ihren Unterabteilungen und Zusammensetzungen an der Hand von Veranschaulichungsmitteln. Reduziren und Resolviren.

Im schriftlichen Rechnen mit unbenannten und benannten Zahlen wird im Zahlenraume bis 100,000 allseitig operirt und bis zur Multiplikation mit einem schwierigern zweistelligen Multiplikator und zur Division mit einem leichten zweistelligen Divisor fortgeschritten.

In allen Klassen ist in jeder Rechenstunde einige Zeit auf die mündliche Lösung angewandter Aufgaben aus dem täglichen Leben zu verwenden.

V. Gesang.

1. Allgemeine Grundsätze.

Der Gesangunterricht auf der Elementarschulstufe bezweckt die Weckung und Bildung des Tonsinnes, die Entwicklung der Stimme, die Veredlung des Gemütes und die Belebung des patriotischen Gefühles. Sein Zweck ist demnach ein realer und ein ästhetischer. Durch die Befähigung zum Vortrage einstimmiger Lieder soll die Gesangesfreudigkeit der Kinder geweckt und gefördert und der Sinn für das musikalisch Schöne erschlossen werden.

2. Lehrziel.

a) Klasse 1. Gehör- und Stimmübungen. Unterscheidung von Tönen nach Höhe und Tiefe, Länge und Kürze, Stärke und Schwäche, anfänglich mit Berücksichtigung grösserer Intervalle. Übungen im Umfange des Tetrachords $\overline{f}$, $\overline{g}$, $\overline{a}$, $\overline{b}$. Einübung einer mässigen Anzahl einfacher Liedchen im Umfange einer Oktave, nicht unter das $\overline{c}$ und nicht über das $\overline{\overline{f}}$.

b) Klasse 2. Erweiterung der gehör- und stimmbildenden Übungen mit Berücksichtigung kleinerer Intervalle im Umfange einer Oktave. Einübung einer mässigen Anzahl leichter Lieder nach dem Gehör.

c) Klasse 3. Gehör- und Stimmübungen. Kenntnis des Notensystems nach Schäublins Gesanglehre (Seite 13 bis 16, erster Abschnitt. I. Die zwei ersten Töne. II. Die drei ersten Töne) und mit Benützung des dazu gehörenden Tabellenwerkes. Einübung einer mässigen Anzahl einstimmiger Lieder von etwas grösserm Umfange und etwas bewegterm Rhythmus. Beginn des Choralgesanges (Gesangbuch Nr. 28, 169, 285 und 323).

d) Klasse 4. Gehör- und Stimmübungen. Kenntnis der C-dur Tonleiter und des fünflinigen Notensystems. Wiederholung der in Klasse 3 behandelten Abschnitte aus Schäublins Gesanglehre. Behandlung von Seite 17 bis 19

(Abschnitt III. Das ganze Tetrachord). Benützung des Tabellenwerkes von Schäublin (Tabelle I, II, III). Einübung einer mässigen Anzahl einstimmiger Lieder und Choräle (Gesangbuch Nr. 21, 65, 135, 172, 288).

In allen Klassen wird der Gesangsstoff den Kinderliedern von Schäublin, in Klasse 3 und 4 ausserdem dem Basler Gesangbuche entnommen.

VI. Zeichnen.

1. Allgemeine Grundsätze.

Der Zeichenunterricht soll den Sinn für schöne Form und wohlgefällige bildliche Darstellung wecken und die Schüler an korrekte, sorgfältige und saubere Ausführung der Zeichnung gewöhnen. Er hat demnach die Aufmerksamkeit möglichst zu konzentriren und den Sinn für Regelmässigkeit und Ordnung zu heben und zu fördern. Der Zeichenunterricht ist als Klassenunterricht zu erteilen.

2. Lehrziel.

a) Klasse 1, 2 und 3. Elementarste Vorkenntnisse des Zeichnens im Anschlusse an den Anschauungsunterricht und an den Unterricht in der Heimatkunde.

b) Klasse 4. Nachbilden von geraden Linien in verschiedener Richtung und von einfachen geradlinigen Figuren. Ausführung der 20 ersten Übungen des Stufenganges für den Zeichenunterricht in der Primarschule von G. Kühlenthal, A. Frei und A. Füllemann, wobei neben der Richtigkeit der Zeichnung hauptsächlich die Sauberkeit der Ausführung in Betracht kommt.

VII. Turnen (in der 4. Klasse der Knabenprimarschule).

1. Allgemeine Grundsätze.

Der Turnunterricht bezweckt die harmonische Entwicklung und Durchbildung der Leibeskräfte. Daher soll er unausgesetzt nicht nur die schöne und gefällige Form in Haltung und Bewegung, sondern auch die stetige Gewöhnung an Zucht und Ordnung, an Aufmerksamkeit und Beharrlichkeit ins Auge fassen.

2. Lehrziel.

Ordnungs- und Freiübungen und Gerätturnen nach dem für den Turnunterricht aufgestellten speziellen Lehrziele.

Von den Ordnungs- und Freiübungen kommen zur Behandlung: Bildung des Reihenkörpers, Öffnen und Schliessen der Reihen (Rotten), Reihungen, Drehungen, einfache Gangarten, einfaches Laufen und Hüpfen, einfache Fuss-, Bein-, Knie-, Arm- und Rumpfübungen.

Von den Gerätübungen kommen zur Anwendung: Übungen am Sprungseil, am Schrägbrett, am Stemmbalken, am Barren, am Stangengerüst und an der wagerechten Doppelleiter.

Das letzte Viertel der Turnstunde ist einem fröhlichen Spiele zu widmen, das, wenn es die Verhältnisse und die Witterung gestatten, im Freien vorzunehmen ist.

VIII. Handarbeiten (in der Mädchenprimarschule).

1. Allgemeine Grundsätze.

Der Unterricht in den Handarbeiten hat zur Aufgabe, den Schülerinnen Verständnis und Geschicklichkeit in der Anfertigung der in jedem Hauswesen vorkommenden weiblichen Arbeiten beizubringen und dieselben gleichzeitig an Fleiss, Ordnung, Pünktlichkeit und Reinlichkeit zu gewöhnen.

Wegen seiner Wichtigkeit und seiner grossen Bedeutung für das praktische Leben ist der Arbeitsunterricht den übrigen Disziplinen der Primarschule gleich-

zustellen und wie diese nach den allgemein geltenden pädagogischen Grundsätzen zu erteilen. Er ist Klassenunterricht. Die Schülerinnen sind in das Verständnis der Arbeiten einzuführen und zugleich über den zur Verwendung kommenden Arbeitsstoff zu belehren.

2. Lehrziel.

a) Klasse 1. Stricken eines Streifens (eines Bandes). Erlernung der rechten, nachher der linken Maschen. Stricken eines Paares Kinderstrümpfe.

b) Klasse 2. Strumpfstricken. Fakultativ: Stricken von Socken oder Ärmelchen.

c) Klasse 3. Ausser dem Strumpfstricken werden die Anfangsgründe des Nähens an einem Übungsstück und mit gefärbtem Faden gelehrt. Beim Nähen kommen vor: die Überwindlingsnaht, der Vorstich, Hinterstich, Steppstich und Kreuzstich und das Nähen leichter gerader Säume.

d) Klasse 4. Das Strumpfstricken als Nebenarbeit. Erlernung von höchstens 10 Strickmustern mit rechten und linken Maschen; Anfertigung eines Strickmusterbandes. Fakultativ: Stricken eines Mäntelchens.

Nähen eines einfachen Mädchenhemdes. Anfertigung eines sogenannten Zahlentüchleins mit zwei grossen Alphabeten, lateinisch und französisch, und der Ziffern als Vorschule für das Zeichnen des Genähten.

Fächerverteilung.

I. Knaben-Primarschule.

	Kl. I	Kl. II	Kl. III	Kl. IV	Summe
1. Religion . . .	2	3	3	2	10
2. Sprache:					
a) Lesen . . .	4	4	4	4	16
b) Sprache . .	4	6	6	6	22
c) Heimatkunde .	1	1	1	1	4
3. Schreiben . . .	4	4	4	3	15
4. Rechnen . . .	4	5	5	5	19
5. Gesang	1	1	1	1	4
6. Zeichnen . . .	—	—	—	2	2
7. Turnen	—	—	—	2	2
Summe .	20	24	24	26	94

II. Mädchen-Primarschule.

	Kl. I	Kl. II	Kl. III	Kl. IV	Summe
1. Religion . . .	2	2	2	2	8
2. Sprache:					
a) Lesen . . .	4	4	4	3	15
b) Sprache . . .	2	3	4	5	14
c) Heimatkunde .	1	1	1	1	4
3. Schreiben . . .	4	4	3	3	14
4. Rechnen . . .	4	5	5	4	18
5. Gesang	1	1	1	1	4
6. Zeichnen . . .	—	—	—	2	2
7. Handarbeiten . .	4	4	5	5	18
Summe .	22	24	25	26	97

14. *2.* **Lehrplan für die Primarschulen des Kantons Solothurn.** Begutachtet durch die kant. Schulsynode den 24. Aug. 1885. Vom Reg.-Rath genehmigt am 1. Okt. 1885.

1. Die konfessionelle Religionslehre.

Zum Zwecke der konfessionellen Religionslehre wird der Donnerstag von vormittags 11 Uhr an und während des ganzen nachmittags für alle im 3. bis 8. Schuljahr stehenden Kinder schulfrei erklärt. Ausnahmen können — wenn nötig — vom Erziehungs-Departement gestattet oder auch angeordnet werden.

Kinder, welche die Primarschule noch nicht mindestens zwei Jahre besucht haben, dürfen zu diesem konfessionellen Religionsunterrichte nicht beigezogen werden.

Die Lehrmittel für den konfessionellen Religionsunterricht unterliegen der Genehmigung der zuständigen Staatsbehörde.

2. Die Sittenlehre

bezweckt die Weckung und Ausbildung der religiös-sittlichen Gefühle, die Entwicklung der wichtigsten Tugendbegriffe und die Erkenntnis der Pflichten des Kindes gegen Gott, den Nächsten und sich selbst.

A. Unterschule.

Die sittlichen Lebenskreise des Kindes, als: Elternhaus, Schule, Kirche, Gasse, Nachbarschaft, Natur.

B. Mittelschule.

Das Verhältnis des Kindes zu Gott, zu den Vorgesetzten, zu Seinesgleichen, zu den Menschen überhaupt, zur vernunftlosen Mitwelt, sowie die Pflichten des Kindes gegen sich selbst. (Mittelklassenlesebuch, I. Abteilung.)

C. Oberschule.

Frömmigkeit. Menschlichkeit. Pflichten gegen das Vaterland. Berufspflichten. Familienpflichten. Pflege der Gesundheit und Streben nach weiterer Ausbildung. (Oberklassenlesebuch, I. Abteilung.)

3. Der Gesangunterricht

soll den Tonsinn entwickeln, die Stimme bilden, das Gemüt veredeln und für alles Schöne und Gute empfänglich machen.

Auf jeder Stufe besteht der Unterrichtsstoff in Übungen und Liedern und sind von den letztern mindestens fünf nach Wort und Weise auswendig zu lernen.

A. Unterschule.

Reiner Gehörgesang mit relativer Tonbenennung. Einstimmiger Gesang zunächst im Umfange des ersten Tonkreises, dann der Tonleiter.

Übungen:

1. Der einfache Zwei- und Dreitakt. Das Messen und Teilen in diesen Taktarten im Verhältnis von 1 : 2 und 2 : 1.
2. Die melodischen Verhältnisse der Tonleiter. (Intervalle.)
3. Tonstärke: Schwach, stark.

Auswendig zu singen: 1. Weist du, wie viel Sterne stehen. 2. Üb' immer Treu' und Redlichkeit. 3. Alles neu macht der Mai. 4. Vögel singen, Blumen blühen. 5. Das Wandern ist des Müllers Lust.

B. Mittelschule.

Ein- und zweistimmiger Gesang nach relativer Tonbenennung zunächst im Umfang der Tonleiter, dann ihrer allmäligen Erweiterung.

Übungen:

1. Der einfache Zwei-, Drei- und Viertakt. Das Messen und Teilen im Viertakt im Verhältnis von 1 : 2; 2 : 1.
   Das Messen im Verhältnis von 1 : 2 : 3.
   Kenntnis der entsprechenden Noten und Pausen.
2. Die melodischen Verhältnisse der erweiterten Tonleiter. (Intervalle.)
3. Tonstärke: Schwach, gemässigt, stark.

Auswendig zu singen: 1. Grosser Gott, wir loben dich. 2. Ans liebe Vaterland. 3. O wie so schön und herzinnig einst klang. 4. Wem Gott will rechte Gunst erweisen. 5. Aus dem Dörfchen da drüben.

C. Oberschule.

Der ein- und zweistimmige Gesang nach absoluter Tonbezeichnung.

Übungen:

1. Die zusammengesetzten Taktarten. Kenntnis der entsprechenden Noten und Pausen. Zeitmass (Tempo).
2. Schlüssel. Tonarten. Vorzeichnung. Zufällige Tonveränderungen.
3. Die verschiedenen Tonstärken und deren Veränderung. Aussprache.

Auswendig zu singen: 1. Harre, meine Seele. 2. Rufst du, mein Vaterland. 3. Von ferne sei herzlich gegrüsset. 4. Nun ade, du mein lieb Heimatland. 5. Wir feiern heut' das Totenfest der Ahnen.

4. Der Sachunterricht.

Er bezweckt Schärfung der Sinne, Anleitung zum Betrachten der Dinge und Beobachten der Begebenheiten, Erzeugung und Kräftigung von Vorstellungen auf Grund der Anschauung, Anregung und Belebung des Gemütes und der Einbildungskraft, und indem er das Übungsgebiet allmälig erweitert, vermittelt er die notwendigsten Kenntnisse aus der Erdbeschreibung, Geschichte und Naturkunde.

Der Sachunterricht ist auf allen Stufen der naturgemässe Vorläufer des Sprachunterrichtes, indem er Stoff für die formellen Sprachübungen, das Lesen und den Aufsatz liefert.

A. Unterschule.

Die nächsten Erfahrungskreise des Kindes: Schule, Haus und Umgebung nach den Dingen und den Vorgängen als

Elementarer Anschauungsunterricht.

Die Auswahl und die Anordnung des Übungsstoffes ist für das 1. und 2. Schuljahr im zweiten, für das 3. Schuljahr im dritten Sprachbüchlein vorgezeichnet. Indessen bietet sich im Herbeiziehen verwandter Gegenstände und Vorfälle Gelegenheit, das Anschauungsmaterial beliebig zu erweitern und in beständiger Frische zu erhalten.

B. Mittelschule.

Die erweiterten Erfahrungskreise: Ort, Bezirk und Kanton nach den bemerkenswertesten Dingen und Begebenheiten als Heimatkunde; naturkundlicher Anschauungsunterricht.

a. Heimatkunde.

4. Schuljahr. Sommer: *Ortskunde.* Die Himmelsgegenden nach den Haupt- und Mittelrichtungen. Das Schulzimmer, das Schulhaus, die Ortschaft, die Einung, jeweilen zuerst angeschaut und besprochen, dann in Form eines Planes dargestellt und zwar immer zunächst auf eine wagrechte, dann auf eine senkrechte Bildfläche. Die Bewohner der Ortschaft. Die Ortsbehörden. Geschichten.

Winter: *Bezirkskunde.* Der nächste Nachbarort, verglichen mit dem Heimatort. Anreihung der weitern Ortschaften der Kirchgemeinde oder sonstigen Dörfergruppe. Der Heimatbezirk in Beschreibung, Erzählung und Kartenbild. Der Nachbarbezirk. Zusammenfassung beider Bezirke zur Amtei (Oberamt). Die Amtsbehörden.

5. Schuljahr. Kantonskunde. Wiederholungsweise Betrachtung des Heimat- und Nachharbezirks auf Grund des Handkärtchens und der Wandkarte des Kantons Solothurn. Anreihung aller übrigen Bezirke und Amteien zur Erzeugung des Kantonsbildes.

Lage, Flächenform und Grösse des Kantons, letztere im Verhältnis zu Heimatbezirk und Heimatgemeinde. Die Bodengestaltung (Gebirgszüge, Berge; Längstäler, Quertäler; Hügel- und Flachland). Witterungserscheinungen, Gewässer, Bodenerzeugnisse. Gewerbe. Strassen und Eisenbahnen. Bevölkerung, Staatseinrichtung und Behörden.

Geschichten aus dem Kanton Solothurn.

b. Naturkundlicher Anschauungsunterricht.

In zwei Jahreskursen, in welchen das 4. und das 5. Schuljahr vereinigt sind, wird eine mässige Anzahl von Naturgegenständen der Heimat behandelt. Was nicht in Wirklichkeit oder in guter Abbildung zur Anschauung gebracht werden kann, bleibt vom Unterricht ausgeschlossen. Immerhin sollen im Sommer mindestens sechs, im Winter mindestens zehn der im Mittelklassenlesebuch beschriebenen Gegenstände zur Behandlung gelangen.

C. Oberschule.

Das Vaterland; Fortsetzung des naturkundlichen Anschauungsunterrichtes.

a. Vaterlandskunde.

6. Schuljahr. Weitere Förderung des Karten-Verständnisses durch Lehre und Übung auf Grund der Handkärtchen des Kantons Solothurn und der Schweiz.

Erzählungen aus der Schweizergeschichte bis zur Reformation mit eingestreuten Gebietsbeschreibungen.

7. und 8. Schuljahr. Erzählungen aus der Schweizergeschichte von der Reformation bis auf unsere Tage mit eingeflochtenen Gebietsbeschreibungen.

Das Schweizerland nach Grösse und Grenzen, Bodengestaltung, Gewässern, Verkehrsmitteln, Ortschaften, Bewohnern und Staatseinrichtungen.

b. Naturkundlicher Anschauungsunterricht.

In zwei Jahreskursen, in welchen in der Regel alle Schüler der Oberschule vereinigt sind, wird eine mässige Anzahl der wichtigsten Naturgegenstände und Naturerscheinungen angeschaut, besprochen und in ihrem Zusammenhang betrachtet.

Erster Jahreskurs. Sommer: Die Pflanzen und deren Nutzen oder Schaden.
Winter: Der menschliche Körper. Gesundheitslehre.

Zweiter Jahreskurs. Sommer: Die nützlichen und die schädlichen Tiere.
Winter: Die wichtigsten Naturerscheinungen.

5. Der Sprachunterricht.

Er will das Kind befähigen, die innerhalb seiner Fassungskraft liegenden, in seiner Muttersprache mündlich oder schriftlich ausgedrückten Gedanken Anderer richtig zu verstehen (Sprachverständnis: Hören und Lesen) und seine eigenen Gedanken in Wort und Schrift verständlich, fliessend und richtig auszudrücken (Sprachfertigkeit: Sprechen und Schreiben).

Er schliesst sich auf der Unterstufe ganz eng an den Sachunterricht an und bleibt auch auf den folgenden Stufen mit diesem und dem übrigen Unter-

richt in soweit in inniger Verbindung, als er auch die daselbst behandelten Stoffe in den Kreis seiner Übungen zieht.

a. Lesen und Verständnis.

Lesen und Verständnis werden auf jeder Schulstufe in doppelter Weise gepflegt, einerseits in besondern, ihrer planmässigen Weiterförderung gewidmeten Übungsstunden, anderseits in der Anwendung der erworbenen Kunstfertigkeit auf die stets selbständiger werdende Gedankengewinnung und zur Unterstützung anderer Schulfächer.

A. Unterschule.

Hauptziel: Das lautrichtige und ziemlich geläufige Lesen der Rundschrift.

1. Schuljahr. Übung des Gehörs und des Sprech-Organs mittelst des zergliedernden und zusammenstellenden Lautirens ein- und mehrsilbiger Wörter. Lesen der Schreib- und der Druckschrift nach der Stufenfolge der Rundschriftfibel. Mündliche Wiedergabe des Sinnes der gelesenen Wörter, Sätze und Satzgruppen.

2. Schuljahr. Lesen von Beschreibungen, Erzählungen und Gedichten des zweiten Sprachbüchleins, nachdem deren Inhalt durch den elementaren Anschauungs- und Sittenunterricht vermittelt worden ist. Wiedergabe des Inhaltes durch schriftdeutsche Beantwortung gestellter Fragen und zusammenhängendes Erzählen in der Mundart.

3. Schuljahr. Lesen ausgewählter, durch den Anschauungs- und Sittenunterricht vorbereiteter Lesestücke des dritten Sprachbüchleins. Wiedergabe des Inhaltes auf Befragen und im Zusammenhange, mundartisch und schriftdeutsch. Auswendiglernen und einzelnes und chorweises Vortragen einfacher, kurzer Sprachstücke.

Zur Befestigung der Lesefertigkeit und zur Erprobung des Verständnisses, sowie zur Anbahnung der Privatlektüre und der Benutzung der Schülerbibliothek auf den spätern Stufen werden von Zeit zu Zeit auch solche Stücke gelesen oder zum Lesen aufgegeben, deren Inhalt noch nicht bekannt ist, die aber an sich leichtverständlich sind; durch Ausfragen wird das Verständnis geprüft und nötigenfalls ergänzt.

B. Mittelschule.

Ziel: Lautrichtiges, geläufiges und sinngemäss betontes Lesen, auch des Fraktur-drucks.

Die im Sitten- und Sachunterricht dem Hauptinhalte nach bekannt gewordenen und durch das Vorlesen und nötigenfalls durch das Vorerzählen, Vortragen und Erklären weiter vorbereiteten Lesestücke des Mittelklassenlesebuches werden einzeln und im Chor nachgelesen, zur Vermittlung und Vervollständigung des Wort- und Sachverständnisses ausgefragt und im Zusammenhange, vorzugsweise in der Schriftsprache wiedergegeben. Passende Stücke, ohne Ausschluss der prosaischen, werden auswendig gelernt und einzeln und im Chore vorgetragen.

Fortsetzung und Erweiterung der Versuche, das Lesen zum Mittel der selbständigen Gedankengewinnung zu machen, sowohl durch das der Erklärung vorausgehende Still-Lesen in der Schule und zu Hause, als auch durch das Lesen geeigneter Jugendschriften.

C. Oberschule.

Ziel: Lautrichtiges, geläufiges, sinngemäss betontes und ausdrucksvolles Lesen der üblichen Schriftarten.

Die durch den Sitten- und Sachunterricht inhaltlich vorbereiteten und ausdrucksvoll vorgelesenen Sprachstücke des Oberklassenlesebuches werden zunächst einzeln nachgelesen, nötigenfalls nach Sprachform und Inhalt durch Frage und Mitteilung weiter erklärt, frei oder mit absichtlicher Veränderung der Form und

des Gedankenganges, unter Erweiterung oder Verkürzung des Inhaltes wiedergegeben und endlich geeignetenfalls im Chor gelesen, auswendig gelernt und einzeln und im Chor vorgetragen.

Unvermittelte, aus dem Lesen selbst abgeleitete Gedankenauffassung an der Hand geeigneter Stücke des Lesebuches, u. s. w.; namentlich soll das Lesen von Jugendschriften regelmässig gepflegt und überwacht werden.

b. Formelle Sprachübung und Sprachlehre.

Durch planmässige, auf die Bewältigung bestimmter Sprachschwierigkeiten abzielende Übungen und in Mittel- und Oberschule hinzutretende Belehrungen soll sich der Schüler eine ausreichende Menge richtiger Wort- und Satzformen aneignen.

A. Unterschule.

Im unmittelbaren Anschlusse an die Anschauungsübungen und unter Benutzung und Verallgemeinerung des durch sie vermittelten Gedankenmaterials werden schwierige Wort- und Satzformen der hochdeutschen Sprache mündlich und schriftlich bis zur völligen Beherrschung eingeübt. Der Übungsstoff findet sich teils in methodischer Folge in den Sprachbüchlein und hält sich für das 1. Schuljahr mehr im Rahmen des einfachen, im 2. des erweiterten, im 3. des zusammengesetzten Satzes, teils aber wird er durch die in den verschiedenen Unterrichtszweigen auftauchenden Sprachschwierigkeiten an die Hand gegeben.

B. Mittelschule.

Die im gesamten Schulunterrichte, namentlich im Aufsatze und wohl auch im Lesen auftauchenden Sprachschwierigkeiten werden durch mündliche und schriftliche Übungen einzeln überwunden.

Gleichzeitig entwickelt die Sprachlehre nach der Stufenfolge des Mittelklassenlesebuches die nächstliegenden Regeln der richtigen Wortschreibung und Aussprache, sowie die wichtigsten Sprachgesetze im Umfange des einfachen Satzes.

Die gewonnenen Regeln und Gesetze werden so lange in Beispielen mündlich und schriftlich durchgeübt, bis ihr Inhalt ins Sprachgefühl übergegangen ist.

C. Oberschule.

Alles, wie in der Mittelschule, nur mit Ausdehnung der systematischen Sprachlehre auf die weitern Rechtsschreibregeln und die schwierigern Erscheinungen des einfachen Satzes, sowie auf das neue Gebiet des zusammengesetzten Satzes nach der Stufenfolge des Oberklassenlesebuches.

c. Schreiben und Aufsatz.

In einer ausreichenden Anzahl wöchentlicher Schreibstunden wird durch alle Schulklassen hindurch auf eine allseitige Übung und Ausbildung der Schreiborgane, auf die Angewöhnung einer richtigen Schreibhaltung und auf die feste Aneignung einer deutlichen, geläufigen, regelmässigen und kräftigen Handschrift hingearbeitet.

Sodann tritt das Schreiben möglichst bald und in steigendem Masse in den Dienst der Gedankendarstellung, welche im gefällig und sauber gehaltenen, schön und leserlich geschriebenen, sprach- und denkrichtig abgefassten Aufsatze ihren Höhepunkt erreicht.

A. Unterschule. (Ausschliesslicher Gebrauch der runden Schrift.)

1. Schuljahr. Übung der Schreib-Organe, namentlich der Hand- und Fingergelenke, Benennung und Handhabung der Schreibmittel. Angewöhnung der Schreibhaltung.

Auffassen und Darstellen von Punkten, Linien und Linienverbindungen. Schreiben der kleinen und grossen Buchstaben und ihrer stufengemässen Verbindungen auf der Schiefertafel.

Schreiben von Wörtern und Sätzen, deren Sinn der Anschauungsunterricht erschlossen und deren Schreibform in der Fibel oder auf der Wandtafel vor Augen liegt.

2. Schuljahr. Schreiben auf der Schiefertafel zur Vermehrung der Geläufigkeit unter Festhaltung der einmal gewonnenen Formen. Im Winterhalbjahr Schreiben auf Papier.

Abschreiben der aus dem Anschauungsunterricht sich ergebenden, durch das Sprechen und Lesen eingeprägten Wörter- und Satzgruppen des Lesebuches, zunächst nach der Vorschrift auf der Wandtafel, später in selbständiger Übersetzung der Druckschrift aus dem Buche.

Nachschreiben der mehrmals abgeschriebenen Sprachformengruppen aus dem Gedächtnis oder auf das Vorsprechen durch den Lehrer oder einen Lehrschüler. Zweck des Ab- und Nachschreibens ist die Erzeugung und Befestigung richtiger Wortbilder. (Vergleiche die formellen Sprachübungen.)

3. Schuljahr. Schreiben in die erste, zweite und dritte Lineatur der Schreibhefte.

Schriftliche Satzbildung durch das Beantworten von Fragen, das Vervollständigen angefangener Sätze, das Aufschreiben selbstgefundener Sätze aus dem Anschauungs- und Erfahrungskreise des Kindes. (Vergleiche die formellen Sprachübungen.)

Niederschreiben auswendig gelernter, kleiner Sprachstücke aus dem Gedächtnis und Korrektur durch den Vergleich mit dem Buche.

Aufsetzen von kleinen Stilstücken, namentlich Beschreibungen aus dem Anschauungsunterricht nach mehrfacher Besprechung und nach den an die Wandtafel geschriebenen Satzanfängen, Leitwörtern oder Andeutungen.

B. Mittelschule. (Zur runden gesellt sich allmälig die spitze Schrift.)

Taktschreiben in die Schreibhefte der zweiten, dritten und vierten Lineatur nach den Hilfs- und Buchstabenformen der Musterschriftenblätter und unter fortwährender Beobachtung einer richtigen Schreibhaltung. Ruhepausen und ausgleichende Körperbewegungen unterbrechen auch hier zeitweise die Taktirübungen.

Nachschreiben auswendig gelernter oder satzweise vorgesprochener kleiner Sprachstücke.

Freie Wiedergabe behandelter, vorerzählter oder vorgelesener Erzählungen.

Aufsetzen von Beschreibungen angeschauter und besprochener Gegenstände nach Fragen, Andeutungen und Plan.

Erste Versuche im Briefschreiben. — Stoff für die verschiedenen Aufsatzübungen bietet einerseits der Sachunterricht, anderseits der Abschnitt „Aufsatz“ im Mittelklassenlesebuch. (Vergleiche auch den Leseunterricht dieser Stufe.)

C. Oberschule.

Die runde und die spitze Schrift werden gleichmässig fortgeübt und zu fertigen Gebrauchsschriften gemacht.

Taktschreiben nach den Formen der Musterschriftenblätter und im Anschlusse daran hübsche Anfertigung einfacher Geschäftsaufsätze.

Freie oder nach bestimmten Gesichtspunkten veränderte Wiedergabe behandelter Sprachstücke. (Siehe Leseunterricht der Oberstufe.)

Beschreibung und Vergleichung angeschauter und besprochener Gegenstände, vorzüglich des Sachunterrichtes.

Erzählung einzelner Erlebnisse und Vorfälle, der Tages- oder Wochenereignisse.

Briefe verschiedenen, aber dem Kinde nicht zu fern liegenden Inhaltes.

Eine Anzahl von Stilaufgaben enthält der Abschnitt „Aufsatz" des Oberklassenlesebuches.

6. Das Rechnen

bezweckt die Befähigung des Schülers zur richtigen Beurteilung und raschen und sichern Lösung der gewöhnlichen Rechnungsfälle des bürgerlichen Lebens. Indem überall auf ein anschauliches Erfassen der Elemente, auf ein selbständiges Urteilen und Schliessen, richtiges Sprechen und geordnetes Darstellen gehalten wird, dient das Rechnen gleichzeitig als vorzügliches Bildungsmittel des Geistes.

A. Unterschule.

Das Rechnen mit ganzen, aus der Anschauung aufgefassten Zahlen bis tausend, wobei die schriftliche Darstellung genau der mündlichen Lösungsweise entspricht und die eingekleideten Beispiele den Erfahrungskreis des Kindes nicht überschreiten.

1. Schuljahr. Zu- und Wegzählen und Zerlegen zunächst bis fünf, dann bis zehn, endlich bis zwanzig. Schriftliche Darstellung mit Einheitszeichen, gegen Ende des Schuljahres auch mit Ziffern. Eingekleidete Beispiele.

2. Schuljahr. Zu- und Wegzählen der Grundzahlen bis hundert und Zergliedern und Beziffern der zweistelligen Zahlen. Zu- und Wegzählen zweistelliger Zahlen. Vervielfachen der fünf ersten Grundzahlen bis zum Zehnfachen derselben; entsprechendes Messen und Teilen. Eingekleidete Beispiele.

3. Schuljahr. Auffassen der Zahlen bis tausend durch Zu- und Wegzählen von Grundzahlen, reinen Zehnerzahlen und beliebigen 2-stelligen und leichten 3-stelligen Zahlen. Das „Einmaleins." Das Vervielfachen, Messen und Teilen zwei- und dreistelliger Zahlen mit Grundzahlen. Anwendung in eingekleideten Beispielen.

B. Mittelschule.

Das Rechnen mit ganzen, in der Vorstellung bis zur Million entwickelten Zahlen, wobei für das Rechnen mit Ziffern die bequemere, senkrechte Darstellung eingeführt und eingeübt wird und die Rechnungsbeispiele den einfachsten und gebräuchlichsten Fällen des bürgerlichen Rechnens entnommen sind. Ableitung kleiner Bruchformen aus dem Teilen des Restes.

4. Schuljahr. Bilden des Tausenders mittelst des Rechnungswürfels. Zergliedern, Anschreiben und Lesen 4-stelliger Zahlen. Die vier Grundrechnungen in diesem Zahlengebiet, das Messen und Teilen jedoch mit höchstens 2-stelligem Divisor. Teilen des Restes und Benennen und Anschreiben des Anteiles in Bruchform. Der Dreisatz in einfachen Kopfrechnungsbeispielen.

5. Schuljahr. Die Zahlenreihe bis zur Million nach ihrem gesetzmässigen Bau. Fortübung der vier Grundrechnungen; Restteilung und Probe. Das Multipliziren und Dividiren mit 10, 100, 1000 durch Anhängen von Nullen, bezw. Abschneiden von Stellen. Das Dezimalkomma und die Zehntel, Hundertstel, Tausendstel (dm, cm, mm).

Einheimische Münzen, Masse und Gewichte. Auflösen höherer Sorten in niedere und Zusammenfassen niederer Sorten zu höhern. Rechnen mit ungleich benannten Zahlen. Einteilung und Messung der Zeit, durchgeübt an entsprechenden einfachen Aufgaben. Das Berechnen des Zinses, Verwandlung der noch in Übung stehenden alten Masse und Gewichte in neue. Lösung vermischter Rechnungsbeispiele, auch durch das Verfahren der Zerlegung.

C. Oberschule.

Das Rechnen mit ganzen und aus der Division abgeleiteten gebrochenen Zahlen, ohne und mit Ziffern. Die eingekleideten Aufgaben werden, unter Vermeidung grösserer Zahlen und verwickelter Fassung, aus den Lebenskreisen der Erwachsenen genommen, mittelst kurzer Ansätze und vorteilhafter Wendungen gelöst und geeignetenfalls in den Formen der Rechnungs- und Buchführung dargestellt.

6. Schuljahr. Allseitige Entwicklung des Bruchbegriffes und Einübung desselben mittelst des Rechnens mit gleichnamigen Brüchen.

Die zehnteiligen Brüche und ihre Einordnung in die Zahlenreihe. Die vier Grundrechnungen mit Dezimalbrüchen in reinen und angewandten Aufgaben. Der Dreisatz. Berechnung des Zinses und Prozentes. Längen- und Flächenberechnungen. (Vergl. Raumlehre.)

7. und 8. Schuljahr. Erweitern, Verkürzen und Gleichnamigmachen der gewöhnlichen Brüche, letzteres auf dem Erfahrungswege bloss mit /2 bis /10 Rechnen mit kleinen, ungleichnamigen Brüchen, namentlich im Kopfe. Verwandlung des gemeinen Bruchs in einen Dezimalbruch.

Vollständige Kenntnis der einheimischen Masse und Gewichte.

Anwendung des Rechnens mit ganzen Zahlen, mit gemeinen und Dezimalbrüchen auf die wichtigsten bürgerlichen Rechnungsarten; Flächen- und Körperberechnung. Rechnungsstellung, Kassa- und Haushaltungsbüchlein, einfachste Vereinsrechnung.

7. Die Raumlehre

bezweckt die Befähigung des Schülers zum Auffassen, Messen, Berechnen und Zeichnen regelmässiger Körper-, Flächen und Linienformen und dient auf diese Weise ebenso sehr einem ausgesprochenen Bedürfnis des Lebens, als der allseitigen Geistesbildung.

5. Schuljahr. Betrachtung und Besprechung der in hinlänglicher Grösse vor die Augen der Schulkinder gelegten sechs Hauptkörperformen, als: Würfel, Prisma (Ecksäule), Walze (Rundsäule), Pyramide (Spitzsäule), Kegel und Kugel, zur Ableitung der allernotwendigsten Formvorstellungen.

Die gerade Linie und das Längenmass. Der rechte, spitze und stumpfe Winkel. Messen und Berechnen von Umfängen regelmässiger Körper. Zeichnen von Linien und Winkeln in verschiedenen Lagen.

6. Schuljahr. Das Quadrat und die Flächenmasse. Das Rechteck, das Dreieck, das Trapez, das unregelmässige Viereck. Messen und Berechnen von Tischplatten, Wänden und Böden, Hausplätzen, Gärten, Landstücken, Dach- und Giebelflächen u. s. w. Zeichnen gemessener Flächen in die linirten Rechnungshefte unter Beisetzung der wirklichen Masse.

7. und 8. Schuljahr. Das Vieleck und der Kreis. Der Würfel und die würfelförmigen Körpermasse. Das Prisma, die Walze und die walzenförmigen Körpermasse. Messen und Berechnen von Balken, Getreidekästen, Heustöcken, Baumstämmen u. s. w. Zeichnen von Grund und Aufriss des Würfels, des Prisma's und der Walze in den einfachern Stellungen unter Benutzung von Lineal, Winkel und Zirkel.

8. Das Freihandzeichnen

hilft den Schönheitssinn entwickeln, übt das Auge im genauen Auffassen und die Hand im freien Darstellen räumlicher Formen. Es geht auf allen Stufen von Gegenständen aus, übt die aufgefassten Formenelemente in stufenweisem Fortschreiten ein und schliesst mit dem Darstellen angeschauter, vorgestellter und erdachter Formen.

A. Unterschule.

Der Lehrer zeichnet auf der Wandtafel vor, und die Schüler zeichnen, am besten gleich anfangs auf Papier, nach.

1. und 2. Schuljahr. Als besonderes Fach tritt das Freihandzeichnen noch nicht auf; dagegen wird demselben durch einen richtig betriebenen, auf die allseitige Entwicklung der betreffenden Organe abzielenden Schreibunterricht vorgearbeitet.

3. Schuljahr. Die gerade Linie in wagrechter, senkrechter und schiefer Richtung. Verbindung solcher Linien zum rechtwinkeligen Linienkreuz und zum Quadrat. Teilen der Quadratseiten in 2 und 4, in 3 und 6 Teile und Verbindung der Teilpunkte zu einfachen Zierformen.

B. Mittelschule.

Die Vorzeichnung auf der Wandtafel darf sich auf einen Teil der regelmässigen Figur beschränken. Nachzeichnen eingeübter Formen aus der Vorstellung (Gedächtniszeichnen). An die Stelle der Vorzeichnung treten allmälig Wandvorlagen. Auf dieser und der folgenden Stufe ist der Gebrauch der Schiefertafel ausgeschlossen.

4. Schuljahr. Entwicklung der bisher geübten Figuren zu weitern Zierformen, z. B. zu Sternformen und geradlinigen Bandverschlingungen. Das gleichseitige Dreieck, Sechseck und Achteck nnd ihre Entwicklung zu Sternformen. Unterscheidung von Licht- und Schattenlinien. Für geübtere Schüler: Schraffirung von Flächen.

5. Schuljahr. Nachbilden von Bogenlinien in regelmässiger Zusammenstellung. Der Kreis und seine Verbindung mit geradlinigen Figuren zu Zierformen. Einfache Blatt- und Blütenformen. Für vorgerücktere Schüler: Ausziehen mit Tinte.

C. Oberschule.

Zeichnen in grösserem Format nach Vorlagen und Gegenständen.

6. Schuljahr. Einfache Pflanzenformen: Blätter, Blüten und Stengel. Leichte Gefässformen.

7. und 8. Schuljahr. Zusammenstellung von Blättern zu Blattgruppen. Spirale und Schneckenlinie. Flachornamente. Gefässformen. Werkzeuge und Geräte.

9. Das Turnen.

Es weckt die Aufmerksamkeit, gewöhnt an Zucht und Ordnung und fördert die Gesundheit, Kraft und Gewandtheit des Leibes.

A. Unterschule.

Geregelte Turnbewegungen im Schulzimmer. Bewegungsspiele im Freien. Spaziergänge.

B. Mittelschule.

Ordnungsübungen: Bilden, Auflösen, Richten, Öffnen und Schliessen einer Reihe; Vor-, Neben- und Hinterreihen der Einzelnen und der Reihen; Schwenkungen. Richtungsänderungen beim Marsch einer Flankenreihe.

Freiübungen: Stellungen, Gangarten, Arm-, Rumpf-, Bein-, Hüpf- und Sprungübungen. Zusammengesetzte Übungen.

Gerätübungen: Das Weit- und Hochspringen. Übungen am Stemmbalken

Spiele auf dem Turnplatz und bei Spaziergängen.

C. Oberschule.

Ordnungsübungen: Reihungen, Schwenkungen, Formveränderung des Reihenkörpers.

Freiübungen: Marsch-, Arm-, Rumpf- und Beinübungen. Übungen in abgeleiteten Stellungen. Sprungübungen. Zusammengesetzte Übungen.

Gerätübungen: Stabübungen. Übungen im Springen über die Schnur. Übungen am schräggestellten Brett (Sturmbrett) und am Stemmbalken.

Spiele auf dem Turnplatz und auf Spaziergängen.

Anmerkung: Die Mädchen sind während des Gerätturnens und anderer für sie unpassender Turnübungen mit Spielen zu betätigen.

Übersicht

der

Lehrfächer und Schulstunden.

Bemerkung. Mit nebenstehender, aus der gesetzlichen Stundenzahl sich ergebenden Gruppirung der Schuljahre soll nicht auf die Stufen- oder Klassenbildung hingewiesen werden. Vielmehr bilden das 1.—3. Schuljahr die Unterschule, das 4. und 5. die Mittelschule, das 6.—8. die Oberschule.

	Sommer			Winter			
	Schuljahr			Schuljahr			
	1.|2.	3.|4.	5.|8.	1.|2.	3.	4.|5.	6.|8.
	Schulstunden per Woche						
I. Religiös-sittliche Bildung.							
1. Konfessionelle Religionslehre . . .	—			—	3	3	3
2. Sittenlehre	3/2	3/2	1	3/2	3/2	1	1
3. Gesangunterricht	3/2	3/2	1	3/2	3/2	2	2
II. Sachliche Bildung.							
4. Sachunterricht	3	3	1	3	3	3	3
III. Sprachliche Bildung.							
5. Sprachunterricht	11	9	4	11	12	12	12
IV. Zahl, Mass und Form.							
6. Rechnen	6	6	4	6	6	6	6
7. Raumlehre							
8. Freihandzeichnen	—	2	—	—	2	2	2
V. Leibesübung.							
9. Turnen	1	1	1	1	1	1	1
Im Ganzen	24	24	12	24	30	30	30

Stundenplan für eine Gesamtschule.

Winterhalbjahr.

St.	Kl.	Montag.	Dienstag.	Mittwoch.	Donnerstag.	Freitag.	Samstag.
8—9	1.	Ansch., dann Schr.	Ansch., dann Schr.	Sittenlehre.	Sprachüb., d. Ansch.	Sprachübung.	Rechnen.
	2.						"
	3.	Sprachüb., d. Ansch.	Sprachüb., d. Ansch.		Ansch., d. Sprachüb.	"	Lesen.
	4.	Rechnen.	Aufsatz.	Lesen.	Lesen.	Sittenlehre.	Aufsatz.
	5.	"			Aufsatz.		Lesen.
	6.	"	"	"			
9—10	1.	Rechnen.	Lesen.	Schreiben.	Lesen.	Ansch., dann Lesen.	Ansch., dann Lesen.
	2.	"	Schreiben.	"	"	Lesen, dann Ansch.	Lesen, dann Ansch.
	3.	"	"	Lesen.	Sprachübung.	Sprachübung.	Sprachübung.
	4.	"	Aufsatz.	Sprachlehre.	Rechnen.		
	5.	"			"	"	"
	6.	"	"	"			
10—11	1.	Schreiben.	Rechnen.	Rechnen.	Lesen.	Rechnen.	Rückblick. Gedichte. Gesang.
	2.	"	"	"	"	"	
	3.	"	"	Zeichnen.	Aufsatz.	Zeichnen.	
	4.	"	"	Rechnen.	Heimatkunde.	Rechnen.	
	5.	"	"	"	"	"	
	6.	"	"	"	Vaterlandskunde.	"	
1—2	1.	Singen.	Arbeitsschule.	Schreiben.	Konfessioneller Religionsunterricht.	Schreiben, d. Ansch.	Arbeitsschule.
	2.			"		Ansch., d. Schreiben.	
	3.			"			
	4.	Zeichnen.		"		Zeichnen.	
	5.			"			
	6.	"		"		"	
2—2,40	1.	Rechnen.		Lesen.		Lesen.	
	2.	"		"		"	
	3.	"		Aufsatz.		Aufsatz.	
	4.	Naturkunde.		Heimatkunde.		Heimatkunde.	
	5.			"		"	
	6.	"		Vaterlandskunde.		Vaterlandskunde.	
2,40—3	1.—6.	Turnen.		Turnen.		Turnen.	
3—4	3.	Rechnen.		Rechnen.		Rechnen.	
	4.						
	5.	Lesen.		Singen.		Lesen.	
	6.	"				"	

15. *3.* **Reglement für den Schulinspektor des Kantons Basellandschaft.** Vom 30. Dezember 1885.

Der Regierungsrat des Kantons Basellandschaft verordnet in Ausführung des Gesetzes betreffend die Organisation des Schulinspektorates vom 12. Januar 1885 was folgt:

A. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Der Schulinspektor hat darauf zu halten, dass die auf das Schulwesen bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Reglemente Vollziehung finden und dass das Schulwesen überhaupt gehoben werde.

Er wird zu diesem Behufe jeder Ausserachtlassung der gesetzlichen Vorschriften entgegentreten und, so weit es in seiner Kompetenz liegt, von sich aus Abhilfe schaffen, in schwereren Fällen aber Rapport an die Erziehungsdirektion machen und deren Einschreiten verlangen.

Er hat der Erziehungsdirektion Anregungen und Vorschläge zu Verbesserungen und Fortschritten im Schulwesen einzureichen.

§ 2. Über seine Amtsverrichtungen führt der Schulinspektor ein Tagebuch, welches er dem Erziehungsdirektor am Schlusse jeden Monats zur Einsicht vorzulegen und sodann wie die übrigen Akten in seinem Bureau aufzubewahren hat.

§ 3. Jeweilen auf Ende Februar reicht der Schulinspektor der Erziehungsdirektion zu Handen des Regierungsrats den schriftlichen Jahresbericht ein über seine Amtsverrichtungen und über den Zustand des ganzen Schulwesens.

§ 4. Der Schulinspektor hat all' seine Zeit dem Amte zu widmen.

Allfälligen Urlaub bis auf zwei Tage kann ihm die Erziehungsdirektion erteilen. Für weiter gehenden Urlaub hat er sich an den Regierungsrat zu wenden.

B. Amtsverrichtungen des Schulinspektors in Bezug auf das Primarschulwesen.

I. Inspektionen.

§ 5. Bei den Schulbesuchen, deren er jeder Primarschule, sei dieselbe eine öffentliche oder eine Privat- oder Anstaltsschule, alljährlich wenigstens einen zu machen hat, wird er sein Hauptaugenmerk auf Folgendes richten:

a) Auf die Schullokalitäten. Er untersucht, ob dieselben zweckmässig und gehörig eingerichtet, in gutem Zustande und reinlich gehalten seien. Allfällig vorhandene Übelstände meldet er behufs Abhilfe dem Gemeinderate, nötigenfalls der Erziehungsdirektion.

b) Auf die obligatorischen Lehrmittel. Er hat zu verlangen, dass Schadhaftes ausgebessert, Fehlendes angeschafft werde.

c) Auf die äussere Ordnung in der Schule und die Reinlichkeit der Kinder an Körper und Kleidung.

d) Auf den Stand der Schule im Verhältnis zum Lehrziele.

e) Auf die Methode und Lehrfähigkeit der Lehrer.

f) Auf die Führung der Schulrödel und die rechtzeitige und regelmässige Ausstellung der Schülerzeugnisse durch die Lehrer.

g) Auf die rechtzeitige Ausweisung der Gehalte des Lehrerpersonals durch die Gemeindekassiere. Dieselbe soll jeweilen auf Ende des Quartals (31. März, 30. Juni, 30. September, 31. Dezember) geschehen.

§ 6. Wenn es die Umstände verlangen, gibt der Schulinspektor dem Lehrpersonal oder der Schulpflege beziehungsweise dem Gemeinderate die nötigen Weisungen.

§ 7. Allfällige Klagen gegen das Lehrpersonal oder des letztern gegen die Gemeinde oder ihre Behörden oder Klagen eines Lehrers (einer Lehrerin)

gegen einen Mitlehrer (eine Mitlehrerin), soweit dieselben auf administrativem Wege können ausgetragen werden — hat der Schulinspektor anzunehmen und zu untersuchen und wenn immer möglich eine Hebung der Übelstände zu bewirken. Gelingt ihm solches nicht, so hat er darüber an die Erziehungsdirektion Bericht zu machen.

§ 8. Den Erfund der Inspektion teilt der Schulinspektor jeweilen spätestens einen Monat nach Vornahme des Besuches der Erziehungsdirektion mit.

II. Prüfungen.

§ 9. Von Anfangs März an bis Ende April nimmt der Schulinspektor in wenigstens einem Drittel der Schulen die Jahresprüfungen ab.

Die Privat- und Anstaltsschulen wird er regelmässig selber prüfen.

Bezüglich der öffentlichen Schulen aber wird er im Einverständnis mit der Erziehungsdirektion sich so einrichten, dass mit dem Examiniren unter denselben gehörig abgewechselt wird.

§ 10. Den vom Regierungsrate bezeichneten Experten, welche jeweilen von Anfangs März bis Ende April diejenigen öffentlichen Schulen zu prüfen haben, in denen der Schulinspektor das Examen nicht persönlich abnehmen kann, hat die Erziehungsdirektion diese Schulen zuzuteilen.

Den Experten ist vom Schulinspektor Wegleitung zu geben, damit das Prüfungsgeschäft möglichst gleichmässig durchgeführt werden kann.

§ 11. Der Tag der Prüfung ist durch den Schulinspektor und die Experten der Schulpflege und dem Lehrpersonal jeder Gemeinde (oder Anstalt) wenigstens acht Tage vorher anzuzeigen.

§ 12. Bei den Prüfungen ist auf alles Dasjenige zu achten, was bei den Inspektionen ins Auge zu fassen ist. Namentlich soll der Examinator sich davon überzeugen, wie weit das vorgeschriebene Ziel erreicht worden, und dass das im Laufe des Jahres Durchgenommene auch gehörig eingeübt sei.

§ 13. Der Schulinspektor und die Experten haben über jede von ihnen abgehaltene Prüfung einen schriftlichen Erfundbericht anzufertigen und der Erziehungsdirektion jeweilen bis den 31. Mai einzureichen.

C. Amtsverrichtungen des Schulinspektors in Bezug auf die Mädchensekundarschulen.

§ 14. Die Mädchensekundarschulen sollen vom Schulinspektor entweder zu Ende des Sommer- oder zu Anfang des Winterhalbjahres ein Mal besucht und gegen den Schluss des Winterhalbjahres geprüft werden.

§ 15. Das Ergebnis der Inspektion und der Jahresprüfung hat der Schulinspektor in schriftlichen Erfundberichten innerhalb Monatsfrist nach dem Besuche oder dem Examen der Erziehungsdirektion einzureichen.

D. Amtsverrichtungen des Schulinspektors in Bezug auf die Bezirksschulen.

§ 16. Der Schulinspektor hat sämtliche Bezirksschulen alljährlich wenigstens einmal zu besuchen, um sich davon zu überzeugen, ob die Führung derselben in jeder Hinsicht eine gehörige sei.

Über den Erfund hat er an die Erziehungsdirektion Bericht zu erstatten.

§ 17. Für allfällige weitere Geschäfte an den Bezirksschulen, die ihm durch den Regierungsrat können zugewiesen werden, hat der Schulinspektor besondere Weisungen von der Erziehungsdirektion zu gewärtigen.

E. Anderweitige Verrichtungen des Schulinspektors.

§ 18. Der Schulinspektor wird, soweit ihm dies neben der Erfüllung seiner andern Amtspflichten möglich ist, auch Fortbildungsschulen besuchen.

§ 19. Bei Gelegenheit der Inspektionen und Prüfungen hat sich der Schulinspektor die Protokolle der Schulpflegen vorlegen zu lassen, um sich davon zu überzeugen, dass letztere ihren Obliegenheiten pflichtgemäs nachkommen, namentlich auch sich zu vergewissern, dass häufig Schulbesuche durch sie gemacht und dass alle zwei Monate Sitzungen abgehalten werden.

Findet er Ungehörigkeiten, so hat er dieselben zu rügen und auf Abhilfe zu dringen, eventuell die Sache der Erziehungsdirektion zu überschreiben.

Seine Einsicht in das Schulpflegeprotokoll hat der Schulinspektor in demselben zu bescheinigen.

§ 20. Der Schulinspektor hat an der Kantonalkonferenz und an den Bezirkskonferenzen teilzunehmen.

Er wird dafür sorgen, dass die Konferenzen in erster Linie dazu dienen, die Fähigkeit des Lehrpersonals zu gedeihlicher Schulführung zu heben, und zu diesem Behufe die Behandlung zweckmässiger Themata verlangen.

Die Zahl der in jedem Bezirke abzuhaltenden Konferenzen wird auf 2 festgesetzt. Dieselben sollen in der Regel in die Monate Jenner und Juni fallen.

§ 21. Die von der Erziehungsdirektion angeordneten Kurse zur Fortbildung der Lehrer hat der Schulinspektor zu leiten und in den ihm übertragenen Fächern Unterricht zu ertheilen. Dabei wird er der Methode ganz besondere Aufmerksamkeit widmen.

§ 22. Von Amtes wegen ist der Schulinspektor Mitglied der Kommissionen zur Prüfung der Stipendiaten sowie der Primar-, Sekundar- und Bezirkslehrer.

§ 23. Der Schulinspektor hat die vom Regierungsrate oder der Erziehungsdirektion ihm zugewiesenen Gegenstände zu begutachten eventuell Anträge zu stellen und ihm übertragene Missionen in Schulsachen auszuführen.

§ 24. Dieses Reglement tritt mit dem 1. Januar 1886 in Kraft.

---

c. Kreisschreiben.

Kanton ZÜRICH.

16. *1.* **Kreisschreiben des Erziehungsrates an die Bezirks-, Sekundar-** und Gemeinde-Schulpflegen, sowie an die Schulkapitel betr. den Schuleintritt. (Vom 9. Mai 1883.)

Neuerdings vorgekommene verfrühte Anmeldungen zum Eintritt in höhere Lehranstalten, welche ergaben, dass ungeachtet genauer gesetzlicher Vorschrift (§ 54 des Unterrichtsgesetzes) einzelne Kinder in privaten und öffentlichen Schulen Aufnahme gefunden haben, ohne das vorgeschriebene Alter für die betreffende Klasse aufzuweisen, veranlassen den Erziehungsrat, einerseits zu erklären, dass alle Anmeldungen für höhere Schulanstalten, welche der gesetzlichen Altersanforderung nicht Genüge zu leisten vermögen, unberücksichtigt bleiben müssen, und anderseits die untern Schulbehörden unter Hinweis auf ein Kreisschreiben des Erziehungsrates dat. den 11. März 1872 abermals auf die bezügliche Gesetzesbestimmung aufmerksam zu machen, welche es nicht zulässt, Kinder, woher sie immer kommen, in höhere Klassen aufzunehmen, als wohin sie vermöge ihres Alters gehören oder Schülern vor zurückgelegtem 12. Altersjahr den Eintritt in die Sekundarschule zu gestatten.

Der Erziehungsrat würde sich genötigt sehen, in künftigen Fällen, wo die zitirte Gesetzesbestimmung ausser Acht gelassen werden sollte, gegen die fehlbaren Schulbehörden mit allen gesetzlichen Mitteln einzuschreiten.

Kanton BASELLAND.

17. *2.* **Kreisschreiben der Erziehungsdirektion an die Primarlehrer,** betr. den Schuleintritt. Vom 5. Mai 1885.

Das Gesetz betreffend das zum Eintritt in die Gemeindeschulen erforderliche Alter vom 26. August 1861 bestimmt in § 1:

„Die Unterrichtskurse in den Gemeindeschulen beginnen jeweilen mit dem 1. Mai. Mit diesem Tage haben die neu angehenden Schüler einzutreten. Es darf aber kein Kind aufgenommen werden, das dann das 6. Altersjahr noch nicht zurückgelegt hat."

Trotz dieser klaren, bestimmten Vorschrift gibt es aber immer noch einzelne Lehrer, welche schwach genug sind, dem Zureden von Eltern nachzugeben und die Kinder in die Schule aufzunehmen, die am 1. Mai das 6. Altersjahr noch nicht vollendet haben. Diese Lehrer machen sich dadurch einer Gesetzesverletzung schuldig, sie vermehren ferner unnötigerweise die Schülerzahl, welche in vielen Gemeinden schon so gross ist, dass der Unterricht darunter leidet, sie erweisen endlich, recht betrachtet, weder den Eltern noch den Kindern einen Gefallen mit ihrer Nachgiebigkeit, weil ungesetzliche Schulzeit bei der Entlassung doch nicht berücksichtigt werden darf.

Es ergeht demnach an alle Primarlehrer die Mahnung, sich bei der Aufnahme neuer Schüler in die I. Klasse strenge an die oben angeführte Gesetzesvorschrift zu halten und alle Kinder unnachsichtlich wegzuweisen, welche bezüglich des Alters der erwähnten Bestimmung nicht entsprechen. Sie haben nicht nur das Recht sondern auch die Pflicht, sich amtliche Geburtsscheine bezw. Verzeichnisse vorweisen zu lassen, damit kein Irrtum unterlaufen kann.

Von nun an haben alle Lehrer an Gesamtschulen und diejenigen, welche die Kinder des ersten Schuljahres unterrichten, jeweilen auf spätestens den 15. Mai der Erziehungsdirektion das Verzeichnis sämtlicher Neuaufgenommenen zuzuwenden, und es wird mit dieser Neuerung schon jetzt begonnen.

Kanton WAADT.

18. *3.* **Instruction pour l'application de l'art. 73 de la loi (libération de 12 ans) 1er Mars 1884.**

§ 1. Chaque année, à la visite du printemps, les enfants qui auront atteint l'âge de 12 ans révolus formeront un groupe dont chaque élève sera examiné individuellement[1]).

Ceux qui n'auront pas prouvé par leur carnet scolaire et par l'examen, qu'ils savent:

a) lire couramment et rendre compte de ce qu'ils ont lu;
b) écrire couramment sous dictée;
c) faire les quatre règles simples;
d) qu'ils connaissent les mesures linéaires du système métrique et l'emploi du mètre pour mesurer des longueurs.

Seront exclus du bénéfice de la libération de 12 ans. Avis en sera donné aux parents après l'examen et ceux qui ne fréquenteront pas l'école d'été seront considérés comme absents.

§ 2. Des dispenses pourront toutefois être accordées par le Département aux enfants de plus de 12 ans qui ne rempliraient pas les conditions exigées au § 1, lorsqu'il sera établi par un rapport de la Commission d'école que l'enfant a assez peu d'intelligence pour qu'on en puisse attendre qu'il atteigne jamais le degré d'instruction indiqué au § 1.

---

[1]) Les examens sont divisés en: examens individuels ou spéciaux que devra subir chacun des élèves, et examens collectifs ou généraux que subiront un certain nombre d'élèves.

Les examens individuels ou spéciaux seront subis sur les branches suivantes:

1. Lecture. 2. Ecriture. 3. Récitation. 4. Composition et orthographe. 5. Mathématiques. Pour les autres branches d'enseignement, l'examen est général ou collectif.

Les notes moyennes du carnet scolaire sont ajoutées, pour chaque branche, à celles de l'examen, et la moitié de la somme ainsi obtenue indique le résultat de l'examen.

§ 3. Les enfants qui, parvenus à l'âge de 11 ans, n'auraient pas encore acquis les connaissances exigées au § 1, devront former, dans les écoles réunissant tous les degrés, pendant les écoles d'été, et dans les autres écoles, pendant l'année entière, une classe spéciale qui sera l'objet des soins particuliers du régent aux fins de les amener si possible à ce degré à l'âge de 12 ans.

§ 4. Les élèves mis au bénéfice de l'art. 73 doivent être astreints à fréquenter régulièrement les deux écoles obligatoires de 3 heures par semaine chacune, prescrites par la loi. Les enfants de moins de 12 ans ne seront pas admis à ces écoles qui doivent avoir lieu à d'autres heures que les leçons pour les degrés inférieurs.

Kanton ZÜRICH.

19. *4.* **Kreisschreiben des Erziehungsrates an die Gemeinde- und Sekundarschulpflegen** betreffend Vorsorge für dürftige Schulkinder vom 10. Januar 1883.

In Folge einer vom h. Kantonsrate erheblich erklärten Motion hat der Regierungsrat in jüngster Zeit durch das Organ der Statthalterämter und Gemeinderäte Erhebungen über die *Notlage* gemacht. Wenn nun auch aus diesen Erhebungen hervor geht, dass ein Notstand in dem von vielen Seiten befürchteten Mass und Umfang glücklicherweise nicht vorhanden ist, wenigstens in den Kantonsteilen, in denen Landwirtschaft und Industrie sich vereinigt finden, so hat sich anderseits doch herausgestellt, dass während der kalten Jahreszeit vielorts empfindliche Übelstände sich spürbar machen.

Es existirt wohl in den meisten, wo nicht allen Gemeinden des Kantons eine mehr oder minder grosse Zahl von Familien, die zwar nicht almosengenössig sind, noch es werden wollen, bei denen aber zur Zeit wegen mangelnder Vorräte in Folge missratener Ernten die Sorge um das tägliche Brod besonders drückend geworden ist. Es legt sich mithin die Befürchtung nahe, dass auch manche unserer Schulkinder in mangelhaft genährtem Zustande die Schule besuchen oder in wenig schützender Fussbekleidung einen weiten Schulweg zu machen haben.

Der einfache Hinweis auf den Tatbestand dürfte genügen, um die Ortsschulbehörden zu veranlassen, entsprechende Massnahmen zu treffen, soweit dies nicht bereits geschehen sein sollte.

Sie werden auch leicht die geeigneten Mittel und Wege finden, um den erwähnten Übelständen abzuhelfen, sei es, dass sie für die dürftigeren Schüler über Mittag Freitisch in besser situirten Familien oder in bereits eingerichteten Suppenanstalten beschaffen, sei es, dass sie ihnen für die Dauer des Unterrichts zweckmässige Fussbekleidung zur Verfügung stellen.

An die für diesen Zweck von den Schulgemeinden gebrachten ökonomischen Opfer würden mit Zustimmung des Regierungsrates in ähnlicher Weise Staatsbeiträge verabreicht werden, wie dies bei der Beschaffung von Lehrmitteln für ärmere Kinder der Fall ist.

Indem wir Sie, Tit.!, angelegentlich einladen, den erwähnten Verhältnissen Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, haben wir wohl nicht nötig darauf hinzuweisen, dass das Zartgefühl der Schüler und ihrer Eltern hiebei in keiner Weise verletzt werden, und dass eine Nachhülfe im angedeuteten Sinne nicht den Charakter eines Almosens annehmen darf.

Kanton ST. GALLEN.

20. *5.* **Fürsorge für arme Schulkinder. Kreisschreiben des Erziehungs-Departements.** Vom 12. Dezember 1884.

Beim Eintreten der strengen Winterszeit erlauben wir uns, den Schulräten und der Lehrerschaft die Fürsorge für arme Schulkinder angelegentlich zu empfehlen.

Wenn auch in manchen Gemeinden durch Vermittlung wohlwollender Lehrer und Jugendfreunde in freundlicher Weise dafür gesorgt wird, dass arme Schulkinder Mittags mit Milch und Brot oder einer kräftigen Suppe erquickt oder mit gutem Schuhwerk und warmen Kleidungsstücken versehen werden, so fehlt diese humane Fürsorge doch noch an Orten, wo sie sehr notwendig wäre.

Wir bitten Alle, die es mit den Kindern und der Schule gut meinen, vorab die Herren Geistlichen und Lehrer, die Verhältnisse sorgfältig prüfen zu wollen und mit der Hingabe, welche je die Lösung einer edlen Aufgabe erleichtert, vorhandene Notstände nach Kräften zu mildern.

Bemerkung. Auch im Kanton Bern wird zur Winterszeit für ärmere Schulkinder in ähnlicher Weise Fürsorge getroffen.

Kanton ST. GALLEN.

21. *6.* **Kreisschreiben des Erziehungsdepartements an die Ortsschulräte** betreffend Einrichtung von Schulgärten. Vom 15. Januar 1883.

Bekanntlich wird in unserm kantonalen Lehrerseminar u. a. auch ein gründlicher theoretischer und praktischer Unterricht in mehreren Fächern der Landwirtschaft erteilt, so dass die austretenden Zöglinge im ganzen Gebiete der Obstbaumzucht, in der Weinrebenkultur und im Gemüsebau vollständig bewandert sind.

Leider aber finden die angehenden Lehrer nur äusserst selten Gelegenheit, ihre erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten praktisch zum Besten der Schuljugend und der Gemeinde zu verwenden, da es fast überall an „Schulgärten" fehlt, welche eigens zum Unterricht im Obst- und Gemüsebau bestimmt wären.

Während in fast allen Bezirken unseres Kantons von Zeit zu Zeit eigene Obst- und Gemüsebaukurse für Erwachsene abgehalten werden, weil man die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer Unterrichtserteilung in diesen so einträglichen Zweigen der Landwirtschaft immer allgemeiner erkennt, vernachlässigt man unbegreiflicherweise dasjenige Hülfsmittel, welches weit wirksamer und in weit ausgedehnterer Weise zum Ziele führen würde, — die regelmässige Instruktion und Übung der reifern Schuljugend.

Und doch wäre diese in agrikolen Gemeinden meistens auf so einfachem und wenig kostendem Wege zu erreichen. Ein geeignetes, nicht allzuweit vom Schulhause gelegenes Stück Boden ist wohl überall leicht zu erwerben, und die wenigen im Anfang zu leistenden Ausgaben für Einfriedung, Geräte u. dgl. würden sie später durch den Bodenertrag reichlich decken. Für die Gemeinde aber wären diese Auslagen ihr best angelegtes Kapital, wenn in solcher Weise jeder Schulknabe befähigt würde, alle Arbeiten der Baumzucht verständig und sachkundig auszuführen und jedes Schulmädchen, einen Hausgarten ausgibig und wohlgeordnet zu pflegen. Ohne Zweifel würde dann jene abscheuliche Verwahrlosung des Obstwachses, der man leider noch in so vielen Landesteilen begegnet, allmälig verschwinden, und die fast ertraglosen und unkrautstarrenden Hausgärten und Gemüsefelder ein ganz anderes Aussehen gewinnen. Vielleicht auch würde man nach und nach allgemeiner zu der Einsicht gelangen, dass jene meilenweiten kahlen Bodenflächen des Rheingebietes, auf denen hunderttausend Obstbäume eine zweckmässige Stelle finden könnten, zum wahren Segen des Landes bepflanzt werden sollten.

Durch vieljährige Missernten ist die landwirtschaftliche Bevölkerung in manchen Gegenden in eine missliche, hülfsbedürftige Lage geraten. Sie wird gut tun, sich selbst wenigstens soweit zu helfen, als sie es vermag und zu diesem Behufe die oft so reichlich fliessende Erwerbsquelle des Obstbaues in weit ausgibigerer Weise auszubeuten, als dies bisher in vielen Landesteilen der Fall gewesen ist.

Wir empfehlen vorstehende Anregung den Gemeindeschulräten und Freunden der Landwirtschaft und der Jugend angelegentlich zu ernster Beachtung.

III. Fortbildungsschulen, Rekrutenschulen.

a. Gesetze und Verordnungen.

Kanton WAADT.

22. *1.* **Loi du 12 Novembre 1883 sur les cours complémentaires** d'instruction publique primaire. Arrêté du Grand Conseil.

Article premier. Dans toutes les communes où il existe une école primaire tenue par un régent, il est ouvert chaque année, du 1er décembre au 1er mars, des cours complémentaires d'instruction primaire de trois heures par semaine

Ces cours sont gratuits. Ils sont donnés par les régents. L'autorité communale répartit les cours entre les régents, s'il y en a plusieurs dans la commune. Elle peut aussi confier tout ou partie des cours à d'autres personnes agréées par l'Inspecteur scolaire de l'arrondissement.

Art. 2. Les jours et les heures des cours complémentaires sont fixés par la Municipalité et la Commission des écoles réunies.

Art. 3. Les garçons de 16 à 19 ans, de nationalité suisse, sont tenus de suivre les cours complémentaires.

En sont toutefois dispensés:

a) Ceux qui suivent les cours d'un établissement d'instruction publique, secondaire ou supérieure;

b) Ceux qui, à la suite d'examens déterminés par le règlement sont reconnus posséder une instruction suffisante;

c) Ceux qui sont atteints de maladies ou d'infirmités qui les rendraient incapables d'en profiter.

Art. 4. Les garçons de 16 à 19 ans, habitant une commune où il n'existe pas d'école tenue par un régent, sont astreints à suivre les cours complémentaires dans la commune la plus rapprochée.

Le Département de l'Instruction publique prescrit à cet effet les mesures nécessaires. Les difficultés qui peuvent s'élever à ce sujet entre les communes sont réglées par le Conseil d'Etat.

Art. 5. Les garçons astreints à suivre les cours complémentaires sont placés sous la discipline militaire.

Les absences non justifiées et les cas d'indiscipline sont punis des arrêts infligés par le Chef de section.

Ces arrêts sont subis, suivant les cas, pendant la semaine ou le dimanche, dans le bâtiment d'école ou dans la salle des arrêts militaires du district. Ils doivent être accompagnés d'un travail obligatoire.

Art. 6. Le chauffage et l'éclairage de la salle d'école durant les cours est à la charge de la commune.

Art. 7. La surveillance et l'inspection des cours complémentaires sont exercées sous l'autorité du Département de l'Instruction publique et du Département militaire:

1° Par les Inspecteurs scolaires;

2° Par les Chefs de section;

3° Dans chaque commune, par la Commission des écoles ou par une commission spéciale désignée par la Municipalité.

Art. 8. Un règlement arrêté par le Conseil d'Etat détermine, conformément aux dispositions de la présente loi, tout ce qui concerne:

1° L'organisation et le programme des cours complémentaires;

2° Les examens, les dispenses et les libérations;

3° La répression des absences et des infractions à la discipline;

4° Les attributions des départements et des fonctionnaires mentionnés à l'article 7.

5° Enfin tout ce qui concerne l'application de la loi.

Art. 9. Le Conseil d'Etat est chargé de la publication et de l'exécution de la présente loi.

Le Conseil d'Etat ordonne l'impression et la publication de la présente loi, pour être exécutée dans tout son contenu dès le 20 décembre 1883.

23. 2. **Verordnung betreffend die kantonalen Rekrutenschulen im Kanton Schwyz. Vom 2. Dezember 1885.**

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz, in Abänderung der Verordnung über obligatorische Vorprüfung und Unterrichtung der ins militärpflichtige Alter tretenden Bevölkerung, vom 13. Januar 1881, und in Anwendung des § 34 der Verfassung, beschliesst:

§ 1. Sämtliche jungen Männer, welche jeweilen mit Neujahr das 17. Altersjahr erfüllt haben, sind während der eidgen. Rekrutenprüfung unmittelbar vorhergehenden 2 Jahren zum Vorunterrichte unter den Straffolgen des § 8 dieser Verordnung verpflichtet.

§ 2. Ausgenommen von diesem Vorunterrichte sind jene jungen Männer:
a. welche gleichzeitig anderweitigen Studien obliegen;
b. welche über den Besitz der durch die eidgen. Prüfungsexperten von den Rekruten für die Note 1 geforderten Kenntnisse sich auszuweisen vermögen.

§ 3. Die Gesuche nebst erforderlichen Ausweisen für Dispensation vom Unterrichte sind alljährlich im Verlaufe des Monats Oktober dem Erziehungsdepartemente einzureichen. Sie werden von diesem in Verbindung mit dem betreffenden Kreisschulinspektorate geprüft und darüber wird von denselben endgültig entschieden. Dieser Behörde bleibt auch anheimgestellt, mit den Betreffenden eine spezielle Prüfung vorzunehmen.

Verspätete Gesucheingaben können nicht mehr berücksichtigt werden.

§ 4. Die Dauer der jährlichen Unterrichtskurse soll wenigstens 40 Stunden betragen.

§ 5. Die Gemeinden ordnen durch ihre betreffenden Organe die Abhaltung der Unterrichtskurse an, leiten und überwachen dieselben, bestellen das Lehrerpersonal, weisen die Schullokale an und sorgen für Beheizung und Beleuchtung derselben.

§ 6. Als Unterrichtsfächer für die Kurse sind festgesetzt:
a. Lesen und freie mündliche Reproduktion des Gelesenen;
b. deutsche Aufsätze aus dem Gebiete des bürgerlichen Geschäftslebens;
c. Kopf- und Zifferrechnen;
d. Vaterlandskunde (Geschichte), Geographie und Verfassungs- und Gesetzeskunde.

§ 7. Bezüglich Bestimmung und Anschaffung der Lehrmittel finden die §§ 23, 24 und 25 der Schulorganisation analoge Anwendung.

§ 8. Die Oberaufsicht über den Unterricht ist Sache des Erziehungsrates.

Säumige oder renitente Kurspflichtige sind dem betreffenden Bezirksamte zu verzeigen und von letzterem in folgender Weise zu bestrafen:
a. Polizeiliche Zuführung zum Unterrichte;
b. Arrest bis auf drei Tage.

Über Strafentfällung und Vollzug ist dem Erziehungs-Departement jährlich Bericht zu erstatten.

§ 9. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung wird diejenige vom 13. Januar 1881 aufgehoben.

§ 10. Der Regierungsrat ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.

Bemerkung: Durch Beschluss des Landrates v. 13. Nov. 1884 wurde auch die Erziehungsdirektion des Kantons Nidwalden ermächtigt, jeweilen die Lehrer der Rekruten-Wiederholungsschulen zu einer Konferenz einzuberufen und die Schulen durch Lehrer anderer Schulen inspiziren zu lassen.

b. Regulative.

24. *1.* **Regulativ für Unterstützung der Fortbildungsschulen im Kanton** Appenzell A. Rh. Genehmigt vom Kantonsrate den 12. November 1883.

§ 1. Der Staat unterstützt Fortbildungsschulen, Mädchenarbeits- Handwerks- und Fachschulen inbegriffen, unter folgenden Bedingungen:

a. Diese Schulen müssen von der Gemeindeschulkommission oder von den durch diese gewählten Spezialkommissionen überwacht und geleitet werden.

b. Spätestens bis Ende Mai ist von der betreffenden Schulkommission über den Bestand, Gang und Erfolg jeder dieser Schulen der Landesschulkommission Bericht zu erstatten.

c. In den gewöhnlichen Fortbildungsschulen ist regelmässig Unterricht zu erteilen:

in der deutschen Sprache (Lesen und Aufsatz),
im Rechnen,
in der Vaterlands- und Verfassungskunde.

In fortgeschrittenen Klassen können noch andere Fächer beigezogen werden.

In der Arbeitsschule dürfen nur die allgemein nötigen Arbeiten gelehrt werden.

In Handwerks- und Fachschulen richtet sich der Unterricht nach den jeweiligen speziellen Anforderungen und Verhältnissen.

d. Bei mehr als 30 Schülern sind Parallelklassen zu errichten.

§ 2. Die Staatsunterstützungen werden auf Antrag der Landesschulkommission durch den Regierungsrat nach folgendem Masstabe festgesetzt:

Bei einer Unterrichtszeit von wenigstens 60 Stunden per Winterhalbjahr und wenigstens 3 Schülern wird in der Regel für jede einzelne Schule ein Beitrag von 25 Fr., bei gleicher Unterrichtszeit und bei mehr als 20 Schülern ein solcher von 50 Fr. geleistet. Grössere Schüler- und Stundenzahl hat verhältnismässige Erhöhung, kürzere Unterrichtszeit entsprechende Reduktion der Beiträge zur Folge.

---

25. *2.* **Regulativ für die graubündnerischen Fortbildungs- und Repetirschulen.** Vom Grossen Rat angenommen den 16. Januar 1884.

A. Fortbildungsschulen.

Art. 1. Die Fortbildungsschulen schliessen sich unmittelbar an die Primarschule an, und haben ebensowohl die Wiederholung und Erhaltung des in der Primarschule Erlernten, als auch eine weitere Ausbildung mit besonderer Rücksicht auf das Berufsleben ins Auge zu fassen.

Für die Romanen wird im ersten Kurs die deutsche Sprache als Fremdsprache angesehen.

An der Schule können auch Mädchen Teil nehmen. Dieselben sollen überdies Unterricht in den weiblichen Handarbeiten und wo möglich in der Haushaltungskunde erhalten.

Art. 2. Die Fortbildungsschule umfasst mindestens zwei Kurse.

Art. 3. Die Dauer des einzelnen Kursus wird auf wenigstens 24 Wochen festgesetzt. Die Schule muss spätestens mit dem ersten Montag des Monats November eröffnet werden.

Art. 4. Das Minimum der wöchentlichen Unterrichtszeit beträgt 28 Stunden.

Art. 5. Zum Eintritt in die Fortbildungsschule ist in der Regel ein Alter von 15 Jahren erforderlich; doch können auch solche Schüler aufgenommen werden, welche das 13. Altersjahr erfüllt und im vorherigen Winter die oberste Klasse der Primarschule ihrer Gemeinde mit Erfolg absolvirt haben.

Art. 6. Um Anspruch auf eine Staatsunterstützung machen zu können, muss die Fortbildungsschule mindestens 10 Schüler zählen.

Art. 7. Die Entlassung aus der Fortbildungsschule erfolgt in der Regel am Schlusse eines Schulkurses. Schüler, die vor erfülltem 15. Altersjahr eingetreten sind, und vor Absolvirung der beiden Jahreskurse und vor Erfüllung des 15. Altersjahres aus der Fortbildungsschule austreten, ohne eine höhere Schule zu besuchen, sind bis zur Erfüllung dieses Alters zum Wiedereintritt in die obligatorische Gemeindeschule anzuhalten.

Art. 8. Die Wahl der Lehrer steht dem Fortbildungsschulrate zu, insofern die Schulordnung der Anstalt nicht etwas Anderes bestimmt.

Art. 9. Jede Fortbildungsschule ist der unmittelbaren Leitung und Aufsicht eines Schulrates zu unterstellen, der aus wenigstens 5 Mitgliedern besteht. Die Wahl dieser Schulräte ist Sache der an der Schule beteiligten Gemeinden und Privaten.

Art. 10. Die Fortbildungsschulen stehen unter der Oberaufsicht des Erziehungsrates. Wofern sie Anspruch auf Staatsunterstützung machen, haben sie die Organisation, die Verwaltung, die Schulgeldansätze, den Lehrplan und die Lehrmittel der Genehmigung des Erziehungsrates zu unterstellen.

Art. 11. Der an eine vom Staate anerkannte und allen Bedingungen entsprechende Fortbildungsschule zu verabreichende Staatsbeitrag wird im Maximum auf Fr. 300 per Jahr festgesetzt. Bei der Verteilung des hiefür bestimmten Kredits soll auf die Leistungen und Dauer der Schule, auf die Anzahl der Lehrkräfte und auf die ökonomischen Verhältnisse im allgemeinen Rücksicht genommen werden.

Art. 12. Im übrigen gelten auch für die Fortbildungsschulen die einschlägigen Bestimmungen der kantonalen Schulordnung und in Bezug auf die konfessionellen Verhältnisse diejenigen der Kantons- und Bundesverfassung.

b. Repetirschulen.

Art. 13. Die Repetirschulen müssen sich unmittelbar an die Primarschule anschliessen, und haben ebensowohl die Wiederholung und Erhaltung des in der Primarschule Erlernten, als eine weitere Ausbildung mit möglichster Rücksicht auf das Berufsleben in's Auge zu fassen.

Art. 14. In die Repetirschule können nur solche Schüler und Schülerinnen aufgenommen werden, welche das schulpflichtige Alter bereits zurückgelegt haben.

Art. 15. Bei wenigstens 5 wöchentlichen Unterrichtsstunden müssen die Repetirschulen mindestens während 5 Monaten dauern.

Art. 16. Anspruch auf die Staatsunterstützung für Repetirschulen haben nur diejenigen Gemeinden, in denen der Besuch dieser Schulen für die gesamte männliche Jugend vom Austritte aus der Primarschule bis zum erfüllten 17. Altersjahr obligatorisch erklärt ist.

Art. 17. Die an eine Repetirschule zu verabreichende jährliche Staatsunterstützung beträgt im Maximum Fr. 150.

Art. 18. Die Erteilung von Staatsbeiträgen steht dem Erziehungsrate zu und es sind dabei die Leistungen und die Dauer der Repetirschulen, sowie auch die ökonomischen Verhältnisse der betreffenden Gemeinden zu berücksichtigen.

Art. 19. Weitere Ausführungsbestimmungen bleiben dem Erziehungsrate, unter Einhaltung obiger Hauptgrundsätze, vorbehalten.

Art. 20. Die Staatsbeiträge für Fortbildungs- und Repetirschulen sollen zusammen den Budgetposten von Fr. 6000, der je zur Hälfte auf beiderlei Schulen zu verteilen ist, nicht übersteigen.

Art. 21. Durch vorstehendes Regulativ werden die Ausführungsbestimmungen betreffend Verwendung des Kredites zur Unterstützung von Fortbildungsunterricht vom Jahre 1868 aufgehoben.

---

c. Kreisschreiben.

Kanton ZUG.

26. *1.* **Kreisschreiben des Erziehungsrates an die Schulkommissionen** und die Lehrerschaft an Rekrutenschulen. Vom 13. November 1884.

Betreff des Unterrichtskurses für die im Kanton Zug wohnende Mannschaft, welche im Laufe kommenden Jahres in das wehrpflichtige Alter tritt, wurden im Einverständnisse mit der Militärkommission folgende Verfügungen getroffen:

1) Die Einschreibung der Mannschaft soll Sonntag den 23. ds. durch die Sektionschefs vorgenommen werden; dieselben haben sich behufs Einleitung und geordneter Durchführung des Kurses mit der Lehrerschaft ins Vernehmen zu setzen.

2) Die Aufforderungen zum Besuche der Kurse sind auf Grund der nach Massgabe der Geburts-, Niederlassungs- und Aufenthalts-Kontrolen erstellten Nominativ-Etats durch die Ordonnanz des Sektionschefs den Pflichtigen persönlich zuzustellen. Das gleiche Verfahren ist einzuhalten, wenn unter dem Jahre anderweitige Schulpflichtige in der Gemeinde ihren Wohnsitz nehmen.

3) Den titl. Schul-Kommissionen bleibt es abermal freigestellt, je nach den betreffenden Verhältnissen die Schule auf Sonn- oder Werktage zu verlegen; in jedem Falle soll die Unterrichtszeit wenigstens 2 Stunden per Woche betragen und darf die Abend- resp. Nachtzeit nicht hiezu verwendet werden. Es ist auch gestattet, die bisher übliche Unterrichtsdauer von $2^1/_2$ auf 3 Stunden auszudehnen.

4) Für den Kurs sind wenigstens 60 Stunden (45 im Winter und 15 vor Abhaltung der eidgen. pädagogischen Prüfung) zu verwenden; ca. $^1/_3$ der Schulzeit soll dem Unterricht im Rechnen gewidmet werden.

5) Als Lehrmittel wird neben der „Schweizergeschichte für Schule und Haus“ von J. Marty die fakultative Verwendung des „Schweizer-Rekrut“ von E. Kälin gestattet. Letzteres Büchlein erscheint soeben in neuer, erweiterter Auflage in 2 Ausgaben, wovon die eine mit einer Schweizerkarte versehen sein uud 1 Fr. kosten wird.

6) Dispensationen vom Besuche des Kurses sind nur Solchen zu erteilen, welche höhere Schulen besuchten. Hierüber, sowie namentlich auch hinsichtlich strengerer Behandlung der Schulversäumnisse, wird die Militärkommission den Sektionschefs noch nähere Weisungen erteilen.

Anlässlich haben wir im Hinblicke auf die bei der diesjährigen pädagogischen Prüfung gemachten Wahrnehmungen noch insbesonders den Schulkommissionen nachdrucksame und unentwegte Handhabung der Vorschriften über Schulversäumnisse, Entlassungen aus der Alltags- und des Besuchs der Repetir-Schule auf's angelegentlichste wiederholt zu empfehlen.

Die Lehrerschaft an Primar- und Repetir-Schulen wird eingeladen, dem Rechnen vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen, den Unterricht in diesem Fache in einer den Anforderungen des täglichen Lebens entsprechenden Weise und nach rationeller Methode zu erteilen. Es ist namentlich dahin zu trachten, den Schülern richtige Begriffe vom Metermasse, der Verwandtschaft des Körpermasses zu Gewicht und Hohlmass, sowie vom Dezimal-System und Fertigkeit in den 4 Operationen mit Dezimalbrüchen beizubringen.

Bei der hohen praktischen Verwendbarkeit der letztgenannten Rechnungsart wird, in Wiederholung früherer, nicht durchweg und in entsprechender Weise beachteter, Weisungen neuerdings der Lehrerschaft es nahe gelegt, beim Rechnen in der angedeuteten Richtung tätig zu sein.

---

27. *2.* **Kreisschreiben des Erziehungsdepartements des Kantons Wallis** an die Gemeinde- und Schulbehörden. Vom 5. September 1885.

Wir beehren uns, Ihnen den staatsrätlichen Beschluss in Erinnerung zu bringen, kraft welchem alle Rekruten, welche sich im laufenden Jahre zur pädagogischen Prüfung zu stellen haben, vorher sechszehn Unterrichte von wenigstens je zwei Stunden erhalten sollen. Aus dem letztjährigen Ergebnis dieser Prüfung lässt sich der Schluss folgern, dass nicht alle Gemeindebehörden diese Massnahme ausgeführt, und doch fordert die Ehre des Kantons eine gewissenhafte Vollziehung derselben.

Das Erziehungsdepartement sieht sich daher verpflichtet, die erforderlichen Massregeln zu ergreifen, um die Vollziehung dieses ausschliesslich im Interesse des Landes gefassten Beschlusses zu überwachen und die Gemeindebehörden, welche dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, zu büssen. Wir hoffen aber, dass es genüge, Ihnen diesen Beschluss in Erinnerung zu bringen, und wir vertrauen auf Ihren Eifer und Ihre Hingebung für Alles, was die Ehre und das Wohl unseres lieben Heimatkantons betrifft.

Bei diesem Anlasse halten wir die Bemerkung für angezeigt, dass besonders das Lesen bedeutend zu wünschen übrig lässt, und der mit dem Vorbereitungskurs beauftragte Lehrer möchte daher dasselbe beim Unterricht besonders berücksichtigen. Im allgemeinen empfehlen wir Ihnen, ja keine Zeit verlieren zu lassen und mit aller Anstrengung ausnahmslos die Fächer des Programmes und zwar vorzüglich das Lesen und das Kopfrechnen, worin unsere Rekruten am schwächsten erscheinen, zu betreiben.

Behufs einer guten Vorbereitung zu dieser Prüfung, empfehlen wir Ihnen das ausgezeichnete Handbüchlein „Der Schweizer-Rekrut", das auf dem Erziehungsdepartement um den Preis von 50 Cts. zum Verkaufe vorliegt.

Wir zählen unbedingt auf Ihr Pflichtgefühl, in welchem für Sie ein mächtigerer Beweggrund liegt, als in der Furcht vor der Busse.

IV. Mädchen-Arbeitsschulen.

a. Gesetze.

Kanton GRAUBÜNDEN.

28. Gesetz über weibliche Arbeitsschulen. Vom 14. Oktober 1883.

§ 1. Jede politische Gemeinde, die wenigstens 5 Mädchen vom 4ten Schuljahre an zählt, ist gehalten, für gehörigen Unterricht in weiblichen Arbeiten zu sorgen; der Besuch derselben ist für sämtliche Mädchen von der bezeichneten Stufe an bis zu ihrem gesetzlichen Austritt aus der Schule obligatorisch.

Es steht den Gemeinden jedoch frei, diesen Unterricht schon früher beginnen zu lassen, unter der Bedingung, dass er auch dann für sämtliche Mädchen der betreffenden Schulstufe obligatorisch sei.

§ 2. Schulgemeinden, die wegen zu geringer Schülerinnenzahl gemäss § 1 dieser Verordnung nicht zur Führung einer eigenen Arbeitsschule verpflichtet werden können, sollen diesfalls wenn möglich mit einer benachbarten Schulgemeinde verschmolzen werden.

§ 3. In der Regel soll eine Arbeitsschule von nicht mehr als 30 Schülerinnen zugleich besucht werden. Bei grösserer Anzahl der schulpflichtigen Mädchen hat eine Trennung der Arbeitsschule stattzufinden.

§ 4. Die Zahl der Unterrichtsstunden ist auf mindestens 3 Stunden per Woche festzusetzen, jedoch ohne Vermehrung der gewöhnlichen Unterrichtsstunden.

§ 5. Als Arbeitslehrerinnen dürfen nur solche Frauenspersonen angestellt werden, welche bei moralischer Tüchtigkeit im Besitze der erforderlichen Kenntnisse und Lehrgabe sind.

§ 6. Der Erziehungsrat wird durch Veranstaltung von Kursen die Heranbildung tüchtiger Arbeitslehrerinnen fördern.

Lehrerinnen, welche aus diesen Kursen mit Fähigkeitszeugnissen entlassen worden sind, sollen bei der Anstellung seitens der Wahlbehörden unter sonst gleichen Bedingungen in erster Linie berücksichtigt werden.

§ 7. Der Gehalt einer Arbeitslehrerin darf für den Schulkurs von 24 Wochen nicht unter Fr. 30 betragen, und ist bei längerer Schuldauer im Verhältnis höher zu bemessen.

§ 8. Zur Unterstützung der Arbeitsschulen wird der jeweilen vom Grossen Rate ins Budget gesetzte Beitrag vom Erziehungsrate verwendet. Massgebend sind dabei die Dürftigkeit der Gemeinden und die Leistungen der Schulen.

Der Unterricht in weiblichen Arbeiten soll in denjenigen Fortbildungsschulen, welche auch von Mädchen besucht werden, ebenfalls nach den obigen Bestimmungen erteilt werden.

§ 9. Über die innern Einrichtungen und den Lehrplan der weiblichen Arbeitsschulen wird der Erziehungsrat ein besonderes Regulativ erlassen.

Mit Bezug auf Absenzen, Inspektionen u. s. w. gelten die Bestimmungen der kantonalen Schulordnung. In Fällen, wo die örtlichen Verhältnisse, Entfernung vom Schulorte etc. es wünschbar machen, sind die Gemeindschulräte befugt, mit Einwilligung des Schulinspektors vom Besuch der Arbeitsschule zu dispensiren.

---

b. Verordnungen, Lehrpläne.

29. *1.* **Reglement und Lehrplan für die Mädchen-Arbeitsschulen des** Kantons Thurgau. Vom Regierungsrat genehmigt am 31. Weinmonat 1884.

§ 1. Die Mädchenarbeitsschulen haben den Zweck, den Schülerinnen richtiges Verständnis, Fertigkeit, Genauigkeit und möglichste Selbständigkeit in Anordnung und Ausführung der Handarbeiten beizubringen und sie an Fleiss, Ordnung, Reinlichkeit und Sparsamkeit zu gewöhnen.

§ 2. Der Besuch der Arbeitsschule ist für sämtliche Mädchen vom zurückgelegten neunten bis zum vollendeten fünfzehnten Altersjahre obligatorisch.

Ausnahmsweise können Mädchen, welche sich in den Fächern der weiblichen Arbeiten beruflich ausbilden, nach dem zurückgelegten dreizehnten Altersjahre vom Besuch der Arbeitsschule dispensirt werden (§ 12 des Unterrichtsgesetzes).

§ 3. Die jährliche Schulzeit ist im Minimum auf 40, im Maximum auf 42 Wochen festgesetzt (§ 14 des Unterrichtsgesetzes).

In jeder Schulwoche werden sechs Stunden Unterricht erteilt, welche in der Regel auf zwei halbe Wochentage zu verlegen sind.

Den Alltagsschülerinnen wird dagegen ein halber Tag am eigentlichen Schulunterricht erlassen (§ 16 des Unterrichtsgesetzes).

§ 4. Die unentschuldigten Schulversäumnisse werden mit 4 im Semester bussfällig und jede solche Absenz wird mit 40 Rappen gebüsst (§ 28 des Unterrichtsgesetzes).

§ 5. Über die Schulführung und Disziplin gelten folgende besondere Vorschriften:

1) Die festgesetzten Schultage und Schulstunden sind genau einzuhalten. Ohne die Erlaubnis des Schulpräsidenten darf die Lehrerin die Schule nicht einstellen. Eine mehrwöchentliche Stellvertretung kann nur im Einverständnisse der Vorsteherschaft geschehen.
2) Jede Schülerin hat die ihr angewiesene Schulklasse (Abteilung) zu besuchen.

3) Sofern nicht in anderer Weise gesorgt ist, haben die Lehrerinnen das Schullokal in allen Teilen reinlich zu erhalten, wobei sie die Schülerinnen in geeigneter Abwechslung zur Mithülfe anstellen können.

4) Während des Unterrichtes soll unter den Schülerinnen Ruhe und Stille herrschen und jede störende Beschäftigung oder Unterhaltung ausgeschlossen sein.

5) Die Lehrerin lässt die angefangenen Arbeiten vor der Vollendung von den Schülerinnen nicht nach Hause nehmen, sondern sorgt dafür, dass sie in dem Behälter des Schullokals gehörig verwahrt werden. In der Regel sollen sämtliche Arbeiten am Examen vorgelegt werden können.

6) Sie kann, wo das Bedürfnis es erheischt, fleissige und geschickte Schülerinnen abwechselnd zum Nachhelfen anstellen.

7) Sie wird eifrigst dahin streben, in den Kindern den Sinn für Ordnung, Sittsamkeit und Anstand zu wecken und zu nähren und auf Reinlichkeit an Körper und Kleidung und nachdrucksamst auf Wohlanständigkeit im ganzen Auftreten zu halten.

8) Sie führt gewissenhaft laut Formular den Schulrodel, auf welchem sie verzeichnet:
   a. die schulpflichtigen Mädchen nach Tauf- und Geschlechtsnamen, Wohnort, Alter und Schulantritt;
   b. die entschuldigten und unentschuldigten Absenzen nach halben Tagen (3 Stunden), und
   c. je am Schlusse des Sommer- und Winterkurses das Ergebnis der Absenzen.

9) Endlich wird der Lehrerin empfohlen, für die Aufzeichnung der während des Schuljahres verfertigten Arbeiten ein sogenanntes Arbeitsbuch in der Weise zu führen, dass jeder Jahresklasse auf einem besonderen Blatte die einzelnen Arbeiten und das Datum der Verfertigung vorgemerkt werde.

§ 6. Die Schulvorsteherschaft der Primarschule hat auch die Aufsicht über die Arbeitsschule. Dieselbe wählt eine besondere Aufsichtskommission von sachkundigen Frauenspersonen zur unmittelbaren Leitung und Beaufsichtigung der Arbeitsschule. Diese Aufsichtskommission besteht aus wenigstens drei Mitgliedern und wird auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Sie bezeichnet aus ihrer Mitte die Geschäftsführung.

§ 7. In denjenigen Schulgemeinden, in welchen Frauenvereine bestehen, kann die Schulvorsteherschaft die unmittelbare Aufsicht an diese Vereine übertragen. In diesem Falle geht die Wahl der speziellen Aufsichtskommission von dem Frauenverein aus, welcher der Schulvorsteherschaft die Gewählten namhaft zu machen hat.

§ 8. Der weiblichen Aufsichtskommission liegt namentlich ob:

1) das Gedeihen der Arbeitsschule möglichst zu fördern;
2) insbesondere der Lehrerin in der Schulführung allseitig mit Rat und Tat an die Hand zu gehen;
3) nach einer bestimmten Kehrordnung die Schule zu besuchen;
4) über Punkte, welche die Interessen der Arbeitsschule beschlagen, nötigenfalls ihre Wünsche und Anträge der Schulvorsteherschaft vorzulegen;
5) die Verwaltung der Hülfskasse zu besorgen;
6) bei eintretendem Bedürfnisse armen Kindern zur Anschaffung von Arbeitsmaterial behülflich zu sein;
7) bei der Jahresprüfung, sowie der Besetzung der Arbeitsschule nach Massgabe der §§ 14 und 16 mitzuwirken.

§ 9. Die Aufsichtskommission versammelt sich, so oft die Geschäfte es erfordern. Am Schlusse des Schuljahres wird sie über das Ergebnis der Visitationen, über den Gang des Unterrichtes und den Stand der Schule Beratung pflegen.

Bei Fragen, welche die innere Schuleinrichtung beschlagen, können die Lehrerinnen beigezogen werden und haben alsdann beratende Stimme. Die Verhandlungen und Beschlüsse werden dem Präsidenten der Schulvorsteherschaft mitgeteilt.

§ 10. Für die Schulvisitationen ist ein besonderes Büchlein anzulegen, in welches das betreffende Mitglied seinen Namen, das Datum des Empfanges, des Schulbesuches und der Versendung einzutragen hat und welches nach bestimmter Reihenfolge dem nächsten Mitgliede zuzustellen ist.

Bei eintretender Verhinderung wird die betreffende Vorsteherin dafür sorgen, dass an ihrer Stelle eine andere den Schulbesuch vornimmt.

§ 11. Die Mitglieder der Aufsichtskommission werden bei ihrem Schulbesuche hauptsächlich achten: auf die Handhabung der Schulordnung und den regelmässigen Besuch der Schule, auf den Gang und Erfolg des Unterrichtes rücksichtlich der Genauigkeit und Reinlichkeit, der Fertigkeit und des Fleisses in der Arbeit, auf das Benehmen der Lehrerin und auf das Betragen und die äussere Haltung der Schülerinnen. Zu diesem Zwecke sind ihnen auf Verlangen auch der Schulrodel und das Arbeitenbuch vorzulegen.

Allfällige Bemerkungen gegenüber den Schülerinnen sind sogleich, gegenüber der Lehrerin aber erst nach der Entfernung der ersteren zu machen.

§ 12. Die Mitglieder der Aufsichtskommission, sowie diejenigen der Schulvorsteherschaft und das Inspektorat haben ihren Schulbesuch in einem von der Schule zu haltenden Tagebuche zu verzeichnen.

§ 13. Auf den Vorschlag des Bezirksschulinspektors ernennt das Erziehungsdepartement behufs staatlicher Beaufsichtigung der Arbeitsschulen sachverständige Frauen, welche die Schulen inspiziren und über den Stand derselben dem Inspektorate zu Handen des Erziehungs-Departements schriftlichen Bericht erstatten.

§ 14. Die Arbeitsschulen unterliegen einer alljährlichen Prüfung, welche im Beisein der Aufsichtskommission nach Anordnung der Inspektorin vorgenommen wird.

Für die Prüfung werden von sämtlichen Schülerinnen geeignete Probearbeiten mit möglichster Berücksichtigung des Stufenganges und des gemachten Fortschrittes vorgelegt und es wird sodann die Prüfung in der Weise vollzogen, dass jede Schülerin eine Arbeit vorweist. Durch geeignete Fragen von Seite der Lehrerin oder Inspektorin suchen sich diese zu überzeugen, ob die Schülerinnen ein richtiges Verständnis ihrer Arbeiten haben.

§ 15. Die Lehrerin hat am Ende des Schuljahres nach Formular ein tabellarisches Verzeichnis anzufertigen, welches namentlich enthält:

a. den Namen, Wohnort und das Alter der schulpflichtigen Mädchen, sowie den Namen der Eltern, Dienstherren etc.;
b. die Anzahl der Absenzen jeder Schülerin, und
c. die Noten über Fähigkeit, Fleiss, Fortschritt und Betragen. (1 = gut, 2 = mittelmässig, 3 = gering.)

Dieses Verzeichnis ist vom Präsidenten der Schulvorsteherschaft nach Vergleichung mit dem Schulrodel, Arbeitenbuch und Tagebuch mitzuunterzeichnen und soll bei jeder Prüfung soweit als immer möglich ausgefüllt vorliegen.

§ 16. Die Wahl der Arbeitslehrerin erfolgt durch die Schulvorsteherschaft nach Einholung der gutachtlichen Vorschläge der Aufsichtskommission. Die Anstellung ist entweder definitiv oder provisorisch für ein Jahr, beziehungsweise bis zum Schlusse des Schuljahres. Sämtliche Wahlprotokolle sind dem Primarschulinspektorate zu Handen des Erziehungsdepartements behufs Genehmigung einzusenden (§ 66 des Unterrichtsgesetzes).

§ 17. Als Arbeitslehrerin kann definitiv nur gewählt werden, wer ein Fähigkeitszeugnis besitzt. Solche Zeugnisse können durch eine Prüfung, welche entweder am Schlusse eines Arbeitslehrerinnenkurses oder vor einer durch das Erziehungsdepartement aufzustellenden ständigen Prüfungskommission von sachverständigen Frauen abgelegt wird, zum Zwecke der Bewerbung erlangt werden.

§ 18. Die Dienstzeit einer definitiv angestellten Lehrerin dauert sechs Jahre. Ersatzwahlen in der Zwischenzeit gehen nur auf die Dauer der laufenden Dienstperiode. Bei den Erneuerungswahlen, welche das Erziehungsdepartement jeweils anordnen wird, kann die Schulvorsteherschaft die Lehrerin entweder definitiv oder provisorisch in ihrem Dienste bestätigen oder freie Konkurrenz eintreten lassen.

§ 19. Die Suspension oder Abberufung einer Arbeitslehrerin liegt in der Befugnis des Regierungsrates.

§ 20. Von Zeit zu Zeit finden Vorbereitungs- und Fortbildungskurse statt, welche der Reihe nach von allen Arbeitslehrerinnen besucht werden müssen. Nach Umständen kann eine Lehrerin zum Besuche eines zweiten Kurses angehalten werden.

§ 21. Die Schulpflegschaften sind angewiesen, den Arbeitslehrerinnen die Besoldung halbjährlich auszuhinzugeben. Steigt sie jedoch auf 200 Franken, so ist sie in der Regel quartalweise zu verabreichen. Die Aufsichtsbehörden werden möglichst darauf hinwirken, dass die Besoldung durch angemessene Erhöhung mit den Anforderungen und Leistungen der Arbeitslehrerinnen in ein richtiges Verhältnis komme.

§ 22. Für die Arbeitsschule ist von der Schulgemeinde ein in jeder Hinsicht entsprechendes Schullokal anzuweisen. Bei Neubauten ist dafür zu sorgen, dass dasselbe im Schulhause selbst erstellt werde. In jedem Arbeitsschulzimmer müssen sich ausser geeigneten Bänken und Tischen vorfinden:

1) ein Schrank (Kasten) zur Aufbewahrung der Arbeiten, Schulgeräte etc.,
2) eine linirte Wandtafel,
3) ein Strickrahmen, ein Nähramen, ein Maschenstichrahmen (Veranschaulichungsmittel),
4) ein Zuschneidetisch,
5) eine Handgiesse und einige Handtücher.

Lehrplan.

§ 23. Die Arbeitsschule soll in ihrer ganzen Einrichtung jederzeit auf die Bedürfnisse der gesamten weiblichen Jugend aller Stände berechnet sein. Das Einfache und für die bürgerliche Haushaltung Unentbehrliche ist also die Hauptsache. Der Arbeitsunterricht muss für 6 Klassen berechnet und durchaus methodisch sein. Um einen methodischen Unterricht erteilen zu können, müssen die Schülerinnen je einer Altersstufe gemeinsam unterrichtet werden; es ist daher in allen Arbeitsschulen Klassenunterricht durchzuführen. Es soll also nicht nur in genauer Stufenfolge vom Leichten zum Schweren fortgeschritten werden, sondern es ist auch jede neue Arbeit von allen Schülerinnen der nämlichen Klasse gleichzeitig zu beginnen; ebenso sind diejenigen Partien der Arbeiten, welche die wesentlichsten Besprechungen und Erläuterungen erfordern,

gleichzeitig auszuführen, damit über denselben Gegenstand zur ganzen Klasse gesprochen werden kann. Den vorgerücktern Schülerinnen sind entsprechende Zwischenarbeiten zu gestatten, jedoch nur solche, welche sie möglichst selbständig ausführen können, um den schwächern Schülerinnen die notwendige Aufmerksamkeit schenken zu können. Sehr schwache und unfähige Schülerinnen dürfen als besondere Abteilung nachgebracht werden.

Um den Klassenunterricht strikte durchführen zu können, soll hauptsächlich in den vier ersten Klassen das gleiche Material zur Verwendung kommen, weshalb durch die Vorsteherinnen und Lehrerinnen ein gemeinschaftlicher Einkauf stattzufinden hat. Der hiefür notwendige Vorschuss kann von der Schulkasse verlangt oder das kleine nötige Kapital von den Mitgliedern des Frauenvereins zusammengelegt werden. Der Stoff zu den Übungsstücken ist unentgeltlich, dagegen derjenige für die Nutzarbeiten (Strümpfe, Hemden u. dgl.) zum Selbstkostenpreise an die Schülerinnen abzutreten; armen Mädchen ist auch dieser letztere Stoff gratis zu verabreichen.

Durch den Arbeitsschulunterricht sollen nicht nur Auge und Hand, sondern auch das Denk- und Urteilsvermögen geübt werden. Um durch möglichst klare Darstellung den Schülerinnen zum schnellen und richtigen Verständnis zu verhelfen, sind neben dem Erklären durch das Wort und dem Vorzeichnen an der Wandtafel die allgemeinen Veranschaulichungsmittel (s. § 22) zu benutzen.

§ 24. Der Unterrichtsgang hat sich genau nach den Bestimmungen des nachfolgenden Lehrplans zu richten.

I. Klasse.

Stricken: a. Ein Übungsstück, an welchem die rechten und linken Maschen, die Randmaschen, das Abnehmen, das Zunehmen, die Ferse und das Käppchen eingeübt werden;

b. Stricken des Strumpfes. (Erklärung der verschiedenen Teile desselben mit Hülfe eines gezeichneten und eines gestrickten Strumpfes, nebst Besprechung der Eigenschaften des Strickmaterials.)

Hülfslehrmittel: ein Strickrahmen, dicke Stricknadeln, grobes Garn.

Nähen: Ein Übungsstück zum Einüben des Vor-, Hinter-, Stepp-, Neben- und Überwindlingsstiches (Grundstiche), zuerst am Nähtahmen (Veranschaulichungsmittel und dann durch die Schülerinnen an ihrem Arbeitsstoffe (Einfädeln des Nähtlings, Bildung des Knotens, Handhabung der Näharbeit, Entstehung und Bedeutung der Stiche).

Material: uneingeteilter weisser Stramin Nr. 5, roter Zeichnungsfaden Nr. 18.

II. Klasse.

Stricken: a. Fortsetzung im Stricken von Strümpfen, mehr als Nebenarbeit. (Einstricken des Namens, Erklärung der Strumpfregel, Einschreiben derselben.)

b. Beginn eines Musterstreifens: 2—3 einfache Piquémuster, Einübung der rechts und links verschränkten (verkehrten) Masche, 2—3 dichte Piquémuster und 2—3 Patentmuster.

Nähen: a. Ein Übungsstück zur Einübung der wichtigsten Nähte an grobem Baumwollstoff oder Leinwand. Verschneiden des Stoffes als Anfang im Zuschneiden, Entstehung der verschiedenen Schnittkanten, Vorzeigen der Bestandteile des Gewebes an dem Nähtahmen, nachher am Stoff; Entstehung, Bedeutung und Anwendung der Nähte; Beschaffenheit des Nähstoffes und Nähwerkzeuges.

b. Ein einfaches Mädchenhemd (Zughemd). Vorlegen eines fertigen Hemdes, Vorzeigen und Benennen der verschiedenen Teile desselben, Vorzeichnen des Schnittmusters an der Wandtafel; als Vorübung Zuschneiden eines Papierhemdes in verkleinertem Masstabe ($^1/_2$ der natürlichen Grösse); Bezeichnung der Schnittlinien auf dem Stoffe durch die Schülerinnen mit Bleistift und Stecknadeln, Erklärung des Zusammenfügens mit gleichzeitiger Ausführung; Zeichnen des Schnittmusters und Einschreiben der Massverhältnisse durch die Schülerinnen.

III. Klasse.

Stricken: a. Anstricken von Strümpfen als Nebenarbeit;

b. Fortsetzung am Musterstreifen: Einübung der wesentlichsten Hohlmuster (Elementarmuster).

Nähen: a. Ein Kreuzstich-Übungsstück (Wäschezeichnen) mit Zackenrand, Alphabet, Ziffern und zwei Rosetten.

Stoff: Uneingeteilter Stramin Nr. 5, weiss oder hellgrau; Zeichnungsfaden Nr. 18.

Hülfslehrmittel: Vorlagen als Veranschaulichung; Vorzeichnen der Richtung des Unter- und Deckstiches an der Wandtafel, sowie eines Viertels der Rosette.

b. Ein grösseres Mädchenhemd oder ein Frauenhemd mit Bündchen (Zuschneiden jetzt durch die Schülerinnen selbst); im übrigen das gleiche Lehrverfahren wie beim einfachen Mädchenhemde (II. Klasse).

Flicken: a. Ein Maschenstich-Übungsstück: Einübung des Ausbesserns dünner (blöder) Stellen an einem entsprechenden vorher gestrickten kleineren Strickstreifen. Veranschaulichung am Maschinenstichrahmen.

b. Fersen- und Stücke-Einstricken.

IV. Klasse.

Nähen: Ein Herrenhemd (Achselhemd, als Tag- oder Nachthemd zu verwenden). Anleitung im Massnehmen; im übrigen gleiche Behandlung wie beim Mädchen- und Frauenhemde.

NB. Anstatt des Herrenhemdes kann in diese Klasse ein Frauenhemd mit Coller aufgenommen und dann das Herren-Achselhemd in verkleinertem Masstabe aus Streifmousseline angefertigt werden, jedoch ist für die ganze Klasse entweder das Eine oder das Andere zu bestimmen.

Flicken: a. Ein Übungsstück: Einsetzen von Stücken in Quadratform mit der Überwindlings-, Kapp-, Saum- und Rollnaht an weissem Baumwollstoff. Erklärung über die Anwendung der verschiedenen Einsetzarten.

Zur Veranschaulichung: ein fertiges Übungsstück. Vorzeichnen des Ausschneidens an der Wandtafel. Vorzeigen des Einschneidens und Ausnähens der Ecken an recht grobem Baumwollstoff.

b. Ein Maschenstich-Übungsstück: Stopfen von Löchern durch rechte, linke und Abnehmemaschen.

c. Flicken von Nutzgegenständen, wobei auch das Stückeln von Strümpfen repetirt werden soll.

V. Klasse.

Nähen: Ein Herrenhemd mit Coller, Konstruiren des Coller-, Ärmel- und Halsbändchen-Musters. Im übrigen gleiche Behandlung wie beim vorhergehenden Hemde.

Flicken: a. Ein Übungsstück: Einsetzen von Stücken in Quadrat-, Rechteck-, Dreieck- und Trapezform mit der Überwindlingsnaht an farbigem (carrirtem) Baumwollstoff.

Veranschaulichung und Vorübung gleich wie beim Übungsstücke der III. Klasse.

b. Ein Übungsstück: Verweben (Wifeln), Stopfen (gewöhnliche und drilchartige Muster).

Veranschaulichung am Nähtrahmen. Vorzeigen von verschiedenen Stopfmustern.

c. Ausführung aller Flickübungen an Nutzarbeiten.

Häckeln: Die verschiedenen Stiche an einem Übungsstreifen.

VI. Klasse.

a. Übung im Zuschneiden von verschiedenen Hemden aus Steifmousseline (Zusammenfügen der Teile durch grössere Vorstiche).

b. Anfertigung von einfachen Kleidungsstücken, wie z. B. Beinkleider, Unterröcke, Jacken, Untertaillen als Grundlage zur Anfertigung anderer einfacher Frauenkleider. Übung im Massnehmen für letztere.

Zur Herstellung dieser Kleidungsstücke kann die Nähmaschine, nach vorhergegangener Ausführung eines entsprechenden Übungsstückes, benutzt werden.

c. Erlernen des Weissstickens an einem Übungsstücke.

Für ein VII. Arbeitsschuljahr (Fortbildungsklasse) könnte folgender Lehrstoff bestimmt werden:

a. Wiederholung aller in den drei letzten Klassen vorgekommenen Arbeiten, soweit möglich mit Anwendung der Nähmaschine;

b. Ausführung von Weissstickereien an entsprechenden Nutzarbeiten.

Anmerkung: 1) Das in die II. und III. Klasse aufgenommene Musterstricken soll immer an das Ende des Schuljahres verlegt werden; schwächere Schülerinnen, welche den übrigen vorgeschriebenen Lehrstoff nicht bewältigt haben, müssen selbstverständlich von dieser Arbeit ausgeschlossen bleiben. 2) Vorgerücktere Schülerinnen können mit folgenden Zwischenarbeiten beschäftigt werden: Säumen von Sacktüchern, Anfertigung von einfachen Schürzen, Kissenüberzügen, gestrickten Nutzgegenständen mit Anwendung des Musterstrickens (Ärmel, Hauben, Halstücher u. dgl.). Das Festoniren und die Übung in einfachen Zierstichen, die ihre Anwendung an Nutzarbeiten finden, können als Zwischenarbeiten für die oberen Klassen betrachtet werden.

§ 25. Vorstehendes Reglement tritt sofort in Kraft und ist im Amtsblatt und in der Gesetzessammlung zu publiziren und den sämtlichen Schulvorsteherschaften und Arbeitslehrerinnen mitzuteilen.

---

30. *2.* **Lehrplan für die fünfklassigen Arbeitsschulen des Kantons** Graubünden. 1884.

I. Klasse (4. Schuljahr).

1. Stricken. a) Erlernen der rechten und der linken Maschen, der Verbindung beider zum Bördchen, des Abnehmens, des Nähtchens, der Ferse mit Käppchen, eingeübt an einem Strickübungsstreifen, teils als Takt-, teils als Freiarbeit. (Lehrmittel: Stricknetz und Wandtafel.)

b) Stricken des Strumpfes nach der von der Lehrerin aufgestellten Regel. (Benutzung der Strumpfzeichnung.)

II. Klasse (5. Schuljahr).

1. Stricken. a) Verschiedene neue Strümpfe.

b) Anstricken von Strümpfen.

2. Nähen. a) Einüben der gewöhnlichen Sticharten, als Vor- und Hinterstich, Stepp-, Saum- und Überwindlingsstich auf uneingeteiltem Stramin. (Lehrmittel: Nähtrahmen und Wandtafel.)

b) Verbindung der Stiche zu Nähten: Nebenstichsaum, Überwindlings-, Stepp- und Gegenstichnaht, Hohlsaum, eingeübt an einem Nähtuche.

III. Klasse (6. Schuljahr).

1. Stricken. a) Ein Paar Strümpfe als Nebenarbeit.
b) 4 Piqué-Muster an einem Übungsstreifen. (Benutzung der Wandtafel.)

2. Nähen. Kinder- und Mädchenhemden.

3. Zeichnen. Erlernung des Kreuzstiches auf uneingeteiltem Stramin. (Lehrmittel: Wandtafel und Nährahmen.)

4. Flicken des Gestrickten. a) Stückeln: Einstricken der Ferse.
b) Erlernung des Maschenstiches am Kärtchen. (Lehrmittel: Strick- und Maschenstichnetz, Wandtafel.)

IV. Klasse (7. Schuljahr).

1. Stricken (Weberarbeit). a) Ein Paar neue Strümpfe.
b) 4 Hohl- und 4 Patentmuster an einem Übungsstreifen.

2. Nähen. Frauenhemden, Bettzeug u. s. w.

3. Flicken des Gestrickten. Fortsetzung in der Einübung des Maschenstiches an einem Strickstück und an Strümpfen.

4. Flicken des Weisszeuges. a) Erlernen des Ein- und Aufsetzens von Stücken mit der Überwindlings-, Kapp- und Wallnaht, eingeübt an einem Flicktuche. (Benutzung der Wandtafel.)
b) Anwendung des Gelernten an schadhaftem Weisszeug und Kleidern.

V. Klasse (8. Schuljahr).

1. Stricken (Weberarbeit). Strümpfe, Handschuhe, Häubchen u. s. w.

2. Nähen. Herrenhemden.

3. Flicken des Gestrickten. Alle Arten, ausgeführt an verschiedenen Gegenständen.

4. Flicken des Gewobenen. Anwendung des Gelernten; neu zu üben das Wifeln und Verweben.

5. Zeichnen. Zeichnen der angefertigten Weisszeug-Gegenstände mit dem Kreuzstich.

6. Zuschneiden. Erlernen des Zuschneidens der verschiedenen Weisszeugstücke; Vorübungen an Papier und in verkleinertem Masstabe, Einzeichnen in ein Heft.

---

31. *3.* **Normallehrplan für die Mädchenarbeitsschulen des Kantons** Appenzell A. Rh. Vom Regierungsrate genehmigt den 25. September 1884.

Alltagsschule.

IV. Schuljahr.

Stricken. Erlernung der verschiedenen Maschen an einem Übungsstreifen. Zuletzt, wenn möglich, ein Paar Strümpfe nach der Regel.

Nähen. Erlernung der verschiedenen Stiche, Nähte und Säume an einem Übungsstück. Für vorgerücktere Nähen von Hand- und Sacktüchern.

V. Schuljahr.

Stricken. Fortsetzung des Strumpfstrickens nach der Regel. Mit Vorgerückteren einige Piqué-Muster.

Nähen. Anfertigung eines kleinen Mädchenhemdes mit Anleitung zum Zuschneiden desselben.

Erlernung des Kreuzstiches auf uneingeteiltem Stramin. Einfaches Alphabet und einfache Ziffern.

VI. Schuljahr.

Stricken. Anfertigung grösserer Strümpfe. Einstricken von Fersen und andere Stückelarbeiten. Mit Vorgerückteren einige Hohl- oder Häckelmuster.

Nähen. Anfertigung eines grösseren Mädchenhemdes mit Anleitung zum Zuschneiden desselben. Einzeichnen und Einschreiben in ein Heft. Erlernung des Knopfloches am Übungsstück oder an Bettanzügen.

Flicken. Einsetzen von Stücken mit 1, 2 und 4 Ecken auf weissem Baumwollstoff mit verschiedenen Stichen und Nähten.

NB. Bei langsam fortschreitenden Klassen darf der Hohl- oder Häckelstreifen weggelassen und in spätern Jahren als Zwischenarbeit nachgeholt werden; ebenso darf, wo es nötig erscheint, das Stückeln auf das VII. Schuljahr verlegt werden.

VII. Schuljahr.

Stricken. Weiterübung im Stückeln der Strümpfe.

Nähen. Anfertigung eines einfachen Knabenhemdes oder Frauenhemdes mit Anleitung zum Zuschneiden desselben.

Flicken. Erlernung des Maschenstiches am Übungsstück und Anwendung desselben. Anwendung des Stückeeinsetzens in Weisszeug.

Übungsschule.

VIII. Schuljahr.

Stricken. Mit Vorgerückteren Anfertigung verschiedener Gegenstände.

Nähen. Anfertigung eines kompleten Herrenhemdes nebst Anleitung zum Zuschneiden desselben.

Flicken. Einsetzen von Stücken in farbigen Stoff und Anwendung an Bettzeug und Kleidern.

Weiterübung im Maschenstich.

IX. Schuljahr.

Nähen. Anfertigung eines Herren- oder Frauenhemdes. Mit Vorgerückteren andere Näharbeiten nach freier Wahl.

Flicken. Erlernung des Verwebens an einem Übungsstück. Flicken des Gestrickten und Gewobenen.

In Gemeinden, welche der Arbeitsschule mehr Zeit zuwenden als hier vorausgesetzt ist, kann dieser Lehrplan entsprechend erweitert werden.

---

32. *4.* **Lehrplan für die sechsklassigen Arbeitsschulen des Kantons** Aargau. Erlass des Erziehungsrates. Genehmigt vom Regierungsrate am 25. Mai 1885.

I. Klasse (9. Altersjahr).

Stricken. a) Übungsstreifen zum Erlernen der rechten und linken Maschen, des Aufnehmens und Abnehmens. Klassenarbeit.

b) Kinderstrümpfe. Klassenarbeit.

c) Strumpfbänder, Ärmelchen. Zwischenarbeit.

Nähen. a) Übungsstück von Stramin zum Erlernen des Vor-, Neben-, Hinter-, Stepp- und Überwindlingsstichs. Klassenarbeit.

b) Säumen von Sacktüchern. Zwischenarbeit.

II. Klasse (10. Altersjahr).

Stricken. a) Strümpfe nach der Regel. Klassenarbeit.

b) Übungsstreifen mit leichten Mustern. Klassenarbeit.

c) Anstricken alter Strümpfe. Klassenarbeit.

d) Einfache Nutzgegenstände. Zwischenarbeit.

Nähen. *a)* Übungsstück von grobem Baumwolltuch zum Erlernen der verschiedenen Säume und einfachen Nähte. Klassenarbeit.
b) Einfaches Mädchenhemd. Klassenarbeit.
c) Schürzen. Zwischenarbeit.

III. Klasse (11. Altersjahr).

Stricken. *a)* Neue Strümpfe als Zwischenarbeit.
b) Stückeln des Gestrickten. Klassenarbeit.
c) Einfache Nutzgegenstände. Zwischenarbeit.

Nähen. Kinder- und Mädchenhemden. Klassenarbeit.

Flicken. Erlernen des Maschenstiches, zuerst auf Stramin oder Karton und dann an blöden Strümpfen. Klassenarbeit.

Zeichnen. Übungstuch von Stramin mit 2—3 Alphabeten und leichten Verzierungen im Kreuzstich. Klassenarbeit.

IV. Klasse (12. Altersjahr).

Stricken. *a)* Von Strümpfen als Zwischenarbeit.
b) Übungsstreifen mit Hohl- und Patentmustern. Klassenarbeit.
c) Formenstricken (fakultativ).

Nähen. Von Mädchen- oder Frauenhemden. Klassenarbeit.

Flicken. *a)* Fortsetzen des Strumpfstückelns. Zwischenarbeit.
b) Maschenstich, Einüben des Stopfens von Löchern an einem vorher gestrickten Streifen. Klassenarbeit.
c) Flicktuch von Baumwollstoff mit eingesetzten Lappen: Viereck, Dreieck, und Trapez, nebst Einübung von einfachen Verzierungsstichen und Hohlsäumen. Klassenarbeit.

Häckeln. Übungsstreifen mit den meist zu verwendenden Stichen. Zwischenarbeit.

Zuschneiden. Von Bett- und Tischwäsche nebst einfachen Hemden in Papier. Klassenarbeit.

V. Klasse (13. Altersjahr).

Stricken. Strümpfe, Jäckchen, Häubchen, Handschuhe. Zwischenarbeit.

Nähen. Mädchen-, Frauen- und Knabenhemden. Klassenarbeit.

Flicken. *a)* Fortsetzen des Stückelns und Verstechens von Gestricktem. Zwischenarbeit.
b) Übungsstück zum Verstechen und Verweben von Weisszeug. Klassenarbeit.
c) Flicken der Wäsche und Kleider. Zwischenarbeit.

Häckeln. Einfache Nutzgegenstände als Zwischenarbeit.

Zuschneiden. Einfache Waschgegenstände, Mädchen- und Frauenhemden aus Stoff. Klassenarbeit.

VI. Klasse (14. Altersjahr).

Stricken. Alles ohne Ausnahme nach Befähigung der Schülerin als Zwischenarbeit.

Nähen. Mannshemden und einfache Kleidungsstücke.

Flicken. *a)* Verstechen der Strümpfe und anderer gestrickter Gegenstände.
b) Flicken der Kleider und Wäsche durch Stückeln und Verstechen.

Häckeln. Kleine Sammlung von Mustern (fakultativ).

Sticken. *a)* Übungstuch für Weissstickerei mit Feston-, Wickel-, Stiel- und andern Zierstichen nebst Anwendung an Nutzgegenständen (fakultativ).
b) Kleines Übungstuch für Buntstickerei.

Zuschneiden. Aller Arten von Hemden, Weisszeug und einfachen Kleidungsstücken nebst Einzeichnen in ein Heft mit Angabe der Massverhältnisse. Klassenarbeit.

Allgemeine Bestimmungen.

1. Warenkunde und Haushaltungskunde werden im Wintersemester, zum Schluss der Arbeitsstunden, durchgenommen.
2. Die mit „fakultativ" bezeichneten Arbeiten können in den Schulen, wo die Verhältnisse ein Hinausgehen über das fürs Haus Notwendige nicht gestatten, weggelassen werden.
3. Das Material für die als Klassenarbeit vorgeschriebenen Gegenstände, hauptsächlich für die Übungsstücke, muss für sämtliche Schülerinnen von der Lehrerin angeschafft werden, damit bei Gleichmässigkeit des Materials auch Gleichmässigkeit in den Arbeiten erlangt werden kann. Die Bemittelten zahlen hiefür Entschädigung und für die Unbemittelten sorgt die Gemeinde oder ein sonstiger Fond.

   Die Lehrerin hat bei diesen Übungsstücken darauf zu sehen, dass die Augen der Schülerinnen nicht zu sehr angestrengt werden. Der Stoff zu den Näh- und Flicktüchern darf deshalb nicht fein sein und das betreffende Tuch soll nicht über 20—25 cm. in der Breite messen.
4. Für jede neu zu erlernende Arbeit muss unbedingt Klassenunterricht stattfinden und für das Zuschneiden bei den 3 obern Klassen wöchentlich eine besondere Stunde bestimmt werden.
5. Die Zwischenarbeiten sind solchen Schülerinnen gestattet, die mit den Klassenarbeiten schneller vorwärts kommen, da letztere immer gemeinschaftlich begonnen werden müssen.
6. Es sei den Schülerinnen erlaubt, vier Wochen vor Weihnacht beliebige, ihrer Stufe angemessene Arbeiten, unter Anleitung der Lehrerin, zu fertigen.
7. Von den Lehrmitteln sind: Wandtafel, Näh- und Strickrahmen durch die Gemeinde anzuschaffen; für die Mustersammlung, Stoffsammlung etc. sorgt die Lehrerin.

Kanton ZÜRICH.

33. *5.* **Beschluss des Erziehungsrates betreffend ausserordentliche** Inspektion der Mädchenarbeitsschulen. Vom 28. Februar 1885.

I. Als ausserordentliche Inspektorin des kantonalen Arbeitsschulvereins für die 5 Schuljahre 1885/86—1889/90 wird ernannt: Frl. Sel. Strickler von Hombrechtikon.

II. Es werden der Inspektorin folgende Funktionen zugewiesen:

1. Fortsetzung der Inspektionen nebst Berichterstattung an die Erziehungsdirektion.
2. Instruktion des Arbeitslehrerinnenpersonals durch Abhaltung kurzer Kurse und periodischer Zusammenzüge zur Besprechung von Arbeitsschulfragen.
3. Heranbildung von Arbeitslehrerinnen durch Abhaltung von dreimonatlichen Kursen nach Anordnung der Erziehungsdirektion.
4. Prüfung nichtpatentirter Aspirantinnen für freiwerdende Stellen.
5. Besuch auswärtiger Institute für Frauenarbeit nebst Berichterstattung an die Erziehungsdirektion.
6. Förderung des Interesses am Arbeitsschulwesen durch Vorträge und Besprechungen in Frauenkreisen.
7. Studium der Frage der Errichtung einer ständigen Frauenarbeitsschule.

Kanton AARGAU.

34. *6.* **Reglement betreffend die Beaufsichtigung der Arbeitsschulen** und die Einrichtung der Bildungskurse. Erlass der Erziehungsdirektion vom 12. Juni 1885.

A. Die Beaufsichtigung der weiblichen Arbeitsschule.

I. Aufsichtsbehörden.

§ 1. Die Arbeitsschulen stehen unter der allgemeinen Aufsicht der Bezirksschulräte, Schulinspektoren und Gemeindeschulpflegen.

§ 2. Die besondere Aufsicht in den Schulkreisen ist zunächst Sache der Aufsichtskommissionen.

§ 3. Die Beaufsichtigung und Förderung der Arbeitsschulen eines Bezirks wird einer Oberlehrerin übertragen.

Die Oberlehrerinnen werden sich mit den weiblichen Aufsichtskommissionen für die Überwachung und Förderung des ganzen innern Lebens und Wirkens der Arbeitsschulen in Verbindung setzen.

§ 4. Für die Wahl, Anstellung und Entlassung der Oberlehrerinnen gelten die bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen.

II. Instruktion für die Oberlehrerinnen.

§ 5. Die Oberlehrerin besucht jede Abteilung der einzelnen Arbeitsschule jährlich wenigstens zweimal.

§ 6. Jeder Schulbesuch hat mindestens 2 Stunden zu dauern. Die Oberlehrerin wird erforderlichen Falles die Aufsichtskommission und die Schulpflege von ihren Besuchen verständigen und dieselben beiziehen.

Sie trägt ihre Besuche in die Schulchronik, sowie in die Absenzenkontrollen ein und überwacht die Führung der letztern.

§ 7. Beim Beginn des Schuljahres stellt jede Schulpflege der Oberlehrerin den Stundenplan der Arbeitsschule zu. Die Oberlehrerin überwacht bei der Aufstellung der Stundenpläne die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften und verständigt sich mit den Schulpflegen nötigenfalls über die Verlegung des Arbeitsschulunterrichtes, so dass ihr der vorschriftsmässige Besuch in jedem Schulhalbjahre möglich ist.

Über bezügliche Anstände entscheidet zunächst der Bezirksschulrat.

§ 8. Die Aufsicht erstreckt sich:

a. Auf den Zustand des Schullokales, dessen Ausrüstung, Reinigung, Beheizung, Ventilation und Bestuhlung.

b. Auf die allgemeinen Lehrmittel, deren Zustand und Benutzung, sowie die Arbeitsgeräte und Arbeitsstoffe, die gefertigten und aufbewahrten Arbeiten, wofür zunächst die Arbeitslehrerin verantwortlich ist.

c. Auf die Förderung, solide Verfertigung, Kontrolle und Verrechnung allfälliger Lohnarbeiten der Schülerinnen für die Armenpflegen und Privaten.

d. Auf die getreue Befolgung des Lehr- und Stundenplanes, die Fähigkeit, den Fleiss, die Disziplin und Handhabung der Schulordnung durch die Lehrerin, ihre moralischen und pädagogischen Eigenschaften.

e. Auf die Tätigkeit der Schulpflege und Aufsichtskommission in Bezug auf die Arbeitsschule.

f. Auf die Vollziehung der gesetzlichen Bestimmungen bei den Aufnahmen und Entlassungen und dem Bestande der Abteilungen.

g. Auf die Ordnung und Reinlichkeit der Schülerinnen an Körper, Kleidung, Arbeiten, Arbeitsgerät, auf Zucht und Sitte derselben.

h. Auf die Leistungen der Schülerinnen im allgemeinen in den vom Lehrplan vorgesehenen Unterrichtsgegenständen.

i. Auf die hinlängliche Ausrüstung derselben mit Arbeitsstoffen und Geräten.

§ 9. Die Oberlehrerin wird den Arbeitslehrerinnen sofort die nötigen Ratschläge, Anweisungen und Mahnungen in Betreff ihrer gesamten Amtstätigkeit geben.

Ihre Wünsche und Anträge in Bezug auf den Zustand der Schullokale, der Lehrmittel, den Unterricht, die Amtsführung der Lehrerin, die Tätigkeit der lokalen Aufsichtsbehörden hat sie jeweilen dem Bezirksschulrate vorzulegen, welcher entweder von sich aus die nötigen Weisungen erteilt, oder der Erziehungsdirektion bezügliche Anträge stellt.

§ 10. Alljährlich am Schlusse der Winterschule hält die Oberlehrerin in Verbindung mit der Aufsichtskommission die Hauptprüfung der Arbeitsschule ab.

Die Zeit der Prüfung ist im Einverständnis der Schulpflege und mit Anzeige an das Schulinspektorat so anzuordnen, dass dieselbe nicht mit den Prüfungen der übrigen Gemeindeschulen zusammenfällt.

Die Schulpflege wohnt der Prüfung von amtswegen bei, ebenso der Inspektor, soweit es ihm die übrigen Prüfungen gestatten.

§ 11. Um den Stand der Schule in den Leistungen der Lehrerin und der Schülerinnen möglichst sicher und allseitig zu erkennen und zu beurteilen, ist der Prüfung eine der Kinderzahl angemessene Zeitdauer einzuräumen, welche für jede Arbeitsschule nicht weniger als eine und nicht mehr als drei Stunden betragen soll.

§ 12. Bei der Prüfung sollen alle im Laufe des Jahres verfertigten Arbeiten, die noch nicht zum Verbrauch gekommen sind, mit dem Namen der Schülerin vorgelegt, und ihnen auch das Tagebüchlein oder Verzeichnis aller gefertigten Arbeiten von jeder Schülerin beigefügt werden.

Die Oberlehrerin untersucht in Verbindung mit den Mitgliedern der weiblichen Aufsichtskommission die vorgelegten Arbeiten, macht darüber die nötigen Bemerkungen und richtet an jede Schülerin einige Fragen über das Arbeitsverfahren und die Gründe desselben, über den Arbeitsstoff, dessen Verfertigung, die Kennzeichen und Bedingungen seiner Güte, die ungefähren Preise und dergleichen. Endlich schreibt sie in das Arbeits-Tagebüchlein jedes Kindes ihr Urteil über dessen vorgelegte Arbeiten.

Die oberste Abteilung soll überdies auch über verschiedene Gegenstände der weiblichen Haushaltungskunde geprüft werden.

§ 13. Nach dem Befunde der Oberlehrerin und der Aufsichtskommission, sowie mit Rücksicht auf die Berichte der Lehrerin über den Schulbesuch, den Fleiss, die Fortschritte und das Betragen der Kinder, spricht der Präsident der Schulpflege am Schlusse der Prüfung das Urteil über die Ergebnisse derselben aus.

§ 14. Die Oberlehrerin stellt zu Handen der Schulpflege ihren Erfundbericht über die Prüfung aus. Die Schulpflege bringt denselben, soweit er den Unterricht, die Schülerinnen und die Leistungen der Lehrerin betrifft, letzterer abschriftlich zur Kenntnis.

Dieser Erfundbericht wird sich verbreiten über:

a. Die Ergebnisse des Unterrichts;

b. die Leistungen der Lehrerin;

c. das Verhalten der Schülerinnen;

d. die Mitwirkung der Aufsichtsbehörden;

e. die äussern Verhältnisse der Schule, Lokal, Ausrüstung, Lehrmittel etc.

§ 5. Am Schlusse des Schuljahres erstattet die Oberlehrerin an den Bezirksschulrat über alle Arbeitsschulen des Bezirks ihren Jahresbericht, welcher sich über die in § 11 bezeichneten Punkte ihrer Inspektion verbreiten und auf ihre einzelnen Erfundberichte und die Jahresberichte der Lehrerin sich stützen soll.

Sie bezeichnet in allen Berichten den Stand jeder Schule nach Befinden mit: „Sehr gut, gut, genügend, ungenügend".

Sie stellt in diesem Berichte ihre Anträge zu Handen der Erziehungsdirektion.

§ 16. Die Oberlehrerin veranstaltet mit den Arbeitslehrerinnen des Bezirks zur praktischen und theoretischen Fortbildung derselben jährlich wenigstens zwei Konferenzen. Sie leitet die Verhandlungen derselben und vermittelt den Verkehr mit den Behörden und andern Konferenzen.

Ein Mitglied der Konferenz wird als Schrift- und Rechnungsführerin ernannt.

Jede Bezirkskonferenz gibt sich Statuten, hat eine Bibliothek und bezieht zu deren Vermehrung statutarische Beiträge. Die Oberlehrerin verwaltet die Büchersammlung. Sie erstattet über die Tätigkeit der Konferenz ebenfalls einen Jahresbericht und legt die Jahresrechnung derselben der Erziehungsdirektion vor.

B. Die Einrichtung der Bildungskurse für Arbeitslehrerinnen.

§ 17. Es finden jährlich in zwei Bezirken Unterrichts- und Bildungskurse für Arbeitslehrerinnen statt, wobei ein regelmässiger Turnus oder das vorhandene Bedürfnis massgebend ist.

Mit diesen Bildungskursen können Wiederholungskurse für Lehrerinnen verbunden werden. Zum Besuche derselben verpflichten ungenügende Leistungen angestellter Lehrerinnen.

§ 18. Die Anordnung der Kurse wird unter Genehmigung der Erziehungsdirektion von den Bezirksschulräten getroffen.

Zur Beaufsichtigung dieser Kurse ernennt der Bezirksschulrat eine besondere Aufsichtskommission, bestehend aus einem Kursinspektor und vier sachverständigen Frauen oder Jungfrauen.

§ 19. Die Leitung dieser Kurse fällt der Oberlehrerin des Bezirks zu.

Der Bezirksschulrat bestellt die erforderlichen Lehrkräfte für den wissenschaftlichen Unterricht. Dieser wird besonders entschädigt.

§ 20. Der Bezirksschulrat sorgt für ein geräumiges, helles und in jeder Hinsicht angemessenes Unterrichtslokal, mit zweckmässiger Bestuhlung und Betischung, sowie für die nötigen Schulgeräte und Nähmaschinen.

Den erforderlichen Arbeitsstoff und die notwendigen Arbeitsgeräte haben die Zöglinge selbst anzuschaffen.

§ 21. Ein Bildungskurs dauert 20 Wochen und zwar von Anfang Mai mit 14 Tagen Ferien.

In jeder Woche sind 25 Unterrichtsstunden zu erteilen.

Um die Lehrerin und die Zöglinge nicht mit Unterrichtsstunden an ein und demselben Tage zu überhäufen und letztern auch die Auslagen für die Beköstigung über Mittag, soweit möglich zu ersparen, sind die Unterrichtsstunden entweder auf fünf halbe, oder vier ganze Tage in der Woche zu verlegen.

§ 22. Um den Zöglingen eines Bildungskurses nicht nur die zum Unterrichte in den weiblichen Handarbeiten erforderliche Fertigkeit beizubringen, sondern denselben auch die zu einer gedeihlichen Schulführung nötige, intellek-

tuelle pädagogische und didaktische Ausbildung zu verschaffen, sollen dieselben ausser in den weiblichen Handarbeiten, auch in wissenschaftlichen Schulfächern und besonders in der praktischen Erziehungslehre und der Methodik Unterricht erhalten.

Drei Fünfteile der Lehrstunden werden auf die Handarbeiten oder den technischen Unterricht und zwei Fünfteile auf den wissenschaftlichen Unterricht verwendet.

Während des Strickens können auch Übungen im Vorlesen beruflich belehrender Schriften vorgenommen werden.

§ 23. Die Unterrichtsgegenstände der Bildungskurse:

1. Einfache Handarbeiten:

a. Stricken;
b. Nähen und Maschinennähen;
c. Flicken;
d. Zuschneiden.

2. Künstliche Handarbeiten und deren Vorbedingungen:

a. Freihandzeichnen, einfache Formen, stilisirte Blattformen, Muster, Bordüren, Farbenlehre;
b. Knüpfen;
c. Sticken;
d. Musterstricken;
e. Musterhäckeln.

§ 24. Beim Stricken sind vorab die Haltung des Körpers, die Haltung und Bewegung der Arme und Finger, sodann die verschiedenen Stoffe, ihre Eigenschaften und Preise, die Gegenstände, Arten, Muster, Eigenschaften, Mängel und Fehler der Strickerei ins Auge zu fassen, im übrigen aber auf den Unterricht in den Nutzarbeiten, wie Strümpfe, Handschuhe, Hauben, Kinderzeug, Leibchen und andere Kleidungsstücke die nächste und meiste Aufmerksamkeit zu verwenden.

Auch sind die Zöglinge dahin zu bringen, dass sie mit dem Stricken verschiedene künstliche Arbeiten ersetzen können.

§ 25. Beim Nähen wird der Unterricht abermals die körperliche Haltung und Bewegung, die Arten und Eigenschaften der Werkzeuge und des Fadens, die Regeln, Mängel und Fehler des Nähens, die verschiedenen Nähgegenstände in Weisszeug und Gefärbtem, die verschiedenen Arten von Stichen, Nähten und Säumen mit ihrer Anwendung und schliesslich das Nähen von Hemden in verschiedenen Stoffen, für verschiedene Alter und Geschlechter in allen ihren Teilen stufenmässig behandeln und einüben.

§ 26. Bei der Behandlung des Flickens ist den Zöglingen vor allem und stets die Wichtigkeit und ernste Bedeutung dieser Arbeit für das Hauswesen nahe zu legen und ihnen eigentliche Vorliebe für dasselbe einzuflössen.

Dabei soll ihnen zunächst das Flicken und Verweben von Gewobenem, das Auf- und Einsetzen von Lappen bei Weisszeug und Gefärbtem, sowie das Flicken von Gestricktem durch Verstechen, Einstricken und Anstricken sorgfältig erklärt und zur vollen Fertigkeit gebracht werden. Gleichzeitig ist damit der nötige Unterricht über die entsprechenden Stoffe und die passende Anwendung jeder dieser Arbeiten zu verbinden.

§ 27. Der Unterricht im Zuschneiden soll mit den einfachsten und leichtesten Gegenständen beginnen und stufenmässig zu schwierigern fortschreiten, bis endlich, nebst andern Kleidungsstücken der Zuschnitt von Hemden erwachsener Personen beiderlei Geschlechts vorgenommen und eingeübt werden kann. Der-

selbe wird mit Vorzeichnen an die quadrirte Wandtafel und unter Benutzung der obligatorischen Lehrmittel erläutert.

Auf jeder Stufe wird mit Erklärung der Massverhältnisse und sorgfältiger Anleitung zur haushälterischen Benutzung des Stoffes, zuerst nach Papiermustern, dann nach vorangegangener, auf genommenes Mass entworfener Zeichnung von freier Hand in Papier und zuletzt endlich ebenso in wirklichem Zeuge zugeschnitten.

Jede Schülerin ist gehalten, sich eine vollständige und genaue Übersicht aller vorkommenden Massverhältnisse der verschiedenen Bekleidungsgegenstände anzufertigen.

Die Oberlehrerin wird eine möglichst vollständige Sammlung von Schnittmustern anlegen.

§ 28. Die künstlichen Handarbeiten sind in den Lehrkursen nur auf einfache Arbeiten und hinsichtlich des Stoffes auf das Wohlfeilste auszudehnen.

Dabei sind aber die Zöglinge darauf hinzuweisen, dass auch die einfachen Arbeiten in Knüpfen, Sticken und Häckeln den Anforderungen eines guten geläuterten Geschmackes entsprechen können und sollen.

Zu diesem Zwecke sind mit denselben regelmässige und methodisch geordnete Übungen im Freihandzeichnen vorzunehmen.

Der Zeichnungsunterricht in den Bildungskursen wird von einem hiezu befähigten Lehrer in wöchentlich 2 Stunden erteilt und umfasst Übungen in einfachen geometrischen Formen, stilisirten Blattformen und einfachen Bordüren. Mit besonderer Beziehung auf die Buntstickerei wird das Notwendigste aus der Farbenlehre mitgeteilt.

§ 29. Mit dem Unterrichte in allen Handarbeiten ist immer eine gründliche Belehrung über Stoff und Arbeitsgeräte, sowie auch über die Behandlung und Aufbewahrung derselben zu verbinden.

Die Oberlehrerin wird eine systematisch geordnete Stoff- und Mustersammlung anlegen und die Zöglinge zur Anlage ähnlicher Sammlungen, besonders der gebräuchlichsten Stoffe und Arbeitsmuster, anleiten.

Dieselbe wird ebenfalls in gedrängter Weise die Zöglinge auf die verschiedenen Stylperioden und Stylarten in der Textilindustrie aufmerksam machen und ihre Erläuterungen an gute Vorlageblätter knüpfen. Das Hinwirken auf gute geschmackvolle Formen soll ein Hauptzweck der künstlichen Arbeiten sein.

§ 30. Die Oberlehrerin wird gegen das Ende des Kurses den bestehenden Lehrplan für die Arbeitsschulen als Grundlage ihres methodologischen Unterrichts mit den Zöglingen besprechen, damit denselben der organische Zusammenhang ihrer künftigen Aufgabe klar bewusst wird.

§ 31. Der technische Unterricht soll zuerst die praktischen Bedürfnisse des bürgerlichen Familienlebens berücksichtigen und möglichste Fertigkeit, Solidität und Sauberkeit zu erzielen trachten. Der Anleitung zum technischen Können muss überall eine entsprechende Belehrung zum Verstehen und Wissen der Sache zur Seite gehen. Zu diesem Zwecke wird der Erziehungsrat ein entsprechendes literarisches Hülfsmittel bezeichnen.

§ 32. Die wissenschaftlichen Unterrichtsfächer sind auf Grund von Lehrmitteln zu erteilen, welche der Erziehungsrat bezeichnen wird.

Dieselben sind:

a. Lesen, Memoriren mit bezüglicher Erklärung und Besprechung 2 Std.

b. Schrift- und Aufsatzübung mit besonderer Berücksichtigung der Briefform, Anleitung zu Geschäftsbriefen aus dem Wirkungskreise der Arbeitslehrerin, Anleitung zur richtigen Abfassung der amtlichen Berichte 1 „

c. Methodik des Arbeitsschulunterrichts und das Notwendigste aus der Erziehungslehre 2 Std.
d. Kopf- und Zifferrechnen, Anleitung zur Führung eines Tage- und Hausbuches 2 „
e. Materialkenntnis und Haushaltungskunde 1 „

§ 33. Von den wissenschaftlichen Fächern werden Methodik, Erziehungslehre, Warenkenntnis und Haushaltungskunde von der Oberlehrerin, Lesen, Aufsatz und Rechnen von einem Lehrer erteilt.

§ 34. In der Erziehungslehre wird die Oberlehrerin in einfacher, fasslicher Sprache Aufschluss geben über die leibliche, geistige und gemütliche Behandlung und Pflege der Schülerinnen, über das gegenseitige Verhältnis und Benehmen zwischen Lehrerin und Kindern, über die Schulführung und Handhabung der Schulzucht, über Belohnungen und Strafen, über das Betragen der Kinder in und ausser der Schule unter sich und gegen Andere und insbesondere über die Gewöhnung derselben an Tätigkeit, nützliche Geschäftigkeit, Ordnungsliebe, Reinlichkeit, Einfachheit und weibliche Sittsamkeit.

§ 35. In der Methodik wird die Oberlehrerin die methodischen Verfahren im Unterricht, die Anwendung des Einzel- und Klassenunterrichtes, die Lehrmittel und deren Gebrauch, den Lehrplan und die Jahresziele besprechen.

Die Zöglinge sind mit den gesetzlichen Vorschriften über das Arbeitsschulwesen, die Schullokale, auch mit den Rechten und Pflichten der Lehrerinnen bekannt zu machen.

§ 36. Die Belehrungen über Haushaltungskunde sollen sich vornehmlich auf häusliche Einrichtung, Wäsche, Wohnung, Kleidung, überhaupt auf diejenigen Verhältnisse beschränken, in welchen die weibliche Arbeitsschule mit Erfolg praktisch auf die Familien für Reinlichkeit, Sparsamkeit und sinnige Anordnung und Ausstattung des bürgerlichen Hauses einwirken kann.

§ 37. In einen Bildungskurs dürfen nicht mehr als dreissig Zöglinge aufgenommen werden.

§ 38. Wer in einen Bildungskurs eintreten will, muss das 17. Altersjahr zurückgelegt haben, ein gemeinderätliches Leumundszeugnis vorweisen, die 8. Gemeindeschulklasse mit gutem Erfolge absolvirt haben und eine Aufnahmsprüfung bestehen.

Andere Töchter, welche sich nicht zu Lehrerinnen bilden wollen, dürfen nur dann aufgenommen werden, wenn nicht wirkliche Lehramtskandidatinnen dadurch vom Besuche des Lehrkurses ausgeschlossen oder im Unterrichte beeinträchtigt werden.

§ 39. Die aufzunehmenden Zöglinge haben sich bei der Vorprüfung in den weiblichen Handarbeiten nicht bloss durch Vorzeigen von Arbeiten, sondern durch Proben während der Prüfung selbst darüber auszuweisen:

a. dass sie ohne Beihülfe einen Strumpf anfangen, fortstricken und vollenden können;
b. dass sie ein zugeschnittenes Mannshemd in allen Teilen zu nähen wissen;
c. dass sie im Stande sind, auf Weisszeug einen Flick regelrecht aufzusetzen;
d. endlich, dass sie Strümpfe zu verstechen und zu stückeln verstehen.

In Bezug auf die Vorkenntnisse für den wissenschaftlichen Unterricht werden die im Lehrplan für die Gemeindeschulen für die 8. Klasse vorgesehenen Kenntnisse und Fertigkeiten gefordert, insbesondere:

1. Vollständige Fertigkeit im Lesen in gedruckter Fraktur und Antiqua;
2. Sicherheit in der mündlichen und schriftlichen Wiedergabe von Gelesenem oder Vorgelesenem;

3. deutliche Handschrift in deutscher und englischer Kurrentschrift;
4. hinlängliche Sicherheit in der deutschen Rechtschreibung;
5. Dreisatz- und Zinsrechnung, gemeine und Dezimalbrüche, metrisches Mass.

§ 40. Die Aufnahme der Zöglinge in einen Bildungskurs geschieht auf einmonatliche Probezeit, nach welcher die Aufsichtskommission auf den Bericht der Oberlehrerin über das Verbleiben eines jeden Zöglings im Kurse entscheidet.

Während dieser Zeit wird die Oberlehrerin die Schülerinnen nicht nur nach ihrer geistigen und technischen Befähigung, sondern ebenso sehr nach allen denjenigen Eigenschaften des Gemüts und Charakters sorgfältig überwachen, welche von einer guten Tochter überhaupt und von einer Lehrerin insbesondere gefordert werden.

Über den Erfolg der Probezeit legt die Oberlehrerin dem Bezirksschulrat Bericht und Antrag vor.

§ 41. Die zu Wiederholungskursen verpflichteten Lehrerinnen sind bei der Aufnahme vor allem zu berücksichtigen.

§ 42. Auf Grundlage des in §§ 23—36 für den Bildungskurs vorgesehenen Lehrplanes wird von der Oberlehrerin ein Stundenplan aufgestellt. Derselbe unterliegt der Genehmigung des Kursinspektors.

Dieser wird den wissenschaftlichen Unterricht auf die verschiedenen Wochentage angemessen verteilen, nie über zwei Stunden desselben nach einander folgen lassen, auf einen halben Tag höchstens fünf Unterrichts- und Arbeitsstunden ansetzen und auf die erste Stunde des Tages immer eine Beschäftigung verlegen, bei der die Zöglinge körperlich ausruhen und sich erholen können.

§ 43. Die Aufsichtskommission und der Kursinspektor ordnen im Einverständnis und auf Einladung des Bezirksschulrates die Vorprüfung an und beaufsichtigen die Befolgung des Lehr- und Stundenplanes.

Sie entscheiden mit der Oberlehrerin über die probeweise oder definitive Aufnahme der Zöglinge, sowie vorkommenden Falles über Entlassungen während des Kurses.

Sie überwachen durch öftere Besuche, allfällige Prüfungen und andere geeignete Mittel die Ordnung, den Unterricht und die Arbeiten des Kurses, erteilen der Oberlehrerin die entsprechenden Weisungen und machen dem Bezirksschulrate die nötigen Mitteilungen.

Sie ordnen, unter Anzeige und Einladung an den Bezirksschulrat und die betreffenden Schulpflegen, die Schlussprüfungen der Kurse an und leiten dieselben.

Sie legen auf den gutächtlichen Antrag der Oberlehrerin dem Bezirksschulrate die Wahlfähigkeitszeugnisse der Geprüften, mit deren Noten über Betragen, Fleiss, Fortschritte und Wahlfähigkeitsstufe vor und erstatten ihren Schlussbericht über die Leistungen des Kurses.

Die Leitung und Beaufsichtigung des wissenschaftlichen und Zeichnungs-Unterrichtes liegt vorzugsweise dem Kursinspektor ob.

§ 44. Am Ende eines jeden Kurses wird eine öffentliche Hauptprüfung abgehalten, welche zugleich die Wahlfähigkeitsprüfung der Zöglinge ist.

§ 45. Infolge dieser Prüfung werden auf den Bericht der Oberlehrerin und das Gutachten der Aufsichtskommission vom Bezirksschulrate für die zum Lehramte tüchtig erfundenen Zöglinge Wahlfähigkeitsvorschläge auf zwei oder sechs Jahre ausgefertigt und der Erziehungsdirektion samt den Berichten und wissenschaftlichen Prüfungsarbeiten zur Genehmigung oder Abänderung übermittelt.

Alle Zöglinge, welche nur ein Wahlfähigkeitszeugnis auf zwei Jahre erhalten, sind zum Besuche des nächsten Wiederholungskurses verpflichtet, was im Zeugnisse derselben ausgesetzt wird.

Trägt eine angestellte Lehrerin aus ihrem zweiten Wiederholungskurse ein auf zwei Jahre beschränktes Zeugnis davon, so wird sie zu keinem dritten Kurs verpflichtet, sondern ihre definitive Anstellung läuft mit dem Wahlfähigkeitszeugnisse ihres zweiten Wiederholungskurses zu Ende.

§ 46. Wenn die Erteilung der Wahlfähigkeit ohne Prüfung auf Grund beurkundeter Tüchtigkeit nachgesucht wird, so lässt der Erziehungsrat ein solches Gesuch mit den Ausweisen durch die Oberlehrerin begutachten.

V. Sekundarschulen.

Reglemente und Lehrpläne.

35. *1.* **Lehrziel der Mädchen-Sekundarschule in Basel. 1883.**

Übersicht der Fächer- und Stundenverteilung.

	Klassen				
	I.	*II.*	*III.*	*IV.*	*Tot.*
Religion	2	2	—	—	4
Deutsche Sprache	4	4	4	4	16
Französ. Sprache	4	4	4	4	16
Rechnen	4	4	4	4	16
Geographie	2	2	2	2	8
Geschichte	—	1	2	2	5
Naturkunde	1	2	2	2	7
Schreiben	2	2	1	1	6
Zeichnen	2	2	2	2	8
Singen	2	1	1	1	5
Turnen	2	2	2	2	8
Weibl. Handarbeiten	5	5	6	6	22
Total	30	31	30	30	121

Bemerkung: Das Lehrziel schliesst an dasjenige der IV. Klasse der Primarschule an.

---

36. *2.* **Reglement für die zugerischen Sekundarschulen.** Erlass des Erziehungsrates. Vom 2. Januar 1884.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Sekundarschulen haben die Bestimmung, die in der Primarschule erworbenen Kenntnisse der Schüler zu erweitern und zu vertiefen, insbesondere auf rationelle Gewerbstätigkeit und wissenschaftliche Bildung vorzubereiten.

§ 2. Aller Unterricht in der Sekundarschule soll — neben Erwerbung der notwendigen Kenntnisse — eine gute Erziehung und sorgfältige Ausbildung der geistigen und körperlichen Anlagen und Kräfte anstreben. Er legt darum nicht auf das Wissen allein, sondern namentlich auf das Können das Hauptgewicht.

§ 3. Jeder Sekundarlehrer hat den Lehrstoff sorgfältig auszuwählen und zu verarbeiten, den Unterricht wo möglich unabhängig von Heften und Büchern zu erteilen, auch alle zeitraubenden schriftlichen Korrekturen während des Unterrichtes zu vermeiden.

§ 4. Damit Festigkeit und Sicherheit in den Kenntnissen und Fertigkeiten erzielt werden, nimmt der Lehrer darauf Bedacht, dass die Lehrfächer sich gegenseitig unterstützen, dass die Sprachen und Realien, Geschichte, Geographie und Naturkunde in Wechselwirkung zu einander treten. In allen Lehrgegenständen dringt er im Mündlichen und Schriftlichen auf Korrektheit der sprachlichen Darstellung.

§ 5. Der Lehrer befleisse sich eines fortgesetzten Studiums der Lehrfächer und der Lehrmethode und widme seine Kraft der Schule.

§ 6. Wo mehrere Hauptlehrer an einer Sekundarschule wirken, haben sich dieselben je beim Beginn eines Semesters über das Mass und die Verteilung der häuslichen Arbeiten der Schüler zu verständigen; nötigenfalls entscheidet das Inspektorat.

§ 7. Die Ortsschulbehörden haben durch Anschaffung zweckmässig ausgewählter Lehrmittel, Sammlungen, Abbildungen und Instrumente dafür zu sorgen, dass der Unterricht in allen Fächern anschaulich erteilt werden kann.

II. Aufnahme in die Sekundarschule.

§ 8. Diejenigen Schüler, welche nach Vollendung der Primarschule in die Sekundarschule eintreten wollen, haben sich unter Vorweisung der betreffenden Schulzeugnisse beim Präsidium der Schulkommission und bei der Lehrerschaft zu melden und beim Beginn des Kurses durch eine Prüfung (§ 10 des Gesetzes) über den Besitz der nötigen Vorkenntnisse gehörig auszuweisen.

§ 9. Zur Aufnahme in die erste Klasse der Sekundarschule wird erfordert:

a. Fertigkeit, entsprechende Lesestücke geläufig und richtig zu lesen und zu verstehen;

b. Fertigkeit in der deutschen Kurrentschrift und im Schreiben der lateinischen Buchstaben;

c. Kenntnis der Wort- und Satzlehre, besonders der deutschen Deklination, Komparation und Konjugation;

d. Fähigkeit, ohne zu viele orthographische und grammatikalische Fehler einen Brief nach gegebenem Grundgedanken zu verfassen oder eine einfache Erzählung schriftlich wieder zu geben;

e. Fertigkeit in den vier Grundrechnungsarten mit benannten ganzen Zahlen und mit gemeinen Brüchen, Kenntnis der Dezimalen, ihrer Addition, Subtraktion und Multiplikation.

In eine höhere Klasse dürfen nur solche Schüler eintreten, die entweder an der nämlichen Sekundarschule laut Zeugnis der Lehrerschaft das Lehrziel des vorhergehenden Kurses erreicht haben oder in einer Aufnahmsprüfung sich über den Besitz der für die betreffende Abteilung vorgeschriebenen Vorkenntnisse gehörig ausweisen können.

§ 10. Über das Vorhandensein dieser Kenntnisse hat eine Prüfungskommission zu entscheiden, bestehend aus einem Abgeordneten des Erziehungsrates (wo möglich dem Inspektorate der Sekundarschulen), der betreffenden Schulkommission oder deren Abgeordneten und dem Sekundarlehrer, der in der deutschen und der französischen Sprache und in der Mathematik Unterricht zu erteilen hat. Nur ausnahmsweise darf auch eine bedingte Aufnahme bewilligt werden; doch ist binnen 2—4 Wochen die Frage über definitives Bleiben oder Zurücksetzen auf Grundlage schriftlicher bezüglicher Relation des Lehrers durch die bezeichnete Kommission zu entscheiden.

III. Unterrichtszeit und Lehrgegenstände.

§ 11. Das Schuljahr dauert, wie bei den Primarschulen, 42 Wochen; über dessen Anfang und Ende, sowie über die Ferienzeit, gelten die gleichen Bestimmungen wie bei den Primarschulen.

§ 12. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden wird für alle drei Kurse auf 30—32 festgesetzt, die wo möglich auf 4 ganze und 2 halbe Tage verteilt werden; jedenfalls darf sie nicht weniger als 28 und nicht mehr als 32 betragen.

§ 13. Auf die nach § 1 des Gesetzes vorgeschriebenen Unterrichtsgegenstände sind die wöchentlichen Stunden in folgender Weise zu verteilen:

a. Religionslehre 2 Stunden, *b.* Deutsche Sprache 5—6 Stunden, *c.* Franz. Sprache 4 Stunden, *d.* Italienische Sprache 3 Stunden (fakultativ), *e.* Mathematik 4—5 Stunden, *f.* Geographie 2 Stunden, *g.* Geschichte 2 Stunden, *h.* Naturkunde 2 Stunden, *i.* Buchhaltung 2 Stunden, *k.* Zeichnen 2 Stunden, *l.* Schönschreiben 1 Stunde, *m.* Gesang 1 Stunde, *n.* Turnen 2 Stunden, *o.* Weibliche Handarbeiten 3—5 Stunden.

§ 14. *a.* Sämtliche Lehrfächer sind nach § 1 des Gesetzes obligatorisch, ausgenommen italienische Sprache; das Turnen und Zeichnen ist nur für die Knaben, die weiblichen Handarbeiten sind nur für die Mädchen allgemein verbindlich.

b. In gemischten Schulen sind die Mädchen auch von Geometrie, Algebra und den auf Mathematik beruhenden Partien der Naturlehre (Physik), sowie von der allgemeinen Geschichte der ältern Zeit zu dispensiren und ist der Stundenplan so einzurichten, dass auch dieselben wo möglich 2 halbe Tage frei haben.

c. Die Schulkommissionen und der Erziehungsrat können aus besondern Gründen noch weiter von einzelnen Lehrgegenständen dispensiren. Für die Dispensation vom Turnen gelten die vom eidg. Militärdepartement aufgestellten Entschuldigungsgründe.

d. Kinder, welche die gesetzlich normirten Kurse vollendet haben, ist der fernere Besuch einzelner Unterrichtsstunden zu gestatten.

e. Nie darf der Unterricht in 2 fremden Sprachen zugleich in einem Jahre beginnen.

Bemerkung. Der Lehrplan sieht einen dreijährigen Kurs voraus.

Kanton GLARUS.

37. *3.* **Lehrplan für die Sekundarschulen mit einem Lehrer. Vom** Kantonsschulrat erlassen am 16. April 1884.

I. Deutsche Sprache. 7 Stunden.

a. Lesen. Klasse I. Lesen und Erklären prosaischer und leichter poetischer Musterstücke, verbunden mit Andeutungen über die Entstehung der Wortformen durch Ableitung und Zusammensetzung.

Klasse II und III. Lesen und Erklären prosaischer und poetischer Musterstücke, verbunden mit grammatischer Analyse.

b. Grammatik. Klasse I. Kenntnis der verschiedenen Wortarten mit ihrer Flexion im Anschluss an die Lehre vom einfachen Satze.

Klasse II. Syntax: Satzverbindung und zusammengezogener Satz. Satzgefüge. Interpunktionslehre.

Klasse III. Beendigung der Syntax und Repetition derselben wie der Wort- und Formenlehre, zum Teil an der Hand der Lesestücke.

c. Aufsatz. Klasse I. Reproduktion von Erzählungen, kürzere Beschreibungen, Umschreibungen, Briefe.

Klasse II. Beschreibungen und Briefe.

Klasse III. Reproduktion realistischen Stoffes; Behandlung eigentlicher Themata nebst Anleitung zur Aufstellung von Dispositionen. Ein besonderes Diktando zur Bereinigung der Orthographie unter Benutzung des Stoffes zum Memoriren.

II. Französische Sprache. 6 Stunden.

Klasse I. Elemente der Formenlehre an der Hand entsprechender Lesestücke. Avoir u. être, regelmässige Konjugation.

Klasse II. Fortsetzung der regelmässigen Konjugation. Die wichtigsten Pronomen, Präposition und Adverb. Unregelmässige Verba. Die Pronomina.

Klasse III. Wiederholung und Erweiterung der Formenlehre.

Aus der Syntax: Wortstellung, Gebrauch der Tempora und Modi, Lesen zusammenhängender Stücke aus einer Chrestomathie.

III. Arithmetik. 5 resp. 3 Stunden.

Klasse I. Die vier Grundoperationen in ganzen Zahlen. Gemeine und Dezimalbrüche. Drei- und Vielsatz. Zins-, Prozent-, Tara- und Rabattrechnungen.

Klasse II. Weiterführung der Lehre von den Dezimalbrüchen. Verhältnisse und Proportionen. Gewinn- und Verlust-, Gesellschafts- und Mischungsrechnungen. Zinsberechnung und Zinszahlen.

Klasse III. Repetition und Erweiterung des bisher behandelten Lehrstoffes.

IV. Algebra. 2 Stunden.

Klasse II. Die vier ersten Operationen mit ganzen Zahlen, sodann mit Brüchen; Quadratwurzel und leichtere Gleichungen I. Grades mit einer Unbekannten.

Klasse III. Fortsetzung der Gleichungen I. Grades; Kubikwurzel, Potenzen.

V. Geometrie. 2 Stunden.

Klasse I. Die geometrischen Elemente (Punkt, Linie, Winkel und Dreieck), die einfachen Kongruenzfälle, verbunden mit Linearkonstruktionen.

Klasse II. Das rechtwinklige Dreieck, die Vier- und Vielecke; die Kreislehre nebst dem Anhang des Messungsabschnittes.

Klasse III. Ähnlichkeit der Drei- und Vielecke. Die notwendigsten Sätze aus der Stereometrie bis zur Kugel. Inhaltsberechnungen. Feldmessen mit Klasse II.

VI. Geschichte. 2 Stunden.

Jahr I. Darstellung der Schweizergeschichte im Zusammenhang unter Berücksichtigung der neuern und neuesten Zeit.

Jahr II. Allgemeine Geschichte bis 843 n. Ch.

Jahr III. Mittlere und neuere Geschichte von 843 bis 1815 — mit wesentlicher Beschränkung auf deutsche Geschichte.

VII. Geographie. 2 Stunden.

Jahr I. Repetition der Schweizergeographie.

Jahr II. Geographie von Europa.

Jahr III. Geographie der übrigen Erdteile. Elemente der mathematischen Geographie.

VIII. Naturkunde. 2 Stunden.

Klasse I. *a.* Sommersemester: Spezielle Beschreibung der passendsten Kultur- sowie der Giftpflanzen zur Begründung der Kenntnis der Pflanzenformen.

b. Wintersemester: Beschreibung des menschlichen Körpers, unter steter Bezugnahme auf die Gesundheitslehre.

Klasse II und III. *a.* Sommersemester: Behandlung der wichtigsten Pflanzenfamilien, sodann (im zweiten Jahr) der wichtigsten Tierklassen.

b. Wintersemester: Elemente der Physik. Allgemeine Eigenschaften der Körper und das Wichtigste aus der mechanischen Physik, sodann das Wichtigste über Licht und Wärme, abwechselnd mit Magnetismus, Elektrizität und Galvanismus.

IX. Buchhaltung. 1 Stunde.

Klasse I. Geschäftsaufsätze, Jahresrechnungen öffentlicher Verwaltungen und Vereine.

Klasse II und III. Anleitung zur einfachen Buchhaltung.

X. Kunstfächer. Schreiben 2 Stunden, Zeichnen 2 Stunden, Singen 1 Stunde.

a. Schreiben. Deutsche und englische Kurrentschrift von den Elementen ausgehend. Erst nach vollständiger Erreichung des Zieles bezüglich Geläufigkeit und Schönheit Übergang zur Ronde-, sowie zu Titelschriften.

b. Freihandzeichnen. Klasse I. Vorzeichnungen auf der Wandtafel. Übung von einfachen Ornamenten.

Klasse II. Schattiren und Schraffiren. Kopiren von Ornamenten in verändertem Masstab oder von Landschaften.

Klasse III. Fortsetzung. Zeichnen nach Gypsmodellen. Für Mädchen Blumenzeichnen.

c. Geometrisches Zeichnen. Klasse II. Lineare Konstruktionen aus der Planimetrie. Zeichnen symmetrischer Gebilde; Parquet.

Klasse III. Projektionen von Linien, Flächen und Körpern nach der Natur. Einfache Maschinenteile oder Bau-Konstruktionen. Zeichnen einfacher Objekte nach eigenen Messungen. Planzeichnen.

d. Singen. Ad libitum.

XI. Turnen.

1. Freiturnen.
2. Geräteturnen.

Kanton LUZERN.

38. 4. Lehrplan für die Sekundarschulen. Vom 25. Februar 1885. §§ 29—31 und 68 des Erziehungsgesetzes von 1879.

I. Allgemeine Bestimmungen.

A. Aus dem Erziehungsgesetze vom Jahre 1879.

§ 25. Die Sekundarschule hat die Bestimmung, die in der Primarschule erworbene Bildung zu erweitern und den Schüler für einen bürgerlichen Beruf vorzubereiten.

Der Besuch dieser Schule ist freigestellt.

§ 27. Die Sekundarschulen sind Jahresschulen und bestehen in der Regel aus zwei Klassen. Sie beginnen mit dem ersten oder dritten Montag im Oktober und dauern wenigstens 36 Wochen.

Die Ferien werden nach Massgabe des § 10 bestimmt.

§ 28. In die Sekundarschulen können in der Regel nur solche Schüler Aufnahme finden, welche die Primarschule absolvirt haben. Ausnahmsweise kann solchen Schülern, welche die letzte Klasse der Primarschule noch nicht absolvirt, dagegen durch eine vom Bezirksinspektor abzunehmende Prüfung sich darüber ausweisen, dass sie das Lehrziel der Primarschule dennoch vollständig erreicht haben, die Aufnahme gestattet werden.

Vor Beendigung des Kurses muss kein Schüler entlassen werden.

§ 29. Die Unterrichtsgegenstände für die Sekundarschule sind: Religionslehre (fakultativ mit Rücksicht auf Artikel 49 der Bundesverfassung), deutsche und französische Sprache, Arithmetik, Buchhaltung, Geometrie, Naturkunde, besonders mit Rücksicht auf die Landwirtschaft, Geschichte, Geographie, Verfassungskunde, Schönschreiben, Zeichnen, Gesang und Turnen.

§ 30. In die Sekundarschule können auch Töchter aufgenommen werden; dieselben sind jedoch vom Turnunterrichte befreit. Den Gemeinden ist es gestattet, mit Bewilligung des Regierungsrates selbständige Sekundarschulen für Töchter zu errichten.

§ 31. Die Unterrichtsgegenstände an weiblichen Sekundarschulen sind: Religionslehre (fakultativ), deutsche und französische Sprache, Arithmetik, Buchhaltung, Geschichte, Geographie, Schönschreiben, Zeichnen, Gesang, weibliche Handarbeiten und Haushaltungskunde.

§ 118. Die nächste und unmittelbare Aufsicht über die Schuljugend üben die Lehrer. Sie wenden, wenn nötig, geeignete Strafmittel zur Besserung der Fehlbaren an, zu welchem Zwecke sie sich in angemessene Verbindung mit dem elterlichen Hause setzen.

§ 119. Über den Schulbesuch hat der Lehrer ein Verzeichnis zu führen, in welches die entschuldigten und die nicht entschuldigten Versäumnisse einzutragen sind. Der Lehrer ist für die genaue Führung dieses Verzeichnisses verantwortlich.

§ 185. Die Gemeinde, in welcher die Sekundarschule gehalten wird, hat die Pflicht zur Anweisung, Unterhaltung und Beheizung des Schullokales, sowie zur Anschaffung der Schulgeräte und allgemeinen Lehrmittel.

§ 138. Der Bezirksinspektor überwacht die Instandhaltung der Schullokale und der allgemeinen Lehrmittel. Er trifft, wo ein Schulverwalter mit der Anschaffung der nötigen allgemeinen Lehrmittel im Verzuge sich befindet, die erforderlichen Verfügungen und ist befugt, nach zweimaliger erfolgloser Mahnung das Fehlende auf Kosten der Schulverwaltung anzuschaffen.

B. Verordnung des Regierungsrates vom 3. Dezember 1881.

1. Der Erziehungsrat darf, auf den Antrag der Sekundarschulpflege und das Gutachten des Bezirksinspektors, für eine Sekundarschule den im Gesetze vorgesehenen Jahreskurs in einen Winter- und einen Sommerkurs trennen.

2. Der Winterkurs zählt mindestens 28 Wochen und besteht aus 2—3 Klassen. Bezüglich der Aufnahme gelten die in § 28 des Erziehungsgesetzes aufgestellten Bedingungen.

3. Der Sommerkurs hat den Zweck, den im Winterkurse behandelten Lehrstoff zu wiederholen und eingehender zu verarbeiten, sowie auch solche Primarschüler, welche wenigstens die vorletzte Klasse der Primarschule zurückgelegt haben, zum Eintritte in den Winterkurs vorzubereiten.

4. Wird kein Sommerkurs abgehalten, so erhält der Lehrer nur das Minimum der gesetzlichen Besoldung.

C.

1. Der Lehrer ist zu einer guten Benutzung der Schulzeit und einer sorgfältigen Auswahl des Lehrstoffes, sowie zur Führung eines Unterrichtsheftes verpflichtet.

2. Er bediene sich ausschliesslich der Schriftsprache und dringe in allen Fächern auf Korrektheit der sprachlichen Darstellung im Mündlichen und Schriftlichen.

3. Jeder Schüler erhält ein Notenbüchlein, in welches von 14 zu 14 Tagen die Noten, Absenzen und allfällige Bemerkungen eingetragen werden, und in welchem die Einsichtsnahme von den Eltern zu bezeugen ist.

4. Die Noten der Vorbereitungsschüler des Sommerkurses dürfen nicht in das verordnete Zeugnisbüchlein eingetragen werden.

5. Der Lehrer ist für gute Besorgung der vorhandenen allgemeinen Lehrmittel verantwortlich.

II. Wöchentliche Unterrichtsstunden. (Für beide Klassen.)

a. Winter- und Jahreskurs.

	Knaben- & Sekundarschulen. Knaben.	Gemischte Mädchen.	Mädchen-Sek.-Schulen.	
1. Religionslehre	2	2	2	Stunden.
2. Deutsche Sprache	5—6	7	6—7	„
3. Französische Sprache	3	3	3	„
4. Arithmetik	3½	4	4	„
5. Buchhaltung	1—2	1	1	„
6. Geometrie	2	—	—	„
7. Naturkunde	2	2	—	„
8. Geschichte	2	2	2	„
9. Geographie	2	2	2	„
10. Verfassungskunde	½	—	—	„
11. Schönschreiben	1	1	1—2	„
12. Zeichnen	2	2	2	„
13. Gesang	1	1	1½	„
14. Turnen	2	—	—	„
15. Weibliche Arbeiten	—	(3)	3	„
16. Haushaltungskunde	—	—	1½	„
Summa:	30	27	30	Stunden.

b. Sommerkurs.

Die wöchentliche Stundenzahl beträgt 30 und sie wird für die eigentlichen Sekundarschüler auf die einzelnen Fächer so verteilt, wie im Winterkurse; für die Vorbereitungsschüler dagegen gelten annähernd die nämlichen Bestimmungen, wie für die Schüler der obersten Primarschulklasse.

III. Stundenpläne.

Die Lehrer sind gehalten, unter Zugrundelegung des vorgeschriebenen Lehrplanes für ihre Schulen Stundenpläne zu entwerfen. Dieselben sind dem Bezirksinspektor zur Genehmigung vorzulegen, in sauber gefertigter Abschrift im Schulzimmer aufzuhängen und auch dem Präsidenten der Sekundarschulpflege zuzustellen.

Beim Anfertigen der Stundenpläne ist Folgendes zu beachten.

1. Auf den Vormittag fallen 3 (ausnahmsweise 4), auf den Nachmittag 2—3 Lehrstunden, je nachdem in Berücksichtigung der Schulverhältnisse nur ein halber oder aber ein ganzer Tag frei gegeben wird. Die wöchentlichen Ferien fallen auf den Donnerstag.

2. Bei gemischten Schulen ist zu beachten, dass die Mädchen vom Turnunterricht befreit und auch vom Unterricht in der Geometrie und Verfassungskunde dispensirt werden können.

3. Die beiden Kurse dürfen beim Unterrichte in der französischen Sprache, Arithmetik, Buchhaltung und Geometrie in der Regel nicht zusammengezogen werden.

4. Auf dem Stundenplane soll bemerkbar sein, welche Klasse unmittelbaren Unterricht erhält und womit gleichzeitig die andere Klasse beschäftigt wird.

Kanton TESSIN.

39. *5.* **Programma per le Scuole Maggiori maschili stabilito del Consiglio di Stato (Maggio 1885).**

Orario settimanale delle lezioni.

Materie d'insegnamento	Ore settimanali		
	Classe I	Classe II	Classe III
Religione	1	1	1
Lingua italiana	8	7	7
„ francese	3	3	3
Aritmetica	5	4	4
Disegno lineare e industriale	2	2	2
Computisteria	2	2	2
Calligrafia	3	2	2
Storia	2	2	2
Geografia	2	3	3
Elementi di Storia naturale	—	2	2
Totale	28	28	28

Kanton TESSIN.

40. *6.* **Programma per le Scuole Maggiori femminili stabilito del Consiglio di Stato (Maggio 1885).**

Orario settimanale delle lezioni.

Materie d'insegnamento	Ore settimanali		
	Classe I	Classe II	Classe III
Religione e Storia Sacra	2	2	2
Economia domestica	2	2	2
Lavori femminili	5	5	5
Lingua italiana	8	7	7
„ francese	3	3	3
Aritmetica	3	2	2
Computisteria	—	1	1
Storia Svizzera	2	2	2
Geografia	2	2	2
Nozioni di Storia naturale	—	1	1
Disegno	1	1	1
Calligrafia	1	1	1
Canto[1])	—	—	—
Totale	29	29	29

[1]) Il canto ha pure grande importanza, quando non si possa fare di più, la maestra scelga con giudizio alcune poesie sacre, patriottiche, popolari, et le faccia cantare dalle allieve il meglio che sarà possibile.

VI. Lehrerschaft.

a. Bestand und Organisation.

41. *1.* **Beschluss des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt betreffend** den Ausschluss von Mitgliedern religiöser Genossenschaften von der Lehrtätigkeit. Vom 5. Februar 1884.

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, in Erwägung: 1. Dass laut § 13 der Verfassung der Staat die Aufgabe hat, das Erziehungswesen und die Volksbildung zu fördern, 2. dass die ihm zur Erfüllung dieser Aufgabe zustehende Leitung des Unterrichts nicht vereinbar ist mit der Verwendung von Lehrkräften, welche als Mitglieder religiöser Orden und Kongregationen ihren geistlichen Obern zum unbedingten Gehorsam verpflichtet und ihrer ganzen Bildungsweise nach nicht geeignet sind, einen Unterricht zu erteilen, welcher sowohl im Interesse der geistigen Entwicklung und Schulung, als auch der nationalen republikanischen Erziehung der Jugend von den im Kanton Basel-Stadt bestehenden Schulen gefordert werden muss, beschliesst:

1. Personen beiderlei Geschlechts, welche religiösen Orden oder Kongregationen angehören, ist die Leitung von Schulen oder Erziehungsanstalten, sowie die Lehrtätigkeit an solchen untersagt.

2. Der Regierungsrat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

---

42. *2.* **Reglement für die Thurgauische Schulsynode. Vom Regierungsrat genehmigt am 15. September 1883.**

§ 1. Mitglieder der Synode sind alle im Kanton angestellten und unter staatlicher Kontrole stehenden Lehrer und Lehrerinnen. Ausserdem können mit beratender Stimme beiwohnen:

a. Der Vorstand des Erziehungsdepartements, resp. dessen Stellvertreter;

b. die Schulinspektoren.

Die Verhandlungen der Synode sind öffentlich.

§ 2. Die Synode wählt zur Leitung ihrer Verhandlungen und zu weiterer Geschäftsbesorgung auf die Dauer von drei Jahren einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten und einen Aktuar; den Präsidenten in geheimer, die beiden andern Offizianten in offener Abstimmung.

Von den Wahlen ist dem Erziehungsdepartement Kenntnis zu geben.

§ 3. Als weitern Vorstand, insbesondere zur Vorberatung der Traktanden für die Synode, zur Begutachtung allfällig eingegangener Motionen, sowie zur Abgabe von Gutachten nach dem Verlangen des Erziehungsdepartements, wählt die Synode auf die gleiche Amtsdauer eine besondere Direktionskommission aus 11 Mitgliedern, nämlich ausser dem Bureau noch 8 Mitglieder, so zwar, dass einerseits jeder Bezirk und anderseits die Kantonsschule und das Seminar eine Vertretung finden. Den Bezirkskonferenzen steht es frei, einen unverbindlichen Voranschlag an die Synode zu bringen.

In besondern Fällen kann die Synode Spezialkommissionen ernennen.

Den Sitzungen der Kommissionen wohnt der Vorstand des Erziehungsdepartements oder dessen Stellvertreter mit beratender Stimme bei.

§ 4. Die Synode versammelt sich ordentlicher Weise jährlich einmal, ausserordentlicher Weise auf den Ruf des Regierungsrates oder auf ihren eigenen Beschluss, oder wenn ein Vierteil der Mitglieder schriftlich, unter Angabe der Gründe, bei dem Regierungsrate die Einberufung verlangt. Bei Versammlungen,

welche vom Regierungsrate einberufen werden, bestimmt derselbe Zeit und Ort; in den übrigen Fällen die Synode selbst oder im Unterlassungsfalle ihr Präsidium.

§ 5. Für den Besuch der Synode erhält jedes Mitglied nach dem Masstabe der Entfernung vom Sitzungsorte eine Entschädigung von 2 bis 5 Fr.

Ein Mitglied, das die Synode ohne gehörige Entschuldigung versäumt, wird mit 2 Fr. gebüsst. Über die Verwendung der Bussen entscheidet die Synode.

Als zureichende Entschuldigungsgründe gelten eigene Krankheit, sowie Krankheit oder Tod der nächsten Angehörigen; ferner Militärdienst, mehrtägige Abwesenheit ausserhalb des Kantons und das zurückgelegte 60. Altersjahr. Amtsgeschäfte, die zum Lehrerberufe in Beziehung stehen und nachweislich unaufschiebbar sind, können vom Besuche der Synode ebenfalls dispensiren; über die Gültigkeit hiefür angeführter Gründe entscheidet das Bureau.

Die Mitglieder der unter § 3 erwähnten Kommissionen beziehen für ihre Verrichtungen eine tägliche Entschädigung von 6 Fr. und überdies ein einmaliges Reisegeld von 50 Rp. für die Wegstunde, sofern sie eine Stunde vom Sitzungsorte entfernt wohnen.

§ 6. Die Schulsynode berät über Errichtung und Beförderung des Schulwesens, über Festsetzung des Lehrplanes und der Lehrmittel und über die diesfallsigen Wünsche und Anträge, welche in ihrem Namen an die Behörden zu richten sind.

Die Synode hört ferner einen womöglich freien Vortrag über einen Gegenstand aus dem Gebiete des Schulwesens an. Dasjenige Mitglied, welches den Vortrag zu halten hat, ist verpflichtet, das Schema desselben der Vorsteherschaft einzureichen, welche dasselbe einem andern Mitgliede zur Eröffnung des ersten Votums nach dem Vortrage zustellt.

Jedem Mitgliede steht das Recht des Anzuges zu. Die Anregung ist in der Regel der Direktionskommission, oder wenn die Synode es für gut erachtet, einer Spezialkommission zum Zwecke der Vorberatung und Begutachtung zu überweisen, bevor einlässlich in die Beratung eingetreten werden kann. Der Motionssteller wohnt den Sitzungen dieser Kommissionen mit beratender Stimme bei. Ausnahmsweise kann ein Anzug auch sofort in Verhandlung gezogen werden, sofern zwei Dritteile der Versammlung die Dringlichkeit erklären und der Anzug mindestens 14 Tage vorher bei dem Präsidium angemeldet wurde.

Jedem Mitgliede ist spätestens 8 Tage vor dem Zusammentritte der Synode ein gedrucktes Traktandenverzeichnis einzuhändigen, in dem auch die Motionen und Anträge der Kommissionen enthalten sind.

§ 7. Die Verhandlungen der Synode werden vom Vorstande druckfertig dem Erziehungsdepartemente vorgelegt und von diesem veröffentlicht. Auch können andere, der Synode vorgelegte Berichte und Arbeiten (Bericht des Erziehungsdepartements über den Zustand des thurgauischen Schulwesens, Bericht über das Konferenzleben, über die Lehrer-Witwen- und Waisenstiftung etc.) nach diesfälligem Beschlusse der Versammlung als Beilage zu ihren Verhandlungen gedruckt werden.

Die Druckkosten und Bureauauslagen werden auf das Budget des Erziehungsdepartements genommen, in der Meinung, dass von der Seite des letztern für dergleichen Ausgaben jeweilen die Zustimmung des Regierungsrates eingeholt werde.

b. Patentprüfungen. Kanton BASEL-STADT.

43. *1.* **Ordnung betreffend die Erfordernisse für die Anstellung von Lehrern und Lehrerinnen an den öffentlichen und privaten Primar- und Mittelschulen und die Einrichtung von Prüfungen für Primarlehrer und Lehrerinnen. Erlass des Erziehungsrates vom 28. Juni 1883. Genehmigt vom Regierungsrate den 20. Oktober 1883.**

§ 1. Bewerber und Bewerberinnen um Lehrstellen an den öffentlichen Primar- oder Mittelschulen oder an einer mit denselben auf gleicher Stufe stehenden Privatschule haben sich über den Besitz der für den Unterricht auf der betreffenden Schulstufe nötigen Kenntnisse, über ihre Lehrbefähigung und über guten Leumund auszuweisen.

§ 2. Sie haben Zeugnisse darüber vorzulegen, dass sie einen auf das Lehramt genügend vorbereitenden Bildungsgang durchlaufen haben.

§ 3. Denjenigen Bewerbern und Bewerberinnen um eine Lehrstelle, welche nach einer wohlbestandenen staatlichen Prüfung ein Fähigkeitszeugnis erlangt haben, und auch über erfolgreich erteilten Schulunterricht gute Zeugnisse vorzuweisen vermögen, kann auf Antrag der betreffenden Schulinspektion beziehungsweise Schulkommission oder des Leiters der betreffenden Privatschule durch den Erziehungsrat eine weitere Prüfung erlassen werden; und sie können sofort eine definitive Anstellung an einer öffentlichen Schule oder die definitive Erlaubnis zur Lehrtätigkeit an einer Privatschule erhalten.

§ 4. Diejenigen Bewerber und Bewerberinnen um eine Lehrstelle, welche bloss im Besitze guter Fähigkeitszeugnisse sind, sich aber noch nicht mit Erteilen von Unterricht praktisch betätigt haben, können, wenn es eine öffentliche Schule betrifft, von der betreffenden Schulinspektion beziehungsweise Schulkommission, oder wenn es eine Privatschule betrifft auf Antrag der beaufsichtigenden Schulinspektion mit Genehmigung des Vorstehers des Erziehungsdepartements von dem Leiter der Schule provisorisch für höchstens zwei Jahre zum Unterrichten verwendet werden; die definitive Anstellung beziehungsweise die definitive Erlaubnis zur Lehrtätigkeit durch den Erziehungsrat kann aber nur nach einer Probezeit von mindestens einem Jahre erfolgen.

§ 5. Alle andern Bewerber und Bewerberinnen haben eine Prüfung zu bestehen.

§ 6. Über die Anforderungen an Bewerber und Bewerberinnen um Lehrstellen der Primarschulstufe und an Arbeitslehrerinnen wird ein vom Erziehungsrate zu erlassendes Prüfungsreglement das nähere bestimmen.

In Betreff der Anforderungen an Bewerber um Lehrstellen der Mittelschulstufe ist das Prüfungsreglement vom 16. Februar 1882 massgebend.

Für Lehrerinnen auf der Mittelschulstufe, mit Ausnahme der Arbeitslehrerinnen, gelten die Anforderungen, welche ein vom Erziehungsrate zu genehmigendes Reglement über die Einrichtung von Abgangsprüfungen für die Schülerinnen der Fortbildungsklassen der obern Töchterschule aufstellen wird.

Andere Fähigkeitszeugnisse werden nur dann anerkannt, wenn sie auf Grund gleichwertiger Prüfungen ausgestellt sind.

§ 7. Lehrer, welche sich durch vorzügliche Leistungen an untern Schulen bewährt haben, kann der Erziehungsrat ohne neue Prüfung definitiv an eine Lehrstelle der Mittelschulstufe wählen oder zur Lehrtätigkeit an einer Privatschule dieser Stufe zulassen.

Ebenso können durch den Erziehungsrat Fachlehrer an Mittelschulen für Schreiben, Zeichnen, Singen und Turnen von der für diese Schulstufe vorge-

sehenen Prüfung befreit und sofort definitiv gewählt oder zur Lehrtätigkeit an einer Privatschule dieser Stufe zugelassen werden.

§ 8. Zur Abnahme der Prüfungen von Bewerbern und Bewerberinnen um Lehrstellen der Primarschulstufe oder für Arbeitsunterricht wird eine Prüfungskommission aufgestellt, welche aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern besteht und vom Erziehungsrat auf die Dauer von drei Jahren ernannt wird.

Dieselbe ernennt aus ihrer Mitte einen Schreiber.

§ 9. Die Prüfungskommission ist befugt, zu den Prüfungen weitere sachverständige Examinatoren zuzuziehen, welche der Erziehungsrat auf ihren Vorschlag ernennt.

§ 10. Die Prüfungskommission bezeichnet für jede Prüfung aus dem Kreise ihrer Mitglieder oder der zugezogenen Sachverständigen die Examinatoren und eines ihrer Mitglieder als Leiter der Prüfung.

§ 11. Bewerber und Bewerberinnen, welche die Prüfung bestanden haben, erhalten ein von der Prüfungskommission ausgestelltes Fähigkeitszeugnis für die Bekleidung einer Lehrstelle der Primarschulstufe oder für den Arbeitsunterricht.

§ 12. Über das Ergebnis der Prüfung entscheidet die Gesamtheit der Examinatoren mit Stimmenmehrheit. Das leitende Mitglied der Prüfungskommission stimmt mit und gibt bei gleichstehenden Stimmen den Ausschlag.

§ 13. Die regelmässigen Prüfungen finden jährlich im Monat Januar statt.

§ 14. Die Prüfungsgebühr beträgt 20 Franken, für Arbeitslehrerinnen 10 Franken und muss vor der Prüfung bei dem Schreiber der Prüfungskommission erlegt werden.

Bewerber und Bewerberinnen, welche die Prüfung das erste Mal nicht bestanden haben, zahlen bei Wiederholung der Prüfung die halbe Gebühr.

§ 15. Die Examinatoren erhalten ein Taggeld von 10 Franken.

Die Prüfungskommission setzt die Entschädigung für das Sekretariat fest.

§ 16. Das Sekretariat führt Rechnung über Einnahmen und Ausgaben; etwaige Mehrausgaben übernimmt das Erziehungsdepartement.

§ 17. Die Prüfungskommission erstattet jedes Jahr Bericht an den Erziehungsrat.

---

44. 2. **Reglement für die Patent-Prüfungen von Sekundarlehrern** des Kantons Bern. Vom 11. August 1883. § 29 des Gesetzes betr. das Schulwesen, vom 24. Juni 1856.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Für Bewerber, welche ein Patent zu Lehrstellen an Sekundarschulen des Kantons Bern zu erhalten wünschen, wird alljährlich im Frühling eine Prüfung veranstaltet.

Diese Prüfung wird vier Wochen vor ihrer Abhaltung im Amtsblatt von der Erziehungsdirektion ausgeschrieben.

§ 2. Die Bewerber haben sich 14 Tage vor der Prüfung bei dem Präsidenten der Prüfungskommission schriftlich anzumelden und (nach §§ 11 und 12) die Fächer genau zu bezeichnen, in welchen sie geprüft werden wollen.

Wünscht ein Bewerber nachträglich in einem von ihm früher nicht bezeichneten Fache geprüft zu werden, oder von einem Fache, zu dem er sich gemeldet hat, wieder zurückzutreten, so hat er wenigstens vier Tage vor Be-

ginn des Examens dem Präsidenten der Prüfungskommission davon Anzeige zu machen.

Die Bewerber können erst nach zurückgelegtem zwanzigsten Altersjahr patentirt werden.

§ 3. Ihrer Anmeldung haben die Bewerber beizulegen:

1. Einen Geburtsschein.
2. Einen Heimatschein oder ein gleich bedeutendes Aktenstück.
3. Ein Zeugnis über die bürgerliche Ehrenfähigkeit und über gute Leumden.
4. Zeugnisse über eine ausreichende allgemeine Vorbildung, sowie über genügende Ausbildung zum Sekundarlehrerberuf.

   Die allgemeine Vorbildung setzt diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten voraus, welche in der obersten Klasse eines Literar- oder Realgymnasiums oder in der obersten Klasse eines Lehrerseminars erworben werden.

   Die genügende Ausbildung zum Sekundarlehrerberuf ist hinsichtlich der obligatorischen Fächer (§ 11) durch Zeugnisse über akademische Studien zu konstatiren, besondere Fälle vorbehalten.
5. Im Falle sie schon als Lehrer angestellt waren, ein Zeugnis der betreffenden Schulbehörde. Solche, welche nicht als Lehrer angestellt waren, müssen sich darüber ausweisen, dass sie während der akademischen Studienzeit mindestens 4 Wochen am Unterricht einer Sekundarschule sich beteiligt haben.
6. Wer nicht Schweizerbürger ist, einen Ausweis über das Vorhandensein der in § 4 des Gewerbegesetzes vom 7. November 1849 vorgeschriebenen Bedingungen.

§ 4. An die Kosten der Prüfung hat jeder Bewerber Fr. 20, im Wiederholungsfall Fr. 10 der Kanzlei der Erziehungsdirektion zu bezahlen.

§ 5. Zur Abhaltung der Prüfungen wählt die Erziehungsdirektion sowohl für den deutschen als auch für den französischen Kantonsteil je eine Prüfungskommission, bestehend aus einem Präsidenten und mindestens sechs Mitgliedern. Den Vizepräsidenten und den Sekretär bezeichnet die Kommission selbst. Die Amtsdauer ist 4 Jahre.

§ 6. Von jeder der beiden Kommissionen bezeichnet die Erziehungsdirektion je ein Mitglied, welches den Prüfungen der andern Kommission beiwohnt und an den Beratungen teilnimmt, welche sich nicht unmittelbar auf die Patentirung beziehen.

§ 7. Die Kommission versammelt sich unmittelbar vor einer Prüfung zu gemeinsamer Beratung über Einrichtung und Gang derselben und zur Feststellung der Themata für die schriftliche Prüfung.

§ 8. Die Mitglieder der Prüfungskommission erhalten ein Taggeld von Fr. 10. Ihre Reiseauslagen werden ihnen zu 30 Cts. per Kilometer vergütet.

§ 9. Die Prüfung ist öffentlich mit Ausnahme der schriftlichen Arbeiten, welche unter besonderer Aufsicht angefertigt werden.

II. Anforderungen an die Bewerber.

§ 10. Die Prüfung umfasst teils obligatorische, teils fakultative Fächer.

§ 11. *Obligatorische* Fächer sind:

a. Pädagogik und Aufsatz in der Muttersprache für sämtliche Bewerber.

b. Je eine der vier folgenden Fächergruppen nach freier Wahl des Bewerbers:
   1. Muttersprache, Lateinisch, Griechisch und Geschichte.
   2. Muttersprache, Französisch (resp. Deutsch), Englisch (oder Italienisch) und Geschichte.

3. Reine Mathematik, praktische Geometrie und geometrisches Zeichnen oder Kunstzeichnen, Naturlehre (Physik und Chemie).
4. Reine Mathematik, praktische Geometrie und geometrisches Zeichnen oder Kunstzeichnen, Naturgeschichte (Zoologie, Botanik, Mineralogie, Geologie).

Über die Studien in diesen Fächern hat sich der Bewerber durch akademische Zeugnisse auszuweisen (§ 3, Z. 4).

§ 12. *Fakultative* Fächer sind:

a. Diejenigen in § 11 lit. b aufgeführten Fächer, welche nicht der ausgewählten Gruppe angehören.

b. Alle übrigen Fächer des Sekundarschulunterrichts, welche in § 11 lit. b nicht aufgeführt sind, als:

Italienisch (oder Englisch), Geographie, Religion, Gesang, Schönschreiben und Turnen.

Jeder Bewerber hat mindestens in *einem* fakultativen Fach die Prüfung zu bestehen.

§ 13. Bewerber, welche kein eigentliches Patent als Sekundarlehrer erlangen wollen, können auch in einzelnen Fächern die Prüfung bestehen, um sich in diesen Fächern ein Fähigkeitszeugnis zu erwerben (§ 23).

§ 14. Die Prüfung selbst zerfällt in eine *theoretische* und zwar mündliche und schriftliche und in eine *praktische*.

§ 15. In der *mündlichen* Prüfung werden nachstehende Forderungen gestellt:

1. Pädagogik.

a. Kenntnis der Psychologie, insbesondere genaue Bekanntschaft mit der Entwicklung der allgemein menschlichen Seelentätigkeiten des Empfindens, Fühlens, Erkennens und Wollens.

b. Kenntnis der allgemeinen Pädagogik, insbesondere genaue Bekanntschaft mit den Aufgaben der Erziehung, sowie mit den Erziehungsmitteln der Zucht und des Unterrichts.

c. Kenntnis der Geschichte der Pädagogik, insbesondere seit der Reformation.

d. Kenntnis der Didaktik der Sekundarschule.

2. Muttersprache.

a. Bekanntschaft mit den wichtigsten Tatsachen aus der Geschichte der Muttersprache (im Deutschen auch mit den Formen des Mittelhochdeutschen).

b. Sichere Kenntnis der Grammatik (Formenlehre und Syntax), sowie Kenntnis der Lehre von den prosaischen und poetischen Darstellungsformen (Rhetorik, Poetik, Stilistik).

c. Kenntnis der Hauptmomente aus der Literaturgeschichte der Muttersprache und der bedeutenderen Werke aus der neuern Zeit.

d. Fähigkeit, ein Gedicht in Bezug auf Komposition, Inhalt und Form zu erklären.

3. Lateinische Sprache.

a. Allgemeine Bekanntschaft mit den wichtigsten Zweigen der Altertumskunde (Literatur, Geschichte, Altertümer, namentlich Staatsaltertümer).

b. Fertigkeit im Übersetzen und Erklären der auf dem Gymnasium bis Tertia (inclusive) gelesenen Autoren, nämlich Cäsar, Ovid, Virgil, Livius, leichtere Reden von Cicero.

4. Griechische Sprache.

a. Wie oben im Lateinischen.

b. Fertigkeit im Übersetzen und Erklären von Homer, Xenophon und Herodot.

5. Französische (resp. deutsche) Sprache.

Von den deutschen Bewerbern wird in der französischen Sprache, von allen andern Bewerbern in der deutschen Sprache verlangt:

a. Sichere Kenntnis der französischen (neuhochdeutschen) Grammatik; sowie Bekanntschaft mit der Literaturgeschichte und den bedeutenderen literarischen Denkmälern; Kenntnis der Verslehre.

b. Fertigkeit im richtigen Sprechen, dargetan durch Lesen und Erklären eines Musterstückes.

6. Englische Sprache.

Kenntnis der Grammatik; einige Fertigkeit im Sprechen; korrektes Lesen und Übersetzen eines Musterstückes; Bekanntschaft mit den hauptsächlichsten Tatsachen der Literaturgeschichte.

7. Italienische Sprache.

Kenntnis der Grammatik; einige Fertigkeit im Sprechen; korrektes Lesen und Übersetzen eines Musterstückes; Bekanntschaft mit den hauptsächlichsten Tatsachen der Literaturgeschichte.

8. Geschichte.

a. Kenntnis der allgemeinen Geschichte, insbesondere: Geschichte der Griechen und Römer mit Rücksicht auf ihre Staatseinrichtungen, sozialen Zustände und Kultur; Geschichte des Mittelalters; Zustand Europas vor der Reformation; die Entdeckungsfahrten; die Reformation und Reaktion; der westfälische Friede; die Entstehung der nordamerikanischen Freistaaten; die französische Revolution und ihre Folgen bis zur Gegenwart.

b. Kenntnis der Schweizergeschichte, insbesondere: die Zustände der Schweiz vor dem ersten Bunde der Eidgenossen; die Entstehung der Bünde und die damit zusammenhängenden Ereignisse und Folgen; die Reformation und Reaktion; die neuern Staatsumwälzungen und bezüglichen Ereignisse bis zur Gegenwart mit besonderer Rücksicht auf die Kultur.

Die Bewerber sollen überdies mit dem Wesentlichsten der historischen Hülfswissenschaften bekannt sein.

9. Reine Mathematik.

a. Arithmetik und Algebra.

Die bürgerlichen Rechnungsarten und das kaufmännische Rechnen; die verschiedenen Operationen mit Buchstabenausdrücken; Potenzen, Wurzeln, Logarithmen, Progressionen und Kettenbrüche; die Kombinationslehre mit leichten Anwendungen (Elemente der Wahrscheinlichkeitsrechnung, Kugelhaufen); der binomische Satz mit beliebigen Exponenten; das Rechnen mit complexen Grössen, Entwicklung der Reihen von a^x, e^x, $\log(1+x)$, $\sin x$, $\cos x$ und $\text{arc-tg}\, x$. — Theorie der Gleichungen; Auflösung der Gleichungen des 1., 2. und 3. Grades; Zerlegung einer ganzen algebraischen Funktion in lineare Faktoren; Elemente der Differential- und Integralrechnung.

b. Geometrie.

Planimetrie und Stereometrie mit Berücksichtigung der neuern Methoden; ebene und sphärische Trigonometrie, wobei ein besonderes Gewicht auf eine gründliche Kenntnis der goniometrischen Formeln und auf Fertigkeit im Auflösen von Dreiecken gelegt wird.

Elemente der analytischen Geometrie; analytische Behandlung des Punktes, der Geraden und der Kegelschnitte.

10. Praktische Geometrie, geometrisches (und technisches) Zeichnen.

a. *Praktische Geometrie.*
Kenntnis der wichtigsten Instrumente (Kreuzscheibe, Winkelspiegel, Messtisch, Theodolith) und der gebräuchlichsten Messverfahren.

b. *Geometrisches (und technisches) Zeichnen.*

a. Kenntnis der wichtigsten geometrischen Konstruktionen. Aus der darstellenden Geometrie: Punkt, Gerade, Ebenen, Drehungen, Projektionsebenen-Veränderungen; Schnitte von Geraden mit Ebenen und Ebenen unter sich; Winkel von Geraden und Ebenen; Abstände zwischen Punkten, Geraden und Ebenen; Dreikant-Lösungen; Curven; Tangentialebenen- und Schnittprobleme der Strahlenflächen und Rotationsflächen.

b. Kenntnis der Methode des Unterrichts.

11. Naturlehre.

1. Anforderungen in der *Physik:*

a. Kenntnis der Experimental-Physik im Umfang, in welchem dieselbe in Lehrbüchern mittlerer Ausdehnung, z. B. den von Eisenlohr, Beetz, Krebs, Weinhold, Recknagel etc. behandelt wird.

b. Einige Übung im Ausführen physikalischer Versuche.

2. In der *Chemie* wird verlangt:

a. In der allgemeinen Experimentalchemie: Kenntnis der herrschenden Theoreme über Atom- und Molekularverhältnisse; die Regeln über Aufstellung von chemischen Formeln, die Stöchiometrie und eine gewisse Summe von Spezialkenntnissen über einzelne Körper, Elemente sowohl, als zusammengesetzte Substanzen.

b. Grundzüge der qualitativen Analyse.

c. In der organischen Chemie: die Grundsätze für die Ableitung rationeller Formeln aus den Resultaten der Elementar-Analyse und der Bestimmung der Molekulargrösse; Vorstellungen über die verschiedenen Bildungsweisen der Kohlenstoffatome in den Molekülen; die Lehre von den Isomerien; eine gewisse Summe von Spezialkenntnissen organischer Substanzen.

12. Naturgeschichte.

1. *Zoologie.*

a. Allgemeine Kenntnis des Baues, der Funktionen und der Entwicklung des tierischen Körpers.

b. Kenntnis der Systematik und ihrer Bedeutung (künstliche Systeme und natürliches System vom Standpunkt der Entwicklungslehre).

c. Kenntnis der wichtigsten Tierformen, namentlich der einheimischen Vertreter der einzelnen Klassen und derjenigen Arten, welche in ihrer Beziehung zum Menschen am wichtigsten sind.

2. *Botanik.*

a. Organographie und Entwicklung der Phanerogamen.

b. Die wichtigern Lehren der Anatomie, Physiologie und Kryptogamenkunde.

c. Übersicht der Systematik, Kenntnis der grössern Abteilungen und wichtigern Familien und ihrer Hauptrepräsentanten mit speziellerer Berücksichtigung der Nutzpflanzen, Parasiten und Giftpflanzen.

d. Einige Fertigkeit im Bestimmen inländischer Pflanzen.

3. *Mineralogie.*

a. Die wichtigsten morphologischen und physikalischen Eigenschaften der Minerale.

b. Kenntnis der wichtigern Arten mit besonderer Berücksichtigung derjenigen, welche praktische Verwendung finden.

c. Einige Fertigkeit im Bestimmen von Mineralien und Gesteinen.

4. *Geologie.*
   a. Die bedeutungsvollern gegenwärtig an der Erdoberfläche stattfindenden geologischen Vorgänge.
   b. Kenntnis des geognostischen Aufbaues des Bodens der Schweiz im allgemeinen.
   c. Übersicht und Charakteristik der Perioden der Geschichte der Erde und der organischen Welt.

13. Geographie.

   a. Kenntnis des Wesentlichen aus der mathematischen Geographie.
   b. Kenntnis der physischen und politischen Geographie der fünf Erdteile, mit besonderer Rücksicht auf die Schweiz.

14. Religion.

   a. Kenntnis der biblischen Geschichte und Literatur des alten und neuen Testaments und des Wichtigsten aus der biblischen Geographie.
   b. Christliche Glaubenslehre, insbesondere die Hauptwahrheiten und die Hauptrichtungen in der geschichtlichen Entwicklung derselben.
   c. Die bedeutenderen Momente der Kirchengeschichte.

15. Gesang.

   a. Kenntnis der Theorie, insbesondere der Rhythmik, Melodik und Harmonik.
   b. Vertrautheit mit dem Tonsatz, soweit sie erforderlich ist, um eine einfache Melodie richtig zu harmonisiren oder ein Lied für eine andere Stimmengattung zu arrangiren.
   c. Kenntnis der Gesangmethodik.

16. Kunstzeichnen.

Kenntnis der wesentlichen Ornamentstilarten, der Perspektive und ihrer Darstellung, sowie der methodischen Grundsätze des Zeichnenunterrichts.

17. Schönschreiben.

Kenntnis der hauptsächlichsten Schreibschriftsysteme nach ihrem geschichtlichen Zusammenhang, der Elemente der Schriftzeichen, sowie der Methodik des Schreibunterrichts.

18. Turnen.

Kenntnis
   a. der Anthropologie, insbesondere des Bewegungssystemes (Knochen, Muskeln Nerven),
   b. der Geschichte und der verschiedenen Übungssysteme des Turnens,
   c. der methodischen Verwendung des Turnstoffes für die verschiedenen Altersstufen beider Geschlechter.

§ 16. Bei der *schriftlichen* Prüfung wird verlangt:

   a. Von sämtlichen Bewerbern die Abfassung eines Aufsatzes in der Muttersprache über ein gegebenes Thema, aus dessen Behandlung die allgemeine Bildung des Kandidaten und die Fähigkeit zu logisch richtiger und sprachlich korrekter Darstellung ersichtlich wird.
   b. Von einzelnen Bewerbern je nach ihrer Wahl der Fächer:

1. Im Lateinischen: Übersetzung eines Themas, dessen Wiedergabe in lateinischen Wendungen keine besondern Schwierigkeiten bietet. Die Übersetzung soll korrekt und frei von grammatischen und stilistischen Fehlern sein.
2. Im Griechischen: Übersetzung eines leichten Themas, welche Sicherheit in der Formenlehre und in den Hauptregeln der Syntax zeigen soll. — Ausserdem in beiden Fächern eine Version aus einem in Prima oder

Secunda eines Gymnasiums gelesenen Schriftsteller. Sämtliche Arbeiten sind ohne weitere Hülfsmittel (Wörterbücher u. s. w.) anzufertigen.

3. Im Französischen für deutsche, im Deutschen für die andern Bewerber: Eine leichtere Komposition oder eine Übersetzung aus der Muttersprache in die fremde und umgekehrt.
4. Im Englischen: Eine Übersetzung aus der Muttersprache ins Englische.
5. Im Italienischen: Eine Übersetzung aus der Muttersprache ins Italienische.
6. In der Mathematik: Lösung von Aufgaben aus den für die mündliche Prüfung vorgeschriebenen Gebieten.
7. Im geometrischen und technischen Zeichnen:
   a. Lösung einer Aufgabe aus der darstellenden Geometrie mit erläuterndem Text.
   b. Lösung je einer Aufgabe aus dem geometrischen und projektiven Zeichnen. (Die Ausführung in Bleistift und nur linear.)
   c. Vorlegung selbstgefertigter, rein und genau ausgeführter Probearbeiten, enthaltend: *a.* Aufgaben aus den verschiedenen, für die mündliche Prüfung vorgeschriebenen Gebieten. *b.* Anwendungen des projektiven Zeichnens (z. Teil auch lavirte) Darstellung geometrischer Körper, ebener Körperschnitte und leichterer Körperdurchdringungen mit Abwicklungen der Oberflächen. *c.* Projektive Darstellung praktischer Gegenstände nach Ausmessung.
8. In den Naturwissenschaften: Eine Klausurarbeit des Stoffes, der für die mündliche Prüfung bestimmt ist.
9. Im Kunstzeichnen:
   a. Perspektivische Darstellung eines durch den Examinator gegebenen, einfachen Gegenstandes.
   b. Vorlegung selbstgefertigter, sorgfältig ausgeführter Probearbeiten, enthaltend: Die elementaren Grundformen, Pflanzenbildungen, Beispiele flacher Ornamentik; plastische Ornamente nach mustergültigen Vorlagen. Perspektivische Darstellungen geometrischer Körper und anderer Gegenstände, vorzugsweise Kunstformen (Vasen, Gipsornamente, architektonische Teile etc.), teils nur in Kontour, teils mit Schattirung ausgeführt.
10. Im Schönschreiben: Proben in den verschiedenen gebräuchlichern Schriftarten.

§ 17. Die *praktische* Prüfung besteht:

a. für sämtliche Bewerber aus je einer Probelektion in zwei verschiedenen wissenschaftlichen Fächern; in Physik und Chemie kann an die Stelle der Probelektion mit Schülern eine Probeleistung im Experimentiren treten;

b. für diejenigen Kandidaten, welche sich im Fache des Turnens prüfen lassen, überdies aus einer Probelektion im Turnen.

Die Probelektionen sind in der Regel mit Schülern der obersten Klasse des Progymnasiums abzuhalten.

III. Feststellung der Prüfungsergebnisse.

§ 18. Bei der mündlichen, sowie bei der praktischen Prüfung müssen in jedem einzelnen Fach wenigstens zwei Mitglieder der Kommission anwesend sein. Neben dem Examinator des Faches steht es den Mitgliedern der Kommission frei, während des Examens auch ihrerseits Fragen an die Bewerber zu stellen.

§ 19. Unmittelbar nach Beendigung der Prüfung in einem Fach haben die Examinanden und Zuhörer das Prüfungszimmer zu verlassen, worauf die betreffende Spezialkommission das Ergebnis feststellt und in folgender Abstufung mit Ziffern bezeichnet:

1 = sehr gut.
2 = gut.
3 = ziemlich gut.
4 = mittelmässig.
5 = ungenügend.

§ 20. Nach Durchsicht der schriftlichen Arbeiten und Beendigung aller einzelnen Prüfungen tritt die Gesamtkommission zu ihrer Schlussitzung zusammen. Hier werden, soweit es erforderlich ist, die Noten noch bereinigt und in eine Tabelle eingetragen, welche, vom Präsidenten und Sekretär unterzeichnet, an die Erziehungsdirektion übersandt wird.

Besondere Wünsche und Anträge sind, falls solche von einzelnen Mitgliedern der Prüfungskommission angeregt werden, ebenfalls in dieser Schlussitzung zu behandeln.

§ 21. Zur Patentirung ist erforderlich, dass der Bewerber in den obligatorischen Fächern (§ 11) mindestens die Note 3 (ziemlich gut), in den frei gewählten Fächern (§ 12) mindestens die Note 4 (mittelmässig) erlangt habe. Wer dieser Forderung nicht entspricht, kann nicht patentirt werden, darf aber nach einem Jahr eine zweite und nach einem fernern Jahr eine dritte und letzte Prüfung bestehen. Bei dieser Wiederholung ist der Kandidat in denjenigen Fächern, in welchen er wenigstens die Note *gut* erreicht hat, einer neuen Prüfung enthoben.

§ 22. Bewerber, welche nach § 21 nicht als Sekundarlehrer patentirt werden, erhalten besondere Fähigkeitszeugnisse in denjenigen Fächern, in welchen sie wenigstens die Note *gut* erreicht haben. Solche Fähigkeitszeugnisse berechtigen zur definitiven Anstellung als Fachlehrer oder zur provisorischen Anstellung als Sekundarlehrer.

§ 23. Bewerbern, welche nur in einzelnen Fächern, und patentirten Sekundarlehrern, welche nachträglich in einzelnen Fächern die Prüfung bestehen, werden ebenfalls Fähigkeitszeugnisse ausgestellt, wenn sie in dem betreffenden Fach mindestens die Note *gut* erreicht haben.

Übergangs- und Schluss-Bestimmungen.

§ 24. Die bisherigen Patente behalten ihre Gültigkeit.

§ 25. In der Regel sollen nur Patentirte definitiv als Lehrer an Sekundarschulen des Kantons angestellt werden. Die provisorische Anstellung darf nicht auf unbestimmte Zeit geschehen.

§ 26. Für die weiblichen Handarbeiten, welche bei den Bewerberinnen als fakultatives Fach hinzukommen, wird sich die Prüfungskommission durch sachkundige Frauen ergänzen.

§ 27. Dieses Reglement, durch welches dasjenige vom 27. Mai 1878 ersetzt wird, tritt sofort in Kraft; es ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen.

Kanton BASEL-STADT.

45. *3.* **Reglement für die Prüfung von Primar-Lehrern und Lehrerinnen** und von Arbeits-Lehrerinnen. (Siehe § 6 der Ordnung vom 28. Juni 1883.) Erlass des Erziehungsrates vom 11. Oktober 1883.

§ 1. Bewerber und Bewerberinnen um ein Fähigkeitszeugnis zur Bekleidung einer Lehrstelle der Primarschulstufe oder als Arbeitslehrerin an einer Schule im Kanton haben sich einer Prüfung vor der vom Erziehungsrat aufgestellten Prüfungskommission zu unterziehen.

§ 2. Die regelmässigen Prüfungen finden jährlich im Monat Januar statt. Ausserordentliche Prüfungen kann der Erziehungsrat auf Antrag der Prüfungskommission festsetzen.

Der Zeitpunkt der Prüfung wird von der Prüfungskommission öffentlich bekannt gemacht.

§ 3. Es werden Fähigkeitszeugnisse ausgestellt zur Bekleidung einer Lehrstelle

a) an einer Schule der Primarstufe,

b) für Arbeitsunterricht.

§ 4. Die Bewerber oder Bewerberinnen haben sich bei dem Präsidenten der Prüfungskommission anzumelden unter Angabe des Fähigkeitszeugnisses, um das sie sich bewerben.

Sie haben der Anmeldung beizulegen: einen Geburtsschein, eine selbst verfasste Darstellung ihres Lebenslaufes, sowie Zeugnisse über ihre Ausbildung.

§ 5. Die Prüfungskommission entscheidet auf Grund der eingelegten Ausweise der Bewerber oder Bewerberinnen über ihre Zulassung.

Die Prüfung selbst geschieht unter der Leitung eines Mitgliedes der Prüfungskommission durch die Examinatoren.

I. Prüfungen für Primar-Lehrer und Lehrerinnen.

§ 6. Die Fähigkeitsprüfung setzt eine gründliche allgemeine und eine tüchtige theoretisch-praktische Berufsbildung voraus.

Sie umfasst folgende Gebiete:

a) Als Fächer erster Linie: 1. Pädagogik, 2. deutsche Sprache, 3. Mathematik, 4. Naturkunde,

b) als Fächer zweiter Linie: 5. Religion, 6. französische Sprache, 7. Geschichte, 8. Geographie, 9. Musik, 10. Zeichnen, 11. Schreiben, 12. Turnen (nur für Lehrer).

§ 7. Die Prüfung ist teils eine mündliche, teils eine schriftliche. Die erstere ist öffentlich, zu der letzteren, welche unter besonderer Aufsicht stattfindet, hat das Publikum keinen Zutritt.

§ 8. Die mündliche Prüfung erstreckt sich über sämtliche Fächer, und zwar in folgendem Umfang:

1. Pädagogik.
   a) Psychologie.
   b) Allgemeine Pädagogik: Kenntnis einerseits der Erziehungsaufgaben mit besonderer Rücksicht auf die intellektuelle und die praktische Erziehung, anderseits der Erziehungsmittel, insbesondere der Zucht und des Unterrichtes in der Volksschule.
   c) Geschichte der Pädagogik seit der Reformation.
2. Deutsche Sprache.
   a) Fliessendes Lesen mit sinngemässer Betonung.
   b) Gewandtheit in zusammenhängender mündlicher Wiedergabe des Gelesenen; Fähigkeit zur richtigen Erklärung desselben und zum freien Vortrag über ein leichteres Thema.
   c) Grammatik, die Eigenschaften des Stiles im allgemeinen, der Formen und Arten der prosaischen und poetischen Sprachdarstellung im besondern.
   d) Die Hauptmomente der Geschichte der neueren deutschen Literatur; namentlich Kenntnis der klassischen Hauptwerke.
3. Mathematik.
   a) Arithmetik. Die ganzen Zahlen; die gemeinen und Dezimalbrüche; die bürgerlichen Rechnungsarten.

b) Algebra, nur für Lehrer. Die sechs Grundrechnungsarten mit allgemeinen ganzen und gebrochenen, positiven und negativen Grössen; die Ausziehung der Quadratwurzel; die geometrischen Proportionen; die Gleichungen des ersten und zweiten Grades; die arithmetischen und geometrischen Progressionen; die Logarithmen und ihre Anwendung auf Zinseszinsrechnung.

c) Geometrie. Für Lehrer: Planimetrie und Stereometrie; die Elemente der ebenen Trigonometrie.

Für Lehrerinnen: Die Elemente der Planimetrie und Stereometrie.

4. Naturkunde. Mit besonderer Berücksichtigung alles dessen, was in das praktische Leben eingreift:
   a) Das Wesentliche aus der Naturbeschreibung. Zoologie, Botanik, Mineralogie und Geologie.
   b) Die Grundlehren der Physik und Chemie.
5. Religion.
   a) Biblische Geschichte.
   b) Bibelkunde.
   c) Die Hauptmomente aus der Kirchengeschichte.
6. Französische Sprache.
   a) Richtiges und geläufiges Lesen.
   b) Mündliche Wiedergabe des Gelesenen in französischer Sprache.
   c) Fertigkeit im Übersetzen leichter klassischer Stücke aus dem Französischen ins Deutsche und leichter Stücke aus dem Deutschen ins Französische.
   d) Wort- und Satzlehre.
7. Geschichte.
   a) Genauere Kenntnis der Schweizergeschichte, insbesondere der neuern Zeit, unter Bezugnahme auf die Verfassungsentwicklung.
   b) Kenntnis der wichtigsten Begebenheiten und Personen der allgemeinen Geschichte.
8. Geographie.
   a) Allgemeine Kenntnis der physikalischen und politischen Geographie der fünf Erdteile; genauere Kenntnis des Schweizerlandes und Europas.
   b) Kenntnis der mathematischen Geographie, soweit sich dieselbe auf gemeinfassliche Erscheinungen bezieht.
9. Musik.
   a) Vortrag eines vorher bezeichneten Liedes von volkstümlichem Charakter.
   b) Im Anschluss hieran: Kenntnis der Rhythmik, Melodik und Dynamik, der Akkorde, wichtigsten Akkordverbindungen und der verschiedenen Gesangssatzarten.
   c) Notirung einer leichten Melodie.
   d) Vortrag eines vorher bezeichneten leichten Violin- oder Klavierstückes.
10. Zeichnen.
   a) Richtige Auffassung und Darstellung gegebener einfacher Natur- oder Kunstgegenstände in Umriss.
   b) Vorweisung von selbst ausgeführten Zeichnungen.
11. Schreiben.
   a) Ausführung einer Probeschrift an der Wandtafel.
   b) Vorweisungen von selbst ausgeführten Schönschriften.
12. Turnen.

Kenntnis der Ordnungs-, Frei-, Stab- und Gerätübungen, sowie der Turnspiele der Volksschule. Fertigkeit in der Ausführung der Frei-, Stab- und Gerätübungen.

§ 9. Die Dauer der Prüfung in den einzelnen Fächern wird von der Prüfungskommission festgesetzt, jedoch darf sie für das einzelne Fach die Zeit von

1 Stunde, bei gleichzeitiger Prüfung von 2 oder 3 Bewerbern die Zeit von 1½ oder 2 Stunden nicht überschreiten.

§ 10. Die schriftliche Prüfung besteht

1. in der Abfassung eines deutschen Aufsatzes, 4 Stunden;
2. in der Lösung von zwei mathematischen Aufgaben, 2 Stunden;
3. in der Übersetzung eines leichtern Stückes aus dem Deutschen ins Französische, 2 Stunden;
4. in der Beantwortung von zwei Fragen aus der Pädagogik und Methodik, 2 Stunden;
5. in der Beantwortung von zwei Fragen aus den Gebieten der Geschichte, Geographie und Naturkunde, 2 Stunden.

Den Examinanden ist jeweilen die freie Auswahl aus mehreren vorgelegten Aufgaben gestattet.

§ 11. Sobald eine Aufgabe zur schriftlichen Bearbeitung gestellt ist, darf sich kein Examinand ohne Erlaubnis entfernen, bis er sie vollendet hat.

Die Benützung unerlaubter Hilfsmittel zieht die Ungiltigkeit der Prüfung in dem betreffenden Fache nach sich.

Fertige Arbeiten sind mit dem Namen des Verfassers bezeichnet, sofort nach ihrer Vollendung, unvollendete nach Ablauf der bestimmten Arbeitszeit abzugeben.

II. Prüfung für Arbeitslehrerinnen.

§ 12. Von den Bewerberinnen um ein Fähigkeitszeugnis für den Arbeitsunterricht wird der Nachweis mindestens derjenigen Schulbildung verlangt, welche durch den Besuch der Mädchen-Sekundarschule samt Fortbildungsklasse erworben wird.

§ 13. Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Gegenstände:

1. Vorlegung selbstverfertigter Musterarbeiten aller Gegenstände, die in der Primar- und Sekundarschule angefertigt werden.
2. Genaue Auskunft über Zuschneiden, Zeichnen und Veranschaulichen der von den Schülerinnen der verschiedenen Stufen herzustellenden Arbeiten, namentlich Anfertigung von Schnittmustern und Ausführung von Zeichnungen an der Wandtafel.
3. Methodik des Arbeitsunterrichts. Beantwortung von Fragen aus der Schulkunde im allgemeinen, namentlich über Behandlung der Kinder, Schulzucht, Unterrichtsgrundsätze, Organisation unserer Mädchenschulen.
4. Eine schriftliche Arbeit über ein leichtes Thema aus dem Gebiet der beim Arbeitsunterricht zur Verwendung kommenden Materialien und Veranschaulichungsmittel (Zeit 2 Stunden).

III. Allgemeine Bestimmungen.

§ 14. Jeder Examinator bezeichnet die Ergebnisse der mündlichen und der schriftlichen Prüfungen und das Gesamtergebnis in seinem Fach mit den Noten 4 = vorzüglich, 3 = gut, 2 = genügend, 1 = ungenügend.

Zwischenstufen sind ausgeschlossen. Die Ergebnisse werden in eine Tabelle eingetragen.

§ 15. Über das Ergebnis der Prüfung entscheidet die Gesamtheit der Examinatoren mit Stimmenmehrheit. Das leitende Mitglied der Prüfungskommission stimmt mit und gibt bei gleichstehenden Stimmen den Ausschlag.

Wer in der Prüfung für Primar-Lehrer oder Lehrerinnen nicht wenigstens in drei Fächern der ersten Linie und in fünf Fächern der zweiten Linie eine bessere Note als „ungenügend“ erwirbt, kann kein Fähigkeitszeugnis erhalten.

Ebenso, wer in der Prüfung für Arbeitslehrerinnen nicht wenigstens in drei der in § 13 genannten Gegenstände eine bessere Note als „ungenügend" erwirbt.

§ 16. Erhält ein Bewerber oder eine Bewerberin in einem oder zwei Fächern eine von dem Empfang des Fähigkeitszeugnis ausschliessende Note, während die Prüfung in den übrigen Fächern eine befriedigende ist, so kann die Prüfungskommission eine Nachprüfung in diesen Fächern gestatten. Dieselbe findet bei der nächsten regelmässigen Prüfung statt.

§ 17. Bewerber oder Bewerberinnen, welche die Prüfung mit Erfolg bestanden haben, erhalten ein von der Prüfungskommission ausgestelltes Fähigkeitszeugnis für die Bekleidung einer Lehrstelle der Primarschulstufe oder für den Arbeitsunterricht.

§ 18. Nach vollendeter Verhandlung teilt die Prüfungskommission dem Erziehungsdepartement einen Protokollauszug nebst einer Abschrift der Tabelle der Prüfungsnoten mit.

Auf Verlangen wird auch dem Geprüften eine Abschrift seiner Notentabelle ausgefertigt.

§ 19. Die Prüfungsgebühr beträgt für Primar-Lehrer oder Lehrerinnen 20 Fr., für Arbeitslehrerinnen 10 Fr., und muss vor der Prüfung bei dem Schreiber der Prüfungskommission erlegt werden. Bewerber oder Bewerberinnen, welche die Prüfung das erste Mal nicht bestanden haben, zahlen bei Wiederholung derselben die halbe Gebühr.

Die Gebühr für Ausfertigung des Fähigkeitszeugnisses und der Notentabelle ist in der Prüfungsgebühr inbegriffen; jede weitere Kopie des einen oder des andern Schriftstückes wird mit 1 Fr. berechnet.

---

46. *4.* **Regulativ für die Prüfung von Primarlehrern im Kanton Glarus.** Vom Kantonsschulrat erlassen am 5. Mai 1884.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Jeder Lehrer, der an einer öffentlichen Lehranstalt des Kantons angestellt werden will und hiezu nach § 19 des Schulgesetzes eines glarnerischen Patentes bedarf, hat die Wahlfähigkeitserklärung beim Kantonsschulrate nachzusuchen, welcher sie auf Grundlage einer wohlbestandenen Prüfung erteilen wird.

§ 2. Zur Vornahme der Wahlfähigkeitsprüfung ernennt der Kantonsschulrat je am Beginn einer Amtsdauer eine Kommission von 3—5 Mitgliedern und bezeichnet deren Präsidenten.

§ 3. Jedes Jahr wird eine Hauptprüfung angeordnet, deren Zeitpunkt durch den Kantonsschulrat festgesetzt und rechtzeitig zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. — Lehramtskandidaten, welche in der Zwischenzeit geprüft zu werden wünschen, haben ein diesfälliges Gesuch an den Präsidenten des Kantonsschulrates zu richten, welcher, sofern hinreichende Gründe vorliegen, der Prüfungs-Kommission den Auftrag zur Vornahme eines ausserordentlichen Examens erteilt.

§ 4. Zu diesen Prüfungen werden sowohl Fremde als Einheimische in der Regel zugelassen. Als Gründe zur Verweigerung der Abnahme eines Examens gelten: Auffallende körperliche Gebrechen; vorhergegangene zweimalige Rückweisung wegen ungenügendem Examen; Mangel der bürgerlichen Ehrenfähigkeit.

Denjenigen, welche wegen körperlichen Gebrechen von der Prüfungs-Kommission abgewiesen werden, steht indessen noch der Rekurs an den Kantonsschulrat offen.

§ 5. Wer sich zu einer Prüfung stellen will, hat sich beim Präsidenten der Prüfungskommission anzumelden. Dieser Meldung sind beizufügen: Eine Darstellung des Lebens- und Bildungsganges, ein Leumundsschein und Zeugnisse von den besuchten Schulanstalten, sowie über allfällig bereits geleistete Schuldienste.

§ 6. Wer zu seiner Bildung ein Stipendium aus der Kasse des Kantonsschulrates bezogen hat, ist nach Vollendung seiner Seminarstudien verpflichtet, die nächstfolgende Konkursprüfung zu bestehen und zwar gilt diese Verpflichtung auch in dem Falle, dass er sich, nach dem Austritt aus dem Seminar, entschliesst, Reallehrer zu werden. Doch mag einer, der nach dem Austritt aus dem Seminar zu seiner weitern Ausbildung noch andere Anstalten besuchen will, erst die zweitfolgende Konkursprüfung bestehen.

§ 7. Den Masstab zur Patentirung geben die Ergebnisse der Prüfung, zusammengehalten mit den eingereichten Seminar- und anderweitigen Zeugnissen.

§ 8. Die Prüfung zerfällt in eine theoretische und eine praktische, erstere wieder in eine schriftliche und eine mündliche. Die schriftliche besteht in der Abfassung eines Aufsatzes über ein gegebenes Thema und in der Lösung von arithmetischen und geometrischen Aufgaben. Die praktische Prüfung besteht in einer Probelektion in einer entsprechenden Schulklasse.

§ 9. Die verschiedenen Abteilungen des Examens sollen in der Regel auf zwei nacheinanderfolgende Tage verlegt werden. Die schriftlichen Arbeiten sind unter Aufsicht zu fertigen. Der mündlichen und der praktischen Prüfung haben jeweilen alle Mitglieder der Prüfungskommission beizuwohnen; zum mündlichen Examen müssen sämtliche Mitglieder des Kantonsschulrates eingeladen werden.

Gegenstände der Prüfung.

§ 10. Bei der Prüfung sollen folgende Kenntnisse und Fertigkeiten gefordert werden:

1) In der Religion:
   a) Bibelkunde und Kenntnis der biblischen Geschichte und Geographie;
   b) Kenntnis der hervorragendsten Tatsachen und Personen aus der Kirchengeschichte.
2) In der Sprache:
   a) geläufiges und gut betontes Lesen;
   b) Verständnis des Gelesenen;
   c) Kenntnis der grammatischen Formen- und Satzlehre;
   d) Fähigkeit, die Gedanken über einen Gegenstand sowohl mündlich, als schriftlich klar und sprachrichtig darzustellen.
3) In der Mathematik:
   a) Fertigkeit und Sicherheit in der Arithmetik, sowohl im Kopf- als Zifferrechnen;
   b) die Lösung leichterer algebraischer Aufgaben;
   c) Kenntnis der Planimetrie und der wichtigsten Sätze aus der Stereometrie.
4) In der Geschichte:
   a) Spezielle Kenntnis der vaterländischen und
   b) übersichtliche Kenntnis der allgemeinen Geschichte.
5) In der Geographie:
   a) Spezielle Kenntnis der vaterländischen und
   b) Übersicht der allgemeinen Geographie in physischer, politischer und mathematischer Beziehung.

6) In der Naturkunde:
   a) Bekanntschaft mit der Einteilung der Naturkörper nach irgend einem gebräuchlichen System;
   b) Anfangsgründe der Physik.
7) In der Pädagogik:
   a) Allgemeine Pädagogik;
   b) Geschichte der Pädagogik;
   c) Grundzüge der Methodik für den Sprach- und Rechenunterricht.
8) In den Kunstfächern:
   a) Fertigkeit und Reinheit der deutschen und französischen Schrift;
   b) Darstellung einfacher Formen;
   c) Kenntnis der Hauptregel der Methodik, Rhytmik und Dynamik, sowie der Akkordenlehre;
   d) Kenntnis in Violin-, Orgel- und Klavierspiel.
9) Im Turnen:
   Kenntnis der Frei- und Ordnungsübungen und des Geräteturnens nach Anleitung der eidgen. Turnschule für den militärischen Vorunterricht.

Verfahren bei der Prüfung.

§ 11. Jedes Mitglied der Prüfungskommission erhält eine Tabelle, in deren Rubriken Namen, Alter und Wohnort der Examinanden, sowie jedes einzelne Prüfungsfach verzeichnet ist.

In die Rubriken für die Prüfungsfächer werden die Noten mit Ziffern eingetragen. Diese Ziffern haben folgende Bedeutung: I. sehr gut, II. gut, III. genügend, IV. ungenügend.

Nach Beendigung der Prüfung vergleichen die Mitglieder der Prüfungskommission ihre Ziffern und bestimmen hierauf in einer neuen Tabelle die gültigen Noten. Diese Tabelle wird dann, nebst allen schriftlichen Arbeiten der Examinirten und einem schriftlichen Bericht dem Kantonsschulrate zugesandt, welcher über die Wahlfähigkeit definitiv entscheidet.

§ 12. Das Patent, welches in Folge einer wohlbestandenen Prüfung erteilt wird, gilt nur für 2 Jahre und bezeugt, ohne Beifügung einer Note, lediglich die Wahlfähigkeit des betreffenden Lehramtskandidaten.

Nach zweijährigem Schuldienst in hiesigem Kanton hat der Kantonsschulrat zu bestimmen, ob der Patentirte ein neues Examen zu bestehen habe, oder ob ihm, auf Grundlage von günstigen Inspektionsberichten und Zeugnissen des Schulrates seines Wirkungskreises, das weitere Patent erteilt werden soll.

Im einen wie im andern Falle steht es im Ermessen des Kantonsschulrates, ob das erneuerte Patent, falls ein solches bewilligt wird, auf eine gewisse Zeit oder für lebenslänglich auszustellen sei.

In dem zweiten und nachfolgenden Patente ist der höhere oder geringere Grad der Ausbildung und Lehrbefähigung durch Noten (I: sehr gut, II: gut, III: genügend) anzugeben.

Jeder Lehrer, der ein Patent mit Note III oder II erhalten hat, ist berechtigt, nachträglich eine Prüfung zur Erwerbung einer bessern Note zu bestehen.

§ 13. Wenn ein Lehrer, der nach § 19 des Schulgesetzes ohne vorher bestandene Prüfung, aber auf Grundlage des Wahlfähigkeitspatentes eines andern Kantons zum glarnerischen Schuldienste zugelassen worden ist, sich noch um ein glarnerisches Patent bewerben will, so kann ihm ein solches nach Ablauf von zwei Jahren vom Kantonsschulrate erteilt werden, sofern günstige Zeugnisse des Inspektorates wie der betreffenden Schulräte über ihn vorliegen.

Die Beschaffenheit ihrer Zeugnisse ist massgebend für die Note, welche dem Bewerber im Patente erteilt wird (§ 12 Abs. 4).

47. *5.* **Reglement für die Patentprüfungen der Primar-Lehrer und Lehrerinnen des Kantons Bern. S. §§ 29 und 36 des Gesetzes über das Schulwesen, vom 26. Juni 1856 und Gesetz über die Lehrerbildungsanstalten vom 18. Juli 1873. Erlass des Regierungsrates vom 2. April 1885.**

A. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Wer das zur Übernahme einer Lehrstelle an einer bernischen Primarschule nötige Patent erwerben will, hat zu diesem Zweck besondere Prüfungen zu bestehen.

§ 2. In der Regel finden alljährlich Prüfungen statt, für deutsch sprechende Lehrer am Schlusse des Sommersemesters, für französisch sprechende Lehrer und für Lehrerinnen am Schlusse des Wintersemesters.

Zeit und Ort der Prüfungen werden von der Erziehungsdirektion bestimmt.

Die Examinanden haben eine Prüfungsgebühr von 10 Franken zu entrichten.

§ 3. Wer zur Prüfung zugelassen werden will, hat sich wenigstens 14 Tage vor derselben bei der Erziehungskommission schriftlich anzumelden und dieser Meldung beizulegen:

a. einen Geburtsschein,
b. einen Heimatschein oder eine gleichbedeutende Ausweisschrift,
c. einen kurzen Bericht und Zeugnisse über den genossenen Unterricht,
d. ein Sittenzeugnis (von kompetenter Behörde),
e. ein Zeugnis der Ortsschulkommission und des Inspektors, falls die Bewerber bereits provisorisch angestellt waren.

Den Zöglingen von Lehrerbildungsanstalten des Staates ist die Eingabe dieser Schriften erlassen.

§ 4. Von der Teilnahme an diesen Prüfungen sind ausgeschlossen:

a. Solche, die in drei frühern Prüfungen kein Patent erhalten haben;
b. Diejenigen, welche ungünstige und ungenügende Sittenzeugnisse aufweisen;
c. Solche, die durch körperliche Gebrechen an der Ausübung des Lehrerberufs verhindert wären;
d. Bewerber und Bewerberinnen, welche bei der Schlussprüfung nicht das 18. Altersjahr zurückgelegt haben werden.

§ 5. Der Regierungsrat bestellt auf die Dauer von vier Jahren zwei aus je neun Mitgliedern bestehende Prüfungskommissionen, eine für den deutsch sprechenden und eine für den französisch sprechenden Kantonsteil, und bezeichnet die Präsidenten derselben, sowie die nötige Anzahl von Suppleanten.

Mitglieder der Prüfungskommissionen haben ihren Austritt zu nehmen, wenn ihre Zöglinge oder Zöglinge der Anstalten, an welchen sie wirken, zur Prüfung gelangen.

§ 6. Die Prüfungskommission teilt sich in verschiedene Sektionen, von denen jede aus wenigstens zwei Mitgliedern bestehen soll. Die Fächer sind in der Weise auf die einzelnen Sektionen zu verteilen, dass jede annähernd gleichen Einfluss auf die Feststellung des Gesamtergebnisses ausübt.

Die Sektionen prüfen mündlich gleichzeitig neben einander.

§ 7. Die Mitglieder der Prüfungskommission erhalten für die Leitung der schriftlichen und mündlichen Prüfungen und für die Prüfung der schriftlichen Arbeiten ein Taggeld von 10 Franken und eine Reiseentschädigung von 30 Rp. per Kilometer.

§ 8. Die Prüfungen sind teils schriftliche, teils mündliche, resp. praktische. Die letztern sind öffentlich.

Die schriftlichen Prüfungen finden unter der Leitung wenigstens eines Mitgliedes der Prüfungskommission zwei bis fünf Wochen vor der mündlichen statt.

Nach Verfluss der den Examinanden zur Ausarbeitung ihrer Aufgaben eingeräumten Zeit werden die Prüfungsarbeiten von dem leitenden Examinator eingezogen und bei den Mitgliedern der betreffenden Sektion in Zirculation gesetzt.

Die Themata der schriftlichen Arbeiten werden durch den Präsidenten der Prüfungskommission bestimmt.

Die schriftlichen Arbeiten bilden den Hauptbestandteil der Prüfungen, und es steht der Prüfungskommission frei, in einzelnen Fächern keine mündliche Prüfung vorzunehmen.

Den Lehrern der Examinanden ist nach erfolgter Taxation Durchsicht der schriftlichen Arbeiten gestattet.

B. Besondere Bestimmungen.

Prüfung der Lehrer.

§ 9. Die Patentprüfung der Primarlehrer zerfällt in zwei besondere Prüfungen. Die Vorprüfung findet ein Jahr vor der Schlussprüfung statt und erstreckt sich im Umfange des durch den Lehrplan für die Lehrerseminarien für die fünf (sechs) ersten Semester bezeichneten Unterrichtsstoffes auf folgende Fächer:

Psychologie, Religion, deutsche Sprache (Grammatik, Stilistik, Behandlung eines Lesestückes), Mathematik, Naturkunde, Geschichte, Geographie, Schreiben.

Die Schlussprüfung hat zum Gegenstand den Unterrichtsstoff für die zwei letzten Semester in den oben genannten Fächern, ferner Pädagogik und Methodik, französische Sprache, Zeichnen, Musik, Turnen, sowie die praktische Befähigung.

Für die Probelektion sind die Aufgaben vorzüglich aus Religion, deutscher Sprache und Rechnen zu wählen.

§ 10. Zu der Schlussprüfung werden nur diejenigen Examinanden zugelassen, welche die Vorprüfung in allen Fächern genügend bestanden haben oder nach § 13 eine Nachprüfung bestehen dürfen.

Prüfung der Lehrerinnen.

§ 11. Die Patentprüfung der Primarlehrerinnen umfasst nach Massgabe des für die Lehrerinnenseminarien aufgestellten Lehrplanes alle Fächer, die gelehrt wurden, mit Ausnahme von französischer (deutscher) Sprache, Haushaltungskunde und Turnen.

Die Prüfung in der Instrumentalmusik ist fakultativ.

Die Prüfung in den Handarbeiten kann ein halbes Jahr früher als diejenige in den übrigen Fächern stattfinden.

Feststellung der Prüfungsergebnisse.

§ 12. Der Grad der Leistungen wird durch Ziffern bezeichnet: ganz ungenügende Leistungen mit 5, schwache mit 4, genügende mit 3, gute mit 2 und sehr gute mit 1.

Jedes Fach, sowie auch die Probelektion, erhält von der betreffenden Sektion seine besondere Note.

§ 13. Wer bei der Vorprüfung in zwei oder mehr Fächern nicht wenigstens die Note 3 erhält, hat die ganze Vorprüfung, frühestens nach Ablauf eines Jahres, noch einmal zu bestehen.

Wer nur in einem Fache die Note 3 nicht erhält, darf die Vorprüfung in diesem Fache nachholen.

§ 14. Die Leistungsnoten der Schlussprüfung sind für die Patentirung entscheidend.

Wer nicht in allen Fächern wenigstens die Note 3 erreicht (mit Ausnahme der Musik, wofür mindestens die Note 4 erforderlich ist), soll der Erziehungsdirektion nicht zur Patentirung vorgeschlagen werden.

Wer nur in einem Fache nicht die nötige Ziffer erlangt, darf die Prüfung darin nachholen.

§ 15. Sämtliche Fachnoten werden in eine Tabelle eingetragen, welche der Erziehungsdirektion eingereicht wird, begleitet von den Anträgen und allfälligen weitern Bemerkungen der Prüfungskommission.

§ 16. Die Erziehungsdirektion erteilt, gestützt auf das Gesamtresultat, die Patente.

C. Übergangsbestimmungen.

§ 17. Die in gegenwärtigem Reglement enthaltenen Bestimmungen über die Vorprüfung haben für diejenigen, welche im Herbste 1885 und im Frühjahr 1886 die Patentprüfung bestehen werden, keine Anwendung; diese Prüfung wird sich auf alle Fächer erstrecken.

§ 18. Dieses Reglement, durch welches dasjenige vom 28. November 1872 aufgehoben wird, tritt sofort in Kraft und ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen.

---

c. Witwen- und Waisenstiftungen, Unterstützungs- und Pensionskassen.

Kanton ZÜRICH.

48. *1.* **Statuten der Witwen- und Waisenstiftung für zürcherische** Volksschullehrer. Erlass des Regierungsrates vom 24. Dezember 1883.

§ 1. Die gesamte Volksschullehrerschaft des Kantons Zürich, die gegenwärtige und die künftige — mit Ausnahme der Lehrerinnen — tritt für jedes einzelne Mitglied obligatorisch in die Witwen- und Waisenstiftung ein. (§ 310 des Unterrichtsgesetzes.)

§ 2. Jedes Mitglied des zürcherischen Volksschullehrerstandes (§ 1) hat an die Stiftung einen Jahresbeitrag von 32 Fr. zu entrichten.

§ 3. Die Stiftung bezahlt nach dem Ableben jedes Lehrers an seine Witwe, so lange sie lebt oder bis sie sich wieder verheiratet, oder in Fällen, wo keine Witwe überlebt oder als solche stirbt, an die Waisen gemeinsam, bis das jüngste aus der Ehe des Lehrers stammende Kind das 16. Altersjahr zurückgelegt hat, eine Jahresrente von 200 Fr. Die Rente ist zum ersten Mal fällig am Todestage des Lehrers und von dort an je am Jahrestage des genannten Termins.

§ 4. Tritt ein Lehrer aus dem Lehrerstande aus, so steht ihm die weitere Mitgliedschaft frei. Entschliesst er sich, bei der Stiftung zu verbleiben, so hat er ohne Unterbruch alljährlich auf 1. Januar den Beitrag von 32 Fr. franko an die Kantonalbank beziehungsweise an eine ihrer Filialen zu Handen der Stiftung einzusenden. Erklärt er den Austritt oder bezahlt er den Jahresbeitrag nicht, so verliert er alle Ansprüche an die Witwen- und Waisenstiftung.

§ 5. Wird ein Lehrer in den Ruhestand versetzt, so steht ihm der Austritt aus der Stiftung ebenfalls offen (§ 4). Bleibt er auch weiterhin Mitglied, so leistet der Staat den festgesetzten Beitrag (§ 7).

§ 6. Die Erziehungsdirektion in Verbindung mit der Kantonalbank führt über die Witwen- und Waisenstiftung eine besondere Verwaltung. Die Aufsicht übt eine von der Schulsynode zu bestellende und alle vier Jahre zu er-

neuernde Kommission von vier Mitgliedern aus, welche unter dem Präsidium der Erziehungsdirektion steht.

§ 7. Für die Verwaltung der Witwen- und Waisenstiftung gelten folgende Bestimmungen:

a. Die Summe der Jahresbeiträge bildet die Jahreseinnahme, aus welcher jede neue Witwe nach einem bestimmten Tarif für eine lebenslängliche Rente von 200 Fr. beziehungsweise das jüngste Kind für eine Rente bis und mit dem 16. Altersjahr eingekauft wird. Der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben zeigt vorläufig den Gewinn oder Verlust des Rechnungsjahres.

b. Die also erstellten Gewinn- oder Verlustergebnisse werden je zu fünf Jahren zusammen gerechnet. Lautet das Resultat, welches dannzumal füs das Quinquennium als definitiv zu betrachten ist, auf Verlust, so trägt denselben der Reservefond; lautet es auf Gewinn, so gehört der letztere zur Hälfte dem Reservefond und zur Hälfte dem Hülfsfond.

c. Verheiratet sich eine Witwe wieder oder sterben die Kinder, welche die Rente beziehen, vor dem 16. Altersjahre, so fällt die Einkaufssumme abzüglich der bereits anshin bezahlten Renten, zurück. Dieselbe soll zunächst den allfälligen Verlust des betreffenden Quinquenniums decken; soweit aber ein solcher Verlust bereits gedeckt oder gar nicht vorhanden ist, gehört die teilweise beziehungsweise ganze Rückfallssumme zur Hälfte dem Reservefond und zur Hälfte dem Hülfsfond.

d. Bei Ausmittlung von Gewinn oder Verlust und Rückfallssummen fällt der Zins ausser Betracht.

e. Der Hülfsfond, sowie allfällige Geschenke und Legate, welche demselben zufallen, wird zur Unterstützung der hinterlassenen Witwen oder Kinder in besondern Notfällen, zur Ermässigung der Beiträge oder zur Erhöhung der Renten verwendet. Die bezüglichen Beschlüsse werden von der Aufsichtskommission gefasst und unterliegen der Genehmigung des Erziehungsrates.

f. Würde der anzulegende Reservefond durch allfällige Verluste aufgebraucht werden, so wären die dem Hülfsfond zugewiesenen Gewinnanteile zur Deckung des Ausfalls demselben zu entnehmen, jedoch ohne Zinsberechnung.

§ 8. Zur Unterstützung der von der Volksschullehrerschaft des Kantons Zürich gegründeten Witwen- und Waisenstiftung leistet der Staat einen Jahresbeitrag von je 12 Fr. für jeden zur Teilnahme an der Stiftung obligatorisch verpflichteten Lehrer, sowie für die bei der Stiftung verbleibenden Lehrer im Ruhestande.

§ 9. Der vom Lehrer alljährlich auf 1. Januar zu entrichtende Beitrag an die Witwen- und Waisenstiftung im Restbetrage von 20 Fr. wird jeweilen an der Besoldungsrate für das vierte Quartal in Abzug gebracht.

---

49. *2.* **Statuten der Unterstützungskasse für die Volksschullehrer des** Kantons St. Gallen. Erlass des Erziehungsrates vom 31. Januar 1884. Vom Regierungsrate genehmigt den 2. Februar 1884.

I. Zweck und Bestand des Unterstützungsverbandes.

Art. 1. Der Staat unterhält eine Unterstützungskasse für die Lehrer der St. Gallischen Volksschule, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen oder Altersschwäche dienst- und in höherm oder geringerm Grade erwerbsunfähig

geworden sind, sowie für die hinterlassenen Witwen und Waisen verstorbener Lehrer.

Art. 2. Anteilhaber an dieser Kasse sind:

a) sämtliche definitiv patentirte und an öffentlichen, von Schulgemeinden gehaltenen Primarschulen des Kantons gesetzlich angestellte Lehrer;

b) die provisorisch patentirten, in gleicher Weise angestellten Primarlehramtskandidaten, welche im kantonalen Lehrerseminar gebildet worden sind (§ 4 der Verordnung vom 23. Dezember 1870);

c) sämtliche definitiv patentirte, an öffentlichen Realschulen des Kantons gesetzlich angestellte Reallehrer weltlichen Standes;

d) die an der St. Gallischen Kantonsschule gebildeten provisorisch patentirten, im Kanton angestellten Reallehramtskandidaten;

e) die patentirten, als Lehrer wirkenden Vorsteher von Gemeindewaisenanstalten, sowie der Lehrer an der Strafanstalt.

Art. 3. In gleicher Weise, wie die genannten Lehrer, sind auch definitiv patentirte und öffentlich angestellte, nicht verehelichte Lehrerinnen weltlichen Standes Anteilhaber.

Art. 4. Die Anteilsberechtigung und damit auch jeder Anspruch an die Unterstützungskasse erlischt:

a) infolge von Patententzug, Patenteinstellung oder Versetzung unter die Verweser durch den Erziehungsrat;

b) infolge von Austritt aus dem öffentlichen kantonalen Schuldienst;

c) infolge von Verlust der bürgerlichen Ehre wegen Vergehen oder Verbrechen nach eingetretener Pensionirung.

Lehrern, welche ohne eigenes Verschulden ihre Stelle verlieren, ist eine Notfrist von zwei Jahren eingeräumt, während welcher sie die Personalbeiträge in die Kasse fortzuentrichten haben und als Anteilhaber derselben betrachtet werden. Finden sie innerhalb dieser Frist keine Lehrstelle im Kanton, so erstattet ihnen die Kasse ihre während derselben geleisteten Beiträge zurück.

Ausnahmsweise kann die Erziehungskommission die Notfrist bis auf drei Jahre erstrecken.

II. Bildung der Unterstützungskasse.

Art. 5. Der bleibende, unantastbare *Fond* der Unterstützungskasse wird gebildet;

a) aus dem Fond der bestehenden gemeinsamen Pensionskasse;

b) aus dem Fond der frühern katholischen Pensionskasse;

c) aus dem extradirten Fondanteil der evangelischen kantonalen Lehrer-Witwen- und Waisenkasse;

alles nach Massgabe der früher aufgestellten Anordnungen und Vereinbarungen.

Dieser Fond darf seinem Zwecke nie entfremdet und weder geschmälert noch aufgehoben werden.

Art. 6. Die Einnahmen der Unterstützungskasse bestehen aus:

a) den Jahreszinsen der Fonds, soweit solche verfügbar sind;

b) den Jahresbeiträgen der Anteilberechtigten mit je Fr. 20. —;

c) den jährlichen Beiträgen des Staates mit Fr. 20. — für jeden Anteilberechtigten;

d) den jährlichen Beiträgen der Schulgemeinden, resp. Realschulkorporationen und Waisenanstalten mit Fr. 50. — für jede Lehrerstelle;

e) den in den Statuten vorgesehenen Eintrittsgeldern und Nachzahlungen;

f) den rückfälligen Seminarstipendien;

g) allfälligen freiwilligen Geschenken.

Wo die Realschulkorporationen und die Waisenanstalten die Leistung der Fr. 50 nicht übernehmen, sind diese vom betreffenden Lehrer selbst zu leisten.

Art. 7. Die Schulgemeinden und Korporationen haben den pflichtigen Gemeindebeitrag an die Unterstützungskasse durch ihre Pfleger zu entrichten, abgesehen davon, ob im betreffenden Zeitpunkt die Lehrstellen definitiv oder provisorisch besetzt oder vakant sind.

Besetzungen von Lehrstellen mit geistlichen Lehrerinnen sind als provisorische zu betrachten.

Art. 8. Die Einlagen des Staates erfolgen in halbjährlichen Raten, je im Februar und August für das angetretene Semester.

Auf den gleichen Zeitpunkt leisten auch die Schulpflegschaften an die Bezirksammänner zu Handen der Kantonsbuchhaltung den halben Gemeindebeitrag, sowie den halben Jahresbeitrag für die beitragspflichtigen Lehrer, unter Vorbehalt allfälliger entsprechender Verrechnung bei Entrichtung der Gehalte an die letzteren.

Ist im betreffenden Zeitpunkt die Schule nicht mit einem beitragspflichtigen Lehrer besetzt, so ist einzig der bezügliche Gemeindebeitrag zu leisten.

Art. 9. Mit dem Eintritt in den Pensionsgenuss, sowie mit der Zurücklegung von vierzig Dienstjahren hört für den Betreffenden die Verpflichtung zur Leistung des persönlichen Jahresbeitrages von Fr. 20 auf.

Art. 10. Von auswärts kommende Lehrer, welche in den öffentlichen kantonalen Schuldienst eintreten, haben bei Anlass der definitiven Patentirung bis zum Antritt des 30. Altersjahres ein Eintrittsgeld von Fr. 100. — und bis zum erfüllten 45. Jahre ein solches von Fr. 160. — zu entrichten. In einem höhern Alter können solche Personen in den Unterstützungsverband nicht mehr aufgenommen werden.

Lehrer, welche früher im hiesigen Kanton gesetzlich angestellt waren und sodann den kantonalen Schuldienst für kürzere oder längere Zeit verlassen haben, sind pflichtig, beim Wiedereintritt in denselben, resp. bei der Erneuerung des definitiven Patentes, die verfallenen Jahresbeiträge zur Hälfte (mit je Fr. 10. —) nachzubezahlen; ebenso die jetzt eintretenden Reallehrer, Waisenanstaltsvorsteher und der Strafanstaltslehrer.

Nach dem vollendeten fünfzigsten Altersjahre findet eine Aufnahme in den Unterstützungsverband nicht mehr statt.

III. Leistungen der Unterstützungskasse.

Art. 11. Die Unterstützungskasse leistet an die Anteilhaber folgende jährliche Pensionen:

a. eine *volle Pension* von Fr. 600. — an solche Lehrer, welche nach wenigstens zehnjährigem kantonalem Schuldienst, wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen bleibend dienst- und erwerbsunfähig geworden oder nach erfülltem vierzigjährigem Schuldienste auf ihr Verlangen in den Ruhestand versetzt worden sind.

Schmälert das Gebrechen, das die Unfähigkeit für den Schuldienst bedingt, im übrigen die volle Erwerbsfähigkeit des Betreffenden in einem andern Wirkungskreise nicht, so ist keine Pension zu leisten, insofern und solange derselbe nachweislich so viel erwirbt, als sein zuletzt bezogener Jahresgehalt betragen hat.

Ebenso erlischt die Pension im Falle der Wiederherstellung und Wiederbefähigung zum Schuldienst;

b. eine *teilweise Pension* im Umfang von Fr. 200. — bis Fr. 500. — wird an solche Lehrer geleistet, welche vor erfülltem zehnjährigem Schuldienst

bleibend dienstunfähig geworden sind, sowie an solche, deren Erwerbsfähigkeit in geringerm oder höherm Grade beschränkt ist, je nach dem Masse dieser Beschränkung;

c. eine *Pension von Fr. 200.* — an ein einzelnes hinterlassenes Kind eines berechtigten Lehrers;

eine *Pension von Fr. 250.* — an eine hinterlassene Witwe ohne pensionsberechtigte Kinder;

eine *Pension von Fr. 400.* — an die hinterlassene Witwe eines berechtigten Lehrers mit einem oder zwei pensionsberechtigten Kindern; ebenso an zwei oder drei elternlose Waisen;

eine *Pension von Fr. 500.* — an eine Witwe mit drei oder mehr pensionsberechtigten Kindern; ebenso an vier oder mehr elternlose Waisen.

Auf die Pensionen c haben die Hinterlassenen sowohl eines im Schuldienst als auch eines im Pensionsgenuss verstorbenen Anteilberechtigten Anspruch. Die früher ausgesetzten Pensionen dieser Kategorie sind vom 1. Januar 1884 auf obige Ansätze erhöht.

Die Angehörigen eines Lehrers, dem nach Art. 4 lit. c die Pension entzogen wird, sind, insofern sie diesfalls keine Schuld trifft, wie die Hinterlassenen eines verstorbenen Lehrers zu behandeln.

Gerichtlich geschiedene Ehefrauen sowie Stiefkinder von Lehrern besitzen keine Nutzniessungsberechtigung.

Art. 12. Von den unter Art. 11 lit. c erwähnten Pensionsbetreffnissen fallen zu:

a. der Mutter eines einzelnen pensionirten Kindes Fr. 250 und dem Kinde Fr. 150;

b. der Mutter mehrerer pensionirter Kinder die eine Hälfte, den Kindern zu gleichen Teilen die andere Hälfte.

Art. 13. Der Unterstützungsgenuss beginnt für alle Bezugsberechtigten mit dem Anfange des nächsten Kalenderquartals (Januar, April, Juli, Oktober), nachdem die Unterstützungsberechtigung von der Erziehungsbehörde anerkannt worden ist. Die Ausbezahlung erfolgt je für das verflossene Halbjahr im Juli und Januar durch das betreffende Bezirksamt (an auswärtige direkt), beim Todesfall eines Pensionärs ebenfalls auf diesen Termin und wird *pro rata* berechnet.

Art. 14. Im Falle der Wiederverehelichung bezieht eine nutzniessungsberechtigte Witwe ihren Pensionsanteil für das Semester, in welchem die Verehelichung stattfindet, zum letzten mal.

Art. 15. Die hinterlassenen eigenen Kinder eines Lehrers beziehen die Pension bis zum zurückgelegten sechszehnten Altersjahr, und zwar in dem Semester, in dem sie dieses Alter erreichen, zum letzten mal. Ihr Betreffnis ist dem zuständigen Waisenamte zuzustellen, von demselben in der Regel zinstragend anzulegen und zur Erlernung eines Berufes für das Kind zu verwenden.

Art. 16. Die Anmeldung zum Eintritt in den Pensionsgenuss ist von dem betreffenden Lehrer unter Beibringung einer Erklärung des eventuellen Austrittes aus dem Schuldienst zu Handen der Erziehungsbehörde, eines Ausweises über die Dauer des geleisteten Schuldienstes und eines verschlossenen bezirksärztlichen Invaliditäts-Zeugnisses zunächst an den zuständigen Bezirksschulratspräsidenten zu richten, welcher sie mit seinem Gutachten dem Erziehungsdepartement einbegleitet.

Die Erziehungskommission prüft die Verhältnisse, ordnet nach Ermessen weitere Untersuchungen an und entscheidet über Anerkennung oder Abweisung des Gesuches.

Gegen ihren Entscheid steht der Rekurs an den Regierungsrat offen.

Für die Erhebung der Pension ist jeweilen in der zweiten Hälfte Juni und Dezember die Einsendung eines legalisirten Lebensscheines an die Erziehungskanzlei erforderlich, event. zur Berechnung von Ratabetreffnissen für verstorbene Pensionäre ein Todesschein.

Art. 17. Witwen und Waisen von berechtigten Lehrern haben zur Geltendmachung ihres Pensionsanspruches einen Todesschein des Betreffenden und einen Familienschein, beide vom zuständigen Zivilstandsbeamten ausgestellt und amtlich legalisirt, an das Erziehungsdepartement einzusenden.

Art. 18. Sollte der Fall eintreten, dass in einem Jahre die Zahl der Pensionsgesuche von Lehrern diejenige Ziffer, welche der Organisation der Unterstützungskasse zu Grunde liegt, in einer die Entwicklung derselben gefährdenden Weise übersteigen würde, so sind diejenigen Gesuche, welche sich zunächst auf Alter, tüchtige Leistungen und Dienstzeit stützen, in erster Linie zu berücksichtigen, die übrigen begründeten Gesuche aber soweit als möglich mit Prioritätsrecht auf das folgende Rechnungsjahr zurückzustellen. Pensionsgesuche für Witwen und Waisen dagegen dürfen nicht zurückgestellt werden.

IV. Verwaltung der Unterstützungskasse.

Art. 19. Die Verwaltung der Unterstützungskasse wird unter Aufsicht des Erziehungs- und Finanzdepartements nach Weisung des letzteren durch die Kantonsbuchhaltung separat geführt.

Art. 20. Auf Ende Juni und Dezember erlässt das Erziehungsdepartement an die Kantonsbuchhaltung die erforderlichen Anweisungen zur Ausrichtung der verfallenen Pensionen, und auf Anfang Februar und August an die Bezirksämter die Bezugsmandate über Einhebung der Lehrer- und Gemeindebeiträge, sowie der Nachzahlungen und Eintrittsgelder.

Art. 21. Wie der bleibende Fond der Unterstützungskasse, so sollen auch die jährlichen Rechnungsüberschüsse unter Garantie des Staates jeweilen baldmöglichst zinstragend angelegt werden.

Art. 22. Der Rechnungsabschluss findet je auf Ende Dezember statt. Die Jahresrechnung ist spätestens im Laufe des folgenden Februar dem Erziehungsdepartement zu bestellen, welches dieselbe prüft, sodann zweien von der Kantonallehrerkonferenz zu diesem Behufe bezeichneten Lehrern vorlegt und nach erfolgter Gutheissung im amtlichen Schulblatt veröffentlicht.

Art. 23. Sobald das Bedürfnis eintritt, längstens aber je nach zehn Jahren, hat die Erziehungsbehörde auf Grund der bisherigen Entwicklung der Kasse zu prüfen, ob und in welcher Richtung die Statuten zu revidiren, resp. Abänderungen in der Organisation zu treffen seien.

Dabei darf aber weder dem angesammelten Kapital der Unterstützungskasse eine Verwendung für einen andern als den in Art. 1 dieser Statuten bezeichneten Zweck gegeben, noch sollen die Pensionen unter die in Art. 11 festgestellten Beträge angesetzt werden.

Bei solchen Revisionen steht der Lehrerschaft das Recht zu, ihre Wünsche und Anträge in geeigneter Weise geltend zu machen.

Art. 24. Vorstehende Statuten ersetzen diejenigen vom 19. November 1877 und treten sofort in Kraft.

50. *3.* **Statuten der Lehrerpensionskasse des Kantons Appenzell A. Rh.** Vom Kantonsrate genehmigt den 3. März 1884.

I. Zweck.

§ 1 Die Lehrerpensionskasse hat den Zweck, solchen Lehrern an öffentlichen Schulen des Kantons, welche wegen Alters oder Gebrechlichkeit den Schuldienst aufgeben oder in den Ruhestand versetzt werden, sowie den Witwen und Waisen verstorbener Lehrer Jahrespensionen zu sichern.

II. Bestand.

§ 2. Zum Beitritte sind sämtliche an öffentlichen Primarschulen des Kantons definitiv angestellte Lehrer verpflichtet.

Gegen Bezahlung der vollen Jahresprämie (§ 8) steht der Beitritt auch allen Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Realschulen und an der Kantonsschule, sowie den Arbeitslehrerinnen offen.

§ 3. Die Mitgliedschaft erlischt:

a. mit dem freiwilligen Austritt aus dem kantonalen Schuldienste vor erlangter Pensionsberechtigung,
b. mit der Herabsetzung in bürgerlichen Ehren und Rechten,
c. mit dem Verluste derselben.

Die Landesschulkommission begutachtet zu Handen des Regierungsrates in jedem einzelnen Falle, ob ein und welcher Teil der persönlich geleisteten Beiträge einem unter lit. a oder b fallenden Mitgliede zurückerstattet werden soll.

§ 4. Wird ein Lehrer durch Abberufung oder Nichtwiederwahl gezwungen, eine Stelle ausser dem Kanton zu suchen, ohne dass einer der in § 3, lit. b und c vorgesehenen Fälle eingetreten ist, so kann er die persönlich geleisteten Beiträge ohne Zins zurückverlangen. Tritt er später in den kantonalen Schuldienst zurück, so hat er dieselben nebst den inzwischen verfallenen Jahresbeiträgen wieder einzubezahlen, wodurch er in die frühern Rechte eintritt.

Ebenso kann ein freiwillig aus dem kantonalen Schuldienste ausgetretener oder rehabilitirter Lehrer, der später wieder eine öffentliche Schulstelle im Lande antritt, seine Anteilsberechtigung durch Nachbezahlung der seit dem Austritte verfallenen Jahresbeiträge wieder erlangen, insofern er nicht schon das 45. Altersjahr zurückgelegt hat.

Hat ein solcher Lehrer bei seinem Austritte einen Teil seiner persönlichen Beiträge zurückerhalten, so ist auch dieser wieder einzubezahlen.

III. Bildung der Pensionskasse.

§ 5. Die Pensionskasse besteht aus einem unantastbaren Fonds und einer laufenden Kasse.

§ 6. Der Fonds wird gebildet:

a. aus dem Vermögen, das aus der Lehreralters- und der Lehrerwitwenkasse an denselben übergeht,
b. aus Vermächtnissen und Geschenken.

§ 7. In die laufende Kasse fallen:

a. die Zinse der Fonds und der Kassasaldi,
b. die Jahresbeiträge des Staates, der Gemeinden und der Lehrer,
c. die Nachzahlungen nach § 11,
d. allfällig sonstige Einnahmen.

§ 8. Die Jahresprämie für jede nach § 2 zur Beteilung an der Lehrerpensionskasse verpflichtete Schulstelle beträgt Fr. 100, woran beitragen:

a. der Staat Fr. 30,
b. die Gemeinde Fr. 30,
c. der Lehrer Fr. 40.

Auch für diejenigen Lehrer und Lehrerinnen, denen der Beitritt im Sinne von § 2 freigestellt ist, beträgt die Jahresprämie Fr. 100.

§ 9. Die Einlagen des Staates erfolgen in halbjährlichen Raten, je im Januar und Juli.

Auf die gleichen Zeitpunkte haben die Gemeinden sowohl ihre eigenen Beiträge, als auch diejenigen der Lehrer abzugeben, letztere unter Vorbehalt der Verrechnung mit den Lehrern.

Für eine Schule, welche während des Einzuges nicht definitiv besetzt ist, muss nur der Staats- und Gemeindebeitrag geleistet werden. Wird die Stelle erst im zweiten Quartal des angetretenen Rechnungssemesters definitiv besetzt, so hat der betreffende Lehrer 1/4 des Jahresbeitrages nachzuzahlen, insofern er nicht schon in einer andern Gemeinde des Kantons den vollen Halbjahresbeitrag geleistet hat.

§ 10. Die persönliche Beitragsleistung des Lehrers hört mit dessen Eintritt in den Pensionsgenuss auf.

§ 11. In den Kanton ziehende Lehrer haben beim definitiven Antritte einer Schulstelle Nachzahlungen zu leisten und zwar die Summe von

2 1/2 Jahresbeiträgen, wenn sie das 30. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben,
3 1/2 Jahresbeiträgen bis zum 35. Altersjahre,
4 1/2 „ „ „ 40. „
5 1/2 „ „ „ 45. „

In einem höhern Alter stehende Lehrer werden nicht mehr in den Pensionsfond aufgenommen.

IV. Leistungen der Pensionskasse.

§ 12. Die Pensionskasse leistet an die Bezugsberechtigten folgende jährliche Pensionen;

a. Eine volle Pension von Fr. 600 an solche Lehrer, welche nach wenigstens 15jährigem kantonalem Schuldienste dienstunfähig oder in den Ruhestand versetzt werden.

Schmälert das Gebrechen, das die Unfähigkeit zum Schuldienste bedingt, die Erwerbsfähigkeit des Betreffenden in einem andern Wirkungskreise nicht, so wird keine Pension geleistet, so lange er nachweislich so viel erwirbt, als der letztbezogene Jahresgehalt betragen hat. Sinkt der Erwerb unter diesen Betrag, so fällt der Betreffende in die Kategorie *b.* Eintretende Wiederbefähigung zum Schuldienste hebt die Pensionsberechtigung auf;

b. eine teilweise Pension bis auf Fr. 500 an solche Lehrer, welche vor 15jährigem kantonalem Schuldienste dienstunfähig werden, je nach dem Masse des geleisteten Schuldienstes und der bleibenden Erwerbsfähigkeit auf anderm Gebiete;

c. eine halbe Pension von Fr. 300 an die Witwe eines Mitgliedes, insofern und so lange sie noch Kinder unter 16 Jahren zu erziehen hat; ebenso an die mutterlosen Waisen eines verstorbenen Mitgliedes gemeinsam und zu gleichen Teilen, so lange sie das 16. Altersjahr nicht erfüllt haben;

d. eine Viertelspension von Fr. 150 an eine pensionsberechtigte Witwe ohne Kinder unter 16 Jahren, ebenso an eine einzelne mutterlose Waise unter 16 Jahren.

Die Witwen- und Waisenpensionen werden ausbezahlt, auch wenn das verstorbene Mitglied noch nicht pensionsberechtigt war.

Gerichtlich geschiedene Frauen und Stiefkinder von Mitgliedern sind nicht pensionsberechtigt.

Die Angehörigen eines Mitgliedes, welchem nach § 3, lit. c die Anteilsberechtigung entzogen wurde, werden, insofern sie selbst keine Schuld trifft, wie die Hinterlassenen eines verstorbenen Mitgliedes behandelt.

§ 13. Von den in § 12, lit. c erwähnten Witwenpensionen fallen zu:

a. der Mutter eines einzelnen Kindes unter 16 Jahren 2/3, dem Kinde 1/3,

b. der Mutter mehrerer Kinder unter 16 Jahren die Hälfte, den Kindern zu gleichen Teilen die andere Hälfte.

§ 14. Im Falle der Wiederverehelichung bezieht eine pensionsberechtigte Witwe ihren Pensionsanteil für dasjenige Rechnungssemester zum letzten mal, in welchem die Verehelichung stattfindet. Die Kinder derselben bleiben wie mutterlose Waisen bis zum vollendeten 16. Altersjahr pensionsberechtigt.

§ 15. Über die Verwendung der Waisenpensionen ist der Landesschulkommission auf Verlangen Bericht zu erstatten.

§ 16. Der Pensionsbezug beginnt für alle Nutzniesser nach Schluss desjenigen Rechnungsquartals, in welchem die Berechtigung von der zuständigen Behörde erklärt worden ist.

Die Ausbezahlung der Pensionen erfolgt halbjährlich, je im ersten Monat des folgenden Rechnungssemesters, auf Grund der eingegangenen Lebens- und Familienscheine.

Die Invaliden-, resp. Ruhepensionen unter § 12, lit. a und b werden für dasjenige Rechnungsquartal zum letzten mal bezahlt, in welchem der Tod des Pensionärs erfolgte.

§ 17. Todesfälle und andere Personaländerungen sind von den Gemeindeschulkommissionen der Pensionskassaverwaltung unter Beilegung der zivilstandsamtlichen Ausweise sofort anzuzeigen.

Anmeldungen zum Eintritte in den Pensionsgenuss sind unter Beibringung der Erklärung des Austrittes aus dem Schuldienste, eines Ausweises über die Dauer des kantonalen Schuldienstes, und falls der Gesuchsteller das 60. Altersjahr noch nicht zurückgelegt hat, eines verschlossenen ärztlichen Zeugnisses über Dienstunfähigkeit an die Landesschulkommission zu richten, welche dieselben begutachtet und dem Regierungsrate zum Entscheide überweist.

Mitgliedern, welche nach erfülltem 60. Altersjahre den Schuldienst quittiren wollen, ohne invalid zu sein, kann der Pensionsgenuss nicht verweigert werden, und zwar erhalten diese eine volle Pension ohne Abzug wegen anderweitigen Verdienstes.

Auf Antrag der Landesschulkommission kann der Regierungsrat einen Lehrer auch ohne Gesuch pensioniren.

V. Verwaltung der Pensionskasse.

§ 18. Die Verwaltung der Pensionskasse wird einem Kassier übertragen, der auf Vorschlag der Landesschulkommission vom Regierungsrate gewählt wird.

Die direkte Aufsicht über die Verwaltung wird von der Landesschulkommission geführt. Sie prüft die Pensionslisten und erlässt die erforderlichen Weisungen über die Ausbezahlung der verfallenen Pensionen.

Statutenänderungen kann nur der Kantonsrat beschliessen, jedoch erst nach eingeholter Begutachtung der Landesschulkommission und der Lehrerschaft. Dieselben dürfen aber an der Bestimmung der Fonds nichts ändern.

§ 19. Das Kalenderjahr gilt als Rechnungsjahr.

VI. Übergangsbestimmungen.

1) Die Lehrerpensionskasse wird mit dem 1. Januar 1885 eröffnet.

2) Mit der Eröffnung der Pensionskasse werden sämtliche öffentlich angestellte Primarlehrer des Kantons ohne Unterschied des Alters Mitglieder derselben und geht das Vermögen der Lehreralterskasse, sowie dasjenige der Lehrerwitwenkasse, nach erfolgter Auslösung derjenigen Mitglieder derselben, welche nicht Mitglieder der Pensionskasse werden können oder wollen, an die letztere über.

3) Die Pensionskasse übernimmt die Entrichtung der vor ihrer Eröffnung in Kraft erwachsenen Renten der bisherigen Lehreralters- und -Witwenkasse.

4) Den in den Pensionsverband übertretenden Mitgliedern der Lehreralterskasse wird diejenige Anzahl von Jahresbeiträgen erlassen, welche der Höhe ihres „eigenen Guthabens" entspricht.

5) Lehrern, welche bei Eröffnung der Pensionskasse bei der Lehreralterskasse schon rentengenössig sind, wird freigestellt, die Rente derselben fortzubeziehen oder der Pensionskasse beizutreten.

6) Denjenigen Mitgliedern der Lehrerwitwenkasse, die nicht ausgelöst werden wollen, wird gestattet, den jährlichen Beitrag von Fr. 10 an die Pensionskasse fortzubezahlen, wogegen im Falle ihres Todes die Witwen Jahresrenten von je Fr. 80 zu beziehen berechtigt sind.

---

51. *4.* **Statuten des Lehrer-Unterstützungs-Vereins des Kantons Zug.** Vom 12. Mai 1864 und 19. November 1884. Vom Erziehungsrate genehmigt am 1. Mai 1885.

1. Zweck des Vereins.

§ 1. Der Zweck des Vereins besteht darin, den Lehrern des Kantons Zug, welche eine bestimmte Anzahl von Jahre im Schulfache Dienste geleistet haben, besonders aber denen, welche geistiger oder körperlicher Gebrechen oder hohen Alters wegen dienstunfähig geworden sind, und deren Witwen und Waisen eine Unterstützung zu verschaffen.

2. Mitglieder des Vereins.

§ 2. Jeder Lehrer, der im Kanton an einer öffentlichen Primar- oder Sekundarschule angestellt wird — mit Ausnahme jedoch der schon dato angestellten und patentirten Lehrer — ist verpflichtet, dem Vereine beizutreten.

Sämtlichen übrigen Lehrern, welche an andern Schulen im Kanton wirken, kann unter gleichen Bedingungen der Eintritt durch den Verein gestattet werden.

§ 3. Jeder neu eintretende Lehrer hat sich beim Präsidenten des Vereins anzumelden und über Name und Alter genaue Angaben zu machen, damit diese in das betreffende Register eingetragen werden können.

§ 4. Jedes Mitglied ist verpflichtet, alle statutarischen Vorschriften zu beobachten und den Beschlüssen des Vereins sich zu unterziehen.

§ 5. Jedes Mitglied zahlt jährlich einen Beitrag von 5 Fr. an die Vereinskasse und zwar während 30 aufeinanderfolgenden Jahren.

Wer erst bei vorgerücktem Alter eintritt, hat die Summe der rückständigen Jahresbeiträgen samt den Zinsen und Zinseszinsen zu ergänzen, bevor er pensionsberechtigt wird. Die rückständige Summe kann auf einmal oder in beliebigen Raten nachbezahlt werden.

§ 6. Wenn ein Mitglied, das 10 Jahresbeiträge gezahlt hat, aus dem Lehrerstand austritt oder den Kanton verlässt, so bleibt es doch Mitglied, inso-

fern es die statutengemässen Beiträge leistet und die Verpflichtungen erfüllt. Tritt hingegen ein solches Mitglied auch aus dem Unterstützungsverein, so erhält selbes zwei Drittel der geleisteten Beiträge zurück.

§ 7. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Versammlungen beizuwohnen und bei der erstmaligen Wahl eine Verwaltungsstelle zu übernehmen.

§ 8. Lehrer, welche durch die zuständige Behörde von ihrem Amte aus eigener Verschuldung abberufen werden und daher vom Vereine ausgeschlossen zu betrachten sind, verlieren alle Ansprüche an den Verein.

§ 9. *a)* Zur Nutzniessung einer Pension sind berechtigt:

1. Alle Mitglieder, welche alle Jahresbeiträge (§ 5) bezahlt und das 50. Altersjahr vollendet haben.

2. Die Witwe eines Lehrers, so lange sie Witwe bleibt, bezieht 1 Anteil. Hat sie Kinder, so bezieht sie 2 Anteile, bis das jüngste Kind 18 Jahre alt ist.

3. Die Kinder unter 18 Jahren eines als Mitglied verstorbenen Lehrers, wenn keine Witwe vorhanden ist. Sie beziehen mit einander einen Nutzungsteil.

b) Auf Unterstützung haben Anspruch:

1. Alle Mitglieder jedes Alters, welche durch eine Krankheit oder deren Folgen oder durch irgend einen unglücklichen körperlichen oder geistigen Zufall längere Zeit an der Ausübung des Lehrerberufes gehindert werden.

2. Ebenso können besonders hülfsbedürftige Witwen und Waisen, nebst den Pensionen, noch besondere Unterstützungen erhalten.

3. Vermögen.

§ 10. Der Kapitalfond soll gegründet werden:

a) durch das gegenwärtige Vermögen;

b) durch alle Jahresbeiträge, so lange keine Pensionäre vorhanden sind, durch zwei Drittel derselben, so lange die Zahl der Nutzniessungsanteile nicht über fünf steigt. Sobald mehr sind, darf von den Jahresbeiträgen nichts mehr zum Kapital geschlagen werden;

c) durch Schenkungen;

d) durch Überschüsse der Jahresrechnung.

Das Gesamtvermögen ist Privateigentum des Vereins.

4. Verwendung des Vermögens.

§ 11. Die Schenkungen, deren Zweck durch den Geber nicht schon bestimmt ist und der Kapitalfond dürfen nie verteilt, sondern müssen in die Ersparniskasse an Zins gelegt werden.

§ 12. Zu Pensionen sollen verwendet werden:

1. Ein Drittel der Jahresbeiträge der Mitglieder (§ 5).

2. Alle Jahresbeiträge, wenn mehr als 5 Pensionäre sind.

3. Die Hälfte der Kapitalzinsen (§ 10).

Sind keine Pensionsberechtigte, so fällt der Betrag von 1 und 3 dem Kapitalfonde zu.

§ 13. Die Grösse einer ordentlichen Pension wird bestimmt, indem die laut § 12 (Zeile 1 und 3) treffende Summe unter die nach § 9 (Zeile 1, 2 und 3) bezeichneten Berechtigten gleichmässig verteilt wird.

§ 14. Zu Unterstützungen können nach Abzug sämtlicher Verwaltungskosten verwendet werden:

Die Hälfte der Kapitalzinsen.

Die nicht verwendeten Summen werden zu gleichen Zwecken zinstragend aufbewahrt.

§ 15. Ansuchen für Unterstützungen sollen der Direktion wenigstens 14 Tage vor der Vereinsversammlung eingegeben werden, wenn sie bei der nächsten Zusammenkunft sollen behandelt werden.

§ 16. Unterstützungen können zufolge § 9, lit. b 1 und 2, nach Begutachtung durch die Direktion von der Lehrerversammlung beschlossen werden.

Für dringende Fälle kann die Direktion von sich aus Unterstützungen bewilligen.

5. Vereinsversammlung.

§ 17. Ordentlicher Weise versammelt sich der Verein alle Jahre auf Einladung der Direktion an dem von dieser bezeichneten Orte im Herbste zur Behandlung der Geschäfte; ausserordentlich kann der Verein durch die Direktion oder auf Verlangen von ein Viertel der Mitglieder zu jeder Zeit ebenfalls einberufen werden.

Jedes anwesende Mitglied ist stimmberechtigt, jedoch soll ein Mitglied, wenn bei Verhandlungen sein eigenes oder das Interesse seiner Angehörigen in Frage kommt, während der bezüglichen Verhandlung und Abstimmung in Austritt kommen.

§ 18. Die Geschäfte und Verhandlungen des Vereins sind folgende:

1. Der Präsident eröffnet die Sitzung und lässt das Protokoll verlesen.
2. Durch offenes Mehr werden dann zwei Stimmenzähler gewählt.
3. Der Kassier verliest die Rechnung.
4. Die Prüfungskommission erstattet Bericht:
   a) über die Rechnung,
   b) über die Verwaltung,
   c) über die Pensionen.
5. Der Verein entscheidet über die Anträge der Direktion betreff Unterstützung.
6. Er besetzt die erledigten Stellen und verhandelt über die neuen, nötigenfalls auch über die ältern Mitglieder.
7. Motionen einzelner Mitglieder können als erheblich erklärt und müssen, nach Begutachtung durch die Direktion, behandelt werden.

§ 19. Bei Abstimmung über Anträge findet offenes Handmehr statt, wenn nicht durch die Mehrheit geheime Abstimmung beschlossen wird.

§ 20. Streitigkeiten und Reklamationen der Mitglieder, sowie Fragen über Auslegung der Statuten und Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Vereins-Versammlung und der Direktion entscheiden die Direktion und der Verein in erster Instanz, und auf dem Wege des Rekurses der hohe Erziehungsrat letztinstanzlich.

6. Verwaltung.

§ 21. Die Lehrerversammlung erwählt je alle zwei Jahre in geheimer Abstimmung:

a) eine Direktion, bestehend aus einem Präsidenten, Kassier und Sekretär.
b) eine Prüfungskommission, bestehend aus drei Mitgliedern.

§ 22. Die Direktion hat folgende Obliegenheiten.

Sie besorgt die Leitung der allgemeinen Versammlung und sorgt für Vollziehung der Beschlüsse. Sie führt ein Kontrollenbuch über Ein- und Austritt der Mitglieder. Sie stellt jährlich eine spezifizirte Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben und den Stand des Gesellschafts-Vermögens. Sie bringt Anträge betreff Unterstützung und erstattet Bericht über die Pensionen. Die Geschäfte teilt sie unter sich nach einem Reglement.

§ 23. Die Prüfungskommission hat sowohl die Gesamtverwaltung, als besonders die Rechnung zu prüfen und dem Verein darüber jährlich Bericht zu erstatten.

7. Abänderung der Statuten.

§ 24. Anträge über Abänderung der Statuten müssen bei der Direktion gestellt und von ihr begutachtet werden. Die Abänderungen treten erst in Kraft, wenn und wie dieselben von dem Verein in zwei Versammlungen mit Mehrheit genehmigt und vom Erziehungsrate gebilligt worden sind.

§ 25. Diese Statuten bleiben wenigstens fünf Jahre in Kraft.

VII. Lehrer- und Lehrerinnenseminarien.

a. Verordnungen.

52. Reglement für das deutsche Lehrerseminar. Erlass des Regierungsrates vom 3. März 1883. § 15 des Gesetzes betr. die Lehrerbildungsanstalt, vom 18. Juni 1875.

Erste Abteilung. Beaufsichtigung und Leitung der Anstalt.

Erster Abschnitt. Die Erziehungsdirektion.

§ 1. Die oberste Leitung und Beaufsichtigung des Seminars, so weit sie nicht Sache des Grossen Rates und des Regierungsrates ist, steht der Erziehungsdirektion zu.

§ 2. Die Erziehungsdirektion entscheidet in allen Fällen, deren Erledigung gesetzlich nicht einer andern Behörde oder durch dieses Reglement nicht der Kompetenz der Seminardirektion übertragen ist. Es liegt ihr insbesondere ob:

a. die Stellvertretung des Direktors (§ 9 des Seminargesetzes);
b. die Feststellung des Unterrichtsplanes (Lehrplans) und die Bezeichnung der Lehrmittel (§ 2 des Gesetzes);
c. die Aufnahme und allfällige Wegweisung der Zöglinge (§ 6 des Gesetzes);
d. den Jahresbeitrag der einzelnen Zöglinge und allfällige Zurückerstattung der Kosten für Unterricht und Verpflegung (§§ 7 und 8 des Gesetzes) zu bestimmen;
e. Die Festsetzung der Stipendien an Zöglinge ausserhalb des Konvikts (§ 7 des Gesetzes);
f. die ökonomische Verwaltung der Anstalt;
g. die Organisation der Übungs- und Musterschule (§ 3 des Gesetzes);
h. die Anordnung von Wiederholungs- und Fortbildungskursen nach Beschluss des Regierungsrates (§ 2 des Gesetzes);
i. die Festsetzung der Seminarprüfungen (§ 5 des Gesetzes).

§ 3. Die pädagogische Aufsicht übt die Erziehungsdirektion durch eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission aus, welche sie unter dem Titel Seminarkommission auf die Dauer von sechs Jahren wählt.

Zweiter Abschnitt. Die Seminarkommission.

§ 4. Die Seminarkommission besteht aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten, einem Aktuar und zwei Beisitzern. Den Präsidenten wählt die Erziehungsdirektion; Vizepräsident und Aktuar werden von der Kommission selbst gewählt.

Der Seminardirektor wohnt mit beratender Stimme allen Verhandlungen der Kommission bei, mit Ausnahme derjenigen, die seine eigene Person betreffen.

§ 5. Die Seminarkommission hat den gesamten Unterricht und die Disziplin, sowie die Verwaltungs- und Rechnungsführung des Seminars zum Gegenstand ihrer beaufsichtigenden und beurteilenden Tätigkeit zu machen. Zu diesem Zwecke wirkt sie schon bei den Aufnahms-, und, soweit es die Umstände erlauben, bei den Patentprüfungen mit, nimmt regelmässige Visitationen in der Weise vor, dass jedes Mitglied jährlich wenigstens zwei ganze Tage dem Unterrichte beiwohnt, und leitet und beaufsichtigt die Promotions- und Schlussprüfungen (§ 5 des Gesetzes).

§ 6. Die Seminarkommission stellt für die ihr nötig scheinenden Veränderungen in der Einrichtung der Anstalt ihre Anträge an die Erziehungsdirektion; ebenso begutachtet sie alle wichtigen Gegenstände, welche ihr die Erziehungsdirektion, die Seminardirektion oder die Seminarlehrerschaft zuweisen, namentlich

a. den aufzustellenden Unterrichtsplan;
b. den Erlass einer Seminarordnung;
c. die Einführung neuer Lehrmittel;
d. den Plan der Wiederholungs- und Fortbildungskurse;
e. die Anstellung neuer Lehrer.

§ 7. Die Seminarkommission versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern. Am Schlusse des Schuljahres erstattet sie der Erziehungsdirektion einen Jahresbericht über Unterricht, Disziplin, Geist und Führung der Anstalt und gibt den Seminarlehrern von diesem Berichte, so weit er ihre Leistungen beurteilt, in angemessener Weise Kenntnis.

§ 8. Die Mitglieder der Seminarkommission erhalten bei Inspektionen, Prüfungen und Sitzungen nebst Vergütung der Reiseauslagen zu 30 Cent. per Kilometer eine Entschädigung von 5 Fr. per Tag.

Dritter Abschnitt. Die Seminardirektion und die Lehrerversammlung.

§ 9. Dem Seminardirektor steht die unmittelbare Leitung und Beaufsichtigung der Anstalt zu. Er übt sie entweder allein aus, oder in den reglementarisch bestimmten Fällen unter Zuziehung der Lehrer.

§ 10. Der Seminardirektor steht mit der Erziehungsdirektion und der Seminarkommission in direktem Verkehr, bringt vor diese Behörden die nötigen Berichte und Anträge und vollzieht die gefassten Beschlüsse und erhaltenen Aufträge.

Er reicht der Erziehungsdirektion alljährlich einen Antrag betreffend den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das folgende Rechnungsjahr, sowie einen Bericht über die Verwaltung und den Gang der Anstalt ein.

§ 11. Alle Beschlüsse und Mitteilungen der obern Behörden, welche das Seminar und dessen Personal betreffen, sind unmittelbar an den Direktor zu richten. Einzig in dem Fall von Beschwerden eines Lehrers über den Direktor findet, soweit es die Natur der Sache erfordert, unmittelbare Korrespondenz zwischen der Oberbehörde und dem Beschwerdeführer statt; allein auch in diesem Falle ist dem Direktor durch die betreffende Oberbehörde sofort in geeigneter Weise von der bezüglichen Beschwerde Kenntnis zu geben.

§ 12. Der Direktor ist zu höchstens 15 Unterrichtsstunden wöchentlich verpflichtet; er wacht über den pädagogisch richtigen Gang des Unterrichts, zu welchem Zwecke er die Unterrichtsstunden sämtlicher Seminarlehrer so oft als möglich besucht.

§ 13. Der Direktor fertigt, auf Grundlage des Unterrichtsplans, den halbjährlichen Stundenplan des Seminars an.

§ 14. Vom Direktor gehen alle Anordnungen aus, welche sich auf die Benutzung der Musterschule durch die Seminaristen und auf die Anleitung der letztern zum methodischen Unterricht beziehen.

§ 15. Er überwacht mittelbar oder unmittelbar die Ordnung und Disziplin der Anstalt, beobachtet Fleiss, Fortschritte und Betragen der Zöglinge, deren ganzes Tun und Wesen er nie aus dem Auge verliert, um sich stets den rechten erzieherischen Einfluss zu sichern.

§ 16. Er leitet und beaufsichtigt auch die im Seminar abzuhaltenden Wiederholungs- und Fortbildungskurse, und erstattet der Seminarkommission zu Handen der Erziehungsdirektion jeweilen seinen schriftlichen Schlussbericht.

§ 17. Um das Seminar stets durch unmittelbare Anschauung mit dem Zustand und den Bedürfnissen der Volksschule bekannt zu machen, wird es dem Direktor zur Pflicht gemacht, alljährlich eine Anzahl von Volksschulen in verschiedenen Gegenden des Kantons zu besuchen und auch die Lehrerschaft dazu zu veranlassen.

§ 18. Bei amtlichen Verrichtungen ausser dem Seminar verrechnet der Direktor dem Staate seine Baarauslagen.

§ 19. Der Direktor kann einem Seminarlehrer bis auf drei Tage, einem Zögling bis auf 2 Monate Urlaub erteilen. Er hat der Erziehungsdirektion Mitteilung zu machen, wenn ein Lehrer längere Zeit am Unterrichte verhindert wird und ordnet die nötig werdende gegenseitige Stellvertretung der Lehrer an (§ 34). Er ist befugt, jährlich einmal einige Tage Ferien zu einer gemeinsamen Exkursion zu gestatten, wofür er indes, soweit es die darauf zu verwendenden Kosten betrifft, die Bewilligung der Erziehungsdirektion einholt.

§ 20. In Fällen von Krankheit oder längerer Abwesenheit des Direktors übernimmt ein von der Erziehungsdirektion aus der Zahl der Seminarlehrer zu bezeichnender Stellvertreter die Funktionen desselben. (§ 9 des Gesetzes.)

§ 21. Der Direktor präsidirt von amtswegen die Lehrerversammlung, welche aus sämtlichen Seminarlehrern besteht und in der Regel monatlich einmal, sonst aber zusammentritt, so oft es der Direktor oder drei Lehrer verlangen.

§ 22. Die Lehrerversammlung wählt auf die Dauer von zwei Jahren ihren Vizepräsidenten und ihren Sekretär, welch' letzterer über ihre Verhandlungen ein regelmässiges Protokoll führt und die erforderlichen Eingaben an die Oberbehörden ausfertigt.

§ 23. Die Lehrerversammlung entwirft oder begutachtet den Unterrichtsplan für das Seminar, die Wiederholungs- und Fortbildungskurse; sie bespricht bedeutendere Neuanschaffungen für die Bibliothek und den Unterricht, sowie die Einführung neuer Lehrmittel, die Haus- und Disziplinarordnung, entscheidet über die Anwendung ausserordentlicher Disziplinarmittel und bestimmt unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Erziehungsdirektion die Ferienzeiten. — Sie zensirt das Betragen und die Tätigkeit der Zöglinge, stellt Anträge über die definitive Aufnahme und Entlassung derselben und bespricht überhaupt alle gemeinsamen Angelegenheiten der Anstalt, wie Teilnahme an Festen, Reisen u. s. w.

§ 24. Jede Minderheit der Lehrerversammlung ist berechtigt, allfällige Minderheitsanträge schriftlich durch Vermittlung des Direktors an die Oberbehörde gelangen zu lassen.

Zweite Abteilung. Innere Einrichtung der Anstalt.

Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.

§ 25. Das Seminar hat die Zöglinge theoretisch und praktisch dergestalt auf ihren künftigen Beruf vorzubereiten, dass sie beim Austritt aus der Anstalt

mit der Einrichtung, dem Gang und den Bedürfnissen einer guten Volksschule vertraut, zur Leitung einer solchen allseitig befähigt und zur eigenen Fortbildung hinreichend vorbereitet sind. — Der gesamte Unterricht hat daher wie auf möglichste Gründlichkeit, so in allen Zweigen auch auf die eigentümliche Bestimmung der Anstalt besondere Rücksicht zu nehmen.

§ 26. Ein allgemeiner Unterrichtsplan bestimmt die in der Anstalt anzustrebenden Leistungen, den Umfang und die Abstufung des gesamten Unterrichtes durch alle Klassen hindurch.

An den allgemeinen Unterrichtsplan soll sich der jeweilige Stundenplan, welcher die ganze Tagesordnung der Anstalt mit Angabe der einzelnen Lehrstunden eines jeden Lehrers enthält, genau anschliessen.

§ 27. Die Ausbildung der Zöglinge zur praktischen Tüchtigkeit bildet einen wesentlichen Teil der Seminaraufgabe. Es soll in dieser Hinsicht der obligatorische Unterrichtsplan der Volksschule allseitig erörtert, der Stoff in den obligatorischen Lehrmitteln gründlich durchgearbeitet und ihre Behandlung in besondern methodischen Übungen gelehrt werden.

§ 28. Das Seminar ist nicht blosse Unterrichts-, sondern eben so sehr Erziehungsanstalt. Zu diesem Zwecke wird der erziehende Einfluss des Unterrichtes, der überall mit besonderer Sorgfalt im Auge behalten werden soll, durch das gesamte Anstaltsleben kräftigst unterstützt. Die Zöglinge der drei untern Klassen wohnen in der Regel im Konvikt, diejenigen der obersten ausserhalb des Seminars. Ausnahmen können in besonderen Fällen durch die Erziehungsdirektion auf Antrag der Seminardirektion gestattet werden.

Die Wahl der Kostorte unterliegt der Genehmigung des Seminardirektors.

Die Bestimmungen dieses Reglementes beziehen sich auch auf die ausserhalb des Seminars wohnenden Zöglinge. Diese stehen ebenfalls unter der Aufsicht des Seminardirektors und der Seminarlehrer nach den nähern Bestimmungen der durch die Erziehungsdirektion erlassenen Seminarordnung und haben in Bezug auf Fleiss und Betragen die gleichen Verpflichtungen wie die übrigen Zöglinge. — Mangelhaftes Betragen oder fortgesetzter Unfleiss haben unter Vorbehalt aller übrigen Disziplinarmassregeln, den Entzug des Stipendiums zur Folge.

Die Erziehung im Konvikt soll darauf gerichtet sein, möglichst anregend, entwickelnd und veredelnd auf den Willen des Einzelnen einzuwirken und ihm die Erhebung zur Selbständigkeit des Charakters zu erleichtern.

§ 29. Die Ferien der Anstalt dauern jährlich 10 Wochen. Sie sind mit Rücksicht auf die Zwecke des Unterrichts und die Besorgung der landwirtschaftlichen Arbeiten auf die verschiedenen Jahreszeiten zu verteilen (§ 5 des Gesetzes).

Zweiter Abschnitt. Die Lehrer.

§ 30. Die Seminarlehrer sind Mitglieder derjenigen Kreissynode, in deren Bereich das Seminar liegt. Zum Besuche der Versammlungen sind jedoch jedesmal nur so viele Lehrer abzuordnen, dass die Zöglinge durch die zurückgebliebenen passend beschäftigt und beaufsichtigt werden können.

§ 31. Die sämtlichen Seminarlehrer stehen unter dem Direktor als ihrer nächsten Oberbehörde, und haben seinen Weisungen und Anordnungen unmittelbare Folge zu leisten. In allen Angelegenheiten, welche sie, die Zöglinge oder anderweitige Verhältnisse der Anstalt betreffen, wenden sie sich an den Direktor. Gegen seine Anordnungen steht ihnen der Rekurs an die Seminarkommission oder an die Erziehungsdirektion offen, wovon sie jedoch dem Direktor sofort Anzeige zu machen haben.

§ 32. Sämtliche Seminarlehrer sind zum regelmässigen Besuche der Lehrerversammlungen verpflichtet; nur in dringenden Fällen kann auf rechtzeitige Anzeige an den Direktor die Abwesenheit entschuldigt werden. Das Protokoll hat von den allfälligen entschuldigten oder unentschuldigten Absenzen Notiz zu nehmen.

§ 33. Die Seminarlehrer sind verpflichtet, dem Direktor bei überhäuften amtlichen Geschäften, insbesondere in der ökonomischen Verwaltung der Anstalt und in der Beaufsichtigung der Zöglinge treue Aushülfe zu leisten.

§ 34. In Fällen von kürzerer Krankheit oder Abwesenheit haben sie sich, insofern keine andere Stellvertretung eintreten kann, nach den Anordnungen des Direktors im Unterrichte gegenseitige Aushülfe zu leisten.

§ 35. Die Seminarlehrer haben den Direktor in der Beaufsichtigung und Vorsorge für die Erhaltung alles Eigentums der Anstalt zu unterstützen und sind für die zum Unterricht in ihren Fächern erforderlichen Bücher, Apparate, Instrumente etc., worüber jeder Lehrer ein genaues Inventar führt, dem Direktor verantwortlich.

§ 36. Die Lehrer sind in der Regel zu höchstens 25 wöchentlichen Unterrichtsstunden verpflichtet. Sie können aber gegen angemessene Entschädigung für Wiederholungs- und Fortbildungskurse noch ausserordentlich in Anspruch genommen werden. — Die Seminarlehrer haben sich genau an den Unterrichtsplan zu halten. Ein eingeführtes Lehrbuch darf durch sie ohne Beschluss der zuständigen Behörde weder durch ein anderes ersetzt, noch sonst ausser Gebrauch gesetzt werden.

§ 37. Zur Erreichung der in § 27 geforderten praktischen Tüchtigkeit der Zöglinge hat jeder Fachlehrer darauf zu sehen, dass der Stoff in den betreffenden Lehrmitteln der Volksschule gründlich durchgearbeitet wird. Die allgemeine Methodik und die Besprechung der Organisation des gesamten Volksschulunterrichtes bildet einen Teil des vom Direktor zu erteilenden Unterrichtes in der Pädagogik. Die spezielle Methodik in den einzelnen Fächern wird ihm oder den betreffenden Fachlehrern übertragen.

§ 38. Sämtliche Lehrer sind verpflichtet, nach Kräften auf die Entwickelung eines sittlich festen Charakters erzieherisch einzuwirken.

§ 39. Keine Unterrichtsstunde darf, ganz oder teilweise, ohne die Erlaubnis des Direktors, oder, in Dringlichkeitsfällen, ohne rechtzeitige Anzeige an denselben eingestellt werden.

§ 40. In Todesfällen beziehen die Witwe und die Kinder eines Lehrers die volle Besoldung für die nächsten drei Monate, vom Todestage an gerechnet.

Dritter Abschnitt. Die Zöglinge.

§ 41. Die Aufnahme neuer Zöglinge findet in der Regel nur vor Anfang eines neuen Lehrkurses statt. Zu diesem Zwecke haben sich die Bewerber einer Aufnahmsprüfung zu unterziehen, welche zwei Monate vorher im Amtsblatt ausgeschrieben wird. Die Anmeldungen erfolgen bei der Seminardirektion innerhalb der festgesetzten Frist. Nur ausnahmsweise kann auf besondern Beschluss der Erziehungsdirektion der Eintritt Einzelner auch während des Jahreskurses gestattet werden. (§ 6 des Gesetzes.)

§ 42. Der Anmeldung sind folgende Ausweisschriften beizulegen:

1. Ein Geburtsschein.
2. Ein ärztliches Zeugnis über die Gesundheitsverhältnisse, namentlich über allfällige Mängel in der Konstitution des Bewerbers.

3. Ein Zeugnis über Erziehung und Schulbildung, über Charakter und Verhalten, vom Lehrer des Bewerbers ausgestellt, erweitert und beglaubigt von der Schulkommission, sowie etwaige pfarramtliche Zeugnisse.

Die Zeugnisse Nr. 2 und 3 sind von Seite der Aussteller verschlossen zu übergeben; offene Zeugnisse werden zurückgewiesen.

§ 43. Die Bewerber müssen:

1. Kantonsbürger oder Söhne im Kanton niedergelassener Eltern sein. Nicht im Kanton Bern Niedergelassene können ausnahmsweise gegen Erstattung der vollen Kosten für Nahrung und Pflege im Seminar Aufnahme finden. (§ 6 des Gesetzes.)
2. Bis zum 1. April des Eintrittsjahres das 15. Jahr zurückgelegt haben.
3. Frei von körperlichen Gebrechen sein, welche der künftigen Ausübung des Lehrerberufes hinderlich wären.
4. Günstige Sittenzeugnisse vorweisen.
5. Nicht schon zweimal wegen Unfähigkeit abgewiesen worden sein.

§ 44. Die Prüfung erstreckt sich über Religion, Gesang, deutsche Sprache, Rechnen und Raumlehre, Naturkunde, Geschichte, Geographie und Zeichnen im Umfange des Normalplans für die bernischen Primarschulen.

§ 45. Die Aufnahmsprüfung wird vom Direktor geleitet und von einer Prüfungskommission vorgenommen, welche aus der Seminarkommission und den Seminarlehrern besteht.

§ 46. Die Prüfungskommission teilt sich in Sektionen, durch welche gleichzeitig in verschiedenen Zimmern mündlich und schriftlich examinirt wird. Die Mitglieder einer Sektion verständigen sich sogleich nach der Prüfung jeder Abteilung über die Antragsnoten. Nach geschlossener Prüfung tritt die Kommission zusammen, trägt die einzelnen Prüfungsergebnisse in die Tabelle ein und beschliesst ihre Anträge an die Erziehungsdirektion. Von den Bewerbern werden bis auf die bestimmte Zahl diejenigen aufgenommen, die in den Leistungen am höchsten stehen, es sei denn, dass anderweitige, berücksichtigenswerte Gründe eine Ausnahme rechtfertigen.

Solche, welche gleich in eine obere Klasse des Seminars einzutreten wünschen, haben überdies eine Prüfung auf Grundlage des Unterrichtsplanes für das Seminar zu bestehen und können in die betreffende Klasse aufgenommen werden, wenn sie derselben in den Kenntnissen gleichstehen und das entsprechende Alter besitzen.

§ 47. Die Aufnahme erfolgt zunächst nur auf eine Probezeit von drei Monaten. Innert dieser Frist hat die Lehrerversammlung der Seminarkommission zu Handen der Erziehungsdirektion ihre Anträge über definitive Aufnahme oder Entlassung der Einzelnen einzureichen.

Nach geschehener definitiver Aufnahme können indess Zöglinge, die sich für den Lehrerberuf untauglich erweisen, immerhin noch entlassen werden.

§ 48. Diejenigen Zöglinge, welche im Konvikt wohnen, erhalten hier Wohnung, Kost, Wäsche, Licht und ärztliche Behandlung, letztere soweit sie im Seminar und ohne Beeinträchtigung der übrigen Anstaltszwecke möglich ist. Das Kostgeld hiefür beträgt jährlich wenigstens Fr. 150; bei Vermöglichen tritt ein Zuschlag ein nach den diesfälligen Bestimmungen des Kostgeldregulativs.

Das Kostgeld ist jeweilen halbjährlich vorauszubezahlen.

Für Zöglinge, welchen kein Konvikt zur Verfügung gestellt wird, werden Stipendien ausgesetzt (§ 7 des Gesetzes) bis auf den Betrag von Fr. 400 jährlich; und zwar werden bei der Verteilung die Vermögensverhältnisse, sowie Fleiss und Betragen berücksichtigt. Das Nähere hierüber wird in einem besondern Regulativ festgesetzt.

§ 49. Jeder Zögling hat bei seinem Eintritt dem Seminardirektor zu übergeben:

1) Einen Wohnsitzschein bez. einen Heimatschein.
2) Einen Ausweis über das eigene und das anwartschaftliche Vermögen, sowie über die Einkommensverhältnisse der Eltern, ausgestellt vom Gemeinderat des Wohnorts in Form eines Auszugs aus den Steuerregistern.
3) Einen Bürgschaftsschein von Seite des Vaters oder einer dritten Person, durch welchen die vollständige Bezahlung des Kostgeldes für die ganze Zeit seines Aufenthalts im Seminar gesichert wird. Der betreffende Gemeinderat hat die Zahlungsfähigkeit des Bürgen amtlich zu bescheinigen.

§ 50. Über die Zulassung oder Dispensation von den fakultativen Fächern entscheidet der Seminardirektor nach Anhörung des betreffenden Fachlehrers.

Die Zöglinge sind zum regelmässigen Besuch aller Unterrichtsstunden verpflichtet. Der Direktor kann, wo es die Umstände gebieten, von einzelnen Unterrichtsstunden dispensiren.

§ 51. Am Schlusse eines Jahreskurses findet unter der Leitung der Seminarkommission eine öffentliche Prüfung statt, welche von den Gesamtleistungen ein möglichst vollständiges Bild geben soll. Der Direktor macht dieselbe rechtzeitig öffentlich bekannt und ladet Eltern, Lehrer und Schulfreunde zur Teilnahme ein.

Die Prüfungsmaterien werden von der Seminarkommission bestimmt und einen Tag vor der Prüfung den examinirenden Lehrern mitgeteilt. Den Zöglingen dürfen sie nicht angezeigt werden.

§ 52. Überdies haben die Zöglinge der obersten Klasse die gesetzlich vorgeschriebene Patentprüfung vor einer besondern Prüfungskommission zu bestehen nach den Bestimmungen des betreffenden Reglementes.

§ 53. Am Schlusse der Promotionsprüfungen begutachtet die Seminarkommission die sachbezüglichen Anträge der Lehrerversammlung, worauf die Zöglinge durch die Erziehungsdirektion in eine höhere Klasse befördert, oder zurückbehalten, oder aus der Anstalt entlassen werden.

§ 54. Zöglinge, welche während der Probezeit austreten oder am Schlusse derselben entlassen werden, sowie solche, welche vor der Schlussprüfung freiwillig austreten, oder aus eigener Schuld austreten müssen, sind zur Vergütung der Kosten verpflichtet. Die Erziehungsdirektion kann aus besondern Gründen eine Ermässigung eintreten lassen.

Vierter Abschnitt. Disziplinarische Bestimmungen.

§ 55. Die Anstalt hat die Pflicht, die Zöglinge in ihrem ganzen Verhalten in und ausser der Anstalt möglichst zu überwachen und erziehend auf dieselben einzuwirken. Die Aufsicht über die disziplinarische Ordnung ist Sache des Direktors; ihre Handhabung beruht zunächst auf dem pädagogischen Takte der Lehrer.

§ 56. Das korrektive Verfahren hat in der Regel folgenden Stufengang:

a. Zurechtweisung durch den einzelnen Lehrer;
b. Anzeige an den Direktor und Verweis durch denselben;
c. Verhandlung durch die Lehrerversammlung und allfälliger Verweis vor versammelter Klasse, oder vor der Lehrerversammlung, oder endlich Überweisung an die Seminarkommission zu Handen der Erziehungsdirektion.

Bei schweren Vergehen kann ein Zögling durch den Direktor bis zur Erledigung der Klage unter sofortiger Überweisung an die Erziehungsdirektion vom Konvikt und vom Unterricht ausgeschlossen werden. Das Nähere wird durch eine von der Erziehungsdirektion erlassene Seminarordnung bestimmt.

§ 57. Von dem Tage an, da ein Bewerber in das Seminar eintritt, hat er sich allen Pflichten eines Zöglings mit pünktlichem Gehorsam zu unterziehen. In dieser Beziehung ist betonders verordnet:

a. Regelmässiger Besuch aller Lehrstunden einer Klasse; Fleis und Aufmerksamkeit während des Unterrichts;

b. Reinlichkeit und Ordnung in Betten, Kleidern, Büchern, Heften, sowie in den sämtlichen Räumlichkeiten der Anstalt;

c. Anständiges und höfliches Benehmen gegen Vorsteher und Lehrer der Anstalt und gegen Jedermann, auch ausserhalb der Anstalt; Dienstfertigkeit und Verträglichkeit gegen die Mitzöglinge;

d. Hinreichende Vorbereitung auf den Unterricht und gewissenhafte Lösung der für die Nebenstunden gestellten Angaben;

e. Fleissige Benutzung der Seminarbibliothek.

§ 58. Ohne dringliche Ursache darf keine Unterrichtsstunde versäumt werden. Wird aber ein Zögling durch den Direktor vom Besuch einer oder mehrerer Unterrichtsstunden dispensirt, oder ist er durch Krankheit am Besuch des Unterrichts verhindert, so hat er sein Absenzenbüchlein, in welchem der Grund der Abwesenheit notirt und vom Direktor bescheinigt wird, in den betreffenden Stunden durch einen Mitzögling vorzuweisen.

Jede Absenz, welche nicht in dieser Weise entschuldigt wird, ist als strafbar anzusehen und von dem betreffenden Lehrer dem Direktor sogleich zu verzeigen.

§ 59. Während der Erholungszeit zwischen den Schulstunden haben die Zöglinge in den Lehrzimmern und auf den Gängen allen Lärm möglichst zu vermeiden; auf das Zeichen der Glocke begeben sie sich ungesäumt in ihre Zimmer, wo sie bis zum Beginn des Unterrichtes sich an ihren Plätzen ruhig zu verhalten haben.

§ 60. Die Teilnahme an Festen edlerer Geselligkeit, sowie an öffentlichen oder Privatvereinen kann durch den Direktor nach Besprechung mit der Lehrerschaft gestattet werden.

Das Tabakrauchen und der Besuch der Wirtschaften ist den Seminaristen nur ausnahmsweise in dem vom Direktor näher zu bestimmenden Mass erlaubt.

§ 61. Es ist den Seminaristen erlaubt, unter sich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder praktischen Ausbildung Vereine zu bilden. Für dieselben sind jedoch Statuten zu entwerfen, deren Genehmigung durch den Direktor eingeholt werden muss.

§ 62. Die speziellen disziplinarischen Bestimmungen, welche im Konviktleben ihre Anwendung finden, werden durch die Seminarordnung festgestellt.

Fünfter Abschnitt. Besondere Bestimmungen über die Musterschule und die landwirtschaftlichen Arbeiten.

§ 63. Zum Zwecke der praktischen Ausbildung der Zöglinge im Schulhalten wird mit dem Seminar eine Musterschule verbunden, welche das Bild einer wohlgeordneten Primarschule darstellen soll.

§ 64. Die Seminarschule ist eine öffentliche Primarschule und zugleich eine Übungs- und Musterschule für die Seminaristen. Als Primarschule hat sie die Aufgabe der allgemeinen Volksschule, als Übungs- und Musterschule hat sie den Zöglingen Gelegenheit zu geben, sich mit der Einrichtung, dem Gang und der Leitung einer wohlgeordneten Volksschule hinlänglich bekannt zu machen und die erforderliche praktische Befähigung für ihren Beruf sich zu erwerben.

§ 65. Bildet die Musterschule einen integrirenden Bestandteil des Seminars, so sorgt der Staat, soweit nicht ein allfälliger Vertrag mit der Gemeinde etwas

anderes bestimmt, für ihre Bedürfnisse; wird dagegen die Dorfschule in einzelnen oder in allen Abteilungen als Übungs- und Musterschule benutzt, so teilen sich Staat und Gemeinde nach den Bestimmungen des Vertrags in die Bestreitung ihrer Bedürfnisse.

§ 66. Die Lehrer an der Musterschule haben sich strenge an die Durchführung des obligatorischen Unterrichtsplans und der obligatorischen Lehrmittel zu halten. In Beziehung auf die Unterrichtsmethode haben sie sich mit dem Seminardirektor zu verständigen.

§ 67. Im Einverständnis mit der Lehrerversammlung ordnet der Direktor im Anfang jedes Semesters die Benutzung der Musterschule durch die Zöglinge des Seminars, wobei darauf zu sehen ist, dass die praktische Ausbildung der Zöglinge möglichst erreicht werde, ohne die Musterschule ihrer Bestimmung als Primarschule zu entfremden oder den übrigen Unterricht im Seminar allzu sehr zu stören.

§ 68. Wird die Dorfschule nicht als Übungs- und Musterschule benutzt, so ist für die spezielle Beaufsichtigung und Administration der Seminarschule eine besondere Kommission zu bestellen. Zusammensetzung und Obliegenheiten dieser Kommission, sowie das Verhältnis der Schule zum Seminar und zur Gemeinde werden in diesem Falle durch ein besonderes Regulativ bestimmt.

§ 69. Die landwirtschaftlichen Arbeiten bezwecken zunächst einen wohltätigen Einflus auf den Gesundheitszustand der Zöglinge, sodann die dauernde Verbindung mit den Beschäftigungen des Landlebens und ein besseres Verständnis des Unterrichtes, der ihnen in dieser Richtung gegeben wird.

§ 70. Zu diesem Zwecke überlässt der Staat dem Seminar das erforderliche nahgelegene Land und versieht die Anstalt mit den nötigen landwirtschaftlichen Geräten.

§ 71. Die land- und hauswirtschaftlichen Arbeiten erstrecken sich auf den Garten- und Ackerbau, die Obstbaum- und die Bienenzucht, sowie diejenigen häuslichen Beschäftigungen, welche in der Seminarordnung näher bezeichnet werden.

§ 72. Die Zöglinge werden bald gemeinsam, bald in Abteilungen beschäftigt, die in einer bestimmten Ordnung auf einander folgen. Die Arbeitszeit ist so zu verteilen, dass dadurch die Unterrichtszwecke möglichst wenig beeinträchtigt werden. Bei Hauptarbeiten — Anpflanzen, Ernte etc. — kann der Unterricht auch für einzelne Tage unterbrochen werden.

§ 73. Die Bewirtschaftung des Landes wird unter der Leitung eines Lehrers und unter Hülfe des Hausknechtes möglichst durch die Zöglinge selbst besorgt.

Sechster Abschnitt. Die Wiederholungs- und Fortbildungskurse.

§ 74. Die Wiederholungs- und Fortbildungskurse werden im Seminar selbst abgehalten und dauern höchstens 6 Wochen. Die Zahl der Teilnehmer an einem Kurse wird durch die Erziehungsdirektion bestimmt. Sie erhalten den Unterricht unentgeltlich und überdies freie Station, oder eine entsprechende Entschädigung aus der Staatskasse (§ 12 des Gesetzes).

§ 75. Es sollen alle diejenigen, welche freiwillig an einem Kurs teilzunehmen wünschen, zu rechter Zeit eingeladen werden, sich beim Seminardirektor anschreiben zu lassen.

Da, wo das Interesse der Schule es erheischt, können einzelne Lehrer zum Besuch dieser Kurse angehalten werden. Es sollen in der Regel nur patentirte und nur an hiesigen Schulen angestellte Lehrer zugelassen werden.

Die Erziehungsdirektion entscheidet im einen wie im andern Fall, wer an diesen Kursen teilzunehmen hat, und zwar nach Anhörung der betreffenden Schulinspektoren auf den Antrag der Seminardirektion.

§ 76. Die Seminarlehrerversammlung hat über die Einrichtung des Kurses zu beraten, wobei darauf Bedacht zu nehmen ist, dass die teilnehmenden Lehrer in das Wesen und die Anwendung des Unterrichtsplanes und der obligatorischen Lehrmittel eingeführt werden. Der aus dieser Beratung hervorgehende Plan ist der Seminarkommission einzureichen, welche ihn, mit ihrem Berichte versehen, der Erziehungsdirektion zur Genehmigung vorlegen wird.

§. 77. Am Ende eines Wiederholungs- oder Fortbildungskurses findet ein öffentlicher Schlussakt statt, bei welchem sich die Seminarkommission in angemessener Weise vertreten lässt. Über den Gang des Kurses und die Ergebnisse desselben hat sie der Erziehungsdirektion Bericht zu erstatten.

Dritte Abteilung. Bestimmungen über die ökonomische Verwaltung.

§ 78. Der Direktor führt die Oberaufsicht über die ganze Haus- und Landwirtschaft. Er besorgt die Kasse und das Rechnungswesen unter Beihülfe des übrigen Personals der Anstalt nach den Vorschriften des Regulativs über Rechnungsführung an Staatsanstalten, soweit nicht nach Beschlüssen des Regierungsrats Abweichungen geboten sind.

§ 79. Über die Art der Führung des Konvikts und die damit zusammenhängenden ökonomischen Verhältnisse und Geschäfte wird der Regierungsrat das Nötige anordnen.

§ 80. Wenn der Direktor den Konvikt selbst führt, so kann er für Verwaltungsgeschäfte, wie Ankauf von Lebensmitteln und Geräten, Führung der Lieferungsbücher u. s. w. geeignete Kräfte unter dem Lehrerpersonal zur Beihülfe in Anspruch nehmen.

Auch sonst sind die Seminarlehrer in allen amtlichen Verrichtungen der Verwaltung zur Aushülfe verpflichtet.

§ 81. Das Dienstpersonal der Anstalt besteht aus einem Hausknecht und den erforderlichen Mägden. Führt der Direktor den Konvikt selbst, so werden Haushälterin und Dienstboten von ihm angestellt und entlassen, andernfalls, soweit es den Konvikt berührt, vom Konvikthalter im Einverständnis mit dem Direktor.

§ 82. Der Hausarzt, welcher bei allen Erkrankungsfällen zuzuziehen ist, wird von dem Direktor bezeichnet.

§ 83. Die Büreaukosten des Direktors, des Buchhalters und des allfälligen Verwalters werden aus der Seminarkasse bestritten.

§ 84. Über den Gang und die hauswirtschaftliche Ordnung der Anstalt wird vom Direktor unter Zuziehung der Seminarlehrer eine Seminarordnung entworfen, welche von der Seminarkommission begutachtet und von der Erziehungsdirektion erlassen wird.

Übergangsbestimmungen.

§ 85. Dieses Reglement tritt sogleich, diejenigen Bestimmungen, welche die Errichtung einer vierten Klasse betreffen, sowie das Wohnen der Zöglinge derselben ausserhalb des Seminars, jedoch nur provisorisch, in Kraft.

Die Vorschriften über die Seminarzöglinge werden denselben in besonderm Abdrucke samt der Seminarordnung in die Hand gegeben.

Das Reglement für das deutsche Lehrerseminar des Kantons Bern vom 22. November 1861 ist aufgehoben.

b. Lehrpläne.

Kanton BERN.

53. *1.* **Unterrichtsplan für das deutsche Lehrer-Seminar. Erlass der Erziehungsdirektion vom 1. Oktober 1884. § 2 lit. b des Reglements vom 3. März 1883.**

Allgemeine Bestimmungen.

1. Der Unterricht im Seminar hat den Zweck, den Zöglingen eine gründliche intellektuelle und sittlich-religiöse Ausbildung zu geben und ihnen die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, um dieselben zur segensreichen Wirksamkeit in der Volksschule, wie auch zur Selbstbildung fähig und geneigt zu machen.

2. Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes findet das Seminar in folgenden Unterrichtsgegenständen:

a. Pädagogik (Psychologie, allgemeine und praktische Pädagogik nebst Geschichte derselben und praktische Übungen).
b. Religion (biblische Geschichte und Geographie, Bibelkunde und Kirchengeschichte).
c. Deutsche Sprache (Sprachlehre, Lesen und Erklären von Musterstücken, Übung im mündlichen und schriftlichen Ausdruck, deutsche Literaturkunde).
d. Französische Sprache.
e. Mathematik (Arithmetik und Geometrie).
f. Naturkunde (Naturgeschichte und Naturlehre).
g. Geschichte (allgemeine und vaterländische Geschichte).
h. Geographie.
i. Musik (Musiktheorie, Gesang, Klavier-, Orgel- und Violinspiel). Von letzterem kann der Seminardirektor, nach Anhörung des betreffenden Fachlehrers, die dazu wenig begabten Zöglinge dispensiren.
k. Zeichnen (freies Handzeichnen und technisches Zeichnen).
l. Schönschreiben (in Verbindung mit Buchhaltung).
m. Turnen.
n. Landwirtschaftliche Belehrung und Arbeiten.
o. Handfertigkeitsunterricht.

3. Der gesamte Unterricht der Anstalt soll möglichst ineinandergreifen, so dass die einzelnen Unterrichtszweige sich gegenseitig ergänzen und unterstützen.

In der Auswahl und Anordnung des Unterrichtsstoffes haben sich die Lehrer genau an die Bestimmungen des Unterrichtsplanes zu halten und in der methodischen Behandlung darauf zu dringen, dass in allen Richtungen, unter Vermeidung jeder mechanischen Stoffaufnahme, Wissen und Können des Zöglings Hand in Hand gehen, und dass derselbe zur geistigen Durchdringung und selbständigen Beherrschung des Unterrichtsstoffes befähigt werde.

4. Die Lehrer sind verpflichtet, ihren Unterricht stets im Hinblick auf die Berufsbildung zu erteilen, indem sie mit dem theoretischen Unterricht die nötigen methodologischen Hinweisungen verbinden und dafür sorgen, dass der im Unterrichtsplan der Volksschule vorgeschriebene Stoff von den Zöglingen gründlich verarbeitet und vollständig beherrscht wird und die Zöglinge mit den Lehrmitteln der Primarschule wohl vertraut werden.

Die Besprechung und Beleuchtung der Organisation des Volksschulunterrichts ist Sache des Direktors; die spezielle Methodik in den einzelnen Fächern wird ihm oder den einzelnen Fachlehrern übertragen.

5. Da die Fähigkeit eines richtigen und lebendigen mündlichen Ausdrucks zu den wesentlichen Eigenschaften eines guten Volksschullehrers gehört, so ist hierauf in allen Unterrichtszweigen mit besonderem Nachdruck hinzuwirken,

indem die Zöglinge zu vollständigen sprachrichtigen Antworten und zur zusammenhängenden Reproduktion behandelter Gegenstände in den verschiedenen Gebieten des Unterrichts unablässig angehalten werden.

6. Um das zeitraubende Diktiren und Nachschreiben zu ersparen, soll in jedem Fache, in welchem zweckmässige Lehrbücher vorhanden sind, ein solches eingeführt, dem Unterricht zu Grunde gelegt und das Schreiben auf das unumgänglich notwendige beschränkt werden.

Anmerkung. Die IV. Klasse umfasst das erste, die III. das zweite und dritte, die II. das vierte und fünfte, die I. das sechste und siebente Semester.

Übersicht der Unterrichtsstunden.

Semester	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.
Pädagogik	—	—	—	3	3	4	4
Methodik	—	—	—	1	1	2	2
Religion	2	2	3	2	3	1	1
Deutsche Sprache	6	6	6	6	6	6	6
Französische Sprache	3	3	3	2	3	2	3
Mathematik	5	5	5	5	4	4	4
Naturkunde	3	3	3	3	3	4	4
Geschichte	3	3	3	2	3	2	2
Geographie	2	3	2	3	2	—	—
Gesang	3	3	3	2	2	3	2
Klavier- und Orgelspiel	2	2	2	1	1	1	1
Violinspiel	2	1	1	1	1	1	1
Zeichnen	3	3	3	3	2	2	2
Schreiben	2	2	2	1	1	—	—
Turnen	2	2	2	2	2	2	2
Landwirtschaftslehre	—	—	—	—	—	1	1
Handfertigkeitsunterricht	2	2	2	2	2	—	—
Schulbesuch	—	—	—	1	1	3	3
Besprechung der Lehrübungen	—	—	—	—	—	1	1
Total	40	40	40	40	40	39	39

---

54. *2.* **Programme de l'école normale de Delémont. Arrêté du Département de l'instruction publique, du 15 mars 1885. Art. 2 de la loi sur les écoles normales du 18 Juillet 1875.**

A. Dispositions générales.

1. L'école normale de Delémont est à la fois un établissement d'éducation et d'instruction. En conséquence, les maîtres doivent travailler à développer les facultés intellectuelles et morales des élèves, ainsi qu'à leur donner les connaissances et les aptitudes que doivent posséder de bonnes institutrices.

2. Les cours durent trois ans. Le programme comprend les branches suivantes: la religion, la pédagogie, la langue française, la langue allemande, l'arithmétique et la géométrie, la zoologie et la botanique, la physique, la chimie et la minéralogie, l'histoire, la géographie, le chant et le piano, l'écriture, le dessin, la gymnastique et les travaux à l'aiguille.

Les élèves faibles peuvent être dispensées des leçons de piano pendant la troisième année. Pour les élèves qui n'ont aucune notion d'allemand, cette branche est facultative.

3. Toutes les branches doivent être enseignées d'après des méthodes rationnelles, et de manière à former les élèves à l'enseignement primaire.

4. La méthodologie générale rentre dans le cours de pédagogie. Par contre, les principes méthodiques relatifs aux diverses branches doivent être exposés par les maîtres qui enseignent ces branches.

A partir de la seconde année, les élèves feront de fréquentes visites à l'école d'application, quand il y en aura une, et jusque-là aux diverses classes des environs.

5. Les succès des élèves sont notés, pour chaque branche, conformément aux prescriptions du règlement sur les examens en obtention du diplôme primaire.

Tous les trois mois, les maîtres adressent au directeur un rapport sur la conduite, l'application et les progrès des élèves. Ces rapports sont consignés dans un registre spécial et communiqués aux parents. A la fin du cours, la moyenne en est transmise à la Commission de l'école normale.

Le directeur délivre, pour chaque élève, un bulletin particulier qu'il adresse aux parents tous les trimestres.

6. Le nombre des heures de leçons hebdomadaires est déterminé dans le tableau ci-après:

Branches d'enseignement	Années scolaires		
	Ire année	IIe année	IIIe année
1. Religion	1 heure	2 heures	1 heures
2. Pédagogique	1 „	3 „	3 „
3. Langue française	9 „	7 „	8 „
4. Langue allemande	3 „	3 „	3 „
5. Arithmétique et	4 „	3 „	3 „
Géométrie	1 „	1 „	1 „
6. Zoologie et botanique	2 „	2 „	1 „
7. Physique	1 „	1 „	1 „
8. Chimie et minéralogie	—	—	1 „
9. Histoire	2 „	2 „	3 „
10. Géographie	2 „	2 „	2 „
11. Chant	2 „	2 „	3 „
12. Ecriture	2 „	2 „	1 „
13. Dessin	2 „	2 „	2 „
14. Gymnastique	2 „	2 „	2 „
15. Travaux à l'aiguille	5 „	5 „	5 „
Total	39 heures	39 heures	40 heures

16. Piano. — On consacre à l'enseignement du piano 4 heures par semaine; les leçons se donnent en même temps que les leçons de travaux à l'aiguille.

Kanton TESSIN.

55. *3.* **Programmi per le scuole normali stabilito del consiglio di Stato** 28 maggio 1885.

Orario settimanale delle lezioni.

	Scuola Normale maschile			Normale femminile		
	Anno I	Anno II	Anno III	Anno I	Anno II	Anno III
Religione	2	2	1	2	2	5
Logica	—	—	4	—	—	—
Lingua italiana	11	10	5	9	8	5
„ francese	2	2	4	2	2	4
Pedagogia	2	2	—	2	2	—
Didattica	—	4	—	—	4	—
Aritmetica	6	4	2	4	3	2
Computisteria	—	—	3	—	—	2
Storia e Geografia	3	2	6	3	2	4
Storia naturale	3	4	—	3	3	—
Fisica e Chimica	—	—	5	—	—	4
Igiene	—	—	—	—	—	2
Calligrafia	1	—	—	1	—	—
Economia domestica	—	—	—	1	—	1
Lavori femminili	—	—	—	4	4	3
	30	30	30	31	31	38

---

56. *4.* **Programme d'études de l'école normale des instituteurs du Jura bernois. Du 4 Août 1885. Art. 2 de la loi sur les écoles normales du 18 Juillet 1875. Art. 2 du règlement de l'école normale française des instituteurs du 31 Décembre 1875.**

Dispositions générales.

1. L'Ecole normale a pour but de développer les facultés intellectuelles et morales des élèves, de leur donner les connaissances et les aptitudes nécessaires pour travailler avec fruit au développement de l'école populaire, ainsi qu'à leur propre perfectionnement.

2. Le programme d'études comprend les branches suivantes:

a) La pédagogie (psychologie, pédagogie générale, pédagogie pratique, histoire de la pédagogie, exercices pratiques d'enseignement).

b) La religion (histoire et géographie bibliques, histoire abrégée des religions, histoire de l'Eglise chrétienne).

c) La langue française (grammaire, lecture et explications, exercices de style et d'élocution, principes de littérature, histoire de la littérature française).

d) La langue allemande.

e) Les mathématiques (arithmétique, géométrie, éléments d'algèbre).

f) Les sciences naturelles (histoire naturelle, physique et chimie, notions d'agriculture).

g) L'histoire (histoire générale, histoire de la Suisse, instruction civique).

h) La géographie (géographie générale, géographie de la Suisse et du Jura).

i) La musique (théorie, chant, piano, harmonium et violon). Le directeur, après avoir entendu le maître de musique, peut dispenser des leçons de violon les élèves qui ont peu de dispositions pour l'étude de cet instrument.

k) Le dessin (dessin artistique et technique).

l) La calligraphie et la tenue des livres.

m) La gymnastique.

n) Les travaux manuels.

3. Ces matières doivent être enseignées d'après des méthodes rationnelles, en rapport avec les besoins des écoles primaires; autant que possible, on fera en sorte qu'elles se prêtent un mutuel appui.

Dans le choix et la coordination des matières, les maîtres s'en tiendront strictement aux dispositions du programme. Ils veilleront spécialement à ce que les élèves étudient avec intelligence et à ce que la pratique s'allie toujours à la théorie.

4. Les maîtres ne perdront pas de vue qu'ils doivent former de bons instituteurs primaires. En conséquence, ils devront donner aux élèves les directions méthodiques nécessaires, leur faire étudier à fond les matières prescrites par le plan d'études des écoles primaires et les familiariser avec les manuels et les moyens d'enseignement qui y sont en usage.

La didactique générale et les questions relatives à l'organisation de l'école populaire font partie du cours de pédagogie; par contre, les maîtres sont chargés d'enseigner la méthodologie des branches qui leur sont dévolues.

5. La pureté et la facilité d'élocution étant une des conditions essentielles d'un bon enseignement, on exigera dans toutes les leçons que les élèves formulent convenablement leurs réponses et qu'ils s'exercent à développer logiquement les matières étudiées.

6. Pour éviter la perte de temps qu'occasionnent les copies et les dictées, les élèves auront entre les mains des manuels qui serviront de base pour les cours et la préparation des leçons.

Les notes additionnelles ou explicatives que les maîtres feront prendre aux élèves se réduiront à celles qui sont absolument nécessaires; la rédaction de ces notes sera organisée de manière à ne pas nuire aux études proprement dites.

Maximum des heures de leçons.

Branches d'enseignement	Classe IV	Classe III	Classe II	Classe I
Pédagogie	—	—	3	4
Méthodologie (générale, langue, arith., chant)	—	—	3	4
Religion	2	2	2	1
Langue française	7	7	6	6
Langue allemande	3	3	3	3
Mathématiques	5	5	5	4
Sciences naturelles et notions d'agriculture en Ire	3	3	3	4
Histoire	3	2	2	2
Géographie	2	2	2	1
Chant	3	2	2	2
Piano, harmonium et violon	3	4	2	2
Dessin	2	3	2	2
Calligraphie et tenue des livres	2	2	1	1
Gymnastique	2	2	2	2
Travaux manuels	2	2	1	—
Total	39	39	39	38

VIII. Gewerbliche und landwirtschaftliche Berufsschulen und Kurse.

a. Anordnung von Prüfungen.

57. *1.* **Reglement des Regierungsrates betreffend die Ausstellung von Fähigkeitszeugnissen und Fachdiplomen am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. Vom 19. Januar 1884.**

§ 1. Diejenigen Schüler des Technikums des Kantons Zürich in Winterthur, welche eine Fachschule absolvirt haben, können sich um ein Fähigkeitszeugnis bewerben.

§ 2. Die Fähigkeitszeugnisse beziehen sich auf den Umfang der erworbenen theoretischen Kenntnisse und den Grad der zur Lösung praktischer Aufgaben erforderlichen Beherrschung derselben.

Die Fähigkeitszeugnisse werden nach dem Ergebnis hiefür veranstalteter Prüfungen unter Berücksichtigung der Semesterzeugnisse ausgestellt.

§ 3. In der Prüfung hat der Aspirant eine Anzahl aus dem Gebiet der betreffenden Fachschule gewählter Fragen zu beantworten und mindestens zwei aus dem nämlichen Gebiete gewählte Aufgaben schriftlich beziehungsweise durch Zeichnungen oder Modelliren zu lösen.

§ 4. Schüler des Technikums, welche sich im Besitz des Fähigkeitszeugnisses befinden (§§ 2 und 3) und vor oder nach Beendigung des Kurses am Technikum in genügender Weise auf dem Gebiete ihres Faches sich praktisch eingeübt haben, sind berechtigt, sich um ein Fachdiplom zu bewerben.

§ 5. Frühere Schüler des Technikums, welche vor Einrichtung dieser Prüfungen die Anstalt verlassen haben, sind von der Bewerbung um ein Fachdiplom nicht ausgeschlossen.

§ 6. Das Fachdiplom wird erteilt auf Grundlage des Fähigkeitszeugnisses und des genügenden Ausweises über praktische Erfahrung und Tüchtigkeit in einer einlässlichen Prüfung.

§ 7. Die bezeichneten Prüfungen werden von einer Kommission geleitet, welche vom Erziehungsrat alljährlich gewählt wird. In der Prüfungskommission soll die Aufsichtskommission und die Lehrerschaft des Technikums vertreten sein.

§ 8. Die Fähigkeitsprüfungen sind für Schweizerbürger unentgeltlich, Ausländer zahlen eine Gebühr von 10 Franken. Die Kosten für die Fachdiplomprüfungen werden von den Examinanden bestritten.

§ 9. Ein Regulativ wird über das Programm und die Anordnung sowohl der Fähigkeits- als der Fachdiplom-Prüfungen, sowie über die Einrichtung der Zeugnisse das Nähere festsetzen.

---

58. *2.* **Regulatif des Erziehungsrates betreffend die Anordnung und** das Programm der Fähigkeitsprüfungen am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Siehe § 9 des Reglements betreffend die Ausstellung von Fähigkeitszeugnissen etc. vom 14. November 1883.) Vom 25. Juni 1884.

A. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Schüler des Technikums des Kantons Zürich in Winterthur, welche der Schule für Bauhandwerker, der Schule für Mechaniker, der Schule für Chemiker, der Schule für kunstgewerbliches Zeichnen und Modelliren und der Handelsabteilung angehören, können sich um Fähigkeitszeugnisse bewerben.

Für die Schüler der Geometerschule werden vorläufig keine Fähigkeitsprüfungen angeordnet.

Um zur Prüfung zugelassen zu werden, muss der Kandidat eine Fachschule mindestens von der dritten Klasse an durchlaufen haben.

§ 2. Die Prüfung wird von einer Kommission geleitet, welche vom Erziehungsrat jeweilen gewählt wird. In der Prüfungskommission soll die Aufsichtskommission und die Lehrerschaft des Technikums, sowie soweit möglich das betreffende Gewerbe vertreten sein.

§ 3. Diese Prüfungen finden alljährlich, für Schüler der Bau- und Mechaniker-Abteilung am Ende des Sommersemesters, für Schüler der Chemiker-, der kunstgewerblichen und der Handels-Abteilung am Ende des Wintersemesters statt.

§ 4. Die Anmeldung zur Prüfung ist durch Ausfüllung und Abgabe eines besondern Formulars spätestens 8 Wochen vor Schluss des Semesters bei der Direktion des Technikums einzureichen.

§ 5. Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet auf Grund der Semesterzeugnisse die Aufsichtskommission. Schüler, die sich eine schwere Disziplinarstrafe zugezogen haben, können von der Prüfung ausgeschlossen werden.

Ausländer bezahlen eine Prüfungsgebühr von 10 Franken.

§ 6. In der Prüfung hat der Aspirant eine Anzahl aus dem Gebiete der betreffenden Fachschule gewählter Fragen zu beantworten und aus dem nämlichen Gebiete gewählte Aufgaben schriftlich oder experimentell, beziehungsweise durch Zeichnungen oder Modelliren zu lösen.

Die schriftlichen, graphischen und praktischen Arbeiten sind selbständig und ohne Benützung von Büchern und Zeichnungen (mit Ausnahme von Logarithmen- und ähnlichen Tafeln) unter Aufsicht anzufertigen.

§ 7. Bei der Beurteilung dieser Arbeiten wird in erster Linie die Richtigkeit derselben, in zweiter Linie die korrekte und geordnete Darstellung in Betracht gezogen.

§ 8. Die mündlichen und schriftlichen Prüfungen finden jeweilen in der letzten Woche des Semesters statt. Für die beteiligten Schüler fallen die Schlusrepetitorien aus.

§ 9. Die bei der Prüfung für befähigt erkannten Kandidaten erhalten ein von der Erziehungsdirektion ausgestelltes Zeugnis, welches den Grad der Befähigung für die verschiedenen Fächer, in denen geprüft worden ist, in Worten angibt.

§ 10. Wer die Prüfung im ersten mal nicht bestanden hat, kann sich der Prüfung zum zweiten und letzten mal unterziehen.

B. Spezielle Bestimmungen für die einzelnen Fachschulen.

I. Schule für Bauhandwerker.

1) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:
   a. Baukonstruktionslehre.
   b. Bauformen- und Baustillehre.
   c. Baumaterialienlehre.
   d. Heizung und Ventilation.

2) Die schriftliche Prüfung besteht:
   a. aus dem Vorausmas, einer Anzahl Preisbestimmungen und dem Voranschlag für mehrere Baugewerke zu dem ad 3a erwähnten Bauprojekt.

b. aus der Aufstellung der zur Vergebung der veranschlagten Bauarbeiten nötigen Verträge.
c. aus der Lösung einer Aufgabe der Baustatik.

3) Die graphische Prüfung umfasst:
a. die Ausführung der Werkpläne und der konstruktiven und architektonischen Detailzeichnungen zu einem kleinen Gebäude.
b. die Ausführung des Situationsplanes nebst Längen- und Querprofilen eines für dasselbe Gebäude supponirten Bauplatzes (nach Aufnahme).
c. die Lösung einer Aufgabe des Steinschnittes.
d. die Ausführung einer Ornamentzeichnung.

II. Schule für Mechaniker.

1) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:
a. Mathematik (Lehrstoff der III. und IV. Klasse).
b. Graphische Statik.
c. Mechanik.
d. Konstruktionslehre.
e. Technologie des Eisens.
f. Kalkulationen und Buchhaltung.

2) Die schriftliche Prüfung schliesst in sich:
a. die Lösung einer Aufgabe aus dem Gebiete der theoretischen Maschinenlehre.
b. die Lösung einer Aufgabe aus dem Gebiete der Konstruktionslehre.

3) Die graphische Prüfung umfasst:
a. die Lösung einer Aufgabe der angewandten darstellenden Geometrie.
b. die Herstellung der Skizze einer Maschine.
c. das Entwerfen und Ausarbeiten einer einfachen Maschine.
d. die Konstruktion der wichtigsten Details dieser Maschine.

III. Schule für Chemiker.

1) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:
a. Anorganische Chemie inkl. Technologie.
b. Analytische Chemie (qualitative und quantitative Analyse).
c. Organische Chemie.
d. Färberei.

2) Die schriftliche Prüfung besteht aus zwei schriftlichen Arbeiten, wovon eine aus dem Gebiete der allgemeinen Chemie und eine aus dem im Kursus über Färberei behandelten Lehrstoff.

3) In der praktischen Prüfung sind folgende Laboratoriumsarbeiten auszuführen:
a. eine qualitative Analyse.
b. eine Titriranalyse, die Wertbestimmung eines technischen Produktes betreffend.
c. eine Gewichtsanalyse.
d. die Darstellung eines anorganischen Präparates.
e. die Darstellung eines organischen Präparates aus dem Gebiete der Fettreihe.
f. die Lösung einer Aufgabe aus dem Gebiete der aromatischen Reihe, womit quantitative Bestimmungen verbunden werden können und worüber vom Schüler ein einlässliches schriftliches Referat abzugeben ist.

IV. Schule für kunstgewerbliches Zeichnen und Modelliren.

1) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf:
a. Stil- und Farbenlehre.
b. Anatomie.

2) Die graphische Prüfung umfasst:
a. Perspektive und Schattenlehre.
b. Ornamentenzeichnen nach Modell.
c. Figurenzeichnen.
d. Ornamentkomponiren.
e. Landschaftszeichnen (eventuell).

3) Die praktische Prüfung besteht:
a. in dem Entwurf eines dem speziellen Fach des Schülers entsprechenden Gegenstandes.
b. in der Ausführung des Entwurfes oder einzelner Teile desselben (eventuell).
c. im Malen nach der Natur (Stilleben, Figuren, Landschaft).
d. im Modelliren eines Gegenstandes (eventuell).

V. Handelsabteilung.

1. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:
a. Deutsche Sprache.
b. Französische Sprache.
c. Englische Sprache.
d. Italienische Sprache.
e. Kaufmännisches Rechnen.
f. Wirtschaftslehre und Handelsgeographie.
g. Wechsel und Handelsrecht.
h. Waarenkunde.

2) Die schriftliche Prüfung umfasst:
a. einen deutschen Aufsatz, im Anschluss an die Lektüre und den Unterricht in der Literaturgeschichte, den kaufmännischen Geschäftsverkehr betreffend, oder über ein Thema der Wirtschaftslehre.
b. in den drei Fremdsprachen: je einen Aufsatz über ein einfaches allgemeines Thema, oder die Abfassung eines kaufmännischen Briefes, oder eine Übersetzung aus der Muttersprache in die Fremdsprache.
c. die Bearbeitung eines fingirten Geschäftsganges nach dem System der doppelten Buchhaltung.
d. die Konstruktion des Tilgungsplanes für ein Anleihen.

Das vorstehende Regulativ wird vorläufig provisorisch in Kraft erklärt.

---

b) Organisation von Kursen.

59. *1.* **Erster Instruktionskurs für Zeichnungslehrer an gewerblichen** Fortbildungsschulen am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. Erlass der Aufsichtskommission vom 19. Februar 1885.

A. Programm.

Dauer des Kurses. Der Unterricht wird am 20. April 1885 eröffnet und am 15. August desselben Jahres geschlossen.

Aufnahme. Es werden 25 Teilnehmer sämtlicher Kantone unter nachfolgenden Bedingungen zugelassen:
1. Zurückgelegtes 18. Altersjahr.
2. Ausweis über den Besuch einer Mittelschule (Seminar, Technikum, Industrieschule, Gymnasium).
3. Ausweis über die nötige Fertigkeit im Zeichnen durch Vorlegen von Zeichnungen.

Ausnahmsweise können auch tüchtige Berufsmänner (Bauhandwerker, Mechaniker etc.), welche mindestens Sekundarschulbildung genossen haben, zugelassen werden.

Die Anmeldungen sind bis spätestens Ende März schriftlich und begleitet von Altersausweis, Zeugnissen und Zeichnungen der Direktion des Technikums einzureichen.

Die Aufsichtskommission des Technikums entscheidet über die Aufnahme auf Grundlage der eingereichten Zeugnisse und Zeichnungen unter möglichster Berücksichtigung der verschiedenen Landesgegenden und derjenigen Kandidaten, welche bereits als Lehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen tätig sind.

Schulgeld. Bei Beginn des Kursus haben die Teilnehmer ein Schulgeld von 20 Fr. für den ganzen Kurs zu entrichten.

Schulordnung. Die Kursteilnehmer unterstehen der Schulordnung des Technikums.

Berücksichtigung spezieller Bildungszwecke. Denjenigen Teilnehmern, welche ihre Ausbildung auf eine oder zwei der im Lehrplan bezeichneten Richtungen beschränken möchten, kann von der Aufsichtskommission des Technikums der Dispens von einzelnen Disziplinen des Kurses und ein Austausch mit Fächern, in welchen an den Fachschulen des Technikums unterrichtet wird, bewilligt werden.

Aufsicht. Die unmittelbare Aufsicht des Kurses steht der Aufsichtskommission des Technikums zu. Das schweiz. Handels- und Landwirtschaftsdepartement ist berechtigt, jederzeit selbst oder durch Delegirte Einsicht vom Fortgang des Kurses zu nehmen.

Diplomprüfung. Am Schlusse des Kurses finden Prüfungen statt; auf Grundlage ihrer Resultate werden Diplome über die Befähigung zur Lehrtätigkeit an gewerblichen Fortbildungsschulen ausgestellt.

B. Lehrplan.

Allgemeine Bemerkungen.

Der Zweck des Kurses „Heranbildung von Lehrern für Handwerkerschulen" soll erreicht werden:

1. durch Entwicklung der Fertigkeit des Zeichnens in den verschiedenen im Lehrplan angedeuteten Richtungen,
2. soweit möglich durch Vermittlung des Verständnisses für die von Zweck, Material und Herstellungsverfahren abhängige Konstruktion und Form,
3. durch Hinweis auf die richtigen Mittel (Methode und Lehrstoff), welche auf der untern Stufe des gewerblichen Unterrichtes zur Verwendung kommen sollen.

Zu diesem Ende wird den Kursteilnehmern auch eine Sammlung von zweckmässig befundenen Lehrmitteln (Vorlagewerke, Modelle etc.) dieser Stufe zu Gebote stehen.

Gewerbliches Freihandzeichnen. 10 Stunden. Elemente der Stillehre und Farbenlehre; Übungen in der Zusammenstellung der Farben einfacher Flachornamente. Methodik des Zeichnens, verbunden mit Übungen auf der Wandtafel. Anleitung zum Entwerfen einfacher Ornamente. (Klassenunterricht.)

Ornamentzeichnen nach Vorlagen und Modellen. (Einzelunterricht).

Bautechnisches Zeichnen. 14 Stunden. Übungen im Zeichnen der hauptsächlichsten Konstruktionen des Maurers, Steinhauers, Zimmermanns, Spenglers, Glasers, Bauschreiners, Schlossers, Hafners, Gipsers und einfacher Arbeiten des Möbelschreiners, Drehers, Wagners etc., verbunden mit den nötigsten Erklärungen über Konstruktion, Material und Bauformen. (Klassenunterricht.)

Mechanisch-technisches Zeichnen. 10 Stunden. Übungen im Zeichnen einfacher Maschinenteile; Vorzeichnen auf der Wandtafel und Angabe der Konstruktionsregeln. (Klassenunterricht.)

Skizziren und Zeichnen nach Modellen, Zeichnen nach Vorlagen. (Einzelunterricht.)

Modelliren. 4 Stunden. Stilisirte Blatt- und Blütenformen und einfache Ornamente nach Gipsmodellen. Modelliren nach Zeichnungen (Einzelunterricht).

Darstellende Geometrie und Perspektive. 4 Stunden. Darstellung von geometrischen Körpern in Grund- und Aufriss, Seitenansicht und Schnitten mit Hülfe des Masstabes. Anwendungen auf das gewerbliche Freihandzeichnen, das bautechnische und das mechanisch-technische Zeichnen. — Perspektive, angewendet auf das gewerbliche Freihandzeichnen. (Klassenunterricht.)

---

60. *2.* **Programme de l'enseignement agricole, donné à Lausanne durant** l'hiver 1885—1886.

En vertu du décret du 1er septembre 1882 et en exécution de l'arrêté du Conseil d'Etat du 29 septembre 1885 relatifs à l'enseignement agricole, le Département de l'instruction publique et des Cultes décide ce qui suit:

Article premier. Il sera donné à Lausanne, durant l'hiver 1885—1886, un enseignement agricole élémentaire, approprié aux jeunes gens de la campagne et portant sur toutes les branches dont l'enseignement est utile à l'agriculteur.

Art. 2. Les cours sont gratuits et publics. Les étrangers y sont admis au même titre que les ressortissants du canton.

Art. 3. La direction de ces cours est confiée, pour l'hiver 1885—1886, à M. Bieler, vétérinaire, à Lausanne.

Art. 4. Les cours commenceront le 9 novembre 1885 et finiront le 19 mars 1886.

Art. 5. Le programme est le suivant:

1° *Agriculture.* Quatre heures par semaine. M. Schatzmann, directeur de la Station laitière.

2° *Agriculture suisse.* Deux heures par semaine. M. Schatzmann.

3° *Chimie agricole.* Trois heures par semaine. M. Chuard, professeur de chimie.

4° *Botanique agricole.* Trois heures par semaine. M. Schnetzler, professeur de botanique.

5° *Géologie agricole.* Une heure par semaine. M. Schnetzler, professeur.

6° *Météorologie agricole.* Une heure par semaine. M. Henri Dufour, professeur de physique.

7° *Horticulture.* Une heure par semaine. M. U. Brunner fils, horticulteur.

8° *Arboriculture.* Une heure par semaine. M. Bonnet, arboriculteur.

9° *Viticulture.* De janvier à mars, 15 leçons. M. Jaques Bonjour, expert-vigneron, à Hauteville.

10° *Apiculture.* Cinq heures de démonstration. M. Jaques Bonjour.

11° *Sylviculture.* Une heure par semaine. M. Curchod-Verdeil, inspecteur-forestier, à Lausanne.

12° *Zoologie agricole.* Deux heures par semaine. M. Bieler, vétérinaire.

13° *Zootechnie.* Six heures par semaine. M. Bieler, vétérinaire.

14° *Cours spécial relatif aux fonctions des inspecteurs du bétail.* Une heure par semaine. M. Bieler, vétérinaire.

15° *Industrie laitière.* Une heure par semaine. M. Schatzmann.
16° *Arpentage.* Une heure par semaine. M. Deriaz, ingénieur.
17° *Machines agricoles.* Deux heures par semaine.
M. W. Grenier, professeur de mécanique.
M. E. Francillon, ancien agriculteur.
18° *Agrologie, irrigations et drainage.* Deux heures par semaine. M. Francillon.
19° *Comptabilité agricole.* Une heure par semaine. M. E. Francillon, ancien agriculteur.
20° *Législation rurale.* Une heure par semaine. M. Emile Dutoit, avocat.

Le programme détaillé des cours sera expédié gratuitement à toute personne qui en fera la demande franco au Département de l'Instruction publique et des Cultes, ou au Directeur des cours.

Le présent programme sera affiché dans toutes les communes.

Art. 6. Les élèves sont réunis, en dehors des heures de leçons mentionnées ci-dessus, sous la surveillance du Directeur et des Professeurs, pour divers travaux, tels que répétitions, interrogations, exercices pratiques, dessins de plans et courses, si le temps le permet. La bibliothèque de l'Institut agricole est à la disposition des élèves.

Art. 7. Les jeunes gens qui désirent suivre les cours en qualité d'élèves devront être âgés de 16 ans au moins. Ils se feront inscrire, avant le 25 octobre, au Département ou chez M. Bieler; passé cette date, si le nombre des élèves inscrits n'est pas jugé suffisant, les cours n'auront pas lieu.

Art. 8. A la fin des cours, les élèves réguliers auront à subir un examen, et il sera délivré des certificats à ceux d'entr'eux qui auront passé ces examens d'une manière satisfaisante.

Les auditeurs pourront, sur leur demande, être admis à subir les examens sur les cours qu'ils auront suivis.

---

61. *3.* **Einrichtung und Lehrprogramm der landwirtschaftlichen Winterschule in Zug.** Genehmigt vom Kantonsrate am 5. August 1885.

Lehrprogramm der landwirtschaftlichen Winterschule.

Der Unterricht wird sich in seiner ganzen Haltung an denjenigen der Volksschule anschliessen, um im II. Winter vorzugsweise auf die im I. Halbjahr gesammelten Kenntnisse und Fertigkeiten sich stützen zu können. Es soll derselbe in gedrängter Form, unbeschadet einer sachlichen Gründlichkeit, jedoch ohne allzu Vieles bieten zu wollen, die Lehren der Landwirtschaft mit den ihr zukommenden Naturwissenschaften, Elementar- und Hülfsfächern umfassen und zwar:

A. Naturwissenschaft und Landwirtschaft: Naturgeschichte des Tier- und Pflanzenreiches. Chemie, Physik. Gesteins- und Bodenkunde. Ackerbau. Allgemeine und spezielle Tierzucht. Allgemeiner und spezieller Pflanzenbau. Betriebslehre.

B. Elementar- und Hülfsfächer: Deutsche Sprache, Rechnen, Feldmessen und Zeichnen.

Die Unterrichtsfächer verteilen sich auf zwei während der Wintermonate abzuhaltende Kurse, welche jeweilen Anfang November beginnen und um Mitte März zu Ende gehen.

Zur Behandlung gelangen in dem am 2. November nächsthin zu eröffnenden I. Winterkurs folgende

Lehrgegenstände:

A. Naturwissenschaft u. Landwirtschaft:

Fächer.	Wöch. Std.
1. Chemie	4
2. Gesteins- u. Bodenkunde	2
3. Naturgesch. d. Tierreiches	2
4. *a.* Allgem. Tierzucht	2
b. Spez. Tierzucht	2
5. Pflanzenbau	2
6. Naturlehre	3
7. Betriebslehre	3—5

B. Elementar- und Hülfsfächer:

8. Deutsche Sprache	4
9. u. 10. Rechnen u. Feldmessen	4
11. Zeichnen	2

Schul- und Hausordnung.

1. Die Schulräume befinden sich vorläufig im sog. alten Schulhaus in Zug. Die Unterrichtszeit erstreckt sich täglich von Morgens 8 Uhr bis Mittags 11 Uhr, Nachmittags von 1 bis 4 Uhr. Von Abends 5 Uhr an Ausarbeitung von Aufgaben unter Aufsicht der Lehrerschaft.

2. Ein Nachmittag in der Woche wird zu Exkursionen oder sonstigen praktischen Übungen in der Beobachtung und Beurteilung landwirtschaftlicher Objekte benutzt. Desgleichen werden Übungen stattfinden im Beurteilen der Formen und Eigenschaften unserer landwirtschaftlichen Haus- und Nutztiere. Ebenso im Feldmessen, Ausmessen von Vorräten u. dgl.

3. Die Aufsichtskommission und im besondern das Rektorat wird den Schülern für Beschaffung passender Unterkunft und Verköstigung behülflich sein. Die diesbezüglichen Kosten sind durch die Schüler, resp. deren Eltern oder Vormünder zu bestreiten, ebenso allfällige Anschaffungen von Lehrmitteln und Schreibmaterialien.

4. Auch ausserhalb der Schulräume und der Unterrichtszeit stehen die Schüler unter Aufsicht der landw. Kommission, des Rektorates und der Lehrerschaft und es wird sowohl ihrem Fleiss, wie dem Betragen die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet.

5. Näheres über die Pflichten der Zöglinge in und ausser der Schule bestimmt das Disziplinar-Reglement, welches den Zöglingen bei Eröffnung des Kurses vorgelesen und erläutert wird.

Aufnahmsbedingungen und Anmeldungen.

1. Zum Eintritt berechtigt ist jeder unbescholtene Jüngling, Kantons- oder Schweizerbürger, der das 15. Altersjahr zurückgelegt hat.

2. Ferner wird verlangt: ein Ausweis über den bisherigen Schulbesuch. Es wird sehr gewünscht, dass ein Zögling vor seiner Anmeldung für die landw. Winterschule mindestens einen Jahreskurs der Sekundarschule besucht habe.

3. Jeder Aufzunehmende soll nach seinem Austritt aus der Primar- oder Sekundarschule mindestens ein Jahr lang die Landwirtschaft praktisch betrieben haben.

4. Das Schulgeld beträgt 25 Fr. und wird demjenigen, welcher auch den II. Winterkurs absolvirt, wieder zurückerstattet. Allfälliger Überschuss soll zu Prämien verwendet werden.

5. Über Aufnahme der Zöglinge, über Zulassung in Ausnahmsfällen entscheidet die Aufsichtskommission nach eingeholtem Gutachten der Lehrerschaft.

Anmeldungen haben womöglich zu geschehen bis am 18. Oktober. Solche nimmt mündlich oder schriftlich entgegen die Aufsichtskommission oder das Rektorat.

IX. Kantonsschulen.

a. Gesetze.

Kanton THURGAU.

62. Gesetz über die Organisation der Kantonsschule. Volksabstimmung vom 15. April 1883.

§ 1. Die thurgauische Kantonsschule zerfällt, den beiden Hauptrichtungen höherer Bildung gemäss, in zwei Abteilungen: das Gymnasium und die Industrieschule.

§ 2. Das Gymnasium hat den Zweck, seinen Schülern diejenige wissenschaftliche Vorbereitung zu erteilen, welche zum Besuche der Hochschule erforderlich ist.

Dasselbe besteht aus sieben Klassen mit je einjährigem Kurse.

§ 3. Die Industrieschule hat die Aufgabe, die Schüler teils zum unmittelbaren Eintritt ins praktische Berufsleben, teils zum Besuche höherer technischer Anstalten (Technikum, Polytechnikum) oder kaufmännischer Lehranstalten vorzubereiten.

§ 4. Die Industrieschule besteht aus einer untern und einer obern Abteilung. Die untere Abteilung hat drei Klassen mit einjährigem Kurse. Dieselbe nimmt in ihrer Organisation möglichst Rücksicht auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der Sekundarschulstufe.

Die obere Abteilung hat vier Klassen für die technische Richtung, wovon drei mit einjährigem, die vierte mit halbjährigem Kurse, und zwei Klassen für die merkantile Richtung mit je einjährigem Kurse.

§ 5. Die Jahreskurse an der Kantonsschule beginnen jeweils im Frühjahre, dauern 41 Wochen und schliessen mit einer öffentlichen Prüfung. Ausserdem findet am Schlusse des letzten Jahreskurses für beide Abteilungen der Kantonsschule eine Maturitätsprüfung für Abiturienten statt.

Die Verteilung der Ferien auf die verschiedenen Jahreszeiten bestimmt die Aufsichtskommission auf den Vorschlag des Konvents.

§ 6. Ein vom Lehrerkonvent zu entwerfender, der Genehmigung der Aufsichtskommission und des Regierungsrates unterliegender Lehrplan bestimmt die Unterrichtsfächer, sowie den Umfang und die Verteilung derselben auf die verschiedenen Klassenabteilungen und das Verhältnis der verbindlichen und Freifächer.

§ 7. Vor Anfang eines jeden Jahreskurses bestimmt die Aufsichtskommission auf den Vorschlag des Lehrerkonvents, welche allfällige Änderungen innert dem Rahmen des Normallehrplans getroffen und wie die Unterrichtsfächer auf die einzelnen Lehrer verteilt werden sollen. Über die Durchführung des Lehrplanes wird am Schlusse eines jeden Jahreskurses bei Anlass der Prüfungen durch das dem Drucke zu übergebende Programm Rechenschaft abgelegt.

§ 8. Mit der Kantonsschule ist ein Konvikt verbunden, in welchem die Zöglinge unter gehöriger Aufsicht und Leitung Wohnung und Verköstigung erhalten.

Die Leitung desselben wird einem vom Regierungsrate gewählten Konviktführer übertragen, dessen Geschäftskreis und Anstellungsdauer im Vertragswege geregelt wird. Für die Aufnahme in das Konvikt haben die Kantonsangehörigen vor den Nichtkantonsangehörigen jederzeit den Vorzug.

§ 9. Zum Eintritt in die unterste Klasse der Kantonsschule ist, im Einklang mit den diesfälligen Bestimmungen über den Eintritt in die Primarschule (§ 10 des Unterrichtsgesetzes vom 29. Augstmonat 1875), das vor dem 1. April desselben Jahres zurückgelegte zwölfte und zum Eintritt in jede höhere Klasse

auch das entsprechend höhere Altersjahr erforderlich. Ausnahmen sollen von der Aufsichtskommission nur unter ganz besonderen Verhältnissen bewilligt werden.

Überdies hat Jeder, der in die Kantonsschule einzutreten wünscht, genügende Sittenzeugnisse beizubringen und eine derjenigen Stufe angemessene Prüfung zu bestehen, in welche er an der Schule aufgenommen werden will.

§ 10. Innerhalb der im Interesse der Schulordnung nötigen Beschränkungen kann mit Bewilligung der Aufsichtskommission auch solchen Jünglingen, welche schon in praktischer Berufstätigkeit stehen, gestattet werden, als Hospitanten am Unterricht in einzelnen Fächern Teil zu nehmen.

§ 11. Die finanziellen Bedürfnisse der Kantonsschule werden bestritten:

a. aus den Zinsen des Kantonsschulfonds;
b. aus einer Jahresleistung der Stadtgemeinde Frauenfeld;
c. aus den Schulgeldern und Taxen (§ 12);
d. aus allfälligen Vorschlägen der Konviktrechnung;
e. aus dem jährlich bei Festsetzung des Büdgets zu bestimmenden notwendigen Beitrage aus der Staatskasse;
f. aus Vermächtnissen, Stiftungen und Vergabungen.

Für Verabreichung von Stipendien, Erlass von Schulgeldern und Taxen bestehen ausserdem das Aepli'sche, Brugger'sche, Rogg'sche Legat und allfällig weitere Stipendienfonds.

§ 12. Jeder Kantonsschüler bezahlt ein jährliches Schulgeld, welches für Kantonsangehörige in den drei untern Klassen 20 Fr., in den obern Klassen 30 Fr., für Nichtkantonsangehörige in den drei untern Klassen 50 Fr., in den obern Klassen 70 Fr. per Jahr beträgt. In diesem Schulgeld ist nicht inbegriffen die für die Instrumentalmusik zu leistende Entschädigung.

Hospitanten (§ 10) entrichten für jede wöchentliche Stunde im Semester ein Unterrichtsgeld von 3—5 Fr.

§ 13. Unbemittelten Schülern und Hospitanten, welche sich durch Fleiss und gutes Betragen auszeichnen, können das Schulgeld und die übrigen Taxen ganz oder teilweise erlassen werden.

Ausserdem können an solche Schüler noch besondere Stipendien erteilt werden.

Der Regierungsrat fasst die bezüglichen Entscheide auf den Antrag der Aufsichtskommission.

§ 14. Rechnungssteller für Kantonsschule und Konvikt ist der Konviktführer. Derselbe empfängt von der Staatskasse die nötigen Vorschüsse, besorgt die erforderliche Zahlung und hat für Schule und Konvikt getrennt alljährlich umfassende Rechnung zu stellen.

§ 15. Das Lehrpersonal an der Kantonsschule besteht aus einem Rektor, einem Konrektor und der erforderlichen Anzahl von Haupt- und Hülfslehrern.

§ 16. Die Besoldung der Lehrer an der Kantonsschule, des Rektors und Konrektors findet statt nach Massgabe des Gesetzes über die Besoldung der Lehrer, vom 14. Christmonat 1873.

§ 17. Für die Lehrstellen wird in der Regel durch öffentliche Ausschreibung die freie Konkurrenz eröffnet.

Es sind jedoch auch Wahlen durch Berufung von Lehrern, welche einen anerkannten Ruf besitzen, zulässig.

§ 18. Die Bestellung des Lehrpersonals erfolgt durch den Regierungsrat auf den Vorschlag der Aufsichtskommission.

Die Besetzung der Lehrstellen kann eine definitive oder provisorische sein.

Die definitiven Anstellungen erfolgen auf je acht Jahre. Die in der Zwischenzeit Gewählten erfüllen die Amtsdauer ihrer Vorgänger.

§ 19. Lehrer und Hülfslehrer können in Folge begründeter Klagen über sittliches Betragen und Vernachlässigung ihrer Pflichten, wie auch in Folge Unfähigkeit vom Regierungsrate im Amte eingestellt oder abberufen werden. Die gerichtliche Verurteilung des Lehrers in eine entehrende Strafe oder der Verlust des Aktivbürgerrechts zieht für denselben die sofortige Entlassung von seiner Stelle nach sich.

§ 20. Lehrern, welche die Entlassung von ihrer Stelle verlangen, soll dieselbe in der Regel nur auf Ende eines Schulsemesters erteilt werden, und es muss das Entlassungsbegehren spätestens zwei Monate vorher eingereicht werden, wenn es Berücksichtigung finden soll.

§ 21. Rektor und Konrektor werden aus der Zahl der Lehrer auf die Dauer von zwei Jahren vom Regierungsrate gewählt. Die Abtretenden sind wieder wählbar.

§ 22. Die Gesamtheit der an der Kantonsschule angestellten Lehrer bildet den Lehrerkonvent. Derselbe tritt auf die Einladung der Rektors zusammen und wird durch denselben geleitet.

§ 23. Den Geschäftskreis, die Pflichten und Befugnisse des Rektors, Konrektors und des Lehrerkonvents bestimmt das Reglement für die Kantonsschule.

§ 24. Die besondere Aufsicht der Kantonsschule wird unter die Leitung des Erziehungsdepartements und unter der Oberaufsicht des Regierungsrates einer Aufsichtskommission übertragen.

Dieselbe besteht nebst dem Vorstande des Erziehungsdepartements, als Präsidenten, aus vier Mitgliedern, welche vom Regierungsrate auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden.

Der Departementssekretär besorgt gegen angemessene Entschädigung die Protokollführung und die Expeditionen.

§ 25. Der Regierungsrat erlässt auf den Vorschlag der Aufsichtskommission die erforderlichen Verordnungen und Reglemente.

§ 26. Vorstehendes Gesetz, durch welches die ineinander verschmolzenen Gesetze vom 2. März 1847, 6. April 1853, 12. März 1856 und 13. März 1862, nebst entsprechenden Verordnungen, sowie § 2, Lemma 2 des Regulativs für das Rechnungswesen der kantonalen Lehranstalten, vom 27. Christmonat 1853, aufgehoben werden, tritt nach erfolgter Genehmigung durch das thurgauische Volk sofort in Kraft.

---

b) Verordnungen.

Kanton FREIBURG.

63. *1.* **Règlement général pour le Collège Saint-Michel. Du 4 Août 1883.**

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg, vu la loi du 18 juillet 1882; entendu le Corps enseignant et la Commission des études; sur la proposition de la Direction de l'Instruction puplique, *arrête:*

Art. 1. Le Collège St-Michel est destiné à l'enseignement littéraire et scientifique sous l'autorité de l'Etat.

Il comprend quatre sections: deux littéraires, l'une française et l'autre allemande; une section industrielle et une section académique (loi, art. 1, 10, 16 et 20).

L'Internat constitue une annexe du Collège. Il est régi par des règlements spéciaux sous la haute direction du Recteur.

I. Autorités du Collège.

A. Recteur.

Art. 2. La direction générale et immédiate du Collège est confiée au Recteur, dont les principales fonctions sont déterminées par les art. 26, 27 et 33 de la loi.

Art. 3. Le Recteur reçoit les inscriptions des élèves et prononce sur leur admission.

Art. 4. Le Recteur tient les registres suivants:

a) Un registre général des élèves avec leurs notes trimestrielles;
b) Un livre des comptes du bureau et de la bibliothèque des étudiants et des professeurs;
c) Un copie-lettres;
d) Les inventaires de l'établissement;
e) Les annales du Collège;
f) Un registre des observations qu'il est dans le cas d'adresser aux professeurs;
g) Il contrôle et signe les bulletins trimestriels;
h) Il délivre les témoignages aux élèves;
i) Il soigne les archives du Rectorat.

Art. 5. Le Recteur transmet à la Direction de l'Instruction publique, 15 jours après la clôture de chaque année scolaire, un rapport sur la marche générale de l'établissement pendant cet exercice. Il soumet à la même Direction un projet de budget des dépenses pour l'exercice suivant.

Art. 6. Il peut prescrire les réparations urgentes ou de minime importance aux bâtiments et au mobilier du gymnase et du Lycée. Dans les autres cas, il s'adresse à l'Intendance des bâtiments qui en réfère à la Direction compétente.

B. Préfet et surveillant.

Art. 7. Le Préfet du Collège est chargé, sous le contrôle du Recteur, de la direction éducative des élèves; il a la surveillance du gymnase, du Lycée et des pensions. Il remplace le Recteur en cas d'absence ou de maladie, le seconde dans ses écritures et veille aussi à ce que les cours soient donnés régulièrement par les professeurs.

Art. 8. Il est chargé, sous la direction du Recteur, du maintien de la discipline intérieure, à l'entrée et à la sortie des classes du gymnase et du Lycée, et il doit être présent à chaque changement de cours.

Art. 9. Il fait de fréquentes visites aux élèves externes, soit dans les familles, soit dans les pensions; les surveille dans leur conduite, dans leurs études et dans leurs récréations.

Art. 10. Il veille à ce que chaque élève ait un ordre du jour particulier, en rapport avec les circonstances spéciales dans lesquelles il se trouve. Au besoin, il s'enquiert des relations des élèves, soit avec leurs parents, soit avec leurs maîtres de pension.

Art. 11. Le Préfet remplit les fonctions de secrétaire des diverses conférences des professeurs.

Art. 12. Il tient, sous le contrôle du Recteur:

a) Le registre matricule des élèves;
b) Le livre des recettes et des dépenses du Collège;
c) Les divers protocoles des conférences et du Conseil supérieur;
d) Il dresse les bulletins trimestriels, les catalogues et les tableaux des prix.

Art 13. Il pourvoit aux acquisitions du matériel, ainsi qu'aux travaux

d'imprimerie; il perçoit les finances d'inscription, abonnements, amendes, dont il rend compte au Recteur.

Il peut être chargé de remplacer un professeur momentanément absent, et perçoit une indemnité de fr. 1. 50 par heure d'enseignement (loi, art. 52). En cas d'empêchement il délègue le surveillant.

Art. 14. Les professeurs, et spécialement le surveillant, sont tenus de fournir en tout temps au Préfet du Collège les renseignements utiles sur la conduite, le travail et la discipline des élèves.

Art. 15. Le surveillant du Collège seconde le Préfet dans toutes ses fonctions; dans la surveillance des cours spéciaux, tels que le dessin, le chant et la gymnastique, et enfin dans ses écritures. Il est à sa disposition pour le maintien de la discipline intérieure, soit au gymnase, soit au Lycée.

Art. 16. A l'extérieur, il veille particulièrement à l'observation du règlement. Il s'assure que les élèves ne fréquentent pas les établissements publics et les spectacles (règlement, art. 64).

C. Professeurs.

Art. 17. Le traitement et le nombre d'heures assignés à chaque professeur sont déterminés par la loi (art. 38 et suivants). Aucun professeur ne peut refuser de donner les leçons dans une section quelconque et sans augmentation de traitement, aussi longtemps qu'il n'a pas atteint le minimum légal et qu'il est reconnu apte à l'enseignement qui lui est attribué.

Art. 18. Les professeurs se conforment à toutes les dispositions de la loi et du règlement; en particulier, ils sont exacts à remplir le nombre d'heures déterminé dans l'ordre du jour. Ils se rendent à la salle de classe cinq minutes avant l'ouverture des cours. Le Recteur et le Préfet veillent à ce que les professeurs se succèdent autant que possible sans interruption pendant la durée des classes.

Art. 19. Les professeurs sont tenus de se conformer aux observations du Recteur pour tout ce qui concerne l'enseignement et la discipline.

Art. 20. Ils ont soin de proportionner les tâches des élèves au nombre d'heures d'enseignement et au temps libre entre les classes, en tenant compte des exigences du développement des élèves et de l'importance de la branche du programme de la section.

Art. 21. De concert avec le Recteur, ils prennent spécialement soin de l'éducation des élèves placés sour leur surveillance.

Art. 22. Ils s'efforcent d'obtenir l'obéissance et le respect par tous les moyens qui sont en leur pouvoir, avant de recourir à l'autorité du Recteur.

Art. 23. Tous les professeurs et maîtres sont tenus de contribuer au bon ordre et à la discipline du Collège, ainsi qu'à l'observation du règlement, et de s'occuper de la conduite des élèves en classe et au dehors, conformément à l'art. 45 de la loi.

Art. 24. Ils inscrivent chaque fois les absences de leurs élèves dans un registre spécial.

Art. 25. Ils remettent au jour indiqué les notes destinées à établir les bulletins trimestriels.

Le tableau trimestriel de classification des élèves est dressé par les professeurs de classe, et dans la section industrielle par ceux qui ont le plus grand nombre d'heures d'enseignement.

Art. 26. Les professeurs qui enseignent dans la même classe se réunissent pour conférer sur la conduite et l'application des élèves. Ils assistent tous aux

examens publics de leur classe, à moins que leurs fonctions ne les appellent ailleurs.

Art. 27. Tous les professeurs, sans exception, accompagnent les élèves dans les cérémonies publiques, telles que convois, processions, offices funèbres, séances littéraires et scientifiques, promenade annuelle, représentations théâtrales, distribution des prix, etc. Le Recteur les convoque officiellement.

Art. 28. Un professeur ne peut manquer une leçon sans cause majeure. Dans ce dernier cas, il prévient à l'avance le Recteur. En cas d'impossibilité absolue, il justifie sans retard son absence.

Art. 29. Le Recteur peut autoriser un professeur à s'absenter pendant trois jours au maximum. Pour un terme plus long, la Direction de l'Instruction publique est compétente.

D. Conférences.

Art. 30. La conférence générale se compose du Recteur, du Préfet du Collège et des professeurs des différentes sections (art. 35 de la loi). Le Directeur de l'Instruction publique, en tout temps, a le droit de la présider.

Art. 31. Les attributions de la conférence générale sont les suivantes:

a) Préparer le programme annuel des études, le choix des livres et des méthodes qui sont au préalable discutés dans les conférences de section;

b) Proposer l'organisation des examens, la fixation des notes de mérite et le système de classification des élèves;

c) Adopter les mesures pour le maintien de l'ordre, de la discipline et des progrès de l'établissement;

d) Préaviser sur les questions qui lui sont soumises par la Direction de l'Instruction publique;

e) Etudier, en général, toutes les questions qui intéressent le Collège et qui sont proposées, soit par le Recteur, soit par les conférences de section, soit par un membre de la conférence.

Art. 32. La conférence se réunit au moins une fois par an. Elle peut être convoquée toutes les fois que le Recteur le juge opportun, ou que trois professeurs en font la demande motivée et par écrit au Recteur.

Art. 33. La convocation à la conférence générale a lieu par carte indiquant sommairement les objets à traiter. Cette carte est remise à chaque professeur, dans la règle, 48 heures avant la réunion.

Art. 34. La fréquentation des séances de la conférence est obligatoire.

Art. 35. Il est tenu un procès-verbal des séances rédigé par le Préfet

Art. 36. Les professeurs des différentes sections forment les conférences de section sous la présidence du Recteur.

Art. 37. Les conférences de section se réunissent fréquemment pour concourir à la bonne marche des études, à l'unité des méthodes, à la discipline et au progrès des élèves. Elles sont convoquées spécialement au mois de mars pour la discussion préalable du programme de l'année suivante et, en général, aussi souvent que le Recteur ou les professeurs le jugent opportun. Le Préfet remplit les fonctions de secrétaire, lorsque la conférence trouve utile de dresser le procès-verbal de ses délibérations.

II. Élèves.

Art. 38. Les élèves du Collège doivent se rappeler toujours que la religion est la base de toute bonne éducation et la meilleure garantie d'une instruction solide.

Art. 39. Un règlement intérieur élaboré par le Conseil supérieur et soumis à la sanction du Conseil d'Etat détermine tout ce qui concerne les devoirs religieux les élèves, le port de l'uniforme et les autres règles disciplinaires.

a) Etude.

Art. 40. Les élèves doivent être convaincus que l'étude est pour eux un devoir de conscience. Ils accomplissent donc avec soin toutes les tâches qui leur sont imposées et y consacrent toutes les heures fixées par l'ordre du jour.

Art. 41. La finance d'inscription des élèves est de 5 fr. par année pour les Fribourgeois et les Suisses établis dans le canton, de 10 fr. pour les Suisses non établis dans le canton, et de 20 fr. pour les étrangers à la Suisse (art. 9 de la loi).

Outre cette finance d'inscription, ils payent une amende de 20 fr. s'ils arrivent après l'ouverture des cours, soit du premier, soit du second semestre, sans motif grave apprécié par le Recteur.

Art. 42. Les abonnements à certains cours facultatifs, ainsi qu'au laboratoire de chimie, sont réglés par des dispositions spéciales.

Art. 43. Les élèves doivent fréquenter tous les cours de la classe dans laquelle ils sont admis, à moins que le programme ne prévoie l'option entre les cours d'une même classe.

Dans ce cas, l'élève doit se décider dans les huit premiers jours de son entrée au Collège.

Une fois inscrit, l'élève est tenu de suivre les cours facultatifs jusqu'à leur clôture.

Art. 44. Les cours académiques du Lycée, ceux de 4me industrielle et les cours communs de langue vivante peuvent, avec l'autorisation du Recteur, être fréquentés par des auditeurs ayant une occupation dans la vie pratique, ou étant étrangers à la langue de l'enseignement. Les auditeurs doivent posséder les connaissances préliminaires suffisantes et offrir des garanties de moralité à apprécier par le Recteur. Ils ne sont soumis qu'à la discipline intérieure du Collège, mais ils sont astreints aux devoirs, aux examens de la classe et reçoivent des notes comme les élèves réguliers.

Ils ne paient pas de droit d'immatriculation. En échange, ils acquittent en s'annonçant un droit d'inscription de 3 fr. par heure de leçon dans la semaine.

Art. 45. Aucun élève ne peut passer d'une section à l'autre pendant l'année scolaire.

Art. 46. A la fin de l'année scolaire, il est procédé dans chaque section à un examen général qui porte sur les matières enseignées dans le courant de l'année. Les élèves qui seraient empêchés de subir cet examen doivent le passer à la prochaine rentrée du Collège, à moins qu'ils ne fassent partie de la 1re classe.

Art. 47. Il est donné à chaque élève, ensuite de cet examen, une note moyenne formée par la réunion des notes obtenues, soit pendant la répétition préparatoire, soit à l'examen même.

Cette note est promulguée avant le départ des élèves et consignée au dernier bulletin.

Art. 48. Aucun élève n'est admis, l'année suivante, dans la classe supérieure, s'il n'a obtenu, au tableau des prix et à l'examen final, au moins la note 4 pour le progrès.

Cependant, s'il ne lui manquait la note 4 que pour l'examen final, il pourrait être promu dans la classe supérieure en subissant, d'une manière satisfaisante, un nouvel examen à la rentrée.

Art. 49. Tout élève tenu de répéter sa classe, et qui est encore en 3me classe à la fin du premier trimestre, peut être renvoyé du Collège.

Art. 50. Le jour de congé est fixé au jeudi. Il y a classe le jeudi matin pendant le semestre d'hiver.

Art. 51. Les cours sont interrompus à Pâques depuis le mercredi saint jusqu'au lundi de Quasimodo inclusivement.

b) Discipline.

Art. 52. Les élèves observent partout et toujours les règles de l'honnêteté et de la politesse, soit entr'eux, soit à l'égard du public. Ils sont tenus à une déférence particulière envers tous leurs supérieurs, les membres du clergé, les magistrats et les personnes âgées. Leur tenue doit être toujours propre, décente et polie.

Art 53. La tenue d'uniforme est obligatoire les dimanchos et les jours de fête, aux promenades générales et toutes les fois que les élèves sont appelés à participer à des examens ou à une cérémonie publique.

Art. 54. Il est interdit aux élèves de porter les insignes ou les couleurs de quelque société que ce soit. Les élèves seuls des classes supérieures, c'est-à-dire dès la cinquième littéraire et la quatrième industrielle, peuvent faire partie des sociétés d'étudiants autorisées par le Recteur. Cette autorisation peut être en tout temps retirée.

Art. 55. Les élèves internes sont régis par un règlement spécial. Les externes suivent les directions données par le Préfet du Collège et observent l'ordre du jour qui leur est imposé. Il leur est interdit de sortir de chez eux aux heures consacrées à l'étude.

Toute infraction grave ou souvent répétée à cet article peut être un motif de renvoi.

Art. 56. Le choix des pensions est ratifié par le Préfet du Collège.

Pendant l'année scolaire, aucun élève ne peut changer de pension sans l'autorisation écrite de ses parents et du Préfet.

Il peut être invité à quitter sa pension s'il est constaté que le propriétaire manque de vigilance à son égard ou de déférence envers les autorités du Collège.

Art. 57. Aucun élève ne peut, sans l'autorisation du Recteur, prendre pension dans une maison où il y a un débit de boissons, ni avoir la pension dans une maison et la chambre dans une autre.

Art. 58. En présentant au Collège leurs enfants ou leurs pupilles, les parents et tuteurs acceptent les règlements de l'établissement et doivent s'y conformer. A ce défaut, ils sont invités à retirer leurs enfants.

Art. 59. Les élèves assistent régulièrement aux leçons de leur classe. Celli-ci commence à 8 heures durant le premier semestre et à 7 1/2 heures le reste de l'année scolaire. Si quelque circonstance les force à y manquer, ils présentent au Préfet, avant de rentrer en classe, une justification de leur absence.

Cette justification doit être écrite et signée des parents ou des maîtres de pension.

Avis en est donné par le Préfet au professeur de classe.

Art. 60. Tout élève qui doit s'absenter est tenu d'en demander l'autorisation préalable au Recteur; en cas d'empêchement, il le fait prévenir au plus tôt et, en rentrant, il lui rend compte des motifs de son absence. Avis en est donné au professeur de classe.

Art. 61. Les portes du gymnase sont ouvertes cinq minutes avant les cours et refermées à l'heure où les cours commencent.

Elles demeurent fermées à clef pendant toute la durée des classes.

Art. 62. Pendant les classes aucun élève ne peut sortir du gymnase sans présenter au Préfet une autorisation écrite de son professeur.

Art. 63. Les élèves sont tenus de rentrer à leur domicile à 7 heures du soir durant le semestre d'hiver et à 9 heures en été.

Art. 64. Il est interdit aux élèves de fréquenter dans la ville et sa banlieue, les établissements publics, les cercles, les assemblées publiques; sont également défendus les bals, les déguisements, les soirées, les spectacles, l'assistance aux débats judiciaires, ainsi que toute participation aux manifestations publiques.

Art. 65. Il est interdit aux élèves de lire des livres provenant, par abonnement ou par prêt, de cabinets de lecture ou d'une autre bibliothèque que celle du Collège.

Art. 66. Les élèves ne peuvent assister aux concerts et aux conférences publiques qu'en société de leurs parents, ou avec l'autorisation du Recteur.

Art. 67. Il est interdit de fumer aux élèves qui n'ont pas 16 ans accomplis (règlement de police du 26 juin 1836). Il est interdit à tout élève qui a atteint cet âge de fumer au Collège, au Lycée, dans les rues et sur les places publiques de la ville.

Art. 68. Il est interdit d'une manière absolue de se baigner dans la Sarine.

Art. 69. Toute contravention aux lois ordinaires de police générale ou locale, parvenue à la connaissance des autorités du Collège, est punie disciplinairement, sans préjudice des peines qui pourraient être prononcées par l'autorité publique.

Art. 70. Il est interdit aux élèves d'endommager les murs et le matériel de l'établissement, ainsi que les livres de la bibliothèque, soit par des inscriptions, soit de toute autre manière. Les dégâts causés en contravention à cette règle sont réparés aux frais de leurs auteurs.

Art. 71. Tout élève qui veut quitter le Collège dans le courant de l'année se présente chez le Recteur muni d'une autorisation écrite de ses parents ou de son tuteur.

Celui qui ne remplit pas cette formalité est privé de certificat et ne peut être admis à nouveau.

Art. 72. Les punitions encourues par les élèves qui manquent à leurs devoirs sont:

a) Le pensum; il ne peut jamais excéder une heure de travail et doit offrir un travail utile;
b) Une place à l'écart;
c) Les arrêts en classe sous la surveillance du professeur;
d) L'expulsion d'une leçon après avertissement préalable; l'élève se présente immédiatement au bureau du Préfet et ne peut rentrer en classe sans une autorisation écrite du Recteur ou du Préfet;
e) La dénonciation au Recteur qui adresse à l'élève une censure en particulier ou en classe;
f) Un avis donné aux parents;
g) Les arrêts domestiques entre les leçons; les internes les subissent à l'Internat sous la responsabilité du Préfet de l'Internat;
h) La prison;
i) La comparution devant le Conseil supérieur;
k) La censure devant le Collège réuni;
l) L'expulsion définitive.

Art. 73. Est exclu du Collège tout élève qui se rend coupable d'une faute grave. Une paresse incorrigible constitue aussi un cas de renvoi.

Art. 74. Les peines comprises sous litt. *a* à *g* de l'art. 72 sont infligées par les autorités et les professeurs du Collège; celles indiquées sous les litt. *h* à *l* sont de la compétence du Recteur.

Art. 75. L'élève renvoyé du Collège peut exiger un certificat, mais il y est nécessairement fait mention du motif de renvoi.

III. Examen d'admission et prix.

Art. 76. Celui qui se présente pour être admis au Collège doit se faire inscrire préalablement chez le Recteur et lui présenter un certificat constatant sa conduite et ses études antérieures, ainsi que les pièces qui pourraient être requises par les règlements de police.

Le Recteur, en retour, lui délivre une carte qui lui permet de se présenter au jury des examens d'admission.

Ces examens ont lieu le jour de la rentrée.

Art. 77. Pour être admis en 1re littéraire et en 1re industrielle, il faut justifier à l'examen susmentionné qu'on possède une bonne écriture courante, les règles principales de l'arithmétique et une connaissance suffisante de la langue dans laquelle se donnent les cours. Nul n'est admis, même à titre provisoire, s'il n'obtient la note moyenne 4 pour l'ensemble de l'examen.

Le programme des études fixe chaque année les branches spéciales sur lesquelles porte l'examen.

Art. 78. Il y a un jury d'examen pour chaque section et chaque jury est composé de 3 professeurs désignés par le Conseil supérieur avant la fin de l'année scolaire.

Art. 79. Si le nombre des candidats est supérieur à 15 pour une même section, les membres du jury de cette section peuvent, par l'intermédiaire du Recteur, requérir des aides parmi les autres professeurs. Ceux-ci sont tenus de prêter leur concours.

Art. 80. Lorsqu'un candidat se présente pendant l'année, il est examiné par chacun des professeurs de la classe où il veut entrer.

Art. 81. Les examinateurs transmettent le résultat des examens au Recteur qui le fait connaître aux intéressés.

Art. 82. A la clôture de l'année scolaire, il est délivré, dans chaque classe du gymnase et des cours industriels, des prix de progrès aux élèves qui concourent et qui ont obtenu la note moyenne 6 1/2 pour l'ensemble des branches enseignées dans la classe.

Il est donné des prix d'instruction religieuse indépendamment des prix de progrès.

Dispositions finales et transitoires.

Art. 83. Tout ce qui concerne le service religieux du Collège, l'Internat, les examens de baccalauréat et de maturité, le service de la bibliothèque des élèves, l'organisation des cours de musique vocale et instrumentale et de la fanfare, font l'objet de règlements spéciaux.

Il en est de même de tout ce qui concerne le préparateur, le concierge du Lycée et le bedeau.

Art. 84. Le présent règlement entre immédiatement en vigueur et sera publié en livret.

Kanton SOLOTHURN.

64. 2. Reglement für die Kantonsschule. (Vom 8. September 1883.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, auf Antrag des Erziehungsdepartements, beschliesst:

I. Der Unterricht.

Allgemeine Vorschriften.

§ 1. An der Kantonsschule kann mit Genehmigung des Erziehungs-Departements, auf Vorschlag der Rektorats-Kommission ein Freikurs im Freihandzeichnen eröffnet werden. Der Besuch derselben ist jedoch nur solchen Schülern gestattet, die keinen obligatorischen Zeichnenunterricht erhalten. Ausnahmen hievon unterliegen der Genehmigung der Rektorats-Kommission unter Mitteilung an das Erziehungs-Departement.

Stellt sich die Errichtung eines Freikurses für ein anderes Lehrfach als wünschenswert oder notwendig heraus, so kann ein solcher nur durch die Genehmigung des Erziehungs-Departements auf eingereichtes Gutachten der Rektorats-Kommission hin errichtet werden.

Jeder Jahreskurs eines solchen Freikurses darf im allgemeinen nicht mehr als wöchentlich zwei Lehrstunden umfassen.

Schüler der untern Gewerbeschule und des untern Gymnasiums dürfen keine Freikurse besuchen. Ausnahmen hievon kann die Rektorats-Kommission nur dann gestatten, wenn es durch die spezielle Studienrichtung eines Schülers als notwendig erscheint.

Schüler der obern Gewerbeschule und des obern Gymnasiums können nur dann zum Besuche eines Freikurses zugelassen werden, wenn sie entweder beim Aufnahme-Examen in die Kantonsschule oder als durchschnittliche Jahresnote in den Hauptfächern wenigstens die Note 2^1 erhalten haben.

Über die Zulassung der einzelnen Schüler zum Besuche eines Freikurses entscheidet die Rektorats-Kommission.

Ein Schüler darf nicht mehr als einen Freikurs besuchen. Ausnahmen hievon können von der Rektorats-Kommission nur dann gestattet werden, wenn es die besondere Studienrichtung des betreffenden Schülers als notwendig erscheinen lässt.

§ 2. Die Schüler fremder Sprachen treten gemäss ihrem Alter und ihrer Vorbildung in eine der 3 ersten Klassen des Gymnasiums oder der Gewerbeschule ein und sind alsdann Schüler der betreffenden Klasse. Sie hören alle Fächer dieser Klasse mit Ausnahme von Religionslehre, Gesang und Turnen.

Die Rektorats-Kommission kann ausnahmsweise Schüler auch noch von andern Unterrichtsfächern dispensiren.

Ganz ausserhalb des Stundenplanes der 3 ersten Klassen werden für diese Schüler zur Erlernung der deutschen Sprache noch extra 6 Unterrichtsstunden eingeführt.

Die Leistungen im Laufe des Schuljahres entscheiden, ob der Schüler in die folgende Klasse promovirt werden kann oder nicht.

II. Beaufsichtigende Behörden.

A. Professorenverein.

§ 3. Sämtliche Professoren der Kantonsschule, je nach Umständen mit Zuzug der Lehrer, bilden den Professorenverein.

§ 4. Der Rektor führt das Präsidium, ein Mitglied besorgt das Aktuariat.

§ 5. Jeder Professor ist verpflichtet, den Sitzungen des Professorenvereins beizuwohnen. Zu längerer Dispensation ist die Einwilligung des Erziehungs-

Departements erforderlich. Der Rektor wird auch die Lehrer zur Sitzung einladen, wenn Gegenstände, die speziell ihre Schule oder ihre Schüler betreffen, oder von ihnen gestellte Anträge behandelt werden.

§ 6. Der Professorenverein versammelt sich ordentlicherweise sechsmal: Zu Anfang und zu Ende jedes Semesters, im Dezember und Juni; ausserordentlicherweise, so oft es die Geschäfte erfordern oder von einem Dritteil der Professoren das Verlangen gestellt wird.

§ 7. Dem Professorenverein liegt die Leitung des Unterrichts gemäss den Bestimmungen des Gesetzes über die Kantonsschule und den vom Erziehungs-Departement erlassenen Verfügungen ob:

a. Er setzt zu Anfang jedes Jahres den Lektionsplan für die verschiedenen Klassen aller Abteilungen fest;

b. er genehmigt die von den einzelnen Professoren und Lehrern vorgeschlagenen neuen Lehrbücher und Unterrichtsmittel;

c. er trifft die nötigen Verabredungen, um die Lehrmethode in den verschiedenen Unterrichtsfächern in Übereinstimmung zu bringen;

d. er setzt durch Verständigung mit den betreffenden Professoren und Lehrern die den Schülern einer jeden Klasse aufzugebenden (namentlich schriftlichen) Arbeiten in der Weise fest, dass die Schüler mit Arbeiten nicht überhäuft, und dass sie in jedem Fache gemäss der Wichtigkeit desselben beschäftigt werden;

(Über die Punkte *a* bis *d* hat der Professorenverein die nachträgliche Genehmigung des Erziehungs-Departements einzuholen.)

e. er bestimmt die Prüfung der neu eintretenden Schüler und beschliesst über ihre Aufnahme;

f. er setzt die Zeit der Schlussprüfungen fest;

g. er bestimmt am Ende des Schuljahres die Sitten- und Fortschrittsnoten der Schüler und entscheidet über die Promotion in eine höhere Klasse;

h. er kann Schüler nach Prüfung der vorgebrachten Gründe von einzelnen Fächern dispensiren;

i. er bestimmt zur Erteilung der Zeugnisse im Dezember, am Schlusse des Wintersemesters und des Schuljahres die Sittennoten der Schüler;

k. von dem Professorenverein gehen nach Verständigung mit den betreffenden Professoren und Lehrern alle Vorschläge, welche die Verwendung der Schulgelder und der für die Bibliotheken und Sammlungen u. s. w. der Kantonsschule ausgesetzten Kredite betreffen, an das Erziehungs-Departement aus;

l. er wählt je auf 2 Jahre mit dem Rechte der Wiederwahl den Aktuar.

§ 8. Dem Professorenverein liegt die Handhabung der Schulordnung und Disziplin im allgemeinen ob. Er hat daher alle allgemeinen Anordnungen behufs Aufrechterhaltung der Schulordnung und Disziplin zu treffen.

§ 9. Im besondern werden von ihm alle Klagen gegen einschleichende üble Gewohnheiten und falsche Richtungen bei einzelnen Schülern und ganzen Klassen untersucht und alle wiederholten und erheblichen Vergehen gegen Ordnung und Disziplin in und ausser der Schule gestraft. Er begutachtet die Ausweisung eines Schülers an den Regierungsrat.

B. Rektorats-Kommission.

§ 10. Aus der Mitte des Professorenvereins wird vom Regierungsrat auf die Amtsdauer von 2 Jahren eine Rektorats-Kommission von 3 Mitgliedern ernannt.

Der Rektor, von amtswegen Mitglied und Präsident dieser Kommission, ist gleichzeitig Abteilungs-Vorsteher des Gymnasiums oder der Gewerbeschule.

Das zweite Mitglied ist Abteilungs-Vorsteher für die Gewerbeschule oder das Gymnasium und I. Stellvertreter des Rektors. Das dritte Mitglied ist II. Stellvertreter des Rektors und Aktuar der Kommission.

§ 11. Die Rektorats-Kommission wird nach Massgabe und Dringlichkeit der Geschäfte oder sobald es ein Mitglied der Kommission verlangt, vom Rektor einberufen.

§ 12. Der Rektorats-Kommission kommen folgende Obliegenheiten und Befugnisse zu:

1. Sie überwacht die genaue Ausführung des Lehrplanes, die strikte Einhaltung des Stundenplanes und die Beobachtung der Schulordnung von Seite der Lehrer und Schüler, sowie die Handhabung der Disziplin und Sittlichkeit im ganzen Umfange.
2. Sie bestraft schwerere Vergehen der Schüler, entweder von sich aus oder bringt sie vor den Professorenverein.
3. Sie begutachtet die wichtigeren Vorschläge, welche dem Professorenverein vorgelegt werden sollen.
4. Sie prüft die Zeugnisse der verschiedenen Bewerber für Stipendien und macht bestimmte Vorschläge für die Verteilung der Stipendien zu Handen des Professorenvereins.
5. Sie entwirft beim Beginn des Schuljahres den Stundenplan, welcher der definitiven Genehmigung des Professorenvereins unterliegt.
6. Sie wendet ein Hauptaugenmerk der Disziplin des Vereins der Kantonsschule zu und entscheidet über allfällige Begehren des Vereins, die nicht in die Kompetenz des Professorenvereins gehören.
7. Sie überwacht die verschiedenen Sammlungen der Anstalt, sorgt für deren Inventarisation, übt die Kontrole über die neuen Anschaffungen aus und verifizirt die Nachtragungen.
8. Sie ist berechtigt, in ausserordentlichen Fällen Ferientage zu bestimmen.
9. Sie hat das Recht, in dringenden Fällen einen Schüler 6 Tage vom Besuch der Kantonsschule zu dispensiren.

C. Der Rektor.

§ 13. Änderungen allgemeiner Bestimmungen von Seite einzelner Professoren und Lehrer hat der Rektor vor der Rektorats-Kommission zur Sprache zu bringen.

§ 14. Der Rektor:

a. entwirft alljährlich im Einverständnis mit den Professoren und Lehrern den Stundenplan;

b. hat das Recht, den Unterrichtsstunden der einzelnen Professoren und Lehrer beizuwohnen;

c. ruft den Professorenverein und die Rektorats-Kommission zusammen. Er ist berechtigt, bei demselben unaufgefordert alle ihm nötig scheinenden Veränderungen anzuregen, und Alles, was dem Wohle der Schule gefährlich zu werden droht, zur Sprache zu bringen; sorgt für die Ausführung aller im Professorenverein und der Rektorats-Kommission gefassten Beschlüsse;

d. hat die Befugnis, einem Professor oder Lehrer in dringenden Fällen einen Urlaub bis auf drei Tage zu erteilen;

e. führt ein Verzeichnis über alle von den Professoren und Lehrern nicht gehaltenen Unterrichtsstunden mit Anmerkung der Abhaltungsgründe und teilt das Verzeichnis am Schlusse jedes Semesters dem Erziehungs-Departement mit.

§ 15. Der Rektor vertritt die Schule nach aussen; daher

a. gehen an ihn alle Anmeldungen um Aufnahme in die Schule;

b. führt er ein vollständiges Verzeichnis aller Schüler mit Angabe des Ein- und Austritts der von ihnen besuchten Klasse und anderer bemerkenswerten Umstände;

c. fertigt er die Zeugnisse aus und unterschreibt sie;

d. setzt er sich mit den Eltern und Vormünder der Schüler in den nötigen brieflichen Verkehr.

§ 16. Zur Handhabung der Schulordnung und Schuldisziplin hat er folgende Befugnisse:

a. Ohne seine Einwilligung darf kein Schüler ein Kosthaus beziehen oder ändern, noch eine Hauslehrerstelle übernehmen;

b. alle schwerern Vergehen der Schüler ausser der Schule werden ihm unmittelbar zur Kenntnis gebracht und vom Abteilungs-Vorsteher zu Handen der Rektorats-Kommission untersucht;

c. wo es ihm, der Rektorats-Kommission oder dem Professorenverein erspriesslich erscheint, wird er mit den Eltern oder Vormündern fehlbarer Zöglinge über das Betragen derselben Rücksprache nehmen;

d. bedeutendere Störungen während der Lehrstunden, namentlich solche, bei denen ganze Klassen sich beteiligen, oder das Ansehen des Lehrers gegenüber seinen Schülern gefährdet ist, werden von den betreffenden Professoren und Lehrern dem Rektor angezeigt, von dem Abteilungs-Vorsteher untersucht und bestraft oder vor die Rektorats-Kommission gebracht;

e. er hat die einzelnen Professoren und Lehrer in allen Disziplinarangelegenheiten mit seinem Ansehen und seiner Vollmacht zu unterstützen, wenn dies Verlangen von den betreffenden an ihn gestellt wird;

f. in wichtigen Fällen kann er einen Schüler im Besuche der Schule oder eines einzelnen Faches suspendiren, jedoch mit dem Vorbehalt einer unmittelbaren Anzeige an die Rektorats-Kommission;

g. ebenso hat er das Recht, in dringenden Fällen einen Schüler für 3 Tage vom Besuche der Kantonsschule zu dispensiren.

§ 17. Der Rektor führt die Aufsicht über das Schulgebäude und die der Schule gehörenden Gerätschaften:

a. Er hat die Aufsicht über die Reinigung, Lüftung und Heizung der Schullokale;

b. er weist im Einverständnis mit der Rektorats-Kommission den einzelnen Lehrkursen die ihrer Abhaltung bestimmten Lokale an;

c. er hat die Vornahme von notwendigen Reparaturen und Anschaffungen den betreffenden Behörden zur rechten Zeit zur Kenntnis zu bringen;

d. er hat die Aufsicht über den Hauswart, der als solcher unter seinen unmittelbaren Befehlen steht.

D. Die Abteilungsvorsteher.

§ 18. Jeder Abteilungs-Vorsteher übt eine genaue Aufsicht über die Absenzen der Studenten seiner Abteilung, zieht die Fehlenden zur Verantwortung und bestraft leichtere Fälle. Schwerere Fälle hat er dem Rektor zu Handen der Rektorats-Kommission anzuzeigen.

§ 19. Kleinere disziplinarische Vergehen werden vom Abteilungs-Vorsteher untersucht und bestraft. Von schwerern Fällen hat er dem Rektor zu Handen der Rektorats-Kommission Anzeige zu machen.

§ 20. Der Abteilungs-Vorsteher besorgt die Verifikation der Trimesterzeugnisse, des Lehrstoffes und der Noten im Schulprogramm für seine Abteilung.

§ 21. Die Abteilungs-Vorsteher haben das Recht, den Unterrichtsstunden der einzelnen Professoren und Lehrer je ihrer Abteilung beizuwohnen.

§ 22. Ebenso haben sie das Recht, in dringenden Fällen einen Schüler für 2 Tage vom Besuch der Kantonsschule zu dispensiren.

E. Die Professoren und Lehrer.

§ 23. Die Professoren und Lehrer sind verpflichtet, den Rektor und ihren Abteilungs-Vorsteher bei der Überwachung der Studien und in der Aufrechthaltung der Disziplin in und ausser der Schule zu unterstützen. — Fälle von Übertretungen disziplinarer Vorschriften, deren Zeuge sie sind, oder die ihnen sonst bekannt werden, sollen dem Abteilungs-Vorsteher oder dem Rektor unverzüglich angezeigt werden.

§ 24. Jeder Professor und Lehrer hat den vorgeschriebenen Lehr- und Stundenplan genau zu beobachten und von sich aus weder denselben noch die eingeführten Lehrmittel zu ändern; ebenso die von dem Professorenverein zum harmonischen Ineinandergreifen der verschiedenen Fächer getroffenen Verfügungen zu beobachten.

§ 25. Jeder Professor und Lehrer ist verpflichtet, zum rechtzeitigen Beginn seiner Lehrstunde auf's Pünktlichste zu erscheinen und dieselbe vor dem vorgeschriebenen Schlusse nicht zu beenden. Ist ein Professor oder Lehrer genötigt, seine Stunden während eines Tages auszusetzen, so hat er dies dem Vorsteher oder Rektor anzuzeigen, der Rektor kann einen Urlaub bis auf 3 Tage in dringenden Fällen erteilen. Ein längeres Urlaubsbegehren unterliegt der Entscheidung des Regierungsrates.

Jeder Lehrer wird sein Schulamt als seine Hauptbeschäftigung betrachten und sich durch keine Nebenbeschäftigungen von der sorgfältigen Erfüllung seiner Pflichten gegen die Schule abhalten lassen.

§ 26. In denjenigen Fällen, wo ein Professor genötigt ist, seine Stunden gemäss § 25 auszusetzen, kann der Rektor, bezw. der Regierungsrat die ausfallenden Unterrichtsstunden anderen Professoren übertragen.

§ 27. Professoren und Lehrer haben in ihren Unterrichtsstunden für Aufrechterhaltung der Disziplin zu sorgen. Schwerere oder trotz ihres Einschreitens sich wiederholende Vergehen sollen dem Abteilungs-Vorsteher oder dem Rektor angezeigt werden.

§ 28. Alle Monate haben sie dem Abteilungs-Vorsteher ein Verzeichnis der Absenzen der Schüler und der eigenen einzureichen.

§ 29. Zur Besprechung über die Studien und das sittliche Betragen der Schüler in und ausser der Schule halten die Professoren regelmässige Zusammenkünfte.

§ 30. Professoren und Lehrer sind gehalten, den Versammlungen des Professorenvereins, zu denen sie vom Rektor eingeladen werden, beizuwohnen.

§ 31. Jeder Professor und Lehrer ist verpflichtet, die von dem Professorenverein ihm übertragene Aufsicht über einen Teil der Sammlungen und Lehrmittel zu übernehmen; er führt über diesen Teil ein Verzeichnis und sorgt für Ordnung, Reinlichkeit und die durch Reglemente geordnete Benützung. Alljährlich ist dem Erziehungs-Departement bei der Verifikation der Sammlungen das betreffende Verzeichnis vorzulegen.

III. Die Schüler.

§ 32. Das Schuljahr beginnt den 15. Oktober und schliesst den 15. August. — Zur Osterzeit sind während 14 Tagen Ferien.

§ 33. Die Aufnahme in die Kantonsschule oder die Zulassung zum Besuche einzelner Fächer geschieht in der Regel mit dem Beginne des Schuljahres und nur in ausserordentlichen Fällen zu andern Zeiten. Die Betreffenden haben bei dem Rektor sich zu melden.

§ 34. Schüler, welche in die erste Klasse des Gymnasiums oder der Gewerbschule eintreten wollen, haben vorher vor einer aus Professoren der betreffenden Abteilung zusammengesetzten Kommission eine Prüfung abzulegen über die zum Eintritt nötigen Vorkenntnisse.

§ 35. Diese Vorkenntnisse bestehen in:

a. Deutsche Sprache: Fertigkeit im Lesen; Fertigkeit, eine vorgetragene leichtere Erzählung stilistisch-orthographisch richtig niederzuschreiben; Kenntnis der Satzglieder, Wortarten und Biegungsformen;

b. Geographie der Schweiz;

c. die wichtigsten Ereignisse aus der ältern Geschichte der Schweiz.

d. Rechnen mit den vier Spezies in ganzen, benannten und unbenannten Zahlen; Verständnis der einfachsten Operationen mit gewöhnlichen Brüchen; Lösung leichter Aufgaben aus dem praktischen Leben.

§ 36. Schüler, welche in andere Klassen als die erste aufgenommen zu werden wünschen, haben durch Zeugnisse über die gehörige Vorbildung sich auszuweisen. Wenn diese Zeugnisse fehlen oder für ungenügend gehalten werden, so haben solche Schüler ebenfalls einer Aufnahmsprüfung sich zu unterziehen.

§ 37. Über das Ergebnis der Prüfung entscheidet der Professorenverein.

§ 38. Solchen Schülern, welche nur ein Fach oder auch mehrere an der Kantonsschule zu besuchen wünschen (Hospitanten), wird die Aufnahme gestattet, wenn der Professorenverein über ihre gehörige Vorbildung sich Gewissheit verschafft hat und die Betreffenden die Erlaubnis ihrer Väter oder Vormünder und ihre gehörige Beschäftigung in einem Berufsfache nachgewiesen haben.

§ 39. Alle Schüler und Hospitanten sind verpflichtet, die Lehrfächer fleissig und bis zu Ende des Kurses zu besuchen und die vorgeschriebenen Prüfungen zu bestehen. Zuwiderhandelnde, namentlich solche, welche die Kantonsschule vor Ende des Schuljahres ohne Anzeige an den Rektor und ohne Einwilligung des Professorenvereins verlassen, können, wenn sie regelmässige Schüler sind, durch Verbot des Aufsteigens in eine andere Klasse, durch Nachholung der Prüfungen oder durch Verweigerung des Zeugnisses, — wenn sie Hospitanten sind, durch das Verbot weitern Besuches der Anstalt bestraft werden.

§ 40. Die Schüler sind bis zum zurückgelegten 16. Altersjahre verpflichtet, am Sonntag dem vormittägigen Gottesdienst beizuwohnen.

Die Religionslehrer der betreffenden Konfession sind mit der Beaufsichtigung des Kirchenbesuches beauftragt und haben nachlässige Schüler zur Verantwortung zu ziehen.

Alle Monate ist ein Verzeichnis der Kirchenversäumnisse der Schüler dem Rektorat einzureichen.

§ 41. Kein Schüler darf ein Kosthaus beziehen ohne vorhergehende Erlaubnis des Rektors. Der Rektor ist befugt, den Schülern ungeeignete Kosthäuser und Wohnungen zu untersagen.

§ 42. Ohne Einwilligung des Abteilungsvorstehers darf kein Schüler Privatunterricht erteilen. Die Personen, denen Privatunterricht erteilt wird, ebenso die Anzahl der Privatstunden, sollen dem Abteilungs-Vorsteher angezeigt werden.

§ 43. Den Schülern des Gymnasiums von der VI. Klasse an, ebenso den Schülern der Gewerbeschule von der V. Klasse an, ist es erlaubt, einen Verein der Kantonsschule Solothurn zu bilden.

Diesem Verein ist untersagt, weder mit hiesigen noch mit auswärtigen Vereinen in irgend welche Verbindung zu treten. Die Statuten dieses Vereins unterliegen der Entscheidung und Begutachtung des Professorenvereins und der Genehmigung des Regierungsrates. Kein Schüler darf sich weder als Mitglied noch als Kandidat in den Verein aufnehmen lassen ohne Anzeige an den Rektor und ohne Erlaubnis des Professorenvereins.

Andere Vereine sind untersagt. Kein Kantonsschüler darf ohne Erlaubnis des Erziehungsdepartements Mitglied irgend eines andern Vereins sein.

§ 44 Sollte der Verein der Kantonsschule zu Störungen der Disziplin, oder zu Unordnungen und Feindseligkeiten Anlass geben, so wird der Regierungsrat nach Anhörung des Professorenvereins darüber entscheiden, ob er aufgehoben werden soll oder nicht.

Alle geheimen Zusammenkünfte, Kneipereien irgend welcher Art, oder der fortgesetzte Verkehr mit irgend welchen andern Vereinen sind strengstens untersagt. Schüler, welche sich dahingehender Übertretungen schuldig machen, werden ausser mit den von der Rektorats-Kommission auszusprechenden Ordnungsstrafen mit den entsprechenden Sittennoten gebüsst. Solcherweise bestrafte Schüler haben keinen Anspruch auf Studienbeiträge aus dem Hartmann'schen Stipendienfond und werden vom Regierungsrat dem Kantonsrate zur Gewährung eines Studienvorschusses nicht empfohlen. Die Hauptschuldigen bei Veranstaltung von geheimen Zusammenkünften, Trinkgelagen etc. werden relegirt.

§ 45. Alle Arten öffentlicher Aufzüge und Trinkgelage sind den Kantonsschülern verboten. Den Schülern des untern Gymnasiums und der untern Gewerbeschule ist der Besuch der Wirts- und Kaffeehäuser ohne Begleitung der Eltern oder anderer Personen, deren Aufsicht sie anvertraut sind, untersagt.

§ 46. Den Schülern des obern Gymnasiums und der obern Gewerbeschule kann der Abteilungs-Vorsteher den Besuch von Wirtschaften auf bestimmte Zeit verbieten im Falle eines zur Gewohnheit werdenden Wirtschaftsbesuches oder bei Anlass vorgekommener Unordnungen in Wirtschaftslokalen.

§ 47. Zusammenkünfte der Schüler, namentlich abendliche in Wirtshäusern oder auf Privatzimmern zum Kartenspielen um Geld, sind untersagt. Bei einem Hauswirte, der dergleichen duldet, soll in Zukunft den Schülern das Einmieten verboten werden.

§ 48. Die Schüler des untern Gymnasiums und der untern Gewerbeschule sollen im Winter um 8 Uhr Abends, im Sommer um 9 Uhr, — diejenigen des obern Gymnasiums und der obern Gewerbeschule im Winter um 9 Uhr, im Sommer um 10 Uhr zu Hause sein. Das Einmieten bei Kostgebern, die diese Bestimmung missachten, kann den Schülern untersagt werden.

§ 49. Sämtliche Schüler sind verpflichtet, sich den von ihren Lehrern auferlegten Arbeiten zu unterziehen.

§ 50. Genau zur vorgeschriebenen Zeit haben die Schüler in ihren Schulzimmern sich einzufinden und dieselben vor Verfluss der Lehrstunde nicht zu verlassen.

§ 51. Urlaub für nicht mehr als einen Tag erteilen auf triftige, vom Schüler vorgebrachte Gründe der oder die betreffenden Lehrer; Urlaub bis auf 2 Tage kann der Abteilungs-Vorsteher, bis auf 3 Tage der Rektor und bis auf 6 Tage die Rektorats-Kommission, längern der Professorenverein erteilen. Für Versäumnisse haben die Schüler von den Eltern, Vormündern oder Kostgebern schriftlich beglaubigte und von den betreffenden Lehrern visirte Entschuldigungen dem Abteilungs-Vorsteher einzureichen.

§ 52. Solche Schüler, die sich gröbliche Verletzungen der Bestimmungen dieses Reglements zu Schulden kommen lassen, können durch Beschluss des Regierungsrates von der Kantonsschule weggewiesen werden.

c. Lehrpläne.

65. *1.* **Lehrplan der aargauischen Kantonsschule. Erlass des Erziehungsrates vom 15. März 1883. Vom Regierungsrate genehmigt am 9. April 1883.**

Der Erziehungs-Rat des Kantons Aargau, in Vollziehung von § 215 des Schulgesetzes erlässt, mit Genehmigung des Regierungs-Rates, für die Kantonsschule nachfolgenden

Lehrplan.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Der Gebrauch der schriftdeutschen Sprache ist bei allen Unterrichtsfächern, mit Ausnahme derjenigen Sprachfächer, bei welchen die betreffende fremde Sprache übungsweise vorgeschrieben wird, für Lehrer und Schüler obligatorisch.

§ 2. Diktate von Heften sollen möglichst vermieden, dagegen dem Unterrichte, wo es erforderlich ist, entsprechende Lehrbücher zu Grunde gelegt werden, welche der Erziehungsrat auf Vorschlag des Fachlehrers und Begutachtung des Fachinspektors bestimmt (Gesetz § 2, Ziff. 2).

§ 3. Schriftliche Hausaufgaben dürfen nur in den Sprachfächern und in Mathematik gegeben werden. In den realistischen Fächern haben sich die häuslichen Aufgaben, mit Ausnahme des Kartenzeichnens, auf die mündliche Repetition des Unterrichts zu beschränken. Über die Neujahrs- und Frühlingsferien sollen keine, über die Sommer- und Herbstferien höchstens zwei Aufgaben von mässigem Umfange gegeben werden. Die Lehrer werden sich in gemeinsamer Beratung darüber verständigen, dass die Unterrichtsfächer in richtigem Verhältnisse berücksichtigt und die Schüler nie auf Unkosten ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung und der notwendigen Erholung mit Aufgaben überladen werden. Der Rektor hat über Einhaltung dieser Bestimmungen zu wachen.

§ 4. In allen wissenschaftlichen Fächern werden die Lehrer, nach Massgabe der Schwierigkeiten des Unterrichtsstoffes und der Fähigkeit der Schüler, den Unterrichtsgang fortwährend mit den notwendigen Repetitorien begleiten und diese nicht einzig auf den Abschluss des Quartals oder des Semesters verschieben.

§ 5. Jeder Lehrer wird den im Lehrplane vorgezeichneten Stoff seines Faches immer schon von Anfang an also ordnen und behandeln, dass er die Jahresziele der einzelnen Klassen vollständig und rechtzeitig zu erreichen vermag und am Ende noch die nötige Zeit zu der erforderlichen Gesamtrepetition gewinnt (Reglement § 33).

§ 6. Der Stundenplan wird dafür sorgen, dass die Schüler einer Klasse in der Regel täglich nicht mehr als sieben und ausnahmsweise nicht mehr als acht Unterrichtsstunden bekommen, dass sie während eines halben Tages keine leeren Zwischenstunden haben, sowie dass auf den Samstag Nachmittag keine Stunden fallen.

Unterbrechungen im Stundenplane sind auch gegenüber den Lehrern soviel möglich zu vermeiden.

§ 7. Der Unterricht von kombinirten Klassen in einzelnen Fächern soll überall auf solche Stunden verlegt werden, in welchen die Schüler der verschiedenen Jahresklassen den Unterricht ihrer kombinirten Abteilung ohne Kollision mit ihrem anderen obligatorischen Unterrichte besuchen können.

Ebenso sind die fakultativen Unterrichtsfächer auf solche Tageszeiten oder Stunden zu verlegen, welche nicht mit obligatorischem Unterrichte besetzt sind.

Endlich hat der Stundenplan beim Unterricht im Zeichnen, Schönschreiben und in den Naturwissenschaften auf das Tageslicht gebührende Rücksicht zu nehmen.

§ 8. Diejenigen Schüler, welche mit Hinsicht auf ihren künftigen Beruf, oder aus Gründen der Gesundheit, oder wegen eines körperlichen Gebrechens von einzelnen Unterrichtsfächern dispensirt werden wollen, haben durch ihre Väter oder deren Stellvertreter dem Rektorate ein schriftliches Dispensgesuch einzureichen.

Solche Gesuche sind nach den Bestimmungen des Reglements (§ 14) und des Regulativs (§§ 1—9) zu erledigen.

§ 9. Die mit Hinsicht auf ihren künftigen Beruf von Unterrichtsfächern dispensirten Schüler haben dafür, mit möglichst gleicher Stundenzahl, solche andere Fächer zu besuchen, die ihrer beruflichen Bestimmung angemessener sind.

Muss einem Schüler ein Dispens aus Gründen der Gesundheit oder körperlicher Gebrechen erteilt werden, und es kann ihm für den Ueterricht, von dem er dispensirt wird, ein anderer aufgegeben werden, so hat sich die Zuteilung des letztern nach den Gründen der Dispensation zu richten.

Die einem Schüler aufgegebenen Ersatzfächer werden für denselben obligatorische Fächer, auch wenn sie nach dem Lehrplane überhaupt oder speziell für seine Klasse fakultative sind.

§ 10. Die vom Griechischen dispensirten Schüler der II. Klasse des Progymnasiums sind zu dem Ersatzunterricht von 3 Stunden Naturlehre und 3 Stunden technischen Zeichnens verpflichtet.

Schüler des Gymnasiums, welche keinen griechischen Unterricht nehmen, sind zum Besuch des Englischen und Italienischen verpflichtet.

§ 11. Von dem Besuche des Religionsunterrichtes kann auf Gesuch der Väter oder Vormünder dispensirt werden.

§ 12. Diejenigen Schüler, welche auf erfolgte Anmeldung zum Besuche eines für sie fakultativen Unterrichtsfaches zugelassen sind, dürfen dasselbe im Laufe eines Semesters nicht aufgeben, sondern haben den Unterricht bis zum Schlusse des Semesters als einen für sie obligatorischen unausgesetzt zu besuchen. Der Besuch der fakultativen Fächer hängt von der Erlaubnis der Lehrerversammlung ab.

Fände sich ein Schüler veranlasst, ein solches Unterrichtsfach gleichwohl während eines Semesters aufzugeben, so hat er, unter Angabe der Gründe, die Bewilligung dazu beim Rektorate schriftlich nachzusuchen und seiner Eingabe eine bezügliche Willenserklärung des Vaters oder Vormundes, und bei Gesundheitsrücksichten ein ärztliches Zeugnis beizulegen.

Nach eingeholtem Gutachten des betreffenden Fachlehrers bringt das Rektorat das Gesuch zur Entscheidung an die Lehrerversammlung.

Schüler, welche griechischen Unterricht nehmen, dürfen in der Regel daneben nur den Unterricht im Englischen oder Italienischen oder Hebräischen besuchen.

Die Noten, welche sich die Schüler von den Lehrern in den fakultativen Unterrichtsfächern durch Fleiss, Fortschritte und Betragen erwerben, werden ihnen gleich den Noten im obligatorischen Unterrichte in die Quartalzeugnisse eingetragen.

Tableau über die Unterrichtsstunden an der aargauischen Kantonsschule.

A. Progymnasium.

	I.		II.	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter
Obligatorische Fächer.				
Deutsch	4	4	4	4
Latein	9	9	6	6
Griechisch oder	—	—	6	6
Techn. Zeichnen und Naturkunde	—	—	6	
Französisch	4	4	3	3
Geographie	2	2	2	2
Geschichte	2	2	2	2
Mathematik	3	3	4	4
	24	24	27	27
Hülfsfächer.				
Kunstzeichnen	2	2	2	2
Schreiben	2	2	—	—
Singen	2	2	2	2
Turnen	2	2	2	2
Militärunterricht	4	—	4	—
	12	8	10	6
Fakultativ.				
Religion	2	2	2	2

B. Gymnasium.

	I.		II.		III.		IV.	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter
Obligatorische Fächer.								
Deutsch	3	3	3	3	3	3	3	3
Latein	7	7	7	7	6	6	6	6
Griechisch oder	6	6	6	6	6	6	6	6
Englisch und Italienisch	5		5		4		4	
Französisch	3	3	3	3	3	3	3	3
Geographie	2	2	—	—	—	—	—	—
Geschichte	3	3	3	3	3	3	3	3
Mathematik	4	4	3	3	3	3	3	3
Naturgeschichte	3	2	2	2	2	1	2	1
Physik	—	—	—	—	2	2	2	2
Chemie	—	—	—	—	2	2	2	2
Für Griechen	31	30	27	27	30	29	30	29
„ Nichtgriechen	30	29	26	26	28	27	28	27
Hülfsfächer.								
Kunstzeichnen	2	2	2	2	—	—	—	—
Singen	2	2	2	2	1	1	1	1
Turnen	2	2	2	2	2	2	—	—
Militärunterricht	2	—	2	1	2	1	—	—
	8	6	8	7	5	4	1	1
Fakultativ.								
Latein	—	—	—	—	—	—	1	1
Englisch	3	3	3	3	2	2	2	2
Italienisch	2	2	2	2	2	2	2	2
Hebräisch	—	—	—	—	2	2	2	2
Religion	—	—	2	2	1	1	2	—
Analyt. Chemie und Laboratorium	—	—	—	—	—	—	1	3
	5	5	7	7	7	7	10	10

C. Gewerbeschule.

	I.		II.		III.		IV.	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	
Obligatorische Fächer.								
Deutsch	4	4	4	4	4	4	4	
Französisch	5	5	4	4	4	4	4	
Englisch oder Italienisch	3	3	3	3	3	3	—	
Geographie	2	2	2	2	—	—	—	
Geschichte	2	2	2	2	3	3	3	
Mathematik	5	5	5	5	7	7	7	
Naturgeschichte	3	3	2	2	2	2	2	
Physik	—	—	3	3	3	3	3	
Chemie	—	—	2	2	2	2	3	
	24		27	27	28	28	26	
Hülfsfächer.								
Technisches Zeichnen	2	2	2	2	2	2	2	
Kunstzeichnen	2	2	2	2	2	2	2	
Schreiben	1	1	—	—	—	—	—	
Singen	2	2	2	2	1	1	1	
Turnen	2	2	2	2	2	2	—	
Militärunterricht	2	—	2	1	2	1	—	
	11	9	10	9	9	8	5	
Fakultativ.								
Italienisch oder Englisch	3	3	3	3	3	3	—	
Religion	—	—	2	2	1	1	—	
Analyt. Chemie und Laboratorium	—	—	—	—	1	3	3	
Feldmessen	—	—	—	—	2	—	—	
	3	3	5	5	7	7	3	

Dieser Lehrplan tritt an die Stelle des bisherigen Lehrplanes vom 28. April 1874.

---

66. *2.* **Normallehrplan der thurgauischen Kantonsschule. Regierungsbeschluss vom 1. Februar 1884.**

Übersicht der Stundenzahl nach Klassen und Fächern.

Bemerkung.

Die in Klammern gesetzten Zahlen bezeichnen, dass das Fach in der betreffenden Klasse fakultativ ist. Bei der Addition sind nur die obligatorischen Stunden berücksichtigt; die militärischen Übungen sind dabei nicht in Rechnung gezogen.

I. Gymnasium.

Fächer	I	II	III	IV	V	VI	VII
Religion	2	2	2	1	—	—	—
Deutsch	5	4	3	3	3	3	2
Latein	9	8	7	7	6	5	5
Griechisch	—	—	7	7	8	6	6
Hebräisch	—	—	—	—	—	(3)	(2)
Französisch	—	3	3	3	3	3	3
Englisch	—	—	—	(3)	(3)	(3)	(3)
Italienisch	—	—	—	(3)	(3)	(3)	(3)
Philosophie	—	—	—	—	—	—	3
Übertrag	16	17	22	21	20	17	19

Fächer	I	II	III	IV	V	VI	VII
Übertrag .	16	17	22	21	20	17	19
Mathematik	4	3	3	3	3	3	4
Physik	—	—	—	—	2	2	2
Chemie	—	—	—	—	—	2	2
Laboratorium	—	—	—	—	—	—	(2)
Naturgeschichte	—	2	—	2	2	1	1
Geschichte	2	3	2	3	3	3	2
Geographie	2	2	2	—	—	—	—
Zeichnen	2	2	2	—	—	—	—
Schreiben	2	2	—	—	—	—	—
Gesang	2	2	2	2	2	(2)	(2)
Turnen	2	2	2	2	2	2	(2)
Summa .	32	35	35	33	34	30	30

II. Untere Industrieschule.

Fächer	I	II	III
Religion	2	2	2
Deutsch	6	5	4
Französisch	5	5	3
Rechnen	4	3	3
Algebra	—	—	3
Geometrie	—	2	3
Naturgeschichte	2	2	1
Physik	—	—	3
Geschichte	2	2	2
Geographie	2	2	2
Freihandzeichnen	2	2	2
Geometrisches Zeichnen	—	1	2
Schreiben	2	2	1
Gesang	2	2	2
Turnen	2	2	2
Summa .	31	32	35

III. Technische Abteilung der obern Industrieschule.

Fächer	IV	V	VI	VII
Religion	1	—	—	—
Deutsch	3	4	3	2
Französisch	4	4	3	2
Englisch	3	2	2	2
Italienisch	—	(fakultativ)		
Geschichte	2	S 2, W 3	3	2
Geographie	2	2	W 2	—
Arithmetik	2	—	—	—
Algebra	2	2	2	3
Planimetrie	S 2	—	—	—
Stereometrie	2	S 2	—	
Trigonometrie	W 2	2	—	—
Darstellende Geometrie	—	—	2	2
Analytische Geometrie	—	—	W 2	2
Praktische Geometrie	—	—	S 2	—
Botanik	S 3	S 3	—	—
Zoologie	W 3	W 3	—	—
Übertrag .	26	S 23, W 22	17	14

Fächer	IV	V	VI	VII
Übertrag .	26	S 23, W 22	17	14
Chemie und Mineralogie	—	—	5	6
Physik	—	3	3	4
Übungen z. Darstellenden Geometrie . . .	—	—	2	2
Technisches Zeichnen	2	2	S 2	—
Freihandzeichnen	2	2	—	—
Gesang	2	2	(2)	(2)
Turnen	2	2	2	2
Summa .	34	S 34, W 33	31	28

IV. Merkantile Abteilung der obern Industrieschule.

Fächer	IV	V
Religion	1	—
Deutsch	3	4
Französisch	4	4
Englisch	3	3
Italienisch		3
Handelskorrespondenz, französische	1	1
„ englische	—	1
„ italienische	—	
Arithmetik und Algebra Buchhaltung	4	2
Chemie und Waarenkunde	S 2 W 4	3
Botanik	S 3	—
Zoologie	W 3	—
Geschichte	2	S 2, W 3
Geographie	2	2
Zeichnen	2	2
Schreiben	2	1
Gesang	2	2
Turnen	2	2
Summa .	S 33, W 35	S 32, W 33

Bemerkungen. (Dispensation; Hospitanten; fakultative Fächer.)

1) Der Besuch einzelner Fächer ist nur unter folgenden zwei Umständen möglich:

a. wenn der Konvent beschliesst, ein wenig begabter Schüler habe seine Kräfte auf eine kleinere Anzahl von Fächern zu konzentriren; oder

b. wenn ein Schüler, der z. B. aus dem Gymnasium in die Industrie-Abteilung übertreten will, mehr nachzuholen hat, als er neben den obligatorischen Stunden bewältigen kann, etc. oder

c. wenn ein unbescholtener (Kaufmanns- oder Apotheker- etc.) Lehrling mit dem Gesuche einkommt, den Lehrstunden solcher Fächer, die mit seinem Berufe im Zusammenhang stehen, beiwohnen zu dürfen. (Hospitanten.)

2) Mit Beschluss vom 25. April 1884 wurde festgesetzt: Das Griechische ist als obligatorisches Lehrfach für die III., IV. und V. Gymn.-Klasse beizubehalten, dagegen für die VI. und VII. Klasse unter dem Vorbehalte fakultativ zu stellen, dass die Schüler der beiden oberen Klassen, welche von dieser Freigebung Gebrauch machen wollen, an Stelle des für sie wegfallenden Faches nach freier Wahl den Unterricht im Englischen oder Italienischen zu nehmen haben.

3) Den Gymnasiasten ist es von der VI. Klasse an mit Bewilligung des Lehrerkonventes gestattet, den für sie fakultativen Unterricht in Englisch und Italienisch mitzumachen.

4) Für die Schüler der technischen Abteilung ist Englisch von der IV. Klasse an obligatorisch, Italienisch von der V. Klasse an fakultativ, für die Schüler der IV. merkantilen Klasse ist Englisch oder Italienisch, für die Schüler der V. merkantilen Klasse sind beide Sprachen obligatorisch.

Ausnahmsweise kann der Konvent einem Schüler der III. Industrieklasse die Bewilligung erteilen, den Unterricht in Englisch oder Italienisch mitzumachen.

5) Singen ist für die VI. und VII. Klasse beider Abteilungen fakultativ, ebenso Turnen für die VII. Gymn.-Klasse.

In diesen beiden Fächern werden Dispensationen in der Regel nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses erteilt.

6) Der Unterricht im Hebräischen ist für sämtliche Schüler fakultativ.

7) Ob der einzelne Schüler zu einem oder zu mehreren der fakultativ erklärten Fächer zuzulassen sei, entscheidet der Lehrerkonvent. Wenn ein Schüler Zutritt zu einem fakultativ erklärten Fache erhalten hat, so kann er während des Schuljahres nur mit Bewilligung des Lehrerkonvents von demselben zurücktreten.

8) Die Teilnahme an den militärischen Übungen ist für alle Schüler obligatorisch. Dispensationen sind bloss wegen körperlicher Gebrechen zulässig und werden nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses vom Konvent erteilt.

9) Die militärischen Übungen finden im Sommersemester wöchentlich an einem Nachmittag während 2—3 Stunden statt. Der Fechtunterricht kann auf das Wintersemester verlegt werden.

---

67. *3.* **Beschluss des Erziehungsrates des Kantons Luzern betreffend** den Lehrplan der Realschule. Vom 15. Oktober 1885.

Der Lehrplan der Realschule ist bis auf Weiteres festgesetzt wie folgt:

Bezeichnung der Fächer	Klasse						
	1.	2.	3.	4. merk.	4. tech.	5.	6.
Religionslehre	3	2	2	2			
Deutsche Sprache	6	5	5	4		4	
Französische Sprache	5	5	4	4		2+1+2	
Italienisch oder Englisch	—	—	—	3		3	3
Geschichte	2	2	2	3		2	
Geographie	2	2	2	—	—	—	—
Schönschreiben	2	1	—	—	—	—	—
Rechnungs- u. Buchführung	—	2	—	—	—	—	—
Mathematik	5	7	7	—	7	5	5
Darstellende Geometrie	—	—	—	—	—	2	3
Technisches Zeichnen	—	—	2	—	2	2	
Freihandzeichnen	4	2	2	—	2		—
Physik	—	—	2	—	—	3	4
Naturgeschichte	—	—	2	2		2	2
Chemie	—	—	—	3	—	3	3
Handelsfächer	—	—	—	9	—	—	—
	28	28	30	30	29	33	33

nebst Turnen und Gesang und dem Freifach der italienischen oder englischen Sprache für die 3. Klasse.

Anmerkung. Durch Beschluss des Regierungsrates vom 22. August 1884 wurde zum Zwecke des Vertragsabschlusses mit dem eidg. Schulrat betr. den Übertritt an das Polytechnikum die Realschule um eine Klasse nach unten erweitert.

---

d. Prüfungsreglemente.

68. *1.* **Regulativ für die Maturitätsprüfungen an den Literar- und Realgymnasien im Kanton Bern. Vom 15. März 1883.**

I. Literargymnasien.

§ 1. Die Maturitätsprüfungen an den Literargymnasien in Bern, Burgdorf und Pruntrut werden durch eine von der Erziehungsdirektion auf eine Amtsdauer von 4 Jahren gewählte Kommission von sieben Mitgliedern, worunter wenigstens zwei aus dem Jura, vorgenommen.

Zur Ergänzung der Kommission werden, ebenfalls von der Erziehungsdirektion, drei Suppleanten bezeichnet.

§ 2. Die Erziehungsdirektion ernennt den Präsidenten der Kommission. Diesem liegt die Einberufung derselben ob.

§ 3. Zu den Maturitätsprüfungen können auch Schüler und Schülerinnen zugelassen werden, welche keine von den drei obgenannten Anstalten besucht haben.

§ 4. Die Fächer, in denen geprüft wird, zerfallen in Haupt- und Nebenfächer.

Hauptfächer sind:
Lateinisch, Griechisch, Muttersprache, Mathematik.

Nebenfächer sind:
Geschichte, Französisch (resp. Deutsch), Physik.

Kandidaten, welche durch die Schulbehörden vom Studium der griechischen Sprache dispensirt worden sind, sollen einen entsprechenden Ausweis über Kenntnisse in der englischen oder der italienischen Sprache leisten.

Solche, welche Theologie studiren wollen, haben vor ihrem Eintritt in die theologische Fakultät, eine Prüfung im Hebräischen zu bestehen.

§ 5. Die Prüfung geschieht teils mündlich, teils schriftlich.

Die Kommission bestimmt für jedes Prüfungsfach einen Referenten.

Über die bei der schriftlichen Prüfung zu lösenden Aufgaben reichen die examinirenden Lehrer dem Rektor zu Handen des Referenten 14 Tage vor dem Examen Vorschläge zur Auswahl ein und erhalten dieselben spätestens 2 Tage vor der Prüfung wieder zugestellt.

Die Themata der mündlichen Prüfung werden unter Zuziehung der examinirenden Lehrer vom Referenten bestimmt.

Es ist dafür zu sorgen, dass im mündlichen Examen jeder Kandidat wenigstens eine Viertelstunde in jedem Fache geprüft werde.

Themata der Prüfung.

A. Schriftliche Prüfung.

Im *Lateinischen* und *Griechischen* eine Übersetzung einer in der Schule nicht gelesenen Stelle aus einem in das Pensum der drei obersten Klassen gehörenden Schriftsteller; der Kandidat soll im Stande sein, dieselbe grammatisch zu durchschauen und in genauer Übersetzung wiederzugeben.

Ferner eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Lateinische.

Die letztere kann solchen Kandidaten, denen der Besuch eines Gymnasiums unmöglich war, unter empfehlenden Umständen ausnahmsweise erlassen werden.

In der *Muttersprache* einen Aufsatz über ein im Gesichtskreis des Abiturienten liegendes Thema.

In der *Mathematik* eine Reihe von Aufgaben, bei denen Kenntnis der ebenen und sphärischen Trigonometrie, der ebenen analytischen Geometrie und Übung im logarithmischen und analytischen Rechnen vorausgesetzt wird.

Im *Französischen*, resp. *Deutschen*, eine schriftliche Arbeit, welche grammatische Sicherheit und einige stilistische Gewandtheit zeigen soll.

Für *Englisch* oder *Italienisch* gilt das nämliche.

Im *Hebräischen:* Übersetzung und Analyse eines leichten hebräischen Textes.

B. Mündliche Prüfung.

Im *Lateinischen* und *Griechischen* werden leichtere, in der Schule nicht gelesene Stellen aus Schulautoren für die Prüfung gewählt und einige Fragen aus der Literatur (im Umfang der Schulautoren) gestellt.

In der *Muttersprache* wird verlangt: Kenntnis der wichtigsten Epochen des Entwicklungsganges der Literaturgeschichte und eine einigermassen eingehende Bekanntschaft mit den Hauptwerken der klassischen Dichtung. Der mündliche Ausdruck soll Gewandtheit in zusammenhängender und folgerichtiger Rede erkennen lassen.

In der *Mathematik* wird aus dem Unterrichtspensum der zwei obersten Klassen geprüft.

In der *Geschichte* wird Kenntnis der wichtigsten Tatsachen der alten, mittleren, neuern und der Schweizergeschichte verlangt; auch ist dabei Rücksicht auf Geographie zu nehmen.

Für die Prüfung im *Französischen*, resp. *Deutschen*, werden noch nicht behandelte Stellen aus Klassikern gewählt, die in der Schule gelesen worden; auch wird Kenntnis der wichtigsten Tatsachen der Literaturgeschichte verlangt.

Für *Englisch* oder *Italienisch* gilt das nämliche.

Im *Hebräischen:* Kenntnis der gesamten Formenlehre und der einfachsten syntaktischen Regeln.

In *Physik* werden Fragen aus dem ganzen am Gymnasium behandelten Unterrichtspensum gestellt.

Hülfsmittel werden bei der Ausarbeitung der schriftlichen Aufgaben ausser logarithmischen und trigonometrischen Tafeln nicht zugelassen.

Die Benützung unerlaubter Hülfsmittel, sowie jeder sonstige Betrug beim Arbeiten wird sofortiger Zurückweisung von der Prüfung bestraft; hievon sind die Kandidaten vor Beginn der Prüfung in Kenntnis zu setzen.

Die examinirenden Lehrer beantragen in Verbindung mit dem Referenten bei der Prüfungskommission die in jedem Fache zu gebende Note: diese Noten werden mit Nummern in ganzen Zahlen von 1 (beste Note) bis 6 bezeichnet. Nach dem Ergebnis des Examens wird von der Prüfungskommission das Prädikat bestimmt, welches die Gesamtleistungen des Kandidaten erhalten. Für dieses Prädikat werden folgende drei Bezeichnungen festgesetzt:

I Sehr gut. II Gut. III Befriedigend.

Das arithmetische Mittel aus der Summe der Noten in den Haupt- und Nebenfächern darf nicht mehr als 4 sein. Ungenügende Leistungen in zwei Hauptfächern haben die Verweigerung der Maturität zur Folge.

Die examinirenden Lehrer nehmen an der Schlussberatung der Prüfungskommission mit beratender Stimme Teil.

§ 9. Wird einem Kandidaten das Zeugnis der Reife verweigert, so darf er das Examen *zweimal* wiederholen. Die Zeit des zweiten Examens bestimmt die Prüfungskommission, jedoch darf es nicht früher stattfinden, als sechs Monate nach dem ersten.

Dieselbe Bestimmung gilt auch für diejenigen, welche wegen Unredlichkeit vom Examen fortgewiesen worden sind.

§ 10. Die Maturitätszeugnisse werden mit der Unterschrift und dem Siegel der Erziehungsdirektion und den Unterschriften des Präsidenten der Prüfungskommission und des Rektors versehen.

Für diejenigen Examinanden, welche Abiturienten der betreffenden Schule sind, soll das Maturitätszeugnis enthalten:

a. Name, Heimat und Geburtstag des Kandidaten;
b. Klassen und Zeit des Schulbesuches;
c. Noten über das sittliche Verhalten während der Schulzeit;
d. die bei der Maturitätsprüfung in den einzelnen Fächern erteilten Noten;
e. die Gesamtmaturitätsnote.

Für solche Examinanden, welche die betreffende Schule nicht besucht haben, fallen die unter *b* und *c* bezeichneten Notizen weg.

§ 11. Die ordentlichen Maturitätsprüfungen finden am Schlusse des Kurses der obersten Klasse statt. Die daran Teil nehmenden Kandidaten haben für die Prüfung und für die Ausfertigung der Maturitätszeugnisse keinerlei Gebühren zu entrichten.

Eine ausserordentliche Maturitätsprüfung, für welche von jedem Kandidaten Fr. 50 zu Handen der Staatskasse zu zahlen sind, kann zu andern Zeiten stattfinden.

§ 12. Die Prüfungskommission ist befugt, bei denjenigen, welche das Zeugnis der Reife in den Realfächern, oder das Patent eines Sekundarlehrers besitzen, in den sprachlichen Fächern Supplementsprüfungen vorzunehmen.

Die bezüglichen Gesuche werden der Erziehungsdirektion eingereicht.

Die Kandidaten haben für diese Prüfung eine Entschädigung von Fr. 50 zu entrichten.

§ 13. Die Mitglieder der Prüfungskommission erhalten ein Taggeld von Fr. 10. Ihre Reiseauslagen werden ihnen zu 30 Cts. per Kilometer vergütet.

II. Realgymnasien.

§ 1. Die Maturitätsprüfungen an den Realgymnasien in Bern, Burgdorf und Pruntrut werden durch eine von der Erziehungsdirektion auf eine Amtsdauer von 4 Jahren gewählte Kommission von fünf Mitgliedern, worunter wenigstens eines aus dem Jura, vorgenommen.

Zur Ergänzung der Kommission werden, ebenfalls von der Erziehungsdirektion, zwei Suppleanten bezeichnet.

§ 2. (Siehe Regulativ betr. Literargymnasien.)

§ 3. (Siehe Regulativ betr. Literargymnasien.)

Solche können jedoch auf die Vorteile eines Aufnahmsvertrags mit dem eidgen. Polytechnikum keinen Anspruch machen.

§ 4. Die Fächer, auf welche die Maturitätsprüfung sich erstreckt, sind folgende:

a) Hauptfächer:
reine Mathematik (Algebra und Geometrie),
darstellende Geometrie,
Physik,
Chemie,
Deutsche und französische Sprache und, in der Muttersprache, Literaturgeschichte.

b) Nebenfächer:
Geschichte,
Naturgeschichte,
praktische Geometrie,
Mechanik.

c) Ausserdem sind das technische Zeichnen und das Kunstzeichnen zu berücksichtigen. Die Kandidaten haben die während der letzten Jahre in beiden Fächern angefertigten Arbeiten zur Beurteilung vorzulegen.

§ 5. Lit. 1—4 (siehe Regul. betr. Literargymn.).

Die für die *mündlichen* Prüfungen einzuräumende Zeit ist so zu bemessen, dass für jeden Examinanden in jedem Fache 10—15 Minuten, in der reinen Mathematik 20 Minuten gerechnet werden.

§ 6. Die Gegenstände der Prüfung sind sowohl für die schriftlichen als auch für die mündlichen Prüfungen nach Massgabe des neuen Unterrichtsplanes dem Pensum der 3 obersten Klassen des Realgymnasiums zu entnehmen.

§ 7. Die Themata der schriftlichen Prüfungen sind:

1. Aufgaben aus den Gebieten
   a. der reinen Mathematik,
   b. der darstellenden Geometrie,
   c. der Chemie,
   d. der Physik.
2. Ein Aufsatz in der Muttersprache.
3. In der zweiten Sprache (französisch resp. deutsch) eine schriftliche Arbeit, welche grammatische Sicherheit und einige stilistische Gewandtheit zeigen soll.

§ 8. Bei den schriftlichen Prüfungsarbeiten dürfen keinerlei Hülfsmittel gebraucht werden — ausgenommen für die mathematischen Arbeiten, logarithmische und trigonometrische Tafeln und die zum Zeichnen nötigen Instrumente; für den Aufsatz in der Muttersprache ist die Benutzung eines Klassikers gestattet, und für die Arbeit in der zweiten Sprache, wenn dieselbe in einem freien Aufsatze besteht, die Benutzung eines Wörterbuches.

Lit. 2 (siehe Regul. für Literargymn. § 7 lit. 2).

§§ 9, 10, 11, 12, 13. (Siehe Regul. betr. Literargymn. §§ 8, 9, 10, 11, 13.)

---

69. 2. **Reglement über die Maturitätsprüfungen am Gymnasium** in Schaffhausen. Erlass des Erziehungsrates vom 20. August 1885.

In Vollziehung von Art. 74 des Schulgesetzes und in Berücksichtigung der Bestimmungen

a) des theologischen Konkordates vom 19. Februar 1862, Art. 2 d,

b) der Verordnung für die eidg. Medizinalprüfungen vom 2. Juli 1880, Art. 40, sowie des Anhanges, enthaltend die Maturitätsprogramme vom 2. Juli 1880,

c) des Regulativs für Aufnahme von Schülern und Zuhörern ins eidg. Polytechnikum vom 24. November resp. 6. Dezember 1881,

d) des Vertrages zwischen dem schweiz. Schulrate und der Erziehungsdirektion vom 22. Mai 1883 betreffend den Übergang aus dem Gymnasium ins eidg. Polytechnikum,

e) des Erlasses des schweiz. Departements des Innern an die Regierungen, vom 22. Oktober 1883, betreffend Maturitätsprüfung der Pharmazeuten, beschliesst der Erziehungsrat folgendes *Reglement für die Maturitätsprüfungen am Gymnasium.*

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Der Zweck der Maturitätsprüfung ist, zu konstatiren, ob der betreffende Schüler die notwendige wissenschaftliche Vorbildung besitzt, um mit Erfolg an höhern Lehranstalten weitern Studien obzuliegen.

§ 2. Zur Maturitätsprüfung werden zugelassen:

a) Schüler, welche die oberste Klasse der humanistischen Abteilung durchgemacht haben,

b) Schüler, welche die oberste Klasse der realistischen Abteilung durchgemacht haben,
c) Schüler, welche sich der Pharmazie widmen wollen,
d) Schüler, welche die IV. Klasse der humanistischen Abteilung durchgemacht haben und sich der Tierarzneikunde widmen wollen.

Ausnahmsweise können auch solche, welche das hiesige Gymnasium nicht besucht haben, oder welche durch besondere Verhältnisse von der regelmässigen Teilnahme an einem Gymnasialkurs abgehalten worden sind, mit Bewilligung des Erziehungsrates zugelassen werden.

§ 3. Die Maturitätsprüfungen werden geleitet von einer durch den Erziehungsrat jeweils erwählten Expertenkommission von drei Mitgliedern, welcher der Direktor des Gymnasiums von amtswegen angehört. Die Zeit der Prüfungen wird durch diese Expertenkommission festgesetzt.

§ 4. Die Prüfungen werden von den betreffenden Fachlehrern vorgenommen. Diese machen bezüglich der einzelnen Noten ihre Vorschläge an die Expertenkommission und setzen mit dieser die Gesamtnote fest. Das Ergebnis ist dem Erziehungsrate zur Genehmigung vorzulegen.

§ 5. Für die schriftliche Prüfung in den einzelnen Fächern soll dem Examinanden die Auswahl aus mindestens drei Thematen gestattet werden.

§ 6. Die Note jedes einzelnen Prüfungsfaches wird durch die Zahlenabstufung 6 (beste Note) bis 1 (schlechteste Note) ausgedrückt, wobei das Fach der deutschen Sprache 2 Noten, eine für die schriftliche und eine für die mündliche Prüfung, erhält.

In den Fächern, in welchen nur eine mündliche Prüfung statt hat, ist die Fachnote das arithmetische Mittel der bei der Prüfung sich ergebenden Note und des Durchschnittes der Noten, welche in dem betreffenden Fache während des verflossenen Jahres erteilt worden sind. Wo auch eine schriftliche Prüfung stattfindet, wird sie bestimmt durch das arithmetische Mittel der Durchschnittsnote des letzten Jahres und den beiden bei der Prüfung sich ergebenden Noten.

§ 7. Zur Feststellung der Gesamtnote werden die einzelnen Fachnoten zusammengezählt und durch die Zahl der Prüfungsfächer geteilt. Ist der Quotient 6—5,5 (incl.) so erhält der Examinand die Note „sehr gut"; ist der Quotient 5,4—4,5 (incl.), die Note „gut"; und ist derselbe 4,4—3 (incl.), die Note „befriedigend".

§ 8. Die Zeugnisse über die Maturitätsprüfungen enthalten ausser der Altersangabe und der Gesamtnote für die Reife auch die Note jedes Prüfungsfaches.

Zweiter Abschnitt.

Maturitätsprüfung für Schüler der obersten Klasse der humanistischen Abteilung.

§ 9. Die Prüfung von Schülern der obersten Klasse der humanistischen Abteilung erstreckt sich auf folgende Fächer:
a) Deutsche Sprache,
b) Latein,
c) Griechisch,
d) Französisch,
e) Mathematik,
f) Geschichte,
g) Naturwissenschaften.

Abiturienten, welche vom Griechischen dispensirt worden sind, werden statt in dieser Sprache in einer zweiten neueren Sprache geprüft.

§ 10. Für die nicht in die Maturitätsprüfung aufgenommenen Fächer kann unmittelbar nach derselben eine Klassenprüfung stattfinden.

§ 11. Die schriftliche Prüfung findet über folgende Fächer statt:

a) deutsche Sprache und Literatur,
b) Latein,
c) Griechisch,
d) Französisch,
e) Mathematik,
f) Naturwissenschaften.

Es werden dabei gefordert:

a. In der deutschen Sprache und Literatur: Eine schriftliche Arbeit über einen bekannten Stoff aus der Geschichte oder Literaturgeschichte, oder über ein leichteres freies Thema.

b. Im Lateinischen: Eine Übersetzung aus einem deutschen, für den lateinischen Ausdruck nicht zu schwierigen Text.

c. Im Griechischen: Deutsche Übersetzung eines diktirten griechischen Textes: eventuell Übersetzung eines diktirten deutschen Textes ins Englische oder Italienische.

d. Im Französischen: Eine schriftliche Arbeit über einen den Schülern hinreichend bekannten Stoff.

e. In der Mathematik: Die Lösung von Aufgaben aus der Geometrie oder Algebra im Umfange des Unterrichtspensums.

f. In den Naturwissenschaften: Ein Aufsatz nach Auswahl aus dem Gebiete der Naturgeschichte, Physik oder Chemie.

§ 12. Die mündlichen Prüfungen erstrecken sich auf sämtliche in § 9 genannte Fächer. Es wird verlangt in

a. Deutscher Sprache und Literatur: Kenntnis der Literaturgeschichte in ihren bedeutendsten Erscheinungen und genauere Bekanntschaft mit einigen Hauptwerken der hervorragendsten Schriftsteller seit Lessing.

b. Latein: Übersetzung und Erklärung einer noch nicht behandelten Stelle aus einem leichteren Schriftsteller oder einer schon behandelten Stelle eines schwierigeren Autors.

c. Griechisch: Übersetzung und Erklärung einer noch nicht behandelten Stelle aus einem leichteren Schriftsteller oder einer schon behandelten Stelle eines schwierigeren Autors; eventuell Übersetzung eines leichteren Stückes eines englischen oder italienischen Schriftstellers.

d. Französisch: Übersetzung und Erklärung eines im Unterrichte nicht behandelten Stückes, wobei auf ziemliche Geläufigkeit im mündlichen Ausdruck Wert gelegt wird.

e. Mathematik: Kenntnis des in den 3 obern Klassen behandelten Stoffes.

f. Geschichte: Kenntnis der wichtigsten Momente der allgemeinen Geschichte und der Schweizergeschichte mit Berücksichtigung der kulturhistorischen und verfassungsgeschichtlich wichtigen Momente.

g. Naturwissenschaften: In der Naturgeschichte: Kenntnis der Haupttypen des Tierreichs; allgemeine Kenntnis des menschlichen Körpers; Kenntnis der Organe der höheren Pflanzen, der wichtigsten Pflanzenfamilien des natürlichen Systems; allgemeine Kenntnis der Mineralogie.

In der Physik: Kenntnis der allgemeinen Eigenschaften der Körper, der Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper; die Hauptgesetze in der Lehre vom Schall, Licht, der Wärme, Elektrizität und dem Magnetismus.

In der Chemie: Allgemeine Kenntnis der unorganischen Chemie.

§ 13. Gleichzeitig mit der Maturitätsprüfung findet für Studirende der Theologie ein Examen im Hebräischen statt (siehe Reglement für Prüfungen

der Kandidaten der Theologie vom 26. Oktober 1875, § 13). In diesem Examen wird richtige Übersetzung eines leichteren hebräischen Textes verlangt.

Dritter Abschnitt.

Maturitätsprüfung für Schüler der obersten Klasse der realistischen Abteilung.

§ 14. Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

a) Deutsche Sprache und Literatur,
b) Französisch,
c) Geometrie,
d) Algebra,
e) Darstellende Geometrie,
f) Geschichte,
g) Physik,
h) Chemie,
i) Naturgeschichte.

§ 15. Die schriftliche Prüfung umfasst folgende Fächer:

a) Deutsche Sprache und Literatur,
b) Französisch,
c) Geometrie und Algebra,
d) Darstellende Geometrie,
e) Physik,
f) Chemie und Naturgeschichte.

Es wird dabei gefordert:

a. In der deutschen Sprache und Literatur: Eine schriftliche Arbeit über einen bekannten Stoff aus der Geschichte oder Literaturgeschichte oder über ein leichteres freies Thema. Die Beurteilung bezieht sich in erster Linie auf die Form der Arbeit (Grammatik, Orthographie, Interpunktion, Stil).

b. Im Französischen: Eine Übersetzung aus dem Deutschen oder ein Aufsatz über einen dem Examinanden hinlänglich bekannten Stoff.

c. In Geometrie und Algebra: Die Lösung von Aufgaben im Umfange des Unterrichtspensums.

d. In der darstellenden Geometrie: Die Lösung von mindestens einer Aufgabe aus dem durchgenommenen Stoff.

e. In der Physik: Schriftliche Behandlung eines Themas oder Lösung von physikalisch-mathematischen Aufgaben.

f. In der Chemie und Naturgeschichte: Eine schriftliche Arbeit nach Auswahl aus dem Gebiete der Chemie, Zoologie, Botanik oder Mineralogie.

§ 16. Die mündlichen Prüfungen dehnen sich auf sämtliche in § 14 genannte Fächer aus, wobei gefordert wird:

a. In der deutschen Sprache und Literatur: Grammatik: Genauere Kenntnis der Formenlehre und der Syntax. Literatur: Genauere Bekanntschaft mit dem Leben und den Werken Klopstocks, Lessings, Göthes und Schillers; Kenntnis der Entwicklung der deutschen Literatur mit besonderer Berücksichtigung der neueren Zeit.

b. Im Französischen: Der Examinand soll einen noch nicht behandelten Abschnitt aus einem Schriftsteller fliesend lesen und übersetzen können, mit den wichtigsten Regeln der Syntax vertraut sein, in französischer Sprache gestellte Fragen verstehen und mit einiger Geläufigkeit in derselben Sprache beantworten können.

c. In der Geometrie und

d. in der Algebra: Kenntnis des in den 4 obern Klassen behandelten Stoffes.

e. In der darstellenden Geometrie: Kenntnis des durchgenommenen Pensums.

f. In der Geschichte: Kenntnis der wichtigsten Momente der allgemeinen Geschichte und der Schweizergeschichte mit Berücksichtigung der kulturhistorischen und verfassungsgeschichtlich wichtigen Momente.

g. In der Physik: Kenntnis des Unterrichtspensums.

h. In der Chemie: Die allgemeinen Lehren; die wichtigsten Grundstoffe und ihre Verbindungen.

i. In der Naturgeschichte: Kenntnis der Systematik und der grundlegenden Tatsachen in der Naturgeschichte der 3 Reiche; Kenntnis in der Zoologie einschliesslich der Kenntnis des Baues und der Funktionen des menschlichen Körpers.

Vierter Abschnitt.

Maturitätsprüfung für angehende Pharmazeuten.

§ 17. Dieselben haben ausser den im dritten Abschnitt genannten Fächern eine Prüfung in der lateinischen Sprache zu bestehen. Die Prüfung ist in diesem Fache eine schriftliche und eine mündliche. In jener wird eine Übersetzung aus dem Deutschen verlangt, worin sich der Examinand über sichere Kenntnis der Formenlehre und Syntax auszuweisen hat; in dieser — Übersetzung einer leichten Stelle aus Cäsar, Livius, Cicero, Ovid oder Vergil. Das Fach der lateinischen Sprache ist den anderen Fächern gleichgestellt.

Fünfter Abschnitt.

Maturitätsprüfung für solche, welche sich der Tierarzneikunde widmen wollen.

§ 18. Die Prüfung ist eine mündliche und schriftliche im Bereiche des Unterrichtspensums der VI. humanistischen Klasse, mit Ausnahme der griechischen Sprache.

Nachtragsbestimmung.

1. Ein Examinand, der in zwei Fächern eine schlechtere Note als 3 erhält, soll das Zeugnis der Reife nicht erhalten; ausnahmsweise kann ein Examinand, der nur in zwei Fächern eine ungenügende Note erhält, auf Empfehlung der Lehrerkonferenz vom Erziehungsrate reif erklärt werden, wenn er in den übrigen Fächern recht gute Leistungen aufweist.

2. § 5 des Maturitäts-Prüfungs-Reglements soll für Sprachfächer keine Anwendung finden.

3. Die ausnahmsweise Zulassung zur Prüfung soll auf vorheriges Gutachten der Lehrerkonferenz erfolgen.

---

70. *3.* **Reglement für die Maturitätsprüfung an der Gymnasial-Abteilung** der thurgauischen Kantonsschule. Vom 1. September 1885.

§ 1. Durch die Maturitätsprüfung soll ermittelt werden, ob der Examinand die erforderliche geistige Reife und Schulbildung besitze, um mit Erfolg zu weitern Studien an eine Hochschule übergehen zu können.

§ 2. Die regelmässige Maturitätsprüfung findet alljährlich im Frühling statt; ausnahmsweise wird dieselbe Schülern von solchen Anstalten, deren Kurs im Herbst endigt, auch im Herbst abgenommen.

§ 3. Den Zutritt zu dieser Prüfung haben diejenigen Schüler der hiesigen Gymnasialabteilung, welche die VII. Klasse absolvirt haben; ausserdem können solche Kandidaten zugelassen werden, welche anderwärts den entsprechenden Unterricht genossen und sich bei rechtzeitiger Meldung durch gültige Zeugnisse darüber ausgewiesen haben.

§ 4. Der Zeitpunkt dieser Prüfung wird vom Lehrerkonvent im Einverständnis mit der Aufsichtskommission festgesetzt und vom Rektorat in öffentlichen Blättern bekannt gemacht.

§ 5. Die Prüfungskommission besteht aus:

1) den examinirenden Fachlehrern der Kantonsschule;
2) einer Abordnung der Aufsichtskommission und
3) einer Abordnung des Regierungsrates.

§ 6. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche; die letztere ist öffentlich und findet in der Regel 14 Tage nach der erstern statt.

§ 7. Die Themata für die schriftliche Prüfung werden der Aufsichtskommission zur Genehmigung mitgeteilt. Für die schriftlichen Arbeiten in einem Fach werden je 2—4 Stunden angesetzt; die Arbeiten werden unter der Aufsicht eines Lehrers angefertigt; für fremde Sprachen ist der Gebrauch eines Lexikons erlaubt; andere Hülfsmittel (Logarithmentafeln ausgenommen) sind nicht gestattet.

Nachdem der Fachlehrer die Arbeiten durchgangen, werden sie bei sämtlichen Mitgliedern der Prüfungskommission in Zirkulation gesetzt und am Tage der mündlichen Prüfung im Prüfungslokale öffentlich aufgelegt.

§ 8. Die schriftliche Prüfung umfasst:

1) einen Aufsatz in deutscher Sprache;
2) die Übersetzung eines von der lateinischen Ausdrucksweise nicht allzu weit abweichenden deutschen Textes ins Lateinische;
3) die Übersetzung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem der am obern Gymnasium behandelten lateinischen Autoren;
4) die Übersetzung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem der am obern Gymnasium behandelten Griechischen Autoren;
5) eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Französische;
6) die Lösung einer oder mehrerer mathematischen Aufgaben.

§ 9. Die Gegenstände der mündlichen Prüfung sind folgende:

1) *Deutsche Sprache:* Die Haupterscheinungen der deutschen Literatur.
2) *Lateinische Sprache:* Übersetzung und Erklärung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem der am obern Gymnasium behandelten Autoren.
3) *Griechische Sprache:* Übersetzung und Erklärung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem der am obern Gymnasium behandelten Autoren.
4) *Französische Sprache:* Übersetzung und Erklärung eines schwierigen französischen Schriftstellers, wobei der Maturand seine Befähigung darzutun hat, sich mit einiger Geläufigkeit und korrekt in der französischen Sprache auszudrücken.
5) *Philosophie:* Grundzüge der Logik und Erkenntnistheorie.
6) *Geschichte:* Genauere Kenntnis der allgemeinen und der Schweizergeschichte. Grundzüge der vaterländischen Staatseinrichtungen.
7) *Mathematik:* Gleichungen ersten Grades mit einer und mehreren Unbekannten. Gleichungen zweiten Grades. Potenzen, Wurzeln und Logarithmen. Arithmetische und geometrische Progressionen. Kombinationslehre und binomischer Lehrsatz. Planimetrie. Ebene Trigonometrie. Stereometrie und die einfachsten Sätze der sphärischen Trigonometrie. Analytische Geometrie der Kegelschnitte.
8) *Physik:* Allgemeine Eigenschaften der Körper. Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper. Die Hauptgesetze der Akustik, Optik, Wärmelehre, Elektrizität und des Magnetismus.
9) *Chemie* und *Mineralogie:* Die allgemeinen Lehren der Chemie. Die Darstellungsmethoden sowie die physikalischen und chemischen Eigenschaften

der wichtigsten Elemente und ihrer theoretisch oder praktisch wichtigen Verbindungen.

Morphologische, physikalische und chemische Eigenschaften der Minerale im allgemeinen. Kenntnis der häufigern Minerale und Gesteine. Das Wichtigste über den Bau der Erdrinde.

10) *Naturgeschichte:*

a. Botanik: Elemente der Morphologie (Organographie und Anatomie), die Haupttatsachen aus der Physiologie der Pflanzen, Kenntnis der natürlichen Abteilungen des Pflanzenreichs und des Linné'schen Systems.

b. Zoologie: Die wichtigsten Organe des tierischen Körpers nach ihrem Bau und ihren Funktionen. Systematik des Tierreichs im allgemeinen und der Wirbeltiere im besondern.

§ 10. Für Examinanden, welche von der VI. Klasse an statt des Griechischen Unterricht in der *englischen* oder *italienischen* Sprache genossen haben, umfasst die Prüfung folgende Gegenstände:

a. Englische Sprache:

Schriftlich: Entweder eine freie Komposition (z. B. Inhaltsangabe eines gelesenen Stückes, Lebensbeschreibung etc.) oder eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Englische.

Mündlich: Übersetzung aus einem leichtern, noch nicht gelesenen Prosaschriftsteller.

Der Prüfende soll sich überzeugen, dass ausser der Schullektüre ungefähr folgendes in der Originalsprache gelesen wurde: ein Roman von einem guten Autor, wie Walter Scott, Dickens, Thackeray, ein Stück aus Macaulays History of England (besonders Cap. I, die Zeit bis zur Restauration 1660) oder Macaulays Essays, z. B. Milton, Goldsmith, oder Grotes History of Greece (ausgewählte Abschnitte).

b. Italienische Sprache:

Schriftlich: Eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Italienische oder einen freien Aufsatz über ein leichteres Thema.

Mündlich: Übersetzung eines leichtern, noch nicht gelesenen Prosa-Abschnittes aus einem modernen Schriftsteller, wobei der Examinand auch zu zeigen hat, dass er in der Syntax bewandert ist und einige Fertigkeit im mündlichen Ausdruck besitzt.

Der Examinand soll sich ferner darüber ausweisen, dass er von mehreren modernen oder klassischen Schriftstellern früherer Jahrhunderte einzelne Werke oder grössere Abschnitte gelesen habe.

§ 11. Nach dem Schlusse der mündlichen Prüfung wird in einer Sitzung der Prüfungskommission über jeden Examinanden entschieden.

In den einzelnen Fächern werden folgende 6 Stufen unterschieden:

Sehr gut	6,
gut	5,
genügend	4,
mangelhaft . . .	3,
schwach	2,
sehr schwach . .	1.

Die für den Maturitätsgrad anzuwendenden Gesamtnoten sind:

Sehr gut	1,
gut	2,
genügend	3.

Der Kandidat erhält in jedem der in § 9 aufgezählten zehn Fächer eine Note. Ist die Durchschnittsnote geringer als 4 (genügend), so wird das Zeugnis der Reife nicht erteilt, ebenso auch dann nicht, wenn der Kandidat bei genügender Durchschnittsnote in mehr als zwei einzelnen Fächern eine geringere Note als 4 (genügend) hat.

§ 12. Ein Examinand, der das Reifezeugnis nicht erhalten hat, kann sich einer zweiten Prüfung unterziehen. Diese zweite Prüfung erstreckt sich in der Regel wieder auf alle Fächer und nur ausnahmsweise auf eine bestimmte Gruppe von Fächern. Im erstern Fall darf die Prüfung erst nach Verfluss eines Jahres, im letztern nach Verfluss eines halben Jahres stattfinden. Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

§ 13. Vorstehendes Reglement tritt an die Stelle derjenigen Bestimmungen des Reglementes für die thurgauische Kantonsschule vom 16. Oktober 1861, welche sich auf die Maturitätsprüfung am Gymnasium beziehen, und ist nach erfolgter Genehmigung durch den Regierungsrat in Vollziehung zu setzen.

---

71. *4.* **Reglement für die Maturitätsprüfung an der Industrie-Abteilung** der thurgauischen Kantonsschule. Vom 1. September 1885.

§ 1. Jeden Herbst findet an der Industrieabteilung der thurgauischen Kantonsschule eine Maturitätsprüfung statt.

§ 2. Durch diese Prüfung soll ermittelt werden, ob der Examinand die erforderliche geistige Reife und Schulbildung besitze, um mit Erfolg den Unterricht an einer polytechnischen Fachschule besuchen oder zu weitern Studien an die Universität übergehen oder in den praktischen Beruf eintreten zu können.

§ 3. Den Zutritt zu dieser Prüfung haben:

1) Diejenigen Schüler der Industrieabteilung, welche die VII. Klasse durchgemacht haben.
2) Solche, die anderwärts den entsprechenden Unterricht genossen und sich bei rechtzeitiger Meldung durch gültige Zeugnisse darüber ausgewiesen haben.

§ 4. Der Zeitpunkt der Prüfung wird vom Lehrerkonvente im Einverständnis mit der Aufsichtskommission festgesetzt. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Prüfung kurze Zeit vor dem Beginne des Jahreskurses am eidgenössischen Polytechnikum abgehalten werde.

§ 5. Das Rektorat wird den Zeitpunkt der Prüfung in öffentlichen Blättern bekannt machen und denselben überdies bezüglich der Examinanden, welche das schweizerische Polytechnikum zu besuchen gedenken, dem Präsidium des schweizerischen Schulrates, wo möglich mit Angabe der Zahl und der projektirten Fachbildung derselben, behufs allfälliger Bezeichnung einer Abordnung vorausgehend anzeigen.

§ 6. Die Prüfungskommission besteht aus:

1) den examinirenden Fachlehrern der Kantonsschule;
2) einer Abordnung der Aufsichtskommission;
3) einer Abordnung des Regierungsrates.

Den Vorsitz führt der Rektor, das Protokoll der Aktuar des Lehrerkonvents.

§ 7. Die Examinanden werden in Gruppen von höchstens sechs Schülern verteilt.

§ 8. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Die letztere ist öffentlich und findet in der Regel 14 Tage nach der erstern statt.

§ 9. Die Themata für die schriftliche Prüfung werden der Aufsichtskommission mitgeteilt. Für die schriftlichen Ausarbeitungen in einem Fache werden

je 2—4 Stunden angesetzt. Die Arbeiten werden unter der Aufsicht eines Lehrers angefertigt. Für fremde Sprachen ist der Gebrauch eines Lexikons erlaubt; andere Hilfsmittel (Logarithmentafeln ausgenommen) sind nicht gestattet.

Nachdem der Fachlehrer die Arbeiten durchgangen, werden sie bei den sämtlichen Mitgliedern der Prüfungskommission in Zirkulation gesetzt und am Tage der mündlichen Prüfung im Prüfungslokale öffentlich aufgelegt.

§ 10. In der schriftlichen Prüfung haben die Examinanden folgende Aufgaben zu lösen:

einen Aufsatz in deutscher Sprache;
eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Französische;
eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Englische;
3 mathematische Aufgaben (in Algebra, darstellender Geometrie und analytischer Geometrie);
eine Aufgabe in Physik.

§ 11. Die Fächer und Gegenstände der mündlichen Prüfung sind:

1. Deutsche Sprache.

Eingehende Kenntnis vom grammatischen Aufbau der deutschen Sprache. Das Nibelungenlied, mit Anknüpfung mittelhochdeutscher Formenlehre. Die literarischen Haupterscheinungen im 18. und 19. Jahrhundert. Sichere Kenntnis der poetischen Haupt- und Unterarten nach Form und Inhalt.

2. Französische Sprache.

Übersetzen eines Abschnittes aus einem französischen Schriftsteller. Kenntnis der grammatikalischen Verhältnisse und der Haupterscheinungen in der französischen Literaturgeschichte.

3. Englische Sprache.

Übersetzen eines Abschnittes aus einem neuen englischen Schriftsteller. Kenntnis der Haupterscheinungen in der englischen Literaturgeschichte.

4. Geschichte.

Hauptmomente der griechischen und römischen Geschichte. Völkerwanderung. Kirche und Staat im Mittelalter, an sich und in ihren Beziehungen zu einander. Reformation und Gegenreformation. Die absolute Monarchie und die Aufklärung. Die Revolutionszeit. Schweizergeschichte, besonders aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Schweizerisches Bundesrecht.

5. Geographie.

Verteilung von Land und Wasser auf der Erdoberfläche. Gliederung der Ozeane und Festländer. Die Erdteile, ihre Bodengestalt und ihre Gewässer. Tiefen- und Temperaturverhältnisse der Ozeane; Meeresströmungen.

Die Atmosphäre. Ihre Temperaturverhältnisse, Luftdruck und Winde, der Wasserdampf in der Luft und die Niederschläge in klimatologischer Hinsicht. Die Gletscher. Haupttatsachen der Pflanzen- und Tiergeographie.

Ethnographie und politische Geographie.

6. Algebra.

Die vier Spezies der Monomien, Polynomien und der algebraischen Brüche. Die Potenzen, Wurzeln und Logarithmen. Teilbarkeit und Mass der Zahlen.

Die Proportionen. Die Gleichungen 1. Grades mit einer und mehreren Unbekannten; die Gleichungen 2. Grades; die unbestimmten Gleichungen des 1. Grades. Die Exponentialgleichungen. Das Notwendigste aus der Lehre von den höhern Gleichungen und deren angenäherte numerische Auflösung mit der Regula falsi.

Die arithmetischen und geometrischen Progressionen. Die Kettenbrüche. Die Elemente der Kombinationslehre, der Wahrscheinlichkeitsrechnung und der Determinanten. Der binomische Lehrsatz.

Komplexe Grössen. Unendliche Reihen.

7. Geometrie, Trigonometrie und praktische Geometrie.

a) Planimetrie: Lage der Geraden. Ebene Figuren; Kongruenz; Gleichheit und Ähnlichkeit derselben. Ausmessen der Figuren. Transversalentheorie, harmonische Teilung, Ähnlichkeitspunkte, Pol und Polare, Potenz.

b) Stereometrie: Gegenseitige Lage von Geraden und Ebenen im Raume. Das Vielkant. Die Polyeder und die runden Körper; ihre Ausmessung.

c) Trigonometrie: Die goniometrischen Formeln und die Dreiecksberechnung in der Ebene; die Elemente der sphärischen Trigonometrie.

d) Praktische Geometrie: Abstecken und Messen gerader Linien. Kreuzscheibe und Winkelspiegel nach Prüfung und Gebrauch. Aufnahmsmethoden einfacher Figuren.

8. Darstellende Geometrie.

Orthogonale Parallelprojektion. Darstellung des Punktes der Geraden und der Ebene. Die ebene Figur. Transformation. Das Vielkant. Darstellung der Körper (Polyeder, Kegel und Cylinderflächen, Rotationsflächen); ebene Schnitte und Durchdringungen derselben. Abwicklung. Schattenlehre.

9. Analytische Geometrie.

Die rechtwinkligen und Polarkoordinaten in der Ebene und ihre Transformation. Die Gerade. Der Kreis, die Kegelschnitte; Tangente, Pol und Polare derselben. Brennpunkteigenschaften der Kegelschnitte.

Die rechtwinkligen Koordinaten, der Punkt und die Ebene im Raume.

10. Physik und mathematische Geographie.

A. Physik.

Allgemeine Eigenschaften der Körper. Die Aggregatzustände.

Mechanik: Zusammensetzung und Zerlegung von Kräften an einem Punkt. Die gleichförmig unveränderte, beschleunigte und verzögerte Bewegung. Zusammenhang zwischen Masse, Kraft und Beschleunigung. Der Wurf. Die gleichförmige Kreisbewegung. Pendel. Kräfte an einem starren Systeme. Kräftepaar. Statisches Moment. Schwerpunkt. Die einfachen Maschinen. Kohäsion und Adhäsion. Festigkeit und Elastizität. Der Stoss. Die Reibung.

Fortpflanzung des Druckes in Flüssigkeiten. Bodendruck, Seitendruck und Auftrieb. Das Schwimmen der Körper. Spezifisches Gewicht. Ausflussgeschwindigkeit. Wassermotoren. Kapillarerscheinungen und Diffusion. Gewicht der Gase. Luftdruck. Luftpumpe. Auftrieb und Wägungen in der Luft. Die Wasserpumpen. Das Mariotte'sche Gesetz. Das barometrische Höhenmessen. Manometer.

Wellenlehre: Die einfache geradlinige und kreisförmige Schwingung eines Punktes. Die einfachen Wellen. Interferenz. Das Huyghens'sche Prinzip. Intensität. Reflexion und Brechung der Wellen.

Akustik: Die Tonverhältnisse. Die Erzeugung von Klängen. Fortpflanzung des Schalls und Reflexion desselben. Das Mittönen. Stimme und Gehör.

Optik: Wesen, Fortpflanzung und Messung des Lichts. Reflexion und Brechung desselben durch Spiegel, Prismen und Gläser. Farbenlehre und Spektralanalyse. Das Auge und die optischen Instrumente.

Wärmelehre: Die Ausdehnung der Körper durch die Wärme. Die Thermometer. Das Messen der Wärme. Zusammenhang zwischen Wärme und Arbeit. Wesen der Wärme. Die Veränderung des Aggregatzustandes. Dichte und

Spannkraft der Dämpfe. Die Dampfmaschine. Die Feuchtigkeitsverhältnisse der Atmosphäre. Fortpflanzung der Wärme. Einfluss der Sonnenwärme auf den Luftdruck. Entstehung der Winde und Windsysteme.

Elektrizitätslehre: Reibungselektrizität. Die Reibungs- und die Induktionselektrisirmaschine. Die Kondensatoren. Galvanismus. Die Hydro-Elektromotoren. Das Ohm'sche Gesetz. Leitungsfähigkeit und Widerstand. Widerstandsbestimmung. Stromstärke, elektromotorische Kraft und der Messung. Die Elektrolyse und Galvanoplastik. Der Polarisationsstrom. Die Wärme und Lichterzeugung durch den Strom. Thermoströme. Einwirkung der Ströme aufeinander. Permanenter und induzirter Magnetismus. Magnetisches Moment. Einwirkung zweier Magnete in den Hauptlagen. Erdmagnetismus. Tangentenboussole und Galvanometer. Die dynamo-elektrische Induktion. Telegraphie. Das Telephon.

B. Mathematische Geographie.

Die tägliche Bewegung der Himmelskugel. Die Rotation. Gestalt und Grösse der Erde. Das Dreieck Pol-Zenith-Stern. Die Bewegung der Erde um die Sonne. Die Kepler'schen Gesetze und das Newton'sche Gravitationsgesetz. Dichte der Erde. Ebbe und Flut. Das Sonnensystem. Die Fixsterne.

11. Chemie und Mineralogie.

A. Chemie.

Die allgemeinen Lehren der unorganischen Chemie; chemische Berechnungen; die physikalischen und chemischen Eigenschaften, sowie die Hauptdarstellungsmethoden der wichtigsten nichtmetallischen und metallischen Grundstoffe und ihrer theoretisch oder praktisch wichtigen Verbindungen, soweit deren Kenntnis zum Verständnis und zur Ausführung qualitativer analytischer Arbeiten im Laboratorium nötig ist.

B. Mineralogie.

Die gewöhnlichsten krystallinischen und unkrystallinischen Gestaltsverhältnisse, sowie die wichtigsten physikalischen und chemischen Eigenschaften der Mineralien im allgemeinen und ihrer Hauptgruppen im besondern.

12. Botanik und Zoologie.

A. Botanik.

Das Wesentlichste über den äussern und innern Bau der Pflanze und ihrer Lebenstätigkeiten. Kenntnis des Linné'schen Systems. Allgemeine Kenntnis der wichtigsten natürlichen Gruppen des Pflanzenreichs.

B. Zoologie.

Die wichtigsten Organe des tierischen Körpers und ihre Funktionen, Einteilung der Tiere; die Hauptcharaktere der Gruppen (Typen, Klassen etc.), besonders der Wirbeltiere.

§ 12. Nach dem Schlusse der mündlichen Prüfung wird in einer Sitzung der Prüfungskommission über jeden Examinanden entschieden.

Dabei erhält er je eine Note für:

1) Deutsch, schriftlich,
2) Deutsch, mündlich,
3) Französisch,
4) Englisch,
5) Geschichte,
6) Geographie,
7) Algebra,
8) Geometrie, Trigonometrie und praktische Geometrie,

9) Darstellende Geometrie,
10) Analytische Geometrie,
11) Physik und mathematische Geographie,
12) Chemie und Mineralogie,
13) Botanik und Zoologie.

In den einzelnen Fächern werden folgende 6 Stufen unterschieden:

Sehr gut	(6)
Gut	(5)
Genügend	(4)
Mangelhaft	(3)
Schwach	(2)
Sehr schwach	(1)

Die für den Maturitätsgrad anzuwendenden Gesamtnoten sind:

Sehr gut	(1)
Gut	(2)
Genügend	(3)

Das Zeugnis wird nicht erteilt, wenn die Durchschnittsnote geringer ist als 4 (genügend), ferner auch dann nicht, wenn trotz genügender Durchschnittsnote der Kandidat in mehr als 3 Fächern eine ungenügende Note hat.

Das Zeugnis, welches neben der Note des Maturitätsgrades auch die Spezialnoten enthält, wird von dem Rektor der Kantonsschule und dem Aktuar des Lehrerkonvents unterzeichnet.

§ 13. Unterzieht sich ein Examinand, welcher das Zeugnis der Reife nicht erhalten hat, später einer weitern Prüfung, so kann die Prüfungskommission dieselbe auf diejenigen Fächer beschränken, in welchen er bei der ersten Prüfung eine geringere Note als genügend erhalten hat.

Die Vergünstigung tritt indessen nur dann ein, wenn der Examinand bei der nächst folgenden ordentlichen Prüfung sich stellt.

§ 14. Der Ausweis einer genügend bestandenen Maturitätsprüfung gibt den zukünftigen Polytechnikern die Berechtigung, ohne die reglementarische Aufnahmsprüfung in den ersten Jahreskurs einer Fachschule des eidgenössischen Polytechnikums einzutreten.

§ 15. Durch vorstehendes Reglement, welches nach erfolgter Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft tritt, wird das Reglement für die Maturitätsprüfungen an der Industrieabteilung der thurgauischen Kantonsschule vom 24. Januar 1879 aufgehoben.

---

72. 5. **Vertrag betreffend Übergang aus der thurgauischen Kantonsschule an das eidg. Polytechnikum. Vom 24/28. März 1883.**

Art. 1. Die thurgauische Kantonsschule wird alljährlich Maturitätsexamen für diejenigen ihrer Schüler abhalten, welche, nachdem dieselben die letzte Klasse der Kantonsschule durchlaufen haben, die polytechnische Schule zu besuchen gedenken.

Art. 2. Diese Examen haben sich auf der vollen Zahl des Aufnahmeregulativs für das Polytechnikum zu halten, und es ist hiebei verstanden, dass namentlich für die geforderten mathematischen Kenntnisse nicht nur theoretische Verständnisse sondern auch Sicherheit der Fertigkeit in der Anwendung gefordert wird.

Art. 3. Diese Examen werden in den Herbst, möglichst nahe dem Anfangstermin der eidgenössischen polytechnischen Schule, verlegt.

Art. 4. Für die Gesamtergebnisse des Examens werden 3 Maturitätsnoten aufgestellt, nämlich „sehr gut", „gut" und „befriedigend". Auch die 3. Note soll noch eine wirkliche Reife bedeuten.

Alle 3 Noten berechtigen, unter Voraussetzung des zurückgelegten 18. Altersjahres, ohne weiteres Aufnahmeexamen zum Eintritt in jede der Fachschulen des Polytechnikums.

Art. 5. Die Zeugnisse über das Maturitätsexamen enthalten ausser der Altersangabe und der Gesamtnote für die Reife (Art. 4) auch die Note für jedes einzelne Prüfungsfach. Diese letztern werden durch die Zahlengradationen 6 (beste Note) bis 1 (schlechteste Note) ausgedrückt.

Art. 6. Die thurgauische Kantonsschule wird von der Zeit der Maturitätsprüfung und von der Zahl der Examinanden dem Präsidenten des schweizerischen Schulrates genau rechtzeitig Kenntnis geben und dabei auch soweit möglich bezeichnen, welche Anzahl Schüler für jede einzelne Fachschule sich der Maturitätsprüfung unterziehen wird.

Art. 7. Dem Präsidenten des schweizerischen Schulrates ist unbenommen, zu deren Examen Abgeordnete zu senden, die jedoch keineswegs als Examinatoren funktioniren sollen, es sei denn, dass dies in einzelnen Fällen von der Kantonalbehörde speziell gewünscht oder verlangt wird.

Art. 8. Die Kündigung dieses Übereinkommens ist an keinen bestimmten Termin gebunden, namentlich behält sich jeder Teil bei erheblichen Veränderungen in der Organisation der kantonalen oder eidgenössischen Schule fernere Entschliessung oder neue Verständigung vor.

Zusatzartikel.

Mit Rücksicht darauf, dass die Gymnasial-Abteilung der thurgauischen Kantonsschule mit dem nämlichen Anschluss an die Primarschule und die Real-Abteilung 7 volle Jahreskurse enthält, nach Kenntnisnahme des Lehrplanes derselben, werden auch ihre Maturitätszeugnisse zum freien Eintritt in das Polytechnikum anerkannt, mit der einzigen Beschränkung, dass eine Nachprüfung oder ein genügender Ausweis in darstellender und analytischer Geometrie am Polytechnikum verlangt werden können.

Bemerkung.

Übereinstimmende Verträge sind vom schweizerischen Schulrat zur Zeit definitiv abgeschlossen mit

den Kantonsschulen Frauenfeld, Chur und Luzern,
dem Realgymnasium Schaffhausen,
den Akademien Lausanne und Neuchâtel und
dem Collège St-Michel in Freiburg.

Mit einer Anzahl weiterer Kantone sind provisorische Vereinbarungen getroffen und mit andern ist der Abschluss eines bezüglichen Vertrages nahe bevorstehend.

X. Töchterschulen.

Kanton BASEL-STADT.

73. *1.* **Ordnung für die Fortbildungsklassen an der Töchterschule.** Vom 29. März 1884.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat in Ausführung des § 47 des Schulgesetzes vom 21. Juni 1880 über die Einrichtung von Fortbildungsklassen an der Töchterschule folgendes bestimmt:

§ 1. Im Anschluss an die obere Töchterschule werden Fortbildungsklassen mit teils einjährigen teils zweijährigen Kursen errichtet.

§ 2. Zweck dieser Fortbildungsklassen ist:

a. den Töchtern Gelegenheit zu geben, die erworbenen Kenntnisse zu befestigen und zu erweitern;

b. denjenigen unter ihnen, welche in einen Wirkungskreis eintreten wollen, wozu besondere Berufskenntnisse gefordert werden, die Erwerbung derselben zu vermitteln.

§ 3. Nach diesem doppelten Zwecke umfasst der in den Fortbildungsklassen zu erteilende Unterricht allgemeine Fortbildungskurse und spezielle Berufskurse. Letztere beschränken sich vorläufig auf die theoretische und praktische Heranbildung von Lehrerinnen. Der Erziehungsrat ist jedoch ermächtigt, falls das Bedürfnis sich zeigen sollte, bei Einrichtung der Kurse auch andere Berufsarten zu berücksichtigen.

§ 4. Der Erziehungsrat bestimmt auf Antrag der Inspektion der Töchterschule die einzelnen Fächer, sowie die Zahl ihrer Jahreskurse und wöchentlichen Stunden. Die Inspektion sorgt für rechtzeitige jährliche Veröffentlichung eines diese Bestimmungen enthaltenden Programmes.

§ 5. Zutritt zu den Kursen haben solche Töchter, welche entweder die zweite Klasse der obern Töchterschule vollständig und mit befriedigendem Erfolge absolvirt haben, oder sich über genügende, durch eine Prüfung zu ermittelnde Vorkenntnisse ausweisen und vor dem 1. Mai das 16. Altersjahr zurücklegen.

§ 6. Die Aufnahme findet nach § 6 der Verordnung über Aufnahme und Entlassung in der Regel auf den Anfang des Schuljahres statt, kann aber ausnahmsweise in den in § 10 der Verordnung genannten Fällen auch später gestattet werden.

§ 7. Die Schülerinnen der Fortbildungsklassen verpflichten sich zu mindestens 12 wöchentlichen Unterrichtsstunden. Der Unterricht ist für sie unentgeltlich.

§ 8. Ausser den Schülerinnen sind auch für einzelne Fächer, die zusammen weniger als 12 Stunden in der Woche umfassen, Hospitantinnen zulässig. Diese entrichten für jede wöchentliche Stunde einen vierteljährlichen Beitrag von 3 Franken, der am Anfange jedes Quartals eingezogen wird.

§ 9. Schülerinnen, welche später eine Berufsprüfung bestehen wollen, haben die Wahl der Unterrichtsfächer im Einverständnis mit dem Rektor zu treffen. Den übrigen, sowohl Schülerinnen als Hospitantinnen, steht die Wahl der Fächer frei; eine Auswahl einzelner Stunden eines und desselben Unterrichtsfaches ist jedoch nicht gestattet.

§ 10. Schülerinnen und Hospitantinnen sind zu regelmässigem Besuche der gewählten Unterrichtsstunden und zur Beteiligung an den mündlichen und schriftlichen Arbeiten verpflichtet. Sie erhalten vierteljährliche Zeugnisse.

§ 11. Mit allen Kursen, welche eine Berufsbildung bezwecken, sind vierteljährliche Repetitorien verbunden, an welchen die Schülerinnen teilzunehmen haben.

§ 12. Am Schlusse des Schuljahres finden Abgangsprüfungen statt, worüber ein vom Erziehungsrate aufgestelltes Reglement das Nähere bestimmt.

§ 13. Die Ferien an den Fortbildungsklassen sind dieselben, wie sie in der Ferienordnung vom 9. Juli 1881 durch den Erziehungsrat für die obern Schulen der Stadt festgesetzt worden sind.

§ 14. Hinsichtlich der Ernennung und Besoldung der Lehrer gelten die Bestimmungen des Schulgesetzes.

74. *2.* **Lehrplan der Töchterschule in Basel. Vom Erziehungsrate genehmigt den 12. April 1883.**

1. Religion.

Der Religionsunterricht beschränkt sich nach Gesetz auf Klassen I und II. Er hat im Anschluss an den auf der Primarstufe erteilten Unterricht den Zweck, einmal die Kenntnisse von der geschichtlichen Entstehung und Entwicklung des Christentums zu ergänzen und zu erweitern, sodann die christlichen Pflichten zum lebendigen Bewusstsein zu bringen und zur gewissenhaften Ausübung derselben anzuregen.

Da er, obgleich fakultativ, als Schulunterricht allen Kindern christlicher Eltern offen stehen soll, so hat er den verschiedenen kirchlichen Konfessionen und Richtungen durch alleinige Hervorhebung der gemeinsamen sittlich-religiösen Lehren gebührende Rechnung zu tragen.

Der Unterricht in beiden Klassen umfasst: biblische Abschnitte aus dem von der Erziehungsbehörde eingeführten Lehrbuche, ausgewählte Bibelsprüche und Kirchenlieder. Ausserdem sollen, so oft wie möglich, auch eigene Erfahrungen im Schul- und Familienleben die unmittelbaren Ausgangspunkte des Unterrichts bilden.

2. Deutsche Sprache.

Der Unterricht beabsichtigt, die Schülerinnen zum bewussten Verständnis der Muttersprache, ihrer Ausdrücke und Formen zu führen, sie zur Richtigkeit des Denkens und der Gedankenmitteilung in Rede und Schrift anzuleiten und ihren Sinn für sprachliche Schönheit zu bilden. Dieses Ziel sucht er teils durch Behandlung mustergiltiger Lesestücke, teils durch grammatische Belehrungen, teils durch häufige mündliche und schriftliche Übungen zu erreichen.

Den Mittelpunkt des Unterrichtes bildet das Lesebuch, dessen ausgewählte Lesestücke nach ihrem materialen und formalen Inhalte den Schülerinnen so zum Verständnisse zu bringen sind, dass sich der Ausdruck eigener Gedanken sowohl für mündliche als für schriftliche Darstellung an denselben bilde.

Der Unterricht in der Sprachlehre hat alle Punkte auszuschliessen, die bloss theoretisches Interesse bieten, und sich auf diejenigen zu beschränken, welche die Zwecke praktischer Sprachbildung fördern, oder deren Kenntnis für die grammatische Behandlung fremder Sprachen wünschbar erscheint. Er schliesst sich teils an passend ausgewählte Beispiele, teils an behandelte Lesestücke an, weist alle Spracherscheinungen am Satze nach und entwickelt die Sprachgesetze allein auf synthetischem Wege.

Bei den mündlichen Übungen — und es gilt dies nicht bloss für die Sprachstunden, sondern für jeden andern in deutscher Sprache sich bewegenden Unterricht — ist auf Reinheit und Deutlichkeit der Aussprache, auf Vollständigkeit der Antworten, auf Klarheit und Bestimmtheit des Ausdruckes zu halten. Auch sollen die Schülerinnen allmälig dazu geführt werden, eigene grössere Gedankenreihen in zusammenhängender Rede darzustellen.

Die schriftlichen Übungen bestehen teils im Niederschreiben von Diktaten und eigenen Sätzen, die sich auf behandelte grammatische Stoffe beziehen, teils in dem Verfertigen von Aufsätzen. Letztere, anfänglich blosse Reproduktionen, schreiten allmälig zu freierer Darstellung einlässlich besprochener, endlich zu selbständiger Bearbeitung gegebener Themata nach eigener Auffassung und eigenen Dispositionen vor. Die von der Erziehungsbehörde in den hiesigen Schulen eingeführte Orthographie ist allein zulässig. Andere Rechtschreibungen sind ausnahmsweise bloss solchen Schülerinnen zu gestatten, welche aus auswärtigen Anstalten in die obere Schulabteilung eintreten.

3. Französische Sprache.

Der Unterricht bezweckt, in einem sechsjährigen Kurse den Schülerinnen so viel gründliche theoretische Sprachkenntnis und praktische Sprachübung zu vermitteln, dass sie die Fertigkeit erlangen, sich innerhalb der Grenzen des gewöhnlichen Verkehrs mündlich und schriftlich richtig auszudrücken; dass sie Interesse an französischer Lektüre gewinnen und zu einem selbständigen Verständnis derselben gelangen.

Derselbe schliesst sich zunächst an die eingeführten Lehrbücher an, welche den sprachlichen Stoff von Stufe zu Stufe in konzentrischen Kreisen erweitern, und nimmt zahlreiche sowohl mündliche als schriftliche Übungen zu Hilfe.

Auf Korrektheit der Aussprache wird gleich von Anfang an die grösste Sorgfalt verwendet. Mit Hilfe besonderer Lautübungen soll lautlich richtiges Lesen bereits am Ende des ersten Unterrichtsjahres erreicht werden.

Die grammatische Sprachbehandlung hat die Sprachgesetze durchgehends auf synthetischem Wege zum Verständnis zu bringen.

Der Inhalt der behandelten Lesestücke soll von den Schülerinnen der beiden untern Klassen konversatorisch in vollständigen Sätzen, von denen der obern auch in freier, zusammenhängender Darstellung wiedergegeben werden können. Damit aber der gewonnene Sprachstoff auch praktisch verwendbares Eigentum der Schülerinnen werde, so soll derselbe so frühe wie möglich, schon beim bescheidensten Vorrate von Wörtern und Wortformen, häufig zum Ausdrucke eigener Gedanken verwertet werden.

Die schriftlichen Übungen gehen mit den mündlichen Hand in Hand und bestehen auf den untern Stufen in korrekter Wiedergabe einzelner Sätze und behandelter Lesestücke, in Diktaten und Retroversionen, auf den obern auch in Aufsätzen nach besprochenen Thematen.

In den Unterrichtsstunden findet der Verkehr zwischen Lehrenden und Schülerinnen vom zweiten Semester des dritten Jahreskurses an vorzugsweise und von der vierten Klasse an ausschliesslich in französischer Sprache statt.

4. Englische Sprache.

In einem dreijährigen Kurse hat der Unterricht die Schülerinnen dahin zu führen, dass sie sich eine genügende Sprachkenntniss und Sprachübung erwerben, um sich innerhalb der Grenzen des gewöhnlichen Verkehres mündlich und schriftlich verständigen und leichtere Schriftwerke in kursorischer Lektüre verstehen zu können.

Von der vierten Klasse an werden demselben die als Lehrbuch eingeführte Sprachlehre und später auch ausgewählte Lesestücke zu Grunde gelegt. Von der Behandlung und konversatorischen Verwendung letzterer gilt dasselbe, was beim französischen Unterrichte bemerkt worden. Durch häufige schriftliche Übungen soll auch orthographische Sicherheit erzielt werden.

Auf die Aussprache ist von Anfang an besondere Sorgfalt zu verwenden, und es soll dieselbe auf denjenigen Grad relativer Korrektheit gebracht werden, der sich unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt mit dem Klassenunterrichte erzielen lässt.

Vom zweiten Semester an wird in der fünften Klasse der Unterricht so oft wie möglich in englischer Sprache erteilt. In der sechsten Klasse sind die Schülerinnen dahin zu bringen, dass in den Sprachstunden nach und nach das Englische alleinige Verkehrssprache wird.

5. Mathematik.

Sicherheit und Gewandtheit in den gewöhnlichen Zahlenoperationen, Anwendung der im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten und Kenntnis der elementaren Raumverhältnisse sind die Zwecke des Unterrichtes.

Der Unterricht im Rechnen soll die Schülerinnen zum eigenen Nachdenken anregen. Daher wird er mehr heuristisch als auf dem Wege des darstellenden Vortrages erteilt, und die Regeln werden nicht gegeben, sondern gesucht. Auf Fertigkeit im Kopfrechnen und mündlichen Rechnen wird in jeder Klasse ein besonderes Gewicht gelegt.

Der Unterricht in der Raumlehre gründet sich hauptsächlich auf Anschauung und berücksichtigt vorzüglich dasjenige, was sich für das praktische Bedürfnis als notwendig erweist.

6. Geographie.

Durch den geographischen Unterricht sollen die Schülerinnen zunächst zu einer genauen Kenntnis ihres engern und weitern Vaterlandes gelangen, sodann auch mit den übrigen Teilen der Erde und insbesondere mit denjenigen, welche durch ihre Verkehrsbeziehungen für uns die wichtigsten sind, bekannt gemacht werden, endlich die fasslichsten Belehrungen über die Erde als Weltkörper erhalten.

Der zu behandelnde Stoff wird in konzentrische Kreise gruppirt, die sich jedes folgende Schuljahr erweitern und vertiefen. Ausserdem wird aber jeder Altersstufe ein Gebiet zu allseitig einlässlicherer Betrachtung zugewiesen. In den untern Klassen kommt vorzugsweise die topische Geographie in Betracht; in den obern treten die physische Geographie und die Völkerkunde hinzu.

Das Lehrverfahren gründet sich so viel wie möglich auf Anschauung. Damit sich das Bild eines Landes in seinen einzelnen Teilen wie in seiner Gesamtheit der Schülerin fest einpräge, lässt es der Lehrer vor ihren Augen allmälig an der Wandtafel entstehen und leitet sie nach den gegebenen Erklärungen zum selbständigen Zeichnen einfacher Kartenskizzen an. Namen und Zahlen sind möglichst zu beschränken. Der Schwerpunkt des Unterrichts liegt in dem mündlichen Vortrag und den Demonstrationen des Lehrers. Lehrbuch und Schulatlas sind mehr Repetitionsmittel. Die Schülerinnen der obern Klassen sind zu zusammenhängender Wiedergabe des behandelten Unterrichtsstoffes anzuhalten.

7. Geschichte.

Der Unterricht bezweckt, die Schülerinnen mit den Hauptbegebenheiten der vaterländischen und der allgemeinen Weltgeschichte und mit den Kulturbestrebungen der hervorragendsten Völker bekannt zu machen und an den geschichtlichen Vorbildern ihren Sinn fürs Schöne und Edle zu wecken.

Derselbe zerfällt in zwei Kurse, deren erster das zweite und dritte Schuljahr und deren zweiter die drei folgenden Schuljahre umfasst. Jener ist propädeutischer Art und wählt aus dem gesamten Geschichtsgebiete diejenigen Momente, die auf der betreffenden Altersstufe am ehesten Interesse und Verständnis finden. Dieser verfährt chronologisch mit zusammenhängender Darstellung der Ergebnisse und Hervorhebung ihrer Ursachen und Folgen und trifft die Auswahl des Stoffes so, dass im dritten Jahre bis zu den Hauptbegebenheiten der neuesten Geschichte fortgeschritten werden kann.

Der geschichtliche Stoff wird vom Lehrer frei vorgetragen; die Schülerinnen sind zu zusammenhängender Wiedergabe desselben anzuhalten. Lehrbuch oder kurze Diktate sollen die Übersicht erleichtern und dienen zur Wiederholung. Von Geschichtszahlen wird bloss eine mässige Auswahl und auch diese bloss als chronologische Ausgangs- und Orientirungspunkte dem Gedächtnisse zur Aufbewahrung gegeben.

8. Naturkunde.

Der Unterricht in der Naturkunde findet auf jeder Stufe die ihm gebührende Vertretung. Durch die Betrachtung der Natur will er das Wahrnehmungs-

und Auffassungsvermögen schärfen, zum Verständnisse ihrer Erscheinungen und Gesetze führen und die Anwendung der gewonnenen Kenntnisse im praktischen Leben vermitteln.

Er beobachtet durchgehends das induktive Verfahren. Bei den beschreibenden Naturwissenschaften geht er von der Anschauung der Naturgegenstände selber oder in Ermanglung solcher von guten Abbildungen aus; bei den analytischen stellt er das Experiment voran und bringt an diesem die Gesetze, ihre Wirkungen und Gestaltungen zur Erscheinung.

Der Unterricht der drei untern Klassen ist propädeutischer Art und beschränkt sich auf Vorführung monographischer Bilder aus den verschiedenen Zweigen der Naturgeschichte. In den folgenden Klassen werden die naturgeschichtlichen Kenntnisse ergänzt und erweitert und die Naturlehre kommt in ihren Hauptpartieen zur Behandlung. Belehrungen über die wichtigsten Naturstoffe und ihre Verwendung und das Wissenswürdigste aus der physischen Anthropologie und der Gesundheitslehre bilden den Schluss des Unterrichts in der obersten Klasse.

9. Schreiben.

Durch den Schreibunterricht soll mit allen Schülerinnen eine deutliche, regelmässige und geläufige Handschrift erzielt werden. Dieses Ziel wird aber nur unter der Bedingung erreicht, dass in allem, was in der Schule und für die Schule geschrieben wird, auch bei Diktaten und schriftlichen Entwürfen, strenge auf gute Handschrift gehalten werde.

Auf den untern Stufen und auch später, wo es notwendig erscheint, lässt der Lehrer die Buchstaben- und Zahlformen, in genetischer Folge geordnet, vor der ganzen Klasse an der Wandtafel entstehen und nach den gegebenen Erklärungen einüben. Alle gemeinsamen Klassenübungen finden nach der Taktmethode statt.

Die lateinische Schrift wird vorzugsweise eingeübt; auf Einübung der deutschen Schrift ist nur so viel Zeit zu verwenden, dass die Schülerinnen mit ihren Formen bekannt werden und Fertigkeit im Lesen derselben erlangen.

10. Zeichnen.

Der Zeichenunterricht, nach planmässigem Lehrgange erteilt, soll das Vermögen richtiger Auffassung der Formen und die Fertigkeit im Zeichnen derselben heranbilden.

Auf den drei untern Stufen ist der Gesamtunterricht, auf den drei obern Einzelunterricht. Jener soll das Erreichen eines bestimmten Klassenzieles ermöglichen, dieser die verschiedenartigen Befähigungen fördern. Beim Gesamtunterricht werden, nachdem die zu zeichnende Figur erklärt ist, ihre Hauptverhältnisse festgestellt, ihre verschiedenen Entwicklungsstufen an der Wandtafel vorgezeichnet und von den Schülerinnen nachgebildet. Beim Einzelunterricht werden Vorlagen und plastische Modelle so verwendet, dass die individuellen Talente zur Geltung kommen.

In der Regel werden die Aufgaben durch Freihandzeichnen ausgeführt. Bei Zeichnungen jedoch, wobei es auf absolute Genauigkeit der geometrischen oder perspektivischen Verhältnisse ankommt, ist auch der Gebrauch von Instrumenten gestattet.

11. Singen.

Der Gesamtunterricht soll die Schülerinnen zur bewussten Auffassung und zum richtigen Vortrage der auszuführenden Übungen und Gesänge führen. Theorie und Praxis haben daher in den Lehrstunden stets in zweckmässige Wechselbeziehung zu treten. Ebenso hat das Einzelsingen mit dem Chorge-

sang öfters abzuwechseln, damit die Individualität der Stimmen erkannt und berücksichtigt werden kann.

Bei allem Gesangstoff, von der einfachen Übung bis zum schwierigen Chorliede u. s. w. ist darauf zu halten, dass nur musikalisch Gutes zur Anwendung komme, auf dass hierdurch der Geschmack und der Schönheitssinn der Schülerinnen geweckt und gebildet werde.

12. Turnen.

Das Turnen soll die körperlichen Kräfte allseitig üben. Durch die Unterrichtsmethode, welche von jeder Schülerin Ruhe und Ordnung, volle Aufmerksamkeit auf die Erklärungen, rasche und sichere Ausführung der gegebenen Befehle und Einordnung in die Aufgaben der Gesamtheit verlangt, sollen die Übungen nicht minder auch geistig bildend wirken.

Sie zerfallen in 1. Frei- und Ordnungsübungen und 2. Gerätübungen und Turnspiele. Jeder Klasse wird derjenige Übungsstoff zugewiesen, welcher der körperlichen und geistigen Entwicklung ihrer Schülerinnen entspricht.

13. Handarbeiten.

Die Aufgabe des Unterrichtes ist, den Schülerinnen vorzugsweise Tüchtigkeit in der selbständigen Verfertigung nützlicher und in jedem Hauswesen vorkommender weiblicher Arbeiten zu vermitteln.

In allen Klassen soll derselbe, so oft es sich tun lässt, mit den nötigen Erklärungen und Belehrungen als methodischer Gesamtunterricht erteilt werden.

Alle Arbeiten stehen ausschliesslich unter der Anordnung und Leitung der Lehrerin, und es hat sich diese in ihrem Unterrichtsgange einzig und allein nach den Bestimmungen des Lehrplanes zu richten. Sie werden in der Schule angefangen und ausgeführt und dürfen vor der Jahresprüfung oder vor dem Austritt der Schülerin ohne besondere Bewilligung nicht nach Hause genommen werden.

Die Arbeitsstoffe werden den Schülerinnen gegen verhältnismässige Vergütung der Ankaufskosten durch die Schule geliefert.

Übersicht der wöchentlichen Stunden.

Fächer	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl	V. Kl.	VI. Kl.	Tot.
Religion	2	2	—	—	—	—	4
Deutsche Sprache . . .	4	4	4	4	4	4	24
Französische Sprache . .	5	5	5	5	5	5	30
Englische Sprache . . .	—	—	—	2	3	4	9
Mathematik	3	3	3	3	3	2	17
Geographie	1	1	2	2	2	2	10
Geschichte	—	1	2	2	3	3	11
Naturkunde	1	1	2	2	2	2	10
Schreiben	2	2	2	1	—	—	7
Zeichnen	2	2	2	2	2	3	13
Singen	2	2	2	1	1	1	9
Elitenklasse	—	—	1	1	1	1	4
Turnen	2	2	2	2	2	2	12
Handarbeit	4	4	4	4	3	3	22
	28	29	31	31	31	32	182

75. *3.* **Reglement für die an den Fortbildungsklassen der obern Töchterschule in Basel abzuhaltenden Abgangsprüfungen. Beschluss des Erziehungsrates vom 11. Juli 1884.**

In Ausführung des § 6 der Ordnung vom 28. Juni 1883 hat der Erziehungsrat des Kantons Basel-Stadt für die an den Fortbildungsklassen der obern Töchterschule abzuhaltenden Abgangsprüfungen folgendes Reglement aufgestellt.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Schülerinnen der Fortbildungsklassen, welche über die in denselben erlangten Kenntnisse ein Zeugnis zu erhalten wünschen, haben sich einer Abgangsprüfung zu unterziehen.

§ 2. Die Prüfungen finden in der Regel nach dem Schlusse der Jahreskurse statt. Aus besondern Gründen können auch ausserordentliche Prüfungen angeordnet werden.

§ 3. Die an den Fortbildungsklassen unterrichtenden Lehrer bilden unter dem Vorsitze des Rektors eine Kommission, welche die Prüfungen vornimmt und im Einverständnis mit der Schulinspektion über das dabei zu beobachtende Verfahren die geeigneten Bestimmungen trifft.

§ 4. Es werden für folgende Fächer Prüfungen angeordnet: Pädagogik, deutsche, französische, englische und italienische Sprache und Literatur, Mathematik, Geographie, Geschichte, Naturkunde, Schreiben, Zeichnen, Gesang und Turnen.

§ 5. Die Ergebnisse der Prüfungen werden mit den Noten *vorzüglich* (4), *gut* (3), *genügend* (2) und *ungenügend* (1) bezeichnet. Die Qualifikation der Leistungen in dem einzelnen Fache steht dem betreffenden Examinator zu.

§ 6. Auf Grund dieser Ergebnisse erteilt die Prüfungskommission:

a. Fähigkeitszeugnisse über die in einzelnen Fächern erlangten Kenntnisse;

b. Diplome, welche zur Bewerbung um Lehrstellen an hiesigen Mittelschulen berechtigen.

§ 7. Den Bewerberinnen um ein Fähigkeitszeugnis steht die Wahl der Fächer, in welchen sie die Prüfung ablegen wollen, frei; doch haben sie sich wenigstens in drei Fächern einer Prüfung zu unterziehen.

§ 8. Bewerberinnen um ein Diplom haben sich bei der Anmeldung durch genügende Zeugnisse über eine den obern Schulstufen entsprechende allgemeine wissenschaftliche Bildung auszuweisen und die Prüfung in sämtlichen obligatorischen Fächern zu bestehen. Die Prüfung in den übrigen Fächern ist ihnen freigestellt.

Die obligatorischen Fächer sind: Pädagogik, deutsche Sprache und Literatur, französische Sprache und Literatur, Mathematik, Geographie, Geschichte und Naturkunde. Die fakultativen sind: englische Sprache und Literatur, italienische Sprache und Literatur, Schreiben, Zeichnen, Gesang und Turnen.

§ 9. Über die Frage, ob der Kandidatin ein Diplom zu erteilen sei, entscheidet die Gesamtheit der Examinatoren mit Stimmenmehrheit. Der Präsident der Prüfungskommission stimmt mit und gibt bei gleichstehenden Stimmen den Ausschlag.

Wer nicht wenigstens in zwei obligatorischen Fächern die Note *gut* und in weitern drei Fächern wenigstens die Note *genügend* erwirbt, kann das Diplom nicht erhalten.

Das Diplom nennt die Fächer, in welchen die Kandidatin die Prüfung abgelegt hat, und gibt für jedes derselben den Grad ihrer Lehrbefähigung an.

Es wird von dem Präsidenten der Prüfungskommission und der Inspektion unterzeichnet.

§ 10. Für Fächer, in welchen die Prüfung nicht abgelegt wurde, oder für welche nicht wenigstens die Note *genügend* erteilt werden konnte, ist eine Nachprüfung gestattet. Diese findet bei der nächsten regelmässigen Prüfung statt, wenn nicht besondere Gründe eine frühere Vornahme derselben rechtfertigen.

§ 11. Bewerberinnen um ein Diplom zur Bekleidung einer Lehrstelle an den hiesigen Mittelschulen können, auch wenn sie die Fortbildungsklassen nicht besucht haben, zu den Prüfungen zugelassen werden. Der Entscheid darüber steht der Prüfungskommission zu.

§ 12. Die Schulinspektion erstattet jedes Jahr über die Prüfungen Bericht an den Erziehungsrat.

II. Mass der Anforderungen in den einzelnen Fächern.

1. Pädagogik.

a. Theoretische Prüfung.

Die Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts auf psychologischer Grundlage.

Die Methodik des Volksschulunterrichts in ihrer geschichtlichen Entwicklung.

Geschichte der Pädagogik von der Reformation bis auf unsere Zeit.

b. Praktische Prüfung.

Lektion in der Klasse über ein gegebenes Thema.

2. Deutsche Sprache und Literatur.

a. Fliessendes Lesen mit richtiger Aussprache und sinngemässer Betonung. Wiedergabe des Gelesenen in zusammenhangender Rede, und Fähigkeit, dasselbe nach seinem Inhalte logisch richtig zu gliedern.

b. Freier Vortrag über ein leichteres Thema.

c. Schriftliche Bearbeitung eines Themas, das aus einer Anzahl gegebener Themata von der Schülerin gewählt werden kann.

d. Kenntnis der Wort- und Satzlehre und Anwendung der Sprachgesetze auf Richtigkeit des Ausdruckes.

e. Kenntnis der Hauptformen der Prosa-Stilarten und der poetischen Darstellungen und des Wesentlichsten aus der neuhochdeutschen Verskunst.

f. Kenntnis der Haupterscheinungen der alt-, mittel- und neuhochdeutschen Literatur und insbesondere der klassischen Hauptwerke.

3. Französische Sprache und Literatur.

a. Fertiges Lesen mit richtiger Aussprache und Wiedergabe des Gelesenen in zusammenhängender Darstellung.

b. Freier Vortrag über ein leichteres Thema.

c. Kenntnis der hauptsächlichen Sprachregeln, insbesondere solcher, die von denjenigen des Deutschen abweichen.

d. Schriftliche Übersetzung eines deutschen Abschnittes ins Französische und französischer Aufsatz über ein Thema, das aus einer Anzahl gegebener Themata von der Schülerin gewählt werden kann.

e. Kenntnis der bedeutendsten französischen Schriftsteller von der Mitte des 17. Jahrhunderts an und ihrer Hauptwerke.

4. Englische Sprache und Literatur.

a. Fertigkeit im Lesen und mündlichen Ausdrucke mit möglichst guter Aussprache.

b. Fähigkeit, neuere Prosa zu übersetzen, sie vom grammatischen Standpunkte aus zu erklären, und Gewandtheit in der mündlichen Wiedergabe des Gelesenen.

c. Schriftliche Übersetzung eines vorgelegten deutschen Abschnittes ins Englische.

d. Kenntnis der wichtigsten Momente in dem Leben der bedeutendsten englischen Schriftsteller und ihrer Hauptwerke von Shakespeare bis auf die Neuzeit.

5. Italienische Sprache und Literatur.

a. Fertigkeit im Lesen und mündlichen Ausdrucke mit richtiger Aussprache.

b. Mündliches Übersetzen eines italienischen Lesestückes, Erklären der darin vorkommenden Sprachformen und mündliche Wiedergabe des Gelesenen.

c. Schriftliches Übersetzen eines vorgelegten leichtern Abschnittes vom Deutschen ins Italienische.

d. Kenntnis der beim Unterrichte zur Einführung in die italienische Literatur behandelten Schriftsteller und ihrer Hauptwerke.

6. Mathematik.

a. Sicherheit und Gewandtheit im Rechnen mit ganzen Zahlen, gemeinen und Dezimalbrüchen. Zins-, Prozent-, Rabatt- und Diskontorechnungen, Waarenberechnungen, Gesellschaftsrechnungen. Arithmetische und geometrische Proportionen. Lösung von Gleichungen des ersten Grades mit einer Unbekannten. Ausziehen der Quadratwurzel.

b. Buchführung.

c. Die Elemente der Planimetrie und der Stereometrie. Lösung praktischer Aufgaben über Flächen- und Körperinhalte.

7. Geographie.

a. Allgemeine Kenntnis der physischen und politischen Geographie der fünf Weltteile. Genauere Kenntnis der Schweiz, der europäischen und der durch ihre Verkehrsbeziehungen wichtigsten aussereuropäischen Länder.

b. Fertigkeit im Kartenzeichnen der bekanntesten Länder an der Wandtafel.

c. Kenntnis der elementaren mathematischen Geographie.

8. Geschichte.

a. Kenntnis der Hauptbegebenheiten der Schweizergeschichte.

b. Kenntnis der Hauptmomente der alten, mittlern und neuen Geschichte, auf klarer geographischer Anschauung und sicherer chronologischer Übersicht beruhend.

9. Naturkunde.

a. Kenntnis des Wesentlichsten aus der Botanik und Bekanntschaft mit den häufigsten wildwachsenden einheimischen Pflanzen.

b. Kenntnis der Hauptabteilungen des Tierreiches und ihrer Merkmale, der einzelnen Klassen der Wirbeltiere und ihrer Hauptrepresentanten.

c. Bekanntschaft mit den wichtigsten zur ökonomischen und technischen Verwendung kommenden Stoffen aus den verschiedenen Naturreichen.

d. Das Wesentlichste aus der physischen Anthropologie; der Bau des menschlichen Körpers, seine wichtigsten Organe und ihre Funktionen.

e. Kenntnis der wichtigsten physikalischen Gesetze und der Grundlehren der Chemie.

10. Schreiben.

a. Korrent-Schönschreiben in lateinischer und deutscher Schrift nach Diktat, nebst Proben in der Rundschrift.

b. Ausführung von Probeschriften an der Wandtafel.

c. Kenntnis der Methodik des Schreibunterrichts, insbesondere der Taktschreibmethode.

11. Zeichnen.

a. Vorlegen selbstausgeführter Zeichnungen.

b. Freihandzeichnen nach einem Flachornamente, einem plastischen Ornamente und einem körperlichen Gegenstande.

c. Kenntnis der Hauptgesetze der Linearperspektive.

d. Kenntnis der Methodik des Zeichenunterrichts, insbesondere des Klassenunterrichts.

12. Gesang.

a. Kenntnis der musikalischen Notationszeichen, der Taktarten und der Vortragszeichen.

b. Kenntnis der gebräuchlichsten Dur- und Molltonarten, der Intervalle und der wichtigsten Akkorde.

c. Fähigkeit den Gesang zu leiten, sei es durch Vorsingen oder mittelst eines Instrumentes.

d. Kenntnis der Methodik des Gesangunterrichts.

13. Turnen.

a. Kenntnis der in den Lehrplan der Mädchenschulen aufgenommenen Ordnungs-, Frei- und Gerätübungen.

b. Fähigkeit die Turnübungen einer Klasse zu leiten.

XI. Hochschulen, Fakultäten und Tierarzneischulen.

a. Gesetze.

Kanton NEUENBURG.

76. *1.* **Loi sur l'enseignement supérieur. Du 31 Mai 1883.**

Le Grand Conseil de la république et canton de Neuchâtel; vu la nécessité de perfectionner l'enseignement supérieur dans le canton, de le mettre en harmonie avec les besoins du pays et en corrélation tant avec les autres établissements d'instruction publique du canton qu'avec les Universités suisses et l'Ecole polytechnique fédérale; vu les articles 74, 75 et 76 de la Constitution; sur la proposition du Conseil d'Etat et sur le rapport d'une commission spéciale; *décrète:*

CHAPITRE PREMIER.

Dispositions générales.

Art. 1. L'enseignement supérieur a pour but de procurer aux jeunes gens les connaissances nécessaires pour être admis à terminer leurs études dans les Universités et dans les écoles polytechniques ou spéciales; de former des citoyens pour les carrières qui exigent une instruction supérieure, ainsi que pour l'enseignement public, et d'entretenir dans le pays une culture scientifique et littéraire.

Art. 2. L'enseignement supérieur est à la charge de l'Etat, avec le concours des autorités locales, dans des proportions à déterminer par des conventions qui seront soumises à la ratification du Grand Conseil.

Art. 3. La direction supérieure et la haute surveillance de l'enseignement supérieur appartiennent au Conseil d'Etat, qui les exerce, conformément à la loi et aux règlements, par le département de l'Instruction publique.

Art. 4. Le Conseil d'Etat nomme tous les trois ans une commission consultative pour l'enseignement supérieur dont les attributions sont déterminées par un règlement.

Cette commission se compose de huit membres nommés directement par le Conseil d'Etat, et de trois membres nommés également par le Conseil d'Etat sur une double présentation faite par le synode. (Décret du 19 décembre 1873.)

Elle est présidée par le chef du département de l'Instruction publique, et le premier secrétaire du même département fonctionne comme secrétaire de la commission avec voix consultative.

Le directeur du Gymnase et le recteur de l'Académie assistent aux séances de la commission avec voix consultative.

CHAPITRE II.

Division de l'enseignement supérieur.

Art. 5. L'enseignement supérieur est donné dans deux écoles distinctes, savoir :

1° Le Gymnase cantonal ;

2° Les Facultés ou l'Académie, faisant suite au Gymnase.

Art. 6. Le Gymnase cantonal se divise en trois sections parallèles, savoir :

1° Le Gymnase littéraire ou classique, destiné à préparer les élèves aux études de la Faculté des lettres ;

2° Le Gymnase scientifique, destiné à préparer les élèves aux études de la Faculté des sciences ;

3° Le Gymnase pédagogique ou Ecole normale, destiné à former les instituteurs pour l'enseignement primaire.

L'Ecole normale est divisée en deux sous-sections, l'une destinée aux élèves-instituteurs, l'autre aux élèves-institutrices.

Art. 7. Les Facultés sont au nombre de quatre, savoir :

1° La Faculté des lettres ;

2° La Faculté des sciences ;

3° La Faculté de droit ;

4° La Faculté de théologie.

Art. 8. Les cours sont annuels au Gymnase et peuvent être semestriels dans les Facultés.

L'année scolaire commence au milieu de septembre au Gymnase, et au milieu d'octobre à l'Académie pour se terminer au milieu de juillet.

Les vacances sont fixées pour l'Académie, du milieu de juillet au milieu d'octobre, une semaine à Noël et une semaine à Pâques ; pour le Gymnase, du milieu de juillet au milieu de septembre, une semaine aux vendanges, une semaine à Noël et une semaine à Pâques.

Art. 9. L'enseignement au Gymnase est réparti sur deux années d'études, de façon à préparer les élèves aux examens de maturité générale pour l'entrée à l'Académie et aux examens pour l'obtention du brevet d'enseignement dans les écoles primaires.

La sous-section de l'Ecole normale destinée aux élèves-institutrices ne comprend qu'une année d'études dont le programme correspond à celui de la deuxième année de la sous-section destinée aux élèves-instituteurs. Les matières du programme de première année d'Ecole normale sont enseignées aux élèves-institutrices dans les écoles industrielles du canton.

Art. 10. L'enseignement dans les Facultés est organisé de façon que les cours de première année préparent aux examens de maturité spéciaux et au baccalauréat, tandis que les cours des années ultérieures préparent à la licence

et aux examens pour l'obtention des brevets pour l'enseignement dans les écoles secondaires.

CHAPITRE III.

Objets d'enseignement.

Art. 11. Les objets d'enseignement au Gymnase littéraire sont:
1° La langue et les éléments de la littérature latines;
2° La langue et les éléments de la littérature grecques;
3° La langue et la littérature françaises;
4° La langue allemande;
5° Les éléments de la philosophie;
6° La géographie;
7° L'histoire générale et l'histoire nationale avec l'instruction civique;
8° Les mathématiques;
9° Les éléments des sciences physiques et naturelles;
10° Le dessin artistique.

Les langues anglaise et italienne sont aussi enseignées au Gymnase littéraire comme branches facultatives.

Art. 12. Les objets d'enseignement au Gymnase scientifique sont:
1° Les mathématiques et la mécanique élémentaire;
2° La physique;
3° La chimie;
4° Les sciences naturelles;
5° La langue et la littérature françaises;
6° La langue allemande;
7° Les langues anglaise et italienne;
8° La géographie;
9° L'histoire générale et l'histoire nationale avec l'instruction civique;
10° Le dessin mathématique et le dessin artistique.

Art. 13. Les objets d'enseignement à l'Ecole normale ou Gymnase pédagogique sont:

I. Pour la section des élèves-instituteurs:
1° La pédagogie théorique et pratique;
2° La langue française (lecture, grammaire, orthographe, composition);
3° Les éléments de la littérature française;
4° La langue allemande;
5° La cosmographie, la géographie générale et la géographie de la Suisse;
6° L'histoire générale et l'histoire nationale;
7° L'instruction civique;
8° Les mathématiques élémentaires;
9° La comptabilité;
10° Les éléments des sciences physiques et naturelles, spécialement dans leurs applications à l'hygiène, à l'agriculture et à l'industrie;
11° Le dessin mathématique et le dessin artistique;
12° L'écriture;
13° Le chant;
14° La gymnastique.

II. Pour la section des élèves-institutrices:
1° La pédadogie théorique et pratique;
2° La langue française (lecture, grammaire, orthographe, composition);
3° Les éléments de la littérature française;
4° La langue allemande;
5° La cosmographie, la géographie générale et la géographie de la Suisse;

6° L'histoire générale et l'histoire nationale avec les éléments de l'instruction civique ;
7° L'arithmétique et quelques éléments de géométrie ;
8° La comptabilité ;
9° Les éléments des sciences physiques et naturelles ;
10° L'économie domestique, y compris l'hygiène ;
11° Les ouvrages du sexe ;
12° Le dessin artistique ;
13° L'écriture ;
14° Le chant ;
15° La gymnastique.

Le programme du Gymnase pédagogique aura en vue moins d'étendre les connaissanses des élèves que de préparer ceux-ci à l'enseignement.

Art. 14. Il sera établi au Gymnase cantonal un cours spécial de français à l'usage des élèves de langue étrangère.

Art. 15. Les études régulières de la Faculté des lettres ont pour objet :
1° La langue et la littérature latines ;
2° La langue et la littérature grecques ;
3° La littérature française et l'histoire de la langue française ;
4° La littérature allemande ;
5° La littérature générale ;
6° La philosophie et l'histoire de la philosophie ;
7° L'histoire générale et l'histoire nationale ;
8° Le géographie comparée ;
9° La physiologie et l'anatomie comparées ;
10° L'économie politique et la statistique ;
Il y a en outre des cours facultatifs pour les branches suivantes :
1° Les éléments de la linguistique générale ou science du langage ;
2° L'archéologie ;
3° La littérature anglaise ;
4° La littérature italienne ;

Art. 16. Les études régulières de la Faculté des sciences ont pour objet :
1° Les mathématiques supérieures et leurs applications, avec le dessin mathématique ;
2° La mécanique rationelle ;
3° L'astronomie et la physique du globe ;
4° La physique générale et expérimentale ;
5° La chimie avec applications à l'industrie et à l'agriculture ;
6° La minéralogie, la géologie et la paléontologie ;
7° La zoologie, la physiologie et l'anatomie comparées ;
8° La botanique et la physiologie végétale ;
9° La littérature française ;
10° L'histoire générale et l'histoire nationale.

Art. 17. Les études régulières de la Faculté de droit ont pour objet ;
1° L'encyclopédie, la philosophie et l'histoire générale du droit ;
2° Le droit public et administratif ;
3° Le droit romain ;
4° Le droit civil et commercial et la procédure civile ;
5° Le droit pénal et la procédure pénale ;
6° Le droit international et le droit comparé ;
7° L'économie politique et la statistique.

Art. 18. Les études régulières de la Faculté de théologie ont pour objet :
1° L'encyclopédie des sciences théologiques ;
2° L'exégèse et la critique de l'Ancien Testament avec la langue hébraïque et l'archéologie biblique ;
3° L'exégèse et la critique du Nouveau Testament ;
4° La théologie systématique ;
5° La théologie historique ;
6° La théologie pratique ;
7° L'hygiène.

Art. 19. Le règlement détermine la répartition, la progression des études et l'organisation des chaires dans les différentes Facultés de l'Académie et les trois sections du Gymnase, ainsi que les branches d'études qui sont enseignées en commun, soit au Gymnase, soit dans les Facultés.

Le programme annuel fixe le nombre et la distribution des heures consacrées aux divers cours.

Des cours libres peuvent être donnés dans les Facultés aux conditions déterminées par le règlement.

CHAPITRE IV.

Élèves et étudiants.

Art. 20. Sont admis comme élèves du Gymnase littéraire et du Gymnase scientifique, les jeunes gens atteignant l'âge de 15 ans dans l'année de leur admission et qui sont sortis d'une école secondaire ou classique avec un certificat d'études satisfaisant, ou qui, dans un examen d'admission, prouvent qu'ils possèdent les connaissances suffisantes.

Sont admis comme élèves du Gymnase pédagogique ou Ecole normale, les jeunes gens et les jeunes personnes atteignant l'âge de 16 ans dans l'année de leur admission et qui sont sortis d'une école secondaire ou industrielle avec un certificat d'études satisfaisant ou qui, dans un examen d'admission prouvent qu'ils possèdent les connaissances suffisantes.

On peut être admis dans une classe du Gymnase sans avoir suivi les classes qui précèdent. Cette admission n'a lieu que sous les conditions d'âge et d'examen imposées aux élèves du Gymnase.

Art. 21. Les élèves du Gymnase sont soumis à la discipline de l'établissement aussi bien dans l'intérieur du Gymnase qu'au dehors. Ils sont astreints à suivre tous les cours de leur section respective. Sauf les cas exceptionnels que le règlement détermine, le Gymnase ne reçoit pas d'externes.

Art. 22. Les élèves du Gymnase littéraire et du Gymnase scientifique sont promus d'une année à l'autre aux conditions déterminées par le règlement et subissent, à la fin des deux années d'études, un examen de sortie, à la suite duquel ils peuvent obtenir le certificat de maturité générale et le droit d'entrer comme étudiants dans les Facultés.

Art. 23. Les élèves de l'Ecole normale sont promus d'une année à l'autre aux conditions déterminées par le règlement et subissent à la fin des deux années d'études l'examen de capacité prévu par l'article 70 de la loi sur l'instruction primaire, et à la suite duquel ils peuvent obtenir le brevet d'instituteur primaire.

Art. 24. Sont admis comme étudiants aux Facultés les élèves atteignant dans l'année l'âge de 17 ans et sortant du Gymnase avec le certificat de maturité, les porteurs de certificats de maturité, du diplôme de bachelier ou de titres équivalents émanés des cantons suisses ou d'autres Etats, et ceux qui, dans un examen d'admission, prouvent qu'ils possèdent les connaissances suffisantes.

Art. 25. A la fin de l'année académique, les étudiants peuvent se présenter à un examen de sortie pour obtenir un certificat d'études.

Les étudiants en théologie sont appelés à subir à la fin de chaque année d'études des examens de promotion.

Art. 26. Indépendamment des certificats d'études, l'Académie délivre des diplômes:

De bachelier ès-lettres et de bachelier ès-sciences, de licencié ès-lettres, de licencié ès-sciences, de licencié en théologie et de licencié en droit.

Art. 27. Le règlement détermine la forme et l'étendue des examens qu'ont à subir les étudiants qui aspirent à obtenir des certificats d'études ou les diplômes de bachelier ou de licencié.

Art. 28. Outre les étudiants, d'autres personnes adultes sont admises à suivre les cours des Facultés en qualité d'auditeurs.

Les auditeurs suivent les cours de leur choix sans subir d'examen préalable.

Pour être admis comme auditeur aux diverses Facultés, il faut atteindre l'âge de 17 ans.

Art. 29. Pourront aussi être admis comme auditeurs au Gymnase pédagogique les instituteurs suisses ou étrangers qui désirent se perfectionner dans l'une ou l'autre des branches de l'enseignement.

Art. 30. La finance à payer pour les cours est calculée sur le nombre d'heures. Les élèves et les étudiants réguliers obtiennent une réduction de moitié.

Les auditeurs ne sont soumis à aucun droit d'immatriculation, mais ils doivent prendre une inscription pour chaque cours.

Art. 31. Le règlement fixe les rétributions à payer par les élèves du Gymnase et les étudiants des Facultés, par les auditeurs des Facultés et de l'Ecole normale, par ceux qui feront usage du laboratoire, ainsi que la finance qui sera due pour les examens et diplômes de bachelier et de licencié.

Art. 32. Les rétributions exigées pour les cours libres prévus à l'article 19 sont fixées par les personnes qui donnent ces cours et le produit de ces rétributions leur appartient.

Art. 33. Le Conseil d'Etat, sur le préavis de la direction de l'Instruction publique, peut dispenser les élèves ou étudiants peu aisés de tout ou partie du paiement des contributions académiques.

Art. 34. Il est institué en faveur de jeunes gens appartenant à des familles pauvres ou peu aisées, des subsides ou bourses destinées à leur faciliter les moyens de poursuivre ou de terminer leurs études au Gymnase ou à l'Académie.

Ces bourses sont accordées pour un an par le Conseil d'Etat, sur le préavis de la direction de l'Instructien publique. Elles peuvent être renouvelées.

Le règlement détermine le nombre et la quotité ou valeur des bourses, ainsi que les conditions moyennant lesquelles elles sont accordées ou peuvent être retirées.

CHAPITRE V.

Personnel enseignant.

Art. 35. L'enseignement au Gymnase cantonal est donné par des professeurs ou par des maîtres spéciaux.

Les maîtres spéciaux sont chargés de l'enseignement de certaines branches déterminées par le règlement.

Art. 36. L'enseignement dans les Facultés est donné:

1° Par les professeurs ordinaires qui occupent une chaire dans l'une des Facultés;

2° Par des professeurs extraordinaires que le Conseil d'Etat peut charger temporairement d'une chaire ou d'un enseignement;

3° Par des personnes suffisamment qualifiées qui obtiennent l'autorisation de donner certains cours libres sous les conditions déterminées par le règlement; ils portent le titre de professeurs agrégés.

Art. 37. Les professeurs sont nommés par le Conseil d'Etat, soit par vocation, soit par voie d'un concours à la suite duquel il peut y avoir lieu à examen.

Art. 38. Il y a lieu à examen si les titres des candidats ne démontrent pas que l'un d'entre eux est sensiblement supérieur à ses concurrents.

Les sujets et la forme des examens sont déterminés dans chaque cas particulier par le département de l'Instruction publique sur le préavis de la commission pour l'enseignement supérieur.

Art. 39. Les examens et les titres des candidats sont appréciés par un jury; ce jury est composé de sept membres choisis par le Conseil d'Etat, sur la proposition de la commission pour l'enseignement supérieur.

Art. 40. Les professeurs sont nommés par le Conseil d'Etat parmi les candidats. Si le Conseil d'Etat juge qu'il n'y a pas lieu à nommer, il peut provoquer un nouveau concours ou pourvoir provisoirement à l'enseignement.

Art. 41. Le traitement des professeurs et maîtres spéciaux est fixé par le Conseil d'Etat d'après le nombre des leçons et la nature de l'enseignement, dans les limites de 200 à 250 francs par an pour une leçon par semaine au Gymnase cantonal, et de 300 à 400 francs par an pour une leçon par semaine dans les Facultés.

Les professeurs des Facultés reçoivent, en outre, une part équivalente à la moitié des écolages payés pour leurs cours.

Art. 42. Lorsqu'un professeur est momentanément empêché de remplir ses fonctions, le Conseil d'Etat pourvoit à l'enseignement aux frais de la personne empêchée. Toutefois, si l'empêchement provient d'une maladie ou de toute autre cause indépendante de la volonté de l'intéressé, il est pourvu à l'enseignement aux frais de l'Etat.

Si l'empêchement est de nature à se prolonger, il peut y avoir lieu à l'application de l'article 45.

Art. 43. Toute plainte portée contre un professeur dans l'exercice de ses fonctions doit être transmise à la direction de l'Instruction publique, qui, après avoir entendu le plaignant et le professeur, règle l'affaire, sauf recours au Conseil d'Etat.

Art. 44. La suspension ou la destitution d'un professeur ne peut être prononcée par le Conseil d'Etat que pour cause d'incapacité, de négligence, d'insubordination ou d'immoralité.

Dans tous les cas, le professeur inculpé doit être entendu.

La suspension ne peut dépasser une durée de six mois; elle entraîne la suppression du traitement, si elle a été prononcée à titre de punition.

Art. 45. Lorsqu'un professeur ne remplit plus utilement ses fonctions, le Conseil d'Etat peut, après l'avoir entendu, le mettre hors d'activité de service.

L'intéressé peut obtenir une indemnité.

Art. 46. En cas de réduction ou de suppression d'une branche d'enseignement, soit au Gymnase soit à l'Académie, le professeur qui occupe la chaire réduite ou supprimée doit être prévenu six mois à l'avance et peut obtenir une indemnité.

Art. 47. Le titre de professeur honoraire peut être accordé à des hommes qui ont fait preuve de connaissances supérieures dans quelque branche, ou qui ont rendu des services éminents à l'instruction publique dans le canton.

Les professeurs honoraires sont nommés par le Conseil d'Etat sur le préavis du conseil académique.

CHAPITRE VI.

Direction.

Art. 48. La direction du Gymnase et celle des Facultés ou de l'Académie sont complètement séparées.

Art. 49. Le Gymnase cantonal a un directeur chargé de la direction et de la discipline de l'établissement.

Le directeur du Gymnase est nommé par le Conseil d'Etat. Il peut être choisi parmi les professeurs de l'école. Ses fonctions spéciales sont déterminées par le règlement.

Le directeur du Gymnase reçoit comme tel un traitement spécial, qui est fixé par le règlement.

Art. 50. Les professeurs et maîtres des trois sections du Gymnase cantonal forment le conseil du Gymnase.

Le conseil du Gymnase est présidé par le directeur. Il a le droit de préconsultation et de proposition sur tout ce qui concerne l'organisation des études.

Art. 51. Le conseil académique est formé des professeurs ordinaires et extraordinaires des quatre Facultés.

Art. 52. Le conseil académique nomme son président, qui est choisi dans son sein et porte le titre de recteur.

Le recteur est nommé pour deux ans et n'est pas immédiatement rééligible. Il reçoit une indemnité annuelle qui est fixée par le règlement.

Le dernier recteur est vice-recteur de l'Académie.

Art. 53. Le conseil académique est chargé, de concert avec le recteur, de tout ce qui concerne l'administration des Facultés ou de l'Académie.

Pour les affaires communes au Gymnase et à l'Académie, les deux conseils se réunissent sous la présidence du recteur de l'Académie, le directeur du Gymnase fonctionnant comme vice-président.

Art. 54. Le budget du Gymnase et de l'Académie contient un poste pour l'augmentation de la bibliothèque à l'usage des professeurs.

Cette bibliothèque, qui a son règlement spécial, est administrée par un professeur nommé par les deux conseils réunis.

Art. 55. Un huissier, nommé par le Conseil d'Etat, est attaché au Gymnase et à l'Académie.

Il reçoit un traitement annuel fixé par le règlement.

Art. 56. L'administration, le régime intérieur et la discipline du Gymnase et de l'Académie seront l'objet d'un règlement arrêté par le Conseil d'Etat.

CHAPITRE VII.

Dispositions finales.

Art. 57. La loi sur l'instruction publique supérieure, du 26 juin 1872, est rapportée.

Art. 58. Le Conseil d'Etat est chargé, dans les limites constitutionnelles et légales, de la publication, de la promulgation et de l'exécution de la présente loi.

77. *2.* **Gesetz betreffend die Tierarzneischule. Volksabstimmung** vom 5. Juli 1885.

I. Zweck und Einrichtung der Anstalt.

§ 1. Zur Bildung wissenschaftlich befähigter und praktisch tüchtiger Tierärzte besteht eine Tierarzneischule mit den nötigen Hülfsanstalten.

§ 2. Der Unterricht umfasst die sämtlichen Zweige der Tierheilkunde mit ihren Hülfswissenschaften, insbesondere:

a. Die naturwissenschaftlichen Fächer: Physik, Chemie, Botanik, Zoologie;

b. die tierärztlichen Fächer: Vergleichende, mikroskopische, chirurgische und pathologische Anatomie, Physiologie, Exterieur, Diätetik, Tierzucht, Pathologie und Therapie, Chirurgie und Operationslehre, Geburtskunde, Arzneimittellehre und Rezeptirkunde, Beschlagkunde, gerichtliche und polizeiliche Tierheilkunde, Klinik im Tierspital, ambulatorische Klinik;

c. landwirtschaftliche Enzyklopädie;

d. Leibesübungen: Turnen und Reiten.

Ferner sind praktische Kurse für Hufbeschlag und Fleischschau abzuhalten.

Mit Genehmigung des Regierungsrates kann der Erziehungsrat auch noch weitere Fächer einführen, insofern dies für die Zwecke der Anstalt förderlich erscheint.

In gleicher Weise steht ihm zu, den Unterricht in einzelnen naturwissenschaftlichen Fächern an der Hochschule erteilen zu lassen oder mit der eidgenössischen polytechnischen Schule ein bezügliches Abkommen zu treffen.

§ 3. Der vollständige Unterricht umfasst sieben Halbjahreskurse. Der Lehrplan wird nach Einholung eines Gutachtens der Lehrerschaft auf Antrag der Aufsichtskommission vom Erziehungsrat festgesetzt; derselbe richtet sich nach den Anforderungen des eidgenössischen Prüfungsreglementes für Tierärzte.

Der regelmässige Eintritt der Schüler findet je mit Beginn des Winterhalbjahres statt.

Am Schlusse jedes Schuljahres werden öffentliche Repetitorien abgehalten.

§ 4. Zur Benutzung für den Unterricht sind mit der Anstalt ein Tierspital mit Apotheke, eine Anatomie, ein chemisches Laboratorium, eine Beschlagsschmiede und die erforderlichen Sammlungen verbunden.

Der Tierspital ist zur Aufnahme kranker Haustiere bestimmt. Derselbe steht unter spezieller Leitung eines Lehrers der Spitalklinik, und wird auf Rechnung der Schule beziehungsweise des Staates verwaltet.

Bei Festsetzung der Taxen für Verpflegung und Behandlung kranker Tiere von Kantonseinwohnern soll auf die Vermögensverhältnisse, sowie auf die Entfernung des Wohnortes der Eigentümer Rücksicht genommen werden.

Die Anatomie steht unter spezieller Leitung des Lehrers der Anatomie. Es soll darauf gehalten werden, dass das Unterrichtsmaterial vollständig beigebracht und aus demselben die Sammlungen geäufnet werden.

Das chemische Laboratorium dient sowohl den Bedürfnissen des Tierspitals als auch allfälligen praktischen Übungen der Schüler, sowie wissenschaftlichen Untersuchungen. Dasselbe steht unter der Leitung eines Lehrers oder eines Assistenten der Chemie.

Die Beschlagsschmiede wird zu Gunsten der Schulkasse verpachtet. Dabe soll darauf Rücksicht genommen werden, dass sie stets von einem tüchtiger Hufschmied beworben werde, und dass die Lehrer des Hufbeschlags, der Klinik und der Operationslehre dieselbe jederzeit im Interesse der Anstalt benutzer können.

Die Sammlungen umfassen:
1. anatomische Präparate,
2. physiologische Präparate,
3. histologische Präparate,
4. anatomisch-pathologische Präparate,
5. normale und anormale Hufe, Klauen- und Hufeisen,
6. chirurgische Instrumente,
7. physikalische und chemische Apparate,
8. Arzneimittel,
9. Modelle für Ausrüstung der Tiere, als Gebisse, Zäume, Geschirre, Sättel u. s. w.

Ausserdem besitzt die Anstalt ein Lesezimmer mit den notwendigsten Handbüchern und Zeitschriften.

Die Sorge für Aufbewahrung, Erhaltung, Vermehrung und Katalogisirung der Sammlungen liegt den betreffenden Lehrern unter Mithülfe der Assistenten ob.

§ 5. Besondere Reglemente über Führung des Tierspitals namentlich mit Bezug auf dessen Verwendung als Klinik, die Benutzung der Hülfsanstalten, die Handhabung der Disziplin etc. werden vom Erziehungsrat unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Regierungsrat festgestellt.

II. Schüler und Auditoren.

§ 6. Wer die Anstalt besuchen will, muss als Schüler oder Auditor eingeschrieben sein. Die Schüler sind verpflichtet, den vorgeschriebenen Studiengang zu befolgen. Die Auditoren können die Unterrichtsfächer nach eigener Auswahl besuchen, sie haben aber die Zustimmung des Direktors für ihren Studienplan einzuholen.

§ 7. Der Anmeldung als Schüler oder Auditor ist ein Geburtsschein und ein Sittenzeugnis beizulegen.

Zur Aufnahme ist das zurückgelegte siebzehnte Altersjahr und der Ausweis über ausreichende Schulbildung erforderlich. Die Schüler insbesondere haben eine Aufnahmsprüfung zu bestehen, welche den jeweiligen Anforderungen des eidgenössischen Maturitätsprogramms für Kandidaten der Tierarzneikunde entspricht.

§ 8. Jeder Schüler oder Auditor erlegt beim Eintritt ein Einschreibgeld von zwölf Franken. Zu Anfang eines jeden Halbjahres bezahlen die Schüler ein Schulgeld von dreissig Franken, die Auditoren ein Stundengeld von je vier Franken für eine wöchentliche Stunde. Diese Gelder fallen in die Schulkasse.

Die Schüler haben ausserdem in die Krankenkasse einen jährlichen Beitrag von vier Franken zu entrichten, wogegen sie in Erkrankungsfällen Anspruch auf freie Verpflegung im Kantonsspital bis zu einer Dauer von neunundvierzig Tagen haben.

Talentvolle Schüler mit günstigen Zeugnissen über Fleiss und Betragen können nach den Bestimmungen des Unterrichtsgesetzes über das Stipendiat, §§ 243 u. ff., mit Freiplätzen oder Stipendien bedacht werden.

III. Lehrerschaft.

§ 9. Die Bestimmung der erforderlichen Zahl von Lehrstellen, die Verteilung der Fächer, sowie die Wahl und die Festsetzung der Besoldung der Lehrer steht auf Grund eines Gutachtens der Aufsichtskommission und des Antrages des Erziehungsrates dem Regierungsrate zu. Die Wahlen werden, abgesehen von bloss vorübergehend verwendeten Lehrkräften (Hülfslehrern), auf eine Amtsdauer von sechs Jahren getroffen.

§ 10. Der Tierarzneischule steht ein vom Regierungsrat bezeichneter Direktor vor. Derselbe wird auf den Vorschlag des Erziehungsrates auf eine Amtsdauer von drei Jahren aus der Lehrerschaft gewählt und ist stets wieder wählbar.

Dem Direktor liegt die Leitung und Beaufsichtigung der Anstalt im allgemeinen ob. Insbesondere hat er den Unterricht und die Sammlungen, die Handhabung der Schulordnung und das Betragen der Schüler in und ausser der Anstalt zu überwachen, sowie die Versammlungen der Lehrerschaft anzuordnen und zu leiten.

Der Direktor erhält für seine Verrichtungen eine angemessene Entschädigung.

§ 11. Die jährliche Besoldung der definitiv angestellten Lehrer der Tierarzneischule beträgt bei einer Verpflichtung bis auf 20 wöchentliche Stunden mindestens 3000 Franken und höchstens 4500 Franken.

Der Regierungsrat ist befugt, auf den Antrag des Erziehungsrates einem Lehrer bei oder nach der Anstellung als Auszeichnung den Titel „Professor" zu erteilen.

§ 12. Die Wahl, sowie die Festsetzung der Entschädigung der Hülfslehrer und Assistenten wird durch den Erziehungsrat nach Einholung eines Gutachtens der Aufsichtskommission vorgenommen.

§ 13. Die §§ 297 und 298, 307 bis 310, 313 und 314, 322 und 328 des Gesetzes über das gesamte Unterrichtswesen des Kantons Zürich vom 23. Dez. 1859 betreffend die Übernahme anderer Stellen, die Leistungen des Staates in Krankheits-, Invaliditäts- und Sterbefällen, und die korporative Stellung der Lehrer bleiben auch mit Bezug auf die Lehrer der Tierarzneischule in Kraft.

IV. Aufsichtskommission.

§ 14. Die Aufsicht über die Anstalt ist einer Kommission von sieben Mitgliedern übertragen. Diese sorgt im allgemeinen für Vollziehung des Gesetzes und der Reglemente, sowie der Beschlüsse des Erziehungsrates betreffend diese Anstalt; insbesondere wacht sie über den geregelten Gang des Unterrichtes, über die Pflichttreue der Lehrer und die Disziplin der Schüler. Die Aufsichtskommission gibt über alle wichtigern Angelegenheiten der Schule nach einer gemeinsamen Beratung mit der Lehrerschaft oder auf einen eingeholten schriftlichen Bericht derselben ihr Gutachten an den Erziehungsrat ab.

V. Ökonomie und Verwaltung.

§ 15. Die Kosten der Anstalt werden bestritten aus den Einnahmen der Schulkasse und des Tierspitals, sowie aus dem vom Kantonsrat alljährlich zu bewilligenden Kredite und aus allfälligen Bundesbeiträgen.

§ 16. Der Regierungsrat erlässt die für das gesamte Rechnungswesen der Anstalt, insbesondere für die Verwaltung des Tierspitals erforderlichen Vorschriften.

VI. Übergangsbestimmungen.

§ 17. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft. Durch dasselbe werden die §§ 207 bis 220 des Gesetzes betreffend das gesamte Unterrichtswesen des Kantons Zürich vom 23. Dezember 1859 und des Getetzes betreffend Abänderung einzelner Bestimmungen desselben vom 25. März 1867 aufgehoben.

b. Verordnungen und Reglemente etc.

78. *1.* **Règlement d'ordre et de discipline pour la Faculté de Droit de Fribourg. Du 10 février 1883.**

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg, vu les articles 61 à 68, 71 et 72 de la loi sur l'enseignement littéraire, industriel et supérieur du 18 juillet 1882; sur la proposition de la Direction de l'Instruction publique, *arrête:*

CHAPITRE PREMIER.

Dispositions générales.

Article premier. Les objets d'Etude de la Faculté de droit prévus à l'art. 68 de la loi, sont répartis en trois années, d'après le programme arrêté par le Conseil de la Faculté, sous la sanction de la Direction de l'Instruction publique.

Ce programme est affiché dans le local destiné aux cours de droit et promulgué d'une manière plus étendue, si la Direction de l'Instruction publique le juge utile.

Art. 2. Les professeurs enseignent durant la période de trois années toutes les parties du programme dont ils sont chargés.

En cas d'impossibilité, ils en réfèrent au Doyen de la Faculté au moins deux mois avant la clôture du dernier semestre de l'année.

Art. 3. Les cours sont ouverts le premier lundi d'octobre et sont clos le 25 juillet.

Il y a dix jours de vacances à Pâques et dix jours à Noël, indépendamment des dimanches et des jours fériés.

Art. 4. Les cours sur le même objet d'enseignement sont d'une heure. Le Conseil de la Faculté peut exceptionnellement les porter à une heure et demie.

Ils sont donnés aux heures réglementaires fixées par le Conseil pour chaque semestre.

Les heures de leçon commencent à 8 huit heures du matin, en hiver; à 7 heures du matin, en été. Elles sont closes à 7 heures du soir.

Art. 5. Lorsqu'un professeur ne peut pas donner ses cours aux heures qui lui sont assignées, il en avertit le Doyen. Si l'impossibilité dure plus de 8 jours, celui-ci en réfère au Directeur de l'Instruction publique qui pourvoit, après entente préalable, à son remplacement, par un autre professeur de l'école.

Art. 6. Les professeurs de la Faculté de droit constituent le Conseil de l'école. Ce Conseil est présidé par le Doyen de la Faculté dont l'élection est réservée au Conseil d'Etat.

Art. 7. Le Conseil de la Faculté décide sur toutes les questions d'application du règlement qui ne sont pas réservées au Doyen ou à la Direction de l'Instruction publique.

Art. 8. Le Doyen correspond avec la Direction de l'Instruction publique, prépare le projet du programme annuel, pourvoit aux annonces et à la publication des notes d'examens, tient lui-même ou avec l'aide d'un secrétaire les registres nécessaires, communique aux professeurs l'état des étudiants inscrits, et présente à la fin de l'année un rapport à la Direction de l'Instruction publique sur la marche de la Faculté.

Art. 9. Chaque professeur lui adresse immédiatement après la clôture de l'année scolaire un rapport spécial sur son enseignement. Un rapport peut leur être demandé en tout temps sur des cas particuliers.

CHAPITRE II.

Elèves. — Admission. — Inscriptions.

Art. 10. Les étudiants de la Faculté de droit se divisent en étudiants réguliers et en étudiants bénévoles.

Art. 11. Pour être admis, soit comme étudiant régulier, soit comme étudiant bénévole, il faut prendre inscription auprès du Doyen avant l'ouverture des cours de chaque semestre. L'étudiant régulier qui entre à la Faculté dans le cours d'un semestre, sans justifier de son retard, n'est pas admis à l'examen du semestre.

Art. 12. Pour être admis comme régulier, l'étudiant établit, en outre:

1° Qu'il est âgé de 18 ans révolus;

2° Qu'il possède le diplôme de bachelier ès-lettres, ou tout au moins des certificats réguliers constatant qu'il a fait des études littéraires et philosophiques pendant tout le temps prescrit par le programme et le règlement du Collège St-Michel de Fribourg, ou enfin des certificats réguliers d'études littéraires et philosophiques dans un Collège supérieur cantonal ou dans une académie ou une université étrangère, reconnues équivalentes par le Conseil de la Faculté.

Les étudiants qui ont suivi régulièrement tous les cours obligatoires et facultatifs du Collège de Morat, et qui justifient avoir fait, en outre, deux années de cours philosophique dans une académie ou une université suisse ou étrangère peuvent être admis comme élèves réguliers.

Art. 13. Les inscriptions semestrielles sont dans la règle prises sans interruption.

L'étudiant qui interrompt le cours de ses études pour une cause duement constatée et reconnue légitime, telle que: maladie, service militaire, absence du pays, etc., ne perd pas le bénéfice de ses inscriptions antérieures.

Art. 14. L'étudiant régulier qui interrompt pendant deux années le cours de ses études, sans motifs reconnus légitimes, perd le droit d'invoquer les inscriptions prises antérieurement; si l'interruption a duré moins de deux années, il prend, selon le cas, une ou deux inscriptions semestrielles complémentaires.

Art. 15. L'étudiant régulier ne doit pas quitter la Faculté sans en aviser le Doyen et signer le registre de la Falculté le jour de sa sortie; s'il est mineur, l'avis doit émaner de son représentant légal. A ce défaut, le Doyen avertit immédiatement ce dernier.

L'étudiant qui sort de la Faculté sans remplir ces formalités, perd le droit aux inscriptions qu'il a prises pour se présenter à l'examen semestriel, ou à l'examen de licence.

Art. 16. A la fin de chaque semestre, le Doyen, au vu des déclarations des professeurs des diverses branches enseignées, délivre des certificats d'assiduité. Ces certificats sont produits pour être admis à l'examen de licence.

Art. 17. Les étudiants bénévoles s'inscrivent auprès du Doyen pour obtenir l'autorisation de fréquenter les cours de droit. Ils peuvent prendre l'inscription à un ou plusieurs cours désignés à l'avance; ils paient la finance légale d'inscription quel que soit le nombre de cours qu'ils désirent suivre. Cette finance n'est pas rendue si l'étudiant bénévole quitte la Faculté avant la fin du semestre. Le Doyen est informé à temps de la sortie de l'école.

Art. 18. Les étudiants bénévoles peuvent obtenir des certificats d'assiduité. A cet effet, ils justifient comme les élèves réguliers de la fréquentation assidue des cours choisis. Ils sont soumis à la discipline de la Faculté.

Art. 19. Les étudiants bénévoles qui, à l'avenir, auront suivi tous les cours d'enseignement, peuvent en tout temps être admis comme élèves réguliers, s'ils

remplissent du reste les conditions requises par l'art. 12 du règlement et subissent à leurs frais tous les examens de semestre prescrits par le règlement. Dans ce cas, il y aura toujours un délai de deux mois au moins entre chaque examen. La faculté de passer comme élèves réguliers leur est toutefois refusée s'il s'est écoulé un délai de plus de deux années depuis leur sortie de la Faculté.

CHAPITRE III.

Discipline.

Art. 20. La surveillance et la discipline des étudiants appartiennent au Conseil de la Faculté.

Art. 21. Les étudiants réguliers sont tenus de répondre aux interrogations et de faire les travaux qui leur sont imposés par les professeurs.

Art. 22. Ils doivent se conduire avec ordre et décence, suivre les cours avec assiduité et éviter de s'y livrer à des discussions étrangères à l'enseignement.

Art. 23. Si un acte contraire à l'honneur, à la probité ou aux bonnes mœurs donne lieu à une action civile ou pénale contre l'étudiant qui s'en est rendu coupable, le Conseil de la Faculté suspend ses informations jusqu'à ce que les Tribunaux aient définitivement prononcé.

Art. 24. Le Conseil de la Faculté peut infliger les peines suivantes:

a) La censure privée;
b) La censure publique le jour de l'examen;
c) L'exclusion du cours pendant 15 jours;
d) Le consilium abeundi.

Art. 25. Sur le rapport du Conseil, la Direction de l'Instruction publique est appelée à ratifier l'exclusion définitive de l'étudiant.

Art. 26. En cas de suspension ou d'exclusion, le Doyen en avise immédiatement les parents, le tuteur ou le représentant de l'étudiant.

Art. 27. L'étudiant qui ne répond pas à la citation du Conseil de la Faculté, est considéré comme exclu.

Art. 28. Chaque professeur veille au maintien de l'ordre pendant son cours. Il rappelle au devoir l'étudiant qui s'en écarte. Il peut exclure de la leçon, les étudiants qui troublent l'ordre; il avise le Doyen des fautes graves relevant de la compétence du Conseil.

CHAPITRE IV.

Des absences.

Art. 29. Les étudiants réguliers et bénévoles fréquentent avec assiduité tous les cours pour lesquels ils ont pris des inscriptions.

Art. 30. Dans chaque cours, les professeurs constatent les absences qui peuvent se présenter en les mentionnant au registre. Celui-ci est transmis mensuellement au Doyen.

Art. 31. L'étudiant régulier qui fait six absences *non justifiées* pendant un mois, n'est pas admis à l'examen semestriel. Pour pouvoir continuer ses cours, il prend une inscription complémentaire et, à l'époque fixée par le Doyen, subit à ses frais, devant les professeurs de la Faculté, un examen particulier sur les branches enseignées pendant le semestre.

Art. 32. L'étudiant régulier justifie ses absences par lettre adressée au professeur du cours. Ces lettres sont conservées pour être, au besoin, présentées au Jury d'examen.

Art. 33. L'étudiant qui, dans le 1er semestre d'une année scolaire, a fait plus de cent absences justifiées, et dans le 2d semestre plus de 70 absences légitimées, est tenu de prendre une inscription complémentaire s'il veut être admis à subir l'examen semestriel sur les branches enseignées durant le semestre pendant lequel les absences ont eu lieu. Cet examen a lieu dans la forme prévue à l'art. 31.

Art. 34. Les étudiants réguliers qui sont attachés à des bureaux d'affaires ou de l'administration publique ne peuvent invoquer comme motif justifiant leurs absences, les travaux de leur emploi.

Art. 35. Un état exact des absences est conservé pour chaque étudiant dans le registre des inscriptions. Cet état est dressé à la fin du semestre, la veille des examens, sur les indications mensuelles des professeurs, prévues à l'art. 30.

Art. 36. Pour obtenir des certificats spéciaux d'assiduité à la fin d'un semestre, les étudiants bénévoles justifient de leur fréquentation des cours comme les étudiants réguliers.

CHAPITRE V.

Examens. — Grades.

Art. 37. Il y a deux sessions d'examens de semestre, l'une à Pâques, l'autre à la fin de juillet. L'ouverture de la session est fixée par le Directeur de l'Instruction publique sur le préavis du Doyen de la Faculté.

Art. 38. L'examen est oral et public.

Le Jury d'examen est composé de trois jurisconsultes nommés par le Conseil d'Etat et des professeurs de la Faculté.

Le Président et le Vice-Président du Jury sont également désignés par le Conseil d'Etat.

Chaque membre du Jury a le droit d'adresser, après l'examinateur, des questions au candidat sur l'objet de l'examen.

Art. 39. Chaque épreuve, écrite ou orale, est appréciée par une des notes suivantes:

6 signifiant très bien;
5 „ bien;
4 „ assez bien;
3 „ insuffisant;
2 „ mal;
1 „ très mal;
0 „ nul.

Art. 40. Les notes de mérite sont données par chaque membre du Jury, pour chaque candidat et pour toutes les branches prévues à l'art. 68 de la loi, sur un formulaire spécial; la moyenne de ces notes forme la note unique portée au chapitre ouvert au candidat dans le registre des inscriptions.

Art. 41. L'étudiant est placé pour chaque branche sur laquelle il a subi l'examen dans l'une des trois classes suivantes:

1re classe, très bien;
2me „ bien;
3me „ assez bien.

Art. 42. Le candidat qui n'a pas obtenu la note moyenne 6 pour les branches principales, et au moins la note 5 pour les autres branches, ne peut être placé en 1re classe.

Sont considérées comme branches principales:

1° Le droit civil suisse et fribourgeois;

2° Le droit romain;
3° Le droit pénal.

Le candidat qui n'a pas obtenu la note moyenne 5 pour les branches principales, et au moins la note 4 pour les autres branches, ne peut être admis en 2me classe.

Enfin, le candidat qui n'obtient que la note moyenne 4 pour toutes les branches, est mis en 3me classe.

En cas d'égalité, la note la plus favorable est acquise au candidat.

Art. 43. L'étudiant qui, dans un examen semestriel, a été déclaré incapable par décision spéciale du Jury et qui ne peut atteindre la note 4 sur toutes les branches est refusé. S'il veut continuer ses études, il est astreint à prendre une inscription complémentaire et, en outre, à subir un nouvel examen sur les objets de l'enseignement du semestre pour lesquels il a éprouvé un échec; il n'est point admis à un autre examen semestriel ou à l'examen de licence avant d'avoir satisfait à cette obligation.

Art. 44. Si l'étudiant ne s'est pas présenté à l'examen du semestre pour lequel il avait pris inscription, il ne peut être admis à subir son examen qu'à l'une des sessions ordinaires et après avoir justifié devant le Conseil de l'école des causes qui l'ont empêché de se présenter au jour fixé. Le motif que le candidat n'était pas prêt n'est pas admis comme valable.

Art. 45. Les notes individuelles des membres du Jury qui ont servi à former la note moyenne donnée au candidat, sont détruites séance tenante. Le tableau définitif des classes est signé immédiatement par le Président du Jury et le Doyen de la Faculté.

Art. 46. Les professeurs divisent, en parties au moins doubles du nombre des candidats inscrits, les objets de l'enseignement sur lesquels porte un examen semestriel. Cette division dépose sur le bureau pendant l'examen. Des numéros correspondants à cette division sont placés dans une urne. A l'appel du nom du candidat un membre du Jury tire ou sort le numéro sur lequel doit porter l'examen.

L'examinateur ne peut interroger plus de 3 à 5 minutes le même candidat sur la même matière d'enseignement.

Art. 47. L'étudiant qui, sans motifs reconnus légitimes, ne se présente pas pour répondre sur une ou plusieurs branches de l'examen, reçoit pour chaque branche sur laquelle il n'a pas répondu la note 0.

Art. 48. L'étudiant qui quitte la Faculté après un ou plusieurs examens semestriels, avant d'avoir subi l'examen de licence, peut obtenir un certificat d'inscription, d'assiduité et d'examen formé sur les notes obtenues aux examens de semestre.

CHAPITRE VI.

Examens de licence.

Art. 49. Pour être admis à l'examen de licence, le candidat doit justifier :

a) Qu'il a fréquenté pendant trois années les cours de droit de la Faculté, ou pendant deux années les mêmes cours et une année les cours d'une Faculté de droit étrangère;

b) Qu'il a subi tous les examens semestriels, sur toutes les branches de l'enseignement, et qu'il a été agréé dans l'une des trois classes prévues au règlement.

Art. 50. Les candidats à la Licence qui ont suivi les cours d'une Faculté de droit étrangère (art. 63 de la loi et 49 litt. *a* du règlement), doivent, en

[illegible]

[illegible]

[illegible]

examen particulier devant trois professeurs au moins, sur ces objets d'enseignement.

Si le candidat est déclaré capable, le Jury prononcera sur son admission dans la session la plus rapprochée, et fixe ses notes définitives.

Art. 61. Le résultat de l'examen de licence est publié à la fin de l'année dans le catalogue spécial de la Faculté de droit.

Art. 62. La Direction de l'Instruction publique, sur l'avis qui lui est donné par le Doyen de la Faculté, délivre un diplôme au candidat qui a été reconnu capable par le Jury. Ce diplôme est nécessaire pour être admis aux examens d'avocat et de notaire et pour obtenir une patente de procureur.

CHAPITRE VII.

Conférences des étudiants.

Art. 63. Les professeurs peuvent organiser des dissertations publiques entre les étudiants, sur des questions de l'enseignement. Ils peuvent de même leur imposer des travaux écrits à domicile.

CHAPITRE VIII.

Dispositions financières.

Art. 64. Au commencement de chaque semestre, les étudiants réguliers et bénévoles paient, en s'inscrivant, une finance de 20 fr. s'ils sont fribourgeois, de 30 fr. s'ils sont étrangers au canton. (Loi, art. 64.)

Cette finance, déposée entre les mains du Doyen qui en dresse l'état, est versée dans la caisse de l'Etat au moyen d'un bordereau de recette ordonnancé par la direction. Elle n'est pas rendue, même si l'étudiant quitte l'école avant la fin du semestre.

Art. 65. Le candidat à la licence paie une finance de 30 fr., qui est versée de la même manière dans la caisse de l'Etat. L'indemnité prévue aux art. 31 et 60 du règlement en faveur des membres du Jury est soumise aux règles ci-dessus.

Art. 66. Tous les membres du Jury qui n'appartiennent pas à la Faculté reçoivent une indemnité de 4 fr. par demi-jour de séance.

Cette indemnité est ordonnancée par la Direction de l'Instruction publique.

CHAPITRE IX.

Bibliothèque.

Art. 67. Un règlement définitif sur l'usage de la bibliothèque de l'école de droit sera élaboré dès que celle-ci pourra être mise à la disposition des étudiants.

En attendant, le règlement provisoire de la bibliothèque sera approuvé par la Direction de l'Instruction publique.

CHAPITRE X.

Dispositions transitoires.

Art. 68. Les conditions d'examen fixées aux art. 52 et 53 du présent règlement ne sont entièrement applicables que du moment où les cours de droit prévus à l'art. 66 de la loi sont enseignés.

Art. 69. Les aspirants à la patente d'agent de poursuites, porteurs d'un diplôme de licence obtenu en vertu du règlement du 5 mars 1873, et les porteurs d'un certificat d'études délivré avant cette époque et constatant qu'ils ont subi, au moins avec la note suffisante, tous les examens prescrits alors pour l'école de droit sont toutefois au bénéfice de la loi actuelle et ne sont pas obligés de subir un nouvel examen de licence.

Les porteurs d'un certificat d'études délivré également avant le règlement de 1873, constatant qu'ils ont suivi assidûment tous les cours de l'école de droit de Fribourg, ou quelques-uns de ces cours, mais sans avoir subi les examens prescrits à cette époque, doivent prendre le nombre d'inscriptions que fixera la Direction de la Justice, selon le nombre de cours suivis et subir l'examen de licence prévu par la loi pour obtenir une patente d'agent de poursuites.

Art. 70. Les aspirants au diplôme d'avocat ou de notaire, porteurs d'un diplôme de licence, en vertu de règlement de 1873 ou d'un certificat d'études délivré avant cette époque et constatant qu'ils ont subi, au moins avec la note suffisante, tous les examens prescrits à cette époque pour l'école de droit et qui ont achevé le stage de deux ans dans une étude d'avocat ou de notaire ou dans tout autre bureau prévu par la loi, sont admis à subir l'examen d'état comme avocat ou notaire, sous réserve des autres conditions fixées par les lois spéciales.

Ceux, par contre, qui auraient commencé ou qui n'auraient pas fait le stage légal de deux ans avant la loi du 18 juillet 1882 peuvent, avant de faire ou de terminer leur stage et de passer leur examen d'état, suivre comme élèves réguliers les cours de la Faculté de droit pendant un an et subir les deux examens de semestre prescrits par le règlement.

Art. 71. Le règlement du 5 mars 1873 est abrogé. Le présent règlement sera promulgué par livret et par insertion au Bulletin des lois. Il entre en vigueur dès sa promulgation.

---

79. *2.* **Règlement général pour le Gymnase cantonal et l'Académie de** Neuchâtel. Arrêté du Conseil d'Etat du 9 juillet 1885.

Extrait:

Tableau des leçons par branches et par classes ou sections.

I. Gymnase cantonal	Littéraire		Scientifique	
	1re année	2me année	1re année	2me année
Langue et littérature latines	5	5	—	—
„ „ „ grecques	4	4	—	—
Langue française:				
a) Grammaire et orthographe	1^1	1^2	1^1	1^2
b) Composition et exercices d'élocution . . .	1^1	1^2	1^1	1^2
Littérature française	2^1	2^2	2^1	2^2
Langue allemande	3^1	3^2	3^1	3^2
„ anglaise	(2^1)	(2^2)	2^1	2^2
„ italienne	(2^1)	(2^2)	2^1	2^2_1
Philosophie	2	2	—	—
Histoire générale	2^1	2^2	2^1	2^2
Histoire nationale (suisse)	1^1	1^2	1^1	1^2
Instruction civique	1^1	1^1	1^1	1^1
Géographie	1^1	1^2	1^1	1^2
Mathématiques élémentaires et moyennes . . .	3	3	5	8
Physique	2	—	3	3
A reporter { heures obligatoires .	28	26	24	27
A reporter { heures facultatives .	4	4		

I. Gymnase cantonal		Littéraire 1re année	Littéraire 2me année	Scientifique 1re année	Scientifique 2me année
Report	heures obligatoires	28	26	24	27
	heures facultatives	4	4	—	—
Mécanique élémentaire		—	—	—	1
Chimie		—	2	3	2
Sciences naturelles		2[1]	2[1]	2	2
Dessin artistique		2[1]	2[1]	2[1]	2[1]
Dessin mathématique		—	—	2[1]	2[1]
Totaux	heures obligatoires	32	32	33	36
	heures facultatives	4	4		

Cours de français pour les étrangers:

a) Grammaire et orthographe . . . . . 2 heures.
b) Composition et exercices d'élocution . . . . . 4 „

Les cours marqués des chiffres [1] et [2] se donnent en commun. Les cours placés entre () sont facultatifs.

II. Gymnase Pédagogique ou école normale	Sous-section des élèves-instituteurs 1re année	Sous-section des élèves-instituteurs 2me année	Sous-section des élèves-institutrices
Pédagogie théorique et histoire de la pédagogie	3*	3*	3
Pédagogie pratique (exercices dans les écoles primaires)	1	3	3
Langue française:			
a) Grammaire	2	2	2
b) Orthographe	1*	1*	1
c) Composition et exercices d'élocution	3*	3*	2
Littérature française	2*	2*	2
Langue allemande	2*	2*	1
Géographie et cosmographie	2*	2*	2
Histoire générale	1*	1*	1
Histoire nationale (suisse)	2*	2*	2
Instruction civique	1*	1*	—
Mathématiques élémentaires	3*	3*	2
Comptabilité	1	—	1
Sciences physiques et naturelles	2*	2*	1
Ecriture	1*	1*	2
Chant	2*	2*	2
Gymnastique	2*	2*	1
Dessin artistique	2*	2*	2
Dessin mathématique	1*	1*	—
Economie domestique	—	—	1
Ouvrages du sexe	—	—	2 (provis.)
Totaux	34	35	33

Les leçons marquées d'une * se donnent en commun aux deux années de la sous-section des instituteurs.

III. Académie ou Facultés	Lettres	Sciences 1re année	Sciences 2e année	Droit 1re année	Droit 2e année	Droit 3e année	Théologie 1re année	Théologie 2e année	Théologie 3e et 4e années
Mathématiques supérieures	—	3	3	—	—	—	—	—	—
Dessin mathématique	—	2*	2*	—	—	—	—	—	—
Mécanique	—	2	1	—	—	—	—	—	—
Astronomie	—	—	2	—	—	—	—	—	—
Physique du globe	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Physique générale et expérimentale	—	3	2	—	—	—	—	—	—
Chimie théorique	—	3	2	—	—	—	—	—	—
Chimie pratique (Laboratoire)	—	4*	4*	—	—	—	—	—	—
Minéralogie	—	[1]2*	2*	—	—	—	—	—	—
Géologie et paléontologie	—	[1]3*	3*	—	—	—	—	—	—
Zoologie, anatomie et physiologie comparées	1*	2	2	1*	—	—	1*	—	—
Botanique	—	[1]3*	3*	—	—	—	—	—	—
Littérature générale ou comparée	2*	—	—	2*	—	—	—	—	—
Littérature française	3*	3*	3*	3*	—	—	3*	—	—
Langue et littérature latines	4*	—	—	[2]2	—	—	4*	—	—
Langue et littérature grecques	3*	—	—	—	—	—	3*	—	—
Langue allemande	1*	1*	—	1*	—	—	—	—	—
Littérature allemande	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Littérature anglaise	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Littérature italienne	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Linguistique générale	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Histoire de la langue française	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Archéologie	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Histoire générale	2*	2*	2*	2*	—	—	2*	—	—
Histoire nationale (suisse)	1*	1*	1*	1*	—	—	—	—	—
Géographie comparée	1*	—	—	1*	—	—	—	—	—
Philosophie	2*	—	—	—	—	—	2*	—	—
Histoire de la philosophie	3*	—	—	3*	—	—	3*	—	—
Economie politique	2*	—	—	2*	2*	—	2*	—	—
Statistique	1*	—	—	1*	1*	—	1*	—	—
Encyclopédie, philosophie et hist. génér. du droit	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Droit international	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Droit public	—	—	—	1*	1*	—	—	—	—
Droit administratif	—	—	—	—	1*	1*	—	—	—
Droit romain	—	—	—	—	3*	3*	—	—	—
Droit civil	—	—	—	—	5*	5*	—	—	—
Droit commercial et droit des obligations	—	—	—	—	4*	4*	—	—	—
Droit pénal	—	—	—	—	1*	1*	—	—	—
Droit comparé	—	—	—	—	2	—	—	—	—
Procédure civile	—	—	—	—	—	2	—	—	—
Procédure pénale	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Encyclopédie des sciences théologiques	—	—	—	—	—	—	1	—	—
Langue hébraïque	—	—	—	—	—	—	2*	2*	—
Archéologie biblique	—	—	—	—	—	—	1*	1*	—
Exégèse et critique de l'Ancien Testament	—	—	—	—	—	—	—	4*	4*
Exégèse et critique du Nouveau Testament	—	—	—	—	—	—	—	4*	4*
Théologie historique	—	—	—	—	—	—	1	3*	3*
Théologie systématique	—	—	—	—	—	—	—	4*	4*
Théologie pratique	—	—	—	—	—	—	—	3*	3*
Hygiène	—	—	—	—	—	—	—	1*	1*
Totaux	36	35	32	22	20	17	26	22	19

La distribution des heures de cours entre les deux années de la Faculté des sciences n'est que provisoire.

Les cours marquées d'une * se donnent en commun à plusieurs Facultés ou à plusieurs années d'une même Faculté. — 1) Ces trois cours ne durent qu'une année. — 2) Cours préparatoire spécial.

Kanton WAADT.

80. *3.* **Règlement pour la Faculté des Lettres de l'Académie de Lausanne. Du 20 juillet 1883.**

CHAPITRE PREMIER.

Dispositions générales.

Article premier. Les professeurs ordinaires et extraordinaires, qui enseignent à la Faculté des Lettres, forment le Conseil de la Faculté. (Voyez règlement académique §§ 53 et suivants.)

Art. 2. Les principaux objets d'étude de la Faculté des Lettres sont:

La littérature française, considérée en elle-même et comparée avec les littératures étrangères.

La littérature latine.

La littérature grecque.

La littérature allemande.

La langue hébraïque.

L'histoire.

La philosophie: métaphysique et histoire de la philosophie.

Le droit naturel.

Art. 3. Le programme, fixé chaque semestre à l'avance, détermine les différents cours et les heures qui y sont consacrées.

Art. 4. La durée des études dans la Faculté des Lettres est de deux ans (règlement académique § 11).

CHAPITRE II.

Etudiants.

Art. 5. Les étudiants de la Faculté des Lettres se divisent en réguliers et en externes.

Art. 6. Pour être admis comme étudiant régulier, il faut posséder le diplôme de bachelier ès-lettres ou ses équivalents. — L'équivalence est accordée par le Département de l'Instruction publique, sur le préavis de la Faculté.

CHAPITRE III.

Examens. — Grades.

Art. 7. Les étudiants qui se destinent au droit ou à la théologie ont à subir un examen sur les branches d'enseignement qu'ils ont été appelés à suivre à la suite de décision prise par le Conseil de Faculté.

Art. 8. Les étudiants qui se vouent à l'étude des lettres peuvent, sur leur demande, subir aussi des examens annuels sur les cours qu'ils ont suivis. Il leur en sera tenu compte, s'ils se présentent pour subir les épreuves de la licence.

Art. 9. Les examens ont lieu à la fin de l'année académique, au mois de juillet.

Ils sont appréciés par les notes 0 à 10.

La promotion dans les Facultés de Théologie et de Droit est obtenue par les $^6/_{10}$ du maximum total des notes d'examen. (Voyez règlement académique § 18.)

Art. 10. L'Académie de Lausanne confère, sur le préavis de la Faculté des Lettres, le diplôme de licencié ès-lettres.

Art. 11. Pour être admis à subir les examens de licence ès-lettres, il faut posséder le diplôme de bachelier ès-lettres ou ses équivalents.

Art. 12. Les épreuves exigées pour obtenir le grade de licencié ès-lettres se divisent en deux parties, l'examen écrit et l'examen oral.

De plus, le candidat doit présenter une dissertation imprimée, dont le sujet est laissé à son choix, et qui est accompagnée de thèses relatives aux diverses branches des études littéraires. La dissertation et les thèses font l'objet d'une dispute publique.

Art. 13. L'examen écrit comprend:

1° Une composition latine dont le sujet sera tiré au sort parmi les sujets choisis par la Commission d'examen. Le nombre de ces derniers ne peut être inférieur à trois.

2° Une composition française sur un sujet déterminé de la même manière.

3° La traduction d'un morceau français dans une des trois langues suivantes, au choix du candidat: l'allemand, l'anglais ou l'italien.

Cette traduction peut-être remplacée, sur la demande du candidat, par une composition sur un sujet déterminé comme pour les précédentes.

Quatres heures sont accordées pour chaque composition, et deux heures pour la traduction.

Art. 14. Dans l'examen oral, le candidat sera interrogé sur l'histoire générale, l'histoire de la philosophie, l'histoire littéraire de l'antiquité, la littérature française et la littérature d'une des trois langues vivantes mentionnées à l'art. 13.

Art. 15. Pour les littératures anciennes, la littérature française et les littératures étrangères, le candidat devra être préparé sur un certain nombre d'ouvrages qu'il fera connaître à l'avance au président du Conseil de Faculté.

Le Conseil peut refuser d'agréer ce choix, si la matière lui paraît insuffisante.

Art. 16. Le candidat répondra aux questions historiques, philologiques, littéraires et philosophiques que soulèvent les ouvrages étudiés.

Art. 17. Il interprétera en outre à livre ouvert un morceau de moyenne difficulté, pris dans un écrivain classique, et, pour la langue française, dans un écrivain du moyen-âge.

Art. 18. Les étudiants en lettres qui auront subi d'une manière satisfaisante les examens annuels de la Faculté (art. 8) peuvent être dispensés par le Conseil de Faculté de tout ou partie des examens mentionnés aux articles 14 et suivants.

Art. 19. Les examens de licence ont lieu devant une commission composée de trois professeurs désignés par le Conseil de Faculté et de deux experts désignés par le Département de l'Instruction publique.

La Commission présente un rapport sur les trois épreuves mentionnées à l'article 13, ainsi que sur l'examen oral. D'après ce rapport, le Sénat académique décide si le candidat est admis à présenter sa dissertation.

Art. 20. Les examens et la défense de la dissertation peuvent avoir lieu à la fin de chaque semestre et au commencement de l'année académique.

Toutefois le candidat peut obtenir de la Faculté le privilège de présenter sa dissertation à un autre moment. Il doit en tous cas la remettre, au plus tard, un mois avant l'époque de la dispute publique.

Art. 21. Il peut y avoir un intervalle de deux ans entre les examens de licence et la présentation de la dissertation. Le Département peut, s'il y a lieu, sur le préavis de la Faculté, accorder une prolongation de délai.

Art. 22. Le Conseil de Faculté, après avoir pris connaissance de la dissertation et des thèses, en autorise ou en refuse l'impression, mais sans se prononcer sur les opinions du candidat. Cette impression a lieu au chiffre minimum de 200 exemplaires, et aux frais de l'Etat jusqu'à concurrence de fr. 100. — Les exemplaires sont remis au Recteur, qui, après en avoir prélevé le nombre nécessaire à l'Académie, transmet le solde au Département.

Art. 23. La finance à payer pour l'examen de licence est de fr. 40. Elle est déposée par le candidat en mains du secrétaire de l'Académie, au moment où il prend son inscription. Elle est employée à indemniser les professeurs membres du jury.

Art. 24. Le règlement académique du 11 Août 1881 règle tous les cas non prévus par le présent règlement.

Le présent règlement a été approuvé le 20 juillet 1883, par le Département de l'Instruction publique et des cultes.

---

81. *4.* **Règlement de l'Université de Genève. Approuvé par le Conseil d'Etat. Arrêté du 26 février 1884.**

CHAPITRE PREMIER.

De l'enseignement.

Article premier. L'enseignement est réparti en deux semestres qui constituent l'année universitaire.

L'ouverture du semestre d'hiver a lieu le 15 octobre. La première semaine est consacrée aux examens d'admission, aux examens de grades et aux examens arriérés. Les cours commencent le 22 octobre et se terminent le 22 mars.

Le semestre d'été commence le 8 avril et finit le 15 juillet.

La dernière semaine de ce semestre est consacrée aux examens de fin d'année et aux examens de grades.

Les cours ne sont interrompus que les jours fériés, ainsi qu'aux fêtes de Noël, du 23 décembre au 4 janvier inclusivement, et aux fêtes de Pâques, du Vendredi-Saint au lundi de Pâques inclusivement.

Art. 2. Les programmes des cours pour les deux semestres, préparés par chaque Faculté dans le courant du mois de mai, sont soumis à l'examen du Sénat dans la première quinzaine de juin et, aussitôt après, transmis au Département de l'Instruction publique qui les arrête définitivement (Loi, art. 3).

Les programmes des examens d'admission et de grades sont revisés, s'il est nécessaire, à la même époque, sur la demande des Facultés.

L'horaire des leçons est arrêté par le Bureau du Sénat pour chaque semestre.

Art. 3. L'Université est dirigée par le Recteur; chaque Faculté par un Doyen; la Section de Philosophie par le Doyen de la Faculté des Lettres.

Le Bureau de l'Université est composé: du Recteur, du Vice-Recteur, du Secrétaire de l'Université et des Doyens des Facultés (Loi, art. 137).

Le Règlement intérieur détermine les obligations des Professeurs. Il est soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 4. Un règlement spécial détermine ce qui concerne les cours de Privat-docents.

Art. 5. Les salles de l'Université sont réservées à l'enseignement des professeurs et des privat-docents. Elles ne peuvent servir à d'autres usages que sur l'autorisation spéciale du Département.

CHAPITRE II.

Des étudiants et des Assistants.

Art. 6. Les cours de l'Université sont suivis par des étudiants et par des assistants (Loi, art. 140).

Les personnes qui veulent être immatriculées comme *étudiants* doivent s'adresser au Bedeau de l'Université, en désignant la Faculté dans laquelle elles désirent être inscrites, et en déposant leurs titres.

Ces titres sont soumis au Doyen de la Faculté, lequel, en se conformant aux prescriptions du chapitre V, accorde ou refuse l'immatriculation du candidat.

Aucun titre n'est exigé pour l'inscription des *assistants*.

Art. 7. Les étudiants des Facultés des Lettres, des Sciences et de Médecine sont libres de choisir les cours et les exercices pratiques qu'ils veulent suivre.

Les étudiants de la Section de Philosophie et des Facultés de Droit et de Théologie doivent suivre un ensemble de cours déterminés (voir art. 8 et 9).

Les étudiants immatriculés dans une Faculté peuvent s'inscrire pour les cours d'une autre Faculté. Toutefois, sauf autorisation spéciale du Professeur, les cliniques et les cours pratiques de la Faculté de Médecine ne sont accessibles qu'aux personnes qui justifient d'études médicales régulières.

Les assistants sont libres de choisir dans toutes les Facultés les cours et les exercices pratiques qu'ils veulent suivre, sous la réserve mentionnée au paragraphe précédent.

Art. 8. *Section de Philosophie.* — La Section de Philosophie comprend deux années d'études. Les étudiants immatriculés dans cette section choisissent eux-mêmes les cours scientifiques et littéraires qu'ils veulent suivre et dont l'ensemble, représentant dans chaque semestre un minimum de 20 heures de leçons par semaine, ne pourra comprendre moins de quatre leçons par semaine de la Faculté des Sciences, ni moins de quatre leçons par semaine de la Faculté des Lettres. Les examens de fin d'année sont obligatoires, et dans le cas où ces examens ne seraient pas admis, le candidat devra les subir de nouveau soit pour pouvoir passer de première en seconde année, soit pour pouvoir être immatriculé dans les Facultés de Droit, de Théologie ou de Médecine (art. 28 et 31).

Art. 9. *Facultés de Droit et de Théologie.* — Les Facultés de Droit et de Théologie comprennent trois années d'études. Les étudiants de ces Facultés sont tenus de suivre dans chaque année un ensemble de cours déterminés par le Programme.

Les examens de fin d'année sont obligatoires, et doivent être déclarés admissibles pour que l'étudiant qui les a subis puisse passer d'une année à l'année suivante, ou postuler un grade de la Faculté.

Toutefois les étudiants qui ne seraient pas dans l'intention de faire leurs études complètes à l'Université de Genève, peuvent être autorisés, par le Doyen à faire un choix parmi les cours de la Faculté. Dans ce cas, ils ne pourront, pas ultérieurement se prévaloir d'examens incomplets pour postuler des grades.

Les assistants qui ont subi des examens annuels déclarés admissibles peuvent, en cas d'immatriculation ultérieure, être dispensés de subir à nouveau les examens correspondants. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, accorde ou refuse ces dispenses.

Art. 10. Les étudiants et les assistants doivent prendre, dans les quinze premiers jours du semestre, une inscription pour chacun des cours ou des exercices pratiques qu'ils se proposent de suivre, et payer les rétributions fixées au Chapitre IV.

Les assistants genevois ou suisses d'autres cantons, s'ils ont plus de vingt-trois ans, peuvent être admis gratuitement à suivre les cours de l'Université, en s'inscrivant au Département de l'Instruction publique. Pour suivre gratuitement les cours théoriques de la Faculté de Médecine, l'assistant doit être âgé de plus de trente ans (Loi du 13 septembre 1873, art. 3).

Un livret d'études est remis aux étudiants et aux assistants, par le Bedeau de l'Université. Ce livret doit être signé, chaque semestre, par le Recteur, par

le Doyen de la Faculté, et par tous les professeurs ou privat-docents dont l'étudiant ou l'assistant suit les cours.

Art. 11. Quand les listes des étudiants et des assistants sont arrêtées, le Recteur les fait contrôler par les Doyens et les adresse au Département.

Art. 12. Les étudiants et les assistants sont soumis aux règles suivantes:

a) Chaque professeur a, pendant sa leçon, la police de son auditoire; il peut en exclure tout élève qui troublerait l'ordre, et prolonger cette exclusion jusqu'à la décision du Recteur qu'il doit immédiatement informer.

b) Le Recteur peut faire comparaître devant lui tout élève pour lui adresser, selon le cas, des observations ou des réprimandes; il peut, en outre, exclure de certains cours et même de tous les cours universitaires, pendant un mois au plus, un élève qui aurait donné des sujets de plainte.

c) Si le Recteur estime qu'il y ait lieu à infliger une peine plus grave, il doit en référer à la Faculté dont l'élève dépend. La Faculté, réunie sous la présidence du Recteur, peut prononcer contre cet élève, soit séparément, soit conjointement:

1° L'exclusion des cours universitaires jusqu'à la fin du semestre ou de l'année universitaire;

2° L'ajournement de l'époque à laquelle il pourra subir ses examens.

Les peines prononcées par la Faculté sont immédiatement soumises à la sanction du Département.

d) La Faculté peut, en outre, demander au Département qu'un élève soit définitivement exclu de l'Université.

Art. 13. Il est délivré aux étudiants qui en font la demande:

1° Pendant la durée de leurs études, des *certificats d'inscription* signés par le Recteur et constatant les inscriptions qu'ils ont prises.

2° A leur sortie de l'Université, des *certificats d'immatriculation,* correspondant aux „Abgangszeugnisse", signés par le Recteur et le Doyen, constatant l'immatriculation dans une Faculté avec indication des cours suivis.

3° Des *certificats d'études*, signés, par le Recteur et le Secrétaire, constatant les résultats des examens de fin d'année. — Les assistants qui ont subi des examens peuvent aussi recevoir des certificats d'études.

CHAPITRE III.

Des grades et des examens.

Art. 14. Il est délivré au nom de l'Université un diplôme à tous ceux qui ont obtenu un grade universitaire. Ce diplôme est signé par le Recteur, le Doyen de la Faculté et le Secrétaire de l'Université.

Art. 15. Les grades conférés sont:

1° Ceux de bachelier ès-lettres; ès-sciences mathématiques; ès-sciences physiques et naturelles; ès-sciences médicales; en théologie.

2° Ceux de licencié ès-lettres; ès-sciences sociales; en droit; en théologie.

3° Ceux de docteur ès-lettres; ès-sciences mathématiques; ès-sciences physiques; ès-sciences naturelles; en droit; en théologie; en médecine.

Art. 16. Il n'est pas nécessaire, pour postuler les grades universitaires, d'avoir été étudiant de l'Université de Genève. Les conditions exigées sont stipulées aux chapitres VI, VII, VIII, IX et X du présent Règlement.

Art. 17. Sur la demande d'une Faculté et avec l'approbation du Conseil d'Etat, le Sénat peut conférer sans examens le grade de Docteur honoraire aux hommes qui ont bien mérité de la science.

Art. 18. Les diverses catégories d'examens sont: les examens d'admission, les examens de fin d'année et les examens de grades.

Les examens sont publics. Ils se font devant des jurys composés de professeurs désignés par le Sénat et de personnes choisies par le Département (Loi, art. 142). Pour les examens de doctorat en médecine, le Département désigne comme jurés des docteurs en médecine ayant droit de pratique dans le canton de Genève.

Les questions sont tirées au sort; toutefois il peut être fait exception à cette règle dans les examens de doctorat.

Les questions proposées par les professeurs sont préalablement soumises à l'approbation du jury.

Il est interdit aux professeurs de faire connaître d'avance la liste de ces questions.

Les jurys estiment la valeur de chaque examen par des chiffres, le maximum étant 6. Ces chiffres sont inscrits sur le procès-verbal signé par tous les membres du jury.

Le procès-verbal est remis au Doyen de la Faculté, lequel statue sur le résultat des examens et l'annonce aux étudiants conformément aux règles établies dans les articles suivants.

Art. 19. Les examens d'admission (voir chapitre V) ont lieu au commencement de chaque semestre.

Les examens de fin d'année sont obligatoires pour les étudiants de la Section de Philosophie et des Facultés de Droit et de Théologie; ils sont facultatifs pour les étudiants des autres Facultés et pour tous les assistants (Loi, art. 141). Ils se composent de réponses orales à des questions portant sur les cours pour lesquels les candidats ont été inscrits pendant l'année. Il est, dans la règle, adressé une question par cours et par semestre. La durée de chaque examen ne peut dépasser dix minutes par question. Ces examens ont lieu à la fin du semestre d'été. S'ils ne sont pas déclarés admissibles, le candidat peut se présenter pour les subir de nouveau au commencement du semestre d'hiver suivant. Le Bureau peut, dans des cas exceptionnels, autoriser qu'un examen de fin d'année ait lieu au commencement du semestre d'hiver, si une cause de force majeure a empêché le candidat de le subir à l'époque réglementaire.

Les examens de baccalauréat et de licence ont lieu au commencement et à la fin de l'année universitaire.

Les examens de doctorat se font sur la demande du candidat, à l'époque fixée par la Faculté. Ils sont présidés par le Doyen.

Le Bureau annonce par des affiches l'époque précise de tous les examens.

Les candidats aux examens d'admission et de fin d'année doivent s'inscrire auprès du Bedeau une semaine au moins avant l'époque fixée. Les demandes des candidats aux examens de baccalauréat et de licence doivent être adressées par écrit, et avec pièces à l'appui, au Doyen de la Faculté, une semaine au moins avant l'époque fixée.

Art. 20. Les examens d'admission, les examens de fin d'année et les examens oraux des baccalauréats ès-lettres, ès-sciences et ès-sciences médicales, sont jugés d'après les règles suivantes:

a) Si l'examen comprend quatre parties au moins, il est apprécié dans son ensemble et d'après la moyenne des chiffres obtenus sur les différentes questions.

L'examen n'est pas *admis*: 1° si la moyenne des chiffres ne dépasse pas 3; 2° si le jury a donné le chiffre 0 pour deux questions.

L'examen est *admis* quand la moyenne des chiffres dépasse 3. Toutefois si le jury a donné le chiffre 0 pour une question, le candidat doit subir de nouveau, dans une autre session, l'épreuve qu'il a manquée; en attendant, le prononcé est suspendu.

L'examen est *admis avec approbation* quand la moyenne des chiffres est comprise entre 4 1/2 et 5 1/4.

L'examen est *admis avec approbation complète* quand la moyenne dépasse 5 1/4.

Si le candidat obtient le maximum des chiffres, ce résultat lui est annoncé.

b) Si l'examen porte sur moins de quatre parties, chaque question est appréciée isolément. Chaque examen est *admis* si le chiffre dépasse 3, *admis avec approbation* si le chiffre est compris entre 4 1/2 et 5 1/4, *admis avec approbation complète* si le chiffre dépasse 5 1/4.

Le prononcé du résultat des examens a lieu en public. Les chiffres obtenus ne sont pas indiqués, la formule seule est proclamée.

Art. 21. Pour le grade de bachelier en théologie, l'ensemble des épreuves orales et écrites est apprécié d'après les règles fixées à l'art. 20.

Pour les grades de bachelier ès-lettres, ès-sciences, ès-sciences médicales, les examens écrits sont jugés dans leur ensemble. Si la moyenne des chiffres dépasse 3, et si le chiffre 0 n'a été donné pour aucune question, l'examen est admis, sans autre indication sur son mérite.

Pour les grades de licence et de doctorat, les examens oraux ou écrits sont admis si la moyenne des chiffres dépasse 4, et si le chiffre 0 n'a été donné pour aucune question.

CHAPITRE IV.

Dispositions financières.

Art. 22. Les rétributions des élèves, ainsi que les droits de graduation, sont perçus par le Bedeau de l'Université, sous l'inspection du Recteur.

Art. 23. La rétribution pour les cours est fixée à 2 fr. 50 par semestre, pour chaque heure de leçon par semaine, dans les Facultés des Sciences, des Lettres, de Droit, de Théologie (Loi, art. 145).

Dans la Faculté de Médecine, les cours sont payés à raison de 5 fr. par semestre pour chaque heure de leçon par semaine (Loi du 13 septembre 1873, art. 4).

Toute demande en exemption de ces rétributions doit être adressée au Département par la famille du postulant, et si celui-ci est étranger à Genève, légalisée par les Autorités de son pays (Loi, art. 145 et 159).

Art. 24. Les rétributions pour les exercices pratiques dans les laboratoires font l'objet d'un règlement soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 25. Les droits de graduation sont fixés comme suit:

Baccalauréat	Fr.	30
Licence	„	80
Doctorat (sauf le doctorat en médecine) . . .	„	100

Les candidats doivent payer ces droits en mains du Bedeau en s'inscrivant pour l'examen. En cas d'insuccès, la moitié de la somme versée leur est rendue.

Les droits exigés pour le doctorat en médecine sont fixés à Fr. 300 (Fr. 250 pour les médecins pourvus du diplôme fédéral); le mode suivant lequel le candidat s'acquitte de ces droits est déterminé par les articles 73, 74, 75 et 78 du présent Règlement.

Le Conseil d'Etat peut dispenser des droits de graduation les personnes qui auront reçu des subsides conformément à la Loi du 1er mars 1876.

Art. 26. Les candidats au doctorat dans les cinq Facultés, ainsi qu'à la licence et au baccalauréat en théologie, sont tenus de déposer cent cinquante exemplaires de leur dissertation imprimée. Ces exemplaires sont destinés aux échanges avec les Universités étrangères, ou distribués par la Faculté.

CHAPITRE V.

Conditions d'admission.

1° Sciences et lettres.

Art. 27. Sont admis à l'immatriculation comme étudiants dans la Faculté des Sciences, dans la Faculté des Lettres et dans la première année de la Section de Philosophie:

1° Les bacheliers ès-lettres de l'Université de Genève.

2° Les élèves sortis d'une des Sections du Gymnase de Genève avec des certificats d'études (Loi, art. 110 et 115).

3° Les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

4° Les personnes qui subissent d'une manière satisfaisante un examen oral sur le champ d'études de l'une des Sections du Gymnase.

5° Exceptionnellement, avec l'approbation du Bureau, les personnes qui, à défaut de certificats de maturité ou titres équivalents, subissent un examen satisfaisant sur les matières suivantes: 1. Littérature; — 2. Histoire générale; 3. Philosophie; — 4. Géographie physique; — 5. Mathématiques élémentaires; — 6. Eléments des sciences naturelles; — 7. Eléments de physique et de chimie.

Cet examen ne peut être scindé; il est présidé par le Doyen de la Faculté des Lettres.

L'immatriculation immédiate dans la seconde année de Philosophie est subordonnée aux mêmes règles; en outre, le candidat devra justifier d'une année au moins d'études universitaires, et subir un examen d'admission composé d'épreuves équivalentes à celles du premier examen annuel de la Section de Philosophie. Le Bureau, sur le préavis de l'une des Facultés, peut dispenser d'une partie de ces conditions les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes.

2° Droit et théologie.

Art. 28. Sont admis à l'immatriculation comme étudiants dans la première année d'études des Facultés de Droit et de Théologie:

1° Les étudiants qui sortent de la Section de Philosophie et dont les examens ont été déclarés admissibles (Loi, art. 122).

2° Les personnes qui, justifiant d'études faites en Suisse ou à l'étranger, subissent d'une manière satisfaisante un examen d'admission composé d'épreuves équivalentes à celles du second examen annuel de la Section de Philosophie.

3° Les licenciés ès-lettres, les licenciés ès-sciences sociales et les bacheliers ès-sciences de l'Université de Genève.

4° Les personnes qui par des certificats ou des diplômes justifient d'études équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

5° Exceptionnellement, les personnes ayant obtenu en Suisse ou à l'étranger le baccalauréat ès-lettres ou un certificat de maturité, et que le Bureau, sur le préavis de la Faculté, dispense d'une partie des conditions ci-dessus indiquées.

De plus, pour être admis dans la Faculté de Théologie, les étudiants doivent justifier de la connaissance de la langue hébraïque.

Art. 29. Les étudiants immatriculés en première année au commencement du semestre d'été, doivent justifier d'un semestre au moins d'études dans la Faculté correspondante d'une autre Université, pour pouvoir être admis à passer le premier examen annuel.

Art. 30. L'admission immédiate en deuxième ou troisième année est subordonnée aux mêmes conditions que l'immatriculation en première année; les

candidats doivent, en outre, justifier d'études faites dans une autre Université et subir les examens soit de première année, soit de première et de seconde année, lesquels dans ce cas peuvent être passés dans une même session.

Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, peut accorder la dispense totale ou partielle de ces examens d'admission, aux personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes.

3° Médecine.

Art. 31. Sont admis à l'immatriculation comme étudiants dans la Faculté de Médecine:

1° Les élèves sortis de la Section classique du Gymnase de Genève avec des certificats d'études.

2° Les personnes qui subissent d'une manière satisfaisante un examen oral sur le champ d'études de la Section classique du Gymnase. Cet examen est présidé par le Doyen de la Faculté des Lettres.

3° Les bacheliers ès-lettres de l'Université de Genève.

4° Les étudiants qui sortent de la Section de Philosophie et dont les examens ont été déclarés admissibles.

5° Les bacheliers ès-sciences de l'Université de Genève.

6° Les personnes qui, par des diplômes ou des certificats, justifient d'études équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

Art. 32. En outre, les personnes qui fournissent la preuve qu'elles ont étudié durant une année au moins, comme étudiants réguliers dans la Faculté de Médecine d'une autre Université, peuvent être immatriculées dans la Faculté de Médecine. Toutefois, cette inscription ne leur donne pas le droit de postuler des grades, si elles ne satisfont pas aux conditions prescrites dans l'art. 31.

CHAPITRE VI.

Grades littéraires.

A) Baccalauréat ès-lettres.

Art. 33. Les épreuves imposées à ceux qui postulent le grade de bachelier ès-lettres, sont un examen oral et un examen écrit. Les candidats ne sont autorisés à passer l'examen écrit que si l'examen oral a été déclaré admissible.

Art. 34. L'examen oral porte sur les objets d'enseignement suivants:

1. La Langue grecque; — 2. La Langue latine; — 3. Les Antiquités, l'Histoire des deux littératures anciennes et la Métrique latine; — 4. Les principes généraux de Littérature et l'Histoire de la littérature française; — 5. l'Histoire; — 6. La Logique; — 7. L'introduction aux Sciences physiques et naturelles; — 8. Les Mathématiques élémentaires; — 9. La Langue allemande. Toutefois les étrangers pourront être dispensés par le Recteur de l'examen d'allemand.

Art. 35. Sont exemptés de l'examen oral les élèves sortis de la section classique du Gymnase de Genève avec des certificats d'études.

Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, peut exempter totalement ou partiellement de cet examen les personnes justifiant qu'elles ont subi des épreuves équivalentes.

Art. 36. L'examen écrit se compose:

1. D'un thème latin; — 2. D'une version grecque; — 3. D'une version latine; — 4. D'une version et d'un thème allemand (sauf dispense accordée par le Recteur); — 5. D'une composition française dont le sujet sera tiré au sort dans une liste composée moitié de sujets d'analyses littéraires, moitié de sujets d'imagination.

Les auteurs grecs, latins et allemands désignés pour les épreuves orales et pour les épreuves écrites, ainsi que les sujets des analyses littéraires, sont indiqués dans le Programme détaillé.

B) Licence ès-lettres — Licence ès-sciences sociales.

Art. 37. Il y a deux licences, savoir: la licence ès-lettres et la licence ès-sciences sociales.

a) Licence ès-lettres.

Art. 38. Pour être admis à subir les examens de licence ès-lettres, les candidats doivent justifier du diplôme de bachelier ès-lettres de Genève, ou d'un diplôme jugé équivalent par le Bureau sur le préavis de la Faculté. Dans l'un et l'autre cas, ce diplôme doit avoir été obtenu depuis deux ans au moins.

Art. 39. Les épreuves pour obtenir le grade de licencié ès-lettres sont un examen oral et un examen écrit. Les candidats ne sont autorisés à subir l'examen écrit que si l'examen oral a été déclaré admissible.

L'examen oral de la licence ès-lettres porte sur: La Langue et la Littérature grecques; — La Langue et la Littérature latines; La Littérature française; — La Littérature comparée; — La Langue allemande; — L'Histoire de la philosophie; — L'Histoire générale.

Les épreuves écrites sont: Une composition de prose latine; — Une composition de prose française; Une version latine; Un thème grec.

b) Licence ès-sciences sociales.

Art. 40. Sont admis à subir les examens de licence ès-sciences sociales:

1° Les bacheliers ès-lettres de l'Université de Genève.

2° Les élèves sortis de la Section classique du Gymnase, avec des certificats d'études.

3° Les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études jugées équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence. Les certificats et les diplômes doivent avoir été obtenus depuis deux ans au moins.

Art. 41. Les épreuves pour obtenir le grade de licencié ès-sciences sociales consistent en un examen oral et un examen écrit. Les candidats ne sont autorisés à subir l'examen écrit que si l'examen oral a été déclaré admissible.

L'examen oral porte sur les matières suivantes:

1. La Philologie; — 2. L'Archéologie; — 3. L'Histoire générale; — 4. La Législation constitutionnelle; — 5. L'Economie politique et la Statistique; — 6. La Législation comparée; — 7. L'étude des Systèmes sociaux; — 8. L'Histoire de la civilisation; — 9. L'Histoire des religions; — 10. L'Histoire de la philosophie; — 11. La Philosophie de l'histoire.

Les étudiants qui auraient subi des examens annuels, déclarés admissibles, sur des cours de la Faculté des Lettres, seront dispensés des parties correspondantes de l'examen oral de la licence ès-sciences sociales. Toutefois on ne pourra se prévaloir d'un examen dont la date remonterait à plus de deux ans.

L'examen écrit porte sur: 1. L'Histoire générale; — 2. L'Histoire de la civilisation et la philosophie de l'histoire; — 3. L'économie politique; — 4. La Législation constitutionnelle; — 5. La Législation comparée et l'étude des Systèmes sociaux.

(Pour ces deux licences, voir le Programme détaillé.)

C) Doctorat ès-lettres.

Art. 42. Sont admis à postuler le grade de docteur ès-lettres, les licenciés ès-lettres de l'Université de Genève et les personnes qui feront preuve d'études jugées suffisantes par la Faculté.

Les épreuves pour obtenir ce doctorat consistent :

1° Dans des réponses orales faites à des questions qui porteront sur l'une des sciences enseignées dans la Faculté, et choisie par le candidat selon la nature de ses études.

2° Dans une réponse par écrit, faite à huis clos et dans un temps donné, à une question sur cette même science.

3° Dans la publicatien et la défense d'une dissertation en français ou en latin, suivie de thèses. Cette dissertation, dont le sujet est laissé au choix du candidat, doit être préalablement communiquée à la Faculté, qui autorise l'impression.

Ces trois épreuves ont lieu dans la même session. Le candidat n'est autorisé à subir la seconde épreuve que si la première a été déclarée admissible, et la troisième que si la seconde a été déclarée admissible.

CHAPITRE VII.

Grades scientifiques.

A) Baccalauréat ès-sciences.

Art. 43. Sont admis à postuler le baccalauréat ès-sciences mathématiques ou le baccalauréat ès-sciences physiques et naturelles, les étudiants immatriculés dans la Faculté des Sciences et les personnes satisfaisant aux conditions d'immatriculation énumérées dans l'art 27.

Exceptionnellement, un candidat ne satisfaisant pas à ces conditions peut, avec l'assentiment du Bureau, passer l'examen oral, et s'il est *admis avec approbation* pour cet examen (art. 20), il sera autorisé à subir l'examen écrit.

De plus, tout candidat au baccalauréat ès-sciences mathématiques doit fournir par une attestation la preuve qu'il a suivi deux semestres d'exercices de mathématiques.

Tout candidat au baccalauréat ès-sciences physiques et naturelles doit présenter une attestation de deux semestres d'exercices pratiques dans un laboratoire de physique, de chimie, de botanique ou de zoologie.

Art. 44. Les épreuves imposées à ceux qui postulent ces grades sont un examen oral et un examen écrit passés dans la même session. Les candidats ne subissent l'examen écrit que si l'examen oral a été déclaré admissible.

a) Baccalauréat ès-sciences mathématiques.

Art. 45. L'examen oral comprend :

1. Les mathématiques spéciales ; — 2. Le Calcul différentiel et intégral ; — 3. La Mécanique ; — 4. L'Astronomie et la Géographie physique ; — 5. La Physique ; — 6. La Chimie inorganique ; — 7. La Minéralogie.

L'examen écrit se compose de réponses à des questions sur :

1. Les Mathématiques spéciales ; — 2. Le Calcul différentiel et intégral ; — 3. La Géométrie descriptive ; — 4. L'Astronomie ; — 5. La Physique.

(Pour ces deux examens, voir le programme détaillé.)

b) Baccalauréat ès-sciences physiques et naturelles.

Art. 46. L'examen oral comprend :

1. La Physique ; — 2. La Chimie ; — 3. La Minéralogie ; — 5. La Paléontologie ou la Géologie ; — 5. L'Organographie et la Physiologie botanique ; — 6. La Classification botanique ; — 7. La Zoologie ; — 8. L'Anatomie comparée.

L'examen écrit se compose de réponses à des questions tirées au sort sur :

1. La Physique ; — 2. La Chimie ; — 3. La Paléontologie ou la Géologie ; — 4. La Botanique ; — 5. La Zoologie et l'Anatomie comparée.

(Pour ces deux examens, voir le programme détaillé.)

Art. 47. Les étudiants qui ont subi des examens facultatifs et annuels (Loi, art. 141), déclarés admissibles, sur des cours de la Faculté des Sciences, sont dispensés des parties correspondantes de l'examen oral du baccalauréat ès-sciences. Toutefois, on ne pourra se prévaloir d'un examen dont la date remonterait à plus de deux ans.

Art. 48. Les personnes qui ont obtenu l'un des baccalauréats ès-sciences de l'Université de Genève et qui postulent le second, sont dispensés de l'examen oral et écrit sur les matières communes à ces deux grades.

Toutefois cette dispense ne sera accordée que pour les épreuves orales ou écrites dans lesquelles le candidat a obtenu un chiffre supérieur à 3.

B) Doctorat ès-sciences.

Art 49. Sont admis à postuler le grade de docteur ès-sciences: 1° Les bacheliers ès-sciences; 2° Les personnes qui font la preuve d'études scientifiques jugées suffisantes par la Faculté.

Art. 50. Les épreuves exigées pour obtenir le grade de docteur consistent:

1° Dans des réponses orales faites à des questions dont la moitié doivent porter sur la science que le candidat déclare avoir approfondie.

2° Dans une réponse par écrit, faite à huis clos et dans un temps donné, à une question sur cette même science.

Ces deux premières épreuves ont lieu dans la même session; le candidat n'est autorisé à subir le second examen que si le premier a été déclaré admissible.

3° Dans la publication et la défense d'une dissertation en français ou en latin, suivie de thèses; le sujet est laissé au choix du candidat.

Le candidat doit, en s'inscrivant pour le grade de docteur, présenter cette dissertation à la Faculté, qui autorise l'impression. Mais il peut ne la faire imprimer qu'après avoir subi les deux premières épreuves; dans ce cas, la défense de la dissertation sera ajournée, le délai ne pouvant pas dépasser six mois.

Art. 51. Il y a trois doctorats ès-sciences, savoir le doctorat ès-sciences mathématiques, le doctorat ès-sciences physiques et le doctorat ès-sciences naturelles.

Art. 52. Le champ de l'examen oral du doctorat ès-sciences mathématiques comprend les Mathématiques pures, la Mécanique et l'Astronomie.

Art. 53. Le champ de l'examen oral du doctorat ès-sciences physiques comprend la Physique, la Chimie et la Minéralogie.

Art. 54. Le champ de l'examen oral du doctorat ès-sciences naturelles comprend la Géologie, la Botanique et la Zoologie.

(Voir, pour ces trois doctorats, les programmes détaillés.)

Art. 55. Dans l'appréciation de l'examen oral, il est attaché autant d'importance numérique aux réponses faites par le candidat sur la science qu'il déclare avoir approfondie, qu'à l'ensemble de ses réponses sur les deux autres sciences accessoires.

Le candidat peut, avec l'approbation préalable de la Faculté, remplacer telle science accessoire comprise dans le programme du doctorat qu'il postule, par une science comprise dans l'un des deux autres programmes.

CHAPITRE VIII.

Grades en droit.

A) Licence en droit.

Art. 56. Sont admis à postuler le grade de licencié en droit:

1° Les étudiants sortant de la Faculté de Droit et dont le troisième examen annuel, passé dans une précédente session, sans remonter à plus de trois années, a été déclaré admissible.

2° Les personnes qui satisfont aux conditions d'immatriculation dans la Faculté (art. 28), qui justifient d'études faites dans une autre Université et qui subissent les examens de première, deuxième et troisième année, lesquels peuvent dans ce cas être passés dans une même session. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, peut dispenser totalement ou partiellement de ces trois examens les candidats qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes. — L'examen de licence est passé dans une session ultérieure.

Art. 57. L'examen exigé pour obtenir le grade de licencié en droit (quatrième examen de droit) consiste :

1° Dans des réponses écrites à trois questions portant sur l'ensemble de la science du Droit, y compris l'Economie politique. Ces réponses doivent être faites à huis clos, dans un temps donné, sans autre secours que le texte des lois.

2° Dans des réponses orales à quatre questions portant sur le Droit romain, le Droit civil, le Droit commercial et le Droit public.

L'examen est apprécié sur l'ensemble des épreuves écrites et orales, qui doivent être subies dans une même session.

B) Doctorat en droit.

Art. 58. Sont admis à postuler le grade de docteur en droit les licenciés en droit de l'Université de Genève, et les personnes qui feront preuve, par des certificats ou des diplômes, d'études jugées équivalentes par la Faculté.

Art. 59. L'épreuve exigée pour obtenir le grade de docteur en droit consiste :

Dans la publication et la défense d'une dissertation en français ou en latin. Cette dissertation, dont le sujet est laissé au choix du candidat, doit être préalablement communiquée à la Faculté, qui autorise l'impression.

CHAPITRE IX.

Grades en théologie.

A) Baccalauréat en théologie.

Art. 60. Sont admis à postuler le grade de bachelier en théologie :

1° Les étudiants immatriculés dans la Faculté de Théologie, qui ont achevé leurs études dans cette Faculté, et dont les examens ont été admis.

2° Les personnes qui peuvent fournir des certificats d'études prouvant des connaissances équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

Art. 61. Les épreuves imposées aux candidats sont :

a) Un examen oral et un examen écrit passés dans une même session, et ayant chacun pour objet les matières enseignées dans la Faculté de Théologie pendant les trois années d'études.

b) Une proposition d'épreuve, composée sur un texte donné, et apprise en 48 heures.

c) Une catéchèse, composée sur un sujet donné, et apprise en 24 heures.

d) La publication et la défense d'une dissertation française, dont le sujet doit être approuvé par la Faculté. Cette dissertation est préalablement communiquée à la Faculté, qui autorise l'impression.

Exceptionnellement, la Faculté peut autoriser le candidat à subir les trois dernières épreuves dans une autre session que la première.

B) Licence en théologie.

Art. 62. Sont admis à postuler le grade de licencié en théologie les bacheliers en théologie et les personnes qui peuvent fournir un titre équivalent. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

Les épreuves pour obtenir le grade de licencié en théologie consistent :

a) Dans des réponses orales faites à des questions prises dans celui des quatre champs d'études ci-après, que le candidat déclare avoir plus spécialement cultivé :

1⁰ Exégèse et Histoire de l'Ancien Testament ; — 2⁰ Exégèse et Histoire du Nouveau Testament ; — 3⁰ Théologie systématique ; — 4⁰ Théologie historique.

b) Dans deux réponses écrites à des questions posées dans le même champ. Ces réponses doivent être faites à huis clos, dans un temps donné, sans autre secours que la Bible.

c) Dans la publication et la défense d'une dissertation en français ou en latin, suivie de thèses. Cette dissertation, dont le sujet est laissé au choix du candidat, doit être préalablement communiquée à la Faculté, qui autorise l'impression.

C) Doctorat en théologie.

Art. 63 Sont admis à postuler le grade de docteur en théologie, les licenciés en théologie de l'Université de Genève et les personnes qui feront preuve, par des certificats ou des diplômes, d'études jugées équivalentes par la Faculté.

Art. 64. L'épreuve exigée pour obtenir le grade de docteur en théologie consiste dans la publication et la défense d'une dissertation française, dont le sujet est laissé au choix du candidat. Cette dissertation doit être préalablement communiquée à la Faculté, qui autorise l'impression.

CHAPITRE X.

Grades en médecine.

A) Baccalauréat ès-sciences médicales.

Art. 65. Sont admises à postuler le grade de bachelier ès-sciences médicales, les personnes satisfaisant aux conditions d'immatriculation énumérées dans l'art. 31.

Les candidats doivent, en outre, établir qu'ils ont suivi un cours complet de préparations anatomiques, et présenter des attestations d'un semestre au moins de travaux pratiques : *a)* dans un laboratoire de chimie ; *b)* dans un laboratoire de microscopie.

Art. 66. Les épreuves imposées à ceux qui postulent le grade de bachelier ès-sciences médicales sont un examen oral et un examen écrit, passés dans la même session. Les candidats ne subissent l'examen écrit que si l'examen oral a été déclaré admissible.

Art. 67. L'examen oral comprend :

1. La Physique ; — 2. La Chimie ; — 3. La Botanique ; — 4. La Zoologie ; — 5. L'Anatomie comparée ; — 6. L'Histologie ; — 7. L'Anatomie humaine, avec démonstration d'une préparation anatomique faite par le candidat ; — 8. La Physiologie humaine.

Art. 68. Les candidats qui ont subi des examens facultatifs et annuels, déclarés admissibles, sur des cours de la Faculté de Médecine ou de la Faculté des Sciences, sont dispensés des parties correspondantes de l'examen oral du baccalauréat ès-sciences médicales. — Toutefois, ils ne peuvent se prévaloir d'un examen dont la date remonterait à plus de deux ans.

Les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes, peuvent être dispensées des parties correspondantes de l'examen oral. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

Art. 69. L'examen écrit se compose de réponses à des questions sur :

1. La Chimie biologique ou la Physique médicale ; — 2. L'Anatomie humaine ; — 3. La Physiologie humaine (Voir, pour les deux examens, les programmes détaillés).

B) Doctorat en médecine.

Art. 70. Sont admis à postuler le grade de docteur en médecine:

1° Les bacheliers ès-sciences médicales de l'Université de Genève.

2° Les personnes qui, par des diplômes ou des certificats, font preuve d'études jugées équivalentes par la Faculté.

3° Les médecins qui ont passé l'examen professionnel fédéral suisse (voir art. 78).

Art. 71. Les épreuves exigées pour obtenir le grade de docteur en médecine consistent dans les cinq examens suivants:

Premier examen: Anatomie humaine et Histologie; — Physiologie; — Anatomie pathologique et Pathologie générale; — Une autopsie pour laquelle il est accordé une heure au candidat; — Une préparation d'anatomie, pour laquelle il est accordé quatre heures au candidat.

Deuxième examen: Pathologie interne; — Pathologie externe; — Médecine opératoire; — Trois opérations.

Troisième examen: Hygiène; — Thérapeutique; — Matière médicale et pharmacologie; — Médecine légale; — Un rapport médico-légal, d'après un cas donné, ou, à défaut, d'après les renseignements fournis, pour la rédaction duquel il est accordé une heure au candidat.

Quatrième examen: Examen de deux malades de clinique interne; — Examen de deux malades de clinique externe; — Examen d'un cas d'accouchement; — Une application de bandages; — Obstétrique avec manœuvre sur le mannequin; — Discussion sur un des cas de chaque clinique; — Consultations écrites sur un cas de clinique interne, et sur un cas de clinique externe, pour chacune desquelles il est accordé deux heures au candidat.

Cinquième examen: Publication et défense d'une dissertation, en français ou en latin, sur un sujet laissé au choix du candidat. Cette dissertation doit être préalablement communiquée à la Faculté, qui autorise l'impression.

Art. 72 La durée des examens sera de vingt minutes par examinateur pour les épreuves orales.

Art. 73. Avant chacun des cinq examens, le candidat doit verser chez le Bedeau une somme de quarante francs, revenant de droit, à titre d'indemnité, aux examinateurs qui auront été présents à l'examen et auront signé le procès-verbal.

Art. 74. Dans le cas où l'examen est déclaré insuffisant, la moitié de la somme est remboursée au candidat.

Art. 75. Une somme de cent francs est versée, après le dernier examen, dans la caisse de l'Etat, comme droit de graduation.

Art. 76. Le procès-verbal de chaque examen est remis au Doyen. Si l'examen n'est pas admis, le Doyen, sur le préavis du Jury, décide dans quel délai le candidat peut se représenter. Ce délai ne peut dépasser une année.

Art. 77. Un examen refusé trois fois entraîne l'annulation des examens précédents.

Art. 78. Les candidats au doctorat qui ont obtenu le diplôme fédéral de médecin conformément aux règlements actuellement en vigueur, doivent présenter les certificats de leurs examens et des notes qu'ils ont obtenues.

a) Si le candidat a obtenu à l'examen fédéral la note „Très bien" ou „Bien", il est dispensé des quatre premiers examens de doctorat et n'est soumis qu'au cinquième examen.

b) Si le candidat a obtenu à l'examen fédéral une note inférieure à „Bien", il ne sera pas entièrement dispensé des quatre premiers examens de doctorat.

Il devra, dans la règle, subir une épreuve complémentaire sur les branches pour lesquelles la note spéciale obtenue à l'examen fédéral a été inférieure à „Bien".

La Faculté statue, dans ce dernier cas, sur le mode et les conditions de cet examen complémentaire, qui doit être passé en une seule session et qui est gratuit. Si cet examen est déclaré suffisant, le candidat sera admis à passer le cinquième examen.

Dans l'un et l'autre cas, pour être admis au cinquième examen, le candidat devra payer en mains du Bedeau une somme de 250 fr., dont 100 sont versés dans la Caisse de l'Etat comme droit de graduation; 40 sont remis aux examinateurs qui auront signé au procès-verbal, et 110 restent à la disposition de la Faculté de Médecine pour la fondation d'un Prix. Dans le cas où l'examen serait déclaré insuffisant, 40 fr. seront remis aux examinateurs et 210 fr. seront remboursés au candidat.

Clause abrogatoire et disposition transitoire.

Le présent Règlement entrera immédiatement en vigueur.

Sont abrogés les Règlements du 4 juillet, du 9 septembre 1879 et du 2 avril 1880.

Toutefois, pendant un laps de deux années, le Bureau est autorisé à mettre les étudiants au bénéfice de l'ancien Règlement dans les cas où l'application des nouvelles dispositions aurait un effet rétroactif qui leur serait préjudiciable.

Kanton ZÜRICH.

82. *5.* **Universitäts-Ordnung. Vom Regierungsrat genehmigt am 7. März 1885.**

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Hochschule besteht nach § 125 des Gesetzes über das gesamte Unterrichtswesen aus vier Fakultäten:

1. Den drei besonderen Fakultäten:

a) der theologischen,
b) der staatswissenschaftlichen,
c) der medizinischen;

2. der allgemeinen philosophischen Fakultät, welche sich hinwieder teilt:

a) in die philosophisch-philologisch-historische und
b) in die mathematisch-naturwissenschaftliche Sektion.

Der Rang der Fakultäten richtet sich nach der gesetzlichen Aufeinanderfolge derselben. Dieser Rang wird bei allen Feierlichkeiten der gesamten Universität, wohin auch die Einführung neu gewählter Professoren gehört, beobachtet. Habilitationen von Privatdozenten und Promotionen hingegen werden in dieser Beziehung als Fakultätssache betrachtet.

§ 2. Die Professoren sind verpflichtet, sich in Rücksicht der Vorlesungen an den Anfangstermin des Semesters und an die Bestimmungen des Unterrichtsgesetzes zu halten.

Wenn ein Professor seine Vorlesungen auf höchstens eine Woche aussetzen will, so hat er es dem Rektor anzuzeigen; will er längere Zeit aussetzen, so hat er sich an den Erziehungsdirektor zu wenden.

§ 3. Jeder besoldete Professor ist verpflichtet, die angekündigten Vorlesungen bis auf die in seiner Anstellungsurkunde bestimmte Stundenzahl zu halten, wenn sich dafür wenigstens drei Zuhörer melden.

§ 4. Vorlesungen, die ein Dozent über seine Verpflichtungen hinaus ankündigt, deren Abhaltung er jedoch an die Bedingung einer grösseren Zuhörerzahl als drei knüpfen will, sind in den fraglichen Anschlägen besonders zu bezeichnen.

§ 5. Jeder neu ernannte Professor hält im Laufe seines ersten Semesters eine Antrittsrede, zu welcher der Rektor durch Anschlag am schwarzen Brett und die öffentlichen Blätter einladet (§ 134 des Unterrichtsgesetzes).

§ 6. Verlangt ein Professor seine Entlassung, so muss es spätestens acht Wochen vor Schluss des Semesters geschehen; sonst kann ihn der Erziehungsrat verpflichten, noch das ganze nächste Semester zu bleiben und seine Vorlesungen zu halten.

II. Geschäftsordnung des akademischen Senates.

§ 7. Den akademischen Senat beruft der Rektor entweder von sich aus oder nach Beschluss des Ausschusses, oder auf Verlangen von vier Mitgliedern, die dem Ausschuss nicht angehören.

§ 8. Er versammelt sich regelmässig nach Anfang des Sommerkurses zur Ratifizirung des Universitätsberichtes, und am Schlusse jedes Semesters, um über die Geschäftsführung des Rektors und des Ausschusses Bericht anzuhören, ausserdem nach Erfordernis.

§ 9. Er beaufsichtigt die Studirenden, erledigt die in seine Kompetenz gehörenden Disziplinarfälle (siehe die Statuten für die Studirenden) und stellt als Organ der Hochschule alle zweckmässig erachteten Anträge an den Erziehungsrat.

So oft der letztere im Fall ist, über Verwendung der Einkünfte der Hochschulfonds oder über bleibende Anordnungen für den Unterricht und die Disziplin an der Hochschule Beschlüsse zu fassen, hat der Senat nach Massgabe des § 149 des Unterrichtsgesetzes vorher sein Gutachten an jenen abzugeben und entweder dasselbe schriftlich einzureichen oder zwei seiner Mitglieder zu beauftragen, an der Verhandlung mit beratender Stimme Teil zu nehmen.

§ 10. Zur Fassung gültiger Beschlüsse ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Senatsmitglieder, zur Wahl des Rektors (§ 146 des Unterrichtsgesetzes) von zwei Dritteilen notwendig. Nur solche Geschäfte können schon von einer geringern Zahl von Senatsmitgliedern besorgt werden, deren Dringlichkeit von denselben einstimmig anerkannt worden ist.

§ 11. Der Rektor wird nach Vorschrift des § 146 des Unterrichtsgesetzes jeweilen in der zweiten Woche des Januar durch geheimes absolutes Stimmenmehr gewählt.

§ 12. Der Aktuar wird auf eine Dauer von zwei Jahren durch geheimes absolutes Stimmenmehr mit Wiederwählbarkeit vom Senate gewählt. Derselbe fungirt auch als Aktuar des Ausschusses und versieht bei öffentlichen Promotionen die Geschäfte des Universitätssekretärs.

§ 13. Der Aktuar verzeichnet die Anwesenden, führt das Protokoll und liest dasselbe in der nächsten Sitzung vor. Das Protokoll des akademischen Senates und des Ausschusses soll eine vollständige Angabe und genaue Bezeichnung der an denselben gebrachten Gegenstände, sodann alle von dem Senate gefassten Beschlüsse, nötigenfalls mit Angabe der Gründe, enthalten.

Die Meinungen von Minderheiten sind auf Begehren zu Protokoll zu nehmen.

§ 14. Zuschriften der Oberbehörden, sowie des Rektors und des Ausschusses können auch in gehörigem Verschluss in Umlauf gesetzt werden. Sie zirkuliren nicht notwendig nach der Ordnung der Fakultäten.

III. Geschäftsordnung des Senatsausschusses.

§ 15. Den Senatsausschuss (§ 147 des Unterrichtsgesetzes) beruft der Rektor entweder von sich aus oder auf Verlangen eines Mitgliedes.

§ 16. Der Ausschuss versammelt sich in der Regel am Ende eines jeden Monates, um Bericht und Vorlagen des Rektors entgegen zu nehmen, und ausserdem, so oft die Geschäfte es erheischen.

§ 17. Kein Mitglied soll ohne dringende Gründe die Sitzungen versäumen. Im Verhinderungsfall ist der Rektor vor der Sitzung zeitig davon in Kenntnis zu setzen.

§ 18. Zur Fassung gültiger Beschlüsse ist die Anwesenheit von fünf Mitgliedern erforderlich. Nur solche Geschäfte können schon von drei Mitgliedern besorgt werden, deren Dringlichkeit von denselben einstimmig anerkannt worden ist.

§ 19. Der Ausschuss besorgt die laufenden Geschäfte, soweit dieselben nicht vom Rektor zu erledigen sind, führt stetige Aufsicht über Fleiss und Betragen der Studirenden, und verhängt alle diejenigen Disziplinarstrafen, welche die Kompetenz des Rektors übersteigen, oder nicht der Kompetenz des Senates vorbehalten sind (siehe die Statuten für die Studirenden).

§ 20. Der Ausschuss übermittelt die Gutachten und Berichte der Facultäten über Anstellung von Professoren und Zulassung von Privatdozenten mit oder ohne Beibericht an die Erziehungsdirektion.

§ 21. Anträge des Senates an den Erziehungsrat unterliegen der Vorberatung des Ausschusses; ebenso hinterbringt derselbe für alle vom Senate abzugebenden Gutachten Bericht und Antrag (§ 149 des Unterrichtsgesetzes).

§ 22. In Fällen von Meinungsverschiedenheit zwischen Rektor und Ausschuss bildet der Senat die Rekursinstanz.

IV. Verrichtungen des Rektors.

§ 23. Der Antritt des Rektorates fällt vierzehn Tage nach dem festgesetzten Schlusstage des Wintersemesters.

§ 24. Der Rektor besorgt im Laufe der zwei Wochen, welche dem publizirten Tage der Eröffnung des Kurses vorhergehen, die Immatrikulation der Studirenden und vermittelt die polizeiliche Legitimation derselben gemäs § 8 ff. der Statuten für die Studirenden der Hochschule. Verspätete Immatrikulationen lässt er nur zu, wenn die Verspätung gehörig entschuldigt werden kann.

§ 25. Der Rektor teilt das durch den Pedell verfertigte Studentenverzeichnis, dessen Veröffentlichung durch den Druck er besorgt, 4 Wochen nach dem Semesterbeginn der Erziehungsdirektion, dem Senat und dem Bezirksstatthalter mit.

§ 26. Der Rektor in erster Linie hat Fleiss und Aufführung der Studirenden zu überwachen, sie nötigenfalls vor sich zu laden und ihnen Ermahnungen zu geben. Er kann die Fehlbaren mit 24 Stunden Karzer oder mit Busse bis auf 6 Franken belegen.

§ 27. Er erteilt auf Verlangen oder auch von sich aus den Eltern oder Vormündern der Studirenden Auskunft über deren Fleiss und Aufführung.

§ 28. Der Rektor beruft den Senatsausschuss und ebenso den Senat, eröffnet die Sitzungen und leitet die Diskussion, bei welcher er ein beliebiges Mitglied um die erste Meinung fragen kann. Er schlägt die Stellung der Fragen für die Abstimmung vor und entscheidet bei Stimmengleichheit. In allen übrigen Fällen hat der Rektor bloss beratende Stimme und kann von sich aus keinen Antrag zur Abstimmung bringen.

§ 29. Der Rektor vollzieht die Beschlüsse des Ausschusses und des Senates, besorgt seines Ortes die laufenden Geschäfte und veranlasst die allfällig nötigen allgemeinen Versammlungen der Professoren und der Dozenten.

§ 30. Er kontrolirt und visitirt die ihm vom Kantonsschulverwalter vorgelegte Rechnung über die Immatrikulationsgebühren und die Jahresbeiträge der Studirenden, sowie die Quartalrechnung des Pedells über die laufenden Ausgaben der Hochschule.

§ 31. Der Rektor assistirt den Probevorlesungen und den öffentlichen Promotionen und ist auf die Promotionsgebühren als Entschädigung für seine Bemühungen angewiesen. Erreichen dieselben nicht die Summe von 600 Fr., so wird letztere aus der Staatskasse bis zu diesem Betrage ergänzt (§ 146 des Unterrichtsgesetzes).

V. Geschäftsordnung der Dekane und der Fakultäten.

§ 32. Die Dekane werden (nach § 145 des Unterrichtsgesetzes) vier Wochen vor dem Ende des Wintersemesters gewählt. Sie treten ihr Amt zu derselben Zeit mit dem Rektor an.

§ 33. In Beziehung auf die Geschäfte der Fakultäten üben die Dekane dieselben Rechte aus, welche dem Rektor im Senate zustehen, sowie überhaupt die Geschäftsordnung der Fakultäten im allgemeinen nach der Geschäftsordnung des Senates sich richtet.

§ 34. Über die Promotionen besteht für jede Fakultät eine besondere Ordnung, welche der Dekan zu handhaben hat.

§ 35. In Fällen der Verhinderung oder Abwesenheit des Dekans vertritt sein unmittelbarer Vorgänger oder der Senior der Fakultät dessen Stelle in der Fakultät.

§ 36. Jede Fakultät, beziehungsweise Fakultätssektion, wählt aus ihrer Mitte auf zwei Jahre einen Aktuar, dessen Verrichtungen im allgemeinen dieselben sind, wie diejenigen des Aktuars des akademischen Senates.

§ 37. Die vom Erziehungsrat verlangten Gutachten über die Anstellung eines Professors (§ 131 des Unterrichtsgesetzes) oder Zulassung eines Privatdozenten hat die Fakultät dem Rektor zu Handen des Senatsausschusses zu übermitteln.

Die Fakultäten sind berechtigt, auch von sich aus auf Persönlichkeiten aufmerksam zu machen, welche sich zur Bekleidung einer Professur vorzugsweise eignen würden; doch sollen solche Eingaben nicht mit den vorbezeichneten Gutachten verbunden werden.

VI. Zulassung von Privatdozenten.

§ 38. Wer als Privatdozent auftreten will, hat sich an den Erziehungsdirektor mit einem schriftlichen Gesuche zu wenden.

Dem Gesuche ist ein Bericht über den Bildungsgang des Bewerbers, sowie eine Habilitationsschrift beizufügen, ebenso je ein Exemplar der von dem Bewerber bisher veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten. Es steht dem Bewerber frei, entweder eine Habilitationsschrift im Manuskript einzureichen oder eine seiner früheren Arbeiten als solche zu bezeichnen.

§ 39. Die Erziehungsdirektion übermittelt das Gesuch nebst seinen Beilagen der betreffenden Fakultät oder Fakultätssektion und fordert dieselbe auf, ein Gutachten über die wissenschaftliche Befähigung des Bewerbers zu erstatten.

Letzteres wird dem Senatsausschusse vorgelegt, damit derselbe, wenn er es für gut findet, seinen Bericht beifügen kann.

§ 40. Die Fakultäten sind ermächtigt, wenn sie nicht durch die sonstigen Leistungen der Bewerber von deren wissenschaftlichen Befähigung genügend unterrichtet sind, durch schriftliche und mündliche Prüfungen dieselbe zu erforschen. Erworbene akademische Grade befreien nicht von einer etwa nötig erachteten Prüfung.

§ 41. Die Erziehungsdirektion ist berechtigt, den Professoren und Lehrern der Kantonsschule, sowie den Professoren des eidgenössischen Polytechnikums die Prüfung zu erlassen.

§ 42. Der wissenschaftlich befähigt Erfundene hat sich über seine Tüchtigkeit zum Lehramte durch eine öffentliche Probevorlesung auszuweisen, welche von der betreffenden Fakultät nach Aufforderung der Erziehungsdirektion veranstaltet wird.

§ 43. Die Probevorlesungen werden vorher am schwarzen Brette und in öffentlichen Blättern angekündigt. Der Rektor und die Fakultätsmitglieder, vom Dekan durch den Pedell eingeladen, sind zu erscheinen verpflichtet.

§ 44. Vor der Probevorlesung hat der Bewerber den Nachweis zu erbringen, dass seine Habilitationsschrift gedruckt und dem Buchhandel übergeben worden ist. Er hat von derselben die mit Rücksicht auf § 64 erforderliche Anzahl von Exemplaren dem Pedell einzuhändigen. Von dieser Verpflichtung kann jedoch, wenn es sich um eine bereits früher publizirte Druckschrift handelt, auf Grund eines Fakultätsbeschlusses Umgang genommen werden.

§ 45. Die Fakultät erstattet durch den Senatausschuss ihren Bericht über die Probevorlesung an die Erziehungsdirektion. Die letztere beschliesst nunmehr über die Erteilung der venia legendi und benachrichtigt den Bewerber und das Rektorat von dem gefassten Beschlusse.

§ 46. Die Privatdozenten haben auf Benutzung der vorhandenen Hörsäle und Sammlungen gleich den Professoren das Recht im allgemeinen; jedoch haben die Professoren vor den Privatdozenten den Vorzug.

§ 47. Wenn ein Privatdozent ohne genügende, vom Senate anerkannte Gründe während zweier Semester keine Vorlesungen im Katalog ankündigt, oder zwei Jahre lang die angekündigten nicht hält, oder ein Jahr lang abwesend ist, so hat der Erziehungsrat auf Bericht der Fakultät zu entscheiden, ob er noch als Privatdozent zu betrachten sei oder nicht.

§ 48. Den Beschlüssen des Senates, des Senatsausschusses und der Fakultäten haben sich die Privatdozenten gleich den Professoren zu unterwerfen. Dagegen haben sie aber auch denselben Anspruch auf den Schutz und die Vertretung der akademischen Behörden.

VII. Verzeichnis der Vorlesungen und Einschreibungen zu denselben.

§ 49. Es wird das Rektorat Sorge tragen, dass die Dekane das Verzeichnis der auf Grund der in § 155 des Unterrichtsgesetzes vorgeschriebenen Beratungen festgestellten Vorlesungen rechtzeitig einsenden.

§ 50. Es wird ein Verzeichnis der Vorlesungen, welche im nächsten halben Jahre gehalten werden, spätestens 4 Wochen vor dem Schlusse des laufenden Semesters in deutscher Sprache ausgegeben, für dessen Druck der Rektor sorgt.

In dem Anhang desselben ist der Vorschriften über die Immatrikulatio und Inskription zu erwähnen.

§ 51. Von allen Kollegien von drei Stunden und darüber ist im Katalog Tag und Stunde der Vorlesung anzuzeigen. Dasselbe soll so viel möglich auc bei den übrigen beobachtet werden.

§ 52. Keinem Zuhörer, er mag als Student immatrikulirt oder von der Pflicht der Immatrikulation befreit sein, soll die Anmeldung beim Dozenten gestattet sein ohne Ausweis über geschehene Inskription und Honorarzahlung.

Will ein Dozent einem Studirenden das Honorar schenken, so hat er ihm zu Handen des Kantonsschulverwalters einen Freischein auszustellen, bei dessen Übergabe der Student dem Kantonsschulverwalter die ihm zukommenden Prozente zu entrichten hat.

§ 53. Für jede Vorlesung wird nach erfolgter Anmeldung vom Dozenten, sofern es wünschenswert erscheint, eine Platzkarte ausgestellt.

VIII. Zeugnisse.

§ 54. Jeder Studirende erhält bei seiner Immatrikulation ein rubrizirtes, auf 10 Semester ausreichendes Zeugnisbuch, in welches eingetragen werden:

a) durch den Studirenden beim Beginn eines jeden Semesters die Vorlesungen, die er zu hören wünscht;

b) sodann durch den Kantonsschulverwalter die Bescheinigung der geschehenen Inskription und geleisteten Honorarzahlung;

c) durch die betreffenden Dozenten die Bescheinigung der geschehenen Anmeldung und am Schlusse des Semesters die amtlichen Zeugnisse;

bei b und c unter Beifügung von Datum und Unterschrift.

§ 55. Das Abgangszeugnis wird vom Rektor ausgestellt und dafür, Stipendiaten ausgenommen, dem Kantonsschulverwalter der Betrag von 3 Franken zu Gunsten der Kantonalbibliothek und dem Pedell eine Gebühr von 60 Rappen bezahlt.

Wird das Abgangszeugnis später als 6 Monate nach dem Verlassen der Hochschule verlangt, so wird die erste der vorstehenden Gebühren verdoppelt, und es fällt der Mehrbetrag an die Krankenkasse der Studirenden.

§ 56. Amtliche Zeugnisse von den Dozenten erhalten nur diejenigen, welche unter den gesetzlichen Bedingungen sich eingeschrieben haben. Es muss darin ausdrücklich bemerkt sein, ob der Student das Kollegium regelmässig und bis zum Schlusse besucht habe.

§ 57. Über ein unbeendigtes Kollegium darf ohne Vorzeigung schriftlicher Erlaubnis des Rektors von dem Dozenten kein Zeugnis ausgestellt werden.

§ 58. Ein Zeugnis für Kollegienbesuch soll persönlich beim Dozenten eingeholt werden; nur in besonderen Fällen, welche der Prüfung des Dekanates der betreffenden Fakultät unterliegen, wird eine Ausnahme gestattet. Auch kann ein Dozent seine Unterschrift verweigern, wenn dieselbe später als ein Semester nach Beendigung des Kollegiums eingeholt wird.

§ 59. Auch der Rektor erteilt vor dem Schlusse der Vorlesungen ohne genügende Gründe kein Zeugnis.

§ 60. Während ein Student in Untersuchung verwickelt ist, erhält er ohne vorhergegangene Verhandlung mit der Untersuchungsbehörde kein Zeugnis.

§ 61. Ein während des Semesters ausgestelltes Zeugnis muss den Zweck der Ausstellung angeben, sowie die Zeit, bis zu welcher das Kollegium besucht worden ist.

IX. Akademische Akte und Schriften.

§ 62. Jährlich am 29. April, als am Eröffnungstage der Hochschule, wird in der Aula ein akademischer Akt veranstaltet.

Er besteht in einer deutschen Rede, welche der jedesmalige Rektor oder auf dessen Wunsch ein vom Senate bezeichnetes Mitglied des letzteren zu halten hat.

An diesen Akt schliesst sich die vom Rektor zu leitende Preisverteilung und Stellung der neuen Preisaufgaben an, worüber in dem Anhang des Programms Nachricht gegeben wird.

§ 63. Für besondere Festlichkeiten der Hochschule oder fremder Anstalten kann der Senat eines seiner Mitglieder, welches sich dazu bereit erklärt, mit der Abfassung einer Festschrift beauftragen. Die Druckkosten werden aus der Staatskasse bestritten. Von diesen Festschriften erhält jeder Dozent ein Exemplar.

§ 64. Von allen übrigen akademischen Schriften erhält der Rektor, jeder Dozent der betreffenden Fakultät und jedes Mitglied des Erziehungsrates ein Exemplar.

Von diesen Schriften einschliesslich der Habilitationsschriften, sofern nicht der am Schlusse des § 44 erwähnte Ausnahmfall vorliegt, sowie von den in § 63 genannten Festschriften sind 80 Exemplare an die Kantonsbibliothek abzuliefern, welche die Versendung der Exemplare an die im Tauschverkehr mit der Hochschule stehenden Universitäten, Akademien, gelehrten Gesellschaften und Bibliotheken zu besorgen hat.

X. Promotionen.

§ 65. Die Erteilung der Doktorwürde ist ihrem Wesen nach ein Universitätsakt, der daher nur in ihrem Namen ausgeübt wird. Deshalb muss der Rektor von jeder Promotion in Kenntnis gesetzt werden; auch hat er das Diplom zu unterschreiben.

Vorschläge einer Fakultät zur Abänderung der bestehenden Promotionsordnung sind von ihr durch Vermittlung des Senatsausschusses der Erziehungsdirektion einzureichen.

Abgesehen von Ehrenpromotionen wird die Doktorwürde durch eine schriftliche und mündliche Prüfung vor der Fakultät und eine selbständige wissenschaftliche Abhandlung erlangt. Den Promotionsordnungen der einzelnen Fakultäten bleibt es überlassen, solchen Kandidaten, welche gewisse, in den Promotionsordnungen namhaft zu machende Ausweise über eine schon bestandene Prüfung bereits besitzen, Erleichterungen der Prüfung zu ermöglichen.

XI. Ferien.

§ 66. Grössere Ferien finden an der Hochschule nur zwischen den beiden halbjährigen Kursen statt (§ 153 des Unterrichtsgesetzes). Dabei bleibt jedoch die Aussetzung der Vorlesungen in dem Zeitraume zwischen Weihnachten und Neujahr, sowie bei ausserordentlichen Veranlassungen vorbehalten.

§ 67. Die auf das Wintersemester folgenden und dem Sommerhalbjahr vorangehenden Ferien haben eine Dauer von drei Wochen; die auf das Sommersemester folgenden und dem Wintersemester vorangehenden Ferien eine solche von acht Wochen.

§ 68. Die Ferien sind so anzuberaumen, dass das Sommerhalbjahr um die Mitte des April und das Wintersemester um die Mitte des Oktober beginnen kann. Die Erziehungsdirektion wird jeweilen den Anfangs- und Schlusstermin bestimmen.

XII. Universitätsanstalten.

§ 69. Die Sammlungen und Anstalten der Hochschule stehen unter dem Erziehungsrate und unter den von demselben bezeichneten Behörden.

XIII. Geschäfte des Kantonsschulverwalters.

§ 70. Der Schulverwalter zieht die Gelder für die Immatrikulationen und die Jahresbeiträge der Studirenden ein und legt dem Rektor die Rechnung zur Bestätigung vor.

§ 71. Während der 14 Tage vor dem Semesterbeginn eröffnet er die Einschreibungen zu den Vorlesungen und zieht die Honorare ein, die er sodann 14 Tage nach dem gesetzlichen Anfangstermin mit Abzug von zwei vom Hundert den Dozenten mit der Rechnung, nachträglich eingegangene aber gelegentlich, übersendet.

Der Rechnung wird ein Verzeichnis der Zuhörer beigegeben, denen der Dozent das Honorar erlassen hat.

§ 72. Honorare werden bei Stundenkollisionen nur zurückgegeben gegen einen Schein vom Dozenten und allein an diejenige Person, welche sie übermacht hat.

§ 73. Drei Wochen nach Semesterbeginn liefert der Kantonsschulverwalter dem Rektorat ein Verzeichnis aller Studirenden, welche bei ihm inskribirt sind, mit Angabe der von ihnen besuchten Kollegien und ihrer Wohnung, ebenso ein solches von denen, welche Kollegien hören, aber nicht immatrikulirt sind.

§ 74. Der Kantonsschulverwalter hat keinerlei Aufträge für Nachforderung oder Eintreibung von Honoraren anzunehmen.

XIV. Geschäfte des Pedells.

§ 75. Die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse des Pedells sowie eines allfälligen Gehülfen werden vom Erziehungsrate unter Genehmigung des Regierungsrates durch besondern Beschluss geordnet.

§ 76. Der Pedell, beziehungsweise sein Gehülfe, besorgt alle amtlichen Aufträge der vorgesetzten Behörden, namentlich des Rektors, der Dekane und Aktuare, sowie alle Mitteilungen der Professoren an den Rektor und die Dekane.

§ 77. Sobald ihm Zirkulare von dem Auftragenden verschlossen übergeben werden, ist er dafür verantwortlich, dass sie nur verschlossen von einem Professor zum andern kommen. Werden ihm dergleichen von dem Auftragenden offen übergeben, so ist er gehalten, sie niemandem als den im Zirkular Genannten zu zeigen, und über deren Inhalt völliges Stillschweigen zu beobachten. Er befolgt bei dem Herumtragen die von dem Auftragenden bestimmte Reihenfolge.

§ 78 Der Pedell findet sich täglich zur angesetzten Sprechstunde in dem Amtszimmer des Rektors zur Entgegennahme der Aufträge ein.

§ 79. Er besorgt die Anschläge am schwarzen Brett.

§ 80. Vierzehn Tage vor dem Schlusse der Ferien fertigt er den Stundenzettel und legt denselben auf.

§ 81. Acht Tage nach dem Semesterbeginn hat er auf Weisung der betreffenden Dozenten dafür zu sorgen, dass keine nicht Inskribirten die Auditorien besuchen.

§ 82. Nach dem Anfang eines jeden Semesters fertigt er mit Benutzung des in § 73 erwähnten Verzeichnisses und weiterer Erkundigungen ein Verzeichnis aller anwesenden Studenten mit Angabe ihres Familien- und Taufnamens, Heimatsortes, des Namens und Wohnortes der Eltern oder Vormünder, des Studienfaches, sowie der Wohnung, und reicht dasselbe spätestens vier Wochen nach dem Semesterbeginn dem Rektor ein.

Ebenso bemerkt er spätere Wohnungsänderungen in seinen Tabellen.

§ 83. Er fertigt die Matrikel und Rektoratszeugnisse aus und erhält dafür eine Gebühr von 60 Rp.

§ 84. Der Pedell erhält 60 Rp. von jeder Zitation, die durch Schuld der Studenten nötig geworden.

§ 85. Er hat die Disziplinarfehler der Studenten dem Rektor anzuzeigen.

§ 86. Er hat die Aufsicht über den Karzer und die Aufwartung in demselben allein zu besorgen, und erhält für letztere von dem Studenten täglich $1^1/_2$ Franken.

§ 87. Er hat das Dozentenzimmer zu besorgen.

§ 88. Seine weitern Obliegenheiten bestimmt die Dienstordnung.

Durch gegenwärtige Verordnung wird die Universitätsordnung vom 15. August 1876 aufgehoben.

---

83. *6.* **Reglement für das deutsche Lehrerseminar an der Hochschule** Bern. Vom 1. Juli 1885.

§ 1. Das *deutsche Seminar*, welches an der Hochschule zu Bern unter Leitung der Professoren der deutschen Literatur und der germanischen Philologie besteht, hat den Zweck, seine Mitglieder zum wissenschaftlichen Studium der deutschen Sprache und Literatur anzuleiten und ihnen die hiefür erforderlichen literarischen Hilfsmittel an die Hand zu geben.

§ 2. Das Seminar zerfällt in zwei Abteilungen: eine ältere, die sich mit den ältern deutschen Sprachen und ihrer Literatur, und eine neuere, die sich mit der Literatur und Sprache der neuhochdeutschen Zeit beschäftigt.

§ 3. Jede Abteilung hält wöchentlich mindestens zwei Übungsstunden, worin einerseits Sprach- und Literaturdenkmäler gelesen, interpretirt und besprochen, anderseits schriftliche Arbeiten über Gegenstände aus den oben genannten Gebieten vorgelegt und beurteilt werden.

Die Bestimmungen des jeweilen zu behandelnden Stoffes, der sich so viel wie möglich an denjenigen der theoretischen Vorlesungen anschliesst, soll einer vorherigen Vereinbarung der Vorsteher unterliegen, und in der Weise geschehen, dass eine geordnete und zusammenhängende Einführung der Teilnehmer in ihre Wissenschaft möglich wird.

§ 4. Die regelmässigen Teilnehmer an den Übungen sind entweder ausserordentliche oder ordentliche Mitglieder des Seminars.

Als ausserordentliches Mitglied kann sich jeder immatrikulirte Hörer aufnehmen lassen durch persönliche Anmeldung bei dem Vorsteher der einen oder der andern Abteilung, an deren Übungen er dadurch für das betreffende Semester unausgesetzt teilzunehmen sich verpflichtet.

Ordentliches Mitglied wird in der Regel, wer während mindestens eines Semesters an den Übungen beider Abteilungen aktiven Teil genommen und dem Seminar eine selbständige schriftliche Arbeit zur Beurteilung eingereicht hat. Als ordentliches Mitglied hat er des Weitern jährlich in der einen oder andern Abteilung eine solche selbständige Arbeit zu liefern.

Das Seminar soll in der Regel nicht über 4 ordentliche und nicht über 8 ausserordentliche Mitglieder zählen.

§ 5. Zur Prämirung der besten schriftlichen Arbeiten der ordentlichen Mitglieder kann aus dem Schulseckelfonds jedes Semester ein erster Preis von Fr. 75. — und ein zweiter Preis von Fr. 50 — ausgerichtet werden. Die Zuerkennung erfolgt durch die Erziehungsdirektion auf den motivirten Antrag der leitenden Professoren.

§ 6. Zur Gründung und Äufnung einer Seminarbibliothek wird ein Kredi von jährlich Fr. 200 ausgesetzt.

§ 7. Die Vorsteher erstatten jährlich der Erziehungsdirektion über die [illegible]igkeit und den Gang des Seminars schriftlichen Bericht.

---

84. 7. **Reglement für den Tierspital an der Tierarzneischule in Zürich.** (Siehe § 16 des Gesetzes betreffend die Tierarzneischule vom 5. Juli 1885.) Vom 26. Dezember 1885.

§ 1. In Verbindung mit der Tierarzneischule bestehen ein Tierspital, eine konsultatorische und eine ambulatorische Klinik, deren Organisation und Verwaltung sich nach den folgenden Bestimmungen richtet (§ 4 des Gesetzes).

A. Der Tierspital.

§ 2. Derselbe ist dazu bestimmt, kranke Tiere zur Untersuchung und Behandlung aufzunehmen, seucheverdächtige oder wirklich seuchekranke Tiere abzusperren, Platz zu bieten für allfällige Versuchs-Tiere und der Impfanstalt die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Er hat als Hülfsanstalt der Tierarzneischule zur praktischen Ausbildung der Zöglinge und zu wissenschaftlichen Forschungen so viel als tunlich das geeignete Material zu bieten.

§ 3. Der Tierspital steht in erster Linie unter der Leitung eines Lehrers der Klinik. Diesem Vorstande kommt insbesondere zu, über die Aufnahme und Entlassung von Tieren die notwendigen Anordnungen zu treffen, die Fouragirung und die Wärter zu kontroliren, das Rechnungswesen und die Kasse unter angemessener Kautionsstellung zu besorgen.

Hiebei kann unter Verantwortlichkeit des Vorstandes so weit nötig der Assistent zur Mithülfe zugezogen werden (§ 12 des Gesetzes).

§ 4. Die unmittelbare Aufsicht steht dem Direktor der Schule zu. Derselbe ist verpflichtet, über Betrieb und Verwaltung des Tierspitals genaue Kontrole zu üben. Wünsche oder Begehren betreffend den Tierspital sind, soweit deren Erledigung in die Kompetenz der Aufsichtskommission fällt, durch den Direktor an diese zu vermitteln.

§ 5. Die ärztliche Besorgung der Patienten kommt den Lehrern der Klinik unter Mitwirkung des Assistenten zu; in die Kompetenz der erstern fallen alle Anordnungen rücksichtlich Fütterung und Pflege, inklusive Beschlag.

§ 6. Zum regelmässigen Eintritt der Tiere sind dieselben einem Lehrer der Klinik oder dem Assistenten anzumelden, welcher sofort die hiefür nötigen Anordnungen trifft.

Hiebei ist insbesondere folgendes zu beobachten:

a. Tiere, welche durch amtliche Verfügung der zuständigen Behörden in den Tierspital angemeldet werden, dürfen nicht abgewiesen werden.

b. Ärztlicher Behandlung bedürftige Tiere von Privaten, sowie Tiere, welche zum Zwecke blosser Konsultation hergebracht werden, sind in der Regel ebenfalls zuzulassen.

Dagegen können im Falle von Platzmangel, namentlich wenn eine Absonderung erforderlich ist, Tiere zurückgewiesen werden.

§ 7. In der Regel liefert der Tierspital bei der Aufnahme die nötigen Utensilien für die Installirung der betreffenden Tiere.

§ 8. Beim Eintritt von Tieren in den Tierspital ist darauf zu halten, dass die Kurkosten sicher gestellt werden. In der Regel ist, namentlich bei einem mutmaslich längern Aufenthalt, entsprechende Vorausbezahlung zu verlangen. Beim Austritt der Tiere ist die Abrechnung zu bereinigen.

Für die durch die Kriegsverwaltung eingestellten Militärpferde richtet sich die Rechnungsstellung nach den bezüglichen eidgenössischen Vorschriften.

§ 9. Für die Patienten des Tierspitals ist für Verpflegung und Behandlung (exklusive Beschlag) eine Tagestaxe zu berechnen, wobei die Tage des Ein-

und Austritts voll berechnet werden. Für besonders wichtige Fälle, bei einem bedeutenden Aufwand von Mühe und Kosten, kann die Leitung des Spitals einen Zuschlag bis auf 20 % berechnen. Ausnahmsweise können für bedeutende Operationen nach Massgabe der kantonalen Taxordnung mässige Gebühren zugeschlagen werden.

Die Aufsichtskommission stellt mit Beginn eines Jahres die Tagestaxe für die verschiedenen Tiere innerhalb folgender Grenzen fest:

Für Pferde 2 1/2—3 1/2 Franken, für Rindvieh 1—2 Franken, für Schafe und Ziegen 30—50 Rappen, für Hunde und Katzen 50 Rappen bis 2 Franken.

Für andere Tiere bewegen sich die Taxen in entsprechenden Grenzen.

Tierbesitzer, welche Anspruch auf Reduktion der Verpflegungskosten machen, haben sich hiefür schriftlich bei der Direktion unter Berufung an das Präsidium der Aufsichtskommission zu bewerben und der Anmeldung einen Steuerausweis beizulegen.

§ 10. Geheilte Tiere sind ohne Verzug abzugeben, ebenso Tiere, welche an unheilbaren Krankheiten leiden.

§ 11. Kadaver von im Spital umgestandenen Tieren verfallen in der Regel der Anstalt. Die Eigentümer sind berechtigt, einen billigen Ersatz für verwertbare Abfälle wie Haut u. s. f. zu beanspruchen.

§ 12. Über Aufnahme und Behandlung der Tiere soll Protokoll geführt werden.

Die durch den Betrieb des Tierspitals notwendig werdenden Korrespondenzen mit den Eigentümern von Patienten, die Militärrapporte, Berichterstattungen u. s. f. sind durch die Leitung des Tierspitals oder unter deren Verantwortlichkeit durch den Assistenten zu besorgen.

§ 13. Im Falle von Platzmangel ist die Leitung des Tierspitals berechtigt, auswärts die nötigen Räumlichkeiten zu mieten. Hiefür ist die Genehmigung der Aufsichtskommission einzuholen.

§ 14. Der Tierspital besitzt eine eigene Apotheke. Die nötigen Medikamente werden von der Kantonsapotheke geliefert. Immerhin ist der Vorstand des Spitals berechtigt, in Notfällen einzelne Medikamente aus einer näher liegenden Apotheke auf Rechnung des Spitals zu beziehen.

§ 15. Die Anstellung und Entlassung der nötigen Wärter geschieht durch den Vorstand des Tierspitals unter Genehmigung durch die Direktion.

Über die Bedingungen der Anstellung, sowie über die Entlassung werden von der Aufsichtskommission die nötigen Normen aufgestellt.

§ 16. Die Aufsicht über Aufbewahrung und Instandhaltung der Stallgerätschaften, der Linge, Handtücher u. s. f., sowie die Anlegung und Bereinigung des Inventars kann dem Assistenten übertragen werden, jedoch unter Verantwortlichkeit des Vorstandes des Tierspitals, beziehungsweise des Direktors.

§ 17. Die Fouragirung wird in der Regel auf dem Wege der Konkurrenz vergeben, in welchem Falle der Lieferungsvertrag das nähere bestimmt. Die Anordnung wird durch den Direktor besorgt, welcher der Aufsichtskommission seine diesfälligen Anträge hinterbringt.

B. Konsultatorische Klinik.

§ 18. Jedermann ist berechtigt, Tiere zum Zweck blosser Konsultation in der Anstalt vorzuführen. Die Fachlehrer und zwar speziell die Lehrer der Klinik, sowie der Assistent sind verpflichtet, die Konsultation zu erteilen.

§ 19. Die Konsultationen sind je Vormittags von 10—12 Uhr, für entfernter Wohnende auch Nachmittags je von 1—2 Uhr unentgeltlich.

Über die konsultatorische Klinik soll Protokoll geführt werden.

Für Operationen, sowie für Konsultationen ausserhalb der festgesetzten Zeit wird nach Massgabe der Bestimmungen über die ambulatorische Klinik eine entsprechende Taxe berechnet.

C. Ambulatorische Klinik.

§ 20. Der Tierspital hat auch die Untersuchung und Behandlung kranker Tiere ausserhalb der Anstalt bei den betreffenden Besitzern zu übernehmen. Hiefür ist diesen in üblicher Weise, beziehungsweise nach Massgabe der kantonalen Taxordnung zu Gunsten des Tierspitals Rechnung zu stellen.

§ 21. Diese ambulatorische Praxis hat zunächst der Vorstand des Tierspitals mit dem Assistenten zu besorgen. Nötigenfalls haben auch die übrigen Fachlehrer sich diesfälligen Anforderungen zu unterziehen. Über die bezügliche Betätigung der einzelnen Lehrer ist Protokoll zu führen, und es haben für diese ausserordentlichen Leistungen die Betreffenden Anspruch auf angemessene Entschädigung, welche jeweilen nach Eingang der Jahresrechnung von der Aufsichtskommission bestimmt wird.

Das sich dabei bietende Material soll so viel als möglich den Schülern zugänglich gemacht und für die praktische Ausbildung derselben benutzt werden.

§ 22. Dieses Reglement tritt auf 1. Januar 1886 provisorisch für ein Jahr in Kraft.

---

c. Prüfungsreglemente.

Kanton ZÜRICH.

85. *1.* **Reglement des Regierungsrates betreffend die Aufnahme von Studirenden an die Hochschule. (Siehe das Unterrichtsgesetz §§ 141, 192 nebst Ergänzung vom 18. Mai 1873 und die Verordnung für die eidg. Medizinalprüfungen vom 2. Juli 1880.) Vom 1. September 1883.**

§ 1. Alle Kantonsbürger, welche als Studirende an der Hochschule immatrikulirt zu werden wünschen und nicht bereits ein gültiges Maturitätszeugnis besitzen (siehe die §§ 5 und 7), haben sich zunächst vor der Maturitätsprüfungskommission über ihre Reife auszuweisen.

§ 2. Die Maturitätsprüfungskommission wird vom Erziehungsrate je auf drei Jahre mit steter Wiederwählbarkeit ihrer Mitglieder gewählt.

§ 3. Die Kommission besteht aus drei Mitgliedern, unter welchen sich immer ein Mitglied des akademischen Senates und eines aus der Lehrerschaft des Gymnasiums befinden soll.

Sie wählt einen Aktuar aus ihrer Mitte und ist ermächtigt, zur Vornahme der Prüfungen die erforderlichen Fachmänner aus den Lehrern der Kantonsschule oder der Hochschule beizuziehen, welche dann bei der Abnahme der Prüfungen gleiches Stimmrecht ausüben.

§ 4 Die Mitglieder der Kommission und die beigezogenen Lehrer beziehen für jeden Prüfungstag, sowie für die Leitung der schriftlichen Arbeiten je ein Taggeld von acht Franken.

§ 5. Für diejenigen Kantonsbürger, welche mit einem Entlassungszeugnisse von den Gymnasien Zürich oder Winterthur an die Hochschule übergehen, gelten folgende Bestimmungen:

a) Denjenigen, welche mit ihrem Abgangszeugnis als unbedingt reif für die Hochschule entlassen werden, wird die Prüfung ohne weiteres erlassen.

b) Diejenigen, welche in ihrem Abgangszeugnis als unreif für die Hochschule bezeichnet werden, sich aber dennoch zum Übertritte auf dieselbe melden,

sind von der Kommission der vollständigen Prüfung (siehe § 10 ff.) zu unterwerfen, die aber erst nach Ablauf eines Semesters stattfinden darf.

c) Über diejenigen, welche in ihrem Abgangszeugnis als bedingt reif bezeichnet werden, wird die Kommission in jedem einzelnen Falle entscheiden, ob dieselben überhaupt einer Prüfung zu unterwerfen sind, ob diese eine vollständige oder nur teilweise sein und worin sie in letzterem Falle bestehen solle.

§ 6. Wer ein bis zur Universität führendes Gymnasium vor dessen Abschluss verlassen hat, wird erst nach Ablauf desjenigen Zeitraumes zur Prüfung zugelassen, welcher noch zur Vollendung seiner Gymnasialstudien erforderlich gewesen wäre. Aspiranten, welche von einer öffentlichen Schule relegirt worden sind, können nicht früher als nach Verfluss eines Jahres zur Prüfung zugelassen werden.

§ 7. Diejenigen Kantonsbürger, welche entweder mit einem Reifezeugnis der Industrieschulen Zürich oder Winterthur für das Polytechnikum oder mit einem befriedigenden Entlassungszeugnis von der obersten Klasse des zürcher. Lehrerseminars oder einer andern schweizerischen Schule von gleicher Höhe (Gesetz vom 18. Mai 1873, § 141, lemma 5) in die Hochschule eintreten, können nur an der philosophischen Fakultät immatrikulirt werden.

Wollen dergleichen Studirende später in eine andere Fakultät übergehen, so haben sie sich in den hiefür nötigen Fächern nachträglich noch einer Prüfung vor der Maturitätsprüfungskommission zu unterwerfen; in den übrigen Fächern werden die früher erhaltenen Zeugnisse in dem Falle ohne weiteres anerkannt, wenn dieselben wenigstens die Zensur „gut" aufweisen.

§ 8. Vier Wochen vor dem gesetzlichen Anfange des akademischen Semesters macht der Präsident der Kommission in den öffentlichen Blättern den Termin bekannt, bis zu welchem die schriftliche Anmeldung zur Prüfung erfolgen soll.

§ 9. In der schriftlichen Anmeldung hat der Aspirant ausdrücklich zu erklären, in welchen Fächern von denjenigen, zwischen welchen er die Wahl hat, er geprüft sein will.

Der Anmeldung sind beizulegen:

a) ein in deutscher oder lateinischer Sprache abgefasster Lebensabriss (curriculum vitæ);

b) ein von einer Behörde in der letzten Zeit ausgestelltes genügendes Sittenzeugnis (siehe Unterrichtsgesetz § 140);

c) die Bescheinigung der Kanzlei des Erziehungsrates, dass der Aspirant die verlangten Gebühren von 10 Fr. für Kantonsbürger, 20 Fr. für Kantonsfremde, entrichtet habe.

Nähere Ausweise über die erhaltene Vorbildung, sei es von öffentlichen Schulanstalten oder von Privatlehrern, sind erwünscht.

§ 10. Die Prüfung ist teils schriftlich, teils mündlich und soll vor dem jedesmaligen gesetzlichen Anfange des akademischen Semesters beendigt sein.

Solchen, die zu einer andern als der gewöhnlichen Zeit die Prüfung zu machen wünschen, kann dieselbe vom Präsidenten der Kommission allfällig bewilligt werden, jedoch auf ihre eigenen Kosten.

§ 11. Die schriftliche Prüfungsarbeit besteht:

1) in einem deutschen Aufsatze, dessen Stoff Gelegenheit gibt, neben stilistischer Korrektheit auch Übung und Gewandtheit im Denken zu beweisen. Es sind für denselben den Kandidaten von dem betreffenden Examinator einige verschiedenartige Themata zur Auswahl vorzulegen;

2) in einer lateinischen Arbeit, bestehend in der Übersetzung eines deutschen Textes ins Lateinische:
3) in einer griechischen Arbeit, bestehend in der deutschen Übersetzung eines diktirten griechischen Textes, bei welchen Arbeiten der Examinand zu zeigen hat, dass er mit den gebräuchlichen Formen vertraut und in Kenntnis und Anwendung der gewöhnlichen Syntax sicher ist;
4) in einer französischen Arbeit, bestehend in der Übersetzung eines deutschen Textes ins Französische;
5) für künftige Theologen im Nachschreiben und Übersetzen eines hebräischen Textes, wobei sie zu beweisen haben, dass sie mit den gewöhnlichen Formen bekannt sind.

Es ist den Kandidaten freigestellt, die Prüfung im Griechischen abzulehnen und dafür entweder Englisch oder Italienisch zu wählen, in welcher Sprache sie dann ebenfalls eine schriftliche Arbeit zu fertigen haben.

Solche Examinanden können jedoch nicht als Theologen immatrikulirt werden.

§ 12. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden unter Aufsicht und unter beständiger Anwesenheit eines Mitgliedes der Kommission oder eines der beigezogenen Lehrer angefertigt.

§ 13. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden von denjenigen, die sie aufgegeben haben, sorgfältig korrigirt und schriftlich begutachtet, und zirkuliren darauf zur Beurteilung bei den übrigen Mitgliedern der Kommission.

Werden sie genügend befunden, so erfolgt die mündliche Prüfung.

§ 14. In der mündlichen Prüfung wird verlangt:

1) Kenntnis der wichtigsten Begebenheiten aus der alten, mittlern und neuern Geschichte; Geographie;
2) Kenntnis der Haupterscheinungen der deutschen Literatur;
3) Übersetzung eines Abschnittes aus Cicero, Livius, Vergil oder Horaz, ohne Vorbereitung;
4) Übersetzung eines Abschnittes aus Xenophon, Herodot oder Homer, ohne Vorbereitung;
5) Übersetzung eines Abschnittes aus einem leichtern französischen Schriftsteller;
6) von den künftigen Theologen Übersetzung eines leichtern hebräischen Textes;
7) von denjenigen Kandidaten, die statt Griechisch Englisch oder Italienisch gewählt haben, Übersetzung eines Abschnittes aus einem leichtern Schriftsteller der von ihnen gewählten Sprache;
8) in der Mathematik:
   a) *Algebra:* Gleichungen des zweiten Grades, arithmetische und geometrische Progressionen, binomischer Lehrsatz mit ganzen Exponenten;
   b) *Geometrie:* Planimetrie, Stereometrie, ebene Trigonometrie, die einfachsten Sätze der sphärischen Trigonometrie, Kegelschnitte;
9) in den Naturwissenschaften:
   a) *Naturgeschichte:* Haupttypen des Tierreichs und allgemeine Kenntnis des menschlichen Körpers, Organe der höhern Pflanzen, die wichtigsten Pflanzenfamilien des natürlichen Systems, die wichtigsten Mineralien;
   b) *Physik:* allgemeine Eigenschaften der Körper, Mechanik der festen, flüssigen und luftförmigen Körper, Hauptgesetze von Schall, Licht, Wärme, Elektrizität und Magnetismus;
   c) *Chemie:* wichtigste chemische Elemente und wichtigste Verbindungen.

§ 15. Unter Umständen kann die Kommission künftige Nichtmediziner von der Prüfung in der sphärischen Trigonometrie und den Kegelschnitten sowie

von einem Teil der Naturwissenschaften dispensiren, jedoch nicht in der Prüfung in Physik.

§ 16. Nach der Prüfung stimmt die Kommission auf Grund der schriftlichen und mündlichen Prüfung über die Reife des Examinirten ab.

Die in jedem Fache zu erteilende Zeugnisnummer wird auf den Vorschlag des einzelnen Examinators von der Kommission festgesetzt. Zuletzt bestimmt die Kommission für jeden Examinirten eine Gesamtzensur.

§ 17. Für reif erklärt werden nur diejenigen, welche in der Mehrzahl der Prüfungsfächer und ebenso als Gesamtzensur eine der Noten 1, 2, 3 erhalten.

Wer die Gesamtzensur 4 erhält, ist dadurch für unreif erklärt und kann erst nach Verfluss eines Semesters sich wieder zur Prüfung melden.

§ 18. Nach zweimaliger Abweisung ist die Zulassung zu einer weitern Prüfung unstatthaft.

§ 19. Die Zeugnisse, welche den für reif erklärten erteilt worden, sind von allen drei Mitgliedern der Kommission zu unterzeichnen.

§ 20. Für Nichtkantonsbürger, welche sich der Aufnahmsprüfung zu unterziehen wünschen, gelten durchaus die gleichen Bestimmungen, wie für die Kantonsbürger (§ 7).

§ 21. Durch gegenwärtiges Reglement wird dasjenige vom 12. September 1860 aufgehoben.

Kanton BERN.

86. *2.* **Reglement für die Patentprüfungen von Kandidaten des höheren** Lehramts. Vom 11. August 1883. (§ 29 des Gesetzes betreffend das Schulwesen vom 24. Juni 1856.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Für Bewerber um ein Patent zur Ausübung des höheren Lehramts findet jährlich zweimal, im Frühling und im Herbst, in Bern eine Prüfung statt.

Der Zeitpunkt derselben wird von der Erziehungsdirektion bestimmt und öffentlich bekannt gemacht.

§ 2. Diejenigen, welche diese Prüfung mit Erfolg bestanden haben, erhalten ein Diplom, in welchem ihre Befähigung zum Lehramt an den obern Klassen der Gymnasien (Literar- oder Realabteilung), sowie der Kantonsschule in Pruntrut unter Angabe der Prüfungsfächer beurkundet wird.

§ 3. Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer: deutsche, lateinische, griechische, französische, englische, italienische, hebräische Sprache, Geschichte, Mathematik, Physik, Chemie, Mineralogie und Geologie, Botanik, Zoologie, Geographie, Pädagogik.

II. Die Prüfungskommission.

§ 4. Die Prüfungskommission besteht aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern. Sie wird von der Erziehungsdirektion auf die Dauer von vier Jahren ernannt.

§ 5. Die Prüfungskommission beruft die erforderlichen Examinatoren.

§ 6. Sie entscheidet auf Grund der eingereichten Ausweise über die Zulassung der Kandidaten zur Prüfung.

§ 7. Die Mitglieder der Prüfungskommission und die Examinatoren erhalten für die mündliche Prüfung und für die Durchsicht der schriftlichen Arbeiten ein Taggeld von Fr. 10. Ihre Reiseauslagen werden ihnen zu 30 Cts. per Kilometer vergütet.

III. Anmeldung und Zulassung zum Examen.

§ 8. Die Kandidaten melden sich schriftlich beim Präsidenten der Prüfungskommission.

Der Anmeldung, welche die Fächer enthalten soll, in welchen sie geprüft sein wollen, haben die Bewerber einen Heimatschein, einen Geburtsschein, ein Zeugnis über bürgerliche Ehrenfähigkeit und gute Leumden und ein *curriculum vitae* beizulegen.

§ 9. Um zur Prüfung zugelassen zn werden, müssen sich die Kandidaten darüber ausweisen, dass sie die Maturitätsprüfung in der humanistischen oder der realen Richtung mit Erfolg bestanden und drei Jahre lang akademische Studien gemacht haben.

Das Sekundarlehrerpatent ersetzt das Maturitätszeugnis.

Kandidaten, welche nicht bereits im Lehramt gewirkt, haben sich darüber auszuweisen, dass sie, während ihrer akademischen Studienzeit, sich mindestens vier Wochen regelmässig beim Unterricht an einer höheren Mittelschule zuhörend oder lehrend beteiligt haben.

§ 10. Jeder zum Examen zugelassene Kandidat hat bei der Kanzlei der Erziehungsdirektion eine Gebühr von Fr. 30 zu erlegen.

Die Gebühr für Ergänzungsprüfungen beträgt Fr. 15.

IV. Das Examen.

§ 11. Die Wahl der Fächer steht dem Kandidaten frei; doch muss er wenigstens in dreien sich der Prüfung unterziehen. Für das dritte (Neben-) Fach genügen die Leistungen, welche das Sekundarlehrerexamen fordert. Ausserdem ist die Prüfung in der Pädagogik obligatorisch.

§ 12. Die Prüfung ist teils schriftlich, teils mündlich.

Die *schriftlichen* Arbeiten bestehen:

a) in einer längern Hausarbeit, welche der Kandidat mit Benutzung aller ihm zugänglichen Hülfsmittel anfertigt, und zu der ihm sechs Wochen Zeit eingeräumt werden;

Das Thema ist mit besonderer Rücksicht auf die eigentümliche Studienrichtung des Kandidaten von der Prüfungskommission zu bestimmen;

Die Hausarbeit wird nicht nur sachlich, sondern auch mit Rücksicht auf Stil und Ausdruck geprüft;

b) in kürzeren Klausurarbeiten, welche der Kandidat unter Aufsicht anzufertigen hat, und zu welchem ihm, für jedes Fach, höchstens vier Stunden eingeräumt werden.

Die *mündliche* Prüfung dauert für jedes der gewählten Hauptfächer eine Stunde, für die übrigen Fächer und die Pädagogik je eine halbe Stunde.

In der mündlichen Prüfung hat der Kandidat über die Hausarbeit genau Auskunft und Rechenschaft zu geben.

§ 13. Kandidaten, welche eine wissenschaftliche Abhandlung veröffentlicht haben, kann die schriftliche Hausarbeit erlassen werden.

Diejenigen Kandidaten, welche ein Sekundarlehrer-Patent besitzen, berechtigt der Nachweis, dass sie im Sekundarlehrer-Examen für das dritte der obligatorischen Prüfungsfächer die Note „gut“ erhalten haben, zur Dispensation von der Prüfung in diesem Fache.

Ebenso werden diejenigen, welche ein Sekundarlehrer-Patent besitzen und in der Pädagogik wenigstens die Note „gut“ bekommen haben, von der theoretischen Prüfung in diesem Fache dispensirt.

§ 14. Die Benutzung fremder Hülfe, sowie jeder Betrug wird mit sofortiger Zurückweisung von der Prüfung bestraft.

§ 15. Es werden in den einzelnen Fächern nachstehend bezeichnete Leistungen und Kenntnisse gefordert:

A. Deutsche Sprache.

I. Für deutsche Bewerber.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Eine literargeschichtliche Untersuchung, welche dem Bewerber Gelegenheit gibt, seine philosophische Bildung, sowie seine sprachgeschichtlichen und kulturhistorischen Kenntnisse zu zeigen;
2) *Klausurarbeit:* Übertragung eines althochdeutschen oder mittelhochdeutschen Textes in gegenwärtiges Deutsch und genaue grammatische Erklärung desselben.

Mündliche Prüfung.

a) Erklärung eines in neuhochdeutscher Sprache geschriebenen poetischen Stückes nach Inhalt und Form.

a) Kenntnis der deutschen Literaturgeschichte, Sprachgeschichte und der Grammatik des Althochdeutschen, Mittelhochdeutschen und Neuhochdeutschen, sowie des Gothischen und des Lateinischen.

II. Für französische Bewerber.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Bearbeitung einer literarhistorischen Frage auf Grund selbstständiger Quellenstudien oder kritisch-exegetische Behandlung eines längeren und schwierigeren Stückes aus einem älteren oder neueren deutschen Schriftsteller. Beides in deutscher Sprache abzufassen.
2) *Klausurarbeiten: a)* Übersetzung eines schwierigern neuhochdeutschen oder mittelhochdeutschen Textes mit genauer grammatischer Erklärung einiger näher zu bezeichnenden Stellen. *b)* Aufsatz über ein leichteres literarhistorisches Thema. Beides in deutscher Sprache abzufassen.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung des Deutschen, sowie Bekanntschaft mit den Hauptresultaten der deutschen Sprachforschung. Vertrautheit mit der Literaturgeschichte Deutschlands, auch der mittelalterlichen. Fähigkeit einen mittelhochdeutschen oder leichteren althochdeutschen Text zu übersetzen und sprachlich und metrisch zu erklären. Leichter und korrekter Gebrauch der lebenden deutschen Sprache.

B. Lateinische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Kritisch-exegetische Behandlung eines längern und schwierigeren Stückes aus einem lateinischen Schriftsteller, oder eine literaturgeschichtliche auf selbständiger Quellenforschung beruhende und die nötige Bekanntschaft mit der einschlägigen Literatur bekundende Untersuchung. Im erstern Falle ist die Arbeit in lateinischer Sprache abzufassen.
2) *Klausurarbeiten: a)* Version aus den schwierigeren Werken der auf der oberen Schulstufe in Betracht kommenden Schriftsteller. *b)* Aufsatz in lateinischer Sprache über ein Thema aus der Lehre von den Altertümern.

Mündliche Prüfung.

a) Ausgedehntere Belesenheit, besonders in den für die obere Schulstufe in Betracht kommenden Schriftstellern; Fähigkeit, leichtere Stellen aus denselben ex tempore zu übersetzen, schwierigere sich nach den grammatischen, stilistischen und metrischen Erscheinungen methodisch zurecht zu legen;
b) Vertrautheit mit der Literaturgeschichte, der Geschichte, der Geographie und Topographie, sowie mit den Altertümern und der Mythologie.

C. Griechische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Kritische Behandlung eines längern und schwierigeren Stückes aus einem griechischen Schriftsteller, oder eine literaturgeschichtliche auf selbständiger Quellenforschung beruhende und die nötige Bekanntschaft mit der einschlägigen Literatur bekundende Untersuchung.

In ersterem Falle ist die Arbeit in lateinischer Sprache abzufassen.

2) *Klausurarbeiten: a)* Version aus den schwierigeren Werken der auf der oberen Schulstufe in Betracht kommenden Schriftsteller; *b)* Übersetzung eines deutschen oder lateinischen Textes in's Griechische.

Mündliche Prüfung.

a) Ausgedehntere Belesenheit in den Klassikern, besonders in den für die obere Schulstufe in Betracht kommenden Schriftstellern; Fähigkeit, leichtere Stellen aus denselben ex tempore zu übersetzen, und schwierigere sich nach den grammatischen und stilistischen Erscheinungen methodisch zurecht zu legen; Sicherheit in der Formenlehre der ionischen und attischen Sprache, sowie in der Syntax;

b) Kenntnis und wissenschaftliches Verständnis der metrischen Kunst des Homer und der Tragiker; Vertrautheit mit der Literaturgeschichte, der Geschichte, Geographie und Topographie, sowie mit den Altertümern, der Mythologie und der Philosophie.

D. Französische Sprache.

I. Für französische Bewerber.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Eine literargeschichtliche Untersuchung, welche dem Bewerber Gelegenheit gibt, seine philosophische Bildung, sowie seine sprachgeschichtlichen und kulturhistorischen Kenntnisse zu zeigen.

2) *Klausurarbeit:* Übertragung eines altfranzösischen oder provenzalischen Textes in gegenwärtiges Französisch und genaue grammatische Erklärung desselben.

Mündliche Prüfung.

a) Erklärung eines in französischer Sprache geschriebenen poetischen Stückes nach Inhalt und Form.

b) Kenntnis der Literaturgeschichte, Sprachgeschichte und Grammatik des Französischen, speziell auch Vertrautheit mit den Formen des Altfranzösischen und Provenzalischen, sowie des Lateinischen.

II. Für deutsche Bewerber.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Bearbeitung einer literarhistorischen Frage auf Grund selbständiger Quellenstudien, oder kritisch-exegetische Behandlung eines längeren und schwierigern Stückes aus einem ältern französischen Schriftsteller.

Die Arbeit ist in französischer Sprache abzufassen.

2) *Klausurarbeiten: a)* Übersetzung aus einem schwierigeren älteren oder neueren Schriftsteller mit genauer grammatischer Erklärung einiger näher zu bezeichnenden Stellen. *b)* Aufsatz über ein leichteres Thema aus der Literaturgeschichte, in französischer Sprache.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung des Französischen und Provenzalischen, sowie Bekanntschaft mit den Hauptresultaten der romanischen Sprach-

forschung; Vertrautheit mit der Literaturgeschichte Frankreichs, namentlich auch der mittelalterlichen; Fähigkeit, einen altfranzösischen oder leichteren provenzalischen Text zu übersetzen und sprachlich sowohl als metrisch zu erklären; leichter und korrekter Gebrauch der lebenden französischen Sprache.

E. Englische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Bearbeitung einer literarhistorischen Frage auf Grund selbständiger Quellenstudien, oder kritisch-exegetische Behandlung eines längeren und schwierigeren Stückes aus einem älteren oder neueren englischen Schriftsteller.

Die Arbeit ist in englischer Sprache abzufassen.

2) *Klausurarbeiten: a)* Übersetzung aus einem schwierigern ältern oder neuern Schriftsteller mit genauer grammatischer Erklärung einiger näher zu bezeichnenden Stellen. *b)* Aufsatz in englischer Sprache über ein leichteres Thema aus der Literaturgeschichte.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der Literaturgeschichte und der älteren Formen der Sprache, Altenglisch, Mittelenglisch; leichter und korrekter Gebrauch des Neuenglischen; richtiges Übersetzen desselben ins Deutsche (Französische).

F. Italienische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Bearbeitung einer literarhistorischen Frage auf Grund selbständiger Quellenstudien oder kritisch-exegetische Behandlung eines längeren und schwierigeren Stückes aus einem älteren italienischen Schriftsteller.

Die Arbeit ist in italienischer Sprache abzufassen.

2) *Klausurarbeiten: a)* Übersetzung aus einem schwierigern älteren oder neueren Schriftsteller mit genauer grammatischer Erklärung einiger näher zu bezeichnenden Stellen. *b)* Aufsatz in italienischer Sprache über ein leichteres Thema aus der Literaturgeschichte.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung des Italienischen, sowie Bekanntschaft mit den Hauptresultaten der romanischen Sprachwissenschaft; Vertrautheit mit der Literaturgeschichte; Fähigkeit, auch einen älteren Text zu übersetzen und sowohl sprachlich als metrisch zu erklären; leichter und korrekter Gebrauch der lebenden italienischen Sprache.

G. Hebräische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

Übersetzung eines einfachen deutschen (französischen) Textes ins Hebräische.

Mündliche Prüfung.

Fähigkeit, leichtere Stellen ex tempore zu übersetzen; Sicherheit in der Formenlehre und den Hauptregeln der Syntax.

H. Geschichte.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Eine auf kritische Untersuchung gegründete Darstellung eines historischen Gegenstandes unmittelbar aus den Quellen, und mit Berücksichtigung der schon vorhandenen Bearbeitungen.

2) *Klausurarbeit:* Übersetzung von zwei historischen Dokumenten aus verschiedenen Sprachen.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der wichtigsten Tatsachen und des pragmatischen Zusammenhangs der allgemeinen Geschichte; Kenntnis der Entwicklung der Verfassung und des Kultus, bezüglich des Altertums in der griechischen und römischen Geschichte bezüglich des Mittelalters und der neuern Zeit in der Geschichte der Schweiz, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Englands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika; Kenntnis der Quellen, der historischen Hülfswissenschaften (politische Geographie der Gegenwart, historisch-politische Geographie der wichtigsten Kulturvölker, Ethnographie, das Wichtigste aus der Geschichte des Welthandels.

I. Mathematik.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Eine grössere Arbeit aus irgend einem Gebiete der Mathematik, mit welchem sich der Kandidat speziell beschäftigt hat.
2) *Klausurarbeiten:* Lösung von Aufgaben aus den für die mündliche Prüfung näher bezeichneten Gebieten.

Mündliche Prüfung.

Lösung von Aufgaben aus der analytischen Geometrie der Ebene und des Raumes, aus der synthetischen Geometrie, der algebraischen Analysis, der Differential- und Integralrechnung, den elliptischen Funktionen oder der Zahlentheorie.

Kandidaten, welche in den angewandten Gebieten der Mathematik unterrichten wollen, haben sich durch Vorlegung von Zeichnungen über genügende Leistungen im technischen und Plan-Zeichnen auszuweisen; dafür werden sie aber von der Prüfung in den elliptischen Funktionen dispensirt.

Kandidaten, welche sich ausschliesslich der reinen Mathematik widmen, werden von dem Examen in der praktischen und darstellenden Geometrie dispensirt.

K. Physik.

I. Für Kandidaten mathematischer Richtung.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Kritische auf Quellenstudien gestützte Bearbeitung eines speziellen Abschnittes aus dem Gebiete der Experimental-Physik.
2) *Klausurarbeiten:* Lösung von Aufgaben aus der Experimental-Physik, sowie von solchen aus dem Gebiete der mathematischen Physik.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der Experimental-Physik in dem Umfange, in welchem dieselbe in einem 4—6stündigen über zwei Semester sich erstreckenden akademischen Kurse gelehrt zu werden pflegt. Kenntnis der wichtigsten Gebiete der mathematischen Physik.

II. Für Kandidaten chemischer oder naturgeschichtlicher Richtung.

Wie oben, ausser dass in mathematischer Physik nur auf speziellen Wunsch des Kandidaten geprüft wird. Dagegen erwartet man eine grössere Gewandtheit im Experimentiren und im physikalischen Messen.

L. Chemie.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Auf eigene Erfahrung basirte Schilderung einer chemischen Original-Untersuchung im Gebiete der organischen oder unorganischen Chemie.

2) *Klausurarbeiten:* Beschreibung einer Körpergruppe in ihren einzelnen Gliedern betreffend Bildung, Eigenschaften und Wechselbeziehungen zu andern Substanzen.

Mündliche Prüfung.

Allgemeine, organische, anorganische und analytische Chemie.

M. Mineralogie und Geologie.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Auf eigene Beobachtungen basirende Behandlung besonderer Mineralvorkommnisse oder Ausarbeitung einer kleineren selbständigen geologischen Untersuchung.
2) *Klausurarbeit:* Beantwortung von Fragen aus der allgemeinen und speziellen Mineralogie oder Geologie.

Mündliche Prüfung.

a) Kenntnis der Krystallsysteme und der speziellen oder physiographischen Mineralogie.
b) Allgemeine und spezielle Geologie, mit besonderer Berücksichtigung der einheimischen Verhältnisse. — Charakteristik der verschiedenen Formationen nach petrographischen und paläontologischen Merkmalen.

N. Botanik.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Eine ausführliche, morphologisch-entwicklungsgeschichtliche, anatomische oder physiologische Arbeit.
2) *Klausurarbeit:* Lösung von Aufgaben aus den Rubriken *a*, *b* oder *c* der mündlichen Prüfung.

Mündliche Prüfung.

a) Organographie und Entwicklung der Phanerogamen und wichtigeren Kryptogamen.
b) Anatomie und Physiologie der Pflanzen.
c) Übersicht der Systematik (mit Einschluss der Kryptogamen).
d) Fertigkeit im Gebrauch des Mikroskopes, sowie im Bestimmen inländischer Phanerogamen und der wichtigsten Kryptogamen.
e) Kenntnis der hauptsächlichsten literarischen Hülfsmittel.

O. Zoologie.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Eine grössere Arbeit aus den Gebieten der Morphologie, der vergleichenden Anatomie und der Entwicklungsgeschichte.
2) *Klausurarbeiten:* Aus den Rubriken *a*, *c*, *d* der mündlichen Prüfung.

Mündliche Prüfung.

a) Allgemeine Zoologie; allgemeine Physiologie; Entwicklungsgeschichte und vergleichende Anatomie, mit Berücksichtigung des menschlichen Körpers.
b) Demonstration eines Tierkörpers am Objekt.
c) Systematik und ihre Bedeutung; Linnéisches System; Cuviers Typenlehre; die Systematik in Beziehung zu der Entwicklungslehre Darwins.
d) Kenntnis der wichtigsten Tierformen aus den Hauptordnungen des Tierreichs.
e) Fähigkeit in Handhabung des Mikroskopes und der mikroskopischen Technik.

P. Geographie.

Schriftliche Prüfung.

1) *Hausarbeit:* Eine Abhandlung aus dem Gebiete der physikalischen Geographie oder der vergleichenden Topographie.
2) *Klausurarbeit:* Die politischen Verhältnisse der Staaten.

Mündliche Prüfung.

a) Topographie der Erdoberfläche.
b) Kartenprojektionen.
c) Mathematische und physikalische Geographie.

Q. Pädagogik.

1. Theoretische Prüfung.

Empirische Psychologie für Alle, sodann, je nach der Studienrichtung des Kandidaten, entweder Anwendung der Psychologie auf die allgemeine Pädagogik, oder Kenntnis der Gymnasial-Pädagogik.

2. Praktische Prüfung.

a) Eine Lehrprobe mit Schülern, Dauer derselben ungefähr eine halbe Stunde; das Thema wird dem Kandidaten drei Tage vorher mitgeteilt.
b) Ein freier Vortrag in einem der Hauptfächer, in welchen der Kandidat die Prüfung bestehen will. Dieser Vortrag soll nach Inhalt und Form auf die Bedürfnisse einer bestimmten Schulklasse berechnet sein und ungefähr eine halbe Stunde dauern. Das Thema wird dem Kandidaten drei Tage vorher mitgeteilt.

V. Feststellung der Prüfungsergebnisse.

§ 16. Zur Patentirung ist erforderlich, dass der Bewerber in mindestens drei Fächern, sowie in der Pädagogik wenigstens die Note *„genügend“* bekommen habe.

§ 17. Das Diplom enthält die Qualifikation der Leistungen des Kandidaten in den einzelnen Teilen vermittelst der Prädikate *„vorzüglich“*, *„gut“*, *„genügend“*.

Es wird mit der Unterschrift und dem Siegel der Erziehungsdirektion und der Unterschrift des Präsidenten der Prüfungskommission versehen.

§ 18. Denjenigen, welche das Diplom erhalten haben, ist es gestattet, sich der Prüfung in einzelnen weitern Fächern zu unterziehen.

§ 19. Wird einem Kandidaten das Diplom verweigert, so darf er das Examen zweimal wiederholen. Die Zeit der zweiten Prüfung bestimmt die Kommission, jedoch darf dieselbe nicht früher stattfinden als sechs Monate nach der ersten.

Diese Bestimmung gilt auch für diejenigen, welche wegen Unredlichkeit vom Examen fortgewiesen worden sind.

§ 20. Kandidaten, welche die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden haben, können, wenn sie sich wieder zum Examen melden, von der Prüfungskommission in denjenigen Fächern dispensirt werden, in welchen sie wenigstens die Note *„gut“* bekommen haben.

VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen.

§ 21. In der Regel sollen nur Patentirte definitiv als Lehrer an den in § 2 erwähnten Schulen des Kantons angestellt werden. Eine provisorische Wahl darf nicht auf unbestimmte Zeit geschehen.

§ 22. Die gegenwärtig an den in § 2 erwähnten Schulen angestellten Lehrer werden für die Fächer, die sie vertreten, als definitiv wahlfähig erklärt und erhalten, auf Verlangen, von der Erziehungsdirektion einen bezüglichen Ausweis.

Die gegenwärtig an Sekundar-Schulen angestellten Lehrer, welche das Patent für das höhere Lehramt erwerben wollen, werden von dem Nachweis,

drei Jahre lang akademische Studien gemacht zu haben (§ 9), auf zwei Jahre (vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Reglements an) dispensirt.

§ 23. Inhaber eines fremden gleichwertigen Diploms für das höhere Lehramt können von der Erziehungsdirektion als im Kanton Bern definitiv wahlfähig erklärt werden.

§ 24. Vorstehendes Reglement tritt sofort in Kraft und ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen.

Kanton ZÜRICH.

87. *3.* **Reglement des Regierungsrates betreffend die Diplomprüfung** für das höhere Lehramt in den philologisch-historischen Fächern. Vom 29. Februar 1884.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Es wird für die Kandidaten des höheren Lehramtes eine Diplomprüfung in den philologisch-historischen Fächern eingerichtet.

§ 2. Diejenigen, welche diese Prüfung bestanden haben, erhalten ein Diplom, in welchem ihre Befähigung zum Lehramte an Anstalten auf der Stufe der Zürcher Kantonsschule unter Anführung der von ihnen zu vertretenden Fächer ausgesprochen worden ist.

§ 3. Die einzelnen Fächer gruppiren sich nach folgenden drei Hauptabteilungen:

1. Altklassische Philologie;
2. Geschichte (mit Geographie als Hülfsfach);
3. Deutsche und neuere Sprachen.

Demgemäs unterscheiden sich auch die Diplome gewöhnlich in drei Arten.

II. Die Prüfungskommission.

§ 4. Die Prüfungskommission besteht aus fünf Mitgliedern, welche mit Rücksicht auf die zu vertretenden Hauptabteilungen (§ 3) von dem Erziehungsrat je auf die Dauer von drei Jahren mit steter Wiederwählbarkeit gewählt werden.

Der Erziehungsrat bestimmt gleich bei der Wahl den Präsidenten der Kommission.

§ 5. Die Prüfungskommission ist ermächtigt, nötigenfalls durch Zuziehung von Fachmännern zunächst aus den Lehrern der Hochschule oder der Kantonsschule, eventuell auch aus sonst anerkannten Persönlichkeiten, sich zu verstärken.

§ 6. Die Mitglieder der Kommission und die zugezogenen Fachmänner beziehen für jeden Prüfungstag, sowie für die Leitung der Klausurarbeiten je ein Taggeld von sechs Franken.

Die Mitglieder der Kommission, welche die grössern Hausarbeiten (§ 12 ff) zu geben und zu korrigiren haben, beziehen ausserdem für jede derselben eine besondere Gratifikation.

Diese Taggelder und Gratifikationen werden nach Eingang eines Berichtes über das Resultat der Prüfung von der Erziehungsdirektion zur Zahlung angewiesen.

III. Vorbedingungen und Anmeldung zum Examen.

§ 7. Der Lehramtskandidat, welcher zur Diplomprüfung zugelassen zu werden wünscht, muss in der Regel mindestens drei Jahre auf einer oder mehreren Universitäten studirt haben.

§ 8. Der Kandidat hat, wenn er ein Kantonsangehöriger ist, bei einer Hausarbeit 30 Franken, bei zwei Hausarbeiten 50 Franken, — wenn er aber

ein Kantonsfremder ist, bei einer Hausarbeit 50 Franken, bei zwei Hausarbeiten 70 Franken an die Erziehungsratskanzlei zu Handen der Staatskasse zu entrichten.

Kandidaten, welche nicht wenigstens zwei Semester an der hiesigen Hochschule studirt haben, bezahlen die gesamten Prüfungskosten.

§ 9. In der schriftlichen Anmeldung an den Präsidenten der Prüfungskommission hat der Aspirant zunächst ausdrücklich zu erklären, in welcher der drei Hauptabteilungen (§ 3), beziehentlich in welchen einzelnen Nebenfächern er überhaupt geprüft sein will.

Es gilt dabei als Regel, dass jeder Aspirant in einer der drei Hauptabteilungen eine vollständige Prüfung zu bestehen und durch dieselbe seine Befähigung nachzuweisen hat, in den zu jener Hauptabteilung gehörenden Fächern durch alle Klassen der genannten Anstalten unterrichten zu können.

Daneben steht es dem Aspiranten frei, aus einer der beiden andern Hauptabteilungen einzelne Fächer zu bezeichnen, in denen er ausserdem geprüft sein will, um seine Befähigung zum Unterrichte in denselben, sei es für die ganze Anstalt, sei es nur für die untere Abteilung derselben, zu erweisen.

§ 10. Der schriftlichen Anmeldung ist ausser den Zeugnissen, welche zum Nachweise der in §§ 7 und 8 geforderten Vorbedingungen notwendig sind, ein Lebensabriss (curriculum vitae) beizufügen, in welchem der Aspirant über Gang, Methode und Ausdehnung seiner Studien Rechenschaft zu geben und namentlich dasjenige Fach derselben zu bezeichnen hat, in welchem er vorzugsweise gearbeitet hat und daher auch eine ins einzelne gehende Prüfung wünschen muss.

Es steht ihm frei, dabei zugleich ein oder mehrere Themata anzugeben, welche er vorzugsweise gründlich zu bearbeiten sich getraut.

IV. Das Examen.

§ 11. Die Prüfung ist teils schriftlich, teils mündlich, und wird, ohne die Hauptabteilung im allgemeinen und als Ganzes aus dem Auge zu verlieren, doch mit besonderer Rücksicht auf die vom Aspiranten selbst angegebene Studienrichtung (§ 10) angestellt.

§ 12. Die schriftlichen Arbeiten sind teils längere Hausarbeiten, welche der Examinand zu Hause mit Benutzung aller ihm zugänglichen Hülfsmittel in Musse ausarbeitet, teils kürzere Klausurarbeiten, welche er unter Aufsicht und unter beständiger Anwesenheit eines Mitgliedes der Kommission oder eines der zugezogenen Fachmänner anzufertigen hat.

§ 13. Die Themata zu den Hausarbeiten sind jedenfalls mit besonderer Rücksicht auf die eigentümliche Studienrichtung des Examinanden zu bestimmen.

Hat der Aspirant selbst (s. § 10) dergleichen für sich vorgeschlagen, so wird wenigstens eine Hausarbeit seiner Wahl ihm aufgegeben.

§ 14. Mit der Eingabe der Arbeiten an das Präsidium der Kommission erklärt der Examinand zugleich stillschweigend, dass er der alleinige und selbständige Verfasser derselben nach Stoff und Form ist.

Sollte darüber Zweifel oder Verdacht entstehen, so bleibt der Kommission eine nähere Untersuchung vorbehalten. Führt diese zum Beweise des Gegenteils, so ist der Aspirant sofort zurückzuweisen, und kann in diesem Falle erst nach Verfluss von zwei Jahren um Erlaubnis zu nochmaliger Zulassung zunächst beim Erziehungsrat einkommen, welcher nach Anhörung der Prüfungskommission über die Zulässigkeit dieses Gesuches entscheidet.

§ 15. Von der Beschaffenheit der Hausarbeiten, über welche die Kommission auf einen motivirten Antrag derjenigen Mitglieder, welche die spezielle

Korrektur übernommen haben, entscheidet, hängt die Zulassung zu den Klausurarbeiten und zu der mündlichen Prüfung ab.

§ 16. Diejenigen Aspiranten, deren Hausarbeiten nicht als genügend sich herausstellen, werden für dieses Mal zurückgewiesen und können sich erst nach einem Jahre wieder zum Examen melden.

§ 17. Kandidaten, welche von der Zürcher Hochschule den Doktorgrad sich erworben haben, oder sonst über ihre Tüchtigkeit genügende Belege einzureichen im Stande sind, kann auf den motivirten Antrag der Prüfungskommission von dem Erziehungsrate das Examen teilweise erlassen werden.

§ 18. An der Beratung und Schlussfassung über den Ausfall des Examens und die Erteilung und Fassung des Diploms nehmen, ausser den Mitgliedern der Kommission, eventuell die zugezogenen Examinatoren (§ 5) mit gleicher Berechtigung teil.

§ 19. Der Zeugnisnummern sind vier: I vorzüglich befähigt, I b wohlbefähigt, II befähigt, III ziemlich befähigt. Wer in einem zu der von ihm gewählten Hauptabteilung gehörigen Fache nicht einmal die letzte Zeugnisnummer sich erworben hat, erhält kein Diplom; dagegen wird demselben auf seinen Wunsch von der Prüfungskommission über andere Fächer, in denen er mindestens die Nummer II erhalten hat, ein Zeugnis ausgestellt.

§ 20. Zuletzt wird durch Stimmenmehrheit darüber entschieden, ob dem Kandidaten überhaupt ein Diplom auszustellen, und welche Gesamtzensur in demselben seiner Befähigung zu geben sei.

§ 21. Diejenigen Aspiranten, welche kein Diplom erhalten haben, können sich erst nach einem Jahre wieder zum Examen melden.

Doch kann ihnen dann von der Kommission ein Teil der Prüfung, namentlich was die Hausarbeiten anbelangt, erlassen werden.

V. Besondere Bestimmungen für die drei Hauptabteilungen.

A. Altklassische Philologie.

§ 22. Das der Anmeldung beizufügende curriculum vitae (§ 10) muss in lateinischer Sprache abgefasst sein und soll namentlich auch denjenigen Schriftsteller, beziehentlich Literaturzweig bezeichnen, in welchem der Aspirant eingehende mit Kritik und Interpretation des Einzelnen verbundene Studien gemacht hat.

§ 23. Aus dem Bereiche dieser besondern Studienrichtung, eventuell nach der eigenen Wahl des Aspiranten, werden demselben zwei Hausarbeiten gegeben.

§ 24. Die eine Hausarbeit, welche in lateinischer Sprache abzufassen ist, besteht in der kritisch-exegetischen Behandlung eines längern und schwierigern Stückes aus einem griechischen oder lateinischen Schriftsteller, wobei der Examinand zu zeigen hat, dass er eine gründliche Kenntnis der allgemeinen und besondern Grammatik besitzt, die Kritik methodisch zu handhaben und seinen Schriftsteller allseitig, in Worten und Sachen, nach Inhalt und Form zu verstehen und zu erklären im Stande ist.

§ 25. Die andere Hausarbeit, welche in deutscher Sprache abzufassen ist, besteht in einer historischen, beziehentlich literar-historischen Darstellung, welche sich auf selbständige Quellenforschung gründet und zugleich die nötige Bekanntschaft mit der einschlagenden neuern Literatur beurkundet.

§ 26. Die Klausurarbeiten sind folgende:

1) Verdeutschung und schulmässige populäre Auslegung eines Stückes aus einem gewöhnlichen Schulschriftsteller, und zwar aus einem griechischen,

wenn in der lateinischen Hausarbeit ein lateinischer, aus einem lateinischen, wenn in derselben ein griechischer Schriftsteller behandelt worden ist.

Der Examinand kann Lexikon und Grammatik dabei mitbringen; einen Text, nach Gutfinden des Examinators mit oder ohne Noten, erhält er in der Klausur.

Zeit: ein Vormittag von 7—12 Uhr.

2) Zwei deutsch diktirte Extemporalien, von denen das eine lateinisch, das andere griechisch nachzuschreiben ist, und wobei der Examinand seine Sicherheit in Kenntnis und Handhabung der gewöhnlichen Formenlehre und Syntax, namentlich auch seine Vertrautheit mit der Akzentuation im Griechischen zu zeigen hat.

Zeit: für jedes Extemporale 1 Stunde, wovon eine Viertelstunde auf die Durchsicht des Nachgeschriebenen zu rechnen ist.

3) Kurze Erörterung irgend einer praktischen Frage aus dem Gebiete der Gymnasialpädagogik, wobei der Examinand Gelegenheit findet, zu zeigen, ob und in wie weit er sich mit der Geschichte und hauptsächlichsten Literatur des Gymnasialwesens bekannt gemacht und über dasselbe nachgedacht hat.

Zeit: zwei bis drei Stunden.

§ 27. Zur mündlichen Prüfung gehört:

1) Befragung über eine oder beide Hausarbeiten, wobei der Examinand über dieselben im einzelnen genaue Rechenschaft zu geben, gegen etwaige Zweifel oder Einwürfe sich zu verteidigen und überhaupt zu zeigen hat, dass die nach § 14 stillschweigend vorausgesetzte Annahme in der Wahrheit begründet ist.

Zeit: eine Stunde.

2) Behandlung je eines leichten Stückes aus einem lateinischen und aus einem griechischen Schulautor — von denen weder der eine noch der andere Gegenstand der lateinischen Hausarbeit oder der Klausurarbeit gewesen sein darf. — Ohne Vorbereitung. — Der Examinand liest und verdeutscht das ihm bezeichnete Stück, und hat dann die Fragen zu beantworten, welche je nach dem Texte in Bezug auf Grammatik, Metrik, alte Geschichte, Mythologie, Antiquitäten u. s. w. daran geknüpft werden.

Zeit: je 1—1½ Stunden.

3) Befragung über alte Geschichte im weitern Sinne, (also Mythologie, Antiquitäten, Literatur und Kunst inbegriffen), teils im einzelnen mit Rücksicht auf die besondere Studienrichtung des Examinanden, teils im allgemeinen, wobei derselbe zu zeigen hat, dass er mit dem Gange, den Quellen und den modernen Behandlungen der alten Geschichte überhaupt bekannt ist.

Zeit: 1—1½ Stunden.

4) Befragung über die pädagogische Klausurarbeit, wobei dem Examinanden weitere Gelegenheit gegeben wird, in diesem Fache seine Kenntnisse zu zeigen oder seine Ansichten zu entwickeln.

Zeit: ½—1 Stunde.

5) Freier Vortrag geschichtlichen, literarhistorischen oder überhaupt räsonnirenden Inhalts, zu welchem dem Examinanden das Thema 3 Tage vorher gegeben wird. Der Vortrag soll nach Stoff und Form auf die Bedürfnisse der Schule, beziehentlich einer bestimmten Abteilung derselben, berechnet sein, wird öffentlich gehalten und dauert ¾—1 Stunde.

§ 28. Denjenigen Kandidaten, welche mindestens ein Jahr lang ordentliche Mitglieder des philologisch-pädagogischen Seminars gewesen sind, kann auf Grund des ihnen ausgestellten Seminarzeugnisses (s. d. Reglement über das Seminar § 49) von Seiten der Prüfungskommission ein Teil dieses Examens erlassen werden.

B. Geschichte (mit Geographie als Hülfsfach).

§ 29. In dem der Anmeldung beizufügenden Lebensabriss hat der Aspirant:

1) denjenigen Teil der Weltgeschichte, in welchem er spezielle auf die Quellen gestützte Studien gemacht hat,

2) eine der alten und eine der neuern Sprachen zu bezeichnen, deren er wenigstens bis zum sichern Verständnis der in denselben abgefassten Geschichtsquellen mächtig ist.

§ 30. Aus dem Bereiche dieser besondern Studien, eventuell nach der eigenen Wahl des Aspiranten, wird das Thema der einen Hausarbeit bestimmt. Sie besteht in der kritischen Untersuchung und zusammenhängenden Darstellung eines dunkeln oder streitigen Punktes der Geschichte unmittelbar aus den Quellen und mit Bezugnahme auf die etwa schon vorhandenen Bearbeitungen.

§ 31. Die andere Hausarbeit besteht in der auf die Bedürfnisse der Schule, beziehentlich eine Abteilung derselben, berechneten Darstellung eines grössern Abschnittes aus der Weltgeschichte, wobei zugleich die geographischen Verhältnisse zu berücksichtigen sind.

Kenntnis und zweckmässige Benutzung wenigstens der bedeutendern Hülfsschriften wird hiebei verlangt.

§ 32. Die Klausurarbeiten sind folgende:

1) Verdeutschung und geschichtliche Erläuterung eines Stückes aus einem alten — beziehentlich mittelalterlichen — und eines Stückes aus einem neuen Quellenschriftsteller oder Geschichtsschreiber, beides in den (§ 29) von dem Kandidaten vorzugsweise getriebenen Sprachen.

Zeit: je ein Vormittag von 7—12 Uhr.

2) Kurze Darstellung der physischen Geographie eines Landes mit Rücksicht auf den Vortrag einer bestimmten Begebenheit aus der Weltgeschichte. Der Examinand erhält dazu eine gute Terrainkarte des betreffenden Landes.

Zeit: 2—3 Stunden.

§ 33. Zur mündlichen Prüfung gehören folgende Stücke:

1) Befragung über eine oder beide Hausarbeiten in der in § 27, 1 vorgeschriebenen Weise.

2) Befragung über die ganze Weltgeschichte, zunächst über den Teil derselben, innerhalb dessen sich die besondern Studien des Examinanden bewegt haben, dann aber auch über alle andern Teile derselben, wobei der Examinand eine sichere und klare Übersicht der Hauptbegebenheiten nach Chronologie und innerm Zusammenhange und einige Bekanntschaft mit den hauptsächlichsten Quellen und den bedeutendsten Darstellungen zu beurkunden hat.

Zeit für jeden der drei Teile der Weltgeschichte (alte, mittlere und neue) je $^3/_4$—1 Stunde.

3) Befragung über physisch-politische Geographie einiger Hauptländer, welche in der Weltgeschichte eine bedeutende Rolle gespielt haben, wobei auch die Hauptresultate der mathematischen Geographie berührt werden können.

4) Verdeutschung eines Stückes aus einem lateinischen oder griechischen Geschichtsschreiber ohne Vorbereitung: 1 Viertelstunde.

5) Verdeutschung eines Stückes aus einem modernen Geschichtsschreiber in derjenigen neuern Sprache, die der Kandidat gewählt hat, ohne Vorbereitung: 1 Viertelstunde.

6) Freier Vortrag geschichtlichen Inhalts in der in § 27, 5 vorgeschriebenen Weise.

C. Deutsche und neuere Sprachen.

§ 34. Von den fremden Sprachen kommen hier nur Französisch, Englisch und Italienisch in Betracht.

In Bezug auf das Deutsche wird wenigstens gründliche Kenntnis des Mittelhochdeutschen verlangt.

Von den alten Sprachen muss der Aspirant wenigstens des Lateinischen soweit mächtig sein, um den Zusammenhang desselben mit den neuern Sprachen, beziehentlich die Entwickelung der romanischen Sprachen aus demselben, mit Sicherheit verfolgen zu können.

§ 35. Wer sich zum Examen in dieser Abteilung meldet, hat dasselbe mindestens in zwei Sprachen zu bestehen, welche er in seiner Anmeldung ausdrücklich namhaft zu machen hat.

§ 36. Die Hausarbeiten bestehen:

1) Für das Deutsche in einer literarhistorischen Arbeit, welche sich auf die ältere Zeit bezieht und dem Examinanden zugleich Gelegenheit gibt, seine sprachlichen Kenntnisse wenigstens im Mittelhochdeutschen zu zeigen.

2) Für jede der fremden Sprachen, für welche sich der Aspirant gemeldet hat, in einer in eben dieser Sprache abgefassten Arbeit, welche demselben Gelegenheit gibt, zugleich seine literarhistorischen und seine sprachlichen Kenntnisse, wie seine stilistische Gewandtheit in derselben zu zeigen.

§ 37. Die Klausurarbeiten sind folgende:

1) Übertragung einer Stelle aus einem alt- oder mittelhochdeutschen Schriftstücke in das gegenwärtige Deutsch, und grammatische Erklärung derselben.

2) Verdeutschung und schulmässige Erläuterung eines verhältnismässig schwierigen Stückes aus jeder der Sprachen, in denen der Aspirant examinirt sein will.

Für diese beiden Arbeiten gilt das in § 27, 1 Bestimmte.

3) Ein deutsch diktirtes Extemporale, welches gleich in jeder der betreffenden Sprachen nachzuschreiben ist.

Für diese Extemporalien gilt das in § 27, 2 Bestimmte.

§ 38. Zur mündlichen Prüfung gehört:

1) Befragung über die verschiedenen Hausarbeiten, jedesmal in derjenigen Sprache, in welcher jede derselben abgefasst ist.

2) Behandlnng eines leichtern Stückes aus jeder der betreffenden Sprachen, ebenfalls allemal in dieser Sprache selbst, beides nach der in § 27, 2 vorgeschriebenen Weise.

3) Befragung über die Literatur der betreffenden Sprachen nach der in § 27, 3 vorgeschriebenen Weise.

4) Verdeutschung eines Stückes aus einem lateinischen Autor, ohne Vorbereitung: 1 Viertelstunde.

5) Ein freier Vortrag in jeder der betreffenden Sprachen, nach der in § 27, 5 vorgeschriebenen Weise.

VI. Bestimmungen für die besondern Prüfungen.

§ 39. Für diejenigen Aspiranten, welche (s. § 9) ausser in einer Hauptabteilung, auch noch in einem oder mehrern Fächern der andern beiden Hauptabteilungen geprüft zu werden wünschen, wird die Prüfungskommission in jedem einzelnen Falle im Anschluss an die betr. in §§ 11—38 enthaltenen Bestimmungen den Modus dieser besondern Prüfung bestimmen.

§ 40. Dasselbe gilt von solchen, welche ausser in den obligatorischen Fächern der Hauptabteilungen auch noch in andern Fächern geprüft zu werden wünschen, wie z. B. in Sanskrit, Sprachvergleichung, Archiv- und Handschriftenkunde, mittelalterlichen Sprachen und dergl. mehr.

§ 41. Durch gegenwärtiges Reglement, welches auf Anfang des Sommersemesters 1884 in Kraft tritt, wird dasjenige vom 14. August 1861 als aufgehoben erklärt.

88. *4.* **Reglement über die Erteilung der Doktorwürde an der philosophischen Fakultät der Hochschule Bern. Vom 5. November 1884.**

§ 1. Die Anmeldung zur Erlangung der Doktorwürde in der philosophischen Fakultät geschieht schriftlich bei dem Dekan der Fakultät.

§ 2. Dem Meldungsschreiben sind beizufügen:

a. Eine Dissertation in lateinischer Sprache, wenn sich die Studien des Kandidaten auf ältere Philologie erstrecken; in lateinischer oder einer beliebigen andern Sprache, wenn sie sich auf Philosophie, neuere Philologie, Geschichte, Mathematik, Physik, Chemie und Naturgeschichte beziehen.

b. Eine Lebensbeschreibung des Kandidaten, in welcher besonders der Gang seiner Studien dargestellt sein soll. Diese Lebensbeschreibung ist in derselben Sprache, wie die Dissertation zu schreiben.

c. Ein Sittenzeugnis, ein Zeugnis der Reife von einer höhern Lehranstalt und Ausweise über genügende akademische Studien (Universität oder Polytechnikum).

d. Eine Summe von 300 Franken, welche bei der Anmeldung zu erlegen ist.

§ 3. Die philosophische Fakultät zerfällt in Rücksicht der Doktorprüfungen in zwei Sektionen:

1) In die philosophisch-historische und
2) in die mathematisch-naturwissenschaftliche. Der Kandidat bestimmt drei Fächer, in denen er examinirt werden will, indem er eines derselben als Hauptfach bezeichnet, doch ist die Philosophie für jedes Examen verbindlich, sowie auch eine hinlängliche Kenntnis der lateinischen Sprache, um die in derselben geschriebene Fachliteratur zu lesen. In der naturwissenschaftlichen Sektion berücksichtigen zwei ihrer Mitglieder die letzteren Anforderungen bei den Prüfungen ihres Faches.

§ 4. In den einzelnen Fächern examiniren diejenigen Professoren, welche für den Vortrag derselben angestellt sind. Wenn jedoch mehrere Professoren desselben Faches an der Universität tätig sind, so bestimmen dieselben unter sich den oder die Examinatoren.

§ 5. Vor dem mündlichen Examen werden dem Kandidaten drei wissenschaftliche von der Fakultät gebilligte Fragen vorgelegt, die er schriftlich, ohne Hülfsmittel, unter Klausur zu beantworten hat. Es werden ihm zur Lösung jeder dieser Fragen drei Stunden Zeit gegönnt. Über die Beantwortung erstattet der Professor, von welchem die Frage gestellt worden, der Fakultät vor Beginn des mündlichen Examens Bericht.

§ 6. Die Beurteilung des mündlichen Examens, bei welchem für das Hauptfach 45 Minuten, für jedes Nebenfach 30 Minuten verwendet werden, geschieht in der Sitzung der Fakultät durch die Professoren, welche das Examen abgehalten haben. Wenn die Mehrheit der Stimmen sich für den Doktoranden entscheiden, so wird ihm die Doktorwürde erteilt.

Bei Kandidaten, welche das schweizerische Staatsexamen für Pharmazeuten bestanden haben, tritt an die Stelle des mündlichen Examens ein Kolloquium, das sich über drei Fächer zu erstrecken hat; eventuell können sie von den Klausurarbeiten dispensirt werden. Ebenso können Kandidaten, welche als Mitglieder eines der bei der philosophischen Fakultät der Universität Bern bestehenden Seminarien eine preisgekrönte Arbeit geliefert, und solchen, welche das bernische Gymnasiallehrerexamen mit Erfolg bestanden haben, die Klausurarbeiten erlassen werden.

§ 7. Ergiebt sich Stimmenmehrheit für den Kandidaten, so wird ihm das Doktordiplom ausgehändigt, sobald seine Dissertation gedruckt und der Fakultät in 100 Exemplaren eingereicht ist.

Erhält der Kandidat nicht die Mehrheit der Stimmen, so wird er abgewiesen; er erhält dabei die Hälfte der nach § 2 erlegten Summe zurück. Eine Wiederholung des Examens wird ihm nicht vor Ablauf eines halben Jahres gestattet.

§ 8. Die von dem Kandidaten bezahlte Gebühr wird nach Abzug der Kosten für den Druck des Diploms, unter die Examinatoren, den Dekan und den Sekretär gleichmässig verteilt. Der Abwart der Hochschule erhält 5 Franken, weitere 10 Franken sollen der Bibliothek der Hochschule zufallen.

§ 9. Es bleibt dem Ermessen des Doktoranden überlassen, ob er nach bestandenem Examen noch seine Dissertation oder bekannt gemachte Thesen gemäss § 7 des Reglements vom 15. Februar 1836 in einer öffentlichen Disputation verteidigen will.

§ 10. Entschliesst sich der Doktorand zu einer öffentlichen Disputation, so hat die Fakultät für dieselbe den Präses zu ernennen, welcher zugleich Promotor ist. Der Doktorand sucht sich selbst die Opponenten und bestimmt die Sprache, in welcher er disputiren will; für ein Thema aus der alten Philologie soll er sich jedoch nach § 7 des Reglementes vom 15. Februar 1836 und nach Analogie des § 2 des vorliegenden Reglements der lateinischen Sprache bedienen.

§ 11. Die Formel, welche der Dekan dem Doktoranden nach beendigter Prüfung bei Aushändigung des Diploms vor versammelter Fakultät, oder der Promotor nach beendigter Disputation vor dem versammelten Publikum, vorspricht und auf welche der Doktorand das Handgelübde an Eides statt ablegt, lautet:

„Sie sollen bei der Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie geloben, stets der Wissenschaft, welcher Sie sich widmen, so viel Sie vermögen, zu dienen und ihre Würde aufrecht zu erhalten; Sie sollen geloben, die Interessen der Universität Bern, besonders der philosophischen Fakultät, nach Kräften zu fördern."

§ 12. Die philosophische Fakultät behält sich vor, aus eigenem Antrieb an Männer von vorzüglicher Gelehrsamkeit und ausgezeichneten Verdiensten in Anerkennung derselben die Würde eines Doktors der Philosophie honoris causa zu erteilen. (Siehe Art. 13 des Reglements über die Erteilung der Doktorwürde vom 26. März 1836.)

§ 13. Hiemit wird das Reglement vom 18. Januar 1847 aufgehoben.

---

89. *5.* **Promotionsordnung für die medizinische Fakultät der Hochschule Zürich.** Vom Regierungsrate genehmigt am 30. Mai 1885.

§ 1. Zur Erlangung der Doktorwürde muss der Kandidat sich beim Dekan durch eine schriftliche Eingabe melden, welcher beizufügen sind:

1) Entweder der Ausweis über die abgelegte eidgenössische Medizinalprüfung oder die akademischen Zeugnisse über seinen Studiengang sowohl in den propädeutischen als in den medizinischen Fächern;
2) eine Dissertation aus dem Gebiete der medizinischen Wissenschaften, welche der Kandidat nach erfolgter Genehmigung auf seine Kosten dem Drucke zu übergeben hat.

§ 2. Wenn die Dissertation auf Anregung eines Fakultätsmitgliedes ausgearbeitet worden ist, so wird dieselbe diesem zur Prüfung übergeben. Ein empfehlendes Votum desselben ist für Annahme entscheidend; sein Name wird

in diesem Falle auf dem Titel der gedruckten Dissertation vermerkt. Ist das erste Votum zweifelhaft oder ablehnend oder ist die Dissertation nicht auf Anregung eines Fakultätsmitgliedes ausgearbeitet, so muss dieselbe mit einem Referate des betreffenden Fachlehrers bei allen Fakultätsmitgliedern zirkuliren und wird angenommen, wenn zwei Drittel der schriftlich Abstimmenden sich dafür erklären; auch kann in diesen Fällen ein Kolloquium über den Inhalt der Dissertation verlangt werden.

§ 3. Mit Abnahme der Dissertation ist zugleich die Zulassung zur Doktorprüfung ausgesprochen. Im ersten schriftlichen Teil derselben hat der Kandidat unter Klausur zwei durchs Los gezogene Fragen zu bearbeiten, von welchen die eine ein Thema aus Anatomie oder Physiologie, die andere ein solches aus Pathologie und Therapie, Chirurgie oder Geburtshülfe enthält. Diese Arbeiten zirkuliren bei den Fakultätsmitgliedern, welche auf Grund derselben schriftlich über Zulassung zur mündlichen Prüfung nach einfacher Majorität abstimmen. Die mündliche Prüfung erstreckt sich ausser auf die oben genannten Fächer noch auf allgemeine Anatomie, pathologische Anatomie, Arzneimittellehre und Augenheilkunde. Sie ist bestanden, wenn sich zwei Drittel der anwesenden Fakultätsmitglieder dafür erklären.

Denjenigen Kandidaten, welche im Besitz des Ausweises über die abgelegte eidgenössische Medizinalprüfung sind, wird die medizinische Doktorprüfung, nicht aber die Dissertation, erlassen.

§ 4. Nach bestandener Prüfung und nach Einlieferung von 160 Exemplaren der gedruckten Dissertation wird dem Promovirten ein amtliches Diplom ausgefertigt.

Ein Duplikat desselben wird dem Senatsarchiv einverleibt.

§ 5. Die Gebühren, welche vor der mündlichen Prüfung (resp. bei der Anmeldung) zu entrichten sind, betragen 405 Fr. und 15 Fr. für den Pedell.

Eine etwa notwendige Wiederholung der Prüfung ist unentgeltlich. Über die Zulässigkeit und den Zeitpunkt der Wiederholung wird durch Fakultätsbeschluss entschieden. Eine Rückzahlung findet auch bei definitiver Abweisung nicht statt.

Denjenigen Kandidaten, welche bei der Meldung (§ 1) den Ausweis über die abgelegte eidgen. Medizinalprüfung einreichen, werden 150 Fr. erlassen.

Die Verteilung der Gebühren geschieht folgendermassen:

1) 300 Fr. (resp. 150) an die Fakultätsmitglieder; ein Ordinarius bezieht zweimal soviel als ein Extraordinarius;
2) 15 Fr. dem Dekane;
3) 10 Fr. an die Fakultätskasse;
4) 35 Fr. an die Kantonalbibliothek;
5) 30 Fr. dem Rektor;
6) 15 Fr. dem Sekretär der Universität.

§ 6. Für hervorragende Verdienste um die Medizin kann die Fakultät das Doktordiplom honoris causa verleihen.

Der Staat übernimmt die Kosten der Ehrendiplome.

§ 7. Durch gegenwärtige Promotionsordnung wird diejenige vom 15. Februar 1882 aufgehoben.

d. Witwen- und Waisenstiftung.

90. Statuten der Witwen- und Waisenstiftung für die reformirte Geistlichkeit und die Lehrerschaft der höhern Unterrichtsanstalten des Kantons Zürich. Vom 5. Dezember 1885.

§ 1. Die gesamte reformirte Geistlichkeit des Kantons Zürich sowie die gesamte Lehrerschaft an den höhern Unterrichtsanstalten des Kantons in ihrem gegenwärtigen und künftigen Bestande sind zum Eintritt in die Stiftung verpflichtet. Den Lehrern an den höhern Unterrichtsanstalten der Städte Zürich und Winterthur, sowie diejenigen Professoren des Polytechnikums, welche gleichzeitig eine besoldete Stelle an einer höheren Lehranstalt des Kantons Zürich bekleiden, den Pfarr-Vikaren und Hülfspredigern steht der Eintritt in die Stiftung frei.

Für die reformirten Geistlichen beginnt die Teilnahme mit dem 1. Januar nach ihrer Anstellung als Pfarrer oder Pfarrverweser, für die Lehrer mit dem 1. Januar nach ihrer provisorischen oder definitiven Anstellung an den höhern Unterrichtsanstalten.

Die Verpflichtung zur Teilnahme erlischt für die Geistlichen mit dem Verlassen einer besoldeten Stelle oder mit dem Austritt aus dem zürcherischen Ministerium, für die Lehrer mit dem Aufhören der Anstellung. Ausgenommen sind die Geistlichen und Lehrer mit Ruhegehalt.

Die Austretenden verlieren alle Rechte und Ansprüche an die Stiftung, es sei denn, dass sie den Jahresbeitrag von 76 Franken (§ 2) regelmässig fortbezahlen und denselben auf 1. Januar franko dem Kirchenrat, beziehungsweise der Erziehungsdirektion zu Handen der Stiftung einsenden.

§ 2. Der Jahresbeitrag für sämtliche Mitglieder der Stiftung beträgt 76 Franken und muss jeweilen auf den 1. Januar einbezahlt werden. Für die zur Teilnahme Verpflichteten und die nach § 1 Lemma 1 zur Teilnahme berechtigten Geistlichen und Lehrer gibt der Staat an diesen Jahresbeitrag je 36 Franken und zieht die restirenden 40 Franken von der Besoldungsrate des vierten Quartals ab.

§ 3. Beim Ableben eines Teilnehmers zahlt die Stiftung an die Witwe bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung eine jährliche Rente von 400 Franken. Wenn keine Witwe überlebt oder wenn sie als solche stirbt oder wenn sie sich wieder verheiratet hat, wird diese Rente an die hinterlassenen Kinder des Teilnehmers so lange ausgerichtet, bis das jüngste Kind das 16. Altersjahr zurückgelegt hat.

Die Rente wird zum ersten Male auf den Todestag des Teilnehmers fällig und wird auch weiterhin während der ganzen Dauer auf diesen Termin ausbezahlt.

§ 4. Über die Witwen- und Waisenstiftung wird eine abgesonderte Verwaltung geführt, deren Kontrole der Aufsichtskommission (§ 7) beziehungsweise dem Regierungsrate zusteht. Es gelten dabei folgende Grundlagen:

a) Die Summe der Jahresbeiträge bildet die Jahreseinnahme, aus welcher jede neue Witwe nach dem diesen Statuten beigedruckten Tarife für eine lebenslängliche Rente von 400 Franken resp. das jüngste Kind für eine ebensolche Rente bis und mit dem 16. Altersjahr, eingekauft wird.

Der Unterschied zwischen Einnahme und Ausgabe zeigt vorläufig den Gewinn oder Verlust des Rechnungsjahres.

b) Die also erstellten Gewinn- oder Verlustergebnisse werden je zu 5 Jahren zusammengerechnet. Aus dem sich ergebenden Gewinn wird ein Reserve-

fond gebildet; ergibt sich ein Verlust, so wird derselbe aus dem Reservefond gedeckt. (Vgl. § 5.)

c) Verheiratet sich eine Witwe wieder oder sterben die Kinder, welche die Rente beziehen, vor dem 16. Altersjahre, so fällt die Einkaufssumme, abzüglich der bereits aushin bezahlten Renten, zurück. Dieselbe soll zunächst den allfälligen Verlust desjenigen Quinquenniums, aus welchem sie herstammt, decken; soweit aber ein solcher Verlust gedeckt oder gar nicht vorhanden ist, wird die teilweise, resp. ganze Rückfallssumme dem Reservefond zugeteilt.

d. Bei Ausmittlung von Gewinn oder Verlust und von Rückfallssummen wird kein Zins berechnet, sondern immer nur das Kapital.

§ 5. Der infolge des bisherigen Vertrags mit der Rentenanstalt vom 10. November 1860 angesammelte Hülfsfond geht mit 1. Januar 1886 an die durch gegenwärtige Statuten begründete Stiftung über. Allfällige Geschenke und Legate, welche demselben zufallen, werden zum Kapital geschlagen. Der Hülfsfond dient in erster Linie zu weiterer Garantie der von der Stiftung nach § 3 übernommenen Verpflichtungen, soweit der Reservefond hiezu nicht ausreichen sollte, und es darf das Kapital des Hülfsfonds nur zu solchen Deckungen angegriffen werden. Die laufenden Zinse können zu Unterstützungen von Witwen oder Kindern in besondern Notfällen verwendet werden. Die bezüglichen Beschlüsse werden im Einverständnis mit dem Kirchen- resp. Erziehungsrate von der Aufsichtskommission gefasst.

§ 6. Die sämtlichen laufenden Geschäfte, und die Rechnungsstellung über die Stiftung im allgemeinen, sowie über den Reserve- und den Hülfsfond werden in Verbindung mit der Kantonalbank von einer Verwaltung besorgt, welche die Aufsichtskommission in oder ausser ihrer Mitte bestellt, und deren Entschädigung sie unter Genehmigung des Regierungsrates festsetzt.

§ 7. Als Aufsichtsbehörde über die Stiftung wird eine Kommission von 7 Mitgliedern bestellt, in welche der Kirchenrat und der Erziehungsrat je 3 Mitglieder innert oder ausser ihrer Mitte bezeichnen. Das siebente Mitglied, welches den Vorsitz führt, wählt der Regierungsrat. Die Aufsichtskommission wählt ihren Vizepräsidenten und Aktuar, bestellt und beaufsichtigt gemäs § 6 die Verwaltung, trifft die nötigen Vereinbarungen mit der Kantonalbank, erlässt die zur Vollziehung der Statuten erforderlichen reglementarischen Bestimmungen und fasst die ihr gemäs § 4 und 5 der Statuten zustehenden Beschlüsse. Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt 3 Jahre, die Erneuerung findet jeweilen nach derjenigen der kantonalen Behörden statt.

§ 8. Vorstehende Statuten werden vom Kirchen- und Erziehungsrate der Synode der Geistlichen und den Kollegien der Lehrerschaft der höhern Unterrichtsanstalten zur Zustimmung, und nachdem diese erfolgt ist, dem Regierungsrat und dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt.

Dieselben treten auf 1. Januar 1886 in Kraft.

C. Statistische Übersichten.

1884.

I. Primarschulen.

Kantone	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich	24792	27016	51808[1]	624	50	674
Bern	48761	49017	97778	1180	766	1946
Luzern			15653	265[2]	43[3]	308[3]
Uri			3182[4]	26	24	50[5]
Schwyz	3670	3651	7321	56[6]	70[6]	126[7]
Unterwalden o. d. W.	944	967	1911	10	27[8]	37
Unterwalden n. d. W.	878	747	1625	10	26	36[9]
Glarus	2757	2964	5721[10]	87	—	87
Zug	1782	1828	3610[11]	43	42	85[12]
Freiburg	10462	10069	20531[13]	245	192	437
Solothurn	6753	6443	13196	217	15	232
Basel-Stadt	2904	3080	5984	80	25	105
Basel-Land	5487	5430	10917[14]	130	5	135
Schaffhausen			6699	114	7	121
Appenzell A.-Rh.			9053[15]	103	—	103
Appenzell I.-Rh.			1600[16]	17	8	25
St. Gallen	16205	16175	32380[17]	477	19[18]	496
Graubünden	7337	6833	14170[19]	413	55	468
Aargau			30622	479	81	560
Thurgau			16877[20]	260	8	268
Tessin	8759	8505	17264[21]	196	290	486[22]
Waadt			36000[23]	480	380	860[23]
Wallis			19818[24]	258	223	481
Neuenburg			22916[25]	133	275	408
Genf	4498	4364	8862	98	131	229
1884			455498	6001	2762	8763
1881			434080	5840	2525	8365
Differenz			+21418	+161	+237	+398

[1]) Darunter 37107 Alltagsschüler, 10080 Ergänzungsschüler und 4671 Singschüler des 10. Schuljahres. — NB. Auch die Ergänzungsschüler sind Singschüler.
[2]) Fachlehrer und Fachlehrerinnen an der Stadtschule Luzern eingeschlossen.
[3]) Darunter 9 Ordenspersonen.
[4]) Darunter 2822 Alltags- und 360 Wochenschüler.
[5]) „ 9 Geistliche und 23 Ordensschwestern.
[6]) „ 6 Geistliche und 67 Ordensschwestern.
[7]) „ 95 Ganztag- und 31 Halbtagsschulabteilungen.
[8]) „ 24 Ordensschwestern.
[9]) „ 5 Geistliche und 25 Ordensschwestern.
[10]) „ 464 Repetirschüler und 636 Repetirschülerinnen.
[11]) „ 460 Repetirschüler (206 Knaben und 254 Mädchen).
[12]) „ 10 Hülfslehrer und 9 Hülfslehrerinnen, 10 Geistliche, 6 Klosterfrauen und 27 Ordensschwestern.
[13]) 15 Kleinkinderschulen inbegriffen.
[14]) Darunter 698 Halbtagsschüler und 1846 Repetirschüler.
[15]) „ 1534 Übungsschüler.
[16]) Annähernde Angabe.
[17]) Darunter 4863 Ergänzungsschüler (2069 Knaben und 2294 Mädchen). Unter den 496 Schulen sind 67 Halbjahrschulen, 47 Dreivierteljahrschulen, 13 geteilte Jahrschulen, 47 Halbtagjahrschulen, 64 teilweise Jahrschulen und 258 Ganztagjahrschulen.
[18]) Darunter 7 Klosterfrauen und 3 Lehrschwestern.
[19]) Schuljahr 1881/82.
[20]) Im Sommer 13094 Alltagschüler und 3038 Repetirschüler: im Winter 15966 Alltagschüler, Gesangschüler 8481 im Sommer und 8371 im Winter.
[21]) Obligatorisch Verpflichtete 19662 (9977 Knaben und 9685 Mädchen). Von den Fehlenden sind 2246 Entschuldigte.
[22]) Darunter 6 Ordenspersonen.
[23]) Annähernde Angaben.
[24]) Es fehlen circa 10 Schulen.
[25]) Excl. 1407 Kleinkinderschüler.

II. Fortbildungsschulen, Rekrutenschulen etc.

Kantone	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich	2046	38	2084	203	1	204
Luzern { Fortbildungsschulen	1224	—	1224			
Luzern { Rekrutenschulen	1112	—	1112			
Glarus	514	21	535	69	1	70
Zug, Rekrutenschulen	164	—	164	11	—	11
Freiburg, Abendschulen			3023			
Solothurn	2098[1])	—	2098	226	—	226
Baselland	1032	—	1032	94	—	94
Schaffhausen { obligatorische	202	—	202			
Schaffhausen { freiwillige	202	—	202			
Appenzell A.-Rh.	688[2])	72[2])	760	59	4	63
St. Gallen	1954	298[3])	2252	221	13	234
Graubünden[4])						
Aargau { gewerbliche	295	--	295			
Aargau { freiwillige	1088	—	1088			
Thurgau { obligatorische	2371[1])	—	2371	253	—	253
Thurgau { freiwillige			380	38	—	38
Tessin, Zeichnungsschulen	573	—	573			
Waadt, Cours complémentaires						
Genf, Ecole complémentaire	105	—	105			
1884	15668	429	19500			
1881			12758			
Differenz			+6742			

[1]) Obligatorisch für Knaben.
[2]) 11 obligatorische Fortbildungsschulen für Knaben und 4 Arbeitsschulen für Mädchen.
[3]) 8 Arbeitsschulen für Mädchen.
[4]) 11 Abendschulen.

Bemerkung. Es bestehen auch Rekrutenschulen in Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Wallis, Waadt.

III. Arbeitsschulen für Mädchen.

Kantone	Schulen	Schülerinnen	Lehrerinnen
Zürich	336	11111	385
Bern	1824	49811	1513
Luzern		6470	
Zug	40	1530	29
Freiburg	141		109
Solothurn	212	6145	
Baselland	114	3216	114
Appenzell A.-Rh.	29	2960	29
St. Gallen		10719	
Aargau	304	12178	317
Thurgau		5763	
		70903	

Bemerkung. Es bestehen auch Arbeitsschulen für Mädchen in Glarus, Schaffhausen, Graubünden, Baselstadt; ebenso wird Unterricht in weiblichen Handarbeiten erteilt in den Kantonen Schwyz, Nidwalden, Innerrhoden, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf.

IV. Sekundarschulen.

Kantone	Zahl	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich	89	2597	1546	4143	155	—	155
Bern	61	1880	1997	3877	190	89	289
Luzern	30	484	292	776			
Uri	4	16	29	45	3	2	5
Schwyz	8	126	73	199	14	2	16[1]
Glarus	9	222	60	282	15	1	16
Zug	6	104	56	160			24
Freiburg	6	137	118	255	17	2	19[2]
Solothurn	12	381	108	489			
Basel	3	989	1187	2176	57	4	61
Baselland	5	269	84	353	15	2	17
Schaffhausen	8	385	233	618	32	—	32
Appenzell A.-Rh.	8			278	19	2	21
Appenzell I.-Rh.	1	19	—	19	1	—	1
St. Gallen	34	874	685	1559	55	—	55[2]
Graubünden	15						
Aargau { Fortbildungsschulen	25	450	614	1064	25	—	25
Aargau { Bezirksschulen	26	1277	495	1772			76[3]
Thurgau	23	507	187	694	30	—	30
Tessin	30[4]	465	265	730			
Waadt	19[6]	903	901	1804			174[5]
Neuenburg	3[7]	105	39	144			
Genf	12	132	108	240			
1884	437	12322	9077	21677			
1881	413			20131			
Differenz	+24			+1546			

[1]) 3 Geistliche und 2 Ordensschwestern. [2]) Annähernde Angaben. [3]) Dazu 105 Hülfslehrer und Hülfslehrerinnen. [4]) 19 Knaben- und 11 Mädchenschulen. [5]) Dazu 66 Fachlehrer und Fachlehrerinnen. [6]) Collèges communaux. [7]) Sekundarschulen ausserhalb des Hauptortes.

V. Lehrer- und Lehrerinnen-Seminarien.

Seminarien	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich. Staatsseminar in Küssnacht	90	3	93	11	—	11
Städtisches Lehrerinnenseminar in Zürich	—	52	52	—	—	17[1]
Evangelisches Privatseminar in Unterstrass	52	—	52	12	—	12
Bern. Kant. Lehrerseminar in Münchenbuchsee	124	—	124	10	—	10
Kant. Lehrerseminar in Pruntrut	49	—	49	7	—	7
Lehrerinnenseminar in Hindelbank	—	32	32	2	2	4
„ „ Delsberg	—	22	22	2	1	3
„ „ Bern[2])	—	44	44	—	[3])	—
Luzern. Lehrerseminar in Hitzkirch	18	—	18	—	—	—
Schwyz. „ „ Schwyz	10	—	10			
Zug. Kath. Privatseminar in Zug						
Freiburg. Lehrerseminar in Altenryf	80	—	80			
Solothurn. „ „ Solothurn	31	—	31			
St. Gallen. „ „ Rorschach	44	—	44			
Übertrag	498	153	651			

[1]) Incl. Lehrer an der Töchterschule. [2]) Abteilung der Mädchenschule Bern. [3]) Gemeinsame Lehrerschaft mit den übrigen Abteilungen.

V. Lehrer- und Lehrerinnen-Seminarien (Schluss).

Seminarien	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Übertrag .	498	153	651			
Graubünden. Lehrerseminar in Chur .	55	—	55	10	—	10
Privatseminar in Schiers .	27	—	27			
Aargau. Lehrerseminar in Wettingen .	38	—	38			
Lehrerinnenseminar in Aarau .	—	48	48	5	2	7
Thurgau. Lehrerseminar in Kreuzlingen	53	—	53	6	—	6
Tessin. Lehrerseminar in Locarno . .	22	—	22		—	
Lehrerinnenseminar in Locarno	—	38	38			
Waadt. Lehrerseminar in Lausanne .	71	—	71			
Lehrerinnenseminar in Lausanne	—	56	56			
Wallis. Deutsches Lehrerinnenseminar in Brieg	—	8	8			
Französ. Lehrerinnenseminar in Sitten	—	30	30			
Französ. und deutsches Lehrerseminar in Sitten	45	—	45			
Neuenburg. Gymnase pédagogique à Neuchâtal	19	—	19			
Sous-section des élèves institutrices	—	30	30			
Genf. Gymnase, section de pédagogie non classique	7	—	7			
Section pédagogique de l'école des jeunes filles	—	30	30[1]			
1884 . .	835	393	1228			
1881 . .	946	310	1256			
Differenz .	−111	+83	−28			

[1]) Annähernd.

VI. Mittelschulen.

(Kantonsschulen, Gymnasien, Industrieschulen, Töchterschulen etc.)

Schulen	Schüler	Lehrer
Zürich. Kantonales Gymnasium in Zürich	377	43
Kantonale Industrieschule in Zürich	103	
Töchterschule in Zürich	86	
Gymnasium in Winterthur	139	19
Industrieschule in Winterthur	24	
Mädchenschule in Winterthur	65	
Kantonales Technikum in Winterthur	321[1])	21
Kantonale landwirtschaftliche Schule bei Zürich . . .	45	10
Kunstgewerbeschule in Zürich	66[2])	4
Seidenwebschule in Wipkingen	42	3
Bern. 4 Progymnasien	422	31
Kantonsschule in Pruntrut	112	15
Städtisches Gymnasium in Bern	384	31
Fortbildungsklasse und Handelsklasse	36[3])	
Gymnasium in Burgdorf	165	8
Lerberschule in Bern	351[4])	27
Übertrag .	2688	

[1]) 172 Schüler und 149 Hospitanten. [2]) Incl. Besucher einzelner Fächer. [3]) Töchter. [4]) Incl. Sekundar- und Elementarschule.

VI. Mittelschulen.

Kantonsschulen, Gymnasien, Industrieschulen, Töchterschulen (Schluss).

Schulen.	Schüler	Lehrer
Übertrag .	2688	
Luzern. 3 Mittelschulen	123	
Realschule in Luzern	119	
Gymnasium in Luzern	104	27
Lyzeum in Luzern	43	
Kunstgewerbeschule in Luzern	69	
Uri. Kantonsschule in Altorf	45	6
Schwyz. Kollegium des Stiftes Maria Hilf	295	23
Obwalden. Kantonallehranstalt in Sarnen	152	13
Gymnasium des Stiftes Engelberg	73	12
Zug. Kantonale Industrieschule und städtisches Gymnasium	98	12
Freiburg. Kollegium St. Michael	267	—
Solothurn. Kantonsschule in Solothurn	217	25
Basel. Gymnasium	501	37
Realschule	771	38
Töchterschule	520	31
Fortbildungsklasse (Töchter)	54	—
Schaffhausen. Gymnasium in Schaffhausen	111	16
Appenzell A.-Rh. Kantonsschule in Trogen	51	5
St. Gallen. Kantonsschule in St. Gallen	252	29
Graubünden. Kantonsschule in Chur	230[1]	28
Aargau. Kantonsschule in Aarau	144	24
Thurgau. Kantonsschule in Frauenfeld	167	20
Tessin. 4 Gymnasien und technische Schulen	317	
Kantonal-Lyzeum	30	
Waadt. Collège cantonal à Lausanne	265	
Ecole industrielle cantonale à Lausanne	431	
Gymnase à Lausanne	86	
Ecole supérieure de filles à Lausanne	274	
Wallis. Lycée-collège de Sion	100	
Collège de St-Maurice	145	
Collège de Brigue	79	
Neuenburg. École secondaire, classes industrielles et commerciales	148	
" " classes latines	122	
" " industrielle et supérieure de filles	360	
Gymnase	71[2]	
Ecole secondaire et industrielle du Locle	98[3]	
" " " " de la Chaux-de-Fonds	179[4]	
Genf. Collège de Genève	1094	
Collège de Carouge	36	
Ecole industrielle et commerciale	128	
Gymnase	120	
Ecole industrielle et commerciale de filles	1066	
Ecole des arts industriels	258[5]	
1884	12500	
1881	10329	
Differenz	+2171	

[1]) Excl. Lehrerseminar. [2]) Excl. section pédagogique. [3]) Darunter 58 Mädchen. [4]) Darunter 102 Mädchen. [5]) Abteilungen: Modelage, figure et ornements, retouche du plâtre, sculpture, ciselure, céramique, aquarelle et composition.

VII. Hochschulen, Akademien, Tierarzneischulen, Fakultäten. Winter 1884/85.

Schulen	Studenten	Hospitanten	Darunter Damen	Total	Von den Studenten sind		
					Kantonsbürger	Andere Schweizer	Ausländer
Schweiz. Polytechnikum Zürich							
Bauschule	30					22	8
Ingenieurschule	92					31	61
Mech.-technische Schule	88					38	50
Chem.-technische Schule	119					61	58
Forstschule	19					18	1
Landwirtschaftliche Schule	19					11	8
VI. Abteilung (Fachlehrer)	46					43	3
	413	289[1])		702		224	189
Hochschule in Zürich							
Theologische Fakultät	28	—	—	28	22	5	1
Staatswissenschaftl. Fakultät	53	19	2	72	23	25	5
Medizinische Fakultät	199	8	30	207	55	83	61
Philosophische Fakultät	153	28	22	181	55	40	58
Tierarzneischule	33	—	—	33	8	21	4
	466	55	54	521	163	174	129
Hochschule in Bern							
Evang. theolog. Fakultät	37	1	—	38	27	9	1
Kathol. theolog. Fakultät	10	1	—	11	1	8	1
Juristische Fakultät	136	2	1	138	105	29	2
Medizinische Fakultät	184	4	39	188	47	67	70
Philosophische Fakultät	70	167	13	237	41	18	11
Tierarzneischule	46	—	—	46	24	21	1
	483	175	53	658	245	152	86
Hochschule in Basel							
Theologische Fakultät	79	—		79	14	49	16
Juristische Fakultät	46	4		50	17	29	—
Medizinische Fakultät	113	8		121	19	80	14
Philosophische Fakultät	76	37		113	32	25	19
	314	49		363	82	183	49
Université de Genève[2])							
Faculté des Sciences	93	48		141	24	32	37
Faculté des Lettres	45	299		344	14	14	17
Section de Philosophie	16	19		35	12	2	2
Faculté de Droit	44	25		69	8	9	27
Faculté de Théologie	17	2		19	3	1	13
Faculté de Médecine	92	29		121	16	44	32
	307	422		729	77	102	128
Académie de Neuchâtel[2])							
Faculté des Lettres	8	40		48	—		
„ des Sciences	6	16		22	—		
„ de Théologie	7	—		7	—		
„ de Droit	4	14		18	—		
	25	70		95	37	38	20

VII. Hochschulen, Akademien, Tierarzneischulen, Fakultäten. Winter 1884/85. (Schluss.)

Schulen	Studenten	Hospitanten	Darunter Damen	Total	Von den Studenten sind		
					Kantonsbürger	Andere Schweizer	Ausländer
Académie de Lausanne[2]							
Faculté des Lettres . .	16	10		26			
„ des Sciences . .	43	19		62			
„ technique . . .	21	5		26			
„ de Théologie . .	18	3		21			
„ de Droit . . .	13	23		36			
	111	60		171	87	16	8
Theolog. Anstalt in Luzern .	11	—		11			
Faculté de Droit à Fribourg	13	—		13			
Ecole dentaire à Genève[2] .	27	4		31			
Cours de Droit à Sion .	14	—		14			
1884 . .	2484	1144		3308			
1881 . .				2643			
Differenz .				+665			

1) Darunter 130 Studenten der Hochschule. 2) Winter 1883/84.

VIII. Beiträge des Bundes an landwirtschaftliche Schulen und Kurse. (1885.)

	Zahl der Vorträge	Kurse	Ausgaben der Kantone	Beitrag Fr.
a. An landwirtschaftliche Schulen:				
Kantonale landwirtschaftliche Schule im Strickhof bei Zürich . . .				6300
„ „ „ in Rüti bei Bern				4517
„ „ „ in Cernier (Neuenburg) . . .				1517
b. An Kantone für Wandervorträge und Spezialkurse:				
Zürich	112	14	8802	780
Bern	48	13	2934	1500
Luzern	30	8	1360	780
Uri	—	1	100	300
Schwyz	2	1	325	300
Unterwalden o. d. W.	3	—	75	75
Zug	1	4	446	150
Baselland	—	4	647	300
Schaffhausen	—	1	215	180
Graubünden	31	8	2185	1266
Aargau	43	18	2644	1500
Total .	270	72	14733	
c. An landwirtschaftliche Vereine für Wandervorträge und Spezialkurse:				
Schweizerischer landwirtschaftlicher Verein				5507
Verband der landwirtschaftlichen Vereine der romanischen Schweiz .				4280
Landwirtschaftlicher Verein der italienischen Schweiz				505
Schweizerischer alpwirtschaftlicher Verein				600
Total .				30357

IX. Ausgaben des Bundes für die gewerbliche Bildung in den Kantonen. (1885.)

Bildungsanstalten	Budgetirte Ausgaben	Beiträge der Kantone und Gemeinden	Bundes-subvention
Zürich. Technikum in Winterthur	85000	72000	9069
Gewerbemuseen Zürich und Winterthur (incl. Kunstgewerbeschule Zürich)	74400	49457	15827
Schweiz. perm. Schulausstellung in Zürich	1000	760	300
Korbflechterschule in Winterthur	5000	—	900
Seidenwebschule in Wipkingen	36300	21300	5000
4 Gewerbeschulen	20520	14242	5229
Bern. Kunstschule in Bern	14000	5800	461
Muster- und Modellsammlung in Bern	13090	8840	4000
Schweiz. perm. Schulausstellung in Bern	2400	2100	300
3 Uhrmacherschulen	54624	31204	13500
2 Schnitzlerschulen	14231	9346	3373
1 Spielwaarenschule in Bern	3200	1500	500
10 Handwerker- und Zeichnungsschulen	17881	9813	4200
Luzern. Kunstgewerbeschule in Luzern	8600	5440	2900
Uri. Gewerbliche Fortbildungsschule in Altorf	440	300	140
Schwyz. 2 gewerbliche Fortbildungsschulen	1379	872	413
Obwalden. 2 Zeichnungsschulen	1590	1060	530
Nidwalden. 2 Zeichnungsschulen	914	609	305
Zug. Handwerkerzeichnungsschule in Zug	900	600	300
Freiburg. Ecole professionnelle à Fribourg	750	500	250
Solothurn. Uhrenmacherschule in Solothurn	10239	2500	1250
Handwerkerschule in Solothurn	5759	4159	1600
Basel. Gewerbemuseum	12010	7240	3350
Zeichnungs- und Modellirschule	44500	20000	8050
Frauenarbeitsschule	19200	5000	1964
Baselland. 2 gewerbliche Zeichnungsschulen	2150	1350	500
Schaffhausen. Technische Fortbildungsschule	3350	2400	1000
St. Gallen. Gewerbemuseum (incl. Zeichnungsschule) in St. Gallen	60950	41000	10000
2 Fortbildungs- und Zeichnungsschulen	17518	8600	213
Graubünden. Gewerbeschule in Chur	814	650	200
Aargau. 5 Handwerkerschulen	9400	5310	1480
Thurgau. 2 Fortbildungsschulen	2528	1587	575
Tessin. 15 Zeichnungsschulen	38761	30976	5000
Waadt. Musée industriel à Lausanne	922	672	250
Cours d'enseignement professionnel à Lausanne	3600	2542	1100
Ecole industrielle et commerciale à Lausanne	4914	3110	1804
Wallis. Ecole industrielle Sitten	1180	855	325
Neuenburg. Ecole d'art	6520	4420	2100
2 Ecoles d'horlogerie	56412	33903	12878
Cours d'enseignement professionnel au Locle	2157	1170	500
Ecole de dessin professionnelle	2194	1864	330
Genf. Musée industriel	31867	24867	7000
Ecole des arts industriels	93085	74010	19075
Académie professionnelle	12497	8497	4000
Total	798746	522425	152041

8.—1730

Verlag von Orell Füssli & Co. in Zürich.

Bericht

über Gruppe 30 der schweizerischen Landesausstellung in Zürich 1883.

Das Unterrichtswesen

von **Dr. H. Wettstein,**

Seminar-Direktor.

Preis 5 Mark.

Die Schweizerischen Lehrerbildungsanstalten.

Kurze Geschichte, Organisation und Statistik derselben

von **J. J. Schlegel.**

Preis 3 Mark.

Die Praxis der schweizerischen Volks- und Mittelschule.

Beiträge für spezielle Methodik und Archiv für Unterrichtsmaterial.

Herausgegeben unter Mitwirkung vieler bedeutender Schulmänner.

Von **J. Bühlmann,**

Lehrer in Luzern.

Jährlich 4 Hefte von 4 bis 5 Bogen. Preis 5 Mark.

*** Von dieser Revue, welche besonders die praktische Schulführung im Auge hat und alle neu auftauchenden praktischen Fragen einlässlich berücksichtigt, liegen bereits fünf Jahrgänge mit höchst wertvollem Inhalt vor.

Die Normalwörtermethode

Ein Begleitwort zur Fibel

von **H. R. Rüegg,**

Professor in Bern.

Zweite umgearbeitete und vermehrte Auflage.

Preis 1 Mark.

Die Kunst der Rede.

Lehrbuch der Rhetorik, Stilistik, Poetik

von **Dr. Adolf Calmberg,**

Lehrer der deutschen Sprache und Literatur am Zürcher Lehrerseminar.

2. Auflage.

Preis 3 Mark.

*** Zum ersten Male wird hiermit ein Lehrbuch dargeboten, welches mit Berücksichtigung des mündlichen Vortrages alle wichtigen Regeln der deutschen Prosa und Poesie auf klare, allgemein verständliche Weise in einem handlichen Bande zusammenstellt.

Verlag von Orell Füssli & Co. in Zürich.

Schweizerisches Schularchiv.

Organ der Schweizerischen Schulausstellung in Zürich.

Mit Gratisbeilage: „Pestalozziblätter“ und
„Die gewerbliche Fortbildungsschule“.

Redaktion: Dr. O. Hunziker, Sekundarlehrer Schurter und Lehrer Stifel.

Erscheint in monatlichen Nummern und ist der Preis für den ganzen Jahrgang

nur 2 Mark.

*** Dieses Schulblatt, das in erster Linie das Organ der permanenten Schulausstellung ist, wünscht daneben ein Sprechsaal für die materiellen und ideellen Interessen der Schule in ihrem ganzen Umfange zu sein. In Folge Verbindung mit Pädagogen der romanischen Schweiz kann das Blatt auch die Schulverhältnisse der welschen Schweiz mitberücksichtigen.

Schulbüchlein für die schweiz. Volksschule.

Herausgegeben unter Mitwirkung bewährter Schulmänner verschiedener Kantone

von **H. R. Rüegg**, Professor in Bern.

Sprachbüchlein für die	I. Klasse (Fibel)	geb.	35 Rp.
„ „ „	II. „	„	50 „
„ „ „	III. „	„	80 „
„ „ „	IV. „ (Lehr- und Lesebuch I)	„	70 „
„ „ „	V. „ (Lehr- und Lesebuch II)	„	75 „
„ „ „	VI. „ (Lehr- und Lesebuch III)	„	75 „

☞ Bei Bestellungen ist genau anzugeben, ob die Ausgabe in deutscher Schrift (alte oder neue Orthographie) oder in Rundschrift (Antiqua) gewünscht wird.

Schulbücher für Mittelschulen.

Spörri, H., Deutsches Lesebuch für schweizerische Sekundar-, Real- und Bezirksschulen.
I. Teil geb. 3 Fr.
II. Teil geb. 3 Fr.
III. Teil geb. 3 Fr. 50 Rp.

Scherr, J. Thomas, Der schweizerische Bildungsfreund. Ein republikanisches Lesebuch. 2 Teile geb. à 2 Fr.

Strickler, J., Dr., Kleine Schweizergeschichte. Lehr- und Lesebuch für die vaterländische Jugend. 2 Teile. In 1 Bd. geb. 3 Fr.

Lehrbücher für den Unterricht in der französischen, englischen und italienischen Sprache.

Baumgartner, A.,	Französische Elementargrammatik	geb. 75 Rp.
— —	Lehrbuch der französischen Sprache	geb. 2 Fr. 25 Rp.
— —	Lese- und Uebungsbuch	geb. 1 Fr. 20 Rp.
— —	Französisches Uebersetzungsbuch	geb. 60 Rp.
Keller, Karl,	Systematische französische Sprechübungen, 2. Aufl.	geb. 1 Fr. 50 Rp.
Baumgartner, A.,	Lehrgang der englischen Sprache,	I. Teil 1 Fr. 80 Rp.
— —	„ „ „	II. Teil 2 Fr.

Klein, Th. H., Dr., Englische Diktirübungen. Für den Gebrauch in Schulen und beim Privatunterrichte. geb. 2 Fr.

Lardelli, Giov., Prof., Letture scelte ad uso degli studiosi della lingua italiana. Geb. 3 Fr.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Educ R 2228.4
neuer

Sammlung

neuer Gesetze und Verordnungen

nebst statistischen Übersichten

über das gesamte Unterrichtswesen

in der

Schweiz

im Jahr 1886.

Zusammengestellt und bearbeitet von

C. Grob,

Redaktor der schweizer. Unterrichtsstatistik für die Landesausstellung in Zürich 1883.

Zürich,
Verlag von Orell Füssli & Cie.
1887.

Verlag von ORELL FÜSSLI & Co. in Zürich.

Illustrirte Schweizergeschichte

von

F. von Arx,

Seminarlehrer in Solothurn,

Unter Mitwirkung von Dr. J. STRICKLER.

Ausgabe für Schulen. Mit 144 Illustrationen.

Cartonnirt 3 Fr. 50 Cts.

Die Nachfrage nach einem den neuesten Ansprüchen der Schulmänner angemessenen Lehrmittel für den Unterricht in der Schweizergeschichte ist eine alte und erhebt sich in Folge der fortschreitenden Hochachtung gegen die Arbeiten der Forscher in immer weitern Kreisen.

Wir wollen nicht entscheiden, welchem der Bewerber, die dem tiefgefühlten Bedürfnisse abzuhelfen den Wagemut und auch ein tieferes Verständnis der Aufgabe besassen, der Preis zuerkannt werden könnte; jedenfalls darf aber mit Recht behauptet werden, dass von Arx seinen Konkurrenten den Vorrang in mehrfacher Beziehung streitig macht.

Seine Schweizergeschichte für Mittelschulen ist ein neuer Beweis, wie der anerkannte Schulmann sich opferfreudig dem ihm vorschwebenden Zweck hingegeben hat. Je mehr man sich mit seinem Buche beschäftigt, desto anerkennender für die Auswahl und Behandlung des Stoffes sowohl, als die frische, vollendete Darstellung in knapper Form wird man sich aussprechen.

Das Buch ist besonders als Schulbuch bestimmt und soll beim Unterricht in Sekundar-, Bezirks-, Real-, Gewerbe-, Industrieschulen etc. dienen. Es bietet den Geschichtsstoff in abgerundeten Bildern oder Monographien, die äusserlich wie die Glieder einer Kette aneinander gereiht und innerlich durch das Verhältnis von Ursache und Wirkung miteinander verbunden sind. Die auf der am 6. Oktober 1884 in Basel stattgefundenen Jahresversammlung der schweizerischen Mittelschullehrer stark betonten Wünsche, auch das kulturgeschichtliche und biographische Moment zu berücksichtigen, sind gebührend respektirt; auch für dieses ist die monographische Form gewählt. Schulanstalten, die aus Mangel an Zeit im Unterricht neben der politischen Geschichte die kulturhistorischen Bilder nicht behandeln können, mögen dieselben theilweise oder ganz der Privatlektüre der Schüler überlassen. Um der studirenden Jugend die Übersicht über die geschichtlichen Begebenheiten und die Einsicht in die staatlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes zu erleichtern, ist jedem Hauptabschnitt eine kurze, übersichtliche Darstellung der wichtigsten Ereignisse desselben beigefügt.

Das Buch, von warmem, patriotischem Hauch durchweht, wird dazu beitragen, die Schweizer Jugend nicht nur in die Kenntnis der heimatlichen Geschichte einzuführen, sondern in ihr auch die Liebe zum teuern Vaterlande wecken und kräftigen, sie für alles vaterländisch Schöne und Grosse begeistern und zu edler Menschlichkeit heranbilden.

Um die Einführung zu erleichtern, haben wir den Preis für die Schüler-Ausgabe auf nur 3 Fr. 50 Cts. festgesetzt.

Im Verhältnis zu der Ausstattung, insbesondere der beigegebenen 144 schönen Illustrationen, ist der Preis ein ausserordentlich bescheidener und ermöglicht auch unbemittelten Schulkindern die Anschaffung.

Vorrätig in allen Buchhandlungen.

Sammlung

neuer Gesetze und Verordnungen

nebst statistischen Übersichten

über das gesamte Unterrichtswesen

in der

Schweiz

im Jahr 1886.

Zusammengestellt und bearbeitet von

C. Grob,

Redaktor der schweizer. Unterrichtsstatistik für die Landesausstellung in Zürich 1883.

Zürich,
Verlag von Orell Füssli & Cie.
1887.

HARVARD COLLEGE
July 14, 1927
LIBRARY
Federal Department
of the Interior,
Switzerland

Buchdruckerei von **W. Hepting** in Andelfingen.

Vorwort.

Die vom Unterzeichneten veranstaltete Sammlung neuer Gesetze und Verordnungen nebst statistischen Übersichten über das gesamte Unterrichtswesen in der Schweiz in den Jahren 1883—1885 wird hiemit für das Jahr 1886 fortgesetzt, da der Bund und eine Reihe von Kantonen das Bedürfnis nach einem solchen Nachschlagebuch durch Übernahme einer Anzahl Exemplare bekundet und damit das Unternehmen für den Verleger für diesmal wieder gesichert haben. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, dass die noch fehlenden Kantone ihr Interesse an einer jährlich wiederkehrenden Orientirung über das Unterrichtswesen im gemeinsamen Vaterlande in der Folge auf ähnliche Weise betätigen werden.

Die Sammlung konnte nicht so frühzeitig erscheinen, wie der Autor gewünscht hätte, weil die Subskriptionen teilweise spät eingingen und der Druck erst beginnen konnte, als wenigstens 300 Exemplare bestellt waren.

Freilich ist hiemit nicht alles getan. Die Unterstützung des Unternehmens muss auch in anderer Richtung nicht ausbleiben, wenn der Zweck der Arbeit erfüllt werden soll.

Die Einsendung der neuen Erlasse über das Unterrichtswesen in den Kantonen ist zwar auf ein Kreisschreiben des Unterzeichneten hin von den meisten Bureaux der kantonalen Erziehungsdirektionen in verdankenswerter Weise erfolgt, sodass dem ersten Teil der Arbeit, der eigentlichen Sammlung, die wünschbare Vollständigkeit nicht fehlen dürfte.

Dagegen war es mit grossen Schwierigkeiten verbunden, auch den zweiten Teil, die statistischen Übersichten, zu etwelcher Vollständigkeit zu bringen. Die eigentliche Quelle, aus welcher hiebei geschöpft werden musste, waren die offiziellen Jahresberichte der Erziehungsdirektionen. Die Hoffnung des Verfassers, dass die einzelnen berichterstattenden Organe ihre statistischen Angaben in dem im Vorwort zur Sammlung 1883/85 angedeuteten Sinne vervollständigen werden, erwies sich nur als teilweise begründet, indem es auch jetzt noch in vielen Berichten an den allernotwendigsten Zahlen fehlt.

Wenn man den offiziellen Jahresbericht eines kantonalen Erziehungs-Departements zur Hand nimmt, so glaubt man wenigstens die Zahl der Schulen, der verschiedenen Stufen, der Schüler (Knaben und Mädchen), der Lehrer und Lehrerinnen, der Ausgaben für das gesamte Unterrichtswesen darin zu finden. Leider sucht man diese Zahlen in einer grössern Anzahl von offiziellen Jahresberichten noch umsonst. Der Herausgeber hat mit der grössten Mühe die zerstreuten Zahlen zusammengetragen und einzelne kantonale Bureaux haben ihm zur Ergänzung willige Hand geboten, aber ein grosser Teil der stillen Wünsche musste unbefriedigt bleiben, weil vorerst eine bezügliche Erhebung in den betr. Kantonen hätte stattfinden müssen.

Es darf hier auch nicht verschwiegen werden, dass einzelne wenige Kantone auf wiederholte und immer dringlichere Gesuche sich nicht herbei liessen, die in den offiziellen Jahresberichten fehlenden Angaben für diese Sammlung soweit möglich zu ergänzen. Diese Erfahrung war dem Unterzeichneten um so verwunderlicher, als er selbst in seiner amtlichen Stellung oft in den Fall kommt, von andern Kantonen in ähnlicher Weise in Anspruch genommen zu werden und sich's immer zur ernsten Pflicht macht, *ohne Zögern* das Gewünschte nach Kräften zu leisten.

Der Herausgeber gibt die Hoffnung nicht auf, dass in den Bureaux der kantonalen Erziehungs-Direktionen bei Abfassung der Jahresberichte auch dem statistischen Teil von Jahr zu Jahr vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt und auf diesem Wege die Möglichkeit einer schweizerischen Berichterstattung erleichtert werde, und er wird auch weiterhin keine Anstrengung scheuen, die sukzessive Vervollständigung der gebotenen statistischen Übersichten zu erreichen.

Als erfreuliche Wahrnehmung ist zu verzeichnen, dass der eidgenössische Stand Nidwalden nun auch unter diejenigen Kantone eingerückt ist, welche einen gedruckten Jahresbericht über das Schulwesen veröffentlichen.

Zürich, im August 1887.

C. G.

Anmerkung: Die Berichtigung eines Fehlers auf pag. 176 findet sich auf pag. 180.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort III

A. Eidgenössische Gesetze und Verordnungen.

1. 1. Bundesbeschluss betreffend die Erweiterung der landwirtschaftlichen Abteilung am eidgenössischen Polytechnikum. (Vom 25. Juni 1886.) (Vom Bundesrat auf 1. Nov. 1886 in Vollziehung gesetzt) 1

2. 2. Bundesbeschluss betreffend die Erstellung eines Gebäudes für Physik und für die forstliche Versuchsstation der politechnischen Schule in Zürich, nebst Lokalitäten für die meteorologische Zentralanstalt. (Vom 30. Juni 1886) 1

3. 3. Bundesbeschluss betreffend die Beteiligung des Bundes an den Bestrebungen zur Erhaltung und Erwerbung vaterländischer Altertümer. (Vom 30. Juni 1886) 2

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Gesamtes Unterrichtswesen.

4. Loi sur l'Instruction publique du Canton de Genève. (Du 5 juin 1886) 2

II. Primarschulen.

a) Verordnungen, Lehrpläne, Reglemente.

5. 1. Règlement général des Ecoles primaires du Canton de Fribourg. (Du 9 juillet 1886) 25

6. 2. Programme prescrit pour les écoles primaires du Canton de Fribourg. (Du 18 janvier et 12 juillet 1886) 50

7. 3. Beschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt betr. die Schulbaunormalien. (Vom 16. Januar 1886) 59

8. 4. Dekret betreffend Ergänzung der Schulordnung. (Vom 27. Januar 1886.) (Kanton Uri) 61

9. 5. Regulativ des Landrates des Kantons Glarus über Behandlung der Schulversäumnisse (vom 17. Febr. 1886) nebst Verordnung betr. Massregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen 61

10. 6. Bestimmungen betreffend die Gesundheitspflege in den Schulen des Kantons Basel-Stadt (vom 27. Mai 1886) nebst Amtsordnung für den Schularzt 64

11. 7. Auszug aus dem Strafgesetzbuch des Kantons St. Gallen betreffend Pflichtvernachlässigung der Eltern. (Erlassen am 25. Nov. 1885, in Kraft getreten am 4. Januar 1886, in Anwendung mit 1. Mai 1886) 72

III. Fortbildungsschulen, Rekrutenschulen, Wiederholungskurse etc.

12. 1. Decreto circa l'istituzione di un corso scolastico preparatorio pei giovani che dovranno subire l'esame pedagogico federale innanzi alla Commissione di reclutamento. (6 maggio 1885.) (Kanton Tessin) 73

13. 2. Verordnung betreffend die kantonalen Rekrutenschulen im Kanton Schwyz. (Vom 2. Dezember 1885) 73

14. 3. Regierungsverordnung betreffend die bürgerlichen Fortbildungsschulen im Kanton Aargau. (Vom 15. Januar 1886) 74
15. 4. Lehrplan für die bürgerlichen Fortbildungsschulen im Kanton Aargau. (Erlass des Erziehungsrates vom 26. August 1886) . . . 75
16. 5. Straf- und Vorkurse für die Rekrutenprüfungen im Kanton Uri. (Erlass des Landrates vom 27. Januar 1886) 78
17. 6. Règlement provisoire pour les cours complémentaires de l'instruction publique primaire. (Du 14 octobre 1886.) (Kanton Waadt) . 78

IV. Handfertigkeitsunterricht für Knaben.

18. Programm des schweizerischen Bildungskurses für Lehrer an Handfertigkeits- und Fortbildungsschulen in Bern. (Erlass der Erziehungsdirektion vom 31. Mai 1886) 82

V. Sekundarschulen.

19. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Zürich an die Sekundar- und Bezirksschulpflegen betreffend die Erteilung von Stipendien an Sekundarschüler. (Vom 19. April 1886) 83

VI. Lehrerschaft an Primar- und Sekundarschulen.

a) Patentprüfungen.

20. 1 Regulativ für die Prüfungen der Primar- und Reallehrer des Kantons St. Gallen. (Vom Regierungsrat genehmigt am 10. Nov. 1886) 85
21. 2. Reglement für die Patentprüfungen der Primar-Lehrer und Lehrerinnen. (Vom Regierungsrat genehmigt am 31. Dezember 1886). (Kanton Baselland) 90

b) Unterstützungs- und Pensionskassen.

22. Statuten der Unterstützungskasse für die Volksschullehrer des Kantons St. Gallen. (Erlass des Erziehungsrates vom 21. Oktober 1886, vom Regierungsrat genehmigt am 25. Oktober 1886) . . 93

VII. Lehrer- und Lehrerinnenseminarien.

23. 1. Arrêté du Conseil d'Etat du Canton de Fribourg concernant le stage des instituteurs. (Du 25 janvier 1886) 98
24. 2. Règlement d'exécution concernant le stage des instituteurs. (Arrêté de la Direction de l'Instruction publique du Canton de Fribourg du 11 septembre 1886) 99

VIII. Gewerbliche, landwirtschaftliche und tierärztliche Berufsschulen und Kurse.

a) Gesetze.

25. Gesetz betreffend die Errichtung einer allgemeinen Gewerbeschule in Basel. (Vom 20. Dezember 1886) 100

b) Regulative etc. betreffend Prüfungen.

26. 1. Regulativ betr. die Anordnung und das Programm der Fähigkeitsprüfungen am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Erlass des Erziehungsrates vom 22. Juni 1886) . . . 105
27. 2. Vertrag des Erziehungsrates des Kantons Zürich mit dem Prüfungsausschuss des Geometerkonkordats betr. die Gültigkeit der Austrittsprüfungen der Geometerschule am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Vom Regierungsrat genehmigt am 16. Januar 1886) 107

c) Organisation von Kursen.

28. 1. Verordnung über die Ausübung des Hufbeschlages und die Ausbildung der Hufschmiede an der Lehrschmiede der Tierarzneischule in Bern. (Erlass des Regierungsrates vom 1. Sept. 1886) . . 108

29. 2. Programm des II. Instruktionskurses für Zeichnungslehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen in der Schweiz, am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur mit Bundessubvention veranstaltet. (Erlass des Erziehungsrates vom 10. Februar 1886) . . . 111

IX. Mittelschulen.

30. 1. Regolamento per il Liceo, il Ginnasio e le Scuole tecniche cantonali del ottobre 1886. (Kanton Tessin) 114
31. 2. Programmi per l'Insegnamento nel Liceo, nel Ginnasio e nelle Scuole tecniche cantonali. (Del 11 ottobre 1886.) (Kanton Tessin) . 124

X. Hochschulen.

a) Studienpläne, Verordnung.

32. 1. Studienplan für die Bernische Hochschule und Tierarzneischule. (Vom 5. Mai 1886) 134
33. 2. Reglement für das deutsche Seminar an der Hochschule in Zürich. (Erlass des Erziehungsrates vom 16. Januar 1886) . . . 141

b) Prüfungsreglemente.

34. 1. Promotionsordnung der theologischen Fakultät der Hochschule in Zürich. (Erlass des Erziehungsrates vom 3. März 1886, vom Regierungsrat genehmigt am 10. April 1886) 142
35. 2. Promotionsordnung der II. Sektion der philosophischen Fakultät der Hochschule in Zürich. (Erlass des Erziehungsrates vom 3. März 1886, vom Regierungsrat genehmigt am 10. April 1886) . . 145
36. 3. Reglement betreffend die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an der Hochschule in Zürich. (Erlass des Erziehungsrates vom 3. März 1886, vom Regierungsrat genehmigt am 10. April 1886) . . . 148

Anhang.

Bericht und Vorschläge der Kommission für Schulbau-Normalien in Baselstadt (vom Oktober 1885) nebst Tableau über auswärtige Schulhäuser 151
Masse der zweisitzigen Basler Subsellien (pag. 65) 166

C. Statistische Übersichten

I. Primarschulen 167
II. Fortbildungsschulen, Rekrutenschulen etc. 168
III. Arbeitsschulen für Mädchen 168
IV. Sekundarschulen 169
V. Lehrer- und Lehrerinnen-Seminarien 170
VI. Mittelschulen. (Kantonsschulen, Gymnasien, Industrieschulen, Töchterschulen, Fachschulen etc. (1885/86) 171
VII. Hochschulen, Akademien, Tierarzneischulen, Fakultäten. Winter 1885/86) 172
VIII. Privatschulen (incl. Besserungsanstalten). 174
IX. Kleinkinderschulen 174
X. Gesamtes Unterrichtswesen in der Schweiz. Ausgaben 1885 . . . 175
XI. Ausgaben von Staat und Gemeinden für das Volksschulwesen (incl. Sekundarschulen) 1885 176
XII. Ausgaben für die schweiz. Hochschulen. 1885 176
XIII. Schulvermögen der Gemeinden für das Volksschulwesen. 1885 . . 177
XIV. Ausgaben des Bundes für die gewerbliche Bildung in den Kantonen (1886) 177
XV. Beiträge des Bundes an landwirtschaftliche Schulen und Kurse (1886) . 180

I. Theil.

Gesetze und Verordnungen betr. das Unterrichtswesen in der Schweiz.

A. Eidgenössische Gesetze und Verordnungen.

1. 1. **Bundesbeschluss betreffend die Erweiterung der landwirtschaftlichen Abteilung am eidgenössischen Polytechnikum.** (Vom 25. Juni 1886.) (Vom Bundesrat auf 1. Nov. 1886 in Vollziehung gesetzt.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 5. Juni 1886, beschliesst:

Art. 1. Am eidgenössischen Polytechnikum werden Spezialkurse für die Bildung von Kulturtechnikern und von Landwirtschaftslehrern eingerichtet.

Art. 2. Zu diesem Zwecke, sowie zum Betrieb eines Versuchsfeldes für Obstbaumzucht und für Rebbau in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Abteilung, wird das jeweilige ordentliche Jahresbudget der polytechnischen Schule um den Betrag von Fr. 17,000 jährlich erhöht.

Art. 3. Der Bundesrat ist beauftragt, auf Grundlage der Bestimmungen des Bundesgesetzes betr. die Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse vom 17. Juni 1874 (Amtl. Samml. n. F. I, 116) die Bekanntmachung dieses Bundesbeschlusses zu veranstalten und den Beginn der Wirksamkeit desselben festzusetzen.

2. 2. **Bundesbeschluss betreffend die Erstellung eines Gebäudes für Physik und für die forstliche Versuchsstation der polytechnischen Schule in Zürich, nebst Lokalitäten für die meteorologische Zentralanstalt.** (Vom 30. Juni 1886.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsichtnahme einer Botschaft des Bundesrates vom 5. Juni 1886, beschliesst:

Art. 1. Für das eidgenössische Polytechnikum in Zürich soll ein Physikgebäude, in welchem gleichzeitig die schweiz. forstliche Versuchsstation und die meteorologische Zentralanstalt unterzubringen sind, erstellt werden.

Art. 2. Für den Ankauf des nötigen Bauterrains und für die Baute wird eine Summe von Fr. 1,050,000 bewilligt.

Art. 3. Dieser Beschluss tritt als nicht allgemein verbindlicher Natur sofort in Kraft.

Art. 4. Der Bundesrat ist mit der Ausführung desselben beauftragt.

3 3. **Bundesbeschluss betreffend die Beteiligung des Bundes an den Bestrebungen zur Erhaltung und Erwerbung vaterländischer Altertümer.** (Vom 30. Juni 1886.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 14. Juni 1886, beschliesst:

Art. 1. Es wird zur Erhaltung resp. Erwerbung vaterländischer Altertümer, sofern der jeweilige Stand der eidg. Finanzen dies gestattet, ein jährlicher, im Budget zu bestimmender Kredit, welcher Fr. 50,000 nicht übersteigen soll, ausgesetzt:

a) für Anschaffung solcher Altertümer, welche ein ausgesprochenes gemeineidgenössisches Interesse haben und über welche der Bund sich das Eigentums- und Verfügungsrecht vorbehält;
b) für Beteiligungen an Ausgrabungen;
c) für Beteiligung an der Erhaltung historisch oder künstlerisch bedeutsamer Baudenkmäler;
d) für Unterstützung kantonaler Altertumssammlungen, in Fällen, wo diese eine ihre Kräfte übersteigende Anschaffung von geschichtlichem Interesse zu machen wünschen.

Art. 2. Gegenstände, welche mit Bundesunterstützung erworben worden sind, dürfen ohne Genehmigung des Bundesrates nicht veräussert oder abgetreten werden.

Art. 3. Ueber die Bedingungen, unter welchen eine Bundessubvention verabfolgt werden kann, wird ein vom Bundesrate zu erlassendes Reglement das Nähere festsetzen.

Art. 4. Der Bundesrat ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt, welcher, als nicht allgemein verbindlicher Natur, sofort in Kraft tritt.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Gesamtes Unterrichtswesen.

Kanton GENF.

4. Loi sur l'Instruction publique. (Du 5 Juin 1886.)

Le Conseil d'Etat de la République et canton de Genève fait savoir que: le Grand Conseil, sur la proposition d'une Commission spéciale; décrète ce qui suit:

Titre premier. **Dispositions générales.**

Autorités scolaires. Art. 1. L'administration, la direction et la surveillance générale de l'Instruction publique appartiennent au Conseil d'Etat et, sous la surveillance de ce Corps, au Département de l'Instruction publique.

Art. 2. Il est institué une commission scolaire chargée de donner son préavis sur toutes les questions générales relatives à l'Instruction publique, notamment sur les règlements, les programmes, les manuels, les méthodes d'enseignement, le mode et le champ des examens, les

chaires et places à créer ou à supprimer. Ce préavis n'est obligatoire ni pour le Conseil d'Etat, ni pour le Département.

Art. 3. La Commission scolaire se compose de 30 membres, dont nommés par le Conseil d'Etat, sur la proposition du Département de l'Instruction publique. Les dix autres membres sont nommés par les fonctionnaires des différents établissements d'instruction publique dans les proportions suivantes: Trois par la conférence des écoles enfantines, primaires et complémentaires; un par la conférence des écoles pour l'enseignement professionnel; deux par la conférence de l'école secondaire et supérieure des jeunes filles; deux par la conférence du Collège et deux par le Sénat de l'Université. En outre, le Recteur de l'Université, les Doyens des Facultés, les Directeurs des établissements d'enseignement secondaire et primaire et les Inspecteurs font partie de droit de la Commission scolaire avec voix consultative.

Art. 4. Un règlement détermine le mode de nomination et le fonctionnement de la Commission scolaire.

Art. 5. La Commission scolaire est nommé à l'entrée en charge du Conseil d'Etat et pour la durée des fonctions de ce corps. Ses membres sont rééligibles.

Art. 6. Le Conseiller d'Etat chargé du Département de l'Instruction publique préside la Commission. Il la convoque toutes les fois que cela est nécessaire et lorsque dix de ses membres lui en font la demande par écrit.

Art. 7. Les Députés au Grand Conseil et les membres de la Commission scolaire peuvent en tout temps visiter les établissements d'iustruction publique.

Instruction obligatoire. Art. 8. Dès l'âge de six ans jusqu'à l'âge de quinze ans révolus, tous les enfants habitant le canton de Genève doivent recevoir dans les écoles publiques ou privées, ou à domicile, une instruction suffisante.

Art. 9. Cette instruction comprend au minimum la lecture, l'écriture, le dessin, le français, l'arithmétique, les éléments de la géographie et de l'histoire, l'histoire nationale, les premiers éléments des sciences physiques et naturelles, le chant, la gymnastique et de plus, pour les garçons, les notions constitutionelles et, pour les filles, les travaux à l'aiguille.

Art. 10. Chaque année, il est établi dans chaque commune un rôle des enfants soumis à l'instruction obligatoire. Ce rôle indique si les enfants reçoivent cette instruction dans les écoles de l'Etat, dans les écoles privées ou à domicile.

Art. 11. Les parents, les tuteurs ou, à leur défaut, les personnes chez lesquelles demeurent les enfants, sont tenus, s'ils en sont requis par l'autorité compétente, de justifier que les dits enfants reçoivent l'instruction fixée par l'art. 9. Ceux qui ne se conformeraient pas à la disposition prévue à l'art. 8 seront, après avertissement préalable, traduits devant le juge de paix, à la requête du Département de l'Instruction publique. Les contrevenants seront passibles des peines de police. En cas de seconde récidive, le juge prononce les arrêts de police et,

s'il s'agit de parents étrangers à la Suisse, le Conseil d'Etat peut ordonner l'expulsion du canton.

Art. 12. Les personnes qui occupent des enfants âgé de moins de quinze ans révolus ne peuvent s'opposer à ce qu'ils recoivent régulièrement l'instruction obligatoire. Les contrevenants à cette disposition sont punis de peines de police.

Enseignement privé. Art. 13. La liberté d'enseignement est garantie à tous les Suisses, sous réserve des dispositions prescrites par les lois dans l'intérêt de l'ordre public, des bonnes moeurs et de l'hygiène. Les étrangers ne peuvent enseigner qu'après avoir obtenu une autorisation du Conseil d'Etat. Cette autorisation, toujours révocable, s'obtient à la suite d'un examen ou sur la production d'un diplôme reconnu suffisant; un règlement fixe les conditions de cet examen.

Art. 14. Le Département s'assure en tout temps, par des inspections et par des examens semestriels faits avec la participation des inspecteurs, que les écoles privées, donnant l'instruction obligatoire, se conforment au programme prévu par l'art. 9 de la présente loi. Dans le cas où, à la suite de deux examens semestriels et consécutifs, le Conseil d'Etat a reconnu que l'instruction donnée dans une école est notoirement insuffisante, les parents ou les tuteurs des enfants sont mis en demeure de les envoyer dans d'autres écoles. Sur leur refus, le Département procède comme il est dit à l'art. 11.

Dispositions communes aux différents établissements d'instruction publique. Art. 15. L'instruction publique comprend: L'enseignement primaire; l'enseignement secondaire; l'enseignement supérieur.

Art. 16. Les fonctionnaires de l'instruction publique sont nommés par le Conseil d'Etat. Ils doivent être laïques. Il ne peut être dérogé à cette disposition que dans l'Université.

Art. 17. La somme des traitements résultant de fonctions dans l'enseignement public, combinées avec quelque autre emploi salarié par l'Etat, ne peut excéder la somme de 8,000 francs. Il pourra, dans certains cas exceptionnels, être dérogé à cette disposition par un arrêté du Grand Conseil.

Art. 18. Le Conseil d'Etat peut: a) Mettre à la retraite les fonctionnaires auxquels l'âge ou les infirmités ne permettent plus de donner convenablement leur enseignement. b) Suspendre ou révoquer les fonctionnaires qui manquent gravement à leurs devoirs pédagogiques ou dont la conduite est incompatible avec leurs fonctions. Les motifs de la mise à la retraite ou de la révocation sont communiqués par écrit au fonctionnaire intéressé. Celui-ci peut demander à être entendu par une délégation du Conseil d'Etat. Dans le cas où un fonctionnaire est mis à la retraite, et, suivant les circonstances, le Conseil d'Etat propose au Grand Conseil qu'il lui soit accordé une indemnité. Sont exceptés de cette dernière disposition les fonctionnaires qui sont appelés à bénéficier d'une pension de la Caisse de prévoyance.

Art. 19. Lorsqu'un fonctionnaire est empêché de donner son enseignement, le Département pourvoit à son remplacement. Les frais

de ce remplacement sont, dans la règle, à la charge du fonctionnaire. Un règlement détermine les cas où il est dérogé à cette disposition.

Art. 20. Lorsque les fonctionnaires de l'instruction publique sont convoqués pour des jurys d'examen ou de concours, ils sont tenus d'y assister, à moins d'une autorisation spéciale.

Art. 21. Le Conseil d'Etat peut, dans le programme d'études de chaque établissement primaire ou secondaire, ajouter des branches à celles qui sont spécifiées dans la présente loi. Il peut aussi en retrancher temporairement.

Art. 22. L'enseignement religieux, prévu par la Constitution, pour les écoles primaires et les établissements secondaires, et donné exclusivement par les ecclésiastiques des deux cultes. Il est facultatif. il est alloué pour cet enseignement une somme de fr. 6,000 par année.

Art. 23. Cet enseignement, de même que celui qui est destiné aux catéchumènes, ne doit ni empiéter sur les heures consacrées à l'enseignement ordinaire, ni empêcher les élèves d'être exacts aux heures fixées pour l'entrée en classe.

Art. 24. Des cours publics et gratuits peuvent être organisés par le Département de l'Instruction publique, soit à la ville, soit à la campagne, sur des sujets scientifiques ou littéraires, industriels ou agricoles. Le Conseil d'Etat propose, s'il y a lieu, qu'il soit porté une somme au budget pour cet objet.

Titre II. **Enseignement primaire.**

Division de l'Enseignement primaire. Art. 25. L'enseignement primaire se donne: Dans les écoles enfantines, dans les écoles primaires, dans les écoles complémentaires. L'instruction est gratuite dans toutes ces écoles.

Ecoles enfantines. Art. 26. Les écoles enfantines sont organisées de manière à favoriser le développement corporel et intellectuel de l'enfant et à servir de préparation à l'école primaire. Elles comprennent: Une division inférieure destinée aux enfants de 3 à 6 ans et une division supérieure pour les enfants de 6 à 7 ans.

Art. 27. Dans les deux divisions, l'enseignement consiste surtout en leçons de choses, en occupations manuelles, en jeux et chants. Il comprend de plus, pour la division supérieure, la lecture, l'écriture et les premiers éléments du dessin et du calcul.

Art. 28. Les écoles enfantines sont dirigées par des maîtresses et des sous-maîtresses.

Art. 29. L'année scolaire est de 42 à 46 semaines d'études avec 25 à 35 heures par semaine.

Ecoles primaires. Art. 30. L'école primaire fait suite à l'école enfantine. Elle reçoit les enfants depuis l'âge de 7 ans.

Art. 31. L'enseignement primaire comprend 6 degrés ou années d'études. Ces 6 degrés peuvent former une ou plusieurs classes distinctes.

Art. 32. Le nombre des élèves d'une classe ne doit pas, dans la règle, et d'une manière permanente, dépasser le chiffre de 50.

Art. 33. Le programme détaillé de l'enseignement est déterminé par le Département de l'instruction publique. Il comprend: La lecture et l'écriture; le français et les éléments de la langue allemande; l'arithmétique, le calcul mental et les notions élémentaires de la géométrie; la géographie et l'histoire nationale; des leçons de choses et des notions élémentaires d'histoire naturelle; le dessin, la gymnastique, le chant; les travaux manuels et, pour les filles, les ouvrages à l'aiguille. Les travaux manuels seront introduits dans le programme, au fur et à mesure que cela sera reconnu possible par le Conseil d'Etat.

Art. 34. L'année scolaire est de 42 à 46 semaines d'études avec 25 à 35 heures par semaine.

Art. 35. Dans chaque degré, les élèves sont appelés à subir des examens au moins 2 fois par an, et la promotion annuelle d'un degré dans un autre dépend pour chacun d'eux du résultat combiné des examens et du travail de l'année.

Art. 36. Les élèves qui se sont distingués par leur travail et leur conduite, reçoivent à la fin de l'année des prix, qui sont délivrés en séance publique. Un règlement détermine les conditions dans lesquelles ces prix sont accordés.

Art. 37. Il peut être créé des classes spéciales pour les élèves dont l'indiscipline entraverait la marche de l'enseignement. Un règlement détermine l'organisation de ces classes.

Ecoles complémentaires. Art. 38. L'enseignement complémentaire, dont la durée est de deux ans, fait suite au 6e degré de l'enseignement primaire.

Art. 39. L'enseignement complémentaire est obligatoire pour tous les enfants de 13 à 15 ans qui ne reçoivent pas d'une autre manière une instruction reconnue équivalente par le Département. Dans les communes rurales les enfants âgés de plus de 13 ans et qui n'ont pas terminé leur 6e degré recevront l'enseignement complémentaire en restant à l'école primaire.

Art. 40. Cet enseignement complète et développe l'enseignement primaire à un point de vue pratique et professionnel, conforme aux exigences des diverses localités. Son programme comprend en outre la comptabilité simple, les éléments des sciences physiques et naturelles, et pour les garçons des entretiens sur les institutions du pays, pour les jeunes filles l'économie domestique. Dans les écoles de la campagne, le programme comprend de plus des notions d'économie rurale.

Art. 41. L'année scolaire et de 25 à 40 semaines avec 10 à 18 heures de leçons par semaine.

Art. 42. L'enseignement complémentaire est donné: a) Dans la Ville, la banlieue et Carouge, au plus tard depuis cinq heures de l'après-midi, b) dans les communes rurales pendant la journée, à l'école secondaire du groupe, pour les élèves sortis du sixième degré et à l'école primaire communale pour ceux qui n'ont pas encore suivi ce degré. Toutefois, suivant les exigences des localités trop éloignées de l'école secondaire du groupe, et sur la demande des Conseils municipaux,

cet enseignement peut être donné à l'école primaire communale le jour ou le soir.

Art. 43. Les élèves qui suivent l'enseignement complémentaire subissent des examens et reçoivent des certificats conformément à l'art. 35.

Fonctionnaires de l'Enseignement primaire. Art. 44. La direction générale des écoles enfantines, des écoles primaires et complémentaires est confiée à un directeur chargé de veiller à l'exécution des programmes et des règlements. La surveillance de l'enseignement est plus spécialement exercée par des inspecteurs, dont le nombre ne pourra pas être supérieur à quatre. Il y a en outre une inspectrice de couture, et une inspectrice des écoles enfantines. Le Département peut faire procéder à des inspections spéciales pour l'enseignement de la gymnastique.

Art. 45. L'enseignement est donné: Dans les écoles enfantines par des maîtresses et des sous-maîtresses; dans les écoles primaires par des régents et des régentes, des sous-régents et des sous-régentes; dans les écoles complémentaires par des maîtres et des maîtresses. Toutefois, certaines branches peuvent être confiées à des maîtresses et maîtres spéciaux. Les régents et régentes occupent des postes fixes. Le Conseil d'Etat a néanmoins toujours le droit de permuter sans indemnité un régent d'une commune dans une autre après avoir pris l'avis des communes intéressées.

Art. 46. Les fonctionnaires de l'enseignement primaires sont reunis périodiquement en conférence. Leur présence est obligatoire.

Art. 47. Toute personne postulant les fonctions de maîtresse ou de sous-maîtresse d'école enfantine doit subir un examen satisfaisant sur un programme fixé par le règlement.

Art. 48. Tout candidat aux fonctions de régent, de régente, de sous-régent ou de sous-régente, doit: a) Présenter un diplôme de la Section pédagogique du Gymnase ou de la Section pédagogique de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles; le Département peut exceptionnellement accepter, au lieu du diplôme indiqué ci-dessus, des titres jugés par lui équivalents. b) Avoir fait preuve d'aptitudes pédagogiques par un stage dans une école primaire.

Art. 49. La nomination des maîtresses et des sous-maîtresses des écoles enfantines appartient au Conseil administratif pour la ville de Genève et au Conseil municipal pour les autres communes. Cette nomination est soumise à l'approbation du Conseil d'Etat. Celui-ci peut révoquer ces fonctionnaires.

Art. 50, Avant leur entrée en fonctions, les maîtresses et les sous-maîtresses des écoles enfantines peuvent être astreintes par le Département à faire un stage. En outre, elles peuvent être appelées chaque année à suivre des cours spéciaux. Dans ce dernier cas, il leur est alloué une indemnité de déplacement de fr. 1 à 3 par jour. Cette indemnité n'est pas accordée aux fonctionnaires habitant Genève, Carouge, Plainpalais, les Eaux-Vives et la Servette.

Art. 51. Lorsqu'une place est vacante dans les écoles primaires et complémentaires, une inscription est ouverte au Département de l'Instruction publique. La durée de cette inscription est de 15 jours au moins.

Art. 52. Quand l'inscription est close, le Département nomme une commission d'enquête composée de 5 membres, qui adresse au Département un rapport sur les titres des candidats. Ce rapport est soumis au Conseil d'Etat. La Commission d'enquête comprend le Directeur de l'enseignement primaire, ou l'un des inspecteurs, et en outre: a) Lorsqu'il s'agit d'un sous-régent ou d'une sous-régente, le Directeur du Collège ou celui de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles; b) lorsqu'il s'agit d'une maîtresse de couture, d'un régent, d'une régente ou d'un maître chargé de l'enseignement complémentaire, un représentant de la commune où a lieu la vacance, désigné par le Conseil administratif pour la Ville de Genève et le Conseil municipal pour les autres communes.

Art. 53. Si, à la suite de ce rapport, le Conseil d'Etat décide qu'avant de procéder à la nomination, il y a lieu de soumettre les candidats à un examen, le Département nomme un jury. Cet examen peut comprendre aussi une tenue de classe. Le Conseil d'Etat statue ensuite sur le rapport du jury.

Art. 54. Les régents et régentes sont choisis à mérite égal, parmi les sous-régents et sous-régentes.

Art. 55. Les fonctionnaires de l'enseignement complémentaires sont, dans la règle, choisis parmi les fonctionnaires de l'instruction publique.

Art. 56. Toute nomination est faite à titre d'épreuve et pour un terme qui ne peut être inférieur à un an. Ce dernier temps d'épreuve peut être prolongé.

Art. 57. Le traitement des maîtresses des écoles enfantines ne peut être inférieur à fr. 700 et celui des sous-maîtresses à fr. 400.

Art. 58. Pour les régents et régentes, les traitements se divisent en trois catégories, suivant les communes. 1re catégorie: Genève, Carouge, Eaux-Vives, Plainpalais. 2me catégorie: Bellevue, Bernex, Chêne-Bougeries, Chêne-Bourg, Collonges-Bellerive, Cologny, Confignon, Genthod, Lancy, Meyrin, Onex, Plan-les-Ouates, Pregny, Puplinge, Grand-Saconnex, Petit-Saconnex, Satigny, Thônex, Troinex, Vandœuvres, Vernier, Versoix, Veyrier. 3me catégorie: Aire-la-Ville, Anières, Avully, Avusy, Bardonnex, Cartigny, Céligny, Chancy, Choulex, Collex-Bossy, Corsier, Dardagny, Gy, Hermance, Jussy, Laconnex, Meinier, Perly-Certoux, Presinges, Russin, Soral. Les traitements sont fixés comme suit: 1re catégorie: Régents, fr. 1,650; régentes, fr. 1,330; sous-régents, fr. 1,300; sous-régentes, fr. 900. 2me catégorie: Régents, fr. 1,850; régentes, fr. 1,430; sous-régents, fr. 1,500; sous-régentes, fr. 1,200 3me catégorie: Régents, fr. 2,050; régentes, fr. 1,630; sous-régents fr. 1,700; sous-régentes, fr. 1,400. Les sous-régents et sous-régente ne reçoivent les traitements des 2me et 3me catégories que lorsqu'il occupent dans une commune des fonctions d'une certaine durée. Il

peuvent néanmoins toujours être changés de poste par le Département. La différence entre les traitements des deuxième et troisième catégories et ceux de la première est à la charge de l'Etat.

Art. 59. Les fonctionnaires de l'enseignement complémentaire, autres que les régents des écoles secondaires rurales, reçoivent un traitement calculé à raison de 2 à 3 francs par heure de leçon. Le Conseil d'Etat fixe le traitement des personnes chargées d'un enseignement spécial.

Art. 60. Les régents et régentes ont droit à un logement reconnu convenable par le Département. Dans les communes de Genève, Carouge, Plainpalais, Eaux-Vives et Petit-Saconnex, le logement peut être remplacé par une indemnité annuelle fixée comme suit: Dans la ville de Genève, fr. 500 pour les régents et fr. 350 pour les régentes; dans les communes de Carouge, Plainpalais, Eaux-Vives et Petit-Saconnex, fr. 425 pour les régents et fr. 300 pour les régentes. Un régent et une régente mariés et titulaires dans la même commune n'ont droit qu'à la moitié en sus de l'indemnité de logement afférente au régent. Dans les autres communes, les régents ont droit, en outre du logement, à la jouissance d'un jardin reconnu suffisant par le Département ou à une indemnité fixée par ce dernier. Les régents et régentes de la seconde et de la troisième catégorie sont astreints à habiter la commune où est située l'école qu'ils dirigent.

Art. 61. Les fonctionnaires de l'enseignement primaire, à partir des sous-régents et des sous-régentes, reçoivent dès leur nomination définitive, en sus de leur traitement, des augmentations annuelles et successives. Ces augmentations sont: Pour les régents, de fr. 50 par an, pendant 10 ans. Pour les régentes, de fr. 30 par an, pendant 10 ans. Pour les sous-régents, de fr. 80 par an, pendant 10 ans. Pour les sous-régentes, de fr. 60 par an, pendant 10 ans.

Art. 62. Les sous-régentes appelées à diriger des classes de garçons reçoivent pendant ce temps un supplément de traitement de fr. 15 par mois.

Art. 63. Les régents chargés de diriger une classe dite spéciale ont droit à un supplément de traitement de fr. 40 par mois.

Art. 64. Les régents et sous-régents ne peuvent remplir les fonctions de secrétaire de commune sans l'autorisation du Conseil d'Etat, ni exercer une industrie incompatible avec leurs fonctions dans l'enseignement.

Art. 65. Le traitement du directeur est de fr. 5,000. Le traitement des inspecteurs est de fr. 3,500. Le traitement de l'inspectrice des écoles enfantines est de fr. 2,300. Le traitement de l'inspectrice de couture est de fr. 1,800, Les indemnités de déplacement allouées à ces fonctionnaires sont fixées par le budget.

Art. 66. Les fonctionnaires de l'instruction primaire nommés à dater de la promulgation de la présente loi, et ceux qui, âgés de moins de trente ans, ne sont pas membres de la Caisse de prévoyance, sont tenus de faire partie de cette Caisse.

Art. 67. L'Etat paiera directement à cette Caisse, pour chaque fonctionnaire, une allocation annuelle de fr. 50, aux conditions suivantes: 1° Chacun des membres versera une contribution qui ne sera pas inférieure à fr. 80 par an. 2° Sauf une retenue de 15% sur les revenus de la Caisse faite en vue des remboursements aux sociétaires et de l'augmentation du fonds social, la totalité des versements et des revenus sera affectée chaque année au service des pensions qui seront payées à dater de la promulgation de la présente loi, sans toutefois que le chiffre d'aucune pension dépasse fr. 1,800, l'excédant demeurant acquis au fonds social. 3° Les personnes actuellement pensionées continuent à toucher leurs pensions sur les bases établies par les statuts actuellement en vigueur. 4° L'allocation de l'Etat ne doit servir qu'à parfaire le chiffre de la pension jusqu'à ce qu'il atteigne la somme de fr. 1,500 au maximum. L'excédant de l'allocation fait retour à la Caisse de l'Etat. 5° Les statuts de la Caisse doivent être approuvés par le Grand Conseil.

Rôle et Charges des Communes. Art. 68. Chaque commune doit avoir au moins une école enfantine et une école primaire. Toutefois, dans certaines circonstances spéciales, le Conseil d'Etat, peut, par une décision toujours révocable, autoriser deux communes à s'associer pour la création d'une école ou d'une succursale.

Art. 69. Les communes doivent fournir et entretenir en bon état les bâtiments et le mobilier nécessaires à l'enseignement primaire et complémentaire. Dans ce but, et suivant les cas, une allocation peut leur être accordée. L'Autorité municipale détermine les emplacements des écoles, d'accord avec le Département.

Art. 70. Les soins de propreté, le chauffage et l'éclairage des bâtiments scolaires sont à la charge des communes où se trouvent ces bâtiments. Les livres, le matériel et les fournitures pour l'enseignement, sont à la charge de l'Etat.

Art. 71. Dans le cas où l'enseignement complémentaire est donné à l'école secondaire du groupe, chaque commune participe aux dépenses mentionnées aux art. 69 et 70, proportionnellement à sa population.

Art. 72. Les salles d'école ne peuvent être affectées à d'autres usages qu'à ceux de l'enseignement, sauf autorisation du Département donnée sur le préavis de l'autorité municipale. L'autorité municipale peut néanmoins, lorsqu'elle le juge opportun, utiliser les bâtiments scolaires pour la création de classes gardiennes et de réfectoires scolaires.

Art. 73. Indépendamment des prestations stipulées aux articles 60, 68, 69 et 70, les communes participent au traitement des fonctionnaires des écoles primaires et complémentaires, dans la proportion suivante: La ville de Genève pour une somme qui ne peut être inférieure au quart ni supérieure à la moitié de ce traitement, les autres communes pour le quart. Les augmentations prévues par l'art. 61 sont à la charge de l'Etat. Les communes paient le tiers du traitement des maîtresses de couture et les deux tiers du traitement des maîtresses et des sous-maîtresses des écoles enfantines. Tous les

paiements, à l'exception de l'indemnité de logement, se font à la Caisse de l'Etat.

Art. 74. Le Conseil administratif, pour la ville de Genève, les maires et les adjoints pour les autres communes sont tenus de prêter leur concours au Département de l'Instruction publique: 1° En veillant à ce que les enfants astreints à l'enseignement obligatoire suivent régulièrement l'école à laquelle ils sont inscrits, et en signalant ceux qui ne reçoivent aucune instruction; 2° En s'assurant que les prescriptions contenues dans la loi et les règlements sont mis à exécution, notamment en ce qui concerne la régularité des heures de classe, les motifs des absences trop fréquentes, l'état sanitaire des enfants, l'ordre et la bonne tenue des classes, l'état moral et la propreté des élèves. Dans la ville de Genève et dans les communes de Carouge, Plainpalais, Eaux-Vives et Petit-Saconnex, cette surveillance s'exerce, concurremment avec le Conseil administratif ou les maires et les adjoints, par une délégation du Conseil municipal, nommée chaque année par ce Corps. Dans toutes les autres communes, cette surveillance peut aussi s'exercer par une commission choisie dans le sein du Conseil municipal. L'autorité municipale est tenue de signaler au Département toutes les infractions d'une certaine gravité aux lois et règlements.

Titre III. **Enseignement secondaire.**

Division de l'Enseignement secondaire. Art. 75. Les établissements publics d'instruction secondaire sont: Les écoles pour l'enseignement professionnel, le Collège, l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles. Il est établi dans la ville de Carouge une section du Collège, ainsi qu'une section de l'Ecole secondaire et supérieur des jeunes filles. Chacune de ces sections comprend deux années d'études faisant suite au sixième degré de l'Ecole primaire et pouvant former une seule classe au cas où le nombre des élèves ne serait pas jugé suffisant pour le maintien des deux classes distinctes. Le programme de la Section du Collège, qui a un caractère essentiellement professionnell, est déterminé par le Département. La ville de Carouge fournit les locaux pour ces deux établissements.

Ecoles pour l'enseignement professionnel. (Préparatoires aux carrières industrielles, commerciales et agricoles.) Art. 76. L'enseignement professionnel comprend: a) Les Ecoles professionnelles, b) les Cours facultatifs du soir, c) les Ecoles secondaires rurales. L'enseignement professionnel relève du Directeur de l'enseignement primaire. Toutefois les écoles secondaires rurales peuvent être exceptionnellement placées sous la direction d'un des inspecteurs primaires.

Art. 77. Les écoles professionnelles sont destinées aux jeunes gens qui, ayant achevé le sixième degré de l'école primaire, ont l'intention de se vouer à l'industrie et au commerce. Elles préparent en particulier à la Section technique du Collège, à l'Ecole des Arts industriels, à l'Ecole des Beaux-Arts, à l'Ecole d'horlogerie, etc.

Art. 78. Il est créé une de ces écoles dans la ville de Genève qui fournit les locaux nécessaires.

Art. 79. L'enseignement comprend deux années d'études et porte sur les branches suivantes: le français et l'allemand en vue de la rédaction et de la correspondance; l'arithmétique commerciale et la comptabilité; les notions des mathématiques, des sciences physiques et des sciences naturelles qui sont d'une application fréquente dans l'industrie; la géographie commerciale; l'histoire; l'instruction civique; le dessin et les travaux manuels.

Art. 80. L'année scolaire est de 42 à 46 semaines, à raison de 30 à 35 heures de leçons par semaine.

Art. 81. Chaque classe de l'Ecole professionnelle est dirigée par un maître ordinaire qui est chargé d'une partie de l'enseignement. Certaines branches peuvent être confiées à des maîtres spéciaux. Le traitement des maîtres varie de fr. 100 à 200 par an pour une heure de leçon par semaine. Cette disposition ne s'applique pas aux personnes chargées de l'enseignement manuel.

Art. 82. Les élèves paient une rétribution scolaire de fr. 10 par semestre.

Art. 83. Des cours destinés aux jeunes gens et aux jeunes filles ayant achevé leur école complémentaire sont donnés chaque année, en hiver, dans la ville de Genève.

Art. 84. Le programme de l'enseignement se répartit sur deux années d'études et comprend pour chaque année de 10 à 12 heures de leçons par semaine. Les cours qui ne réunissent pas un nombre d'élèves suffisant peuvent être supprimés temporairement. Des certificats constatant les résultats obtenus sont délivrés à la fin des cours aux élèves qui ont subi les examens.

Art. 85. Le traitement des maîtres chargés de cet enseignement varie de fr. 3 à 5 par heure de leçon.

Art. 86. Les élèves paient chaque cours à raison d'un franc pour une heure de leçon par semaine.

Art. 87. La ville de Genève fournit les locaux nécessaires.

Art. 88. L'enseignement dans les écoles secondaires rurales fait suite au sixième degré des écoles primaires: il comprend quarante à quarante-deux semaines par année, à raison de douze à dix-huit heures de leçons par semaine pour les élèves des deux sexes de l'âge de treize à quinze ans. Cet enseignement, dont le caractère est essentiellement pratique et agricole, comprend: a) L'enseignement complémentaire obligatoire, qui se donne pendant deux semestres d'hiver consécutifs; b) l'enseignement secondaire facultatif, qui se répartit sur les deux semestres d'été correspondants. Une troisième année d'enseignement facultatif peut être ajoutée si le nombre des élèves inscrits est suffisant.

Art. 89. Cet enseignement est gratuit.

Art. 90. L'école est dirigée par un régent; une maîtresse enseigne les ouvrages à l'aiguille et l'économie domestique.

Art. 91. Des écoles secondaires rurales sont réparties comme suit: 1° A Versoix, pour les communes de Versoix, de Genthod, de Bellevue et de Collex-Bossy; 2° Au Grand-Saconnex, pour les communes du Grand-Saconnex, du Petit-Saconnex et de Pregny; 3° A Meyrin,

pour les communes de Meyrin et de Vernier; 4° A Satigny, pour la commune de Satigny; 5° A La Plaine, pour les communes de Dardagny, d'Avully, de Russin et de Cartigny; 6° A Athenaz, pour les communes d'Avusy, de Laconnex, de Soral et de Chancy; 7° A Bernex, pour les communes de Bernex, d'Aire-la-Ville, d'Onex et de Confignon; 8° A Compesières, pour les communes de Bardonnex, du Plan-les-Ouates, de Perly-Certoux et de Troinex; 9° A Chêne-Bourg, pour les communes de Chêne-Bourg, de Chêne-Bougeries, de Thonex, de Puplinge et de Veyrier; 10° A Jussy, pour les communes de Jussy, de Presinges, de Gy et de Meinier; 11° A Vandœuvres, pour les communes de Vandœuvres, de Cologny et de Choulex; 12° A Anières, pour les communes d'Anières, de Corsier, d'Hermance et de Collonge-Bellerive. Le régent primaire de la commune de Céligny donne aux élèves sortis du sixième degré l'enseignement des écoles secondaires. Il reçoit un traitement égal à celui des régents de ces écoles. Le Conseil d'Etat peut, après avoir pris le préavis des communes intéressées, apporter dans cette répartition toutes les modifications qu'il jugera opportunes, ou supprimer temporairement l'enseignement facultatif dans l'une ou l'autre de ces écoles.

Art. 92. Les régents ne peuvent remplir les fonctions de secrétaire de commune sans l'autorisation du Conseil d'Etat, ni exercer une industrie incompatible avec leurs fonctions dans l'enseignement.

Art. 93. Les régents des écoles secondaires reçoivent un traitement de fr. 2,550, lequel est porté à fr. 3,050 par des augmentations successives de fr. 100 par année pendant cinq ans.

Art. 94. La commune, qui a l'école sur son territoire, fournit le local, le logement du régent, un jardin reconnu suffisant par le Département; elle est aussi tenue de se conformer aux articles 69, 70 et 71 de la présente loi. Pour l'école de la Plaine, les communes de Dardagny, Russin, Avully et Cartigny, contribuent chacune pour un quart au local de l'école et au logement du régent. Les communes d'un groupe font entre elles et proportionnellement à leur population, le quart du traitement du régent. Les trois autres quarts, ainsi que les augmentations annuelles, sont à la charge de l'Etat.

Collège. Art. 95. Le Collège fait suite au cinquième degré des écoles primaires. Il comprend une division inférieure et une division supérieure ou Gymnase.

Art. 96. Les élèves sortis des écoles primaires de l'Etat sont admis au Collège sur la présentation d'un certificat d'examen signé par le Directeur. Les élèves qui n'ont pas suivi les écoles publiques doivent subir un examen d'admission dont les conditions sont fixées par le règlement.

Art. 97. La Division inférieure du Collège comprend trois années d'études.

Art. 98. Dans la Division inférieure du Collège, l'enseignement porte sur les branches suivantes: français, latin, allemand, géographie, histoire, notions constitutionnelles, arithmétique, premiers éléments des sciences physiques et naturelles, dessin, calligraphie, chant et gymnastique.

Art. 99. La Division supérieure du Collège comprend quatre années d'études. Elle est subdivisée en quatre sections: une section classique, une section réale, une section pédagogique et une section technique.

Art. 100. Le règlement détermine les conditions d'admission dans les différentes sections de la Division supérieure pour les élèves qui ne sortent pas de la Division inférieure.

Art. 101. Les branches d'études générales de la Division supérieure sont: la langue et la littérature françaises, le langue et la littérature allemandes, la géographie et la cosmographie, l'histoire, les mathématiques, les sciences physiques et naturelles, les éléments de la logique et de la psychologie, des notions de droit usuel et d'économie politique, et le dessin. La répartition et le développement de ces branches dans les diverses sections sont fixés par un programme détaillé. Les branches spéciales sont: Dans la Section classique: la langue et la littérature latines, la langue et la littérature grecques. Dans la Section réale: le latin, l'anglais et la comptabilité. Exceptionnellement, le Département de l'Instruction publique peut dispenser de l'étude du latin. Dans la Section pédagogique: des cours normaux et la comptabilité. Dans la Section technique: le dessin technique, la géométrie descriptive, les mathématiques spéciales et la comptabilité.

Art. 102. La Division supérieure du Collège reçoit des externes.

Art. 103. Les élèves réguliers paient par semestre: fr. 20 dans les trois années de la Division inférieure; fr. 25 dans les deux premières années de la Division supérieure; fr. 30 dans les deux dernières années de la Division supérieure. Les externes paient chaque cours à raison de 4 francs par semestre pour une heure de leçon par semaine. Les rétributions des élèves sont versées à la Caisse de l'Etat. Toutefois, la moitié des rétributions des externes revient au titulaire chargé de l'enseignement. En cas d'un remplacement excédant le terme de trois mois, la rétribution revient intégralement à l'Etat. Le Conseil d'Etat peut accorder une réduction aux élèves de la Section pédagogique qui se destinent à l'enseignement.

Art. 104. L'année scolaire est de 40 à 42 semaines, à reison de 25 à 37 heures par semaine.

Art. 105. La direction des deux divisions du Collège est confiée à un directeur qui ne fait pas partie du corps enseignant. Exceptionnellement, le Département peut le charger de l'enseignement d'une branche spéciale. Chaque section est confiée, sous l'autorité du Directeuu, à la surveillance disciplinaire d'un doyen. Le Directeur et les doyens forment le Conseil du Collège.

Art. 106. Chaque classe du Collège est dirigée par un maître ordinaire qui est chargé d'une partie de l'enseignement. Certaines branches peuvent être confiées à des maîtres spéciaux.

Art. 107. Les traitements sont à la charge de l'Etat. Le directeur reçoit un traitement annuel de francs 4,500 et un logement fourni par la ville de Genève. Chaque doyen a droit à une indemnité de fr. 200 par an. Le traitement des maîtres est fixé par le Conseil

d'Etat. Il varie, suivant la branche de l'enseignement, de fr. 100 à 300 par année, pour une heure de leçon par semaine.

Art. 108. Les élèves sortant de la Division supérieure peuvent obtenir un certificat de maturité. Ce certificat s'obtient par un examen. Le règlement détermine la composition du jury ainsi que le programme et les conditions de l'examen. Il est payé un droit de fr. 10 pour ce certificat.

Art. 109. La ville de Genève fournit les locaux des deux Divisions du Collège.

Ecole secondaire et supérieure des Jeunes Filles. Art. 110. L'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles fait suite au cinquième degré des écoles primaires. Elle comprend une Division inférieure de quatre années d'études et une Division supérieure de trois années.

Art. 111. Les élèves sorties des écoles primaires de l'Etat sont admises à l'Ecole sur la présentation d'un certificat d'examen signé par le Directeur. Les élèves qui n'ont pas suivi les écoles publiques doivent subir un examen d'admission dont les conditions sont fixées par le règlement.

Art. 112. Les branches d'études de la Division inférieure sont: la langue française, la langue allemande, l'histoire générale, la géographie, l'arithmétique, les premiers éléments des sciences physiques et naturelles, le dessin, la calligraphie, le chant, la gymnastique et les ouvrages à l'aiguille.

Art. 113. La Division supérieure est formée de deux sections: la section littéraire et la section pédagogique. Les branches d'études obligatoires communes aux deux sections sont: La langue française, l'abrégé de l'histoire littéraire, la langue allemande, l'histoire générale, l'histoire nationale, la géographie et la cosmographie, des notions usuelles de géométrie, la comptabilité, les sciences physiques et naturelles, le dessin, la calligraphie, le chant, les ouvrages à l'aiguille (coupe et confection), l'hygiène, les notions essentielles sur l'éduction et l'économie domestique. Il est donné en outre pour les élèves de la Section pédagogique un cours d'arithmétique théorique et d'algèbre élémentaire, de psychologie, de pédagogie, théorique et pratique et de diction. A côté de cet enseignement obligatoire, il est institué un enseignement facultatif portant sur les branches suivantes: Histoire abrégée de la langue française, histoire de la littérature française, la littérature générale ancienne et moderne, la langue anglaise, l'histoire de la philosophie, l'histoire des arts, les éléments du droit civil et commercial. Le Conseil d'Etat est autorisé à supprimer temporairement les cours facultatifs pour lesquels le nombre des inscriptions ne serait pas jugé suffisant.

Art. 114. Il ne peut être admis d'externe, que dans la Division supérieure.

Art. 115. Les élèves régulières paient par semestre: 20 francs dans les deux premières années de la Division inférieure, 25 francs dans les deux années suivantes et 30 francs dans la Division supérieure.

Elles peuvent suivre gratuitement les cours de l'enseignement facultatif, sous réserve de l'approbation du Directeur. Le Conseil d'Etat peut réduire la rétribution des élèves régulières de la Section pédagogique qui se destinent à l'enseignement. Les externes paient chaque cours à raison de fr. 4 par semestre pour une heure de leçon par semaine. Les rétributions des élèves sont versées à la Caisse de l'Etat. Toutefois, la moitié des rétributions des externes, revient au titulaire chargé de l'enseignement. En cas d'un remplacement excédant le terme de trois mois, la rétribution revient intégralement à l'Etat.

Art. 116. L'année scolaire est de 40 à 42 semaines, à raison de 25 à 35 heures par semaine.

Art. 117. La direction de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles est confiée à un directeur, qui ne fait pas partie du corps enseignant. Exceptionnellement, le Département peut le charger de l'enseignement d'une branche spéciale.

Art. 118. A la tête des classes sont des maîtresses d'études chargées de la direction des élèves au point de vue éducatif et d'une partie de l'enseignement.

Art. 119. L'enseignement est donné par des maîtres spéciaux et des maîtresses.

Art. 120. Les traitements sont à la charge de l'Etat. Le Directeur reçoit un traitement de fr. 4,000. Les maîtresses d'étude reçoivent un traitement de fr. 1,500 par année. Elles ont en outre droit à des augmentations annuelles et successives de fr. 100 pendant une période de 10 ans. Le traitement des autres fonctionnaires est fixé par le Conseil d'Etat. Il varie, suivant la branche d'enseignement, de fr. 100 à 250 par année pour une heure de leçon par semaine.

Art. 121. Les élèves sortant de la 3me année de la Division supérieure peuvent obtenir un certificat de capacité. Ce certificat s'obtient par un examen. Le règlement détermine la composition du jury, ainsi que le programme et les conditions de l'examen. Il est payé un droit de fr. 10 pour ce certificat.

Dispositions communes aux Etablissements d'Instruction secondaire.

Art. 122. Dans la règle le nombre des élèves d'une classe ne doit pas dépasser d'une manière permanente le chiffre de 50.

Art. 123. Les élèves sont appelés à subir, au moins deux fois par année, des examens sur l'enseignement qu'ils ont reçu. La promotion d'une classe dans une autre dépend du résultat des examens combiné avec le travail de l'année. Les élèves, qui se sont distingués par le travail, la conduite et le résultat des examens, reçoivent des certificats qui leur sont délivrés, en séance publique, à la fin de l'année scolaire. Le réglement détermine les conditions sous lesquelles ces certificats sont accordés.

Art. 124. Pour les nominations à faire dans l'Instruction secondaire, le Département ouvre une inscription dont la durée est de 15 jours au moins. A la suite de cette inscription, le Département nomme une Commission d'enquête composée de 5 membres. Cette Commission

adresse au Département un rapport sur les titres des candidats. Le Conseil d'Etat statue après avoir pris connaissance de ce rapport. La Commission d'enquête doit nécessairement renfermer le Directeur de l'établissement où a lieu la vacance et, lorsqu'il s'agit de fonctionnaires des écoles secondaires rurales, deux délégués désignés par les maires des communes du groupe.

Art. 125. Lorsque le Conseil d'Etat décide qu'il y aura un concours, le Département nomme un jury d'examen.

Art. 126. Toute nomination a lieu pour un terme qui ne peut pas être inférieur à une année.

Art. 127. Les fonctionnaires des divers établissements d'instruction secondaire sont réunis périodiquement en conférences sous la présidence du Directeur. Leur présence est obligatoire.

Art. 128. Le Département peut, dans des cas spéciaux, dispenser de tout ou partie des rétributions scolaires les élèves suisses des établissements d'instruction secondaire. Cette faveur est accordée sur le préavis d'une Commission composée, pour chaque établissement, du Directeur et de deux membres du corps enseignant choisis chaque année par leurs collègues. Lorsque des frères et des sœurs fréquentent en même temps des établissements similaires, l'aîné et l'aînée seuls ont à payer la totalité de la finance. Le Département peut, sur la demande des parents, exempter les autres du paiement de la moitié de cette finance.

Art. 129. Chacun des trois établissements d'instruction secondaire (art. 75), constitue une personne morale, capable de recevoir, moyennant l'autorisation du Conseil d'Etat, des dons et legs, avec ou sans affectation spéciale. L'administration, la gestion et l'emploi de ces fonds sont confiés, sous la surveillance du Conseil d'Etat, à la Commission prévue à l'article précédent.

Titre IV. **Enseignement supérieur.**

Université. Art. 130. L'Université comprend cinq Facultés: a) *Une Faculté des Sciences,* qui comprend sept chaires principales en vue de l'enseignement des branches suivantes: Mathématiques; Astronomie; Physique; Chimie; Minéralogie; Zoologie et anatomie comparée; Géologie et paléontologie; Botanique. b) *Une Faculté des lettres et des sciences sociales,* qui comprend huit chaires principales en vue de l'enseignement des branches suivantes: Langue et littérature latines; Langue et littérature grecques; Littérature française, histoire de la langue française, diction et improvisation; Littérature comparée; Littérature allemand; Philologie; Philosophie et histoire de la philosophie; Sciences historiques; Economie politique et sciences sociales. c) *Une Faculté de droit,* qui comprend six chaires principales en vue de l'enseignement des branches suivantes: Histoire du droit; Droit romain; Droit civil; Législation civile comparée; Droit commercial; Procédure civil; Droit pénal; Procédure pénale; Droit publique; Droit international. d) *Une Faculté de théologie protestante,* qui comprend cinq chaires principales en vue de l'enseignement des branches suivantes:

Théologie dogmatique; Théologie historique; Exégèse et histoire de l'Ancien Testament; Hébreu; Exégèse et histoire du Nouveau Testament; Théologie pratique. e) *Une Faculté de médecine*, qui comprend neuf chaires principales en vue de l'enseignement des branches snivantes: Anatomie et histologie normales; Physiologie; Anatomie, histologie et physiologie pathologiques; Clinique et policlinique médicales; Pathologie interne; Clinique et policlinique chirurgicale; Pathologie externe; Médecine opératoire; Ophthalmologie et clinique ophthalmologique; Clinique et policlinique obstétricales, obstétrique, gynécologie; Hygiène; Médecine légale; Thérapeutique; Matière médicale, pharmacie; Psychiatrie, clinique psychiatrique.

Art. 131. L'enseignement universitaire comprend: a) Des leçons; b) des conférences et exercices faits par les étudiants sous la direction des professeurs; c) des travaux de laboratoire.

Art. 132. Le Conseil d'Etat, après avoir pris le préavis de la Faculté et du Bureau du Sénat et le professeur entendu, peut exceptionnellement, soit diviser les chaires principales dans leur enseignement et dans le traitement qu'elles comportent, soit changer la répartition des branches d'études entre les professeurs. Aucune création de chaire nouvelle, ordinaire ou extraordinaire, ni de laboratoires, ne peut avoir lieu sans que le préavis écrit de la Faculté et du Sénat ait été demandé et sans l'approbation du Grand Conseil.

Art. 133. Le corps enseignant est composé de professeurs ordinaires, de professeurs extraordinaires et de privat-docents.

Art. 134. Les professeurs ordinaires sont nommés aux chaires principales, ou par vocation, ou à la suite d'une inscription. Dans tous les cas, qu'il s'agisse d'une vacance ou de la création d'une chaire nouvelle, le Conseil d'Etat demande le préavis d'une Commission composée du Bureau du Sénat, d'un professeur de la Faculté intéressée désigné par elle, et de trois personnes choisies par le Département de l'Instruction publique. Ce préavis, qui doit être écrit et signé, n'est pas obligatoire pour le Conseil d'Etat. Ce dernier peut, même après les préavis, ouvrir un concours entre les candidats inscrits. Les professeurs ordinaires seuls prennent part aux délibérations relatives à ces nominations.

Art. 135. Un professeur ne peut être membre que d'une seule Faculté. Toutefois, il a voix consultative dans une autre Faculté que celle dont il est membre si ces cours sont compris dans le programme de cette Faculté.

Art. 136. Les professeurs extraordinaires sont nommés pour un terme qui ne peut excéder trois ans et selon les formes prescrites pour la nomination des professeurs ordinaires. Ils sont chargés de donner des cours qui ne rentrent pas dans l'enseignement des professeurs ordinaires. Ils font partie du Sénat et des Facultés sans être éligibles toutefois aux fonctions de recteur, vice-recteur et doyen.

Art. 137. Les anciens professeurs, les docteurs et les licenciés de l'Université de Genève peuvent annoncer des cours comme privat-docents et se servir pour ces cours des salles universitaires. Il ne

devra résulter de cette autorisation aucun empêchement pour les professeurs. Le Département de l'Instrnction publique, après avoir pris le préavis de la Facultée intéressée et du Bureau du Sénat, peut aussi agréer comme privat-docents des personnes, qui, par des titres universitaires, par des publications, par un enseignement antérieur, ou par une dissertation soutenue devant la Faculté intéressée, auront donné des preuves suffisantes de capacité. La soutenance de cette dissertation spéciale est obligatoire lorsqu'il s'agit de la Faculté de médecine. Le Département, sur le préavis du Bureau du Sénat, peut supprimer un cours de privat-docent pour des motifs graves.

Art. 138. Les privat-docents peuvent enseigner les mêmes matières que les professeurs, sous les conditions prévues par le règlement.

Art. 139. Lorsqu'un professeur est momentanément empêché de donner son enseignement, le Département pourvoit à son remplacement, après l'avoir entendu, et après avoir pris l'avis du Doyen de la Faculté. Les frais de ce remplacement sont, dans la règle, à la charge du titulaire. Le règlement détermine les cas où il peut être dérogé à cette disposition.

Art. 140. Le traitement des professeurs peut s'élever à fr. 6,000, celui des professeurs extraordinaires ne peut dépasser fr. 2,000.

Art. 141. Le Conseil d'Etat détermine, dans les arrêtés de nomination, le traitement et les charges de chaque professeur. Lorsqu'il estime que, dans l'intérêt de l'enseignement, il y a lieu de dépasser le maximum normal du traitement, pour appeler ou conserver un professeur éminent, il pérsente un arrêté législatif au Grand Conseil.

Art. 142. Les professeurs ordinaires et extraordinaires peuvent annoncer des cours en dehors de leurs charges officielles.

Art. 143. Le titre de professeur honoraire de l'Université est conféré à ceux qui, pendant douze ans, ont enseigné comme professeurs ordinaires. Ce titre peut aussi être accordé par le Conseil d'Etat, sur le préavis du Sénat universitaire, pour services signalés rendus à l'enseignement ou à la science.

Art. 144. Le Sénat est composé des professeurs ordinaires et des professeurs extraordinaires. Les privat-docents peuvent y être appelés, avec voix consultative, lorsqu'il s'agit de l'élaboration du programme d'études.

Art. 145. Le Bureau du Sénat est composé d'un recteur, d'un vice-recteur et d'un secrétaire, nommés pour le terme de deux ans par la réunion des professeurs ordinaires. Sont en outre membres du Bureau les doyens des Facultés. Le Recteur et le Vice-recteur, ne sont pas immédiatement rééligibles. Ces nominations sont soumises à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 146. Le Recteur préside le Sénat. Il est spécialement chargé de la discipline universitaire.

Art. 147. Le Bureau du Sénat soumet à l'approbation du Département le programme des études et des examens et peut s'adresser à lui directement toutes les fois qu'il le juge utile.

Art. 148. La direction et la surveillance spéciale de chaque Faculté sont confiées, sous l'autorité du Recteur, à un doyen nommé pour deux ans par les professeurs ordinaires de cette Faculté et pris parmi eux.

Art. 149. Les professeurs d'une Faculté peuvent en tout temps se réunir, sous la présidence de leur doyen, pour discuter les questions spéciales à leur Faculté et transmettre au Département, par l'intermédiaire du bureau du Sénat, le résultat de leurs délibérations.

Art. 150. Les cours de l'Université sont suivis par des étudiants et par des auditeurs.

Art. 151. Sont étudiants ceux qui sont immatriculés dans une Faculté, sur la production d'un certificat de maturité de la Division supérieure du Collège ou de pièces jugées équivalentes par le Bureau du Sénat. Les règlements universitaires déterminent quelles sont les sections de la division supérieure du Collège dont les certificats de maturité donnent accès dans chacune des cinq Facultés. Pour pouvoir entrer dans les Facultés de droit, de théologie et de médecine, les étudiants sont tenus de suivre pendant une année un certain nombre de cours de sciences et de lettres, suivant un plan fixé par le Règlement universitaire. Cet enseignement se termine par un examen. Les étudiants dont l'examen a été admis, sont déclarés aptes à entrer dans la Faculté de droit, de théologie et de médecine. Les grades de la Faculté des lettres supérieurs à celui de bachelier ès-lettres et ceux de la Faculté des sciences confèrent le même droit. Les étudiants peuvent seuls subir des examens de grade. Les conditions d'immatriculation sont les mêmes pour les deux sexes.

Art. 152. Sont auditeurs, ceux qui, sans être immatriculés, sont autorisés à suivre certains cours. Ils doivent avoir 18 ans accomplis. Ils peuvent, à leur demande, subir des examens sur les cours qu'ils ont suivis.

Art. 153. Le Doyen, le Recteur et, en dernier ressort, le Département de l'Instruction publique, sont chargés de la discipline des étudiants et des auditeurs, qui peuvent être rayés, pour cause grave, des registres de l'Université. Chaque professeur a la discipline de son auditoire.

Art. 154. Le droit d'immatriculation est de fr. 20 Les étudiants qui sortent de la Division supérieure du Collège sont dispensés de cette redevance. La finance d'exmatriculation est fixée à fr. 10. Ces sommes sont versées à la Caisse de l'Etat.

Art. 155. Les leçons universitaires sont payées par les étudiants et les auditeurs à raison de fr. 5 par semestre pour une heure de cours par semaine. La moitié de cette rétribution appartient à celui qui donne le cours; le reste est versé dans la Caisse de l'Etat. Cette rétribution appartient au professeur ou au privat-docent qui donne le cours. Les préparateurs et assistants des professeurs sont exempts de ces rétributions, et peuvent suivre gratuitement les cours de toutes les Facultés.

Art. 156. Le Département peut, dans des cas spéciaux, dispenser les étudiants et les auditeurs de l'Université de tout ou partie des

rétributions. Cette faveur s'applique seulement aux étudiants ou auditeurs de nationalité suisse. Elle est accordée sur le préavis des Facultés.

Art. 157. Les étudiants peuvent subir à la fin de l'année universitaire, et sur leur demande, des examens sur les cours pour lesquels ils se sont inscrits. Ces examens ne sont pas obligatoires. Il en est délivré un certificat aux étudiants qui les ont subis, moyennant une finance de fr. 5 versée à la Caisse de l'Etat. Le Sénat peut dispenser de l'enseignement préparatoire des sciences et lettres prévu à l'article 151 de la présente Loi les étudiants qui justifieraient par un examen ou par des pièces jugées suffisantes de connaissances littéraires et scientifiques équivalentes.

Art. 158. Le Sénat confère, après examens, les grades de bachelier, de licencié et de docteur. Il délivre aussi des diplômes de chimistes. Ces examens peuvent être fractionnés.

Art. 159. Le grade de docteur peut exceptionnellement être conféré, sans examen, avec l'approbation du Conseil d'Etat à des hommes distingués dans une branche des connaissances humaines.

Art. 160. Le Conseil d'Etat, sur le préavis du Sénat, détermine par un règlement le champ, la nature et les conditions des différents examens universitaires.

Art. 161. Les examens universitaires se font devant des jurys, composés de professeurs désignés par le Bureau du Sénat, et de personnes choisies par le Département. Les professeurs extraordinaires et les privat-docents dont les cours ont été suivis par l'étudiant qui subit l'examen, sont de droit adjoints à ces jurys, pour la partie qui les concerne.

Art. 162. Les droits de graduation sont fixés comme suit: Pour le grade de *bachelier*, fr. 50; pour le grade de *licencié*, fr. 100; pour le grade de *docteur*, fr. 200; et pour le diplôme de *chimiste*, fr. 200. Le droit exigé pour le grade de docteur est réduit sous les conditions prescrites par le règlement, à fr. 50 pour les personnes qui ont déjà obtenu à Genève le diplôme de chimiste. Le Conseil d'Etat peut dispenser de cette finance les personnes qui auront reçu le subside prévu par l'art. 179. Ces sommes sont versées dans la Caisse de l'Etat.

Art. 163. Chaque année il est inscrit au budget une somme destinée au service et à l'entretien des laboratoires et des cliniques. Le Conseil d'Etat fixe le traitement ou les indemnités des préparateurs et des aides nécessaires qui sont nommés sur le préavis du professeur. Le Département détermine les conditions sous lesquelles les autres professeurs, les privat-docents, les étudiants et les auditeurs, ainsi que d'autres personnes étrangères à l'Université, peuvent profiter de ces laboratoires. Un règlement spécial approuvé par le Conseil d'Etat fixe le taux et l'emploi des rétributions exigées des étudiants pour les travaux de laboratoire. Le Conseil d'Etat est chargé de prendre avec l'Hospice général, l'Hôpital cantonal, et en général avec les Etablissements d'assistance les arrangements nécessaires pour l'enseignement clinique.

Art. 164. L'Université constitue une personne morale, capable de recevoir des dons et des legs avec ou sans affectation spéciale. Ces dons et legs ne peuvent toutefois être acceptés qu'avec l'autorisation du Conseil d'Etat. L'administration et la gestion de la fortune de l'Université est de la compétence du Sénat. Celui-ci nomme chaque année, parmi ses membres, une commission dont le Recteur fait partie de droit et qui est chargée spécialement d'administrer et de gérer ces fonds, à charge par elle de rendre compte chaque année. Le Sénat, sur la proposition de sa commission, établit le compte des sommes dont l'Université peut disposer en dehors du budget de l'Etat et en détermine l'emploi. Ces comptes sont soumis à l'approbation du Conseil d'Etat, avant de devinir définitifs.

École dentaire. Art. 165. L'Ecole dentaire a pour but l'enseignement scientifique et professionel de l'art dentaire.

Art. 166. Cet enseignement se donne soit à l'Université, soit à l'Ecole dentaire. Le programme détaillé en est fixé par le règlement. D'une manière générale, il comprend les branches suivantes: Chimie; Physique; Anatomie humaine; Anatomie normale et pathologique de la cavité buccale et de l'appareil dentaire; Anatomie pathologique générale; Physiologie; Clinique chirurgicale; Travaux pratiques d'anatomie et d'histologie; Clinique; Pathologie et thérapeutique des maladies de la bouche et de l'appareil dentaire; Obturation; Prothèse; Travaux pratiques dans les ateliers.

Art. 167. Les cours de l'Ecole dentaire sont suivis par des élèves réguliers et par des externes.

Art. 168. Sont inscrits comme élèves réguliers: a) Les jeunes gens sortis de l'une des sections du Gymnase avec un certificat de maturité; b) Ceux qui subissent d'une manière satisfaisante des examens sur le champ d'études d'une des sections du Gymnase; c) Ceux qui prouvent par des diplômes ou certificats le même degré d'instruction.

Art. 169. Les élèves réguliers de l'Ecole dentaire sont appelés à passer deux examens: 1° L'examen propédeutique; 2° L'examen professionnel, donnant droit au diplôme de médecin-chirurgien-dentiste de l'Ecole dentaire de Genève. Le règlement détermine le programme et les conditions de ces examens.

Art. 170. Les rétributions pour les cours suivis, soit dans la Faculté des Sciences, soit dans la Faculté de Médecine, sont celles déjà spécifiées par la loi ou le règlement pour ces deux Facultés. Les élèves réguliers paient pour chaque cours spécial donné dans l'Ecole dentaire, ainsi que pour les travaux dans les ateliers, fr. 50 par semestre, dont fr. 40 sont versés dans la Caisse de l'Etat et fr. 10 dans une caisse particulière dont les fonds sont partagés dans une proportion fixée par le règlement. Cette finance est portée pour les élèves externes à fr. 60; sur cette somme, fr. 50 sont prélevés par la Caisse de l'Etat; fr. 10 rentrent dans la caisse particulière et sont partagés comme il est dit plus haut. Le Département peut, dans des cas spéciaux, dispenser les élèves réguliers suisses de tout ou partie des rétributions concernant les cours théoriques donnés dans l'Université

Art. 171. Le droit pour l'examen propédeutique est de fr. 50 et pour l'examen professionnel, donnant droit au diplôme, de fr. 300. En cas d'insuccès la moitié de la somme est remboursée au candidat.

Art. 172. Les élèves réguliers et les externes se pourvoient à leurs frais des instruments qui leur sont nécessaires, ainsi que des substances qu'ils emploient dans les travaux pratiques.

Art. 173. Les professeurs à l'Ecole dentaire reçoivent, en outre de leur casuel, un traitement fixe de fr. 4,000.

Art. 174. Il peut être nommé des assistants aux professeurs de l'Ecole dentaire. Leur traitement est fixé par le Conseil d'Etat. Ces fonctions sont annuelles; mais le même assistant peut être nommé plusieurs années de suite.

Art. 175. Le Département, après avoir pris le préavis de la Commission de l'Ecole dentaire, peut autoriser les personnes qui en font la demande, à donner des cours de privat-docent dans l'Ecole dentaire. Le Département fixe le prix de ces cours qui appartient au privat-docent. Ils peuvent être gratuits moyennant l'approbation du Département.

Art. 176. La direction scientifique de l'Ecole dentaire, ainsi que le maintien de l'ordre et de la discipline, sont confiés à une commission de cinq membres portant le nom de Commission de l'Ecole dentaire. Elle est nommée tous les deux ans par le Département de l'Instruction publique qui en désigne le président. Elle doit contenir deux professeurs de l'Université et deux professeurs de l'Ecole dentaire.

Art. 177. L'Ecole dentaire constitue une personne morale, capable de recevoir, moyennant l'autorisation du Conseil d'Etat des dons et legs, avec ou sans affectation spéciale. L'administration, la gestion et l'emploi de ces fonds sont confiés, sous la surveillance du Conseil d'Etat, à la Commission de l'Ecole dentaire.

Ecole des Arts Industriels Art. 178. L'Ecole des Arts industriels est régie par la loi du 18 octobre 1882.

Titre V. **Caisse des subsides. — Fonds de bourses.**

Caisse des subsides. Art. 179. Les élèves des deux années supérieures du Collège et les étudiants de l'Université peuvent recevoir des subsides à teneur de la loi du 10 juin 1876 autorisant la fondation *d'une caisse de subsides pour les étudiants genevois du Gymnase et de l'Université*

Fonds de bourses. Art. 180. Pour les établissements d'instruction secondaire autre que ceux visés dans l'article précédent, il est créé un fonds de bourses destiné à aider dans leurs études les élèves qui se sont distingués par leurs aptitudes et leur conduite.

Art. 181. Ce fonds est formé par un prélèvement de un dixième au plus des rétributions annuelles payées par les élèves réguliers de ces établissements. Il peut aussi recevoir des dons et legs.

Art. 182. Ce fonds est géré par un Comité de neuf membres élus pour quatre ans. 3 membres sont nommés par le Conseil d'Etat.

1 par le personnel enseignant des écoles d'enseignement professionnel. 1 par celui de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles. 1 par celui du Collège. Les trois directeurs font partie de droit du Comité.

Art. 183. Après une enquête sur les titres des postulants, et s'il y a lieu, à la suite d'un concours, le Comité fixe la quotité de chaque subside, son emploi et sa durée.

Art. 184. En cas de liquidation de ce fonds de bourse, son capital est de plein droit acquis à la Caisse de l'Etat.

Dispositions transitoires. Art. 185. Le Conseil d'Etat est chargé de faire les règlements nécessaires pour la mise à exécution de la présente loi. Il lui est accordé un délai maximum de trois ans pour l'application successive de celles des dispositions de la présente loi qui ne pourront recevoir une exécution immédiate.

Art. 186. Le Conseil d'Etat pourra appeler à d'autres postes les titulaires dont les fonctions sont supprimées. Dans ce cas, les situations acquises en ce qui concerne les traitements sont maintenues. Dans l'année qui suivra la promulgation de la loi, le Conseil d'Etat pourra faire parmi les fonctionnaires de l'instruction publique, même en dérogation aux dispositions de la présente loi, les changements de fonctions rendus nécessaires. Il présentera au Grand Conseil une loi spéciale fixant, s'il y a lieu, les indemnités qui pourraient être accordées à des fonctionnaires de l'instruction publique pour suppressions d'emplois.

Art. 187. Les dispositions de l'article 48 ne sont pas applicables aux fonctionnaires actuels de l'enseignement primaire. Les professeurs du Gymnase actuellement en charge conservent leur titre. En dérogation à l'article 155, les professeurs de la Faculté de médecine, actuellement en charge, continueront à recevoir la finance entière payée par les étudiants et les auditeurs de cette Faculté jusqu'à la fin de l'année universitaire 1889.

Art. 188. Dans le cas où les fonctionnaires de l'enseignement secondaire instituaient une Caisse de prévoyance, une loi spéciale déterminera les conditions dans lesquelles l'Etat pourra participer, soit à la création, soit à l'entretien de cette Caisse. Cette disposition s'applique aux fonctionnaires des écoles enfantines.

Art. 189. Les dispositions de le présente loi qui mettent à la charge de la ville de Genève des prestations nouvelles, ne l'obligeront pas à la construction de nouveaux bâtiments d'école primaire et secondaire pendant une période de huit ans, à partir de la promulgation de la présente loi.

Art. 190. En dérogation à l'article 5, la Commission scolaire sera nommée dès la promulgation de la loi.

Clause abrogatoire.

Sont abrogées la loi générale du 19 octobre 1872 sur l'instruction publique, la loi du 10 septembre 1873, la loi du 13 septembre 1873 sur la Faculté de médecine, les lois des 3 février 1875, 28 août 1875, 19 février 1876, 1er mars 1876, 21 juillet 1877, 25 septembre 1878, 23 juin 1880, 11 juin 1881, 6 juillet 1881, la loi du 9 juillet 1881 instituant une Ecole dentaire, les lois des 16 janvier 1882, 11 octobre 1882, 24 janvier 1883, 13 juin 1883, 20 octobre 1884 et généralement toutes les dispositions contraires à la présente loi.

II. Primarschulen.

a. Verordnungen, Lehrpläne, Reglemente.

5. 1. **Règlement général des Ecoles primaires du canton de Fribourg.** (Du 9 juillet 1886.)

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg en exécution des art. 4 à 9, 34 et 122 de la loi dn 17 mai 1884 sur l'instruction primaire; sur la proposition de la Direction de l'Instruction publique, arrête:

Art. 1. Le Conseil d'Etat détermine par un règlement général tous les points de détail et d'application relatifs à l'enseignement primaire, non prévus par la loi du 17 mai 1884. (Art. 8, 1er alinéa de dite loi.)

Art. 2. Le même règlement détermine tout ce qui a trait à l'organisation des écoles. (Art. 4 à 9 de la loi.)

Chapitre premier. **Des Ecoles primaires.**

Organisation. Art. 3. Aucune école primaire ne peut compter plus de 70 élèves. Ce chiffre atteint pendant cinq années consécutives, l'école doit être dédoublée. (Loi art. 7.)

Art. 4. La moyenne des cinq années est basée sur le nombre des élèves inscrits au registre de la fréquentation à la clôture de l'année scolaire, soit au 30 arril de chaque année.

Art. 5. Le dédoublement prévu à l'art. 4 ci-dessus a lieu par décision de la Direction de l'Instruction publique. sur la proposition de l'autorité locale et les préavis de l'inspecteur et du préfet.

Art. 6. Les écoles sont, autant que possible, établies par sexe; néanmoins les écoles mixtes ne sont pas interdites, principalement pour les classes du premier degré. (Loi art. 7, 2e alinéa.)

Branches d'enseignement. Méthodes. Art. 7. Les branches d'enseignement sont celles qui sont déterminées aux art. 10 et 11 de la loi, y compris l'histoire sainte. Elles sont obligatoires ou facultatives.

Art. 8. L'enseignement du français pour les élèves allemands et de l'allemand pour les élèves français a lieu aux mêmes conditions que l'enseignement des autres branches facultatives. Dans les écoles qui comportent l'enseignement des branches facultatives, celles-ci sont successivement introduites par le maître, de concert avec l'inspecteur, la commission scolaire entendue.

Art. 9. L'école primaire dans son état normal est divisée en trois degrés, soit trois cours progressifs, selon la nature des branches. Les cours de chaque degré peuvent être subdivisés en sections. (Loi art. 3.)

Art. 10. Le premier degré ou cours inférieur comprend en règle générale les élèves de 7 à 9 ans; le cours moyen, les élèves de 9 à 12 ans, et le cours supérieur, les élèves de 12 à 15 ou 16 ans.

Art. 11. Il peut être dérogé à cette règle dans les cas prévus par le règlement local et specialement dans les communes populeuses.

Art. 12. Le programme des branches d'enseignement est élaboré par la Commission des études, comme il est dit à l'art. 101 ci-après. Il est établi en vue d'une école inférieure, d'une école supérieure et d'une école à trois degrés.

Art. 13. Ce programme comprend un minimum de 25 heures d'enseignement par semaine. Il peut toutefois atteindre un maximum de 30 heures d'enseignement pendant le semestre d'hiver. Le règlement local détermine le nombre d'heures entre ces deux limites.

Art. 14. Dans la règle la répartition par heures des diverses branches de l'enseignement a lieu de la manière suivante:

a. **Dans une école inférieure:**

	Garçons	*Filles*
1. Instruction religieuse et histoire sainte	2½ h.	2½ h.
2. Enseignement intuitif	3½ »	3 »
3. Exercices de langue	10 »	8 »
4. Ecriture	3 »	3 »
5. Calcul oral	2½ »	2 »
6. Calcul écrit	2½ »	2½ »
7. Chant	1 »	1 »
8. Ouvrages manuels pour les filles		3 »
	25 heures	25 heures

b. **Dans une école supérieure:**

	Garçons	*Filles*
1. Instruction religieuse et histoire sainte	2½ heures *)	2½ heures
2. Lecture et récitation	4½ (6) »	4 (5) »
3. Grammaire	1 (2) »	1 (1½) »
4. Dictées, analyse	2	2 »
5. Composition	4 (5) »	3 (4) »
6. Ecriture	1 (2) »	1 »
7. Calcul oral	2½ »	2 »
8. Calcul écrit	3 (3½) »	2 (3) »
9. Histoire et instruction civique	2	1 (1½) »
10. Géographie	1½	1 »
11. Chant	1	1 »
12. Ouvrages manuels et économie domestique		4½ (5½) h.
	25 heures (30h.)	25 heures (30h.)

*) La note vide pag. 27.

c. **Dans une école réunissant les trois degrés:**

	Ecoles de garçons			*Ecoles de Filles*		
	1. cours	*2. cours*	*3. cours*	*1. cours*	*2. cours*	*3. cours*
	heures	heures	heures	heures	heures	heures
1. Instruction religieuse et histoire sainte	2½	2½	2½	2½	2½	2½
2. Enseignement intuitif	4	2½	—	3	2½	—
3. Lecture	8	4	4	7	3	3
4. Grammaire	—	1	2	—	1	1½
5. Dictée	1	2	2	1	1½	2
6. Composition	1	2	3½	1	2	3
7. Ecriture	2½	1	1	2	1	1
8. Calcul oral	2½	2½	2½	2	2	2
9. Calcul écrit	2½	3	3	2½	2	2½
10. Histoire	—	1½	1½	—	1½	1½
11. Géographie	—	1½	1½	—	1	1
12. Instruction civique	—	½	½	—	—	—
13. Chant	1	1	1	1	1	1
14. Economie domestique	—	—	—	—	1	1
15. Ouvrages manuels	—	—	—	3	3	3
	25 h.	25 h.	25 h.	25 h.	25 h.	25 h.

Art. 15. Cette distribution des heures sert de base à l'ordre du jour de chaque classe. Le nombre d'heures minimum ne peut être augmenté que par décision spéciale de l'inspecteur, la commission locale entendue.

Art. 16. Les élèves d'une classe ou division inférieure peuvent être réunis pour les leçons à ceux d'une division supérieure, quand les sujets à traiter le comportent.

Art. 17. Il est tenu un journal de classe, soit un registre dans lequel l'instituteur transcrit chaque jour le résumé de la préparation de ses leçons du lendemain, en se basant sur l'ordre du jour. Cette préparation quotidienne contient les indications des leçons, les développements, exercices et devoirs pour chaque séance de classe du jour suivant.

Art. 18. L'enseignement de la religion est donné par le pasteur de la paroisse ou par les personnes auxquelles il a confié cet enseignement. Dans les écoles catholiques, le maître est chargé de s'assurer que l'élève a étudié les leçons qui lui ont été imposées en lui faisant réciter la lettre du catéchisme. En outre, il lui fera fréquemment lire et même apprendre par cœur quelques passages de l'Ancien et du Nouveau Testament.

Art. 19. L'enseignement religieux peut être donné dans le local de l'école à tous les enfants qui professent le culte de la majorité de la commune ou du cercle scolaire et dont les parents n'auraient pas fait la déclaration prévue à l'art. 12 de la loi. Les parents qui ne professent pas le culte de la majorité de la population de la commune ou du cercle scolaire s'entendent avec les autorités ecclésiastiques de leur confession, pour faire donner l'enseignement religieux à leurs enfants. Dans les communes où il y a plusieurs écoles, et dans les paroisses qui comprennent plusieurs communes, l'autorité ecclésiastique a le droit de réunir, le même jour, tous les enfants dans le même local pour leur donner l'enseignement religieux. L'entretien, l'ameublement et le chauffage de ce local sont à la charge des autorités de la commune où les enfants reçoivent cet enseignement, à moins de conventions ou usages contraires.

Art. 20. Un des demi-jours de congé est dans la règle consacré à l'enseignement religieux hebdomadoire (loi art. 16). Ce demi-jour est fixé par le règlement local, ensuite d'entente préalable avec le pasteur de la paroisse. S'il se trouve dans un cercle scolaire des élèves ressortissants de diverses paroisses, les jours consacrés à l'enseignement de la religion sont déterminés en suite d'accord entre les diverses autorités intéressées.

Art. 21. L'autorité religieuse de chaque paroisse a de plus la faculté de disposer, pendant six mois, du nombre d'heures nécessaire pour préparer les enfants à la confirmation et à la première communion.

---

*) Les inspecteurs peuvent, après avoir entendu la commission locale, prolonger la durée des leçons et porter ces dernières au maximum de 30 heures, avec exclusion des tâches à domicile en dehors des jours de congé. Dans ce cas, la répartition des heures est celle qu'indiquent ci-haut les chiffres entre parenthèses.

Ce nombre d'heures, fixé de concert avec l'autorité locale, ne saurait dépasser dans les plus grandes paroisses deux demi-journées par semaine. Une semaine de congé est en outre réservée à la préparation immédiate à ces solennités.

Art. 22. L'enseignement de la gymnastique est donné durant la bonne saison aux garçons âgés de plus de 10 ans. En sont exemptés: a. les garçons qui en sont déclarés impropres par un certificat médical, conformément aux „prescriptions concernant les dispenses de l'instruction de la gymnastique, du 13 septembre 1878"; b. les étrangers qui ne fréquentent aucune école publique.

Art. 23. Il est donné aux filles trois heures par semaine au moins d'enseignement des ouvrages du sexe et une heure d'économie domestique. On peut consacrer à ces deux branches un plus grand nombre d'heures, mais ces dernières ne doivent pas empiéter sur le temps attribué aux autres branches du programme.

Art. 24. Pour les écoles mixtes de tous les degrés, la répartition des heures est fixée par l'inspecteur, selon les locaux disponibles. Le minimum de 25 heures de leçons doit en tous cas être maintenu pour les garçons.

Art. 25. Les instituteurs sont tenus de faire à la fin de chaque semaine et de chaque mois une répétition générale des matières enseignées durant la semaine ou le mois écoulés. Cette répétition a lieu pendant les heures consacrées à chaque branche respective d'enseignement.

Année scolaire, durée des leçons, vacances et congés. Art. 26. La division de l'année scolaire, la durée des classes quotidiennes, les congés accordés aux instituteurs, la durée des vacances et les congés pour alpage sont déterminés par les art. 15 à 10 de la loi.

Art. 27. Indépendamment du dimanche, il y a chaque semaine un demi-jour de vacances ou un jour au plus. Le règlement local les détermine. Un jour de fête chômée dans la paroisse tient lieu d'un demi-jour de vacances.

Art. 28. Les congés sont accordés à l'école et aux instituteurs conformément aux prescriptions de l'art. 17 de la loi, auxquelles il ne peut en aucun cas être dérogé.

Art. 29. En cas de maladie de l'instituteur, constatée par déclaration médicale, ou de service militaire, l'interruption de l'enseignement ne peut être prolongée au-delà de 15 jours. Passé ce terme, il est pourvu à la desservance provisoire de l'école par l'inspecteur, conformément à l'art. 81, 2me alinéa, de la loi.

Art. 30. Les vacances annuelles (loi art. 18) sont réparties entre les époques des grands travaux de la campagne. La répartition en est fixée, d'entente avec l'inspecteur, par le règlement local. Elles ne peuvent être d'une durée inférieure à sept jours consécutifs.

Art. 31. Dans les communes rurales, cette répartition est faite de telle sorte que les élèves des cours supérieurs aient au moins 15 semaines soit 75 demi-jours de classe, et les élèves des cours inférieurs 15 semaines soit 150 demi-jours de classe durant le semestre d'été.

Art. 32. Les vacances peuvent être de douze semaines consécutives dans les communes alpestres, moyennant l'autorisation spéciale de la Direction de l'Instruction publique, sur demande motivée de la commission locale et préavis de l'inspecteur.

Fréquentation, répression des absences, discipline, surveillance. Art. 33. Six jours avant l'ouverture du premier semestre, l'inspecteur adresse aux secrétaires communaux de son arrondissement des formulaires dans lesquels l'officier de l'état civil inscrit gratuitement (loi du 26 août 1875, art. 71) sous peine de 5 francs d'amende: a. Les noms des enfants nés dans la commune qui atteignent l'âge de 7 ans dans le courant de l'année; b. le nom du père, la date de la naissance des enfants et autant que possible leur domicile actuel. Sous la même pénalité, le secrétaire communal complète cette liste, en y portant les mêmes indications pour les enfants domiciliés dans la commune, quoique nés au dehors; 15 jours après la réception du formulaire, il transmet, par l'intermédiaire de la commission locale, la liste dûment remplie à l'instituteur. Celui-ci en envoie immédiatement une copie à l'inspecteur de son arrondissement. Le secrétaire communal communique de même à l'instituteur, sous le contrôle et la responsabilité du syndic, les indications ci-dessus concernant les enfants en âge de fréquenter l'école, qui viennent se domicilier dans la commune pendant le cours de l'année scolaire.

Art. 34. Il est interdit à l'instituteur d'admettre aucun enfant à l'école, même dans les conditions prévues par la loi et les règlements, sans l'agrément de la commission locale. Une fois admis, l'enfant et ses parents sont soumis à toutes les dispositions des lois et règlements scolaires en rapport.

Art. 35. Les instituteurs et institutrices sont chargés de la tenue: a. Du registre matricule; b. du registre de progression et d'absences; c. du livret scolaire. Les registres *a* et *b* sont fournis par la commune et conservés aux archives communales.

Art. 36. Dans les cercles scolaires comprenant plusieurs écoles, le registre matricule est tenu par l'instituteur ou l'institutrice du degré le plus élevé. Lorsque les écoles sont divisées par sexe, il est tenu un registre matricule pour chaque sexe.

Art. 37. Le livret scolaire reproduit les données du registre matricule, et, pour les élèves astreints à l'école de répétition, il contient les notes qu'ils y ont obtenues. Il est fourni aux élèves par la commune au prix de 10 centimes pièce. Un dépôt de ces livrets est établi dans chaque préfecture.

Art. 38. Le registre des absences et de progression contient le nom et le prénom de chaque élève avec un numéro de report au registre matricule. Il indique exactement les absences journalières, pour causes de maladies, par suite de permission, ou les absences illégitimes, les congés, les jours de classe, les vacances, les notes trimestrielles des élèves. A la fin de chaque mois, les maîtresses d'ouvrage et maîtres spéciaux remettent à l'instituteur chargé de la tenue de ce registre le relevé des absences afférentes à leurs cours.

Art. 39. Est considérée comme absence entière, toute absence d'une séance d'école, soit d'une demi-journée. Trois retards dans l'arrivée à l'école pendant le même mois équivalent à une absence.

Art. 40. Aucun élève ne peut, sans l'autorisation de l'instituteur, s'absenter de l'école.

Art. 41. Cette autorisation n'est accordée que dans les cas suivants: a. Indisposition sérieuse de l'élève; b. Maladie d'un parent pauvre (père ou mère ou ceux qui en tiennent lieu) si les soins de l'enfant sont nécessaires au malade; c. Mort du père ou de la mère, des parents ou du tuteur qui en tiennent lieu, jusque et y compris le jour de l'enterrement; d. Enterrement d'un proche parent, d'un parrain ou d'une marraine; e. Circonstances exceptionnelles nécessitant un travail urgent. Ce congé n'est accordé qu'à l'élève studieux, appliqué et qui fréquente régulièrement l'école; f. Chemins impraticables par suite de hautes neiges ou d'intempéries extraordinaires, surtout lorsque les élèves sont très jeunes et domiciliés à une grande distance de la maison d'école.

Art. 42. Le règlemeut local détermine à quelle distance de l'école doivent être situés les élèves pour être admis au bénéfice du dernier alinéa de l'art. 19 de la loi.

Art. 43. L'instituteur est compétent pour accorder des congés particuliers pendant trois jours consécutifs. Pour un plus grand nombre de jours il doit requérir la ratification de l'inspecteur.

Art. 44. Dans les six premiers jours de chaque mois l'instituteur transmet à la commission scolaire et à l'inspecteur un relevé des absences légitimes et illégitimes du mois écoulé. S'il n'y a pas d'absences, il envoie également le formulaire avec la mention: *Pas d'absences pendant le mois* Il indique dans ces rapports les motifs des permissions accordées et des absences légitimes. Il mentionne de même si les absences illégitimes du mois écoulé sont les 1re, 2me, 3me, etc., du semestre.

Art. 45. L'instituteur qui n'inscrit pas exactement au registre les absences et les punitions pour fautes graves de ses élèves est rappelé à l'ordre, sans préjudice des peines plus sévères qui pourraient lui être appliquées selon les circonstances.

Art. 46. L'instituteur avise immédiatement par écrit les parents de toute absence illégitime de leurs enfants, d'après un formulaire déterminé par la Direction de l'Instruction publique et fourni par la commune. Les enfants sont en outre rappelés à l'ordre. De plus l'instituteur avise sans retard l'inspecteur dès qu'il a constaté trois absences illégitimes du même élève pendant une huitaine.

Art. 47. Les commissions locales sont tenues de remettre immédiatement au boursier communal, en vue de la perception des amendes pour absences illégitimes, les listes fournies par les instituteurs. Le boursier de son côté fait diligence dans la perception des amendes, de façon à pouvoir transmettre, à la fin du mois au plus tard, à l'inspecteur, la liste des sommes perçues et non perçues. Il tient un relevé spécial de cette perception.

Art. 48. L'inspecteur signale au préfet les commissions négligentes dans le renvoi des listes. Le préfet les rappelle à l'ordre et, en cas

de récidive, demande au Conseil d'Etat l'application de l'article 70 de la loi.

Art. 49. En application des art. 29 et 31 de la loi, l'instituteur signale immédiatement toute absence illégitime, à partir de la 11me dans le semestre, à l'inspecteur, et celui-ci en avise le préfet pour exécution de la loi.

Art. 50. A la fin de chaque mois le préfet adresse à la Direction de l'Instruction publique un tableau de la perception des amendes dans son district pendant le mois qui précède.

Art. 51. Les punitions à l'école doivent être en rapport avec l'âge, le caractère de l'enfant et la gravité de la faute; elles ne peuvent jamais être l'effet de l'emportement, mais, une fois prononcées, elles sont rigoureusement mises à exécution, sans que l'intervention des parents puisse les annuler ou les affaiblir. Il est défendu expressément aux instituteurs de recourir aux injures, aux paroles offensantes ou à des actes quelconques de brutalité envers les élèves.

Art. 52. Les peines usitées dans les écoles sont en règle générale: a. La réprimande en public ou en particulier; b. les mauvaises notes, avec mention spéciale sur le bulletin trimestriel; c. la mise à l'écart, même à genoux; d. la retenue après la leçon; e. la tâche extraordinaire; f. l'emprisonnement; g. l'expulsion temporaire; h. l'expulsion définitive. D'autres peines peuvent encore être infligées avec l'autorisation de l'inspecteur.

Art. 53. La réprimande est publique, c'est-à-dire infligée en présence des élèves, ou particulière, selon la nature ou la gravité de la faute. La réprimande devant la commission locale est adressée à l'élève indiscipliné, en cas d'insuffisance des peines prononcées par l'instituteur.

Art. 54. Les mauvaises notes sont appliquées pour toute infraction un peu grave à la règle. Ce genre de punition peut accompagner tous les autres. Dans les cas plus graves, les mauvaises notes sont communiquées immédiatement aux parents ou aux tuteurs.

Art. 55. La mise à l'écart a lieu lorsque l'enfant persiste, après avertissement, à être un sujet de dérangement pour ses voisins. Elle n'est prononcée que pour un petit nombre d'élèves à la fois; ceux-ci seront toujours strictement surveillés et occupés.

Art. 56. La retenue après la leçon a essentiellement pour objet de réparer le temps perdu par l'élève. Elle ne doit jamais durer plus d'une heure après la classe. L'élève doit être occupé à un travail utile et surveillé par l'instituteur.

Art. 57. La tâche extraordinaire remplace ou complète la retenue à l'école. Elle a surtout pour but d'obliger l'élève à faire un ouvrage omis ou à refaire l'ouvrage mal exécuté. Elle ne peut dépasser la longueur d'une tâche ordinaire, mais l'instituteur exige qu'elle soit parfaitement exécutée.

Art. 58. L'emprisonnement est destiné à réprimer les fautes très graves. Il consiste en la réclusion solitaire dans un local convenable

et suffisamment éclairé; il ne doit pas dépasser une heure après chaque classe.

Art. 59. Dans le cas de rébellion ouverte, l'instituteur doit expulser l'élève. Celui-ci ne peut rentrer à l'école qu'après avoir fait acte de soumission en présence de toute la classe; en cas de récidive, l'enfant ne peut rentrer qu'avec la permission de la commission scolaire.

Art. 60. L'instituteur donne aussitôt avis aux parents, maîtres ou tuteurs, ainsi qu'à la commission locale, des expulsions prononcées. Les parents sont tenus de faire sans retard les démarches nécessaires à l'effet d'obtenir la rentrée de l'élève à l'école.

Art. 61. Si la réprimande devant la commission locale est insuffisaute, celle-ci, après un appel préalable aux parents, en réfère au préfet. Ce dernier peut faire incarcérer le coupable pendant quarante-huit heures. Il agit de même en cas de nouvelle récidive de rébellion entraînant l'expulsion.

Art. 62. Les cas graves d'immoralité sont déférés à l'autorité administrative, pour répression immédiate. L'exculsion définitive est, le cas échéant, prononcée par l'inspecteur, sur le préavis de la commission locale.

Art. 63. Les ministres du culte, chargés de l'enseignement religieux, ont pareillement le droit de faire usage des punitions sus-indiquées vis-à-vis des élèves qui fréquentent cet enseignement.

Art. 64. Toute plainte des parents contre l'instituteur est portée devant la commission locale. Il est interdit aux parents et à toute personne qui croirait avoir à se plaindre de l'instituteur de s'introduire dans la maison d'école pour lui adresser des reproches ou le troubler dans l'exercice de ses fonctions. Toute contravention à cet article est punie d'une amende de cinq à vingt francs, prononcée par le préfet.

Art. 65. Les récompenses à accorder aux élèves sages et laborieux sont les suivantes: a. Les bonnes notes, avec mention spéciale dans le bulletin trimestriel; b. l'éloge; c. les prix. Le règlement local peut en admettre d'autres.

Art. 66. Les bonnes notes sont délivrées à l'élève en récompense de sa bonne conduite, de son application à l'étude et de ses progrès. L'instituteur est en outre autorisé à faire usage des bons points.

Art. 67. L'éloge est décerné aux élèves qui, par un travail persévérant, une application soutenue et une conduite irréprochable, se distinguent d'une façon toute particulière parmi leurs condisciples. L'éloge est prononcé par l'instituteur en présence de l'école réunie et seulement à l'occasion des visites scolaires. L'instituteur ne doit user de ce moyen d'émulation qu'avec une très grande réserve et après mûr examen.

Art. 68. Aux époques indiquées par le règlement local, l'instituteur remet à chaque élève de sa classe un bulletin résumant les notes qui lui ont été délivrées pendant le mois ou le trimestre précédents pour sa conduite, son application et ses succès dans les diverses branches du programme. L'échelle prévue à l'art. 36 de la loi sert de base à cette appréciation. Ce bulletin est adressé sous pli fermé aux parents,

qui le contreseignent et le renvoient à l'instituteur. Il a pour but de renseigner les parents sur la conduite et le travail de leurs enfants en classe et d'établir des relations plus intimes entre l'école et la famille.

Art. 69. Les prix, dont la distribution est autorisée, sont destinés à récompenser, au moyen de livres utiles ou de matériel scolaire, les élèves qui, durant l'année, se sont distingués par leur conduite, leur application et leurs succès dans les diverses branches du programme. La liste des ouvrages à distribuer est soumise au préalable à la ratification du pasteur de la paroisse et de l'inspecteur.

Examens, mutations, promotions, émancipations. Art. 70. Les examens scolaires annuels ont lieu, dans la règle, à la clôture du semestre d'hiver, conformément aux prescriptions spéciales en rapport. Ils sont dirigés par l'inspecteur. En cas d'empêchement, l'inspecteur se fait remplacer par un délégué agréé par la Direction.

Art. 71. Les commissions locales peuvent organiser des examens de fin d'année qui ont lieu en même temps que l'examen officiel de l'inspecteur ou indépendamment de celui-ci.

Art. 72. L'inspecteur a la faculté de réunir exceptionnellement les élèves de plusieurs écoles rapprochées les unes des autres pour leur faire subir simultanément l'examen d'émancipation.

Art. 73. Toutes les dispositions concernant les changements de domicile, les promotions d'une école à une autre et les émancipations des élèves, sont contenues aux art. 37 à 42 et 44 de la loi, ainsi qu'à l'art. 74 du présent règlement.

Art. 74. Chaque instituteur a le devoir de faire connaître sans retard à l'inspecteur les changements de domicile des élèves de son école, ainsi que l'arrivée de nouveaux élèves. L'inspecteur ainsi avisé donne connaissance de ces mutations à l'instituteur du nouveau domicile de l'élève, si celui-ci est dans son arrondissement, et à l'inspecteur compétent, si l'élève est domicilié dans un autre arrondissement. En cas de départ de l'élève pour un autre canton, l'inspecteur en informe la Direction de l'Instruction publique.

Art. 75. Dans les communes et les cercles scolaires où se trouvent plusieurs écoles de divers degrés ou de langues différentes, les promotions d'une classe à une autre ne peuvent avoir lieu sans l'approbation de l'inspecteur. Dans ces promotions, il est tenu compte, non-seulement des aptitudes, mais aussi de l'âge des élèves. L'instituteur est toujours consulté.

Locaux, ameublement, fournitures d'école. Art. 76. Les salles d'école sont, autant que possible, installées aux rez-de-chaussée. Elles doivent recevoir le jour de deux côtés au moins, de préférence du midi et du couchant. Autant que le local le permet, les bancs sont disposés de façon que les élèves n'aient pas le grand jour en face: ils doivent recevoir la lumière du côté gauche. Dans la règle les bancs d'école doivent être conformes aux modèles fournis par la Direction de l'Instruction publique.

Art. 77. Il est interdit aux communes et aux cercles scolaires de faire établir de nouveaux bancs d'école qui ne seraient pas conformes aux prescriptions règlementaires. La Direction de l'Instruction publique peut ordonner le remplacement des bancs défectueux.

Art. 78. Le bois à fournir par les communes pour le chauffage des salles d'école doit être livré parfaitement sec; il est réduit en bûches, coupé menu et entassé aux frais des communes. Celles-ci doivent en effectuer la livraison avant le premier octobre de chaque année.

Art. 79. Le transport du combustible au dépôt d'approvisionnement ne peut être effectué par les maîtres et les élèves pendant les heures de classe.

Art. 80. La température de la salle d'école ne doit pas être inférieure à 12 ° R. ou 15 ° C., ni supérieure, dans la saison du chauffage, à 16 ° R. ou 20 ° C. Il y a dans chaque salle d'école un thermomètre fourni par la commune; il est placé dans un endroit convenable et éloigné du poële.

Art. 81. Toute salle d'école est munie d'un ou de plusieurs ventilateurs qui renouvellent l'air, sans offrir de danger pour la santé des élèves. Ces ventilateurs peuvent être remplacés par des guichets s'ouvrant de haut en bas et placés à la partie supérieure de la fenêtre. Les courants d'air seront surtout soigneusement évités.

Art. 82. Pendant le repos de cinq à dix minutes prévu à l'art. 172 ci-après, toutes les fenêtres de l'école sont ouvertes de façon à renouveler rapidement et complètement l'air de la salle. De plus, après chaque sortie de l'école, la même opération est répétée avec le plus grand soin.

Art. 83. La salle d'école doit être tenue constamment propre. Elle est balayée tous les jours, avec arrosage, par l'instituteur, et récurée au moins quatre fois par an aux frais de la commune. Celle-ci doit de même faire récurer une fois par mois les lieux d'aisance. Chaque année les parois en bois et les bancs sont de même récurés et les murailles blanchies à la chaux, à moins qu'elles ne soient passées en couleur.

Art. 84. En cas de maladie épidémique ou contagieuse, le conseil communal en donne aussitôt avis au préfet et à l'inspecteur. Ceux-ci, après avoir consulté un homme de l'art, prennent les mesures que réclament les circonstances et ordonnent au besoin la fermeture immédiate de l'école, sous réserve toutefois de l'approbation ultérieure de la Direction de l'Instruction publique. Dans les cas très urgents le conseil communal peut ordonner immédiatement la fermeture provisoire de l'école.

Art. 85. L'instituteur ne peut employer la salle d'école à aucun usage relatif à son ménage. Il lui est recommandé de l'orner et d'y mettre toutes choses dans un ordre qui en rende le séjour agréable et attrayant pour les élèves. Sont particulièrement recommandés comme objets décoratifs les tableaux religieux, les dessins relatifs à l'enseignement intuitif, à celui de l'histoire et des sciences naturelles.

Art. 86. Il y a dans chaque salle d'école deux tableaux indiquant: l'un l'ordre du jour ou distribution des heures par semaine; l'autre le programme de l'école dans son ensemble et la tâche des divers cours en particulier.

Art. 87. Chaque école possède en outre le mobilier suivant: a. Un pupitre convenable avec siège pour l'instituteur; b. un tableau noir pour chaque cours avec éponges et craies. Sur le revers d'un de ces tableaux sont tracées des portées de cinq lignes pour l'enseignement du chant ou de quatre lignes pour l'enseignement du plain-chant; c. une armoire suffisante pour contenir le matériel d'écriture, de lecture et autres objets à l'usage de l'école; d. au moins une chaise convenable; e. un grand compas avec porte-crayon; f. une grande règle et un mètre; g. un compendium métrique ou tout au moins un tableau des poids et mesures métriques dessinés en grandeur naturelle; h. un boulier compteur; i. la copie réduite du plan cadastral de la commune ou de la carte topographique du cercle scolaire, les cartes du canton de Fribourg, de la Suisse, de l'Europe et un planisphère ou un globe terrestre.

Art. 88. Le mobilier, les registres, ainsi que les objets et le matériel scolaires nécessaires à la tenue de la classe sont fournis par la commune. Les commissions locales veillent à l'observation de cette disposition. En cas d'insuffisance constatée et après lui avoir fixé un terme péremptoire, le préfet fournit d'office les objets manquants à la commune, aux frais de celle-ci.

Art. 89. L'inventaire du mobilier des salles d'école prescrit à l'art. 52 de la loi est établi sur des formulaires conformes fournis par la commune. Il est contresigné par l'inspecteur, l'instituteur et la commission locale. Un double de cet inventaire dépose dans l'armoire de l'école, l'autre aux archives de la commune. Le préfet veille à ce qu'il soit régulièrement tenu et complété au fur et à mesure des nouvelles acquisitions. Il est procédé chaque année à son recolement.

Art. 90. A l'entrée et à la sortie de tout instituteur, il est procédé en sa présence, par le syndic du siège de l'école, à la verification de l'inventaire. Cette opération est verbalisée au registre des visites. L'instituteur sortant est responsable des objets manquants.

Art. 91. Les enfants sont responsables des dégâts qu'ils causent, par leur faute ou négligence, au mobilier et au matériel de l'école. Lorsque le dégât est de nature à mettre un objet hors d'usage, le coupable est tenu de le remplacer à ses frais. Dans tout autre cas il est soumis à une amende d'au moins 50 centimes. Les parents en répondent. Les instituteurs et institutrices peuvent, le cas échéant, être rendus responsables des dégâts occasionnés par leur défaut de surveillance.

Art. 92. L'amende est prononcée par la commission scolaire, perçue par le boursier de commune et versée au fonds d'école respectif, sous la surveillance du préfet, auquel un double des amendes prononcées est soumis chaque mois.

Art. 93. L'acquisition du matériel à l'usage des élèves est effectuée d'après les indications de l'instituteur et à son choix.

Art. 94. L'instituteur, d'entente avec la commission locale et sous réserve de ratification de l'inspecteur, choisit les livres et méthodes en usage dans chaque cours de l'école, conformément aux prescriptions de la Commission des études. L'emploi de tout autre ouvrage est interdit.

Art. 95. Les livres et le matériel scolaires sont fournis gratuitement par la commune aux enfants pauvres, bourgeois ou non-bourgeois, domiciliés dans le cercle scolaire, et à tous les autres au prix coûtant. Les communes n'ont pas le droit de réclamer des communes d'origine des enfants le remboursement de ces fournitures.

Art. 96. Les conseils communaux qui ne fournissent pas le matériel indiqué à l'art. 51 de la loi et les parents aisés qui refuseraient de rembourser les avances faites à leurs enfants par la commune, y sont contraints par voie administrative.

Art. 97. Les livres nécessaires à l'instituteur pour son enseignement sont à sa charge et demeurent sa propriété.

Des fonds d'école. Art. 98. L'administration du fonds d'école est déterminée par arrêté spécial du Conseil d'Etat. (Loi art. 55.)

Impôts. Art. 99. Les impôts scolaires, dont la base est déterminée aux art. 56 et 57 de la loi scolaire, sont prélevés en conformité des dispositions en rapport de la loi sur les communes.

Chapitre II. **Des autorités scolaires.**

Art. 100. Toutes les autorités scolaires, tant cantonales que locales, ainsi que leurs principales attributions, sont déterminées aux art. 58 à 71 de la loi.

Autorités cantonales. Art. 101. La Commission des études, prévue à l'art. 63 de la loi, a en matière scolaire primaire les attributions suivantes: a. Elle est chargée de préparer la rédaction des projets de lois et règlements relatifs à l'enseignement public dans le canton; b. elle fait le choix des livres et arrête les programmes d'études; ses décisions sont communiquées au Conseil d'Etat avant leur promulgation; c. elle a le droit d'inspection sur les écoles primaires et secondaires; d. elle préside d'office les examens des aspirants au brevet de capacité et décide du résultat; e. elle reçoit les vœux émis par le corps enseignant primaire dans ses conférences; f. elle exerce en général toutes les attributions qui lui sont dévolues par la loi et le présent règlement.

Art. 102. Le canton est divisé en 7 arrondissements scolaires: Le 1er arrondissement comprend les écoles du district de la Broye et celles de la justice de paix de Cournillens; le 2e arrondissements, toutes les écoles placées sous la surveillance de la section de la Commission des études siégeant à Morat; le 3e arrondissement, les écoles du district de la Singine et les écoles allemandes des districts de la Sarine et du Lac qui n'appartiennent pas à un autre arrondissement; le 4e arrondissement, toutes les écoles françaises du district de la Sarine; le 5e arrondissement, toutes les écoles du district de la Gruyère; le 6e arrondissement, toutes les écoles du district de la Glâne; le 7e arrondissement, toutes les écoles du district de la Veveyse.

Art. 103. Les préfets consignent les renseignements sur l'état des écoles de leur district dans leur rapport général au Conseil d'Etat, dressé d'après les directions de cette autorité.

Art. 104. Les rapports annuels des inspecteurs à la Direction de l'Instruction publique (loi art. 66 litt. h) sont divisés en 2 sections. La 1re section contient un aperçu général sur la marche des écoles, tant au point de vue des méthodes et de l'enseignement qu'au point de vue éducatif des maîtres et des élèves. Il est fait au besoin la critique des manuels en usage et des propositions y relatives. Enfin il y est fait mention des conférences des instituteurs et de la tenue de leur bibliothèque. La 2e section consacre une mention spéciale à chaque école en particulier, ainsi qu'à son instituteur.

Art. 105. Les préfets et les inspecteurs sont, dans la règle, réunis en conférence annuelle sous la présidence de la Direction de l'Instruction publique, à l'effet de combiner leur action en vue du progrès de l'instruction primaire dans toutes ses parties.

Art. 106. Les autorités scolaires qui ont à adresser des observations aux instituteurs ne doivent jamais le faire en présence des élèves.

Autorités locales. Art. 107. Il y a dans chaque cercle scolaire une commission locale, selon la population, de 3 à 11 membres, élus pour 4 ans par le conseil communal. Le Conseil d'Etat désigne un membre qui peut faire partie de plusieurs commissions scolaires. Lorsque le membre élu par le Conseil d'Etat se retire, le préfet en informe immédiatement cette autorité, qui procède à son remplacement. Au moment de la constitution de la commission, le préfet remet la liste des élus de la commune au délégué de l'Etat; celui-ci convoque la première réunion dans le but de procéder à la constitution de la commission par l'élection d'un président et d'un secrétaire.

Art. 108. Les commissions locales se réunissent une fois par mois dès le 1er novembre au 1er mai, dès lors autant de fois que les affaires à traiter l'exigent. Une séance au moins sur deux est consacrée aux visites d'école. Elles doivent en outre assister à l'examen officiel présidé par l'inspecteur vers la fin de l'année scolaire. Elles observent avec soin les dispositions de l'art. 106 ci-dessus.

Art. 109. Elles tiennent un protocole de leurs séances, avec mention des présents et des absents. Elles peuvent inviter les instituteurs à assister aux séances avec voix consultative.

Art. 110. Les visites des commissions dans les écoles sont inscrites au registre avec la signature des membres présents.

Art. 111. Les commissions remettent à l'instituteur, à l'époque déterminée par l'art. 22 de la loi et l'art. 33 du présent règlement, la liste des enfants qui viennent se domicilier dans la commune pendant le cours de l'année scolaire.

Art. 112. Les fonctions de membres des commissions scolaires peuvent être rétribuées par la bourse communale; cette rétribution est fixée par le règlement local de chaque cercle scolaire.

Chapitre III. **Du personnel enseignant primaire.**

Organisation générale. Art. 113. La loi fixe les conditions et l'âge requis pour être admis à exercer les fonctions d'instituteur. (Art. 72, 1er alinéa.)

Art. 114. Les maîtresses d'ouvrage doivent dans la règle être âgées de 18 ans au moins pour se présenter aux examens de brevet. Les conditions ultérieures sont déterminées par le règlement sur les examens de brevet de capacité.

Art. 115. Les maîtres de branches spéciales, telles que le dessin et le chant, sont dans la règle appelés à subir un examen en présence d'un jury nommé par le conseil communal intéressé.

De l'examen pour l'obtention du brevet. Art. 116. La loi détermine, art. 73 et suivants, les conditions à remplir par les aspirants et aspirantes pour l'obtention du brevet de capacité. Un règlement spécial détermine en outre l'époque des examens, les conditions d'admission des candidats, les branches sur lesquelles porte l'examen, le nombre des points nécessaires à l'obtention du brevet, ainsi que la manière de les fixer. Les dispositions de l'arrêté du 2 janvier 1886 concernant le stage des aspirants-instituteurs sont réservées.

Art. 117. Les aspirants qui, après avoir subi avec succès les examens, déclarent n'avoir pas l'intention de se vouer à l'enseignement dans le canton de Fribourg, peuvent obtenir de la Direction de l'Instruction publique un brevet spécial sans indication de durée. Ce brevet leur est délivré d'après un formulaire différent de celui du brevet ordinaire. Si le porteur postule plus tard un emploi dans une école publique du canton de Fribourg, il est tenu d'échanger le brevet spécial contre le brevet ordinaire.

Art. 118. Les porteurs de brevet qui se trouvent à l'étranger peuvent en obtenir le renouvellement par la Direction de l'Instruction publique, même à titre définitif, mais ce renouvellement ne vaut que pour l'étranger et ne peut sortir ses effets dans le canton. S'ils rentrent plus tard dans le canton pour s'y vouer à l'enseignement, ils sont soumis à toutes les conditions fixées par la loi (art 76, 2e alinéa) et par le présent règlement pour le renouvellement du brevet à titre définitif.

Art. 119. Tout porteur de brevet qui le laisse périmer, ou qui abandonne l'enseignement pendant trois ans, peut être astreint à subir à nouveau l'examen en vue du renouvellement de son brevet.

Art. 120. Les instituteurs fonctionnant dans le canton sont appelés à subir un nouvel examen pour le renouvellement de leur brevet et, cas échéant, l'obtention d'un certificat de capacité pédagogique. Cet examen a lieu dans la règle après la 4me année d'enseignement.

Art. 121. Le règlement spécial prévu à l'art. 116 ci-dessus détermine également le programme de cet examen.

Art. 122. Les demandes de renouvellement de brevets doivent être accompagnées des brevets expirés, ainsi que des certificats de

services et de conduite délivrés par les autorités locales et l'inspecteur. Celui-ci donne son préavis.

Nomination des instituteurs et des institutrices. Art. 123. Les examens de concours ont lieu conformément aux prescriptions de l'art. 83 de la loi.

Art. 124. Chaque membre du jury indique par un chiffre son appréciation particulière. L'échelle d'appréciation va de 0, très mal, à 5, distingué. Le jury fixe séance tenante et à huis-clos les notes définitives, en combinant les notes particulières ci-dessus. Chaque aspirant peut obtenir communication des notes qui le concernent.

Art. 125. Le résultat de l'examen est transmis immédiatement à la commission locale, qui procède ultérieurement en conformité des dispositions de l'art. 84 de la loi.

Art. 126. Le préfet joint aux rapports et préavis de la commission examinatrice, de la commission locale et du conseil communal, tous les papiers déposés par les candidats, ainsi que les renseignements nécessaires sur leurs mérités et leurs services et les autres particularités de nature à éclairer l'autorité compétente sur l'élection qui doit intervenir.

Art. 127. Les aspirants qui viennent de subir leur examen de brevet, ou qui sont porteurs du certificat d'aptitude pédagogique, ou qui ont déjà subi la même année un examen de concours, ou qui ont vingt années d'enseignement satisfaisant dans le canton, peuvent, à leur demande, être dispensés de nouveaux examens de concours.

Art. 128. Le Conseil d'Etat procède à la nomination des instituteurs en conformité de l'art. 85 de la loi.

Art. 129. L'acte de nomination est expédié au préfet, qui le fait parvenir directement à l'élu avec indication de la date de l'entrée en fonction. Le préfet avise la commune intéressée et l'inspecteur.

Art. 130. L'installation des instituteurs a lieu dès l'entrée en fonction, par les soins du préfet. Elle consiste dans la présentation solennelle de l'instituteur à l'école réunie, en présence du conseil communal et de la commission locale. Avis en est donné dans la huitaine à la Direction par le fonctionnaire qui a présidé à l'installation.

Art. 131. Il est alloué aux membres du jury une indemnité de séance de 5 francs par jour, et, le cas échéant, une indemnité de déplacement de 30 centimes par kilomètre, aller et retour compris; le membre qui remplit les fonctions de secrétaire perçoit une indemnité supplémentaire de 2 francs. Les préfet n'ont droit qu'au remboursement des frais de bureau, s'il n'y a pas de déplacement.

Art. 132. La nomination des maîtresses d'ouvrage a lieu conformément à l'art. 88 de la loi, sur le préavis de la commission locale et du conseil communal. Elle n'a point un caractère définitif.

Art. 133. Les maîtres de dessin, de musique, de chant et de gymnastique sont nommés pour 4 ans. Toutefois la nomination des maîtres de chant et de gymnastique, appélés à remplacer un instituteur ou une institutrice empêchés de donner ces leçons, est en tout temps révocable.

Incompatibilités. Art. 134. L'art. 90 de la loi énumère les fonctions incompatibles avec celles d'instituteur.

Art. 135. Le maître qui sollicite l'autorisation d'exercer d'autres fonctions est tenu de produire à la Direction un préavis de la commission scolaire et de l'inspecteur.

Art. 136. Dès qu'il parvient à la connaissance de la commission locale que l'instituteur se livre à des occupations incompatibles avec ses fonctions, elle le met immédiatement en demeure d'y renoncer; si cet avertissement reste sans effet, le préfet est informé du cas et en fait rapport à la Direction de l'Instruction publique.

Démission, suspension, révocation, retrait du brevet. Art. 138. Tout ce qui a trait aux demandes de démission, à la révocation ou à la suspension des instituteurs dans l'exercice de leurs fonctions, est réglé par les art. 87, 91, 92, 93 et 94 de la loi.

Art. 139. L'instituteur nommé légalement à un autre poste n'est tenu à aucune indemnité envers la commune qu'il délaisse.

Art. 140. La commission locale, nantie des plaintes des instituteurs contre les parents ou des parents contre les élèves, pour faits d'insubordination ou d'inconduite, et réciproquement de celles des parents contre l'instituteur, entend les parties, s'entoure de tous les renseignements nécessaires et s'efforce de résoudre la difficulté par les moyens amiables, de l'aplanir avant de la porter à la connaissance de l'inspecteur.

Art. 141. Les plaintes des autorités locales contre l'instituteur ou réciproquement de l'instituteur contre les dites autorités sont portées devant le préfet ou l'inspecteur, suivant les cas. Ceux-ci en décident sous bénéfice de recours au Conseil d'Etat.

Art. 142. La discussion juridique des biens d'un instituteur constitue un cas de suspension. Le Conseil d'Etat, suivant les circonstances, peut priver l'instituteur de l'exercice de l'enseignement dans le canton.

Art. 143. La suppression d'une école prononcée par le Conseil d'Etat entraîne de plein droit la mise en disponibilité de l'instituteur, sans indemnité. Si celui-ci se trouve au bénéfice d'une nomination définitive, il devra toutefois être prévenu trois mois avant l'expiration de l'année scolaire.

Art. 144. L'aliénation mentale dûment constatée entraîne également de plein droit la révocation de l'instituteur. Il conserve toutefois son brevet.

Traitements des instituteurs et des institutrices primaires. Art. 145. Les traitements des instituteurs et institutrices, les primes d'âge et les accessoires légaux sont déterminés aux art. 95 à 100, 105, 107 et 108 de la loi.

Art. 146. En cas de dédoublement d'une école, le traitement est réduit selon le chiffre réel des élèves inscrits au moment du dédoublement, et la moyenne prévue à l'art. 96, dernier alinéa, de la loi, n'est établie qu'à partir de cette date.

Art. 147. Toute augmentation obligatoire du traitement, en appli-

cation de l'art. 96 de la loi, date du commencement du trimestre qui suit l'augmentation.

Art. 148. Les trimestres de traitement courent à partir du 1er janvier. Les fractions de trimestre sont acquittées par prorata.

Art. 149. Les communes de chaque cercle scolaire sont tenues d'acquitter intégralement, à la fin de chaque trimestre, aux instituteurs et institutrices, ainsi qu'à tous les maîtres et maîtresses auxiliaires, leur traitement conformément à l'art. 105 de la loi. La commune du chef-lieu veille à ce que ces payements s'effectuent régulièrement. Les communes qui ont droit à un subside de l'Etat le reçoivent par bordereau semestriel déposé chez le receveur d'arrondissement, contre production des quittances signées par les instituteurs.

Art. 150. Les primes prévus à l'art. 97 de la loi ne sont acquises, pour les porteurs d'un brevet définitif, qu'à partir de la 9me année d'enseignement effectif dans une école publique du canton, et pour les porteurs de certificats d'aptitude pédagogique, à partir de la 5me année d'enseignement effectif, dans les mêmes conditions. Elles sont acquittées directement par l'Etat, au moyen d'un bordereau déposé chez les receveurs d'arrondissement.

Art. 151. En cas de retard dans l'acquittement des trimestres échus, il peut être procédé contre les communes en défaut par voie administrative, c'est-à-dire par voie de garnisaire, par retenue de subside ou de toute autre manière.

Art. 152. Le traitement de l'instituteur nommé pendant les vacances ne prend cours qu'à partir du jour où ce dernier commence à tenir l'école.

Art. 153. L'instituteur nommé à une autre école a droit au traitement pour celle qu'il délaisse jusqu'au jour de son départ; s'il quitte son poste pendant les vacances, la commune dont il desservait l'école doit lui payer son traitement jusqu'à la fin des vacances. Si, par contre, il quitte l'enseignement dans le canton ou s'il a été contraint d'abandonner son poste pour l'un des cas prévus à la section précédente, son traitement est réglé au prorata de la durée de ses fonctions.

Art. 154. Le logement de l'instituteur ou de l'institutrice se compose de deux chambres convenables au moins, avec cuisine, cave et galetas.

Art. 155. L'instituteur est tenu d'occuper lui-même son appartement. Dans les cas exceptionnels, dont l'inspecteur connaît, il peut être autorisé à le louer, mais seulement avec l'assentiment de l'inspecteur et de l'autorité communale.

Art. 156. Les six stères de bois de sapin accordés par l'art. 98 de la loi, faisant partie intégrante de son traitement, sont affectés exclusivement aux besoins de l'instituteur; il en dispose comme bon lui semble. Le bois doit être de bonne qualité, réduit en bûches de moule et parfaitement sec; il est conduit devant le domicile de l'instituteur, aux frais de la commune, avant le 1er octobre de chaque année. Le bois destiné aux institutrices est en outre coupé menu et entassé aux frais de la commune.

Art. 157. Le jardin prévu à l'art. 98 de la loi doit être clos tout au moins par une palissade convenable.

Art. 158. Les institutrices d'écoles mixtes ne perçoivent pas de traitement spécial pour l'enseignement des ouvrages manuels et de l'économie domestique dans leur école.

Art. 159. Les leçons de gymnastique à donner aux garçons des écoles mixtes dirigées par une institutrice demeurent à la charge des communes. Si un maître spécial remplace l'instituteur dans l'enseignement de la gymnastique, son traitement est à la charge de ce dernier.

Art. 160. Les leçons d'ouvrage manuel à donner aux filles des écoles mixtes dirigées par un instituteur demeurent à la charge des communes.

Art. 161. Dans le cas de maladie de l'instituteur, ou de service militaire, prévu à l'art. 29 du règlement, l'indemnité du remplaçant provisoire est la moitié à la charge de l'instituteur et l'autre moitié à la charge de la commune.

Devoirs des instituteurs et des institutrices. Art. 162. L'enseignement et la conduite des membres du corps enseignant doivent être conformes à la morale chrétienne, ainsi qu'aux saines doctrines pédagogiques.

Art. 163. L'instituteur est placé dans la règle sous la surveillance immédiate de la commission scolaire locale ou des personnes désignées à cet effet par l'autorité compétente. Cette surveillance s'exerce sans préjudice des compétences réservées aux diverses autorités scolaires.

Art. 164. L'instituteur suit exactement la marche que lui tracent la loi, les règlements des écoles, le plan des études et l'ordre du jour de sa classe.

Art. 165. Dans toutes les communes où la chose est réalisable, l'ouverture de la classe est annoncée par le son de la cloche.

Art. 166. Lorsque les enfants sont réunis dans l'école et placés en ordre, la classe est ouverte par la prière faite à haute voix et sans précipitation. L'instituteur procède ensuite à l'inspection des élèves à l'effet de s'assurer que tous sont propres. Il prescrit immédiatement les mesures de propreté nécessaires. Il renvoie les élèves momentanément indisposés ou ceux qu'il suspecterait être atteints d'un mal contagieux ou repoussant.

Art. 167. Ces préliminaires accomplis, l'instituteur fait l'appel des élèves et note les absents.

Art. 168. L'instituteur tient régulièrement le journal de classe prévu à l'art. 17 du présent règlement et il ne peut s'en écarter que dans des circonstances exceptionnelles.

Art. 169. L'instituteur doit consacrer entièrement son temps aux soins que réclament les enfants pendant toute la durée de la classe. Les absences, les retards dans l'ouverture de cette dernière et les interruptions sont sévèrement interdits. Il voue une attention particulière à ce que les élèves soient constamment occupés pendant toute la

durée de la classe. Aucun élève ne peut être distrait de ses occupations pour être employé à des travaux étrangers à ceux de l'école.

Art. 170. L'instituteur peut, avec l'assentiment de l'inspecteur et d'après ses directions, donner des tâches à domicile à ses élèves, surtout à ceux du cours moyen et du cours supérieur. L'inspecteur veille à ce que ces tâches soient régulièrement corrigées.

Art. 171. L'usage du patois est sévèrement interdit dans les écoles; la langue française et l'allemand grammatical (Schriftdeutsch) sont seuls admis dans l'enseignement. Les instituteurs veillent à ce que, en dehors de l'école et dans les conversations entre enfants, il en soit de même.

Art. 172. Une interruption, soit repos de cinq à dix minutes au plus, a lieu au milieu de chaque séance de classe, surtout lorsque ces séances sont de trois heures consécutives. Toute séance du matin ou de l'après-midi est clôturée par la prière. Chaque fois que l'élève entre en classe, il salue le maître et ses condisciples; il les salue de même à la sortie.

Art. 173. L'instituteur voue une grande attention à ce que la salle d'école et ses abords soient constamment propres et bien entretenus. Dans les campagnes, il peut se faire aider par les élèves des cours supérieurs, pour les soins de propreté qui lui incombent. En hiver la salle d'école est chauffée avant la leçon par les soins du maître.

Art. 174. L'instituteur veille à la conservation et à la bonne tenue des objets qui se trouvent à l'école. Il pourvoit aussi au bon entretien et à la propreté du logement et des dépendances qui lui sont réservés.

Art. 175. Il signale à la commission les dégradations et les dommages qui exigent des réparations ou qui donnent lieu à l'application d'une amende. La commission en réfère au conseil communal et, si besoin est, au préfet.

Art. 176. L'instituteur et l'institutrice surveillent l'entrée et la sortie des élèves, surtout dans les écoles mixtes. Ils les accompagnent partout où ils sont réunis en vertu des dispositions du règlement général ou local: à l'église, aux cérémonies publiques, religieuses ou civiles, et aux fêtes de la jeunesse; dans ces circonstances ils portent un costume simple et modeste. Les drapeaux décoratifs dont on se sert dans ces fêtes sont avant tout aux couleurs cantonales, fédérales et à celles de la commune, siège de l'école. Les instituteurs punissent sévèrement tout acte contraire aux convenances. En vertu des obligations morales que leur impose leur caractère, ils ont pareillement le devoir de surveiller la conduite publique des élèves hors de l'école, de réprimer tout acte coupable et, suivant les circonstances, de le dénoncer à qui de droit.

Art. 177. Il est sévèrement défendu aux enfants des écoles: a. De tourmenter les animaux et de dénicher les oiseaux, spécialement ceux qui sont placés sous la protection des lois cantonales et fédérales; b. d'endommager les arbres, les haies et clôtures des chemins publics ou des propriétés particulières; de voler les fruits d'autrui; c. de jeter des pierres, des boules de neige ou projectiles quelconques sur la voie

publique et d'y établir des glissoires; d. de jouer avec des armes à feu, de la poudre ou toute autre matière explosible, ainsi qu'avec des allumettes chimiques; de faire du feu dans les fôrets; e. de jouer pour de l'argent, d'entrer dans les établissements publics ou leurs dépendances et de stationner près des lieux où l'on danse; f. de circuler dans les rues et places publiques après la tombée de la nuit, de pousser des cris inconvenants, de se donner en spectacle au public par des rixes, des propos grossiers, injurieux ou indécents; g. de fumer. L'instituteur et chaque membre de la commission locale ont en tout lieu le droit de confisquer les pipes, le tabac ou les cigares dont les enfants feraient usage. Il est en outre inderdit à qui que ce soit de fumer en classe. Les commissions locales et les instituteurs prennent de concert des mesures efficaces pour l'observation de ces prescriptions. Les contraventions sont punies disciplinairement, en conformité du présent règlement.

Art. 178. L'instituteur exerce un contrôle sévère sur les livres de lecture étrangers à l'école qui peuvent se trouver entre les mains de ses élèves. Il a le devoir de leur confisquer immédiatement tous les livres, publications quelconques, photographies, présentant un danger pour leur moralité.

Art. 179. L'instituteur doit inculquer à ses élèves, par ses exemples et ses paroles, les principes et la pratique de la politesse chrétienne, ainsi que le respect des autorités ecclésiastiques et civiles. En conséquence, il fait lire fréquemment en classe un petit traité de civilité, de préférence celui qui se trouve à la fin des Devoirs du chrétien. Il s'efforce de faire comprendre, estimer, aimer et mettre en pratique ces règles, dont l'observation exerce une si heureuse influence sur les individus, sur les familles et sur toute la société. Dans l'appréciation du mérite des élèves, il tient compte par une note spéciale de ce côté important de la bonne éducation.

Art. 180. L'instituteur remet au plus tard pour le 15 juin à l'inspecteur un rapport annuel sur son école.

Art. 181. Toutes les dispositions du présent règlement sont aussi applicables aux institutrices. Les maitresses d'ouvrage doivent se conformer en outre aux dispositions spéciales concernant l'enseignement des ouvrages du sexe dans les écoles.

Chapitre IV. **Moyens de perfectionnement des instituteurs.**

Art. 182. Les cours de répétition prévus à l'art. 110 de la loi ont lieu, dans la règle, à l'école normale; ils sont dirigés par le directeur de cette école, aidé par le personnel enseignant de l'établissement et par des maîtres spéciaux appelés à cet effet par la Direction de l'Instruction publique. Celle-ci est autorisée à prendre les mesures nécessaires en vue de l'organisation des cours de répétition des instituteurs allemands, à des époques périodiques.

Art. 183. Le choix des instituteurs appelés à prendre part aux cours de répétition est fixé par la Direction de l'Instruction publique, au vu des propositions faites par les inspecteurs dans leur rapport

annuel. Ces cours sont obligatoires. Le refus d'y prendre part sans motif plausible est considéré comme une renonciation au brevet. Toute demande d'exemption doit être visée par l'inspecteur.

Art. 184. La durée des cours est de trois semaines au moins et de quatre semaines au plus.

Art. 185. Le programme en est approuvé chaque année par la section compétente de la Commission des études.

Art. 186. Les cours de répétition des institutrices ont lieu dans un établissement à désigner par le Conseil d'Etat. Les dispositions des articles ci-dessus leur sont applicables.

Art. 187. Les instituteurs se réunissent en conférence d'arrondissement ou de sous-arrondissement scolaire, sous la présidence de l'inspecteur, au moins deux fois par an. Le préfet du district est avisé de ces réunions; il a le droit d'y assister.

Art. 188. Un instituteur désigné par la conférence est tenu de remplir les fonctions de secrétaire. Il rédige le protocole des délibérations, tient un journal des amendes encourues et en envoie un extrait au 1er janvier et au 1er juillet à l'inspecteur d'arrondissement et au caissier de la bibliothèque de district. Il fait les convocations, rapports et correspondances nécessaires. Il est libéré pendant la durée de ses fonctions de l'obligation de faire les tâches écrites imposées aux membres de la conférence.

Art. 189. L'inspecteur détermine le lieu, l'époque et le programme de ces conférences. Il a le droit de prescrire aux instituteurs et aux institutrices des tâches dont la non-exécution est punie sur le même pied que les absences non-justifiées.

Art. 190. Indépendamment des leçons d'application prévues à l'art. 110 de la loi, il est institué, sous la dénomation de conférences régionales, des visites d'écoles modèles, lesquelles ont pour but de réunir un certain nombre d'instituteurs ou d'institutrices du même arrondissement, afin de les exercer à des leçons d'application. Ces conférences sont fixées par l'inspecteur, de concert avec la Direction de l'Instruction publique qui en approuve le programme. Chaque séance est suivie de la critique des leçons. Les membres du corps enseignant astreints à ces conférences reçoivent une indemnité de 3 francs par jour ou de 2 francs par demi-journée, aller et retour compris, payés par la Caisse de l'Etat.

Art. 191. Les instituteurs et institutrices ont l'usage gratuit de la bibliothèque scolaire de district, conformément au règlement en rapport. Il leur est recommandé d'user habituellement de ce moyen d'instruction et de perfectionnement. Les bibliothèques de district sont placées sous le contrôle et la surveillance immédiate de l'inspecteur.

Chapitre V. **Des écoles de répétition.**

Art. 192. Sont tenus de fréquenter les écoles de répétition destinées aux recrutables: a. Les adultes qui n'en sont pas dispensés par l'autorité compétente; b. les élèves dont l'émancipation de l'école primaire n'a été accordée qu'a cette condition; c. les jeunes gens qui

n'ayant pas fréquenté les écoles du canton ne possèdent pas les connaissances suffisantes pour subir avec succès les examens fédéraux. Peuvent en outre être admis aux cours tous les adultes, à conditions qu'ils se soumettent aux prescriptions de la loi et des règlements en rapport.

Art. 193. Les jeunes gens portés sur les rôles militaires pour le recrutement de l'année suivante sont convoqués par le préfet, sur la proposition de l'inspecteur, à une séance spéciale où ils sont examinés sur les branches énumérées dans le programme ci-après.

Art. 194. Les cours sont gratuits. La commune fournit le local, le chauffage et l'éclairage. Les élèves se procurent eux-mêmes le matériel sur les indications de l'instituteur.

Art. 195. Le programme comprend obligatoirement les branches suivantes: 1° lecture: lecture courante avec compte-rendu au point de vue du fonds et de la forme; 2° compositions: travaux écrits de fonds et de forme (orthographe, ponctuation, calligraphie); 3° calcul mental et par écrit: les quatre règles avec nombres entiers, fractions décimales et ordinaires, système métrique et solution de problèmes correspondants sur les nombres concrets; 4° instruction civique: principaux points de l'histoire, de la géographie de la Suisse et du canton et des constitutions fédérale et cantonale.

Art. 196. Ce programme peut, sous réserve de l'autorisation de l'inspecteur d'arrondissement, comprendre toutes autres branches de l'enseignement primaire et spécialement celles prévues à l'art. 11 de la loi, ainsi que des notions sur l'agriculture.

Art. 197. L'ouverture de cours a lieu durant la première quinzaine de novembre. Le jour précis est fixé par la commission locale de concert avec l'instituteur. Elle fixe pareillement le jour de la clôture, qui ne peut avoir lieu avant le 15 mars, et exerce par de fréquentes visites une surveillance active sur ces cours.

Art. 198. Les cours sont donnés de préférence le jour de congé hebdomadaire, avec un maximum de trois heures consécutives. S'ils sont donnés le soir, le maximum est de deux leçons par semaine à deux heures par leçon. Ces divers points sont déterminés par la commission locale.

Art. 199. Il ne peut être dérogé à ces règles que pour des motifs graves et moyennant le consentement de l'inspecteur qui peut en référer à la Direction.

Art. 200. Un cours de répétition générale de dix leçons consécutives de deux heures par jour est donné aux recrutables exclusivement, dans la quinzaine qui précède l'examen fédéral.

Art. 201. L'instituteur a les mêmes devoirs à remplir vis-à-vis des élèves de l'école de répétition que vis-à-vis des élèves de l'école primaire. Il exige de leur part la stricte observation des mesures d'ordre et de discipline prescrites par la commission locale. Il est particulièrement interdit de boire et de fumer pendant les leçons.

Art. 202. Les prescriptions légales règlementaires concernant la répression des absences et la perception des amendes sont applicables

aux écoles de répétition. Toutefois l'instituteur remet chaque semaine la liste des absences illégitimes à l'inspecteur.

Art. 203. L'inspecteur d'arrondissement visite aussi souvent que possible les écoles de répétition.

Art. 204. L'instituteur est tenu de dresser, à la fin de chaque cours, un rapport détaillé sur la marche de l'école, d'après un formulaire officiel. Ce rapport est transmis par l'intermédiaire de l'inspecteur à la Direction de l'Instruction publique pour la fixation de l'indemnité prévue à l'art. 114 de la loi.

Art. 205. La Direction de l'Instruction publique dresse le tableau fixant l'indemnité due aux instituteurs par chaque commune; elle en fait parvenir un extrait à chaque instituteur pour être acquitté par le boursier respectif. La part contributive de l'Etat est ajoutée au bordereau semestriel des traitements. (Art. 14 du présent règlement.)

Chapitre VI. **Ecoles libres.**

Art. 206. Les écoles primaires libres sont celles qui, après déclaration à la Direction de l'Instruction publique, sont établies par un ou plusieurs citoyens, à leurs frais et risques, en dehors de l'intervention des communes sur le territoire desquelles elles sont instituées, sans préjudice toutefois de l'art. 119 de la loi.

Art. 207. L'Etat a la haute surveillance sur les écoles libres, Il l'exerce en constatant l'admission des enfants à l'école, la fréquentation régulière et, par le moyen de l'examen d'émancipation, l'instruction suffisante. L'instruction est suffisante lorsqu'elle équivaut à celle qui est prescrite dans les écoles primaires publiques.

Art. 208. Le directeur d'école privée délivre au commencement de l'année scolaire, à chaque enfant admis à fréquenter l'école, une déclaration d'admission, d'après un formulaire déterminé. Cette déclaration est remise dans la huitaine, par les parents ou leurs représentants, à l'autorité locale. Celle-ci transmet immédiatement à l'inspecteur la liste des enfants admis à fréquenter les écoles libres. Si un élève quitte l'école dans le courant de l'année, avis en est donné, comme il est dit ci-dessus, à l'autorité locale.

Art. 209. Le directeur est tenu de veiller strictement à la fréquentation régulière de l'école par les enfants. En cas de difficultés, il peut requérir intervention du préfet et faire application des dispositions légales concernant les absences illégitimes. Le produit des amendes est affecté aux besoins de l'école et spécialement à la fourniture du matériel scolaire aux enfants pauvres.

Art. 210. Les autorités scolaires ne peuvent intervenir directement dans les écoles libres privées. En cas d'abus, elles adressent leurs plaintes au Conseil d'Etat par l'intermédiaire de l'inspecteur. Celui-ci prononce ensuite d'enquête et après avoir entendu le directeur de l'école et au besoin les maîtres et maîtresses.

Art. 211. L'émancipation des enfants qui fréquentent les écoles libres privées est prononcée par l'inspecteur scolaire, ensuite d'un examen qui a lieu en sa présence. L'inspecteur fixe le lieu, le jour et l'heure

de l'examen, d'entente avec le directeur. L'inspecteur communique immédiatement aux autorités scolaires des communes respectives les renseignements qui lui sont fournis conformément aux dispositions de l'art. 208 ci-dessus, ainsi que l'indication des émancipations prononcées.

Art. 212. A partir de ce moment, les enfants admis dans une école libre privée, ou régulièrement émancipés, comme il vient d'être dit, sont de plein droit dispensés de fréquenter les écoles publiques. Par contre, les enfants qui quittent l'école libre privée en dehors de ces conditions, sont astreints à rentrer immédiatement dans l'école publique de la commune de leur domicile.

Art. 213. Les écoles libres privées peuvent acquérir la qualité d'écoles publiques en soumettant dans ce but leurs statuts au Conseil d'Etat. Dans ce cas, les statuts doivent porter qu'elles se conforment aux prescriptions des lois et règlements scolaires en ce qui concerne la nomination et le traitement des instituteurs, l'enseignement, la discipline, la fréquentation des écoles et l'approbation des comptes scolaires. La commission scolaire nommée par les intéressés a toutes les attributions dévolues par la loi aux conseils communaux et aux commissions scolaires locales. Lorsqu'un impôt devient nécessaire, il est levé sur tous les adhérents aux statuts organiques de l'école, qu'ils aient ou non des enfants en âge de fréquenter l'école.

Art. 214. Les écoles enfantines sont destinées aux enfants qui n'ont pas encoré atteint l'âge de fréquentation des écoles primaires, ou dont le dévoloppement physique ou intellectuel laisse à désirer. Ces écoles sont régies par un règlement spécial, et si elles sont communales, placées sous la direction de la commission locale qui exerce à leur égard les attributions déterminées par les règlements.

Chapitre VII. **Caisse de retraite des instituteurs.**

Art. 215. Tout ce qui concerne la Caisse de retraite des instituteurs est réglé par la loi sur la matière du 15 janvier 1881 et le règlemeut spécial du 11 juin de la même année.

Chapitre VIII. **Dispositions finales et transitoires.**

Art. 216. Le présent règlement entre en vigueur dès le 1er novembre 1886. Il sera promulgué dans les deux langues, par dépôt d'un exemplaire dans chaque commune ou cercle scolaire et remis à chaque instituteur et institutrice du canton.

Art. 217. Est révoqué dès cette date le règlement général du 7 avril 1876.

Art. 218. Les règlements particuliers de chaque école seront élaborés par la commission scolaire d'après un règlement normal publié par les soins de la Direction de l'Instruction publique. Ces règlements, remis par elle en deux doubles à l'inspecteur, seront accompagnés de son préavis et transmis, dans le terme d'une année dès l'entrée en vigueur du règlement général, à la sanction de la Direction de l'Instruction publique.

Art. 219. Un extrait des dispositions disciplinaires du réglement local sera affiché dans chaque salle d'école.

APPENDICE.

Nous donnons ici quelques règles et maximes pédagogiques à l'usage des instituteurs. Elles se rapportent au dévoloppement de l'esprit, du cœur et des facultés physique de l'élève.

Enseignement ou éducation intellectuelle. Art. 1. N'entrez jamais en classe sans vous être suffisamment préparé à faire la leçon.

Art. 2. Lors même que vous connaîtriez bien la matière à enseigner, ne considérez pas la préparation comme superflue. N'enseignez que ce que vous savez parfaitement et de manière à le rendre très accessible à l'intelligence des enfants.

Art. 3. Suivez scrupuleusement l'ordre du jour et le programme prescrits. L'exactitude et la régularité sont les conditions absolues de la bonne marche d'une école.

Art. 4. Les enfants doivent tous et toujours être continuellement occupés en classe. L'inaction d'une partie des élèves suffit pour troubler l'école et dénote une absence totale de savoir-faire de la part de l'instituteur.

Art. 5. La répétition fréquente des matières est une condition indispensable de progrès.

Art. 6. »Peu et bien« plutôt que »beaucoup et mal«. Telle doit être la devise de l'instituteur habile. »Qui trop embrasse mal étreint«.

Art. 7. Appliquez autant que possible la méthode intuitive. Servez-vous du dessin au tableau noir et des objets sensibles pour faire comprendre à l'enfant ce que vous lui enseignez et le lui faire toucher du doigt, pour ainsi dire. Servez-vous, dans l'enseignement, d'exemples tirés de la vie journalière, des choses que l'enfant a l'habitude de voir, d'observer chaque jour et qui sont dans sa sphère. La vie des champs, les métiers les plus usuels, l'utilité des animaux dans l'économie générale de la nature, offrent une mine précieuse de faits et d'exemples à un instituteur qui sait en tirer parti.

Art. 8. Soyez le premier et le dernier en classe; vous éviterez par là bien des fautes à la jeunesse, des ennuis à vous-même et des inconvénients à l'école.

Art. 9. Si vous êtes obligé de vous servir d'aides ou de moniteurs, surveillez-les dans l'exercice de leurs fonctions. Ne tolérez pas d'emportement, ni d'injustice de leur part envers leurs petits camarades. Ne confiez point sans nécessité aux moniteurs les parties les plus importantes de l'enseignement et gardez-vous de leur abandonner, comme on le fait quelquefois, toute la classe ou même la division inférieure de l'école. Votre devoir est d'instruire les petits comme les grands. En abandonnant trop les cours élémentaires aux soins du moniteur, vous vous préparez une division intermédiaire et une division supérieure peu capables, en somme donc une mauvaise école.

Education morale et physique, discipline. Art. 10. Que vos élèves aient la figure et les mains bien propres, les cheveux peignés. »La propreté, disait saint Augustin, est une demi-vertu.«

Art. 11. Si le corps souffre, l'esprit souffre aussi et ne peut se livrer au travail. Il faut donc donner de grands soins à la santé des enfants, soit en tenant bien propre, bien rangé, bien aéré le local de l'école, soit en invitant les élèves à se livrer à des jeux gymnastiques pendant les heures de récréation.

Art. 12. Apprenez à vos élèves à aimer tout ce qui est bon, beau, vrai, juste, honnête. Vous n'avez pas seulement à transmettre les connaissances exigées par la loi scolaire, vous avez avant tout à former par l'éducation religieuse et civile un homme, un citoyen et un chrétien, un homme pour la société, un citoyen pour la patrie, un chrétien pour Dieu et l'autre vie.

Art. 13. Que votre exemple ne démente pas vos paroles. L'enfant est imitateur de sa nature. Il fera ce que vous faites, plutôt que ce que vous dites. Que votre conduite, sous tous les rapports, soit irréprochable et digne de votre mission.

Art. 14. Soyez pour vos élèves un ami, un père. Ayez surtout votre cœur ouvert aux plus pauvres, aux orphelins, aux enfants abandonnés ou à ceux qui sont exposés aux mauvais exemples du toit domestique. Un maître sans cœur est indigne des nobles fonctions consacrées par Jesus-Christ notre divin maître, qui a voulu se faire petit avec les petits, et a prononcé cette parole sublime: »Laissez venir à moi les petits enfants.«

Art. 15. L'égalité d'humeur est une qualité essentielle de l'instituteur. Gardez-vous des brusqueries et des surprises de la colère ou de la mauvaise humeur. Soyez toujours et partout le même à l'égard de vos élèves, affable sans familiarité, indulgent sans faiblesse, sévère sans caprice. Si vous êtes obligé de punir, faites-le avec calme et dignité. Ne menacez jamais un enfant d'une peine sans la lui infliger, si la faute est commise; mais sachez pardonner les fautes minimes qui ne sont que l'effet de l'âge et de la légèreté.

Art. 16. En tout temps et plus particulièrement en présence des enfants, evitez soigneusement les expressions triviales, les sobriquets et plus encore les locutions injurieuses et grossières. Evitez de même de vous immiscer dans les discussions et querelles qui ne surviennent que trop souvent entre les personnes et les familles au milieu desquelles vous êtes appelé à vivre.

Art. 17. Soyez de la plus grande impartialité; vous ne devez pas ignorer que la partialité et l'injustice n'échappent pas aux yeux clairvoyants des enfants et et qu'elles engendrent et fortifient intérieurement la jalousie et la haine. Les enfants refusent toujours le respect et l'amour à un maître qui n'observe pas envers eux les règles de l'équité.

Art. 18. Commencez et terminez la classe en élévant à Dieu le cœur de la jeunesse qui vous est confiée. Evitez la routine dans la récitation de la prière et les exercices religieux qui se font à l'école. Une prière dite du fond du cœur et un beau chant religieux font monter au ciel l'âme de l'enfant.

Art. 19. La répression de certains vices contraires aux bonnes mœurs réclame une extrême prudence et de grands ménagements pour le malheureux atteint de cette maladie, à la fois morale et physique. Vous devez éviter surtout que la révélation du mal ne le rende contagieux.

Art. 20. Dans la discipline, comme dans l'enseignement et la tenue de l'école en général, observez les ménagements dus à l'âge et au sexe des enfants.

---

6. 2. Programme prescrit pour les écoles primaires du Canton de Fribourg. (Vom 18. Januar und 12. Juli 1886.)

1. Programme pour une école inférieure, comprenant des enfants de 7 à 9 ans et divisée en deux cours.

1. Enseignement intuitif. Premier cours. Leçons de choses sur des objets usuels ou à l'aide de tableaux, d'après un plan progressif et déterminé de manière: a. A procurer à l'enfant une certaine somme de connaissances élémentaires sur divers objets, sur leurs principales parties, sur leurs qualités et propriétés, sur leur matière première, leurs organes et leur usage. b. A leur apprendre la dénomination des choses et les moyens d'exprimer les diverses idées puisées dans ces leçons. c. A exercer les organes des sens, spécialement la vue. d. A cultiver et à développer avec harmonie et expression toutes les facultés de l'âme, la perception, l'observation, la mémoire, l'imagination, le jugement et le raisonnement. e. A éveiller peu à peu et à diriger la conscience morale. f. A initier l'enfant aux premiers éléments de la grammaire, particulièrement à la distinction des genres et des nombres, aux notions fondamentales dn calcul et du système métrique.

Second cours. Continuation des exercices du premier cours, avec un développement plus considérable des notions grammaticales et des conversations sur les éléments de la géographie locale: orientation et plan de la salle d'école; étude du village, soit: situation et points cardinaux, étude élémentaire du plan de la commune, description de la localité, principaux édifices, rues, chemins, hameaux, cours d'eau, rêts, collines et montagnes. Initiation à la connaissance de la carte;

étude de la paroisse et du district. Forme de la terre, distinction des astres, connaissance des saisons, années, mois, jours.

2. Lecture. Premier cours. a. Etude du syllabaire, de manière à arriver: 1° à une bonne lecture courante; 2° à comprendre les mots et les phrases du syllabaire; 3° à savoir copier, puis reproduire par écrit, de mémoire ou sous dictée, les principaux sujets étudiés. b. Lecture et étude complète, au point de vue du sens et de l'orthographe, de petites anecdotes ou descriptions, dans le genre des 26 premières pages du livre de lecture pour le degré inférieur.

Second cours. a. Lecture courante, liaisons, ponctuation; premiers essais de lecture intelligente, en coupant les phrases et en accentuant les mots comme le sens l'exige. Compte-rendu par le moyen d'interrogations. b. Etude complète, au point de vue du sens, de l'orthographe, de la reproduction orale et écrite, textuelle ou résumée, de tous les morceaux du livre de lecture.

3. Ecriture. Premier cours. Les premiers exercices se confondent avec l'étude du syllabaire et ont pour but d'amener au plus tôt l'élève à une écriture courante. — Copie des tableaux du syllabaire ou des morceaux du livre de lecture.

Les deux cours réunis, Leçons spéciales d'écriture, soit: exercices, au tableau noir d'abord, puis sur l'ardoise ou le papier, sur la formation de chaque lettre minuscule et majuscule. Travaux nombreux et bien dirigés de copie en écriture moyenne. — On peut suivre les exercices gradués d'une méthode de calligraphie approuvée par la Commission des études.

4. Calcul. Premier cours. a. Exercices destinés à donner aux élèves les premières idées des nombres. Perception intuitive des nombres fondamentaux et de la dizaine par l'addition, la soustraction, la multiplication et la division d'objets réels. Emploi du boulier. b. Emploi des chiffres comme signes représentatifs des nombres. c. Exercices, de vive voix d'abord, puis par écrit, d'addition, de soustraction, de multiplication et de division, dans la limite des nombres étudiés. Signes graphiques de ces opérations. d. Application, dans de nombreux petits problèmes de calcul oral, des premières notions du système métrique.

(Le programme de ce cours comprend les matières du premier chapitre du manuel Ducotterd pour le calcul oral et du premier cahier Zæhringer pour le calcul écrit.)

Second cours. a. Etude des nombres jusqu'à 100, avec et sans procédé intuitif. b. Exercices oraux d'abord, puis écrits, sur les quatre règles, avec des nombres abstraits et concrets ne dépassant pas 100. c. Continuation de l'étude du système métrique: montrer et faire montrer les mesures, les poids et les monnaies, faire mesurer, peser, compter. d. Etude par cœur des livrets d'addition, de soustraction, de multiplication et de division, sur toutes les combinaisons des nombres entiers compris entre 1 et 100. (Ce programme comprend les matières du 2me cahier Zæhringer et du 2me chapitre de calcul oral.)

5. Chant. Les deux cours réunis. Formation de l'oreille, de la voix, et développement musical, par l'exécution de chants faciles appris par audition. Chant de la gamme. — Habituer les élèves à bien ouvrir la bouche, à prononcer nettement et à respirer comme l'exige une bonne exécution de la musique vocale.

6. Ouvrages manuels (Filles). Les deux cours. a. Tricot d'une bande, d'une jarretière (deux aiguilles). — Etude du point; mailles à l'endroit, mailles à l'envers; côtes, augmentations, diminutions, manière de rabattre les mailles. b. Tricot en rond; manchettes (quatre aiguilles). c. Chaussettes: étude des proportions relatives, montage du tricot.

Répartition des heures.	*Garçons*	*Filles*
1. Instruction religieuse et histoire sainte . . .	2½ h.	2½ h.
2. Enseignement intuitif	3½ »	3 »
3. Lecture-écriture	10 »	8 »
4. Ecriture	3 »	3 »
5. Calcul oral	2½ »	2 »
6. Calcul écrit	2½ »	2½ »
7. Chant	1 »	1 »
8. Ouvrages manuels pour les filles		3 »
	25 heures	25 heures

2. Programme pour une école supérieure, divisée en deux cours, et comprenant des élèves de 9 à 15 ou 16 ans.

1. Lecture et récitation. Premier cours (Inférieur). a. Lecture courante, intelligente et expressive. b. Compte-rendu par le moyen d'interrogations de plus en plus générales et de nature à obtenir l'expression claire et correcte des principales idées du texte. c. Récitation par cœur de morceaux en prose et en vers, empruntés au livre de lecture et étudiés au préalable d'une manière complète au point de vue des idées et de la signification des mots.

NB. — Le manuel d'histoire sainte (Nouveau et Ancien Testament) est maintenu comme livre de lecture dans toutes les écoles du canton, concurremment avec les autres manuels prescrits.

Second cours a. Lecture intelligente et expressive, avec observation rigoureuse des liaisons et des signes de ponctuation. b. Compte-rendu libre et constituant le résumé oral et correct des idées renfermées dans le texte. c. Etude par cœur et déclamation de morceaux en prose ou en vers, empruntés généralement au livre de lecture et étudiés préalablement sous le rapport du sens et de la liaison des idées.

2. Grammaire et orthographe. Premier cours. a. Etude des dix parties du discours, en insistant particulièrement sur l'accord des mots entre eux et sur la conjugaison sûre et complète des verbes réguliers. b. Analyse grammaticale, de vive voix seulement. Principaux signes de ponctuation. c. Dictées, soit préparées et tirées du livre de lecture, soit libres et destinées à servir d'exercice de récapitulation. Toutes les dictées doivent être soigneusement corrigées et les relevés contrôlés par le maître, tant sous le rapport de la distribution des matières et de l'écriture que sous celui de la parfaite correction des copies.

Second cours. a. Etude pratique des règles de la syntaxe, en insistant particulèrement sur l'accord du verbe et du participe. b. Etude destinée à combattre l'emploi des locutions vicieuses locales. c. Dictées récapitulatives, suivies d'analyse grammaticale. d. Analyse logique, dans les limites et d'après le système du manuel de grammaire adopté par la Commission des Etudes.

3. Composition et style. Premier cours. a. Etude de la phrase, simple, composée, directe, inverse. b. Reproduction écrite, en résumés ou en amplifications, des morceaux du livre de lecture qui se prêtent le mieux à ces exercices et après une étude bien faite dans les leçons de lecture. Ce travail peut être alternativement exigé de mémoire ou en permettant à l'élève de consulter son manuel. c. Fréquents exercices de composition, sur des sujets le plus souvent étudiés d'avance sous forme de conversation et d'exercice d'invention, soit: narrations, descriptions, imitations, lettres surtout. Dictée et étude par cœur du corrigé de quelques-uns de ces travaux.

Second cours. a. Manière d'étudier un sujet et de dresser un canevas; préparation d'esquisses de composition au tableau noir. b. Principes généraux des divers genres de compositions: narration, description, lettre. — Courtes indications sur les ornements du style. c. Compositions, d'après un plan gradué et établi de telle sorte que les élèves, d'abord par imitation de modèles choisis dans leur livre de lecture, puis d'après de données toujours plus succinctes fournies par le maître, soient amenés à traiter librement et convenablement un sujet, après en avoir dressé eux-mêmes le plan et le canevas.

4. Ecriture. Premier cours. a. Principes relatifs à chaque lettre minuscule et majuscule et aux chiffres. b. Fréquents exercices en écriture grande, moyenne et fine.

Second cours. a. Ecriture courante régulière. b. Etude de la ronde et de la bâtarde.

5. Calcul. Premier cours. a. Etude de la numération et lecture facile des nombres. b. Etude du système métrique. c. Exercices nombreux de calcul oral sur les différents genres de problèmes et disposés de manière à servir de préparation aux exercices du calcul écrit. d. Problèmes écrits, en vue d'obtenir d'abord que les élèves sachent faire sûrement et rapidement les quatre opérations simples, soit avec nombres entiers, soit avec nombres accompagnés de fractions décimales. e. Règle de trois simple et composée. Calcul de l'intérêt et problèmes sur les opérations ordinaires de la vie pratique.

(3me et 4me cahiers Zæhringer, avec adjonction d'exercices particuliers sur les fractions décimales)

Second cours. a. Complément de l'étude de la numération et du système métrique. b. Etude spéciale des fractions décimales et des fractions ordinaires. c. Nombreux problèmes raisonnés de calcul mental. d. Calcul de l'intérêt, du capital, du taux et du temps; règle d'escompte, de société, de partage, d'alliage. e. Calcul des surfaces et cubages des principaux corps. (5me et 6me cahiers Zæhringer.)

NB. — Vouer une attention et une sévérité spéciales à la bonne disposition des solutions de calcul écrit.

6. Histoire Premier cours a. Etude très abrégée de l'histoire suisse, depuis les Helvètes jusqu'à l'époque actuelle. Dates à retenir: 1291, 1308, 1315, 1339, 1386, 1476, 1528, 1536, 1712, 1798, 1815, 1847, 1874. b. Etude plus détaillée de la biographie de nos principaux personnages historiques: Divico, la reine Berthe, Charlemagne, Rodolphe de Habsbourg, Guillaume Tell, Winkelried, Nicolas de Flüe, Waldmann, Matthieu Schinner, (Zwingli et Calvin), Charles Borromée, P. Canisius, Aloys Reding, le landammann d'Affry.

Second cours. a. Etude complète de l'histoire suisse, dates principales, causes et conséquences des guerres des Confédérés. b. Détails spéciaux relatifs à l'histoire du canton de Fribonrg et à sa formation territoriale. c. Coup-d'œil sur l'histoire générale, soit récits du maître sur les grands événements des temps anciens, du moyen-âge et de la période moderne.

7. Géographie. Premier cours. a. Forme et mouvement de la terre, points cardinaux, années et saisons, orientation d'une carte, lecture des cartes. b. Géographie physique et politique du canton de Fribourg. c. La Suisse, notions générales, soit: situation, limites, étendue, divisions topographiques, chaînes de montagnes, vallées principales, fleuves et grandes rivières, lacs. Indication des 22 cantons avec leurs capitales.

Second cours. a. La Suisse: géographie physique et politique: détails relatifs aux productions, au commerce et à l'industrie. Etude particulière des cantons d'après l'ordre de leur entrée dans la Confédération. b. Nommer et montrer sur la carte les cinq parties du monde et les cinq océans. - - Principaux pays de l'Asie, de l'Afrique et de l'Amérique. -— Les contrées de l'Europe avec leurs capitales; principaux fleuves et grandes chaînes de montagnes. c. Le système solaire, le soleil, la lune, les éclipses; la terre, ses mouvements, son étendue; équateur, méridiens et parallèles; les saisons, les divisions du temps; explication du calendrier.

8. Constitution politique (Garçons). Cours réunis. Les autorités de la commune, de la paroisse, du district, du canton, de la Confédération. Etude de la constitution fédérale dans leurs points fondamentaux et en ce qui a trait aux devoirs et aux droits des citoyens, aux attributions des autorités, au service militaire. Impôts, charges et fonctions publiques.

9. Ouvrages manuels (Filles). Premier cours Divers genres de tricot; raccommodage de linge et d'habillements.

Second cours. Perfectionnements des divers genres de tricot et de son raccommodage; couture fine et compliquée sur du linge; coupes de chemises et de vêtements simples; points de marque sur les nappages; raccommoder le linge fin et les nappages à dessins simples; lavage et repassage des étoffes.

10. Economie domestique (Filles). Cours réunis. Une heure au moins par semaine est consacrée à cet enseignement, qui se donne dans la limite des matières que comprend le manuel spécial adopté par la Commission des Etudes.

11. Chant. Cours réunis. a. Exécution de chants notés au tableau noir, à une et deux voix, gradués de manière à reclamer l'étude et l'application successive des principes essentiels de la théorie musicale. b. Exercices particuliers de solfège, de vocalisation et de lecture musicale. c. Etude et exécution du chant d'église; chant des psaumes et de l'ordinaire de l'office divin; exercices de prononciation et de lecture du latin.

NB. — Exiger des élèves un bon maintien et une prononciation correcte.

12. Gymnastique. Pour les garçons de 10 ans et plus. a. Exercices d'ordre: tenue du corps, alignement, formation de rang, distances, conversions. b. Exercices libres: positions, extensions et flexions, rotations, marches, sauts, exercises libres en marchant. c. Exercices aux engins: cannes, saut au tremplin. (Poutre d'appui, reck et parallèles, si on dispose de ces engins.) d. Se servir de la canne pour les exercices préliminaires du fusil.

NB — Le manuel fédéral obligatoire servira de guide pour tous ces exercices.

Branches accessoires.

L'enseignement des branches désignées à l'art. 11 de la loi n'est obligatoire que pour les écoles primaires supérieures des communes urbaines. Cet enseignement peut être introduit successivement dans les autres écoles, à la demande de l'inspecteur, dès que la force des élèves le comporte. Il est donné aux cours supérieurs seulement et dans les limites suivantes:

1. Sciences naturelles a. Description d'un certain nombre d'animaux, de plantes et de minéraux. Coup d'œil rétrospectif sur les classes et les principaux ordres du règne animal, sur les principales familles de plantes, sur les principales classes de minéraux. — Les organes du corps humain et leurs fonctions. b. Connaissance des différents terrains; engrais, prairies naturelles et artificielles, céréales. Instruments aratoires perfectionnés. Soins à donner aux arbres fruitiers et tenue d'un jardin potager. c. Notions d'hygiène: aération, chauffage, aliments et boissons, bains, habillements. Hygiène du bétail.

2. Comptabilité. a. Rédaction de certificats, reçus, factures, lettres de voiture, billets à ordre. b. Comptes particuliers: note, mémoire, carnet de ménage, inventaire, compte de caisse, comptes d'un tuteur. Comptes spéciaux d'un agriculteur: journal, carnet de laiterie.

3. Le toisé. Connaissance des lignes, des angles, des triangles, des polygones, du cercle, des corps solides. Problèmes pratiques sur la mesure des surfaces et le cubage du prisme, du cylindre, du cône. Volume d'un tas de foin, de fumier, de terre, de gravier; cubage des bois et des murs. Interprétation du plan cadastral.

4. Dessin d'imitation a. Tracé à main levée des lignes, des angles, des figures géométriques. Combinaisons des lignes, carrelages, parquets. Dessin d'objets simples et d'instruments de métiers ou de la vie agricole. b. Tracé de cartes géographiques.

5. Géographie et histoire générales. a. Nommer et montrer sur la carte les cinq parties du monde et les cinq océans. — Principaux pays de l'Asie, de l'Afrique, de l'Amérique et de l'Océanie, avec leurs capitales. — Les contrées de l'Europe: situation, capitales, fleuves principaux, grandes chaînes de montagnes, possessions coloniales les plus importantes. b. Le système solaire, la terre, étude du calendrier. c. Coup d'œil sur l'histoire générale, soit récits du maître sur les grands événements des temps anciens, du moyen-âge, et des temps modernes.

Répartition des heures (par semaine) les deux cours.

	Garçons	*Filles*
1. Instruction religieuse et histoire sainte .	2 1/2 heures	2 1/2 heures
2. Lecture et récitation	4 1/2 (6) »	4 (5) »
3. Grammaire	1 (2) »	1 (1 1/2) »
4. Dictées, analyse	2	2 »
5. Composition	4 (5) »	3 (4) »
6. Ecriture	1 (2) »	1 »
7. Calcul oral	2 1/2 »	2 »
8. Calcul écrit	3 (3 1/2) »	2 (3) »
9. Histoire (et instruction civique) . . .	2	1 (1 1/2) »
10. Géographie	1 1/2	1 »
11. Chant	1	1 »
12. Ouvrages manuels et économie domestique		1 1/2 (5 1/2) h.
	25 heures (30h.)	25 heures (30h.)

Remarques.

1. Les leçons de gymnastique se donnent durant le semestre d'été, pour les garçons de 10 ans et plus. Elles comprennent 2 heures par semaine, en sus des 25 heures de leçons assignées au programme qui précède.

2. Dans les écoles où les leçons hebdomadaires sont de 25 heures seulement, les maîtres peuvent imposer aux élèves une tâche journalière à la maison. Les inspecteurs peuvent, après avoir entendu la commission locale, prolonger la durée des leçons et porter ces dernières au maximum de 30 heures, avec exclusion des tâches à domicile en dehors des jours de congé. Dans ce cas, la répartition des heures est celle qu'indiquent ci-haut les chiffres entre parenthèses.

3. Dans les écoles où sont introduites les branches accessoires, on consacre aux sciences naturelles 1 heure par semaine, à la comptabilité 1 h., au toisé 1 h., au dessin 1 heure. On attribue dans ce cas et pour le cours supérieur 1 heure de moins à chacune des branches suivantes: Lecture, composition, dictée et calcul.

3. Programme pour une école réunissant les trois degrés.

1. Enseignement intuitif. Même programme que le premier cours d'une école inférieure, voir programme I, page 50. Conversations sur la provenance, les qualités, la valeur et le mode d'emploi des principaux produits agricoles, industriels et commerciaux: farine, pain, viande, lait, boissons, sucre, café, denrées coloniales, laine, coton, étoffes, cuirs; fleurs et fruits, légumes. Avoir toujours les objets ou les matières en mains; faire voir, toucher, palper, peser, comparer, etc.

2. Lecture. Premier cours. a. Etude du syllabaire, de manière à arriver dans le premier semestre à la lecture courante passable. b. Etude du sens et de l'orthographe des matières renfermées dans le syllabaire. Copies; reproduction sous dictée. c. Lecture et étude de morceaux faciles, faisant suite au syllabaire ou constituant la première partie du livre de lecture du degré inférieur.

Deuxième cours. a. Lecture courante, liaisons et ponctuation. Premiers essais de lecture intelligente. b. Compte-rendu par le moyen d'interrogations de plus en plus générales et propres à obtenir l'expression claire et correcte des idées renfermées dans le texte.

Troisième cours (supérieur). a. Lecture courante, correcte, intelligente et expressive. b. Compte-rendu libre et constituant le résumé fidèle des matières qui ont fait l'objet de la lecture. c. Etude de la

signification et de l'orthographe des mots; liaison des idées et choix des expressions.

NB. Le manuel d'histoire sainte (Nouveau et Ancien Testament) est maintenu comme livre de lecture dans toutes les écoles du canton, concurrement avec les autres manuels prescrits.

3. Grammaire et orthographe. Dans le premier cours, ces exercices se confondent avec l'enseignement intuitif et avec l'étude de la lecture-écriture.

Deuxième cours. a. Distinction des genres, des nombres, des diverses espèces de mots; formation du pluriel, accord des mots entre eux; conjugaison des verbes auxiliaires et des verbes réguliers. Analyse grammaticale des mots variables. Analyse de la proposition simple. b. Copies soignées, faites autant que possible sur papier, et sévèrement contrôlées par le maître, tant sous le rapport de l'orthographe que sous celui de l'écriture. c. Dictées, le plus souvent tirées du livre de lecture et étudiées d'avance. Permutations de genre, de nombre, de personnes.

Troisième cours. a. Etude des dix parties du discours. Connaissance parfaite de la conjugaison des verbes réguliers et irréguliers. Etude pratique des règles de la syntaxe. b. Etude des locutions vicieuses locales. c. Analyse grammaticale, de vive voix seulement; analyse logique, dans les limites et d'après le système de la grammaire adopté par la Commission des Etudes. d. Dictées récapitulatives.

4. Composition. Premier cours. a. Reproduction par cœur des morceaux étudiés dans la lecture. Résumés écrits des leçons de choses. b. Première étude de la phrase simple; construction de phrases sur des mots donnés.

Deuxième cours. a. Résumés et amplifications, sur des sujets empruntés au livre de lecture. — Reproduction écrite de morceaux analysés et appris par cœur. — Descriptions constituant le résumé des leçons de choses. — Fréquents exercices de permutation, soit: écrire un texte en changeant le genre, le nombre, les personnes, le temps des verbes, la forme et la longueur des phrases, etc. b. Etude de la phrase composée et de la ponctuation.

Troisième cours. a. Fréquents exercices de composition sur des sujets variés: narrations, descriptions, lettres, rapports, procès-verbaux, quittances. b. Détails essentiels relatifs à l'invention, à la disposition et à l'élocution. Manière d'envisager un sujet et de dresser un canevas.

5. Ecriture. Premier cours. a. Les exercices préliminaires se confondent avec l'étude du syllabaire et ont pour but d'amener promptement les élèves à l'écriture courante. b. Leçons particulières d'écriture, soit étude successive des lettres minuscules et majuscules et des chiffres.

Deuxième cours. a. Continuation de l'étude des lettres. Ecriture grosse, moyenne et fine. Exercices d'ensemble. Bonne tenue de la plume et du corps. b. Copies sur papier. Le maître exigera que ces copies s'exécutent avec beaucoup d'exactitude et de propreté.

Troisième cours. a. Ecriture courante régulière, sans jamais permettre aux élèves d'écrire trop fin. b. Etude de la ronde et de la bâtarde.

NB. On peut pour chaque cours suivre les cahiers d'une méthode d'écriture autorisée.

6. Calcul. Premier cours. Les deux premiers chapitres du manuel de calcul mental par Ducotterd ou d'un manuel correspondant; les deux premiers cahiers de calcul de Zæhringer, étudiés d'après le plan et la méthode du *Guide du maître*, par Ducotterd.

Deuxième cours. Les chapitres 3 et 4 du manuel de calcul mental par Ducotterd; le 3me et le 4me cahier de calcul de Zæhringer, ou les matières correspondant à ces deux cahiers.

Troisième cours. Les chapitres 5 et 6 du manuel de calcul mental par Ducotterd; le 5me et le 6me cahiers de calcul de Zæhringer, ou les matières correspondant à celles de ces deux cahiers.

7. Histoire nationale. Deuxième cours. a. Etude très abrégée de l'histoire suisse, depuis les Helvètes jusqu'à l'époque actuelle. Dates seules essentielles à retenir: 1291, 1308, 1315, 1336, 1386, 1476, 1481, 1528, 1712, 1798, 1803, 1815, 1847, 1874. b. Etude plus détaillée de la biographie de nos principaux personnages historiques: Divico, la reine Berthe, Charlemagne, Rodolphe de Habsbourg, Guillaume Tell, Winkelried, Nicolas de Flüe, Waldmann, Matthieu Schinner, Charles Borromée, P. Canisius, Aloys Reding, le landammann d'Affry.

Troisième cours. a. Etude complète de l'histoire suisse, dates principales, causes et conséquences des guerres des Confédérés. Entrée des cantons dans la Confédération. b. Détails spéciaux relatifs à l'histoire du canton de Fribourg et à sa formation territoriale.

8. Géographie. Premier cours. Prendre les notions géographiques pour thème de quelques conversations: orientation de la salle, de la maison d'école, du village; position géographique des communes voisines; étude du village: situation, eaux, forêts, voies de communication, ressources, occupations des habitants. — Première étude du district. — Forme de la terre et points cardinaux.

Deuxième cours. a. Orientation d'une carte, lecture des cartes. b. Etude du canton de Fribourg: les districts; généralités sur la géographie physique et politique du canton. Productions, industrie, commerce. c. Eléments de géographie suisse, soit: limites, divisions topographiques, grandes chaînes de montagnes, vallées principales, fleuves, grandes rivières, lacs. Indication des 22 cantons avec leurs capitales.

Troisième cours. a. Notions de cosmographie: système solaire, le soleil, la lune, les éclipses; forme et mouvements de la terre, saisons. Les divisions du temps; étude du calendrier. b. Géographie physique et politique de la Suisse. Religions, langues, productions, industrie, commerce. Description successive des 22 cantons.

9. Instruction civique (Garçons). Deuxième cours. Entretiens sur la famille, l'école, la commune et la paroisse. — Autorités communales et paroissiales.

Troisième cours. a. Le district: ses autorités administratives et judiciaires, police, contrôle des routes, administration forestière, organisation scolaire. b. Le canton: principes constitutionnels, pouvoirs législatif, administratif et judiciaire, devoirs et droits des citoyens dans le canton. c. La Confédération: principes fondamentaux de la consti-

tution de 1874, organisation et siège des pouvoirs fédéraux, devoirs et droits des citoyens dans la Confédération, organisation militaire, devoirs du soldat. d. Devoirs et droits des citoyens en général; lois, impôts, service militaire, charges et fonctions publiques.

10. Gymnastiques (Garçons de 10 ans et plus). Les matières du programme II, page 55.

11. Economie domestique (Filles). Les matières du programme II, page 54.

12. Ouvrages manuels (Filles). Premier cours. Tricot, essai de couture simple.

Deuxième cours. Divers genres de tricot, raccommodage du tricot; couture, raccommodage d'habits et de linge.

Troisième cours. Perfectionnement des divers genres de tricot et de son raccommodage; couture fine sur linge et étoffes; coupe et confection de chemises et de vêtements simples; point de marque sur les nappages; raccommodage du linge; lavage et repassage des étoffes.

13. Chant. Les matières des programmes I, page 52, et II, page 55.

14. Branches accessoires. Si les branches accessoires peuvent être introduites dans une école de trois degrés, elles s'enseignent conformément au programme II, page 55.

Répartition des heures.

	Ecoles de garçons			*Ecoles de Filles*		
	1. cours	*2. cours*	*3. cours*	*1. cours*	*2. cours*	*3. cours*
	heures	heures	heures	heures	heures	heures
1. Instruction religieuse	2½	2½	2½	2½	2½	2½
2. Enseignement intuitif	4	2½	—	3	2½	—
3. Lecture	8	4	4	7	3	3
4. Grammaire	—	1	2	—	1	1½
5. Dictée	1	2	2	1	1½	2
6. Composition	1	2	3½	1	2	3
7. Ecriture	2½	1	1	2	1	1
8. Calcul oral	2½	2½	2½	2	2	2
9. Calcul écrit	2½	3	3	2½	2	2½
10. Histoire	—	1½	1½	—	1½	1½
11. Géographie	—	1½	1½	—	1	1
12. Instruction civique	—	½	½	—	—	—
13. Chant	1	1	1	1	1	1
14. Economie domestique	—	—	—	—	1	1
15. Ouvrages manuels	—	—	—	3	3	3
	25 h.	25 h.	25 h.	25 h.	25 h.	25 h.

7. 3. Beschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt betr. die Schulbaunormalien *). (Vom 16. Januar 1886.)

Auf den durch das Baudepartement vorgelegten Bericht der Kommission für Schulbaunormalien und auf den Bericht des Erziehungsdepartements:

I. Wird in Annahme der Vorschläge der Kommission folgendes festgesetzt und dem Erziehungsdepartement und Baudepartement zur Nachachtung mitgeteilt:

*) Wir verweisen auf den diesem Beschlusse zu Grunde liegenden einlässlichen Kommissionsbericht, welcher im Oktober 1885 an den Regierungsrat erstattet wurde.

1. Wird von einer Abänderung von § 7 des Schulgesetzes im Sinne einer Erhöhung der zulässigen Schülerzahl Umgang genommen. In dem Fall, dass der Mangel genügender Räumlichkeiten vorübergehend ein Ueberschreiten der gesetzmässigen Schülerzahl in einigen Klassen nötig macht, ist durch Aufstellung von Einsitzern für höchstens neun Kinder Abhilfe zu treffen.

2. Wird das Erziehungsdepartement eingeladen, dahin zu wirken, dass die überzählig vorhandenen Plätze in den Klassenzimmern möglichst ausgenützt werden.

3. Wird die Minimal-Breite der Klassenzimmer von Primarschulen auf 6,3 m. festgesetzt.

4. Lehrerzimmer und Säle sind auf die durchaus nötige Anzahl zu beschränken und letztere in zweckmässiger Weise durch Verschmelzung zweier nebeneinander liegender Räume zu gewinnen.

5. Der Flächenraum von Vestibülen und Korridoren hat in der Regel 0,6 bis 0,8 m² auf das Kind zu betragen. Unter Umständen, und sofern eine zweckmässige Disposition dies in Primarschulen möglich macht, genügt ein Flächenraum von 0,45 m² auf das Kind.

6. In Primarschulen sollen überall, wo ein Anschluss an die Kanalisation möglich ist, die Abtritte ins Hauptgebäude verlegt, in den mittlern und höhern Schulen dagegen können sie im Hof untergebracht werden.

7. Bei den Treppen ist, unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände, auf Einfachheit und namentlich auf Solidität der Konstruktion zu achten. Die Treppen sind vor allem feuersicher und die Tritte aus Material zu erstellen, welches sich nicht allzuschnell abnützt und nicht glatt wird.

8. Die Turnhallen sind vom Hauptgebäude abgesondert zu erstellen; inwiefern daneben liegende Abwartwohnungen und andere Dependenzen mit ihnen zu verbinden sind, hängt von den gegebenen Verhältnissen ab. Auch hier ist in Konstruktion und Ausstattung auf möglichste Einfachheit und Billigkeit, immerhin unbeschadet der Solidität und guter Heizbarkeit, zu achten. Die Turnhallen sollen mit andern Räumen nicht überbaut werden. Werden die bisherigen Minimaldimensionen von 20 m. Länge, 10 m. Breite und 6 m. Höhe beibehalten.

9. Die Abwartwohnungen sind ebenfalls vom Hauptgebäude abgesondert zu erstellen, und es sollen hiebei die beim Bau von Arbeiterwohnungen gemachten Erfahrungen im Interesse von Ersparnissen noch mehr als bisher zur Geltung kommen. In diesen Abwartwohnungen können die Schlafräume für Dienstboten und grössere Kinder als Mansarden im Dachgeschoss eingerichtet werden.

10. Die Wasserversorgung soll auch in den Korridoren eingerichtet werden, jedoch mit Beschränkung der Anzahl Becken. Ebenso sind die Korridore mit den nötigen Gasleitungen und deren Einmündung in die Zimmer zu versehen; in Primarschulen sind dagegen die Zimmer so lange ohne Einrichtung für Gasbeleuchtung zu belassen, als ein wirkliches Bedürfnis hiefür nicht vorliegt.

11. Vorfenster sind an allen Schulhäusern auch ferner anzubringen.

12. Die Schulhäuser sind wie bisher mit Zentralheizungen zu erwärmen.

13. Der Flächenraum der Spielplätze bei Primarschulhäusern hat im Minimum 1,7 m² auf das Kind zu betragen.

14. Nachdem sich aus den angestellten vergleichenden Berechnungen und aus dem Bericht von Sachverständigen ergeben hat, dass bei Zugrundelegung des gleichen Bauprogramms die Baukosten für Schulhäuser, welche zum grössern Teile nur aus einem Erdgeschosse bestehen und in Keller und Dachstock sich auf ein Minimum beschränken, sich mindestens ebenso hoch stellen als diejenigen für mehrstöckige Gebäude, dass demnach ebenerdige Bauten wenigstens um den Bauplatzwert teurer werden als mehrstöckige Gebäude; - nachdem sich ferner ergeben hat, dass solche Erdgeschossbauten weder in Bezug auf die Disposition der Räume, noch auf die äussere Erscheinung besondere Vorteile bieten: wird von der Erstellung ebenerdiger Schulhäuser Umgang genommen.

15. Aus finanziellen Gründen empfiehlt sich die Erstellung möglichst grosser Gebäude von 24 und mehr Klassen mit 2—3 obern Stockwerken, bei welchen die gemeinsamen Räume, als Lehrerzimmer, Magazine, Turnhallen, Abwartwohnungen, bis zur äussersten Grenze ausgenützt werden können.

16. Bei der äussern Gestaltung und der innern Ausstattung von Primarschulgebäuden ist möglichste Einfachheit und Sparsamkeit zu beobachten insoweit, als

die Solidität darunter keinen Schaden leidet und als in den Fassaden noch der Charakter eines öffentlichen Gebäudes gewahrt bleibt. Im allgemeinen kann das Bläsischulhaus betreffend Bauart und Ausstattung für weitere Bauten von Primarschulhäusern als Norm angenommen werden.

II. Der Bericht der Kommission ist samt diesem Beschlusse zu drucken und angemessen zu verteilen.

III. Den Mitgliedern der Kommission wird der Dank des Regierungsrates für ihre Bemühungen bezeugt.

Kanton URI.

8. 4. Dekret betreffend Ergänzung der Schulordnung. (Vom 27. Januar 1886.)

Der Landrat des Kantons Uri, in Ergänzung der §§ 16 und 17 der Schulordnung vom 24. Februar 1875, auf den Antrag des Erziehungsrathes, beschliesst:

1. Die aus der 6. Primarklasse austretenden Schulkinder haben am Schlusse des Schuljahres in Gegenwart des Schulrates und unter Leitung des Schulinspektorats eine Entlassungsprüfung zu bestehen. Diejenigen Kinder, namentlich Knaben, deren Leistungen ungenügend befunden werden, haben noch ein Jahr die Alltagsschule zu besuchen. Solche Kinder jedoch, welche mit dem erfüllten 15. Altersjahr die 6. Primarklasse noch nicht absolvirt haben, sind zum ferneren Schulbesuch nicht mehr anzuhalten. Wenn ein Kind während des Schuljahres das 15. Altersjahr erreicht hat, so ist es gleichwohl pflichtig, den betreffenden Kurs bis zum Schlusse desselben zu besuchen.

2. Bei der Entlassungsprüfung ist hauptsächlich darauf zu sehen, ob ein Kind die Schule fleissig oder unfleissig besucht hat und ob es auch geleistet, was es gemäss seinen Fähigkeiten bei Fleiss und Eifer hätte leisten können.

3. Schwachbegabte, die wenigstens während 7 Jahren die Schule fleissig besucht und geleistet haben, was in ihren Kräften lag, werden zum ferneren Schulbesuch nicht verpflichtet, auch wenn ihre Leistungen den Anforderungen des Lehrplanes nicht in jeder Beziehung entsprechen, selbst wenn sie die sechste Primarschulklasse noch nicht durchgemacht haben.

4. Für die Anforderungen, die bei dieser Prüfung zu stellen sind, ist der vom Erziehungsrate erlassene Lehrplan massgebend.

Kanton GLARUS.

9. 5. Regulativ über Behandlung der Schulversäumnisse. (Erlassen von Landammann und Rat den 17. Februar 1886.)

§ 1. Eltern und Vormünder sind für den regelmässigen Schulbesuch ihrer schulpflichtigen Kinder verantwortlich. (§ 9 des Schulgesetzes.)

§ 2. Jeder Lehrer ist verpflichtet, alle Schulversäumnisse — bewilligte (0), entschuldigte (+), unentschuldigte (|) — nach Formular genau in die Versäumnistabellen einzutragen.

§ 3. Als Entschuldigung für Abwesenheit gelten: a) Krankheit der Kinder; b) vorübergehende Aushülfe bei Krankheit der Eltern

oder Geschwister; c) Trauerfälle und Freudenanlässe (Sterbefälle, Hochzeiten, Kindstaufen) in der Familie; d) für Entferntwohnende schlechte Witterung und gefahrvoller Weg. In allen Fällen, in welchen die Abwesenheit mehr als drei Tage andauert, ist der Grund derselben in der Tabelle anzumerken.

§ 4. Ausnahmsweise kann der Lehrer solchen Kindern, welche bisher die Schule fleissig besuchten, wenn sie zu dringender Haus- oder Feldarbeit verwendet werden sollen, die Bewilligung hiezu für zwei Tage erteilen. Der Schulrat, resp. dessen Präsident, kann diese Bewilligung auf höchstens zwei Wochen im Laufe eines Schuljahres ausdehnen. — In den Tabellen ist jeweilen anzugeben, durch wen die Bewilligung erteilt worden ist.

§ 5. Mit ekelhaften oder ansteckenden Krankheiten behaftete Kinder sind bis zu ihrer Heilung (unter Vorbehalt und nach Massgabe der Bestimmungen der hierüber bereits bestehenden Verordnungen) von der Schule auszuschliessen und als entschuldigt abwesend, unter Vormerkung „krank", auf den Tabellen zu verzeichnen. Auf gleiche Weise sind auch solche schulpflichtige Kinder zu behandeln, welche mit epidemisch-kranken Kindern in demselben Hause zusammenwohnen.*)

---

*) ***Verordnung betreffend Massregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen.*** (Erlassen von Landammann und Rath den 1. April 1874.)

§ 1. Wenn ein Kind im schulpflichtigen Alter von Pocken, Scharlach, Masern (Rotsucht) oder brandiger Rachenbräune (Diphtherie) befallen wird, oder auch andere in der nämlichen Wohnung befindliche Personen daran erkranken, so sind seine Eltern, Pflegeeltern, sowie der behandelnde Arzt pflichtig, ungesäumt dem Präsidium des betreffenden Schulrathes Anzeige hievon zu machen. Bei Unterlassung derselben trifft sowohl die Eltern, Pflegeeltern, als auch den Arzt eine Strafe von Fr. 20 - 50.

§ 2. Der Präsident des Schulrates hat sofort dem Präsidenten der Sanitätskommission vom Seuchenausbruch Kenntnis zu geben

§ 3. Ferner hat ersterer für 4 Wochen von der erfolgten Anzeige oder bei neuen Seuchenausbrüchen in demselben Hause für 4 Wochen vom Ausbruch des letzten Krankheitsfalles an gerechnet, sämtlichen die nämlichen Wohnräume benutzenden erkrankten wie gesunden Kindern den Besuch der Schule, der Kirche und des Religionsunterrichtes zu untersagen.

Revision beziehungsweise Ergänzung von § 3 der Verordnung betr. Massregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen vom 1. April 1874. (Beschlossen von Landammann und Rath am 14. Februar 1883.

§ 1. Unter Festhaltung an der Anzeigepflicht und der gegen deren Nichtbeachtung vorgesehenen Bussen, ist der in § 3 der Verordnung betreffend Massregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen vorgesehene Ausschluss erkrankter Kinder etc. aus der Schule bezüglich der Masernkrankheit einstweilen und bis auf weiteres nicht mehr in Anwendung zu bringen.

§ 2. Die Sanitätskommission erhält hiemit Vollmacht, nötigenfalls, soweit es der Charakter und der Verlauf einer Epidemie erforderlich macht, vorübergehend die Beobachtung der in besagtem § 3 enthaltenen Vorschriften auch bezüglich der Masern von allen interessirten Personen zu fordern.

§ 4. Er hat endlich dem betreffenden Lehrer von dieser Verfügung Kenntnis zu geben, und letzterer ist verpflichtet, über Innehaltung des vorgeschriebenen Termins zu wachen.

§ 5. Die Sanitätskommission kann nötigenfalls — je nach der Gefährlichkeit der Epidemie — diese Frist verlängern, oder den Wiedereintritt in die Schule von einem vorhergehenden Untersuch für die aus der Schule ausgeschlossenen Kinder abhängig machen.

§ 6. Jede Uebertretung dieser Verordnung, soweit nicht durch § 1 etwas anderes bestimmt ist, ist mit einer Busse von Fr. 10—20 zu belegen.

§ 6. Wenn ein Kind unentschuldigt von der Schule wegbleibt, so hat der Lehrer sofort über die Ursache des Wegbleibens genaue Nachfrage zu halten.

§ 7. Der Lehrer hat am nämlichen Tage, an welchem ein Kind straffällig wird, dem Präsidenten des Schulrates unter Uebermittlung der Versäumnistabelle, Anzeige zu machen, und der Präsident hat sofort die durch gegenwärtiges Regulativ vorgeschriebenen Verfügungen zu treffen und dieselben gleichzeitig in den Tabellen vorzumerken.

§ 8. Wenn ein Kind innerhalb eines Schuljahres in der Alltagsschule (Primar- und Sekundarschule) 5, in der Repetirschule 2 Tage unentschuldigt versäumt hat, werden die Eltern, beziehungsweise der Vormund desselben, durch den Präsidenten des Schulrates schriftlich gemahnt.

§ 9. Wenn ein Kind nach der Mahnung in demselben Schuljahr in der Alltagsschule 4 und in der Repetirschule 2 Tage unentschuldigt wegbleibt, werden die Eltern, beziehungsweise der Vormund desselben, vor den Präsidenten der Schulrates oder vor diesen selbst citirt.

§ 10. Citirte, welche nicht erscheinen, ohne sich über genugsame Ehehafte beim Präsidenten des Schulrates ausgewiesen zu haben, sind unverzüglich wieder vorzubescheiden und bei abermaligem Ausbleiben ohne begründete Entschuldigung dem Polizeigericht als Ungehorsame einzuklagen. In Bezug auf weitere Versäumnisse tritt gegen sie dasselbe Verfahren ein, wie gegen Diejenigen, welche zur Verantwortung erschienen sind.

§ 11. Wenn ein Kind nach der Citation in demselben Schuljahr wieder in der Alltagsschule 3 und in der Repetirschule 1 Tag unentschuldigt versäumt hat, werden die Eltern, beziehungsweise dessen Vormund, sofort durch den Präsidenten des Schulrates beim Polizeigericht eingeklagt.

§ 12. Die Klage soll nach Massgabe des darauf bezüglichen Formulars enthalten: a) den Namen des Beklagten; b) den Namen des betreffenden straffälligen Kindes; c) die Zahl der Versäumnisse; d) das Datum der Mahnung und Citation, nebst Angabe, ob der Beklagte der Citation Folge gegeben habe.

§ 13. Wenn ein Kind nach der Eingabe der Klage in demselben Schuljahr wieder in der Alltagsschule 4 und in der Repetirschule 2 Tage unentschuldigt die Schule versäumt hat, so erfolgt Citation und nach 2 Tagen abermaliger Versäumnis in der Alltags- und 1 Tag Versäumnis in der Repetirschule Klage u. s. f.

§ 14. Wo für die Primar- und Repetirschulen nur Halbtagsschulen bestehen, da tritt Mahnung, Citation und Klage ganz nach demselben Verhältnis der halben Versäumnistage ein, nach welchem in Ganztagsschulen die Zahl der ganzen Absenztage die Einleitung jener Schritte fordert.

§ 15. Ueber die Versäumnisse in den Stunden des Mädchenarbeitsschulunterrichtes wird von den Lehrerinnen dieser Schulen ebenfalls genaue Controle geübt. Dieselben haben vorkommende Versäum-

nisse in den hiefür bestimmten Tabellen vorzumerken und ebenso den Klassenlehrern der betreffenden Kinder spätestens am folgenden Tage Kenntnis zu geben. Falls nicht an demselben Schulhalbtage auch eine wissenschaftliche Stunde versäumt und von da bereits ein Versäumnis eingetragen ist, wird die für die Arbeitsschule angezeigte Absenz in die Tabelle des bezeichneten Klassenlehrers eingetragen und mit Rücksicht auf die zu treffenden Verfügungen gleich den übrigen Versäumnissen gezählt.

Ganz dasselbe Verfahren hat in Beziehung auf den Besuch der Turnstunden und allfälliger von den Schulräten als obligatorisch erklärten Gesangstunden statt.

§ 16. Eingeklagte Schulversäumnisse werden gemäss § 9 des Schulgesetzes vom Polizeigericht behandelt, und zwar in der Weise, dass die Betreffenden das erste Mal mit einer Busse von Fr. 4—10 und in Wiederholungsfällen jeweilen mit dem doppelten Betrag der unmittelbar vorgängigen Busse bestraft werden. Die Bussen fallen in die betreffenden Gemeindeschulkassen.

§ 17. Für schulpflichtige Kinder, welche Privatschulen besuchen, gelten dieselben Absenzbestimmungen, wie für die öffentlichen Schulen.

§ 18. Am Ende jedes Schuljahres sollen die Versäumnisse vom Lehrer zusammengezählt, das Ergebnis in die Uebersichtstabelle (siehe Formular) eingetragen und diese (nach Unterzeichnung durch den Schulpräsidenten) nebst den Originaltabellen durch den Schulrat an den Kantonsschulrat zur Prüfung und zur Fertigung einer Gesamtübersicht der Versäumnisse und Verfügungen übermittelt werden.

§ 19. Für vorschriftsgemässe und gewissenhafte Behandlung der Absenzen sind sowohl die Lehrer und Lehrerinnen, als die Präsidenten und Schulräte verantwortlich.

Schlussbestimmungen. Mit der Erlassung des gegenwärtigen Regulativs treten diejenigen vom 1. April 1874 und vom 28. April 1879 ausser Kraft.

Kanton BASELSTADT.

10. 6. Bestimmungen betreffend die Gesundheitspflege in den Schulen und Amtsordnung für den Schularzt. (Beschluss des Erziehungsrates vom 27. Mai 1886.

Der Erziehungsrat des Kantons Basel-Stadt, von der Ansicht ausgehend, dass dem Staate die Verpflichtung obliege, den Gefahren, welche die Schule für die Gesundheit der Jugend mit sich führen kann, nach Kräften vorzubeugen und die gesunde körperliche Entwickelung der Schuljugend möglichst zu fördern, hat es für angemessen erachtet, die nachfolgenden Bestimmungen zu treffen und empfiehlt den sämtlichen Schulinspektionen und Schulkommissionen darauf zu achten, dass denselben in den ihnen unterstellten Schulen gewissenhaft nachgelebt werde.

1. Verteilung der Schüler in die Schulbänke. Beim Beginne eines jeden Semesters sind sämtliche Schüler durch die Klassenlehrer nach Massgabe der hiefür aufgestellten, im Anhang folgenden Tabelle zu

messen und in die ihrer Grösse entsprechenden Schulbänke zu verteilen. Dabei wird aber nicht ausser Acht zu lassen sein, dass die Schulbank dem Wuchse des darin sitzenden Schülers nur dann entspricht, wenn die Entfernung des Sitzbrettes vom Fussbrett bezw. vom Fussboden so gross ist, wie die Länge des Unterschenkels von der Kniekehle bis zur Sohle, und wenn die Entfernung des Sitzbrettes von der Tischplatte gerade so gross ist, dass der Schüler beim Schreiben, ohne die Schultern zu heben oder Kopf und Rücken zu senken, die Vorderarme bequem auf den Tisch legen kann. Da dieses letztere dann geschehen wird, wenn die Entfernung vom Sitzbrett zur vorderen Kante der Tischplatte ungefähr 5 cm. mehr beträgt, als die Entfernung vom Sitzbrett zum Ellbogen des mit gerade herabhängendem Oberarm sitzenden Schülers, so wird auch auf diesen Umstand zu achten sein. Bei dem starken Wachstum mancher Schüler wird es sich empfehlen, einzelnen auch in der Zwischenzeit eine grössere Schulbank anzuweisen. (Tabelle siehe Anhang.)

2. *Körperhaltung.* Den Lehrern wird empfohlen, der Körperhaltung der Schüler während des Unterrichts und namentlich beim Schreiben ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die normale Haltung, welche nach Kräften anzustreben ist, besteht darin, dass der Schüler zum Sitzen die ganze Tiefe der Bank verwendet, die untere Lendengegend gegen die Kreuzlehne anlehnt und die Füsse mit der ganzen Fläche auf den Boden aufsetzt. Namentlich wird zur Verhütung von Kurzsichtigkeit und Verkrümmungen der Wirbelsäule beharrlich zu bekämpfen sein, dass die Schüler beim Schreiben nur auf dem vordern Teile der Bank aufsitzen, mit dem linken Ellbogen auf der Tischfläche mehr und mehr vorrücken oder auf das Knie sich stützen und den Kopf nach vorn und links beugen. Beim Lesen ist möglichst darauf zu halten, dass die Schüler, sobald das Nachsehen mit dem Finger längs der Zeilen nicht mehr nötig ist, bei hinten angelegtem Oberkörper das Buch so halten, dass beide Vorderarme auf dem Tisch aufliegen. Beim Schreiben ist zur Erzielung einer richtigen Körperhaltung darauf zu achten: 1. dass das Heft vor der Mitte des Körpers schief von links unten nach rechts oben gelegt wird, mit seinem untern Rande unter einem Winkel von 30—40° derart aufsteigend, dass die Richtung der Grundstriche des Geschriebenen senkrecht zum Tischrand steht und die Mitte der zu beschreibenden Zeile möglichst genau vor der Mitte des Körpers liegt; 2. dass der rechte Arm nicht eng am Oberkörper anliegt, sondern sich frei bewegt, während der Vorderarm mit der Ulnarfläche (Kleinfingerseite) auf dem Tische aufruht und dass der linke Arm auf dem Tische aufliegend das Heft festhält. Um die Bemühungen des Lehrers zur Erzielung einer richtigen Körperhaltung zu erleichtern, wird die Verwendung von Geradehaltern (z. B. der Sönnecken'schen Schreibstütze oder des Kallmann'schen Durchsichtstativs) zur Verwendung für hartnäckig gebückt sitzende Kinder empfohlen.

3. *Aufstehen und Bewegungen.* Um die übeln Folgen des allzulangen Sitzens zu vermeiden, wird den Lehrern empfohlen, die Schüler

während des Unterrichts, soviel es angeht, sich körperlich rühren oder aufstehen zu lassen, letzteres namentlich beim Aufsagen. Dabei sollen die Schüler, wo keine Klappen vorhanden sind, aus der Bank heraustreten.

4. Kurzsichtigkeit und Schonung der Augen. Kurzsichtige und schwachsichtige Schüler sollen in den vordersten Reihen auf die bestbeleuchteten Plätze, aber immerhin auf ihrer Grösse entsprechende Bänke gesetzt und von allen die Augen angreifenden Arbeiten möglichst entbunden werden. Nötigenfalls wird der Lehrer die Eltern kurzsichtiger oder schwachsichtiger Schüler, oder deren Stellvertreter, behufs Einholung ärztlichen Rates über die Beschaffung einer Brille benachrichtigen. Das Tragen von Brillen in der Schule soll nur auf Grund ärztlicher Vorschrift gestattet werden. Zur Schonung der Augen ist darauf zu achten, dass die Schreib- und Zeichnungsstunden möglichst auf die hellen Tagesstunden verlegt und an trüben Vor- oder Nachmittagsstunden alle augenanstrengenden Beschäftigungen der Schüler vermieden werden. Andrerseits ist dafür zu sorgen, dass beim Lesen und Schreiben nicht die Augen blendendes und schwächendes Sonnenlicht auf Bücher und Hefte falle. Den Lehrern wird empfohlen, Buchstaben und Zahlen auf den Wandtafeln möglichst gross und deutlich zu schreiben. Die Lehrer werden auch darauf achten, dass beim Schreiben und Lesen sowie bei den Handarbeiten der normale Abstand des Auges von der Schrift oder der Arbeit von 35 cm. möglichst eingehalten wird. Nur Kurzsichtigen, welche keine Brille tragen, kann gestattet werden, durch Vorbeugen des Kopfes und Rumpfes der Schrift oder Arbeit näher zu kommen und beim Schreiben die Arme stärker aufzulegen. Handarbeiten, welche auf eine Entfernung von 35 cm. nicht gemacht werden können, sind von der Schule auszuschliessen. Als Norm für die technische Beschaffenheit der Schulbücher gelten folgende Bestimmungen: a) das Papier soll weiss, nicht glänzend und so dick sein, dass der Druck der andern Seite nicht durchschimmert; b) die Höhe der kleinen, nicht überragenden Buchstaben muss mindestens 1,5 mm., in den untern Klassen 1,75 mm. betragen und die Grundstriche derselben sollen wenigstens 0,25 mm. dick sein; c) der Zwischenraum zwischen zwei Buchstaben eines Wortes (Approche) darf nicht unter 0,5 mm. herabsinken; d) der Zwischenraum nicht überragender Buchstaben zweier Zeilen (Durchschuss) muss mindestens 2,5 mm. betragen; e) als grösste Zeilenlänge sind höchstens 100 mm. zulässig. In Fällen, wo diese Bestimmungen nicht als bindende Vorschrift eingehalten werden können, weil die Schulen auf den Gebrauch auswärtiger Schulbücher angewiesen sind, sowie bei Wörterbüchern, Handkarten und dergleichen, sollen dieselben immerhin als Wegleitung bei der Auswahl der Lehrmittel dienen.

5. Gehör. Die Lehrer haben darauf zu achten, ob nicht das Gehör solcher Schüler, welche durch dauernde Unaufmerksamkeit oder Zerstreutheit zu Klagen Veranlassung geben, fehlerhaft ist. Sollten ihre Beobachtungen sie zu der Ueberzeugung führen, dass wirklich

Schwerhörigkeit vorhanden ist,*) so sind den betreffenden Schülern ihre Plätze in unmittelbarer Nähe des Lehrers anzuweisen; auch ist den Eltern oder deren Stellvertretern Kenntnis zu geben, damit sie zur möglichen Hebung des Uebels ärztliche Hilfe nachsuchen. Das Reissen an den Ohren oder Schläge auf den Kopf sind unter allen Umständen verboten.

6. Schonung der Stimme. Beim Gesangunterricht ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Stimme, namentlich im zarten Alter, vor Ueberanstrengung bewahrt bleibe. Es ist Sorge dafür zu tragen, dass die Schüler nicht zu viel hintereinander singen und nicht durch zu starkes Singen ihrer Stimme schaden. Schüler, die sich im Stadium des Stimmwechsels (Stimmbruch) befinden, sind vom Gesangunterricht gänzlich zu dispensiren; bei Schülerinnen in dem entsprechenden Entwickelungsstadium ist da, wo nicht gänzlicher Dispens geboten ist, jedenfalls darauf zu achten, dass die Stimme sorgfältig geschont und namentlich nicht durch zu hohes Singen geschädigt wird.

7 Stundenplan. Der Stundenplan ist so einzurichten, dass in den Beschäftigungen der Schüler so viel als möglich ein planmässiger Wechsel eintritt. Die Lehrstunden, welche starke Anforderungen an Nachdenken und Gedächtnis stellen, sollen möglichst auf den Vormittag und die ersten Stunden verlegt werden. Lesecübungen während mehrerer aufeinanderfolgender Stunden sind zu vermeiden. In den einzelnen Stunden soll darauf Bedacht genommen werden, dass diejenigen geistigen Verrichtungen, welche mit gespanntem Aufmerken oder eigener Denkübung des Schülers verbunden sind, abwechseln mit andern leichten Uebungen.

8. Pausen. Nach jeder Unterrichtsstunde soll eine Pause von zehn Minuten eintreten, während welcher die Schüler das Zimmer verlassen und im Freien in Bewegung und Spiel erhalten werden. Nur bei kaltem oder regnerischem Wetter ist statt dessen der Aufenthalt in den Korridoren zu gestatten. In den Schulzimmern sind während der Pausen bis zum Wiedereintritt der Schüler die Fenster und Türen offen zu halten, es sei denn, dass heftiger Wind oder starke Kälte dies verhindert. Der Schonung bedürftigen Schülern ist ein vor Kälte und Zugluft geschützter Raum (Korridor, Zimmer) anzuweisen.

9. Freie Nachmittage. In jeder Klasse soll ausser dem Nachmittage des Samstags wenigstens noch ein anderer Nachmittag vom Schulunterricht freigehalten werden.

10. Hausaufgaben. Die Hausaufgaben sind je nach der Schulstufe tunlichst zu beschränken. Dies wird vor allem dadurch zu erzielen sein, dass die häusliche Arbeit durch den Klassenunterricht hinreichend vorbereitet wird, so dass die Hausaufgaben eine Fortsetzung und einen ergänzenden Abschluss des Erfolges der Lehrstunden bilden und nicht etwa als Ersatz dessen benutzt werden, was die Lehrstunden bieten

*) Hiezu wird bemerkt, dass ein normales Ohr auf 15—20 Meter Entfernung bei ruhiger Umgebung mit Flüsterstimme gesprochene Sätze hören soll, wobei Acht zu geben ist, dass die Augen des zu Untersuchenden geschlossen sind, da sonst ein Ablesen des Gesprochenen vom Munde das Resultat trüben könnte.

können und sollen. Daneben wird darauf zu achten sein, dass das Auswendiglernen einzelner Daten und Zahlen, sowie die häusliche Anfertigung von Rechnungen und von Abschriften tunlichst eingeschränkt werde. Ausserdem bleibt dafür zu sorgen, dass die Gesamtdauer der für die Hausaufgaben erforderlichen Zeit das für die einzelnen Klassenstufen zulässige Mass nicht überschreite, sowie dass die häusliche Arbeit möglichst gleichmässig auf die einzelnen Tage verteilt werde. Es wird dieser Gesichtspunkt namentlich auch bei der Festsetzung der Stundenpläne für die einzelnen Klassen fest im Auge zu behalten sein. Als zulässiges Mass für die Zeitdauer, über welche hinaus die Schüler auf den einzelnen Klassenstufen, zur Verhütung der mit der Ueberbürdung verbundenen Gefahren, mit Hausaufgaben nicht dürfen in Anspruch genommen werden, ist folgendes zu betrachten: a) im III. und IV. Schuljahr 30 Minuten den Tag oder 3 Stunden die Woche; b) im V. und VI. Schuljahr 1 Stunde den Tag oder 6 Stunden die Woche; c) im VII. und VIII. Schuljahr 1½ Stunden den Tag oder 9 Stunden die Woche; d) im IX. und X. Schuljahr 2 Stunden den Tag oder 9—12 Stunden die Woche; e) in den letzten zwei Schuljahren 2—3 Stunden den Tag oder 12—18 Stunden die Woche. Hiebei sind Schüler mittlerer Begabung vorausgesetzt. Es ist sorgfältig darauf zu achten, dass diese Masse nicht nur nicht überschritten, sondern möglichst beschränkt werden. Insbesondere sollte bei den obern Klassen der Mädchenschulen wo möglich nicht über die Hälfte der angegebenen Grenzen hinausgegangen werden. In den beiden ersten Schuljahren soll von Hausaufgaben so viel als möglich ganz abgesehen werden; jedenfalls sind dieselben auf kleine Gedächtnisaufgaben und auf das Nachlesen des in der Schule Gelesenen zu beschränken. Die Schulvorsteher und Lehrer werden von Zeit zu Zeit durch Befragen von Eltern und Schülern sich darüber versichern, welche Zeit die Schüler zur Bewältigung ihrer häuslichen Aufgaben nötig haben. Im fernern sind die Schüler von Zeit zu Zeit darauf hinzuweisen, dass die Fertigung von häuslichen Arbeiten in den Stunden zwischen dem Vor- und Nachmittagsunterricht und zu späterer Zeit als 10 Uhr abends der Gesundheit schädlich und deshalb zu vermeiden und durch möglichst konzentrirte Arbeit während der übrigen Zeit des Tages zu ersetzen ist. Vom Vormittag zum Nachmittag desselben Tages dürfen keine Arbeiten aufgegeben werden. Ueber die Sonntage und Festtage dürfen nicht mehr Hausaufgaben gegeben werden als von einem Wochentag auf den andern. Ferienaufgaben sind gänzlich untersagt. Wo mehrere Lehrer den Unterricht in einer Klasse erteilen, sollen diese unter Leitung des Klassenlehrers mit Beachtung der vorstehenden Bestimmungen über die Zahl und den Umfang der häuslichen Arbeiten und deren gleichmässige Verteilung auf die einzelnen Schultage sich verständigen. Die Hausaufgaben sind unter dem Datum desjenigen Tages, für welchen sie gestellt werden, von den betreffenden Lehrern im Klassenbuche einzuschreiben. Strafarbeiten, soweit sie sich nicht auf die nochmalige Fertigung bezw. Reinschrift einer ungenügend geleisteten Aufgabe beschränken, sind unzulässig.

11. Privatstunden. Glaubt ein Lehrer wahrzunehmen, dass Privatstunden zu übermässiger Belastung eines Schülers Veranlassung geben, so wird er dies dem Rektor mitteilen, welcher den tatsächlichen Bestand erheben und trachten wird, durch Besprechung mit den Eltern oder deren Stellvertretern die Abstellung des Uebelstandes herbeizuführen.

12. Hitzferien. Es ist darauf zu achten, dass an heissen Nachmittagen die Anforderungen an die geistige Tätigkeit der Schüler ermässigt und die Hausaufgaben auf das allernotwendigste Mass beschränkt und wo möglich ganz erlassen werden. Wenn die Temperatur im Schatten um 10 Uhr vormittags auf 20° Réaumur ansteigt, so soll der Unterricht in den Nachmittagsstunden ausfallen. Die betreffende Verfügung ist den Schülern während des Vormittags mitzuteilen.

13. Körperliche Uebung. Die einzelnen Schulen werden sich bestreben, auch neben den im Lehrplan dem Turnen und Spiel gewidmeten Stunden, die körperliche Uebung der Schüler den verschiedenen Schulstufen und Schulverhältnissen entsprechend zu pflegen. Es wird sich deshalb empfehlen die Schüler, soweit es angeht, klassenweise während der Schulzeit zum Bade zu führen, oder auch, wo die Verhältnisse es gestatten, zur Eisbahn, namentlich aber auch, so lange die Jahreszeit es erlaubt, halb- oder ganztägige Ausflüge zu veranstalten. Solche Spaziergänge sind vornehmlich in den Schulen der untern und mittlern Stufe öfters zur Anwendung zu bringen und gleichzeitig als Mittel zur Unterstützung des Unterrichts zu benützen. Bei allen diesen körperlichen Uebungen ist darauf zu achten, dass nicht durch Ueberanstrengung der gesundheitsfördernde Zweck verfehlt werde. Kränkliche und schwächliche Schüler sind nicht zu denselben anzuhalten.

14. Temperatur in den Schullokalen. In jedem Schullokale ist ein Thermometer in 1,5 m. Höhe über dem Fussboden anzubringen und zwar an einer Stelle, deren Temperatur als die mittlere des Zimmers anzunehmen ist. Die Temperatur soll während der Winterszeit nicht unter 12° Réaumur und nicht über 14° Réaumur betragen, in den Turnhallen circa 10° Reaumur. Wo Ofenheizung besteht, sind die dem Ofen zunächst sitzenden Schüler vor der ausstrahlenden Wärme zu schützen.

15. Schutz vor Erkältung. Die Lehrer werden darauf Bedacht nehmen, dass die Schüler in der Schule vor Erkältungen möglichst bewahrt bleiben. Zu dem Ende werden sie darauf achten, dass die vorgeschriebene Zimmertemperatur eingehalten wird, dass die Schüler nicht in eine erkältende Zugluft zu sitzen kommen, in den Pausen sich nicht zu leicht gekleidet empfindlicher Kälte aussetzen und während der kalten Jahreszeit durch ausgiebige Bewegung sich erwärmen. Es wird ihnen empfohlen, für Abhilfe besorgt zu sein, sobald ein Schüler sich über zu starke Hitze oder Kälte beklagt, und überhaupt Rücksicht zu nehmen auf die besondern Bedürfnisse kränklicher Kinder. Die Lehrer werden ferner darauf halten, dass die Schüler im warmen Schulzimmer die Hals und Brust verweichlichenden wollenen Hals-

tücher (cache-nez) oder etwaige Kopftücher (capuchon u. dgl.) ablegen und dass beim Turnen die Kleidung keine zu warme und der Kopf unbedeckt sei.

16. Fürsorge für Nahrung und Kleidung. Wenn ein Lehrer bemerkt, dass ein Schüler einen seiner Entwickelung schädlichen Mangel an Nahrung leidet oder wegen unzureichender Kleidung oder schlechten Schuhwerkes seine Gesundheit Schaden zu nehmen droht, so soll er dem Schulvorsteher Mitteilung machen. Dieser wird trachten die ihm geeignet scheinende Abhilfe zu treffen, sei es durch Besprechung mit den Eltern, sei es durch Empfehlung an die Schülertuchkommission oder Lukasstiftung, oder auf andere Weise. In einzelnen vorkommenden Fällen ist er berechtigt, die einem Kinde fehlende, aber dringend nötige Nahrung auf Kosten der Schulkasse sofort herbeizuschaffen. Stellt sich heraus, dass auf Seite der Eltern oder deren Stellvertreter eine sträfliche Vernachlässigung der schuldigen Pflege vorliegt, so wird der Schulvorsteher Anzeige beim Polizeigericht erheben.

17. Ansteckende Krankheiten. Schüler, welche an ansteckenden Krankheiten leiden, sind vom Schulbesuch auszuschliessen, bis ihre Heilung ärztlich bezeugt ist. Beobachtet der Lehrer Ausschläge verdächtiger oder ekelhafter Natur oder Anzeichen, welche ihn auf Diphtherie oder Keuchhusten schliessen lassen, so wird er den betreffenden Schüler nach Hause schicken und eine ärztliche Untersuchung (Hausarzt, Armenarzt, Poliklinik) veranlassen. Ueber den Ausschluss von Schülern und Lehrern, in deren Familien eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist, gelten die vom Sanitätsdepartement erlassenen Bestimmungen.

18. Epilepsie. Bemerkt der Lehrer an einem Schüler Erscheinungen von Epilepsie, so soll er dem Schulvorsteher Mitteilung machen, welcher ein ärztliches Gutachten über Häufigkeit, Art und Stärke der Anfälle veranlassen und je nach dem Ergebnis desselben die Ausschliessung des Schülers aus der Schule beim Vorsteher des Erziehungsdepartements beantragen wird.

19. Zurückstellung schulpflichtiger Kinder. Kinder, welche das schulpflichtige Alter erreicht haben, deren körperlicher oder geistiger Zustand aber sie für den Schulunterricht noch nicht reif erscheinen lässt, sind längstens bis zum Beginn des nächsten Schuljahres zurückzustellen; dann hat ihre Anmeldung von neuem zu erfolgen. In dem Falle, wo die Eltern oder deren Stellvertreter selber diese Zurückstellung wünschen, kann sie durch die Primarschulinspektion, in den Landgemeinden durch die Schulkommission auf ärztliches Zeugnis hin gestattet werden. Hält die Schulbehörde gegen den Willen der Eltern oder deren Stellvertreter eine Zurückstellung für angemessen, so ist vor dem Entscheide das Gutachten eines Arztes und, wenn das Kind schon in die Schule eingetreten ist, des Klassenlehrers einzuholen.

20. Lüftung, Reinigung und Heizung. Für die Lüftung, Reinigung und Heizung der Schulräume sind, vorbehältlich weiterer in den ein-

zelnen Abwartswohnungen enthaltenen Anweisungen, folgende Bestimmungen massgebend. Die Schulzimmer und die Turnhallen sind regelmässig während der Pausen (§ 8) und ausserhalb der Schulzeit täglich wenigstens eine Stunde zu lüften. Alle benutzten Schulräume, Lehrerzimmer, Gänge, Treppen, Abtritte sollen täglich gekehrt und einmal vierteljährlich gefegt werden. Die Fussböden sind jährlich wenigstens einmal mit heissem Leinöl zu tränken und die Wände gründlich abzuwaschen. Die Fenster sind nach Bedürfnis wenigstens alle zwei Monate, die Vorfenster zweimal im Jahre zu waschen. Täglich ist in allen benützten Schul- und Lehrerzimmern auf allen Tischen, Bänken, Schränken und Schulgeräten der Staub zu nehmen. Die Turnsäle sollen täglich nicht nur gründlich gekehrt und abgestäubt, sondern auch, nachdem der Staub sich gesetzt hat, mit einem nassen Tuche aufgezogen werden. Das letztere soll, wo nötig, auch über die Mittagszeit geschehen. Jeden Monat einmal sind die Turnsäle gründlich zu fegen und die Wände, sowie die Geräte, von Staub und Schmutz zu reinigen. Die Abtritte sind fortwährend rein zu halten und müssen wöchentlich einmal gefegt werden. Die Trogclosets sind täglich zweimal, jeweilen nach Schluss des Vormittags- und des Nachmittagsunterrichts, zu entleeren, auszuspülen und wieder mit Wasser zu füllen. Täglich ist für Sauberhaltung des Schulhofes, bei Regenwetter für gehörigen Wasserabfluss und im Winter für Entfernung des Schnees zu sorgen. Was die Heizung anbetrifft, so sind die von dem obrigkeitlichen Techniker erteilten Weisungen massgebend.

21. Privatschulen. Die vorstehenden Bestimmungen gelten mit den durch die besondern Verhältnisse bedingten Einschränkungen auch für die Privatschulen. Vom Beginn des Schuljahres 1887/88 an sind in denselben nur noch solche Schulbänke zulässig, bei welchen der abgerundete vordere Rand des Sitzbretes 2—3 cm. weiter vorsteht, als der innere Rand des Tisches, bei welchen der untere Teil des Rückens durch eine Kreuzlehne genügend geschützt ist und welche im übrigen den sub 1 Abs. 2 aufgestellten Anforderungen entsprechen.

Amtsordnung für den Schularzt vom 28. Mai 1886.

§ 1. Der Schularzt wird vom Erziehungsrat, zunächst auf ein Jahr, ernannt.

§ 2. Er ist dem Erziehungsdepartement unterstellt und hat demselben alljährlich über seine Tätigkeit einen Bericht zu erstatten.

§ 3. Dem Schularzte liegt ob, dafür zu sorgen, dass die gesundheitsgefährlichen Einflüsse der Schule bekämpft und die gesunde körperliche Entwickelung der Jugend durch die Schule gefördert werden.

§ 4. Zu diesem Behufe wird er sich vor allem durch Besuche in den öffentlichen und Privatschulen mit den sanitarischen Verhältnissen derselben bekannt machen und darüber wachen, dass den Vorschriften und Anweisungen der Behörden über die Gesundheitspflege in den Schulen gewissenhaft nachgelebt werde. — Jede Klasse der öffentlichen Schulen wird er jährlich wenigstens 4 mal besuchen, nämlich einmal in der Zeit nach Beginn des Schuljahres bis zum Beginn der Sommerferien, einmal zwischen den Sommerferien und den Herbstferien, und zweimal während des Wintersemesters.

§ 5. Ueber die hiebei gemachten Wahrnehmungen und Beobachtungen wird er, so oft er es für zweckmässig hält, dem Erziehungsdepartement berichten und zur Abstellung von Übelständen, zu Verbesserungen, zur Vornahme von Untersuch-

ungen u. dgl. die gutscheinenden Anträge stellen. — Über die Situations- und Baupläne neuer Schulhäuser, sowie über andere ihm vom Erziehungsdepartement zugewiesene Fragen hat er sein Gutachten abzugeben; insbesondere hat er über Gesuche um Dispensation von einzelnen Unterrichtsfächern, über die Zurückstellung von Schülern, und über die vorzeitige Entlassung solcher aus der Schule wegen leiblicher oder geistiger Gebrechen zu berichten.

§ 6. Bemerkt er Übelstände, deren Abstellung ohne Weiteres erfolgen kann, wie z. B. auf Zuteilung der richtigen Bänke, Körperhaltung während des Unterrichtes, Zimmertemperatur, Lüftung, Reinigung, Zwischenpausen, Entfernung kranker oder für den Schulunterricht körperlich oder geistig unreifer Kinder, so wird er sich zu dem Ende mit dem Klassenlehrer, bezw. dem Schulvorsteher in's Einvernehmen setzen.

§ 7. Bei seinen Schulbesuchen wird er den Schulvorstehern und Lehrern auf ihren Wunsch mit seinem Rate zur Seite stehen. Wenn ein Schulvorsteher sein Erscheinen in der Schule zu einer andern Zeit für nötig hält, so wird er der bezüglichen Einladung desselben folgen.

§ 8. Er wird überhaupt bestrebt sein, so viel als möglich durch Belehrung zu wirken, sei es bei Gelegenheit seiner Schulbesuche, sei es indem er die gutscheinenden Instruktionen zu Handen der Lehrer und Eltern mit Genehmigung des Erziehungsrates erlässt, über Fragen der Schulgesundheitspflege Vorträge hält und dergl. mehr.

Bemerkung. Der Schularzt bezieht eine Jahresbesoldung von 3000 Fr. Der Inhaber dieses Amtes hat Spezialstudien über Hygieine unter Prof. Pettenkofer in München gemacht.

---

11. 7. Auszug aus dem Strafgesetzbuch des Kantons St. Gallen. (Erlassen am 25. November 1885, in Kraft getreten am 4. Januar 1886, in Anwendung mit 1. Mai 1886.)

Abschnitt H. Familienpflichten. Art. 190. Eltern, welche ihren Kindern den gesetzlich vorgeschriebenen Schulunterricht nicht zukommen lassen, oder sich diesfalls wiederholt der Pflichtvernachlässigung schuldig machen, sind, auf Anzeige der betreffenden Behörde, mit Geldstrafe bis auf Fr. 100 oder mit Gefängnis bis auf 14 Tage zu bestrafen. Diese Strafen können auch verbunden werden.

Art. 191. Eltern und Pflegeeltern, welche sich einer schweren oder trotz amtlicher Warnung fortgesetzten Vernachlässigung der nötigen Pflege oder häuslichen Erziehung ihrer Kinder schuldig machen, sind mit Geldstrafe bis auf Fr. 500 oder mit Gefängnis bis auf drei Monate zu bestrafen. Diese Strafen können auch verbunden werden. Dem Gerichte steht zugleich die Befugnis zu, die Fehlbaren in ihrer elterlichen Gewalt für bestimmte Zeit einzustellen. Kinder solcher Eltern werden dadurch den Waisenkindern in Bezug auf die Obsorge für ihre Erziehung gleichgestellt. Das Gericht hat gleichzeitig über die Fortdauer allfälligger von der Obervormundschaftsbehörde getroffener vorläufiger Verfügungen zu entscheiden.

Anmerkung. Durch obigen Artikel 190 wurde ausser Kraft gesetzt: Im Gesetze über das Erziehungswesen, vom 8. Mai 1862, der Artikel 35 in den Worten des zweiten Alinea, „welche den Straffälligen mit einer Busse bis auf Fr. 30 belegt".

III. Fortbildungsschulen, Rekrutenschulen, Wiederholungskurse etc.

Kanton TESSIN.

12. 1. **Decreto circa l'istituzione di un corso scolastico preparatorio pei giovani che dovranno subire l'esame pedagogico federale innanci alla Commissione di reclutamento.** (6 maggio 1885.)

Il gran Consiglio della Repubblica e Cantone del Ticino sulla proposta del Consiglio di Stato decreta:

Art. 1. Di regola tutti i giovani obbligati, secondo i ruoli militari, all' esame pedagogico innanzi alla Commissione federale di reclutamento, saranno tenuti a frequentare un corso scolastico preparatorio.

Art. 2. Il Dipartimento della Pubblica Educazione è incaricato di ordinare questi corsi, ed il Dipartimento Militare veglierà perchi siano regolaremente frequentati.

Art. 3. Il Consiglio di Stato pubblicherà un regolamento in cui dovrà essere stabilito; a) la durata di detti corsi, che non potrà essere superiore a 15 giorni, ed il loro programma; b) i Comuni dove essi saranno aperti, ritenuto che se ne apra almeno uno in ogni Circolo, possibilmente nella località più centrale; c) il modo con cui dovranno essere nominati i rispettivi maestri e l'indennità che verrà loro corrisposta dallo Stato; d) chi potrà essere dispensato dal seguire questi corsi, e le penalità nelle quali incovreranno coloro che non vi intervenissero senza esserne dispensati.

Art. 4. Per l'istituzione dei suddetti corsi è accordato al Consiglio di Stato un Credito fino a fr. 2000.

Art. 5. Il Consiglio di Stato è incaricato della promulgazione ed esecuzione della presente legge.

Kanton SCHWYZ.

13. 2. **Verordnung, betreffend die kantonalen Rekrutenschulen.** (Vom 2. Dezember 1885.)

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz, in Abänderung der Verordnung über obligetorische Vorprüfung und Unterricht der in's militärpflichtige Alter tretenden Bevölkerung, vom 13. Januar 1881, und in Anwendung des § 34 der Verfassung beschliesst:

§ 1. Sämtliche jungen Männer, welche jeweilen mit Neujahr das 17. Altersjahr erfüllt haben, sind während den der eidg. Rekrutenprüfung unmittelbar vorhergehenden 2 Jahren zum Vorunterrichte unter den Straffolgen des § 8 dieser Verordnung verpflichtet.

§ 2. Ausgenommen von diesem Vorunterrichte sind jene jungen Männer: a) welche gleichzeitig anderweitigen Studien obliegen; b) welche über den Besitz der durch die eidg. Prüfungsexperten von den Rekruten für die Note 1 geforderten Kenntnisse sich auszuweisen vermögen.

§ 3. Die Gesuche nebst erforderlichen Ausweisen für Dispensation vom Unterrichte sind alljährlich im Verlaufe des Monats Oktober dem Erziehungsdepartemente einzureichen. Sie werden von diesem in Ver-

bindung mit dem betreffenden Kreisschulinspektorate geprüft und darüber wird von denselben endgültig entschieden. Dieser Behörde bleibt auch anheimgestellt, mit den betreffenden eine spezielle Prüfung vorzunehmen. Verspätete Gesucheingaben können nicht mehr berücksichtigt werden.

§ 4. Die Dauer der jährlichen Unterrichtskurse soll wenigstens 40 Stunden betragen.

§ 5. Die Gemeinden ordnen durch ihre betreffenden Organe die Abhaltung der Unterrichtskurse an, leiten und überwachen dieselben, bestellen das Lehrerpersonal, weisen die Schullokale an und sorgen für Heizung und Beleuchtung derselben.

§ 6. Als Unterrichtsfächer für die Kurse sind festgesetzt: a) Lesen und freie mündliche Reproduktion des Gelesenen; b) deutsche Aufsätze aus dem Gebiete des bürgerlichen Geschäftslebens; c) Kopf- und Zifferrechnen; d) Vaterlandskunde (Geschichte), Geographie und Verfassungs- und Gesetzeskunde.

§ 7. Bezüglich Bestimmung und Anschaffung der Lehrmittel finden die §§ 23, 24 und 25 der Schulorganisation analoge Anwendung.

§ 8. Die Oberaufsicht über den Unterricht ist Sache des Erziehungsrates. Säumige oder renitente Kurspflichtige sind dem betreffenden Bezirksamte zu verzeigen und von letzterem in folgender Weise zu bestrafen: a) Polizeiliche Zuführung zum Unterrichte; b) Arrest bis auf drei Tage. Ueber Strafausfällung und Vollzug ist dem Erziehungsdepartement jährlich Bericht zu erstatten.

§ 9. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung wird diejenige vom 13. Januar 1881 aufgehoben.

§ 10. Der Regierungsrat ist mit Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.

Kanton AARGAU.

14. 3. **Regierungsverordnung betreffend die bürgerlichen Fortbildungsschulen.** (Vom 15. Januar 1886.)

Der Regierungsrat des Kantons Aargau, in Vollziehung des Art. 63 Lemma 5 der Staatsverfassung, beschliesst:

Bis zum Erlass eines bezüglichen Gesetzes gelten für die Einrichtung bürgerlicher Fortbildungsschulen durch die Gemeinden folgende Bestimmungen:

§ 1. Für jede durch die Mehrheit der gesetzlich versammelten Einwohnergemeinde beschlossene bürgerliche Fortbildungsschule wird auf gestelltes Begehren vom Regierungsrat der Schulbesuch obligatorisch erklärt.

§ 2. Zum Besuch der durch die Gemeinden beschlossenen bürgerlichen Fortbildungsschulen sind alle in einer Gemeinde wohnenden, bildungsfähigen, der Volksschule entlassenen Knaben verpflichtet. Von dieser Verpflichtung sind ausgenommen: 1. Diejenigen, welche die drei untern Klassen einer Bezirksschule ganz durchgemacht haben; 2. die Schüler gewerblicher Fortbildungsschulen; 3. die Schüler höherer Lehranstalten.

§ 3. Den Gemeinden bleibt es freigestellt, den Besuch der bürgerlichen Fortbildungsschule vom zurückgelegten 15. oder vom zurückgelegten 16. Altersjahr hinweg eintreten zu lassen. Die Pflichtigkeit zum Schulbesuch dauert im erstern Falle bis zum zurückgelegten 18., im letztern Falle bis zum zurückgelegten 19. Altersjahre. Immerhin haben sämtliche Schüler den Jahreskurs zu vollenden.

§ 4. Der Unterricht wird von Anfang November bis Ende März in vier wöchentlichen Stunden erteilt. Die Verlegung dieser Stunden ist Sache der Schulpflege, welche die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen wird. Der Jahreskurs schliesst jeweilen mit einer kurzen Prüfung, für deren Vornahme der Bezirksschulrat die nötigen Inspektoren ernennt. Dieselben haben ihm zu Handen der Erziehungsdirektion Bericht zu erstatten und werden für ihre Bemühungen vom Staat angemessen entschädigt.

§ 5. Die von den Gemeinden beschlossenen bürgerlichen Fortbildungsschulen stehen unter der Aufsicht der gesetzlich zuständigen Schulbehörden.

§ 6. Die Abwandlung der Schulversäumnisse findet nach Anleitung des Schulgesetzes statt. Die Versäumnis eines Tagesunterrichts wird als eine ganze Versäumnis betrachtet.

§ 7. Die Unterrichtsfächer sind: 1. Lesen und Aufsatz. 2. Praktisches Rechnen. 3. Vaterlandskunde und Verfassungskunde. 4. Naturkundliche Belehrungen mit Rücksicht auf Gesundheitspflege, Landwirtschaft und Gewerbe. Der Erziehungsrat wird für eine angemessene Verteilung des Unterrichtsstoffes auf die drei Jahreskurse die erforderliche Anleitung geben.

§ 8. Die erforderlichen Lehrkräfte werden von der Schulpflege aus der Zahl der Lehrer einer Gemeinde ernannt. Jeder patentirte Lehrer einer Gemeinde ist zur Annahme einer Wahl verpflichtet. Die Behörden sind befugt, einzelne Teile des Unterrichts sachkundigen Nichtlehrern zu übertragen.

§ 9. Die Gemeinden, welche eine bürgerliche Fortbildungsschule beschliessen, haben bei einer Gesamtschülerzahl bis auf 40 eine Minimalbesoldung von Fr. 60, bei einer grössern eine solche von Fr. 80 zu bezahlen und für Lokal, Beheizung und Beleuchtung zu sorgen. Der Staat leistet an die Besoldungen nach Massgabe des Art. 65 der Verfassung Beiträge von 20—50 %.

§ 10. Wo unter der Leitung von Lehrerinnen Fortbildungsschulen für Mädchen eingerichtet werden wollen, beteiligt sich der Staat mit einem angemessenen Beitrag.

§ 11. Die Erziehungsdirektion ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.

---

15. 4. Lehrplan für die bürgerlichen Fortbildungsschulen im Kanton Aargau. (Erlass des Erziehungsrates vom 26. August 1886.)

1. Allgemeine Bsstimmungen. § 1. Der Unterrichtsstoff der bürgerlichen Fortbildungsschulen wird auf drei Jahreskurse verteilt. Jeder Jahreskurs bildet für sich ein Ganzes, jedoch so, dass im allgemeinen

der zweite den Unterrichtsstoff des ersten und der dritte denjenigen des zweiten erweitert.

§ 2. Jedem der vier in § 7 der Regierungsverordnung vom 15. Januar 1886 aufgeführten Hauptfächer wird in der Regel eine wöchentliche Unterrichtszeit von einer Stunde eingeräumt; für die Vaterlandskunde im II. und III. Kurs nach Bedürfnis auch etwas mehr.

§ 3. Die 3 Jahreskurse sollen in 3 oder 2 Abteilungen unterrichtet werden. Im letzteren Falle bildet der erste Jahreskurs die erste, der zweite und dritte zusammen aber die zweite Abteilung. Davon ist je eine Abteilung alsdann mündlich, die andere schriftlich zu beschäftigen. In die Unterrichtsfächer können sich mehrere Lehrkräfte teilen, ebenso in die Jahreskurse oder Abteilungen.

§ 4. Bei Vereinigung der zwei obern Kurse hat das Lehrpensum in der Weise zu wechseln, dass in einem Jahr der Unterrichtsstoff des zweiten, im darauffolgenden aber derjenige des dritten Kurses behandelt wird.

§ 5. Wenn es besondere örtliche Verhältnisse, z. B. ganz kleine Schülerzahl, geringe Begabung derselben u. s. w., ausnahmsweise als zweckmässig und wünschbar erscheinen lassen, alle drei Jahrgänge in einer Klasse (Abteilung) vereinigt zu unterrichten, so müsste jedes Jahr nach Massgabe eines bestimmten Lehrplanes, der die nachfolgende Fächerverteilung berücksichtigte, mit dem Lehrstoffe gewechselt werden.

§ 6. Die Auswahl des Unterrichtsstoffes soll sich nach dem praktischen Bedürfnisse der Schüler richten und so viel als möglich neben ihrer Stellung als Bürger des Staates auch ihre künftige Berufstätigkeit ins Auge fassen.

§ 7. Lehrmethode und Lehrsprache werden der Altersstufe der Schüler sorgfältig angepasst. Hauptsache ist, das Interesse dieser letztern für den Unterricht wach zu rufen und rege zu erhalten.

§ 8. Der Unterricht soll an der Hand eines durch den Erziehungsrat zu genehmigenden Lehrbuches und unter Benutzung zweckmässiger Veranschaulichungsmittel erteilt werden.

§ 9. Von Weihnachten bis Neujahr wird der Unterricht unterbrochen.

2. Behandlung und Verteilung des Unterrichtsstoffes. § 10. Lesen und Aufsatz. (Wöchentlich für jeden Kurs 1 Stunde, total 20 Stunden.) a) Das Lesen wird als eigentliches Unterrichtsfach um seiner selbst willen im ersten Jahreskurse noch besonders geübt. Lesestoff: Darstellungen aus der Vaterlands-, Natur- und Volkswirtschaftskunde. Hauptsache ist das richtige Verständnis des Gelesenen. Memoriren ansprechender Gedichte mit Berücksichtigung der Neigung des Schülers, Liedertexte. b, Der Aufsatz schliesse an's Leben an und werde so viel als die Zeit es gestattet, in der Schule ausgearbeitet. Alle Aufsätze sind zu korrigiren und die wesentlichen Verstösse zu besprechen. Sogenannte Reinhefte sind nicht zu führen. — 1. Kurs: Briefe geschäftlichen Inhalts, Quittungen, Zeugnisse, Bestellungen, Rechnungen und Aufsätze nicht geschäftlicher Art, deren Stoff aus dem Leben gegriffen ist. — 2. Kurs: Fortsetzung der Geschäftsbriefe, Schuld-

scheine und einfache Verträge. — 3. Kurs: Fortsetzung der Verträge mit Hinweisung auf ihre Bedeutung und gesetzlichen Verbindlichkeiten. Schreiben an Behörden, Berichte, Vormundschaftsrechnung.

§ 11. Praktisches Rechnen. (Wöchentlich für jeden Kurs 1 Stunde, total 20 Stunden. 1. Kurs: Kopf- und Zifferrechnen als Wiederholung der Rechnungsoperationen in reinen, ganzen und Dezimalzahlen mit Berücksichtigung der praktischen Abkürzungen. Einfacher Dreisatz. Zinsrechnungen, Flächenberechnungen. — 2. Kurs: Vielsatz. Verteilungs-, Gewinn- und Verlustrechnung. Flächen- und Körperberechnungen. 3. Kurs: Anleitung zur einfachen Rechnungs- und Buchführung eines Handwerkers oder Landwirts oder beider zugleich.

§ 12. Vaterlands- und Verfassungskunde. (Wöchentlich in der Regel für jeden Kurs 1 Stunde, total 20—30 Stunden.) Diesem Unterrichte haben Karten als Veranschaulichungsmittel zu dienen. — 1. Kurs: Die physikalische Beschaffenheit der Schweiz. Die wichtigsten Ereignisse in der Schweizergeschichte bis zum Untergang der alten Eidgenossenschaft, hauptsächlich mit Hervorhebung des Eintrittes der 13 Orte in den Bund und mit Herbeiziehung der Momente aus der allgemeinen Geschichte, welche zur richtigen Auffassung und zum Verständnis notwendig sind. 2. Kurs: Gebietseinteilung der Schweiz, Kantons- und Bezirkshauptorte. Die geschichtlichen Ereignisse seit Untergang der alten Eidgenossenschaft mit besonderer Hervorhebung der wichtigsten Partien unserer Kantonsgeschichte. — 3. Kurs: Die hauptsächlichsten Bestimmungen der Bundesverfassung und der Kantonsverfassung. Die Behörden in Gemeinde, Kanton und Bund. Volksrechte und Bürgerpflichten. Die Schweiz nach den Produkten des Grund und Bodens und des Gewerbsfleisses. Ihre Verkehrswege und Absatzgebiete.

§ 13. Naturkundliche Belehrungen. Gesundheitspflege, Landwirtschaft und Gewerbe. (Wöchentlich für jeden Kurs 1 Stunde, total 20 Stunden.) Vorbemerkung: Diese Belehrungen sollen sich je nach dem zukünftigen Berufsbedürfnisse der Schüler entweder mehr an die Landwirtschaft, oder an's Gewerbswesen anschliessen. — 1. Kurs: Die Haustiere, ihr Bau, ihre Ernährung, Aufzucht (Raçen) und Pflege. Die berufliche Bildung und Tätigkeit, ihre Bedeutung und Notwendigkeit. — 2. Kurs: Der Bau des menschlichen Leibes, seine Organe und deren Funktionen. Handwerk, Lehrling und Meister, Lohnverhältnisse, Konkurrenz, Kapital und Zins, Sparsamkeit. — 3. Kurs: Gesundheitslehre (Ernährung und Pflege des menschlichen Leibes für beide Richtungen). Sodann je nach Bedürfnis vorwiegend Belehrungen über die verschiedenen Gebiete der Landwirtschaft: Bodenarten und deren Verbesserungen, Entwässerung und Bewässerung, Düngung, Werkzeuge, Pflanzenbau u. s. w. Oder aber Eigenschaften der Körper, Gleichgewicht und Bewegung, Wasser, Dampf und Dampfmaschine, Licht und Wärme, Brennstoffe, Telegraph und Telephon u. s. w. Versicherungswesen und Genossenschaften. Der gegenwärtige Lehrplan wird provisorisch erlassen und für die obligatorisch erklärten bürgerlichen Fortbildungsschulen mit 1. Nov. 1886 in Vollzug gesetzt.

16. 5. **Straf- und Vorkurse für die Rekrutenprüfungen im Kanton Uri.** (Erlass des Landrates vom 27. Januar 1886.)

Der Landrat des Kantons Uri, in Ergänzung des Dekrets vom 18. Mai 1880 und vom 28./29. März 1883 über den Vorunterricht der Rekruten, auf den Antrag des Erziehungsrates, beschliesst und verordnet:

1. Pflichtige, welche den vorgeschriebenen pädagogischen Unterricht entweder gar nicht oder nur unregelmässig besuchen, ohne die in der Schulordnung als zulässig bezeichneten Entschuldigungsgründe nachweisen zu können, wie auch Solche, welche in Folge Unfleiss oder bösem Willen bei der Vorprüfung nur ganz unbefriedigende Leistungen aufweisen, werden vor der eidg. Rekrutenprüfung zu einem besondern Straf-Vorkurse nach Altorf einberufen.

2. Dieser Vorkurs dauert fünf Tage mit täglich mindestens sieben Unterrichtsstunden.

3. Die Einberufenen werden strenger Disciplin unterstellt, militärisch verpflegt und kasernirt. Die Kosten werden von der Staatskassa getragen und sind in das Militärbudget aufzunehmen.

4. Die Ausführung wird, soweit sie den Unterricht betrifft, dem Erziehungsrate, in allem übrigen dem Regierungsrate übertragen.

Kanton WAADT.

17. 6. **Règlement provisoire pour les cours complémentaires de l'instruction publique primaire.** (Du 14 octobre 1886.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud, vue le préavis du Département de l'Instruction publique et des Cultes; vu la loi du 12 novembre 1883 sur les cours complémentaires de l'instruction primaire, arrête:

Article premier. *Le Règlement provisoire suivant pour les cours complémentaires est adopté:*

Chapitre premier. **Organisation des cours.**

Article premier. Dans toutes les communes où il existe une école primaire tenue par un régent, il est ouvert, chaque année, du 1er décembre au 1er mars, des cours complémentaires d'instruction primaire de trois heures par semaine. Le Département pourra autoriser les communes qui le demanderont à commencer les cours plus tôt. Ces cours sont gratuits. (Loi du 10 novembre 1883, art. 1er.)

Art. 2. Les cours ont lieu deux fois par semaine. Ils sont donnés par les régents et remplacent, pour ceux qui les donnent, jusqu'à concurrence de 3 heures par semaine, les leçons de veillées prévues l'art. 107 du règlement pour l'instruction publique primaire. Les régents peuvent être secondés dans cet enseignement par des personnes agréées par la Commission locale. Dans les communes où il existe un collège communal ou une école secondaire, les instituteurs attachés à ces établissements peuvent être chargés de donner ces cours aux jeunes gens qui ont fréquenté ces écoles pendant les deux dernières années.

Art. 3. Les cours pour les recrues illettrées, institués par la loi du 3 décembre 1881, peuvent, avec l'autorisation du Département de

l'Instruction publique, être fusionnés avec les cours complémentaires.

Art. 4. La Municipalité et la Commission des écoles fixent, avant le 10 novembre de chaque année, les jours et les heures auxquels les cours seront donnés, ainsi que les locaux qui leur seront affectés. Avis en est donné dans les communes intéressées, par voie d'affiche et de publication. Les jeunes gens sont par là censés avertis personnellement, et les absents tomberont sous le coup des peines prévues par la loi.

Art. 5. Les garçons de 16 à 19 ans habitant une commune où il n'existe pas d'école tenue par un régent, sont astreints à suivre les cours complémentaires dans la commune la plus rapprochée. L'indemnité à payer par les communes qui n'ont pas de régent, est fixée à raison de 2 fr. par élève. Les trois quarts de cette indemnité sont dûs au régent qui donne les cours, le quart sert à indemniser la commune pour le chauffage et l'éclairage.

Art. 6. Les communes où il ne se trouve pas 10 jeunes gens astreints à la fréquentation des cours complémentaires peuvent, avec l'autorisation du Département de l'Instruction publique, s'associer à d'autres communes. (Loi sur l'instruction primaire, art. 4.) Dans celles composées de plusieurs hameaux, où il se trouve des écoles tenues par des régents, il peut être formé plusieurs groupes, moyennant que la distance à parcourir par les jeunes gens ne soit pas supérieure à 5 kilomètres. Dans les communes ayant plus de 100 jeunes gens astreints à suivre les cours, l'organisation de ceux-ci doit être soumise à la sanction du Département de l'Instruction publique.

Art. 7. Les jeunes gens qui changent de domicile durant la période des cours sont tenus de se présenter aux leçons complémentaires de leur nouvelle résidence.

Art. 8. Moyennant l'autorisation de la Commission locale, des jeunes gens âgés de plus de 19 ans peuvent, sur leur demande, être admis à suivre les cours.

Chapitre II. **Obligation, dispenses, libérations.**

Art. 9. La Municipalité fait dresser chaque année, avant le 1er novembre, la liste de tous les garçons de nationalité suisse âgés de 16 à 19 ans, domiciliés dans la commune, et qui, à teneur de l'art. 3 de la loi, sont appelés à suivre les cours complémentaires.

Art. 10. Les jeunes gens qui ont atteint leur 19me année ne sont dispensés des cours qu'après avoir subi l'examen annuel.

Art. 11. Ceux qui veulent obtenir une dispense en font la demande à la Commission des écoles avant le 1er novembre, en indiquant leurs motifs. Peuvent être dispensés par le *Département de l'Instruction publique,* ensuite du préavis favorable de la Commission locale: a) Ceux qui, dans un examen subi devant cette Commission, avant le1er décembre, auront obtenu, en moyenne la note 2, et à condition qu'aucune branche n'ait été appréciée par 4 ou par 5. Les branches sur lesquelles porte l'examen sont: La lecture, l'écriture, la composition et l'orthographe,

l'arithmétique, le calcul mental, la géographie, l'histoire suisse et l'instruction civique; b) Ceux qui ont obtenu la note indiquée sous lettre *a* à l'examen annuel des cours complémentaires.

Art. 12. L'échelle d'appréciation est la suivante: *5* (très mal), *4* (faible), *3* (assez bien), *2* (bien) et *1* (très bien).

Art. 13. Ces dispenses ne sont accordées que pour une année. Les élèves libérés de la fréquentation des écoles avant l'âge de 16 ans sont astreints dès leur libération à suivre les cours complémentaires.

Art. 14. Sont dispensés d'office les jeunes gens qui suivent les cours d'un établissement public secondaire ou supérieur, ou des cours jugés équivalents par le Département de l'Instruction publique, sur préavis de la Commission locale.

Chapitre III. **Fréquentation des cours.**

Art. 15. Les maîtres tiennent exactement le rôle des jeunes gens astreints à suivre les cours. Ils inscrivent toutes les absences en mentionnant les motifs d'excuse qui leur sont indiqués. Le registre destiné à cet usage est fourni par la commune.

Art. 16. Les maîtres transmettent, chaque semaine, la note des absences au président de le Commission locale. La note datée, vérifiée et signée par eux suffit pour établir le fait de l'absence.

Art. 17. Le registre d'absences est produit à la Commission locale et au Chef de section, chaque fois que la demande en est faite.

Chapitre IV. **Répression des absences. Arrêts.**

Art. 18. La Commission locale cite devant elle les jeunes gens qui ont fait défaut, et transmet au Chef de section la liste des absences qu'elle estime n'être pas justifiées. Ceux qui ne se présentent pas sont passibles de trois heures d'arrêts.

Art. 19. Chaque absence d'une heure est réprimée par 3 heures d'arrêts, soit au maximum 9 heures pour la semaine entière. Ils sont infligés par le Chef de section et ne peuvent excéder 9 heures consécutives, ni avoir lieu pendant la nuit. Ces arrêts seront subis, au plus tard, dix jours après le prononcé de la Commission locale.

Art. 20. La Municipalité fixe, dans la commune où se donnent les cours, le local où les arrêts sont subis. Ils ne peuvent l'être en aucun cas dans une salle de prison préventive ou de détention pénale.

Art. 21. Si l'absence non justifiée a duré plus de deux semaines, le cas est déféré par le Chef de section au Département militaire, qui inflige les arrêts dans les limites de sa compétence. Dans ce cas, ils sont subis au chef-lieu du district.

Art. 22. Les frais de notification sont à la charge des personnes citées. L'huissier de la Municipalité reçoit vingt centimes pour chaque citation qu'il est chargé de faire.

Art. 23. La surveillance des arrêts est exercée par une personne que désigne la Municipalité.

Art. 24. Les tâches obligatoires accompagnant les arrêts sont fixées par le maître du cours et avec l'approbation de la Commission

locale. Elles sont appropriées au degré d'instruction des jeunes gens et consistent en calcul, compositions copies ou exercices d'écriture.

Art. 25. Pendant la durée des arrêts, l'entretien des élèves est à leur charge. Ils peuvent prendre avec eux la nourriture nécessaire, l'autorisation du Chef de section étant réservée.

Art. 26. L'arrestation des jeunes gens qui refusent de subir leur peine a lieu comme pour les arrêts militaires.

Chapitre V. **Discipline.**

Art. 27. Les cas d'indiscipline sont déférés par la Commission locale au Chef de section et, s'il y a lieu, au Département militaire, qui prononcent les peines dans les limites de leur compétence. Le Chef de section a une compétence de 9 heures pour le même élève. S'il y a lieu d'appliquer une peine plus forte. il en réfère au Commandant d'arrondissement et. dans les cas graves, au Département militaire. La peine infligée peut être, suivant le cas, subie dans une chambre d'arrêt.

Chapitre VI. **Programme des cours. Enseignement.**

Art. 28. Les jeunes gens sont répartis en divisions ou séries d'enseignement, suivant leur degré d'instruction ou de développement.

Art. 29. Un programm ou plan d'études indique le champ à parcourir dans ces cours. Ce programme est basé sur les prescriptions du règlement fédéral du 15 juillet 1879, pour les examens des recrues et les écoles complémentaires.

Art. 30. Chaque élève est tenu d'apporter aux leçons le matériel nécessaire qui comprend: a) Un cahier de papier blanc; b) un porte-plume avec plumes; c) un crayon; d) le petit manuel d'instruction civique de M. Droz.

Art. 31. Tout élève qui, par sa faute, est empêché de profiter de la leçon, ensuite de l'absence du matériel scolaire obligatoire, est passible de deux heures d'arrêts.

Art. 32. Le maître du cours transcrit exactement, sur un registre, les notes de conduite et de travail obtenues par chacun des élèves. Ce registre sera remis au délégué du Département, lors de l'examen annuel.

Chapitre VII. **Examens.**

Art. 33. Chaque année, du 1er au 20 mars, aux jours fixés par la Commission instituée à l'art. 35, les élèves des cours complémentaires, ainsi que ceux dispensés par l'art. 11, subissent un examen au chef-lieu de la section militaire. Les sections trop considérables peuvent être subdivisées par le Département de l'Instruction publique.

Art. 34. Les jeunes gens qui n'ont pu justifier leur absence seront passibles d'une réclusion de 9 heures, et soumis en outre, avant le 1er avril, à un examen particulier devant la Commission locale.

Art. 35. Les examens sont dirigés par une Commission composée: a) D'un délégué de chaque commission locale; b) d'un délégué nommé par le Département de l'Instruction publique, qui la préside. Dans

les sections formées d'une seule commune, cette Commission est composée du délégué du Département et de deux membres de la Commission locale.

Art. 36. Le régent qui a donné le cours prend part aux interrogations, conjointement avec le délégué du Département et la Commission. Il en est de même des personnes qui ont été autorisées à le seconder dans son enseignement,

Art. 37. Le délégué du Département communique séance tenante aux intéressés le résultat des examens, puis le transmet immédiatement au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Chapitre VIII. **Inspection des Cours.**

Art. 38. La surveillance des cours est exercée sous l'autorité du Département de l'Instruction publique et du Département militaire: Par les délégués du Département, par les Chefs de section et, dans chaque commune, par la Commission locale. La Municipalité décide si c'est la Commission des écoles, ou une commission spéciale, qui est chargée de la surveillance et de l'inspection des cours. Dans ce dernier cas, la Commission est composée de 3 membres au moins.

Art. 39. Les Chefs de section inspectent aussi les cours de leur ressort, spécialement au point de vue de la discipline. Ils sont tenus d'intervenir lorsque l'instituteur ou la Commission locale réclament leur concours pour le maintien de l'ordre. Ils assistent aux examens de leur section. Ils font rapport au Département militaire par l'intermédiaire du Commandant d'arrondissement.

Art. 40. Les Commissions d'école et les Commissions locales sont spécialement chargées de la surveillance des cours complémentaires. Elles les font visiter chaque semaine par un de leurs membres ou par une personne déléguée à cet effet. Elles font rapport au Département à la fin des cours, sur la manière dont ceux-ci ont été donnés et sur les résultats obtenus.

Art. 2. *Le Département de l'Instruction publique et le Département militaire sont chargés de l'exécution de ce règlement provisoire, qui entrera en vigueur le 1er novembre 1886.*

IV. Handfertigkeitsunterricht für Knaben.

18. Programm des schweizerischen Bildungskurses für Lehrer an Handfertigkeits- und Fortbildungsschulen in Bern. (Erlass der Erziehungsdirektion vom 31. Mai 1886.)

1. Der Unterrichtskurs dauert vom 19. Juli, Morgens 6 Uhr, bis 14. August, Mittags 12 Uhr.

2. Die Kursteilnehmer haben sich zur Eröffnung des Kurses den 18. Juli, Abends 6 Uhr, in der Turnhalle des Gymnasiums in Bern einzufinden.

3. Die allgemeine Tagesordnung ist folgende:

Montag	6—8, 9–12, 2–6	Handarbeit.	
Dienstag	6—8, 9—12, 2—4½	»	5—6 Vortrag.
Mittwoch	6—8, 9—12, 2—4½	»	5—6 Diskussion.

Donnerstag	6—8, 9—12, 2—4½	Handarbeit,	5—6 Vortrag.
Freitag	6—8, 9—12, 2—6	»	
Samstag	6—8, 9—12,	»	2—4 Probelektion.

4. Es wird Unterricht erteilt in: a) Arbeiten an der Hobelbank. b) Modelliren. c) Holzschnitzen. d) Papparbeiten. e) Drechseln.

5. Die Arbeiten an der Hobelbank und das Modelliren sind Hauptfächer, Papparbeiten, Holzschnitzen und Drechseln Nebenfächer; den erstern werden je 16 Arbeitstage, den letztern je 8 Arbeitstage eingeräumt. Jeder Kursteilnehmer hat ein Hauptfach und ein Nebenfach zu wählen und hievon dem Leiter des Kurses, Herrn S. Rudin, Klarastrasse 10 in Basel, bis zum 20. Juni Mitteilung zu machen.

6. Lehrern, welche noch keine Uebung in Handarbeiten haben und die sich speziell für den Handfertigkeitsunterricht ausbilden wollen, ist zu raten, sich für die Arbeiten an der Hobelbank und die Papparbeiten zu entschliessen. Diejenigen Herren, welche modelliren wollen, werden naturgemäss daneben das Holzschnitzen betreiben.

7. Sämtliche Kursteilnehmer sind verpflichtet, die Tagesordnung genau zu beobachten und ohne Erlaubnis des Kursleiters die Arbeitszeit nicht zu verkürzen. Es wird überhaupt von ihnen erwartet, dass sie sich den Anordnungen und Weisungen des Lehrerpersonals willig fügen und dadurch zum vollständigen Gelingen des Kurses beitragen.

8. Freunde des Handfertigkeitsunterrichtes, welche die Arbeitsräume während des Kurses besuchen wollen, haben sich an den Kursleiter zu wenden.

9. Die fertigen Arbeiten sind zum Zwecke einer Ausstellung, welche Samstag den 14. August von 8 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags dem Publikum geöffnet sein wird, sofort dem Kursleiter abzuliefern. Nachher werden sie gegen eine Entschädigung des Rohmaterials im Betrag von Fr. 10 Eigentum der Kursisten.

10. Das Honorar für den Kurs selbst beträgt Fr. 50, welche Summe in der ersten Woche entrichtet werden muss.

V. Sekundarschulen.

19. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Zürich an die Sekundar- und Bezirksschulpflegen betreffend die Erteilung von Stipendien an Sekundarschüler. (Vom 19. April 1886.)

Die Verabreichung von Staatsbeiträgen zu Stipendien für dürftige und würdige Sekundarschüler, welche durch regierungsrätlichen Beschluss vom 4. Februar 1864 angeordnet worden war, seit 1873 verbunden mit der Verpflichtung der Sekundarschulpflegen, auch ihrerseits aus der Schulkasse angemessene Beiträge an solche Unterstützungen zu verabfolgen, hat es bis zur Stunde vielen Eltern ermöglicht, ihren Kindern die Wohltat einer umfassenderen und gründlicheren Schulbildung und später einer bessern Lebensstellung zu verschaffen, als sie ohne diese Mithülfe aus öffentlichen Mitteln zu erreichen im Stande gewesen wären. Der betreffende Staatsbeitrag, welcher anfänglich nur ca. 3000 Fr. per Jahr betrug, ist bis im Jahr 1875 successive auf 10,000 Fr. erhöht worden. Durch Beschluss des Kantonsrates vom

15. Februar 1875 wurde dann dem Regierungsrat im weitern ein jährlicher Kredit von 5000 Fr. eröffnet zur Unterstützung almosengenössiger Kinder behufs Besuch der höhern Volksschulen, und es ist in Folge der dadurch ermöglichten Verabreichung von Einzelstipendien in Beträgen von 35—50 Fr. die Zahl der vom Armengut unterstützten Sekundarschüler in den letzten 10 Jahren von 96 auf 158 gestiegen, während die Gesamtschülerzahl gleichzeitig von 4000 auf 4500 angewachsen ist. Der Kantonsrat hat diese Art von Staatsbeitrag für eine so wichtige und nützliche erachtet, dass er auf den Antrag des Regierungsrates im Voranschlag für das Jahr 1886 den betreffenden Gesamtkredit für Stipendien an bedürftige, beziehungsweise almosengenössige Sekundarschüler auf 20,000 Fr. erhöhte, nicht sowohl in der Meinung, dass die Einzelstipendien allzuhoch bemessen werden, als vielmehr, um diese Woltat möglichst vielen jungen Leuten zu teil werden zu lassen. Da nun aber die Verabreichung dieser Stipendien von den Sekundarschulpflegen in sehr verschiedener Weise vollzogen zu werden scheint, einige dieser Behörden auch die Schulkassen nur in sehr unbedeutendem Masse zu dem bezeichneten Zwecke in Anspruch nehmen, erscheint es als geboten, teils früher erlassene Vorschriften wieder in Erinnerung zu bringen, teils überhaupt diejenigen allgemeinen Grundsätze aufzustellen, nach welchen die Verteilung der betreffenden Beiträge des Staates und der Sekundarschulkreise zu geschehen hat:

A. Stipendien an dürftige, aber nicht almosengenössige Sekundarschüler.

1. Es liegt den Sekundarschulpflegen ob, die alljährlichen Stipendien der Sekundarschulkassen mit Hinzunahme des Staatsbeitrages an dürftige aber nicht almosengenössige Schüler, welche sich durch Befähigung, Fleiss und gute Haltung einer Unterstützung würdig zeigen, zu verteilen, wobei ausserdem auch die Entfernung vom Schulort in billige Berücksichtigung zu fallen und für die aufeinanderfolgenden Klassen eine angemessene Steigerung der Beiträge einzutreten hat.

2. Die Zusicherung eines Stipendiums wird an die Bedingung geknüpft, dass der betreffende Schüler bis zum Schlusse des Schuljahres in der Schule verbleibe.

3. Da wo laut Beschluss der Sekundarschulkreisgemeinde die Lehrmittel und Schreibmaterialien unentgeltlich verabfolgt werden, sind dürftigen und würdigen Schülern angemessene Geldbeiträge zu erteilen.

4. Im alljährlichen Bericht an die Erziehungsdirektion über das Bedürfnis für das laufende Jahr, wofür jeweilen bei Beginn des Schuljahres ein Formular übermittelt wird, ist auch über die im abgelaufenen Jahr wirklich verteilten Stipendien unter namentlicher Aufführung der Schüler Aufschluss zu erteilen. Ebenso ist der Steuerfuss der Sekundarschulkreisgemeinde für das laufende Jahr anzugeben.

5. Zum Zwecke der Erteilung von Stipendien haben die Sekundarschulpflegen jeweilen im Jahresbüdget wenigstens $^1/_4$ des zuletzt erhaltenen Staatsbeitrages als Leistung der Schulkasse unter den Ausgaben vorzusehen.

6. Die einzelnen Stipendien, sowie der Staatsbeitrag sind in der Schulgutsrechnung besonders aufzuführen, wobei die betreffenden Quittungen als Belege dienen.

B. Stipendien an almosengenössige Sekundarschüler.

7. Der Staat verabreicht für jeden vom Armengut unterstützten würdigen Sekundarschüler zur Erleichterung des Schulbesuches ein jährliches Stipendium von je 40 Franken im ersten und zweiten und 50 Franken im dritten Schuljahr.

8. Diese Stipendien werden jeweilen gegen Ende Juli nach Eingang des betreffenden Berichtes der Sekundarschulpflege (siehe A. 4) der Sekundarschulverwaltung zugestellt. Die letztere macht sich zunächst für allfällig verabreichte Lehrmittel und Schreibmaterialien bezahlt und übermittelt den Ueberschuss der Armenpflege, welche denselben in geeigneter Weise für jeden einzelnen Schüler verwendet. Es darf aber dieser Ueberschuss nicht als Rückerstattung der Armenkasse zufallen, ebensowenig ist derselbe später von dem Unterstützten zurückzufordern (§ 20 des Armengesetzes). Wo eine Sekundarschulkreisgemeinde Lehrmittel oder Schreibmaterialien oder beides zugleich unentgeltlich verabreicht, darf sie von den Stipendien nichts in die Schulkasse fallen lassen.

9. Tritt ein Stipendiat im Laufe des Schuljahres aus, so ist das Stipendium an die Erziehungsdirektion zu Handen der Staatskasse zurückzustellen. Die Schulpflegen werden eingeladen, in geeignet scheinender Weise die Eltern und Vormünder, sowie die Schulpflegen und Armenpflegen auf die unter A. oder B. zu gewärtigende Unterstützung hinzuweisen und denselben zu empfehlen, tüchtige Knaben und Mädchen zum Besuche der Sekundarschule anzuhalten.

VI. Lehrerschaft an Primar- und Sekundarschulen.

a. Patentprüfungen.

20. 1. **Regulativ für die Prüfungen der Primar- und Reallehrer des Kantons St. Gallen.** (Vom Regierungsrat genehmigt am 10. November 1886.)

Der Erziehungsrat des Kantons St. Gallen, in Vollziehung der Art. 54 und 55 des Gesetzes über das Erziehungswesen vom 8. Mai 1862, betreffend die Prüfung der Bewerber um Lehrstellen an Primar- und Realschulen; in Revision des Prüfungsregulativs vom 17./20. Februar 1871, verordnet: was folgt:

A. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die ordentliche Wahlfähigkeitsprüfung für die Primar- und Reallehramtskandidaten wird alljährlich von der Studienkommission angeordnet und in der Regel in der zweiten Hälfte April vorgenommen. Ausserordentliche Prüfungen können in der Zwischenzeit auf gestellte Begehren veranstaltet werden und finden in der Regel auf Kosten der Examinanden statt. Tag und Ort der Prüfung werden von der Erziehungskanzlei wenigstens vier Wochen vorher im amtlichen Schulblatte ausgekündet. Die Prüfung der Primarlehrer, eventuell auch

der Reallehrer, ist eine zweimalige, indem eine erste zur Erlangung des provisorischen Patentes, eine andere nach zweijähriger Schulpraxis behufs definitiver Patentirung verlangt wird.

Art. 2. Jeder, der sich behufs definitiver Patentirung der Prüfung zu unterziehen wünscht, hat sich wenigstens 14 Tage vor derselben schriftlich bei der Erziehungskanzlei anzumelden und kurze Angaben über die Lebensverhältnisse und über die genossene Bildung, sowie ein Leumundszeugnis und Ausweis über praktischen Schuldienst während zweier Jahre beizufügen.

Art. 3. Die Abnahme der Wahlfähigkeitsprüfung kann von der Studienkommission verweigert werden auf Grund unbefriedigenden sittlichen Lebenswandels, auffallender körperlicher Gebrechen oder zweimaliger Rückweisung wegen ungenügenden Prüfungserfolges.

Art. 4. Die Studienkommission ernennt die Examinatoren und wohnt der Prüfung bei. Werden die Examinanden in mehrere Sektionen geteilt, so steht jede derselben unter Leitung eines Erziehungsratsmitgliedes. Der Präsident des Erziehungsrates setzt auf Vorschlag der Examinatoren das Programm der Prüfung fest und trifft überhaupt alle nötigen Anordnungen.

B. Besondere Bestimmungen.

I. Prüfung der Primarlehrer. Art. 5. Jede der beiden Prüfungen (Art. 1) zerfällt in eine theoretische und eine praktische und erstreckt sich über die in Artikel 6 und 7 ihr besonders zugewiesenen Gebiete. Die praktische Prüfung besteht in einer Probelektion mit Schülern der Musterschule oder einer andern mehrklassigen Primarschule und in Probeleistungen in den Kunstfächern. Die theoretische Prüfung erfolgt teils schriftlich, teils mündlich; die letztere wird öffentlich, die erstere unter Ausschluss der Oeffentlichkeit abgehalten. Die schriftliche Prüfung (Klausur) besteht in der Ausarbeitung eines deutschen Aufsatzes und in der Lösung von Aufgaben aus den verschiedenen wissenschaftlichen Fachgebieten. Die schriftlichen Arbeiten gelten zugleich als kalligraphische Probeleistung.

Art. 6. Bei der Prüfung für das provisorische Patent werden in den einzelnen Fächern folgende Kenntnisse und Fertigkeiten gefordert:

a) Religion. Biblische Geschichte des alten und neuen Testaments.

b) Pädagogik. Die physische und psychische Entwicklung des Menschen. — Seelenlehre. — Allgemeine Erziehungslehre.

c) Deutsche Sprache. Lesen und Erklärung respektive Reproduktion des Gelesenen. Grammatik, Poetik und Stilistik.

d) Mathematik. Algebra. Das Rechnen mit einfachen und zusammengesetzten, ganzen und gebrochenen, positiven und negativen Buchstabengrössen, Potenzen und Wurzeln, Logarithmen, Gleichungen des ersten und zweiten Grades. — Geometrie. Planimetrie, Stereometrie, die vier trigonometrischen Grundfunktionen.

e) Geschichte. Allgemeine und Schweizergeschichte bis zur franz. Revolution.

f) Geographie Allgemeine physikalische und politische Geographie der fünf Erdteile. — Vaterlandskunde (Schweizergeographie).

g) Naturkunde. Physik und Chemie. — Mineralogie.

h) Musik. Instrumentalmusik. Orgel- und Klavierspiel Richtiger Vortrag von vierstimmigen Choralsätzen mit Vor- und Nachspielen. — Musiktheorie Rhythmik, Melodik- und Akkordenlehre im Umfange des einfachen Schul- und Volksgesanges

Art. 7. Bei der Prüfung für das definitive Patent werden in den einzelnen Fächern folgende Kenntnisse und Fertigkeiten verlangt:

a) Religion. Die Hauptmomente der Kirchengeschichte.

b) Pädagogik. Geschichte der Pädagogik. — Allgemeine und spezielle Methodik.

c) Probelektion. Befähigung, eine mehrklassige Schule angemessen zu leiten und zu unterrichten.

d) Deutsche Sprache. Literaturkunde, hauptsächlich von Lessing an. — Aufsatz. (Rechtschreibung, Stil und inhaltliche Darstellung.)

e) Mathematik. Das bürgerliche Rechnen. Niedere Progressionen, Zinses- und Rentenrechnungen. — Einfache gewerbliche und landwirtschaftliche Buchführung. — Flächen- und Körperberechnungen. Trigonometrische Flächenberechnung (Feldmessen).

f) Geschichte. Vaterländische und allgemeine Geschichte der Neuzeit (von 1800 an).

g) Geographie. Mathematische Geographie. — Verfassungskunde.

h) Naturkunde. Botanik. Zoologie. Anthropologie.

i) Musik. Singen. Richtiger Vortrag eines Volksliedes, eventuell Vortrag desselben auf der Violine.

k) Zeichnen. Richtige Auffassung und Darstellung gegebener einfacher Natur- oder Kunstgegenstände im Umriss.

l) Schönschreiben. Deutliche, regelmässige und fliessende Darstellung der deutschen und englischen Kurrentschrift.

m) Turnen. Kenntnis und Fertigkeit in der Ausführung der im Volksschulunterrichte vorkommenden Frei-, Ordnungs- und Gerätübungen.

II. Prüfung der Reallehrer. Art. 8. Die Reallehramtskandidaten können ihre Wahlfähigkeitsprüfung für das definitive Patent entweder auf einmal oder in zwei Abteilungen ablegen. Im letztern Falle sind in die eine Hälfte der Prüfung alle sprachlich-historischen, in die andere alle mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer aufzunehmen. Die Examinanden können anch zu einer praktischen Prüfung bestehend in einer Probelektion angehalten werden.

Art. 9. Die schriftliche Prüfung (Klausur) besteht in der Ausarbeitung eines deutschen und eines französischen Aufsatzes und in der Lösung mathematischer und naturkundlicher Aufgaben. Sie findet analog den Bestimmungen des Art. 5 statt. Für die Ausarbeitung der beiden Aufsätze wird eine Frist von drei Stunden eingeräumt. Wird die Prüfung bloss in den mathematisch-naturhistorischen Fächern abgelegt, so hat der Kandidat einen Aufsatz aus dem Gebiete der letztern auszuarbeiten.

Art. 10. Bei der mündlichen Prüfung werden für die einzelnen Fächer folgende Kenntnisse und Fertigkeiten verlangt:

a) Pädagogik. Kenntnis des Menschen und seiner physischen und psychischen Entwicklung. Begriff der Erziehung; Zweck, Mittel und Methode derselben. Gesetze der leiblichen und geistigen Erziehung. Hauptmomente aus der Geschichte der Pädagogik. Begriff der Volksschule und Gliederung derselben. Aufgabe der Realschule und Mittel zur Lösung derselben.

b) Deutsche Sprache. Kenntnis der systematischen neuhochdeutschen Schulgrammatik; Wort- und Satzanalyse. Kenntnis der Dichtungsformen und Dichtungsgattungen. — Uebersichtliche Kenntnis der ganzen deutschen Literaturgeschichte; besondere Kenntnis der klassischen Periode des achtzehnten Jahrhunderts und der klassischen Dichtungen.

c) Französische Sprache. Genaue Kenntnis der französischen Grammatik, namentlich der Formenlehre und der wichtigern Regeln der Syntax. Geläufiges Lesen mit richtiger Aussprache. Fertigkeit im Ausdrucke, sowol im mündlichen Austausch

der Gedanken als in der schriftlichen Darlegung derselben. Fliessende Übersetzung ins Deutsche. — Kenntnis der Literaturgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts.

d) Geschichte. Kenntnis der Schweizergeschichte, kantonale und schweizerische Verfassungskunde. — Kenntnis der allgemeinen Geschichte in ihren Hauptmomenten.

e) Geographie. Spezielle Kenntnis der vaterländischen Geographie. — Kenntnis der Geographie der fünf Erdteile.

f) Mathematik. 1. Arithmetik und Algebra. Die Bruchlehre; die Mass-, Gewicht- und Münzsysteme; Verhältnisse und Proportionen; die Schlussrechnung, Proportionsrechnung, der Kettensatz; die bürgerlichen und die wichtigsten kaufmännischen Rechnungsarten. — Die sechs arithmetischen Operationen, die Teilbarkeit, der grösste Teiler und das kleinste Vielfache von Zahlen- und Buchstabenausdrücken. — Die Gleichungen des ersten und zweiten Grades mit einer und mehreren Unbekannten; die Gleichungen des dritten Grades mit einer Unbekannten; die unbestimmten Gleichungen des ersten Grades; numerische Auflösung von Gleichungen mittelst der Regula falsi. Die arithmetischen und geometrischen Progressionen und die figurirten Zahlen; die Kettenbrüche. Die Logarithmen und fertiges Rechnen mit denselben. Die Elemente der Kombinationslehre. Der binomische Lehrsatz.

2. Geometrie. Die Kongruenz, Aehnlichkeit, Gleichheit und Flächenausmessung der Drei-, Vier- und Vielecke. Die Transversalen. Die Lehre vom Kreis. — Die Lage gerader Linien und Ebenen im Raume; der Dreikant. Die Eigenschaften der eckigen (Prismen, Pyramiden, Obelisken und Prismatoide) und der runden (Zilinder, Kegel und Kugel) geometrischen Körper und ihre Berechnung. — Die goniometrischen Formeln und die ebene Trigonometrie. — Die Gerade als Linie des ersten Grades. Die Elipse, Parabel und Hyperbel als Linien des zweiten Grades. Darstellung ihrer wichtigsten Eigenschaften. — Bezeichnen von Punkten, Abstecken und Messen gerader Linien auf offenem Felde. Erklärung, Prüfung und Gebrauch der Kreuzscheibe und des Winkelspiegels, der Quadrattafel, der Kanalwage und eines einfachen Nivellirinstrumentes. Aufnahme einfacher Figuren und Anfertigung eines einfachen Planes.

3. Darstellende Geometrie und technisches Zeichnen. Bestimmung der rechtwinkligen Projektionen eines Punktes, einer Geraden und eines Kreises, sowie der Risse einer Ebene. Bestimmung der Lage eines Punktes und einer Ebene, sowie der Lage und Grösse einer Geraden aus ihren Projektionen und Rissen. Umklappen ebener Figuren. Bestimmung der gegenseitigen Entfernung von Punkten, Geraden und Ebenen, sowie der Durchschnittspunkte und Winkel zwischen den beiden letzten Grössen. Eigenschaften der Projektionen des rechten Winkels. Darstellung von geometrischen Körpern und ihrer Schnitte mit Ebenen und unter sich. — Bestimmung des eigenen und Schlagschattens einfacher Körper bei parallelen Lichtstrahlen. Die einfachsten Fälle parallel-perspektivischer Darstellung einfacher Körper. Fertigkeit im geometrischen und technischen Zeichnen und einige Übung im Tuschen und Koloriren.

g) Naturkunde. 1. Naturgeschichte. Somatologie. Kenntnis des Baues und der Funktionen des menschlichen Körpers. — Zoologie. Allgemeine Verhältnisse und systematische Einteilung der Tiere, mit besonderer Berücksichtigung der Wirbeltiere und der Insekten. — Botanik. Organographie; natürliches und künstliches System; die wichtigeren Familien der Blütenpflanzen sowie die allgemeinen Verhältnisse der Kryptogamen; Grundzüge des Pflanzenbaues. — Mineralogie. Grundzüge der Kristallographie; physikalische und chemische Eigenschaften; Kenntnis der wichtigsten und verbreitetsten Mineralien. — Besonderes Gewicht ist zu legen auf die Kenntnis der häufiger vorkommenden einheimischen Naturalien aller 3 Reiche, sowie auf die Fähigkeit, dieselben beschreiben und bestimmen zu können.

2. Physik und Chemie. Physik mit Einschluss der Meteorologie und die Elemente der Himmelskunde. Chemie: unorganischer Teil; die wichtigsten organischen Verbindungen. — Von den Kandidaten wird verlangt, dass sie die für die Realschule nötigen Apparate nicht bloss gründlich kennen, sondern auch mit denselben zu experimentiren im Stande sind.

h) Gesang. Gesangtheorie, Rhythmik, Melodik- und Akkordenlehre im Umfang des einfachen Schul- und Volksgesanges. — Richtiger Vortrag eines Volksliedes, eventuell Vortrag desselben auf der Violine.

i) Turnen. Die Kandidaten haben sich durch eine Probelektion mit Schülern der Realschulstufe sowohl über eine genügende technische Fertigkeit, als auch über die Fähigkeit in der Erteilung des Turnunterrichtes im Umfange des Pensums der Realschule auszuweisen.

Art. 11. In den Fächern der Kalligraphie und des Freihandzeichnens ordnet die Studienkommission entweder eine eigene Prüfung an oder entscheidet nach vorgelegten Proben, Ausweisen und Zeugnissen.

Art. 12. Auf ausgesprochenen Wunsch hin kann auch eine Prüfung in den Fächern der lateinischen, italienischen und englischen Sprache bewilligt werden.

Art. 13. Ausnahmsweise und in besondern Fällen kann eine Prüfung in einzelnen Realfächern abgelegt und zur Unterrichtserteilung in denselben ein Fachpatent erteilt werden.

III. Prüfung von Lehrerinnen und ältern Lehrern. Art. 14. Die Prüfung von Lehrerinnen für ein provisorisches oder definitives Patent findet in gleicher Weise wie diejenige der Lehramtskandidaten und Lehrer statt.

Art. 15. Wenn ältere Lehrer einer Prüfung unterstellt werden, so steht es im Ermessen der Studienkommission, die Anforderungen bezüglich der Kenntnisse und Fertigkeiten in den einzelnen Fächern angemessen zu reduziren.

IV. Festsetzung der Prüfungsergebnisse und Erteilung der Patente. Art. 16. Jedes Mitglied der Prüfungskommission und jeder Examinator erhält eine Tabelle, in deren Rubriken Name, Konfession, Alter, Wohn-, Bürger- und Bildungsort der Kandidaten, allfällige bisherige Anstellungen sowie die einzelnen Prüfungsfächer angegeben sind. In diese Tabelle werden die Prüfungsergebnisse mit ungebrochenen Ziffern eingetragen. Für die praktische Lehrbefähigung wird eine besondere Notenziffer erteilt, gestützt auf die eingelegten Zeugnisse des Kandidaten über seine praktische Wirksamkeit, eventuell auf das Ergebnis der Probelektion. Diese Notenziffer wird bei der Summation der Fachziffern vervierfacht. Die Ziffern haben folgende Bedeutung: 1 bedeutet sehr gut, 2 gut, 3 genügend, 4 gering, 5 sehr gering.

Art. 17. Nach Vollendung der Prüfung findet die gemeinsame Feststellung der Noten durch die betreffenden Mitglieder des Erziehungsrates und die Examinatoren statt, bei welcher letztere je für ihre Prüfungsfächer ebenfalls stimmberechtigt sind. Hierauf ermittelt die Studienkommission die Durchschnittsprädikate und formulirt ihre Anträge über die Wahlfähigkeitserteilung an den Erziehungsrat, bei dessen nächster Sitzung neben diesen Anträgen auch die Prüfungstabelle und die schriftlichen Arbeiten der Geprüften vorgelegt werden.

Art. 18. Für die Patenterteilung gelten folgende allgemeine Grundsätze:

1. Primar- und Reallehramtskandidaten, welche nicht wenigstens die volle Durchschnittsnote 3 („genügend“) erhalten, sind abzuweisen. — Primarlehrer müssen in den Fächern Pädagogik, Deutsch, Mathematik und Gesang mindestens die Note 3 erhalten haben. — Wenn

ein Examinand die nötige Durchschnittsnote zwar erlangt hat, aber in einem der genannten Fächer eine geringere Note als 3 aufweist, so hat er in diesem Fache im nächsten Jahre die Nachprüfung zu bestehen. — Auf angehörtes Gutachten der Studienkommission entscheidet der Erziehungsrat nach § 6 der Verordnung über provisorische Patentirung der Primar- und Reallehramtskandidaten vom 22. Dezember 1870, ob die Abweisung eine einmalige oder unbedingte sei.

2. Die Wahlfähigkeit wird bei solchen, welche das ganze Reallehrerexamen (höchstens mit Ausnahme der Kunstfächer) abgelegt haben, nur in dem Falle ausgesprochen, wenn sie wenigstens in den Fächern der deutschen Sprache und der Mathematik die zweite Note („gut") erhalten haben.

3. Wird das Reallehrerexamen nur für einen Teil der Fächer abgelegt, (Art. 8), so ist die zweite Durchschnittsnote („gut") für Erteilung der Lehrbewilligung erforderlich.

4. Der Mangel an musikalischen oder überhaupt künstlerischen Anlagen und Fertigkeiten soll keinen Grund zur Verweigerung des Reallehrerpatentes bilden.

5. Besteht ein Reallehramtskandidat die Prüfung noch in weitern als den obligatorischen Fächern (lateinische, italienische und englische Sprache), so sind dieselben im Patente besonders zu erwähnen.

Art. 19. Die Patente für Primarlehrer enthalten einfach das Durchschnittsprädikat der Prüfungsresultate; diejenigen für Reallehrer dagegen die Prädikate für jedes einzelne Fach, in dem die Prüfung bestanden worden ist. Die Wahlfähigkeitsurkunden erhalten die Unterschrift des Präsidenten und des Aktuars des Erziehungsrates.

Schluss- und Uebergangs-Bestimmungen. Art. 20. Vorstehendes Regulativ, durch welches dasjenige vom 17./20. Februar 1871 ersetzt wird, soll in die Gesetzessammlung aufgenommen, im amtlichen Schulblatt veröffentlicht, besonders gedruckt und den Seminaristen und an der Kantonsschule befindlichen Reallehramtskandidaten, sowie andern Examinanden gratis verabfolgt werden. Bei der Konkursprüfung für das definitive Primarlehrerpatent im April 1887, die noch auf Grund des Regulativs von 1871 stattfindet, soll dieses neue Regulativ angemessen berücksichtigt werden. Im übrigen tritt dasselbe sofort in Kraft.

Kanton BASELLAND.

21. 2. **Reglement für die Patentprüfungen der Primar-Lehrer und Lehrerinnen.** (Vom Regierungsrat genehmigt am 31. Dez. 1886.)

Der Regierungsrat, in der Absicht, über die durch § 20 des Schulgesetzes vom 6. April 1835 von allen Bewerbern um Schulstellen geforderte Prüfung eine feste Regel aufzustellen, beschliesst auf den Antrag der Erziehungsdirektion:

§ 1. Bewerber und Bewerberinnen um ein Fähigkeitszeugnis zur Bekleidung einer Lehrstelle an den Primarschulen des Kantons Basellandschaft haben sich einer Prüfung vor der vom Regierungsrate aufgestellten Prüfungskommission zu unterziehen.

§ 2. Die regelmässigen Prüfungen finden jährlich im Monat Mai statt; ausserordentliche Prüfungen kann die Erziehungsdirektion auf Antrag des Schulinspektorates anordnen.

§ 3. Es werden Fähigkeitszeugnisse ausgestellt zur Bekleidung von Lehrstellen a) an einer Unterschule (I.—III. Schuljahr) Zeugnis Nr. 1; b) an einer Ober- resp. Gesamtschule (I.—IX. Schuljahr) Zeugnis Nr. 2.

§ 4. Die Bewerber und Bewerberinnen haben sich bei der Erziehungsdirektion anzumelden und der Meldung beizulegen: Einen Geburts- und einen Leumundsschein, eine selbstverfasste Darstellung ihres Lebens- und Bildungsganges, Zeugnisse von den besuchten Schulanstalten und über allfällig geleistete Schuldienste.

§ 5. Die Erziehungsdirektion entscheidet auf Grund der eingereichten Ausweise der Bewerber resp. Bewerberinnen und nach eingeholtem Gutachten des Schulinspektorates über ihre Zulassung. In der Regel wird sie nur solchen Bewerbern gegenüber ausgesprochen, welche nach erfolgreichem Besuch sämtlicher drei Klassen einer Bezirksschule oder einer ähnlichen Anstalt einen vollständigen Seminarkurs durchgemacht und das 19. Altersjahr zurückgelegt haben.

§ 6. Die Fähigkeitsprüfung setzt eine gründliche allgemeine und eine tüchtige theoretisch-praktische Berufsbildung voraus. Sie umfasst folgende Gebiete: a) als Fächer erster Linie: 1. Pädagogik, 2. Deutsche Sprache, 3. Mathematik, 4. Naturkunde; b) als Fächer zweiter Linie: 5. Religion, 6. Französische Sprache, 7. Geschichte, 8. Geographie, 9. Musik, 10. Zeichnen, 11. Schreiben, 12. Turnen (nur für Lehrer).

§ 7. Die Prüfung zerfällt in eine theoretische und eine praktische; erstere wieder in eine schriftliche und eine mündliche. Die schriftliche besteht in der Abfassung eines Aufsatzes über ein gegebenes Thema, in der Beantwortung von Fragen aus der Pädagogik und Methodik und in der Lösung von arithmetischen und geometrischen Aufgaben.

§ 8. Die mündliche Prüfung erstreckt sich über sämtliche Fächer und zwar in folgendem Umfang:

1. *Pädagogik.* a) Psychologie: Bekanntschaft mit der Entwicklung der allgemein menschlichen Seelentätigkeiten des Empfindens, Fühlens, Erkennens und Wollens; b) Allgemeine Pädagogik: Kenntnis einerseits der Erziehungsaufgaben mit besonderer Rücksicht auf die intellektuelle und die praktische Erziehung, anderseits der Erziehungsmittel, insbesondere der Zucht und des Unterrichts in der Volksschule; c) Kenntnis der methodischen Behandlung der einzelnen Unterrichtszweige in der Volksschule mit besonderer Berücksichtigung der obligatorischen Lehrmittel, des Lehr- und Lektionsplans; d) Geschichte der Pädagogik seit der Reformation.

2. *Deutsche Sprache.* a) Fliessendes Lesen mit richtiger Aussprache und sinngemässer Betonung; b) Gewandtheit in zusammenhängender mündlicher Wiedergabe des Gelesenen, und Fähigkeit, dasselbe richtig zu erklären; c) Kenntnis der Wort- und der Satzlehre und Anwendung der Sprachgesetze auf die Richtigkeit des Ausdrucks; d) Kenntnis der Hauptformen der Prosa-Stilarten und der poetischen Darstellungen und des Wesentlichsten aus der neuhochdeutschen Verskunst; e) Kenntnis der Haupterscheinungen der neuhochdeutschen Literatur und insbesondere der klassischen Hauptwerke.

3. *Mathematik.* a) Arithmetik: Sicherheit und Gewandtheit im Rechnen mit ganzen Zahlen, gemeinen und Dezimalbrüchen; die bürgerlichen Rechnungsarten;

b) Algebra (nur für Lehrer): Die verschiedenen Operationen mit Buchstabenausdrücken; Ausziehen der Quadratwurzel; die geometrischen Proportionen; die Gleichungen des I. Grades mit einer Unbekannten; c) Geometrie: Die Elemente der Planimetrie und der Stereometrie. Gewandtheit in Lösung praktischer Aufgaben über Flächen- und Körperinhalte.

4. *Naturkunde.* a) Das Wesentliche aus der Naturbeschreibung. Zoologie, Botanik, Mineralogie und Geologie; b) die Grundlehren der Physik und der Chemie.

5. *Religion.* a) Biblische Geschichte; b) Bibelkunde; c) die Hauptmomente aus der Kirchengeschichte.

6. *Französische Sprache.* a) Richtiges und geläufiges Lesen; b) Fertigkeit im Übersetzen leichterer Lesestücke aus dem Französischen ins Deutsche und einzelner Sätze aus dem Deutschen ins Französische; c) Kenntnis der Formenlehre.

7. *Geschichte.* a) Genauere Kenntnis der Schweizergeschichte, insbesondere der neuern Zeit, unter Bezugnahme auf die Verfassungsentwicklung; Kenntnis der wichtigsten Begebenheiten und Personen der allgemeinen Geschichte.

8. *Geographie.* a) Allgemeine Kenntnis der physikalischen und politischen Geographie der fünf Erdteile; genauere Kenntnis des Schweizerlandes und Europa's; b) Kenntnis der mathematischen Geographie, soweit sich dieselbe auf gemeinfassliche Erscheinungen bezieht.

9. *Musik.* a) Vortrag eines leichtern Liedes; b) Kenntnis der Rhytmik, Melodik und Dynamik, der Akkorde, wichtigsten Akkordverbindungen und der verschiedenen Gesangssatzarten; c) Notirung einer leichten Melodie; d) Vortrag eines leichten Violin- oder Klavier- bezw. Orgelstückes.

10. *Zeichnen.* a) Richtige Auffassung und Darstellung gegebener einfacher Natur- oder Kunstgegenstände im Umriss; b) Vorweisung von selbst ausgeführten Zeichnungen; c) Ausführung von Zeichnungen an der Wandtafel; d) Kenntnis der Methodik des Zeichenunterrichts, besonders des Klassenunterrichts.

11. *Schreiben.* a) Ausführung einer Probeschrift an der Wandtafel; b) Vorweisung von selbst ausgeführten Schönschriften; Kenntnis der Methode des Schreibunterrichts, insbesondere des Taktschreibens.

12. *Turnen.* Kenntnis der Ordnungs-, Frei-, Stab- und Gerätübungen, sowie der Turnspiele der Volksschule nach Massgabe der eidg. Turnschule. Fertigkeit in der Ausführung und Leitung der Frei-, Stab- und Gerätübungen.

§ 9. Die praktische Prüfung besteht in einer Probelektion in einer entsprechenden Schulklasse. Das betreffende Thema ist den Bewerbern jeweilen Tags zuvor mitzutheilen. Bewerber, die sich bereits über erfolgreiche Schulführung ausgewiesen haben, können von der praktischen Prüfung dispensirt werden.

§ 10. Jeder Examinator bezeichnet die Ergebnisse der mündlichen und der schriftlichen Prüfungen und das Gesamtergebnis in seinem Fach mit den Noten 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = genügend und 4 = ungenügend. Zwischenstufen sind ausgeschlossen.

§ 11. Nach Schluss der Prüfung wird unter Beteiligung sämtlicher Examinatoren das Gesamtergebnis festgestellt und werden die Noten in eine Tabelle eingetragen.

§ 12. Ein Fähigkeitszeugnis für Bekleidung von Lehrstellen an Ober- und an Unterschulen erhält nur, wer in allen Fächern der ersten Linie und in fünf Fächern der zweiten Linie die Note 2 (= gut) erwirbt. Wer nicht wenigstens in 3 Fächern erster Linie und in 5 Fächern zweiter Linie eine bessere Note als 4 (= ungenügend) erwirbt, kann kein Fähigkeitszeugnis erhalten.

§ 13. Erhalten Bewerber oder Bewerberinnen in einzelnen Fächern eine vom Empfang eines Fähigkeitszeugnisses erster oder zweiter Klasse ausschliessende Note, so können sie sich einer zweiten Prüfung in die-

sen Fächern unterziehen. Dieselbe findet bei der nächsten regelmässigen Prüfung statt. — Zu mehr als einer Nachprüfung wird kein Bewerber zugelassen.

§ 14. Nach vollendeter Verhandlung übermittelt die Prüfungskommission die Prüfungstabelle mit ihren Anträgen der Erziehungsdirektion.

§ 15. Bewerber oder Bewerberinnen, welche die Prüfung mit Erfolg bestanden haben, erhalten ein von der Erziehungsdirektion ausgestelltes Fähigkeitszeugnis für die Bekleidung einer Lehrstelle auf der Primarschulstufe.

§ 16. Die Prüfungsgebühr beträgt Fr. 10 und muss vor der Prüfung bei der Staatskasse erlegt werden. Bewerber oder Bewerberinnen, welche die Prüfung das erste Mal nicht bestanden haben, zahlen bei der Wiederholung derselben die halbe Gebühr.

§ 17. Dieses Reglement tritt mit dem 1. Januar 1887 in Kraft.

---

b. Unterstützungs- und Pensionskassen.

22. Statuten der Unterstützungskasse für die Volksschullehrer des Kantons St. Gallen. (Erlass des Erziehungsrates vom 21. Oktober 1886, vom Regierungsrat genehmigt am 25. Oktober 1886.)

Der Erziehungsrat des Kantons St. Gallen, in Vollziehung des Art. 68 des Gesetzes über das Erziehungswesen vom 8. Mai 1862, des Art. 2 des Gesetzes über Festsetzung der Primarlehrergehalte vom 15. Januar 1877, sowie in Revision der Statuten der Unterstützungskasse für die Volksschullehrer des Kantons St. Gallen vom 31. Jan./2. Febr. 1884, in der Absicht, die ökonomische Stellung der Lehrer der Volksschule besser zu gestalten, verordnet:

1. Zweck und Bestand des Unterstützungsverbandes. Art. 1. Der Staat unterhält eine Unterstützungskasse für die Lehrer der St. Gallischen Volksschule, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen oder Altersschwäche dienst- und in höherm oder geringerm Grade erwerbsunfähig geworden sind, sowie für die hinterlassenen Witwen und Waisen verstorbener Lehrer.

Art. 2. Anteilhaber an dieser Kasse sind: a) sämtliche definitiv patentirte und an öffentlichen, von Schulgemeinden gehaltenen Primarschulen des Kantons gesetzlich angestellte Lehrer; b) die provisorisch patentirten, in gleicher Weise angestellten Primarlehramts-Kandidaten, welche im kantonalen Lehrerseminar gebildet worden sind (§ 4 der Verordnung vom 23. Dezember 1870); c) sämtliche definitiv patentirte, an öffentlichen Realschulen des Kantons gesetzlich angestellte Reallehrer weltlichen Standes; d) die an der St. Gallischen Kantonsschule gebildeten, provisorisch patentirten, im Kanton angestellten Reallehramtskandidaten; e) die Lehrer des Lehrerseminars und an der Musterschule in Mariaberg, der Lehrer an der kantonalen Strafanstalt, der Vorstand der Taubstummenanstalt in St. Gallen, die Vorsteher der Rettungsanstalten, welche unter staatliche Aufsicht gestellt sind, und die patentirten, als Lehrer wirkenden Vorsteher von Gemeindewaisenanstalten.

Art. 3. In gleicher Weise wie die genannten Lehrer sind auch definitiv patentirte und öffentlich angestellte, nicht verehelichte Lehrerinnen weltlichen Standes Anteilhaber.

Art. 4. Die Anteilsberechtigung und damit auch jeder Anspruch an die Unterstützungskasse erlischt: a) infolge von Patententzug, Patenteinstellung oder Versetzung unter die Verweser durch den Erziehungsrat; b) infolge von Austritt aus dem öffentlichen kantonalen Schuldienst; c) infolge von Verlust der bürgerlichen Ehre wegen Vergehen oder Verbrechen nach eingetretener Pensionirung. Lehrern, welche ohne eigenes Verschulden ihre Stelle verlieren, ist eine Notfrist von zwei Jahren eingeräumt, während welcher sie die Personalbeiträge in die Kasse fortzuentrichten haben und als Anteilhaber derselben betrachtet werden. Finden sie innerhalb dieser Frist keine Lehrstelle im Kanton, so erstattet ihnen die Kasse ihre während derselben geleisteten Beiträge zurück. Ausnahmsweise kann die Erziehungskommission die Notfrist bis auf drei Jahre erstrecken.

2. Bildung der Unterstützungskasse. Art. 5. Der bleibende, unantastbare Fond der Unterstützungskasse wird gebildet: a) aus dem Fond der bestehenden gemeinsamen Pensionskasse; b) aus dem Fond der frühern katholischen Pensionskasse; c) aus dem extradirten Fondanteil der evangelischen kantonalen Lehrer-Wittwen- und Waisenkasse; alles nach Massgabe der früher aufgestellten Anordnungen und Vereinbarungen. Dieser Fond darf seinem Zwecke nie entfremdet und weder geschmälert noch aufgehoben werden.

Art. 6. Die Einnahmen der Unterstützungskasse bestehen aus: a) den Jahreszinsen der Fonds, soweit solche verfügbar sind; b) den Jahresbeiträgen der Anteilberechtigten mit je Fr. 20; c) den jährlichen Beiträgen des Staates mit Fr. 20 für jeden Anteilberechtigten; d) den jährlichen Beiträgen der Schulgemeinden, resp. Realschulkorporationen und Waisenanstalten mit Fr. 50 für jede Lehrerstelle; e) den in den Statuten vorgesehenen Eintrittsgeldern und Nachzahlungen; f) den rückfälligen Seminarstipendien; g) allfälligen freiwilligen Geschenken. Wo die Realschulkorporationen und die in Art. 2, lit. e bezeichneten Anstalten die Leistung der Fr. 50 nicht übernehmen, sind diese vom betreffenden Lehrer selbst zu leisten.

Art. 7. Die Schulgemeinden und Korporationen haben den pflichtigen Gemeindebeitrag an die Unterstützungskasse durch ihre Pfleger zu entrichten, abgesehen davon, ob im betreffenden Zeitpunkt die Lehrstellen definitiv oder provisorisch besetzt oder vakant sind. Besetzungen von Lehrstellen mit geistlichen Lehrerinnen sind als provisorische zu betrachten.

Art. 8. Die Einlagen des Staates erfolgen in halbjährlichen Raten, je im Februar und August für das angetretene Semester. Auf den gleichen Zeitpunkt leisten auch die Schulpflegschaften an die Bezirksammänner zu Handen der Kantonsbuchhaltung den halben Gemeindebeitrag, sowie den halben Jahresbeitrag für die beitragspflichtigen Lehrer, unter Vorbehalt allfälliger entsprechender Verrechnung bei Entrichtung der Gehalte an die letzteren. Ist im betreffenden Zeit-

punkt die Schule nicht mit einem beitragspflichtigen Lehrer besetzt, so ist einzig der bezügliche Gemeindebeitrag zu leisten.

Art. 9. Mit dem Eintritt in den Pensionsgenuss, sowie mit der Zurücklegung von vierzig Dienstjahren hört für den Betreffenden die Verpflichtung zur Leistung des persönlichen Jahresbeitrages von Fr. 20 auf.

Art. 10. Von auswärts kommende Lehrer, welche in den öffentlichen kantonalen Schuldienst eintreten, haben bei Anlass der definitiven Patentirung bis zum Antritt des 30. Altersjahres ein Eintrittsgeld von Fr. 100 und bis zum erfüllten 45. Jahre ein solches von Fr. 160 zu entrichten. In einem höhern Alter können solche Personen in den Unterstützungsverband nicht mehr aufgenommen werden. Lehrer, welche früher im hiesigen Kanton gesetzlich angestellt waren und sodann den kantonalen Schuldienst für kürzere oder längere Zeit verlassen haben, sind pflichtig, beim Wiedereintritt in denselben, resp. bei der Erneuerung des definitiven Patentes, die verfallenen Jahresbeiträge zur Hälfte (mit je Fr. 10) nachzubezahlen, ebenso die jetzt eintretenden Seminarlehrer, der Vorstand der Taubstummenanstalt St. Gallen und die Vorsteher der Rettungsanstalten. Nach dem vollendeten fünfzigsten Altersjahre findet eine Aufnahme in den Unterstützungsverband nicht mehr statt.

3. Leistungen der Unterstützungskasse. Art. 11. Die Unterstützungskasse leistet an die Anteilhaber folgende jährliche Pensionen: a) eine volle Pension von Fr. 600. — an solche Lehrer, welche nach wenigstens zehnjährigem kantonalen Schuldienst wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen bleibend dienst- und erwerbsunfähig geworden oder nach erfülltem vierzigjährigen Schuldienste auf ihr Verlangen in den Ruhestand versetzt worden sind. Schmälert das Gebrechen, das die Unfähigkeit für den Schuldienst bedingt, im übrigen die volle Erwerbsfähigkeit des Betreffenden in einem andern Wirkungskreise nicht, so ist keine Pension zu leisten, insofern und solange derselbe nachweislich so viel erwirbt, als sein zuletzt bezogener Jahresgehalt betragen hat. Ebenso erlischt die Pension im Falle der Wiederherstellung und Wiederbefähigung zum Schuldienst; b) eine teilweise Pension im Umfang von Fr. 200. — bis Fr. 500. — wird an solche Lehrer geleistet, welche vor erfülltem zehnjährigen Schuldienst bleibend dienstunfähig geworden sind, sowie an solche, deren Erwerbsfähigkeit in geringerm oder höherm Grade beschränkt ist, je nach dem Masse dieser Beschränkung; c) eine Pension von Fr. 200. — an ein einzelnes hinterlassenes Kind eines berechtigten Lehrers; eine Pension von Fr. 250. — an eine hinterlassene Witwe ohne pensionsberechtigte Kinder; eine Pension von Fr. 400. — an die hinterlassene Witwe eines berechtigten Lehrers mit einem oder zwei pensionsberechtigten Kindern; ebenso an zwei oder drei elternlose Waisen; eine Pension von Fr. 500. — an eine Witwe mit drei oder mehr pensionsberechtigten Kindern; ebenso an vier oder mehr elternlose Waisen. Auf die Pensionen c haben die Hinterlassenen sowohl eines im Schuldienst als auch eines im Pensionsgenuss verstorbenen Anteilberechtigten Anspruch. Die früher ausgesetzten Pensionen dieser Kategorie sind vom 1. Januar 1884 auf obige

Ansätze erhöht. Die Angehörigen eines Lehrers, dem nach Art. 4 lit. c die Pension entzogen wird, sind, insofern sie diesfalls keine Schuld trifft, wie die Hinterlassenen eines verstorbenen Lehrers zu behandeln. Gerichtlich geschiedene Ehefrauen, sowie Stiefkinder von Lehrern besitzen keine Nutzniessungsberechtigung.

Art. 12. Von den unter Art. 11 lit. c erwähnten Pensionsbetreffnissen fallen zu: a) der Mutter eines einzelnen pensionirten Kindes Fr. 250 und dem Kinde Fr. 150; b) der Mutter mehrerer pensionirten Kinder die eine Hälfte, den Kindern zu gleichen Teilen die andere Hälfte.

Art. 13. Der Unterstützungsgenuss beginnt für alle Bezugsberechtigten mit dem Anfange des nächsten Kalenderquartals (Januar, April, Juli, Oktober), nachdem die Unterstützungsberechtigung von der Erziehungsbehörde anerkannt worden ist. Die Ausbezahlung erfolgt je für das verflossene Halbjahr im Juli und Januar durch das betreffende Bezirksamt (an Auswärtige direkt), beim Todesfall eines Pensionärs ebenfalls auf diesen Termin, und wird pro rata berechnet.

Art. 14. Im Falle der Wiederverehelichung bezieht eine nutzniessungsberechtigte Witwe ihren Pensionsanteil für das Semester, in welchem die Verehelichung stattfindet, zum letztenmal.

Art. 15. Die hinterlassenen eigenen Kinder eines Lehrers beziehen die Pension bis zum zurückgelegten sechszehnten Altersjahr, und zwar in dem Semester, in dem sie dieses Jahr erreichen, zum letztenmal. Ihr Betreffnis ist dem zuständigen Waisenamte zuzustellen, von demselben in der Regel zinstragend anzulegen und zur Erlernung eines Berufes für das Kind zu verwenden.

Art. 16. Die Anmeldung zum Eintritt in den Pensionsgenuss ist von dem betreffenden Lehrer unter Beibringung einer Erklärung des eventuellen Austrittes aus dem Schuldienst zu Handen der Erziehungsbehörde, eines Ausweises über die Dauer des geleisteten Schuldienstes und eines verschlossenen bezirksärztlichen Invaliditäts-Zeugnisses zunächst an den zuständigen Bezirhsschulrats-Präsidenten zu richten, welcher sie mit seinem Gutachten dem Erziehungsdepartement einbegleitet. Die Erziehungskommission prüft die Verhältnisse, ordnet nach Ermessen weitere Untersuchungen an und entscheidet über Anerkennung oder Abweisung des Gesuches. Gegen ihren Entscheid steht der Rekurs an den Regierungsrat offen. Für die Erhebung der Pension ist jeweilen in der zweiten Hälfte Juni und Dezember die Einsendung eines legalisirten Lebensscheines an die Erziehungskanzlei erforderlich, eventuell zur Berechnung von Ratabetreffnissen für verstorbene Pensionäre ein Todesschein.

Art. 17. Witwen und Waisen von berechtigten Lehrern haben zur Geltendmachung ihres Pensionsanspruches einen Todesschein des Betreffenden und einen Familienschein, beide vom zuständigen Zivilstandsbeamten ausgestellt und amtlich legalisirt, an das Erziehungsdepartement einzusenden.

Art. 18. Sollte der Fall eintreten, dass in einem Jahre die Zahl der Pensionsgesuche von Lehrern diejenige Ziffer, welche der Organi-

sation der Unterstützungskasse zu Grunde liegt, in einer die Entwicklung derselben gefährdenden Weise übersteigen würde, so sind diejenigen Gesuche, welche sich zunächst auf Alter, tüchtige Leistungen und Dienstzeit stützen, in erster Linie zu berücksichtigen, die übrigen begründeten Gesuche aber soweit als möglich mit Prioritätsrecht auf das folgende Rechnungsjahr zurückzustellen. Pensionsgesuche für Witwen und Waisen dagegen dürfen nicht zurückgestellt werden.

4. Verwaltung der Unterstützungskasse. Art. 19. Die Verwaltung der Unterstützungskasse wird unter Aufsicht des Erziehungs- und Finanzdepartements nach Weisung des letzteren durch die Kantonsbuchhaltung separat geführt.

Art. 20. Auf Ende Juni und Dezember erlässt das Erziehungsdepartement an die Kantonsbuchhaltung die erforderlichen Anweisungen zur Ausrichtung der verfallenen Pensionen, und auf Anfang Februar und August an die Bezirksämter die Bezugsmandate über Einhebung der Lehrer- und Gemeindebeiträge, sowie der Nachzahlungen und Eintrittsgelder.

Art. 21. Wie der bleibende Fond der Unterstützungskasse, so sollen auch die jährlichen Rechnungsüberschüsse unter Garantie des Staates jeweilen baldmöglichst zinstragend angelegt werden.

Art. 22. Der Rechnungsabschluss findet je auf Ende Dezember statt. Die Jahresrechnung ist spätestens im Laufe des folgenden Februar dem Erziehungsdepartement zu bestellen, welches dieselbe prüft, sodann zweien von der Kantonallehrerkonferenz zu diesem Behufe bezeichneten Lehrern vorlegt und nach erfolgter Gutheissung im amtlichen Schulblatt veröffentlicht.

Art. 23. Sobald das Bedürfnis eintritt, längstens aber je nach zehn Jahren, hat die Erziehungsbehörde auf Grund der bisherigen Entwicklung der Kasse zu prüfen, ob und in welcher Richtung die Statuten zu revidiren, resp. Abänderungen in der Organisation zu treffen seien. Dabei darf aber weder dem angesammelten Kapital der Unterstützungskasse eine Verwendung für einen andern als den in Art. 1 dieser Statuten bezeichneten Zweck gegeben, noch sollen die Pensionen unter die in Art. 11 festgestellten Beträge angesetzt werden. Bei solchen Revisionen steht der Lehrerschaft das Recht zu, ihre Wünsche und Anträge in geeigneter Weise geltend zu machen.

Art. 24. Vorstehende Statuten, welche in die Gesetzessammlung aufzunehmen sind, ersetzen diejenigen vom 31. Januar/2.Februar 1884 und treten mit dem 1. Januar 1887 in Kraft.

Anhang.

Art. 1. Für den Fond der ehemaligen *katholischen Pensionskasse,* welcher am 1. Januar 1878 ebenfalls in die Verwaltung des Staates übergegangen ist und als Separatfond behandelt wird, bis und so lange die auf ihm ruhenden Ansprüche der gegenwärtigen Pensionsgenössigen erloschen sind, gelten folgende näheren Bestimmungen:

a) Die Zinsen des Fondes werden, zu 4½ % des Kapitales berechnet, so lange es erforderlich ist, in ihrem vollen Betrage, soweit sie reichen, zur Befriedigung der Ansprüche der Pensionäre erster Klasse nach Massgabe der »Statuten für den Pensionskassa-Verein der katholischen Primarlehrer« verwendet. — Der katholische

Administrationsrat ist ersucht, in Vollziehung des Beschlusses des katholischen Kollegiums vom 1. Juli 1873, die Betreffnisse der gegenwärtigen Pensionäre, entsprechend dem zehnjährigen Durchschnitte derselben, so weit zu ergänzen, dass einem dienstunfähigen Lehrer und einer Witwe mit einem oder mehreren Kindern je Fr. 60. —, einer Witwe ohne Kinder oder einer oder mehreren Waisen zusammen je Fr. 40. — verabreicht werden können. Diese Ergänzung des Zinsenertrags des katholischen Pensionsfondes durch den Administrationsrat hört auf, sobald der Fond ausreicht, obige Pensionsansätze selbst zu leisten;

b) die Pensionäre zweiter Klasse sind mit dem 1. Januar 1878 in den Verband der »Unterstützungskasse der Volksschullehrer des Kantons St. Gallen« in gleichen Rechten und Pflichten wie die übrigen berechtigten Lehrer übergetreten und haben an die katholische Pensionskasse keine weiteren Beiträge mehr zu leisten;

b) die Rechnungsüberschüsse, die sich bei der allmäligen Verminderung der Pensionsansprüche ergeben werden, fliessen der allgemeinen Unterstützungskasse zu, und nach dem vollständigen Erlöschen dieser Ansprüche geht der Fond selbst an den bleibenden Fond dieser Kasse als integrirender Bestandteil über.

Art. 2. Aus dem Fond der *„Witwen-, Waisen- und Alterskasse der evangelischen Schullehrer des Kantons St. Gallen"* ist, entsprechend dem Betrage der vom evangelischen und vom kantonalen Erziehungsrate geleisteten Einlagen, eine Quote von Fr. 16,300 ausgeschieden und von der Zentralverwaltung dieser Kasse am 1. Juli 1878 der Kantonsbuchhaltung übergeben worden, welche diese Quote ebenfalls vorläufig in separate Verwaltung nimmt, bis und so lange die auf ihr ruhenden Ansprüche nach Massgabe des betreffenden Vertrages vom 16. November 1877 erloschen sind.

---

23. 1. **Arrêté du conseil d'Etat du Canton de Fribourg concernant le stage des instituteurs.** (Du 25 janvier 1886.)

Le Conseil d'Etat du Canton de Fribourg vu les art. 74, 75 et 76 de la loi du 17 mai 1884 sur l'instruction primaire; considérant qu'il est utile de fournir aux aspirants aux fonctions d'instituteur l'occasion de se former par la pratique à la carrière de l'enseignement; sur la proposition de la Direction de l'Instruction publique, arrête:

Article premier. Pour se présenter à l'examen prescrit pour l'obtention du brevet, le candidat doit justifier de quatre années d'études préparatoires après sa sortie de l'école primaire. (art. 74 de la loi.)

Art. 2. L'aspirant-instituteur peut passer la première des quatre années prévues à l'art. précédent dans une école régionale ou secondaire, ou à l'école normale ou dans un gymnase. Il fait nécessairement la deuxième et la troisième année d'études à l'école normale d'Hauterive ou dans une autre école normale ayant un programme équivalent. La quatrième année est consacrée à un stage régulier dans une école-modèle du canton. Il est même loisible à l'aspirant-instituteur de prolonger ce stage d'une année s'il le trouve utile, mais pas au delà.

Art. 3. L'examen théorique des aspirants-instituteurs prévu par l'art. 75 de la loi et par le règlement spécial du 28 février 1879, peut être subi à l'expiration de la troisième année d'études, et l'admission au stage peut être prononcée, si cet examen est subi avec des succès indiqués aux art. 34 et 35 ou 36 du prédit règlement. Il est à cet effet délivré à l'aspirant un certificat provisoire de capacité.

Art. 4. En possession de ce certificat, le candidat devenu élève-instituteur peut être placé comme stagiaire dans une école-modèle. Il

y demeure sous la direction et la responsabilité de l'instituteur-modèle tant en classe qu'en dehors. Le candidat qui a échoué à son examen théorique ne peut se présenter à un nouvel examen, qu'après avoir fréquenté encore une année le cours supérieur de l'école normale.

Art. 5. L'élève-instituteur reçoit pendant son stage un traitement de la caisse de l'Etat de 50 fr. par mois d'enseignement effectif. Il est tenu de faire chaque semaine un travail relatif à la langue maternelle.

Art. 6. Dans chaque arrondissement scolaire il y a une ou plusieurs écoles-modèles désignées par la Direction de l'Instruction publique sur le préavis de l'Inspecteur. Ces écoles sont choisies parmi les meilleures écoles primaires et autant que possible parmi celles qui réunissent les trois divisions de l'école. L'instituteur-modèle doit être porteur d'un brevet définitif et au bénéfice d'une nomination définitive. Il reçoit de l'Etat une prime de 50 fr. par année scolaire, pour autant qu'il a un stagiaire sous sa direction.

Art. 7. L'instituteur-modèle surveille et dirige l'aide-instituteur dans son enseignement, dans ses études, dans sa conduite, et dans ses rapports avec les autorités et le public. A la fin de l'année de stage, l'instituteur-modèle et l'Inspecteur de l'arrondissement scolaire délivrent à l'élève-instituteur une note de devoirs et une note de pédagogie pratique; ils certifient en outre que le stage a eu lieu dans l'école désignée, d'une manière consécutive et ininterrompue pendant toute l'année scolaire.

Art. 8. A l'expiration du stage, l'élève-instituteur subit un examen spécial sur la pédagogie pratique et sur la langue maternelle (programme d'examen II. C et D et VIII lit. F). Les notes délivrées par l'instituteur-modèle sont requises et soumises à l'appréciation du Jury d'examen qui peut en tenir compte dans l'appréciation des épreuves.

Art. 9. Les notes de l'examen théorique subi au sortir de l'école normale et les notes de l'examen subi après l'année de stage servent à déterminer le brevet d'instituteur prévu à l'art. 76 premier alinéa de la loi du 17 mai 1884.

Art. 10. Les années de stage ne sont pas comptées comme années d'enseignement effectif.

Art. 11. Le présent arrêté, qui entre en vigueur à partir du 1er janvier 1886, sera publié par insertion dans la Feuille officielle et au Bulletin des lois.

---

24. 2. **Règlement d'exécution concernant le stage des instituteurs.** (Arrêté de la Direction de l'Instruction publique du Canton de Fribourg du 11 septembre 1886.)

La Direction de l'Instruction publique du Canton de Fribourg vu les art. 4, 5, 6 et 7 de l'arrêté du Conseil d'Etat du 2 janvier 1886 sur le stage des instituteurs; voulant préciser les rapports et les devoirs de l'instituteur-modèle et de l'élève-instituteur, arrête:

Article premier. Dans la règle, le candidat à l'enseignement n'est pas admis à faire son stage dans la commune d'origine, ou dans la localité où demeurent ses parents. Le Conseil d'Etat connait des exceptions.

Art. 2. L'élève-instituteur est placé sous la direction, la surveillance et la responsabilité de l'instituteur-modèle tant en classe qu'au dehors.

Art. 3. Il se montre constamment respectueux envers son chef hiérarchique, docile aux directions qu'il en reçoit, animé de bonne volonté pour le seconder dans sa tâche et se former à la pratique de l'enseignement.

Art. 4. Il assiste régulièrement aux offices de la paroisse. Il doit se distinguer par sa modestie, sa bonne conduite et son zèle dans l'accomplissement de tous ses devoirs religieux.

Art. 5. L'instituteur-modèle et le stagiaire doivent l'un et l'autre assister à chaque classe du commencement jusqu'à la fin.

Art. 6. Le stagiaire est appelé à donner des leçons aux élèves de toutes les portées. Il dirige pendant une semaine entière et alternativement chacune des trois divisions de l'école. Tous les quinze jours le maître lui confie pendant une journée la tenue de toute l'école.

Art. 7. L'instituteur-modèle s'assure que le stagiaire prépare consciencieusement ses leçons; il surveille son enseignement et lui donne les directions nécessaires.

Art. 8. Le stagiaire doit chaque semaine exécuter un travail relatif à la langue maternelle. Les sujets à traiter sont désignés par le maître; ils seront pratiques et variés, tels que descriptions, narrations, correspondances, analyses littéraires, travaux ayant trait à la pédagogie et aux sciences. Ces compositions après avoir été corrigées par l'instituteur modèle sont relevées dans un cahier spécial, lequel est transmis à la fin du mois à l'inspecteur scolaire de l'arrondissement.

Art. 9. L'instituteur-modèle ne peut employer le stagiaire à d'autres occupations qu'à celles de l'école. En dehors des heures de classe, celui-ci ne peut être chargé que de la correction des devoirs faits par des élèves du cours qu'il dirige pendant la semaine.

Art. 10. Si le maître est organiste et que son élève ait fait les études de musiques préalables, il le forme graduellement à l'accompagnement du chant d'église et le charge de jouer de l'orgue un dimanche par mois.

Art. 11. Si l'instituteur-modèle n'est pas content du travail, de la docilité ou de la conduite du stagiaire, il fait rapport à l'Inspecteur d'arrondissement. Celui-ci entend l'inculpé et en réfère à la Direction de l'Instruction publique. Selon des circonstances le stagiaire peut être astreint à une deuxième année de stage ou exclu de l'examen définitif pour l'obtention d'un brevet, sous bénéfice de recours au Conseil d'Etat.

VIII. Gewerbliche, landwirtschaftliche und tierärztliche Berufsschulen und Kurse.

a) Gesetze.

25. Gesetz betreffend die Errichtung einer allgemeinen Gewerbeschule in Basel. (Vom 20. Dezember 1886.)

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, in der Absicht, durch die Pflege des gewerblichen Bildungswesens auf eine den gesteigerten Anforderungen der Zeit entsprechende Weise zur Hebung und Förderung des Handwerks und der Kunstgewerbe nach Kräften beizutragen, beschliesst:

1. Allgemeines. § 1. Der Staat errichtet unter dem Namen „Allgemeine Gewerbeschule Basel" eine Unterrichtsanstalt für allgemeine gewerbliche Vorbildung und fachliche Ausbildung.

§ 2. Die allgemeine Gewerbeschule ist dem Erziehungsrat unterstellt. Zur Leitung der Anstalt wird eine Kommission, bestehend aus einem Präsidenten und acht Mitgliedern, aufgestellt, welche vom Regierungsrat auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt wird. Dieselbe hat dem Erziehungsrat alljährlich den Voranschlag der Ein-

nahmen und Ausgaben einzugeben, über den Gang der Anstalt Bericht zu erstatten und die Schulrechnung zur Genehmigung vorzulegen.

§ 3. Die jährlichen Ausgaben der Schule werden von dem Staate bestritten, soweit sie nicht durch den Beitrag des Bundes, durch die freiwilligen Beiträge von Zünften, Gesellschaften, Vereinen und Privaten, und durch das Schulgeld gedeckt werden.

§ 4. Die Aufgabe der allgemeinen Gewerbeschule besteht darin, den Gewerbetreibenden diejenige für ihren Beruf notwendige Ausbildung zu geben, welche in der Werkstatt nicht erlangt werden kann. Die Schule bezweckt einerseits die allgemeine und fachliche Fortbildung der Angehörigen aller Gewerbe, andrerseits die theoretische und künstlerische Heranbildung von tüchtigen Arbeitskräften für die Bedürfnisse derjenigen Kunstgewerbe, für welche die Bedingungen einer gedeihlichen Entwicklung auf hiesigem Platze vorhanden oder leicht zu gewinnen sind. Daneben soll in besonderen Abteilungen (Kunstklassen) für Nichtgewerbetreibende beider Geschlechter Unterricht im Zeichnen, Malen etc. erteilt und hiedurch der Sinn für die Kunst bei der Bevölkerung gefördert werden.

2. Einrichtung der Schule. § 5. Die allgemeine Gewerbeschule zerfällt in eine untere Abteilung für allgemeine gewerbliche Vorbildung und eine obere Abteilung für fachliche Ausbildung; einen Teil der letztern bilden die Kunstklassen.

§ 6. Der Unterricht wird in halbjährlichen Kursen erteilt und findet an den Werktagen in Tages- und Abendstunden, sowie am Sonntag statt; die Aufnahme der Schüler erfolgt in der Regel am Anfange jedes Semesters.

§ 7. Für Schüler, welche einem Gewerbe angehören und ihre Lehrzeit noch nicht beendigt haben, soll die wöchentliche Stundenzahl in der Regel mindestens acht Stunden im Sommer und zehn Stunden im Winter, den Sonntag nicht gerechnet, betragen.

§ 8. Bei der Aufnahme in die untere Abteilung wird verlangt, dass der Schüler das 14. Altersjahr zurückgelegt und eine ordentliche Volksschulbildung erlangt habe. Für Schüler, welche die geforderten Vorkenntnisse nicht in vollem Masse besitzen, können Vorbereitungskurse eingerichtet werden. In der unteren Abteilung wird das Pensum für die einzelnen Schüler beim Beginne des Semesters vom Direktor mit Berücksichtigung ihrer Kenntnisse und Bedürfnisse festgestellt.

§ 9. Für die untere Abteilung werden folgende Unterrichtsgegenstände aufgestellt: 1. Schreiben und Aufsatz, 2. Arithmetik, 3. Geometrie, 4. Geometrisches Zeichnen, 5. Freihandzeichnen.

§ 10. Bei der Aufnahme in die obere Abteilung wird verlangt, dass der Schüler das 15. Altersjahr zurückgelegt und das Lehrziel der unteren Abteilung erreicht habe. Angehörige des Handwerks und der Gewerbe, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, können jedoch zur Teilnahme an einzelnen Fächern der oberen Abteilung zugelassen werden, wenn sie das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und zum Besuche der betreffenden Kurse reif sind. Für die Kunstklassen genügt das zurückgelegte 14. Altersjahr, wenn im Zeichnen das

Lehrziel der öffentlichen Mittelschulen erreicht ist. In der oberen Abteilung unterliegt die Wahl der Lehrfächer der Verständigung zwischen Direktor und Schüler.

§ 11. Für die obere Abteilung werden folgende Unterrichtsgegenstände aufgestellt: 1. Stereometrie, 2. Projektionslehre, Schattenlehre und Perspective, 3. Naturlehre, 4. Gewerbliches Rechnen, Anleitung zu Kostenberechnungen, 5. Buchführung, 6. Waren- und Rohstoffkunde, 7. Mechanik und Maschinenlehre, 8. Technologie, 9. Baukonstruktions- und Baumaterialienlehre, 10. Kunstgeschichte, 11. Bauformen und Stillehre, 12. Freihandzeichnen, 13. Malen, 14. Modelliren, 15. Fachzeichnen, 16. Praktische Arbeiten.

§ 12. Soweit tunlich ist bei Bildung der Klassen darauf Rücksicht zu nehmen, dass in denselben die Angehörigen gleichartiger Gewerbe vereinigt werden. Die Zahl der Schüler einer Klasse soll in den theoretischen Kursen 35, in den Zeichenklassen 25 bleibend nicht übersteigen.

§ 13. Je nach Bedürfnis kann die Kommission innerhalb der Grenzen des Budgets, mit Genehmigung des Erziehungsrates, in beiden Abteilungen der allgemeinen Gewerbeschule weitere Lehrfächer vorübergehend oder dauernd einführen. Neue Lehrfächer, welche von derselben dauernd eingerichtet werden, unterliegen nach einer Probezeit von zwei Jahren der Genehmigung des Regierungsrates.

§ 14. Der Unterrichtsplan, das Lehrziel und die Schulordnung werden vom Erziehungsrat auf Antrag der Kommission erlassen. Die Schulordnung unterliegt der Genehmigung des Regierungsrates.

§ 15. Der Unterricht an der allgemeinen Gewerbeschule ist unentgeltlich, ausgenommen für diejenigen Schüler der Kunstklassen, welche dieselben nicht zum Zwecke der gewerblichen Berufsbildung besuchen. Diese letztern Schüler haben am Anfange jedes Semesters ein Schulgeld zu entrichten, welches nach der Stundenzahl und den Fächern berechnet und auf Vorschlag der Kommission und Antrag des Erziehungsrates durch den Regierungsrat bestimmt wird. Alle andern Schüler entrichten zum Zwecke der Sicherung eines regelmässigen Besuches am Anfang eines jeden Semesters eine Einschreibgebühr, welche ohne Rücksicht auf die Stundenzahl und die Fächer für die untere Abteilung Fr. 4, für die obere Fr. 8 beträgt. Diese Einschreibgebühr wird denjenigen Schülern, welche den Unterricht regelmässig besucht haben, am Ende des Semesters zurükerstattet. Die Schulordnung wird die nähern Bestimmungen hierüber festsetzen.

§ 16. Die Kosten für die Schreib- und Zeichenmaterialien und das Handwerkszeug sind von den Schülern zu tragen.

§ 17. Die Schüler und Schülerinnen erhalten am Schlusse eines jeden Semesters Zeugnisse, und beim Abgang aus der Schule, wenn sie dieselbe wenigstens zwei Semester besucht haben, ein Abgangszeugnis.

§ 18. Die Schüler der allgemeinen Gewerbeschule sind zum regelmässigen Besuche des Unterrichts verpflichtet. Derselbe wird

genau überwacht; von unentschuldigten Versäumnissen wird den Eltern oder Lehrherren Mitteilung gemacht.

3. Lehrerverhältnisse. § 19. Die unmittelbare Leitung und Verwaltung der Schule liegt einem Direktor ob. Derselbe wohnt den Sitzungen der Kommission, soweit nicht seine persönlichen Verhältnisse in Frage kommen, mit beratender Stimme bei und besorgt das Sekretariat.

§ 20. Die Lehrer versammeln sich monatlich wenigstens einmal unter dem Vorsitz des Direktors zur Konferenz. Die Konferenz ordnet die innern Angelegenheiten der Schule, begutachtet die ihr von der Kommission überwiesenen Fragen und hat das Recht, bei derselben Anträge zu stellen.

§ 21. Der Direktor und die Lehrer werden auf Vorschlag der Kommission von dem Erziehungsrat ernannt. Die Kommission soll die zu besetzenden Stellen in der Regel zu freier Bewerbung ausschreiben; sie kann aber auch die Besetzung durch unmittelbare Berufung beantragen. Die Wahl des Direktors unterliegt der Bestätigung des Regierungsrates.

§ 22. Ueber die Anstellung und die Entlassung der Lehrer und des Direktors gelten die Bestimmungen der §§ 77, 78, 81, 101 und 102 des Schulgesetzes vom 21. Juni 1880.

§ 23. Direktor und Lehrer, welche ihre Stelle zu verlassen wünschen, haben hievon die Kommission drei Monate vor dem Austritte in Kenntnis zu setzen.

§ 24. Die Kommission ist befugt, Lehrer probeweise oder zur Aushilfe vorübergehend anzustellen, jedoch höchstens auf zwei Jahre. Auf Antrag der Kommission kann auch die Stelle des Direktors provisorisch durch den Erziehungsrat besetzt werden. Auf diese provisorischen Anstellungen finden die Bestimmungen betreffend Entschädigung für den Fall der Entlassung keine Anwendung.

§ 25. Die Pflichten und die Befugnisse des Direktors und der Lehrer werden durch Amtsordnungen geregelt, welche vom Erziehungsrat auf Antrag der Kommission erlassen werden und der Genehmigung des Regierungsrates unterliegen.

§ 26. Die Besoldung der fest angestellten Lehrer wird auf den Vorschlag der Kommission vom Erziehungsrat festgesetzt. Die Besoldung der probeweise oder zur Aushilfe vorübergehend angestellten Lehrer bestimmt die Kommission; sofern dieselbe den gesetzlichen Minimalansatz übersteigt, ist die Genehmigung des Erziehungsrates einzuholen.

§ 27. Die Besoldung der Lehrer beträgt an der untern Abteilung 100 bis 140 Fr., an der obern 130 bis 250 Fr. für die wöchentliche Lehrstunde im Jahr. Bei Festsetzung derselben fallen in Betracht das Unterrichtsfach, die Tüchtigkeit und das Dienstalter des Lehrers. Die Besoldung des Direktors beträgt 6000 Fr. Neben der Leitung der Schule kann ihm die Erteilung von Unterricht an derselben ohne besondere Vergütung übertragen werden.

§ 28. Für die Stellvertretung des Direktors und der Lehrer bei vorübergehender Verhinderung wird die Kommission das Geeignete im einzelnen Fall anordnen. Falls ein Nachtragskredit dadurch nötig wird, ist die Genehmigung des Erziehungsrates einzuholen.

§ 29. Bezüglich der Alterszulagen und der Erleichterung älterer Lehrer gelten die Bestimmungen der §§ 93, 95 bis 97 und 100 des Schulgesetzes.

§ 30. Bei Todesfällen kann der Erziehungsrat den Hinterlassenen den Fortbezug der Besoldung oder der Pension auf drei Monate vom Todestag an bewilligen.

§ 31. Die Kommission wählt das zum Unterhalt des Schulgebäudes erforderliche Personal und stellt dessen Amtsordnungen unter Genehmigung des Erziehungsrates auf.

§ 32. Die Schulferien betragen jährlich zehn Wochen. Die Verteilung derselben wird durch die Schulordnung geregelt.

4. Lehrwerkstätten. § 33. Die Kommission ist befugt, die Einrichtung von Lehrwerkstätten dadurch zu befördern, dass sie innerhalb der Grenzen des im Anstaltsbudget hiefür bewilligten Spezialkredites Handwerksmeister, die sich zu deren Leitung vorzugsweise eignen, durch Beiträge unterstützt.

Uebergangsbestimmungen. § 34. Zu dem Neubau, welcher für die allgemeine Gewerbeschule sich als nötig erweist, wird das im Eigentum der Einwohnergemeinde stehende Areal an der Ecke der Spalenvorstadt und des Petersgraben bestimmt. Um die bestehenden Sammlungen für das Handwerk und Kunstgewerbe möglichst nutzbar zu machen, ist bei dem Neubau der Schule möglichst Rücksicht zu nehmen auf die räumliche Verbindung des Gewerbemuseums, der mittelalterlichen und der antiquarischen Sammlung mit demselben, falls die alsdann vorhandenen Mittel nicht gestatten sollten, gleichzeitig auch die erforderlichen Räumlichkeiten für diese Anstalten oder einen Teil derselben zu erstellen. Die Kosten des Baues sollen, soweit sie nicht durch bereits zugesicherte oder noch weiter zufliessende Beiträge von Gesellschaften, Zünften und Privaten aufgebracht werden, aus dem Ertrage der Christoph Merian'schen Stiftung bestritten werden.

§ 35. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der Regierungsrat die in § 2 desselben aufgestellte Kommission der allgemeinen Gewerbeschule ernennen. Dieselbe wird sich vor allem mit der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen ins Einvernehmen setzen, um die von ihr bisher geleitete Zeichnungs- und Modellirschule zu übernehmen und den Bestimmungen dieses Gesetzes gemäss zu erweitern und umzugestalten. Im Fernern wird sie im Einverständnis mit den Vorständen des Gewerbemuseums bezw. der mittelalterlichen und der antiquarischen Sammlung ein definitives Programm für den Neubau aufstellen und dem Erziehungsdepartement eingeben.

b) Regulative etc. betr. Prüfungen.

26. 1. Regulativ betr. die Anordnung und das Programm der Fähigkeitsprüfungen am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Erlass des Erziehungsrates vom 22. Juni 1886.)

A. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Schüler des Technikums können sich am Schlusse der obersten Kurse um Fähigkeitszeugnisse bewerben. Um zur Prüfung zugelassen zu werden, muss der Kandidat eine Fachschule mindestens von der dritten Klasse an durchlaufen haben.

§ 2. Die Prüfung wird von einer Kommission geleitet, welche jeweilen vom Erziehungsrate gewählt wird. In der Prüfungskommission sollen die Aufsichtskommission und die Direktion des Technikums, sowie das betreffende Gewerbe vertreten sein; die Direktion des Erziehungswesens übernimmt den Vorsitz. Für die Abnahme der Prüfungen an den einzelnen Fachschulen werden je zwei Mitglieder der Prüfungskommission delegirt. Diese haben sich gemeinsam mit dem prüfenden Lehrer auf Grund der Prüfungsergebnisse, unter Rücksichtnahme auf die Leistungen während der Studienzeit, über die Zensuren zu einigen, welche der Gesamtkommission für jedes Fach vorzulegen und von dieser endgültig festzusetzen sind.

§ 3. Diese Prüfungen finden alljährlich für Schüler der Bau-, Mechaniker- (inkl. Elektrotechniker) und Geometer-Abteilung am Ende des Sommersemesters, für Schüler der Chemiker-, der kunstgewerblichen und der Handels-Abteilung am Ende des Wintersemesters statt. Für die beteiligten Schüler fallen die Schlussrepetitorien aus.

§ 4. Die Anmeldung zur Prüfung hat durch Ausfüllung und Abgabe eines besondern Formulars spätestens 8 Wochen vor Schluss des Semesters bei der Direktion des Technikums zu erfolgen.

§ 5. Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet auf Grund der Semesterzeugnisse die Aufsichtskommission. Schüler, die sich eine schwere Disziplinarstrafe zugezogen haben, können von der Prüfung ausgeschlossen werden. Ausländer bezahlen eine Prüfungsgebühr von 10 Fr.

§ 6. In der Prüfung hat der Aspirant eine Anzahl aus dem Gebiete der betreffenden Fachschule gewählter Fragen zu beantworten und aus dem nämlichen Gebiete gewählte Aufgaben schriftlich oder experimentell, beziehungsweise durch Zeichnungen oder Modelliren zu lösen. Die schriftlichen, graphischen und praktischen Arbeiten sind selbständig und unter Aufsicht anzufertigen.

§ 7. Bei der Beurteilung dieser Arbeiten wird in erster Linie die Richtigkeit derselben, in zweiter Linie die korrekte und geordnete Darstellung in Betracht gezogen.

§ 8. Für die Leistungen in den einzelnen Fächern werden die Noten 5 = sehr gut, 4 = gut, 3 = genügend, 2 = ungenügend und 1 = schlecht angesetzt. Die Prüfung ist bestanden, wenn sich die Durchschnittsnote auf mindestens 3 stellt. Die für befähigt erkannten Kandidaten erhalten ein von der Direktion des Erziehungswesens ausgestelltes Zeugnis, in welchem die verschiedenen Fächer, in denen ge-

prüft worden ist, und die erzielten Zensuren (in Worten) angegeben werden.

§ 9. Die Namen der für befähigt erkannten Abiturienten werden im amtlichen Schulblatt des Kantons Zürich bekannt gemacht.

§ 10. Wer die Prüfung im ersten Mal nicht bestanden hat, kann sich derselben zum zweiten und letzten Mal unterziehen.

§ 11. Für die Prüfung an der Schule für Geometer sind ausser den obigen Bestimmungen diejenigen des Vertrages massgebend, welcher unter dem 16. Dezember 1885/13. Januar 1886 zwischen dem Prüfungsausschuss des Geometerkonkordates und dem Erziehungsrat des Kantons Zürich abgeschlossen worden ist.

B. Programm für die Prüfungen an den einzelnen Fachschulen.

I. Schule für Bauhandwerker.

1. Mündliche Prüfung. a) Baukonstruktionslehre. b) Bauformen und Baustillehre. c) Baumaterialienkunde. d) Heiz- und Ventilations-Anlagen. — *2. Schriftliche Prüfung.* a) Vorausmass, eine Anzahl Preisbestimmungen und Voranschlag für ein Baugewerk zu dem ad 3 a) erwähnten Bauprojekt. b) Aufstellung der zur Vergebung der voranschlagten Bauarbeiten nötigen Verträge. c) Lösung einer Aufgabe der Baustatik. — *3. Graphische Prüfung.* a) Ausführung der Werkpläne und einzelner konstruktiver und architektonischer Detailzeichnungen zu einem kleinen Gebäude. b) Ausführung des Situationsplanes nebst Längen- und Querprofilen eines für dasselbe Gebäude supponirten Bauplatzes (nach Aufnahme). c) Lösung einer Aufgabe des Steinschnittes. d) Ausführung einer Ornamentzeichnung.

II. Schule für Mechaniker.

1. Mündliche Prüfung. a) Mathematik (Lehrstoff der III. und IV. Klasse). b) Graphische Statik. c) Mechanik. d) Konstruktionslehre. e) Technologie des Eisens. — *2 Schriftliche Prüfung.* a) Lösung einer Aufgabe aus dem Gebiete der theoretischen Maschinenlehre. b) Lösung einer Aufgabe aus dem Gebiete der Konstruktionslehre. — *3. Graphische Prüfung.* a) Lösung einiger Aufgaben aus dem Gebiete der angewandten darstellenden Geometrie. b) Herstellung der Skizze einer Maschine oder einzelner Teile derselben. c) Entwerfen einer einfachen Maschine und Konstruktion der wichtigsten Details derselben.

IIa. Abteilung für Elektrotechniker.

1. Mündliche Prüfung. a) Mathematik. b) Mechanik. c) Konstruktionslehre. d) Theorie des Galvanismus. e) Elektrotechnik. f) Elektrische Messkunde. g) Chemie.— *2. Schriftliche resp. praktische Prüfung.* a) Bearbeitung eines Themas aus dem behandelten Gebiete der Elektrizität. b) Ausführung einer Messung im Laboratorium; Berechnung des Beobachtungsmaterials.

III. Schule für Chemiker.

1. Mündliche Prüfung. a) Unorganische Chemie inkl. Technologie. b) Analytische Chemie (qualitative und quantitative Analyse). c. Organische Chemie. d) Färberei. — *2. Schriftliche Prüfung.* a) Behandlung einer Aufgabe aus dem Gebiete der allgemeinen Chemie. b) Behandlung einer Aufgabe aus dem Gebiete der Bleicherei, Färberei, Druckerei und Appretur. — *3. Praktische Prüfung.* a) Qualitative Analyse. b) Titriranalyse, die Wertbestimmung eines technischen Produktes betreffend. c) Gewichtsanalyse. d) Darstellung eines unorganischen Präparates. e) Darstellung eines organischen Präparates aus dem Gebiete der Fettreihe. f) Lösung einer Aufgabe aus dem Gebiete der aromatischen Reihe, womit quantitative Bestimmungen verbunden werden können. — Über sämtliche praktische Arbeiten ist vom Schüler ein einlässliches schriftliches Referat abzugeben.

IV. Schule für kunstgewerbliches Zeichnen und Modelliren.

1. Mündliche Prüfung. a) Stil- und Farbenlehre. b) Anatomie. — *2. Graphische Prüfung* a) Perspektive und Schattenlehre. b) Ornamentzeichnen nach Model. c) Ornamentkomponiren. d) Figurenzeichnen. e) Landschaftszeichnen (eventuell). —

3. Praktische Prüfung. a) Entwurf eines dem speziellen Fach des Schülers entsprechenden Gegenstandes. b) Ausführung des Entwurfes oder einzelner Teile desselben (eventuell). c. Malen nach der Natur (Stilleben, Figuren, Landschaft). d) Modelliren eines Gegenstandes (eventuell).

V. Schule für Geometer.

1. Mündliche Prüfung. a) Mathematik. b) Praktische Geometrie. c) Hydraulik. d) Erd- und Wegbau. — e) Agrikulturchemie. *2. Schriftliche Prüfung.* a) Lösung einiger Aufgaben aus dem Gebiete der reinen Mathematik. b) Behandlung einiger Probleme der praktischen Geometrie. c) Lösung einer Aufgabe aus der Hydraulik. — Bei der Beurteilung der schriftlichen Aufgaben ist die richtige sprachliche Darstellung mitzuberücksichtigen. — *3. Graphische Prüfung.* Behandlung einer Aufgabe der angewandten darstellenden Geometrie. — Die von den Aspiranten an der Schule gefertigten Pläne und Karten und das von denselben in der IV. Klasse ausgearbeitete Vermessungswerk sind der Prüfungskommission vorzulegen.

VI. Handelsabteilung.

1. Mündliche Prüfung. a) Deutsche Sprache. b) Französische Sprache. c) Englische Sprache. d) Italienische Sprache. e) Politische Arithmetik. f) Wechsel- und Handelsrecht. g) Wirtschaftslehre. h) Handelsgeographie. i) Warenkunde. — *2. Schriftliche Prüfung.* a) Deutscher Aufsatz, im Anschluss an die Lektüre und den Unterricht in der Literaturgeschichte oder den kaufmännischen Geschäftsverkehr betreffend. b) In den drei Fremdsprachen je ein Aufsatz über ein einfaches allgemeines Thema, oder die Abfassung von kaufmännischen Briefen. c) Auflösung von Aufgaben aus den verschiedenen Gebieten des kaufmännischen Rechnens d) Bearbeitung eines fingirten Geschäftsganges nach dem System der doppelten Buchhaltung.

§ 12. Durch vorstehendes Regulativ wird dasjenige vom 25. Juni 1884 aufgehoben.

---

27. 2. Vertrag des Erziehungsrates des Kantons Zürich mit dem Prüfungsausschuss des Geometerkonkordats betr. die Gültigkeit der Austrittsprüfungen der Geometerschule am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Vom Regierungsrat genehmigt am 16. Januar 1886.)

Zwischen dem Prüfungsausschuss des Geometerkonkordats einerseits und dem Erziehungsrat des Kantons Zürich anderseits ist nach gepflogenen mündlichen Unterhandlungen in einer am 17. Oktober 1885 in Olten abgehaltenen Konferenz nachfolgender Vertrag abgeschlossen worden:

Art. 1. Der Erziehungsrat des Kantons Zürich ordnet am Schlusse des $2^1/_2$jährigen Unterrichtskurses der Geometerschule am Technikum in Winterthur auf Grundlage des für diese Abteilung von den zürcherischen Behörden festgesetzten Prüfungsregulativs Fähigkeitsprüfungen an und erteilt auf Grundlage derselben Fähigkeitszeugnisse.

Art. 2. Der Prüfungsausschuss des Geometerkonkordats enthebt die Inhaber der vom zürcherischen Erziehungsrate nach absolvirter Prüfung ausgestellten Fähigkeitszeugnisse der theoretischen Prüfung des Geometerkonkordats und zwar unter nachstehenden Voraussetzungen:

1. Die Aspiranten, welche am Schluss des Sommerkurses für die Fähigkeitsprüfungen an der Geometerschule des Technikums zugelassen werden, müssen am 1. Mai des betreffenden Jahres das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

2. Die Bestellung der Prüfungskommission ist Sache der zürcherischen Behörden, jedoch sind dem Prüfungsausschuss des Geometerkonkordats die Themata für die schriftlichen Aufgaben vor der Prüfung zum Zwecke allfälliger Erweiterung oder Abänderung zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

3. Der Prüfungsausschuss des Geometerkonkordats wohnt als solcher oder durch delegirte Mitglieder den mündlichen Fähigkeitsprüfungen an der Geometerschule des Technikums bei, wobei es ihm zur Orientirung gestattet ist, soweit nötig, selbst Fragen zu stellen

4. Der Prüfungsausschuss, bezw. dessen Delegation ist befugt, Einsprache gegen Fähigkeitserklärungen zu erheben. Ohne Zustimmung des Prüfungsausschusses, bezw. seiner Delegirten darf kein Fähigkeitszeugnis erteilt werden.

5. Die Fähigkeitsprüfungen der Geometerschule am Technikum finden in der Regel in der dritten Augustwoche statt. Ausnahmsweise kann der Prüfungsausschuss spätestens bis Anfangs Juli ein Begehren um Verschiebung einreichen.

6. Der Kanton Zürich richtet den Vertretern des Prüfungsausschusses, welche an den Fähigkeitsprüfungen für Geometer am Technikum teilnehmen, die reglementarischen Taggelder und Reiseentschädigungen aus.

7. Im übrigen haben die Abiturienten des Technikums sich in allen Teilen den Bestimmungen des Konkordats-Regulativs zu unterziehen.

Art. 3. Bei einer allfälligen Revision des Lehrplans für die Geometerschule am Technikum soll keine Reduktion in den Anforderungen eintreten, und es sollen bezügliche Wünsche der Prüfungskonferenz des Geometerkonkordats tunlichste Berücksichtigung finden.

Art. 4. Dieser Vertrag tritt mit 1. Januar 1886 in Kraft.

Art. 5. Die Kündigung dieses Uebereinkommens ist an keinen bestimmten Termin gebunden, namentlich behält sich jeder Teil bei erheblichen Veränderungen in der Organisation des Prüfungskonkordats oder der Geometerschule des Technikums freie Entschliessung oder neue Verständigung vor.

c) Organisation von Kursen.

28. 1. Verordnung über die Ausübung des Hufbeschlages und die Ausbildung der Hufschmiede an der Lehrschmiede der Tierarzneischule in Bern. (Erlass des Regierungsrates vom 1. Sept. 1886.)

Der Regierungsrath des Kantons Bern, gestützt auf § 12, 1. C des Gesetzes über das Gewerbewesen vom 7. November 1849, auf den Antrag der Direktion des Innern, beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen. § 1. Zur Ausübung des Hufschmiedegewerbes ist ein Patent erforderlich, welches von der Direktion des Innern ausgestellt wird.

§ 2. Das Patent wird nur nach wohlbestandener Prüfung erteilt. Für den Zutritt zu derselben hat der Bewerber sich darüber auszuweisen, dass er entweder einen vollständigen Hufschmiedekurs im Kanton besucht habe oder im Besitz eines an einer ausserkantonalen oder ausländischen Lehrschmiede erworbenen Patentes sei. Überdies muss er das 19. Altersjahr zurückgelegt haben.

§ 3. Die dermalen an einzelne Schmiede erteilten provisorischen Bewilligungen bleiben in Kraft mit dem Vorbehalte, dass der Inhaber der ersten Aufforderung der Direktion des Innern zum Besuch eines Hufschmiedekurses Folge leiste und die Patentprüfung bestehe.

2. Hufschmiedekurse. § 4. Zur Ausbildung von Hufschmieden werden auf der Lehrschmiede in Bern jährlich mindestens zwei Hufschmiedekurse abgehalten, und zwar in der Regel in den Monaten März und Oktober. Die Dauer eines Kurses beträgt vier Wochen.

§ 5. Die Anmeldung zur Aufnahme in einen Kurs geschieht bei der Direktion des Innern. Dem Anmeldungsschreiben sind beizulegen der Geburtsschein und ein beglaubigter Nachweis über eine 4-jährige Tätigkeit als Lehrling oder Schmiedgeselle, wobei der Bewerber sich hauptsächlich im Hufbeschlage beschäftigt haben muss. Zur Aufnahme ist das angetretene 20. Altersjahr erforderlich. Unter den Angeschriebenen haben diejenigen Zöglinge in erster Linie Berücksichtigung zu finden, welche einen frühern Kurs ohne Erfolg durchgemacht haben.

§ 6. Jeder Bewerber hat vor Beginn des Kurses an die Direktion des Innern als Lehrgeld zu bezahlen: a) Kantonsangehörige oder im Kanton niedergelassene Schweizerbürger Fr. 40, b) ausser dem Kanton wohnhafte Schweizerbürger Fr. 80, c) Ausländer Fr. 150. Wenn die Hufschmiedekurse von der Bundesbehörde in erheblichem Masse finanziell unterstützt werden, so kann der Regierungsrat das Lehrgeld sämtlicher schweizerischer Kursteilnehmer demjenigen der Kantonsangehörigen gleichstellen. Die Kosten für Logis und die Vergütungen an den theoretischen und praktischen Lehrer, sowie für das notwendige Material, wie: todte Hufe, Eisen etc., übernimmt der Staat, jedoch haben die Kursteilnehmer die Kost, welche gemeinsam genommen wird, selbst zu bezahlen.

§ 7. Die Kursteilnehmer haben die im Einladungsschreiben erwähnten Kleidungsstücke vollzählig und reinlich mitzubringen.

§ 8. An der Lehrschmiede wird der praktische Unterricht durch den Hufbeschlaglehrer der kantonalen Hufbeschlaganstalt und durch dessen Gehülfen, der theoretische Unterricht durch einen Tierarzt, welcher zugleich Vorsteher der kantonalen Hufbeschlaganstalt ist, erteilt. Der Letztere hat sich über den Gang des praktischen Unterrichts, und über die praktische Befähigung der Schmiede in fortlaufender Kenntnis zu erhalten. Der praktische und theoretische Unterricht bewegen sich innerhalb des von der Direktion des Innern genehmigten Unterrichtsplanes.

§ 9. Während des ganzen Kurses werden sämtliche Teilnehmer nebst dem Gehülfen des Hufbeschlaglehrers in der Kaserne Beundenfeld einquartirt, und es haben sich dieselben der militärischen Hausordnung zu fügen.

§ 10. Während des Aufenthaltes auf der kantonalen Lehrschmiede und im Hörsaale des Tierspitals haben sich die Beschlagschüler streng an die in der Beschlagschmiede angeschlagene Schmiedeordnung zu halten, sowie überhaupt ein gesittetes und anständiges Betragen zu beobachten, widrigenfalls ihre sofortige Entlassung aus dem Kurse erfolgen kann.

§ 11. Die Entlassung eines Teilnehmers aus dem Unterrichtskurse kann ferner erfolgen wegen körperlicher oder intellektueller Unfähigkeit, Unfleiss, Mangel der unentbehrlichen Fertigkeiten und Nichtbezahlung der im § 6 genannten Gebühren.

§ 12. Der praktische und der theoretische Lehrer sind berechtigt, von sich aus Teilnehmer wegen der im § 9 genannten Gründen zu suspendiren; das Recht, Teilnehmer aus einem Kurse auszuweisen,

steht jedoch nur der Direktion des Innern zu. Wird ein Kursteilnehmer aus der Anstalt verwiesen, so wird ihm das bezahlte Eintrittsgeld nicht rückvergütet, und vom Kostgeld nur der entsprechende noch nicht in Anspruch genommene Teil. Ausnahmen stehen der Direktion des Innern nach Anhörung des Berichtes von Seite des theoretischen und praktischen Lehrers zu.

§ 13. Die Zahl der Teilnehmer eines Kurses beträgt in der Regel 12. Ausnahmsweise werden deren bis 20 aufgenommen. Melden sich zu einem Kurse nicht mindestens 10 Bewerber, so fällt derselbe dahin.

3. Prüfungen. § 14. Am Ende eines jeden Kurses werden die Prüfungen abgehalten. Examinatoren sind die Mitglieder der Veterinärsektion des Sanitätskollegiums, sowie der jeweilige theoretische und der praktische Hufbeschlaglehrer. Die Prüfungen umfassen pro Tag höchstens 8 Teilnehmer und bestehen aus folgenden 4 Abteilungen: a) Anfertigung eines gewöhnlichen Hufeisens (Sommer- oder Winterbeschlag). b) Anfertigung eines Hufeisens für ein Pferd mit fehlerhafter Stellung oder Gangart, oder für einen fehlerhaften oder kranken Huf. c) Vollständige Ausführung des Beschlages an mindestens einem Pferdehufe. d) Mündliche Beantwortung von Fragen aus dem Gebiete der Hufbeschlagkunst, über Bau, Verrichtung und Pflege der Hufe und Klauen, über die Regeln und Grundsätze des Hufbeschlages, Unterschiede zwischen den verschiedenen Beschlagsarten und Beschlag fehlerhafter und kranker Hufe.

§ 15. Ueber das Ergebnis der Prüfung in jedem der im § 14 bezeichneten 4 Abschnitte entscheidet die Prüfungskommission durch Erteilung einer der Noten 1 (sehr gut), 2 (gut), 3 (genügend), 4 (ungenügend). Die Prüfung gilt nur dann als bestanden, wenn der Geprüfte in allen 4 Prüfungsabschnitten mindestens die Note 3 (genügend) erlangt hat. Im übrigen entscheidet die Prüfungskommission auf Grund der Einzelnoten darüber, welche der obgenannten Noten dem Geprüften insgesamt zu erteilen sei.

§ 16. Hat der Geprüfte in allen 4 Abschnitten (§ 14) die Note 1, so wird ihm ein Diplom erster Klasse zuerkannt; hat er durchschnittlich in den 4 Abschnitten die Note 2, so erhält er ein Diplom zweiter Klasse und für eine niedrigere „Durchschnittsnote" ein Diplom dritter Klasse.

§ 17. Die Diplome gelten als Patente und werden erst nach wohlbestandenem Examen von der Direktion des Innern den Betreffenden zugestellt. Nach stattgefundener Prüfung ist vom Vorsteher der Hufbeschlaganstalt ein Bericht, welcher vom Präsidenten der Prüfungskommission zu unterzeichnen ist, der Direktion des Innern einzusenden. Die Namen der patentirten Hufschmiede werden im Amtsblatte und in den bernischen Blättern für Landwirthschaft publizirt.

§ 18. Kursteilnehmer, welche das Examen nicht bestanden haben, müssen zur Erlangung eines Patentes einen folgenden Kurs auf der kantonalen Hufbeschlaganstalt je nach der Bestimmung der Prüfungskommission, entweder ganz oder teilweise, besuchen. Ein Bewerber kann jedoch nur mit besonderer Bewilligung der Direktion des Innern

und nach Erlegung der vollen in § 6 festgesetzten Gebühr zum vierten Male zur Prüfung zugelassen werden. Vom Regierungsrate für ein Jahr provisorisch in Kraft erklärt.

Kanton ZÜRICH.

29. 2. **Programm des II. Instruktionskurses für Zeichnungslehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen in der Schweiz, am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur mit Bundessubvention veranstaltet.** (Erlass des Erziehungsrates vom 10. Februar 1886.)

Allgemeine Bemerkungen. Der Zweck des Kurses „Heranbildung von Zeichnungslehrern an gewerblichen Fortbildungsschulen" soll erreicht werden: 1) durch Entwicklung der Fertigkeit des Zeichnens in den verschiedenen im Lehrplan angedeuteten Richtungen; 2) durch Vermittlung des Verständnisses für die von Zweck, Material und Herstellungsverfahren abhängige Konstruktion und Form und durch Bildung des Geschmackes für die Kunst im Gewerbe; 3) durch Hinweis auf die richtigen Mittel (Methode und Lehrstoff), welche auf der untern Stufe des gewerblichen Unterrichts zur Verwendung kommen sollen. Zu diesem Ende steht den Kursteilnehmern auch eine Sammlung von zweckmässig befundenen Lehrmitteln (Vorlagewerke, Modelle etc.) dieser Stufe zu Gebote; es soll denselben in einzelnen besondern Stunden Gelegenheit geboten werden, über die stattgefundene Benutzung dieser Sammlung Aufschluss zu erteilen; 4) durch Besuche von industriellen Etablissements, gewerblichen Werkstätten und des Gewerbemuseums.

A. Programm.

Dauer des Kurses. Der Unterricht wird sich auf zwei Semester, das Sommersemester, vom 19. April bis 14. August 1886, und das Wintersemester, vom 4. Oktober 1886 bis 2. April 1887, erstrecken.

Aufnahme. Es werden 20 Teilnehmer sämtlicher Kantone unter nachfolgenden Bedingungen zugelassen: 1) Zurückgelegtes 18. Altersjahr; 2) Ausweis über den Besuch einer Mittelschule (Seminar, Technikum, Industrieschule, Gymnasium); 3) Ausweis über die nötige Fertigkeit im Freihand- und Linearzeichnen durch Vorlegen von Zeichnungen. Ausnahmsweise können auch tüchtige Berufsmänner (Bauhandwerker, Mechaniker etc.), welche mindestens Sekundarschulbildung genossen haben, zugelassen werden. Die Anmeldungen sind bis spätestens Ende März schriftlich und begleitet von Altersausweis, Zeugnissen und Zeichnungen der Direktion des Technikums in Winterthur einzureichen. Die Aufsichtskommission des Technikums entscheidet über die Aufnahme auf Grundlage der eingereichten Zeugnisse und Zeichnungen unter möglichster Berücksichtigung der verschiedenen Landesgegenden und derjenigen Kandidaten, welche bereits als Lehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen tätig sind. Die Zulassung erfolgt definitiv oder auf eine Probezeit bis zu 2 Wochen, nach deren Ablauf bei ungenügenden Leistungen die Rückweisung durch Beschluss der Aufsichtskommission erfolgen kann.

Schulgeld. Es wird von dem Bezug eines Schulgeldes Umgang genommen.

Schulordnung. Die Kursteilnehmer unterstehen der Schulordnung des Technikums.

Aufsicht. Die unmittelbare Aufsicht des Kurses steht der Aufsichtskommission des Technikums zu. Das schweiz. Handels- und Landwirtschaftsdepartement ist berechtigt, jederzeit selbst oder durch Delegirte Einsicht vom Fortgang des Kurses zu nehmen.

Fähigkeitsprüfung. Am Schlusse des Kurses finden Prüfungen statt; auf Grundlage ihrer Resultate werden Zeugnisse über die Befähigung zur Lehrtätigkeit an gewerblichen Fortbildungsschulen in der Schweiz ausgestellt.

B. Lehrplan.

I. Sommersemester 1886.

Projektionslehre. Wöchentlich in der ersten Hälfte des Semesters 4, in der zweiten Hälfte des Semesters 2 Stunden. Darstellung von geometrischen Körpern in Grund und Aufriss, Seitenansicht und Schnitten mit Hülfe des Masstabes. Anwendung auf das gewerbliche Freihandzeichnen, das mechanisch-technische und das bautechnische Zeichnen.

Stillehre. Wöchentlich 2 Stunden. Das Wesentlichste über die Kunststile der ältesten Kulturvölker (Ägypter, Assyrer, Griechen). Anschliessend: die Bedeutung des Ornaments und die Modifikation desselben je nach Ausführung in verschiedenen Materialien.

Methodik des Zeichnens. Wöchentlich 1 Stunde. Methodik des allgemeinen und des gewerblichen Freihandzeichnens; Stilisiren von Blättern, Blüten etc.

Ornamentale Formenlehre. Wöchentlich 1 Stunde. Das Ornament nach seinen Motiven (geometrischen, pflanzlichen etc.) und seine Verwendungen (Füllungs-, Bekrönungs-Ornament etc.)

Gewerbliches Freihandzeichnen. Wöchentlich 10 Stunden. Zeichnen nach Vorlagen; Berücksichtigung der hauptsächlichsten Darstellungsarten (Feder, Pinsel etc.)

Baukonstruktionslehre. Wöchentlich in der ersten Hälfte des Semestsrs 9, in der zweiten Hälfte des Semesters 11 Stunden. Vortrag und Zeichnen. Das Wesentlichste über Maurer-, Steinhauer-, Zimmer- und Spenglerarbeiten.

Elementare Konstruktionslehre und mechanisch-technisches Zeichnen. Wöchentlich 8 Stunden. Nieten- und Nietenverbindungen; Schrauben- und Schraubenverbindungen; Riemenscheiben; Zahnkonstruktionen; Stirnräder und konische Räder.

Modelliren. Wöchentlich 3 Stunden. Stilisirte Blatt- und Blütenformen und einfache Ornamente nach Gipsmodellen.

II. Wintersemester 1886/87

Schattenlehre und Perspektive. Wöchentlich 2 Stunden. Schattenkonstruktionen und Polarperspektive mit Rücksichtnahme auf das gewerbliche Freihandzeichnen.

Stillehre und Farbenlehre. Wöchentlich 2 Stunden. Übersicht des römischen, byzantinischen, islamitischen Kunststils, der mittelalterlichen Stile und der Renaissance in ihrer Entwicklung bis auf die Neuzeit. Anschliessend an die maurische Kunst: Farbenlehre.

Entwerfen einfacher Ornamente. Wöchentlich 2 Stunden. Kombinationen gegebener Motive; Übungen im Komponiren einfacher Ornamente.

Gewerbliches Freihandzeichnen. Wöchentlich 7 Stunden. Zeichnen nach Vorlagen; Anwendung von Farben (Aquarell, Guache). Aufnahme einfacher kunstgewerblicher Gegenstände nach der Natur.

Zeichnen nach Gipsmodellen. Wöchentlich 4 Stunden. Stilisirte Blatt- und Blütenformen und einfache Ornamente nach plastischen Vorlagen bei künstlicher Beleuchtnng.

Baukonstruktionslehre. Wöchentlich 7 Stunden. Vortrag und Zeichnen. Das Wesentlichste über Glaser-, Bauschreiner-, Schlosser-, Hafner- und Gipserarbeiten. Die hauptsächlichsten einfachen Arbeiten des Möbelschreiners, Drehers und Wagners.

Bauformenlehre. Wöchentlich 3 Stunden. Vortrag und Zeichnen. Die architektonischen Gliederungen und ihre Begeutung; die Modifikation der Form je nach Ausführung in Stein, Ton, Holz und Metall.

Elementare Konstruktionslehre und mechanisch-technisches Zeichnen. Wöchentlich 8 Stunden. Schraubenräder; Lager; Röhrenverbindungen und Ventile; Wellen, Kurbeln, Exzenter und Schubstangen. Skizziren und Zeichnen von Werkzeugen, Maschinenteilen und Apparaten nach Modellen.

Modelliren. Wöchentlich 3 Stunden. Ornamente nach Gipsmodellen. Modelliren nach Zeichnungen. Uebungen im Formen und Giessen in Gips und im Ziehen von Gliederungen.

Anmerkung. Die 38 wöchentlichen Unterrichtsstunden werden verlegt wie folgt: Sommer 7—11 Uhr (Montags 8—11) und 2—5 Uhr; Winter 8 -12 Uhr und 2—4 Uhr, dazu Dienstags und Freitags 5—7 Uhr.

C. Berücksichtigung spezieller Bildungszwecke.

Auf schriftliches Gesuch hin kann Austausch eines einzelnen Faches gegen ein solches an einer der Fachschulen des Technikums bewilligt werden. — Für Teilnehmer, welche sich nur in kunstgewerblicher oder nur in bautechnischer oder nur in mechanisch-technischer Richtung ausbilden wollen, werden besondere Lehr- und Stundenpläne aufgestellt unter Dispens von den ausser Betracht fallenden Fächern und mit weiter gehendem, individualisirendem Unterricht in der Spezialbranche. (Wer sich beispielsweise ausschliesslich als Lehrer für das Freihandzeichnen an einer gewerblichen Fortbildungsschule ausbilden will, wird von bautechnischer und mechanisch-technischer Konstruktionslehre dispensirt und erhält seinen Vorkenntnissen und Anlagen und den Bedürfnissen der künftigen Stellung entsprechenden Unterricht im allgemeinen Freihandzeichnen, im kunstgewerblichen Fachzeichnen und Modelliren.) — Sofern für eine separate Richtung sich mindestens fünf Anmeldungen ergeben, wird auf die Einrichtung eines besondern Kursus für diese Teilnehmer Bedacht genommen.

IX. Mittelschulen.

Kanton TESSIN.

30. 1. **Regolamento per il Liceo, il Ginnasio e le Scuole tecniche cantonali** del ottobre 1886.

Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino, vista la legge sul riordinamento generale degli studi 14 maggio 1879—4 maggio 1882; sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione, adotta il seguente *Regolamento* pel *Liceo* e *Ginnasio cantonale* e per le *Scuole tecniche:*

Capitolo I. **Della Direzione.**

Articolo 1. Il Liceo, il Ginnasio cantonale e le Scuole tecniche, colle annesse Scuole di disegno, sono posti sotto la immediate sorveglianza di un Direttore nominato dal Consiglio di Stato, il quale sceglie pure un Vice-Direttore tra i professori.

Art. 2. Il Direttore d'ogni Istituto veglia sul buon andamento del medesimo e sulla conservazione della suppellettile scientifica e scolastica; convoca e presiede il Corpo dei professori; invigila la condotta degli studenti, dentro e fuori dell'Istituto; nota i meriti e demeriti degli alunni informandone all'uopo le famiglie, o chi per esse; provvede che i docenti adempiano regolarmente all'orario scolastico, e destina, tra i professori, i supplenti in caso d'impedimento dei professori ordinari. a) Ogni trimestre fa un circonstaziato rapporto al Dipartimento di Pubblica Educazione sull'andamento degli studi, come pure sul numero, sulla condotta e sul progresso degli studenti. b) In mancanza del Direttore, gli uffici dello stesso sono adempiuti dal Vice-Direttore.

Art. 3. Saranno tenuti appositi protocolli delle corrispondenze officiali e delle conferenze dei professori.

Capitolo II. **Dei Professori.**

Art. 4. I professori ajutano il Capo dell'Istituto nel promoverne il buon andamento, nel sorvegliare la condotta degli allievi entro e fuori dell'Istituto, e sono responsevoli della disciplina nella loro scuola.

Art. 5. Il complesso dei professori ordinari e straordinari dell'Istituto, e dell'annessa scuola di disegno, forma il Corpo dei professori dello stesso.

Art. 6. Il Corpo dei professori è presieduto dal Direttore dell'Istituto; tiene conferenze ordinarie una volta al mese e straordinarie a richiesta del Dipartimento di Pubblica Educazione o del Direttore. Il giorno e l'ora delle conferenze saranno fissati dal Direttore, il quale ne rende avvertiti i singoli professori per mezzo del bidello.

Art. 7. Il Corpo dei professori nomina, nel suo seno, un segretario, le cui funzioni durano un anno. Il segretario tiene un breve protocollo delle deliberazioni, che dev'essere letto ed approvato alla riunione successiva. Ogni professore è obbligato ad assumere gratuitamente queste funzioni per un anno alla sua volta.

Art. 8. Tutti i professori sono tenuti ad assistere regolarmente alle conferenze. A capo d'ogni processo verbale saranno inscritti i nomi dei membri presenti.

Art. 9. Le decisioni del Corpo dei professori sono prese a maggioranza dei membri presenti; in caso di parità, il voto del presidente decide.

Art. 10. Nelle conferenze, il Corpo dei professori discute sull'andamento dell'Istituto, sulla condotta morale e sul profitto degli studenti, ed assegna a ciascuno di essi la classificazione di condotta, tenuto conto del voto del professore che imparte il maggiore numero di lezioni. La classificazione sul profitto è data dal rispettivo professore. Ove all'Istituto sia unito un convitto, il Corpo dei professori sentirà, per quanto risguarda la condotta dei convittori, anche il voto del rispettivo Direttore o del Prefetto.

Art. 11. All'aprirsi dell'anno scolastico ogni professore dovrà presentare, al mezzo del Direttore, al Dipartimento di Pubblica Educazione, perchè lo approvi, il programma analitico delle lezioni che intende impartire durante l'anno, coll'indicazione dei testi che saranno adoperati.

Art. 12. Il Corpo dei professori, al principio dell'anno scolastico, elaborerà un disegno d'orario, in guisa che tutte le materie indicate nei singoli programmi abbiano effettivamente il numero di ore loro assegnato. 1. Questo disegno d'orario sarà trasmesso in due copie al Dipartimento, il quale ne rimanda una copia munita della sua approvazione alla Direzione dell'Istituto, perchè sia affisso in luogo accessibile alla scolaresca ed eseguito. 2. In detto orario le materie saranno ripartite in modo che ogni professore abbia in media quattro ore di lezione al giorno. Ove il bisogno lo richieda, potrà essere aumentato l'orario giornaliero, in guisa però che niun docente abbia più di 25 ore di lezione alla settimana. 3. Riscontrandosi qualche difficoltà nell'applicazione dell'orario, i docenti potranno presentare le loro osservazioni al Dipartimento di Pubblica Educazione per mezzo del Direttore, che vi aggiungerà il suo preavviso.

Art. 13. I professori non potranno interrompere il corso delle lezioni senza licenza superiore. Il Direttore, per urgenti motivi, potrà dispensare fino a tre giorni consecutivi: per un tempo maggiore è necessario il permesso del Dipartimento di Pubblica Educazione.

Art. 14. Sorvenendo ad un professore un impedimento che interrompa il corso delle lezioni, egli è tenuto darne immediatamente avviso al Direttore, il quale provvede alla supplenza se l'impedimento non deve durare più di tre giorni. Se deve durare per un tempo più lungo, il Direttore ne riferisce al Dipartimento il quale provvede alla supplenza. Il professore supplente è indennizzato dalla Stato sino ad un mese, se l'interruzione delle lezioni per parte del professore ordinario è causata da malattia: per un tempo più lungo il supplente sarà indennizzato dal supplito. Fuori del caso di malattia il supplente percepirà la metà dell'onorario che spetta al professore ordinario, se è tolto dal novero dei professori; la totalità, se fuori.

Art. 15. I professori terranno una condotta tale da servire d'esempio agli allievi nella scuola e fuori. Essi dovranno trovarsi nella rispettiva scuola all'ora fissata, terranno nota di ogni mancanza avvisan-

done in giornata il Direttore, al quale presenteranno altresì alla fine di ciascun mese un rapporto circa la condotta, la diligenza ed il profitto degli studenti. Prenderanno gli opportuni concerti perchè nei corritoi si trovi alcuno di loro per turno, dieci minuti prima dell'ingresso, onde sorvegliare la scolaresca; come pure che uno di essi, od il prefetto, ove esiste il convitto, assista agli esercizi di ginnastica, onde cooperare al mantenimento dell'ordine e della disciplina. Inoltre veglieranno sulla disciplina nell'interno dell'Istituto, curando che gli studenti non si sbandino nei corritoi e nei cortili, nè si agglomerino alla porta d'ingresso prima e dopo la scuola, e, terminata che sia, ritornino alle loro case in bell'ordine e senza strepito di sorta. Gl'insubordinati verranno denunciati al Direttore per gli opportuni provvedimenti. Entro l'Istituto tanto i professori che gli allievi sono tenuti a far uso della lingua italiana.

Art. 16. Niun professore può abbandonare la scolaresca della propria classe fino all'arrivo di quello che gli succede.

Art. 17. I còmpiti devono essere dati agli scolari in guisa che ogni ramo d'insegnamento sia convenientemente coltivato; i professori prenderanno a quest'effetto gli opportuni concerti. Le correzioni dovranno essere preparate dal professore fuori delle ore di scuola, e i còmpiti, emendati o annotati, saranno restituiti agli allievi, previe le necessarie spiegazioni e correzioni in comune fatte durante la lezione.

Art. 18. Un professore non è tenuto esclusivamente all'insegnamento delle materie della rispettiva classe, ma potrà essere chiamato dalla superiore Autorità ad insegnare anche altre materie in altre classi. 1. I professori potranno essere assunti a collaborare nelle scuole maggiori femminili per alcun ramo d'insegnamento e segnatamente per le lezioni di lingue e di disegno. 2. I professori di disegno ponno essere chiamati a dare apposito corso di disegno lineare e industriale agli studenti delle Scuole tecniche e delle Scuole normali.

Art. 19. I professori impartono l'insegnamento loro affidato giusta il programma degli studi e l'orario prestabiliti. L'inosservanza delle leggi e discipline scolastiche è punita giusta le norme stabilite dall'articolo 206 della vigente legge.

Art. 20. Il Dipartimento potrà permettere che si tengano dei corsi non previsti dal regolamento. In tal caso vengono applicate le disposizioni risguardanti il programma dei corsi ordinari. 1. In ore non comprese nell'insegnamento ordinario, i giovinetti saranno addestrati negli esercizi ginnastici, nel canto e possibilmente anche nella musica istrumentale. 2. La scuola di disegno, ovunque è stabilita, serve anche per gli scolari degli Istituti cantonali delle rispettive località, con quelle discipline che sono prescritte dai programmi.

Art. 21. È vietato, senza il consenso della Direzione dell'Istituto, il dare lezioni private agli alunni propri. I professori che danno lezioni fuori dell'Istituto, dovranno chiederne licenza al Dipartimento, nè potranno far parte delle Commissioni governative negli esami dei giovani che furono da loro istruiti privatamente.

Art. 22. I professori sono risponsabili degli ogetti scolastici loro affidati dalla Direzione.

Art. 23. Ad uno dei professori, nominato dal Dipartimento, è specialmente commessa la cura della biblioteca dell'Istituto. Per la biblioteca cantonale del Liceo viene nominato un apposito bibliotecario. 1. Tutta la suppellettile letteraria e scientifica e i mobili esistenti nella biblioteca sono affidati dal Direttore, per la loro custodia e conservazione, alle cure, alla vigilanza e alla risponsabilità del bibliotecario. 2. Ogni professore od allievo, in ora da fissarsi, s'indirizza a lui per avere i libri di cui abbisogna. 3. Egli tiene un registro apposito, nelle cui finche il ricevente scrive il titolo dell'opera, il numero dei volumi, la edizione ecc., e vi appone la propria firma. Quando ne fa la restituzione, nota semplicemente nell'apposita finca il giorno della restituzione. 4. Nessun allievo potrà ritirare un libro dalla biblioteca senza un permesso scritto dal Direttore dell'Istituto o del professore della materia propria od affine a quella trattata nel libro.

Art. 24. Chi riceve libri è tenuto conservarli con cura e restituirli in uno stato decente e servibile. Nel caso di smarrimento o di grave guasto di un'opera o di un volume, è obbligato risarcirne il danno in guisa che la collezione non ne abbia a risentire difetto.

Art. 25. Di regola un libro deve essere restituito un mese dopo averlo ricevuto, quando sia richiesto da altri. Se non è richiesto, il possessore potrà usarne più a lungo; ma in ogni caso ne farà riconsegna una settimana prima della chiusura dell'anno scolastico.

Art. 26. La custodia dei gabinetti scientifici e dell'orto botanico, incombe ai rispettivi docenti: l'osservatorio meteorologico presso il Liceo è affidato all'Assistente ai gabinetti. Questi professori ricevono regolare consegna degli oggetti loro affidati, allorchè entrano in funzione e sono responsevoli della conservazione e dell'ordine delle collezioni; tengono completi l'inventario ed i cataloghi.

Art. 27. L'Assistente ai gabinetti coadiuva i professori di scienze naturali, ai quali è subordinato, e tiene l'ordine nei rispettivi gabinetti. 1. Fa le osservazioni meteorologiche durante tutto l'anno, e all'uopo sotto la direzione di persona indicata dal Dipartimento di Pubblica Educazione. 2. Spedisce ogni quindicina al Foglio Officiale una copia delle osservazioni corrette e ridotte.

Capitolo III. **Degli Studenti.**

Art. 28. Gli studenti si inscriveranno presso l'ufficio del Direttore nei giorni indicati dal Dipartimento di Pubblica Educazione. L'ammissione di nuovi studenti durante l'anno è subordinata al consenso del corpo insegnante.

Art. 29. Ogni studente dovrà presentarsi per l'inscrizione accompagnato dal proprio genitore o chi per esso. 1. All'atto dell'inscrizione paga la tassa annuale, fissata dalla vigente legge sul riordinamento degli studî. Per l'inscrizione al Liceo sarà corrisposta la tassa di fr. 30: se è compresa la scuola del disegno di fr. 40. Per l'inscrizione al Ginnasio ed alle scuole tecniche la tassa annuale sarà di fr. 20.

Se è compresa la scuola di disegno, di fr. 30. Pel corso preparatorio sono mantenute le tasse per le scuole maggiori. 2. Gli allievi attinenti a famiglie povere sono dispensati da ogni tassa. 3. Chiunque, per qualsiasi titolo, abbandona l'Istituto prima che abbia compiuto l'anno scolastico, non avrà diritto al rimborso delle tasse versate. 4. Quando la famiglia dell'allievo non abitasse nel Comune dov'è aperto l'Istituto, i parenti dovranno dichiarare presso chi intendono collocarlo. La scelta della dimora dovrà essere approvata dal Direttore, nè potrà essere cambiata durante l'anno senza l'approvazione scritta dei parenti. L'allievo potrà essere obbligato a mutare la sua dimora, qualora consti mancarvi la dovuta vigilanza o il rispetto alle Autorità dell'Istituto.

Art. 30. Per essere ammesso al corso preparatorio fa d'uopo: 1. Aver compiti i 9 anni e non oltrepassati i 15. Il Dipartimento di Pubblica Educazione potrà fare delle eccezioni a questa regola. 2. Presentare il certificato di nascita, di buona condotta, quello assolutorio dalla scuola primaria, e l'attestato di vaccinazione o rivaccinazione o di subito vajuolo naturale.

Art. 31. L'allievo che frequenta il Ginnasio o le Scuole tecniche non può essere ritirato dalla scuola cui fu inscritto, se non dopo aver compito l'anno scolastico e subito gli esami finali, eccetto che per gravi circostanze, da riconoscersi dal Dipartimento. Chi, senza approvazione del Dipartimento, si ritira, perde l'anno, e non può essere ulteriormente riammesso in nessun Istituto cantonale, se non dietro autorizzazione del suddetto Dipartimento.

Art. 32. Per essere ammessi al corso filosofico, o tecnico superiore, gli studenti dovranno esibire la prova di avere compiti gli studi ginnasiali e, rispettivamente, gli studi tecnici inferiori.

Art. 33. Chi vuol essere inscritto in una classe intermedia del Liceo, del Ginnasio e delle Scuole tecniche senz'essere fornito di un regolare attestato di promozione sarà sottoposto ad un esame d'ammissione.

Art. 34. Lo studente percorre una classe nel tempo di un anno: quando agli esami finali non avesse ottenuto l'attestato di promozione dovrà ripetere l'anno, salvo l'esito dell'esame di riparazione.

Art. 35. Tutti gli alunni debbono trovarsi nell'Istituto il giorno prefisso al cominciamento delle lezioni. Saranno tenuti seguire tutti i corsi della classe nella quale furono inscritti.

Art. 36. Per gravi motivi il professore può concedere ad uno studente un permesso di assenza duraturo per un giorno: il Direttore fino a una settimana. Un'assenza di maggiore durata non potrà essere concessa che dal Dipartimento di Pubblica Educazione. Il Direttore è tenuto a darne notizie al rispettivo professore. 1. Le assence arbitrarie saranno tenute a calcolo siccome un demerito per la condotta. 2. Se l'assenza non giustificata continuasse per 2 giorni, lo studente non potrà riprendere il corso degli studi senza speciale autorizzazione della Direzione dell'Istituto, la quale, in questo caso, è tenuta a darne notizia alla famiglia dell'allievo. Di regola, una mancanza non può ritenersi giustificata, se non per causa di malattia comprovata da attestato medico.

Art. 37. Durante tutto l'anno scolastico gli allievi sono tenuti a portare il berretto uniforme.

Art. 38. Gli allievi osserveranno in ogni tempo ed in ogni luogo le regole di buona società sia tra loro, sia col pubblico; avranno particolare rispetto verso tutti i loro superiori, i magistrati ed i ministri del culto. Il loro abito sarà decenti e pulito. 1. È proibito agli allievi il frequentare pubblici spettacoli, caffè, osterie ed altri simili stabilimenti. È pure vietato ai medesimi il fumare. 2. Un allievo immorale, insubordinato o che repitutamente e arbitrariamente mancasse alle lezioni o si mostrasse abitualmente negligente nello adempire ai propri doveri, oppure non possedesse sufficiente attitudine allo studio, potrà essere rimandato dall'Istituto, sentito il Corpo dei professori e in seguito ad autorizzazione del Dipartimento. 3. Un allievo espulso da qualsiasi Istituto scolastico, anche privato, non potrà essere ricevuto in nessun Istituto cantonale, senza speciale autorizzazione del Dipartimento.

Art. 39. Durante la scuola nessun allievo può uscire dell'Istituto senza licenza del professore. Tale proibizione vale anche per gli intervalli fra una lezione e l'altra, durante i quali gli allievi dovranno sempre dar prova di un contegno disciplinato evitando il soverchio rumore tanto nel parlare, quanto nel passeggiare. Gli studenti si asterranno in iscuola da ogni segno di approvazione o di disapprovazione verso il professore.

Art. 41. Gli allievi sono responsevoli personalmente, ed anche collettivamente, dei guasti commessi nei locali scolastici.

Art. 41. È vietato agli allievi lo stare fuori di casa, senza speciale permesso del Direttore, dopo le 7 ore di sera durante il primo semestre e dopo le 9 ore durante il secondo semestre. Quelli che frequentano le scuole serali di disegno non si permetteranno alcun atto che non sia conforme al vivere civile tanto in pubblico che nel recinto dell'Istituto.

Art. 42. Le infrazioni alle regole disciplinari stabilite dal presente regolamento e dalla Direzione, gli atti di insubordinazione, la cattiva condotta, sono puniti: a) Coll'ammonizione in privato dal professore; b) Coll'ammonizione fatta dal professore in presenza degli altri studenti; c) Coi pensi, i quali devono consistere, non in una materiale riproduzione di segni, ma in lavori utili e ragionevoli; d) Col trattener l'allievo in iscuola dopo la lezione ad eseguir il còmpito sotto sorveglianza; e) Coll'ammonizione fatta dal Direttore in privato od in presenza del Corpo dei professori e degli studenti, secondo la gravità dei casi. Non valendo tali punizioni, il Direttore ne avvertirà il Dipartimento di Pubblica Educazione, e questo potrà decretare la esclusione dello studente dall'Istituto. Venendo il caso di applicare i gradi di correzione segnati alle lett. *d* ed *e*, la Direzione dovrà avvertire i genitori od i tutori dello studente.

Art. 43. I riclami degli studenti contro i professori sono inviati al Direttore: per le non ammissioni, al Dipartimento di Pubblica Educazione. Al Direttore si rivolgono pure i parenti dello studente per informazioni sulla condotta e sul profitto del medesimo.

Capitolo IV. **Esami, premi ed attestati.**

Art. 44. Gli esami nel Liceo, nel Ginnasio e nelle Scuole tecniche, sono: di ammissione, di promozione, di licenza.

Art. 45. Gli esami di ammissione alla 1ª, alla 2ª e alla 3ª classe del Liceo, alla 1ª, 2ª, 3ª, 4ª e 5ª classe ginnasiale o tecnica, si danno dagli alunni che non fossero in grado di presentare per l'ammissione al Liceo, la licenza ginnasiale o tecnica rilasciata dalla Commissione esaminatrice governativa; per la ammissione all'anno preparatorio del Ginnasio o delle Scuole tecniche, l'assolutorio della scuola primaria; e per l'ammissione ad una classe intermedia un attestato di promozione alla stessa, riportato in un Istituto governativo o pareggiato, o rilasciato da una Commissione esaminatrice secondo gli articoli 242 e 243 della legge sul riordinamento degli studi. Nessuno potrà presentarsi all'esame di ammissione alla 2ª e 3ª classe del Liceo se non possiede l'attestato di licenza Ginnasiale o Tecnica.

Art. 46. Devono subire gli esami di promozione gli allievi che vogliono passare da una classe all'altra immediatemente superiore. Ne saranno dispensati colore che abbiano ottenuto nella media annuale dei voti, almeno nove decimi nell'italiano e nel latino, e otto decimi in ciascun'altra materia; e insieme siano dal Corpo dei professori dichiarati degni di tale esenzione per la loro buona condotta. La dispensa non può essere data nelle singole prove o materie, ma da tutti quanti gli esami della classe cui l'alunno appartiene.

Art. 47. Gli esami di licenza si dànno alla fine del corso ginnasiale, del tecnico inferiore, e del liceale filosofico e tecnico superiore.

Art. 48. I giorni per gli esami di ammissione, di promozione e di licenza, sono stabiliti dal Dipartimento.

Art. 49. L'esame di ammissione all'anno preparatorio del Ginnasio o della Scuola tecnica comprende: a) Un componimento italiano; b) una prova orale sulle materie insegnate nel corso elementare. L'esame di ammissione alla 1ª classe del Liceo comprende i rami prescritti per gli esami di licenza ginnasiale o tecnica. Gli esami di ammissione alle classi intermedie del Liceo, del Ginnasio e delle Scuole tecniche comprendono le materie prescritte per gli esami di promozione della classe precedente a quella a cui l'alunno domanda di essere ammesso.

Art. 50. L'esame di promozione alle classi intermedie del Ginnasio e delle sezioni letterarie annesse alle Scuole tecniche comprende: un componimento italiano, due prove scritte di versione, una dal latino in italiano ed una dall'italiano in latino, una prova scritta di versione dall'italiano in francese, una prova verbale in tutte le materie della classe. L'esame di promozione alle classi intermedie della Scuola tecnica consta: di un componimento italiano, di una prova scritta di versione dall'italiano in francese, di una prova scritta di aritmetica, di una prova orale su tutte le materie della classe. L'esame di promozione alle classi intermedie del Liceo comprende: a) Per il corso filosofico: un componimento italiano, una prova scritta di latino, ver-

sione dal latino in italiano e viceversa, una prova scritta di greco, una prova scritta sopra un tema filosofico, una prova scritta di matematica, una prova orale sopra tutte le materie della classe; b) per il corso tecnico: una prova scritta di lingua italiana, una prova scritta di matematica e geometria superiore, una prova orale su tutte le materie della classe.

Art. 51. L'esame di licenza ginnasiale comprende: un componimento italiano, due prove scritte di versione, una dal latino in italiano e una dall'italiano in latino, una prova scritta di versione dall'italiano in francese, una prova scritta di aritmetica, una prova verbale su tutte le materie insegnate nel corso ginnasiale. L'esame di licenza dalla Scuola tecnica comprende: un componimento italiano, una prova scritta di versione dall'italiano in francese, una prova scritta dal tedesco in italiano, una prova scritta di aritmetica, una prova orale sopra tutte le materie studiate nel corso tecnico inferiore. L'esame di licenza liceale comprende: a) Per il corso filosofico: un componimento italiano, una prova scritta di latino, una prova scritta di greco, una prova scritta sopra un tema filosofico, una prova scritta di matematica, una prova orale in tutte le materie studiate nel corso del Liceo; b) per il corso tecnico: una prova scritta di lingua italiana, una prova scritta di tedesco e di francese, una prova scritta di matematica e geometria superiore, una prova scritta di meccanica, una prova orale su tutte le materie studiate nel corso tecnico liceale. Il Dipartimento potrà aggiungere anno per anno altre prove scritte quando lo creda opportuno.

Art. 52. In tutti i sopradetti esami, per ottenere la promozione o la licenza, è necessario riportare almeno sette decimi nell'italiano, nel latino, nella storia e nell'aritmetica, e sei decimi nelle altre materie. Agli esami di promozione o di licenza, nel dare la classificazione sopra ciascuna materia agli allievi regolarmente inscritti negli Istituti dello Stato o pareggiati, si terrà calcolo dei punti rappresentanti il profitto conseguitto durante l'anno scolastico, desunti dalla tabella mensile-annuale.

Art. 53. Nel certificato di promozione o di licenza che si rilascia agli alunni, regolarmente inscritti nell'Istituto, si distinguono le note di condotta in generale e di diligenza e profitto nei singoli rami d'insegnamento. 1. Ai candidati non regolarmente inscritti, che hanno superato la prova dell'esame, verrà rilasciato un certificato comprovante i soli gradi di merito. 2. La condotta ha quattro note: molto conforme — conforme — quasi conforme — cattiva. Le note di condotta molto conforme e cattiva non possono essere date se non col voto unanime del Corpo dei professori. 3. Quell'alunno che non ottenesse sul complesso delle materie la media in diligenza di $^{8}/_{10}$, non potrà avere in condotta la nota molto conforme, ed avrà il quasi conforme chi riportasse solo i $^{5}/_{10}$. 4. La diligenza e il profitto nei singoli rami d'insegnamento, hanno 10 note, espresse in cifre arabiche dall' 1 al 10 inclusive. 6. Per il giorno in cui cominceranno gli esami di promozione e di licenza in un Istituto, ogni docente di questo terrà in pronto il programma dell'insegnamento impartito e la tabella men-

sile-annuale colle rispettive classificazioni. 7. Lo studente che nel corso di un anno risultasse colpevole di 10 mancanze ingiustificate, non potrà essere ammesso agli esami senza una speciale autorizzazione del Dipartimento della Pubblica Educazione. 8. Quell'allievo che non ottenesse il certificato di promozione o l'assolutorio a fine d'anno potrà ritentare la prova, a sua spesa, all'aprirsi dell'anno scolastice successivo. 9. Verrà dispensato da ogni relativa spesa quell'allievo che non avesse subito l'esame a fin d'anno per causa di malattia.

Art. 54. Alla Direzione locale ed ai professori è vietato promuovere, durante l'anno scolastico, verun allievo da una classe all'altra. All'uopo sarà interpellato il Dipartimento.

Art. 55. Alla chiusura dell'anno scolastico vi sarà la distribuzione dei premi, la quale si procurerà di fare con certa solennità, e possibilmente accompagnata da un trattenimento accademico. Ad essa sono tenuti d'intervenire tutti i professori e gli allievi dell'Istituto. Uno dei professori, per turno, aprirà la festa con analogo discorso.

Art. 56. Di regola non potranno essere assegnati ad una classe più che due premi e due attestati di lode.

Art. 57. L'aggiudicazione dei premi si fa dal Corpo dei professori, e a tal uopo devonsi prendere in considerazione non tanto i risultati dell'esame, quanto il profitto annuale dell'allievo, non in una speciale materia, ma nel complesso delle materie proprie della classe cui appartiene. L'alunno per essere meritevole del 1° premio dovrà avere molto conforme in condotta, la nota 10 in diligenza e profitto nella lingua italiana e non meno di $^{8}/_{10}$, in media, in diligenza e profitto nelle altre materie. Per il 2° premio si esige: la nota molto conforme in condotta, ed almeno $^{9}/_{10}$ in lingua italiana e $^{7}/_{10}$ in media nelle altre materie. Per gli attestati di lode saranno sufficienti $^{8}/_{10}$ nella lingua italiana, $^{7}/_{10}$, in media, nelle altre materie e la nota molto conforme in condotta.

Art. 58. Quando la distribuzione dei premi non segua immediatamente gli esami, ma vogliasi riservare ad altra occasione, dovrà perciò ottenersi l'approvazione del Dipartimento, il quale ne fissa il giorno, sentito il preavviso del Corpo dei professori.

Capitolo V. **Commissioni esaminatrici.**

Art. 59. Il Corpo dei professori dell'Istituto nomina la Commissione per gli esami d'ammissione. Detta Commissione si comporrà di tre membri, scelti fra i professori dell'Istituto stesso, che dovranno prestare l'opera loro gratuitamente. Gli esami di promozione, o finali, saranno presieduti dal Direttore dell'Istituto o suo delegato, assistito da due docenti scelti da lui, per turno, dal Corpo dei professori. Il Dipartimento potrà inviare un Delegato per assistere e prendere parte ai detti esami. In questo caso la presidenza degli esami spetta a Delegato.

Art. 60. La Commissione per gli esami di licenza è nominata dal Dipartimento, e si compone di tre membri. 1. L'indennità assegnata a ciascun membro è di fr. 10 per ogni giorno di seduta effettiva,

compresi i giorni di viaggio e pagate le trasferte. 2. La Commissione sceglie i temi per gli esami scritti, dirige e sorveglia direttamente tanto le prove scritte quanto le prove orali, assegna le classificazioni in conformità del presente regolamento, e fa un rapporto circostanziato al Dipartimento sul risultato degli esami stessi. 3. La medesima Commissione è pure incaricata degli esami di riparazione nella licenza. 4. Alla Commissione per gli esami di licenza ginnasiale o tecnica è affidato l'esame d'ammissione alla 1ª classe liceale.

Art. 61. L'orario degli esami verrà preparato dalla Direzione dell'Istituto, salvo ratifica della Commissione, al presidente della quale sarà mandato otto giorni prima dell'esame, insieme al programma particolareggiato delle materie insegnate.

Art. 62. Negli esami di licenza, ad ogni prova scritta verranno assegnate non meno di 3 ore nè più di 5.

Art. 63. Il Direttore dell'Istituto e la Commissione esaminatrice rispondono al Dipartimento del perfetto andamento degli esami.

Art. 64. I risultati degli esami ed i voti ottenuti dagli alunni dispensati dagli esami stessi a norma dell'art. 46 si scriveranno su appositi registri, che saranno senza ritardo trasmessi al Dipartimento dal Direttore dell'Istituto.

Art. 65. Il Direttore dell'Istituto fa pure rapporto al Dipartimento intorno al risultato degli esami di ammissione e di promozione.

Capitolo VI. **Durate delle Scuole e vacanze.**

Art. 66. Le scuole secondarie dello Stato stanno aperte da nove a dieci mesi all'anno. Il giorno e modo dell'apertura sarà stabilito anno per anno dal Dipartimento. L'apertura sarà accompagnata da cerimonia religiosa, da determinarsi dal Direttore dell'Istituto, alla quale intervengono il Corpo insegnante e gli allievi.

Art. 67. Oltre le ferie autunnali, vi sarà vacanza: a) Tutte le feste di precetto; b) tutti i giovedì, quando nel corso della settimana non occorra altra festa di precetto oltre la domenica; c) dal 24 dicembre al 1° gennajo inclusivamente; d) cinque giorni a Pasqua. 1. Ogni Direttore di Istituto potrà concedere per tre volte all'anno mezza giornata di vacanza. 2. Non sarà accordata altra vacanza, se non per legittimi motivi da riconoscersi dal Dipartimento.

Capitolo VII. **Del Bidello.**

Art. 68. Ad ogni Istituto è addetto un bidello che vi risiede continuamente e fa l'ufficio del portinaio. Esso è nominato dal Consiglio di Stato, sentito il preavviso della Direzione del rispettivo Istituto.

Art. 69. Per essere nominato dovrà produrre: a) L'attestato di buoni costumi da ottenersi dalla rispettiva Municipalità; b) il certificato di saper leggere e scrivere, rilasciato da un maestro approvato, col visto dell'Ispettore scolastico del rispettivo Circondario.

Art. 70. Il bidello dipende in tutto dal Direttore dell'Istituto, o da chi per esso; ma sarà anche a disposizione del bibliotecario e

dei professori, per incumbenze risguardanti il pubblico insegnamento o la biblioteca.

Art. 71. Come portinaio ha per ufficio di custodire le chiavi dell'Istituto, di chiudere ed aprire le porte e le finestre, e di annunciare chiunque si presenti. Le finestre delle scuole saranno aperte ogni giorno per la rinnovazione dell'aria a seconda della stagione e degli ordini dei professori. Gli verrà assegnata una stanza a pian terreno che non potrà abbandonare finchè resta aperta la porta d'ingresso, giusta le disposizioni date dalla Direzione dell'Istituto.

Art. 72. Al bidello incombe: a) La pulizia dei locali e la cura dei mobili, degli oggetti scolastici ed attrezzi di ginnastica; b) l'annunciare col suono della campana il principio e la fine della scuola; c) l'accendere le stufe d'inverno e i lumi nella scuola di disegno, conservando la pulizia delle lucerne; d) Il trasporto delle corrispondenze postali del Direttore dei professori.

Art. 73. Il bidello dovrà astenersi dal chiedere mancia a chicchessia per qualsivoglia titolo o pretesto. Egli dovrà distinguersi per zelo e puntualità nel disimpegno dei propri uffici, per probità, garbatezza e contegno rispettoso, così verso i superiori e gli studenti, come verso gli estranei.

Art. 74. Venendo meno ai suoi doveri, sarà ammonito dal Direttore dell'Istituto cui è addetto, e, secondo la gravità del caso, potrà essere da lui punito colla ritenuta del soldo da 1 a 5 giorni. 1. Sull'indennizzo per guasto o per sottrazione d'oggetti a lui affidati, avvenuti per colpa o negligenza, deciderà il Direttore, salvo ricorso al Dipartimento di Pubblica Educazione. 2. Nel caso di gravi e ripetuti mancamenti potrà essere licenziato. 3. Dove all'Istituto è unito un Convitto, le ulteriori prestazioni del bidello saranno determinate da apposita convenzione.

Disposizioni generali.

Art. 75. In ogni scuola si dovrà conservare copia del presente regolamento, e nella prima settimana il professore leggerà e spiegherà agli studenti i singoli capitoli ed articola che li riguardano. La lettura generale o parciale di qualche articolo sarà pure ripetuta ogni volta che il bisogno lo richieda.

Art. 76. Colla pubblicazione del presente regolamento, che avrà vigore col 15 di ottobre 1886, restano abrogati tutti i precedenti regolamenti degli Istituti di egual natura.

Kanton TESSIN.

31. 2. **Programmi per l'Insegnamento nel Liceo, nel Ginnasio e nelle Scuole tecniche cantonali.** (Del 11 ottobre 1886.)

Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino, vista la legge sul riordinamento generale degli studi 14 maggio 1879—4 maggio 1882; sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione, adotta i seguenti *Programmi d'insegnamento per il Liceo, il Ginnasio e le Scuole tecniche cantonali.*

Programma per le materie d'insegnamento nella classe preparatoria.

Religione. Ripetizione e complemento di quanto venne studiato nelle scuole primarie.

Lingua italiana. Lettura di prose italiane facili, traendone argomento per una sommaria ripetizione della grammatica studiata nelle scuole primarie. Esercizi di memoria sopra tratti di prosa brevi e facili. Frequenti esercizi di composizione e continue correzioni.

Aritmetica. Riassunto e complemento dell'aritmetica studiata nelle scuole primarie. — Sistema metrico decimale. — Quesiti.

Storia. Storia della Svizzera dai primi tempi ai nostri giorni.

Geografia. Geografia della Svizzera in generale ed in particolare.

Civica. Istituzioni federali e cantonali.

Disegno lineare. Uso della riga, della squadretta e del compasso. Disegno delle principali figure della geometria piana.

Calligrafia. Posato inglese. — Corsivo. — Rotondo.

Programma per l'insegnamento della Religione nelle Scuole tecniche, nel Ginnasio e nel Liceo.

Ginnasio e Scuole tecniche.

Classe I. Elementi della dottrina cristiana e il Simbolo. — Catechismo approvato dall'Amministrazione apostolica.

Classe II. I Comandamenti di Dio e della Chiesa. — Catechismo.

Classe III. La Grazia e i Sacramenti. — Catechismo.

Classe IV. La preghiera, le feste, l'Eucarestia come sacrificio, e la liturgia.

Classe V. Delle virtù teologali.

Liceo

Classe I, II e III. Costituzione della Chiesa.

Programma per l'insegnamento della Filosofia nel Liceo.

Classe I. (Corso tecnico e Corso filosofico.) *Logica.* Definizione. — Semplice percezione e giudizio. — Verità e falsità dei giudizi. — Raziocinio e sue forme. — Dei sofismi e paralogismi. — Della verità e del criterio della verità.

Classe II. (Corso filosofico.) Ontologia, Psicologia, Cosmologia e Teodicea.

Classe III. (Corso filosofico.) Etica. Sommario della Storia della filosofia.

Programma per l'insegnamento della Lingua e Lettere italiane nelle Scuole tecniche, nel Ginnasio e nel Liceo.

Ginnasio e Scuole tecniche.

Classe I. Esposizione della parte etimologica della grammatica. Lettura e commento di una scelta di autori classici. — Studio a memoria dei luoghi più eletti, così di prosa come di poesia. Esercizi di analisi grammaticale e logica. — Esercizi di composizione. — Grammatica della lingua parlata, di Rafaello Fornaciari.

Classe II. Esposizione della sintassi semplice. — Lettura e commento di una scelta come la sopradetta, e di narrazioni opportunamente tratte dalle Vite di G. Vasari. Studio a memoria. Esercizi

di composizione. — Sunti verbali e scritti delle cose apprese. — Grammatica del Fornaciari.

Classe III. Ripetizione della sintassi semplice ed esposizione della composta. Lettura e commento di una scelta come la sopradetta e della Iliade d'Omero tradotta da Vincenzo Monti. — Studio a memoria dei luoghi eletti. Esercizi di composizione. — Sunti verbali e scritti delle cose apprese. Grammatica del Fornaciari.

Classe IV. Esempi, precetti ed esercizi intorno la purezza e proprietà della lingua; il linguaggio figurato; il periodo e lo stile. — Metrica ed esercizi di versificazione. Lettura e commento di una scelta come la sopradetta e della Eneide di Virgilio tradotta da A. Caro. — Studio a memoria dei luoghi più eletti. Esercizi di composizione. — Sunti verbali e scritti delle cose apprese.

Classe V. Avvertimenti intorno ai vari generi dello scrivere in prosa e in poesia, ed esempi. Lettura e commento di qualche canto del Tasso e dell'Ariosto, e di qualche parte delle storie fiorentine di N. Machiavelli. Studio a memoria dei luoghi più eletti. — Esercizi di composizione e di versificazione. — Sunti verbali e scritti delle cose apprese.

Liceo.

Classe I. Introduzione allo studio della letteratura. — Delle origini della lingua e della letteratura italiana fino al 1500. Lettura e commento della I^{a} Cantica della Divina Commedia; del Canzoniere del Petrarca; delle Novelle scelte del Boccaccio. — Studio a memoria dei luoghi più eletti. — Esercizi di composizione.

Classe II. Continuazione dello studio della storia della letteratura italiana fino al 1700. Lettura e commento della II^{a} della Divina Commedia; della Gerusalemme di T. Tasso; delle storie di Tacito tradotte dal Davanzati. — Studio a memoria. — Esercizi di composizione.

Classe III. Continuazione dello studio della storia della letteratura fino ai nostri giorni. Lettura e commento della III^{a} Cantica della Divina Commedia, e della Vita di B. Cellini. — Esercizi di composizione.

Programma per l'insegnamento della Lingua e delle Lettere latine nel Ginnasio, nelle Sezioni letterarie annesse alle Scuole tecniche e nel Liceo.

Ginnasio.

Classe I. Studio della parte regolare della grammatica latina e della sintassi generale. — Lettura e interpretazione dell'Epitomæ historiæ sacræ del Lhomond. — Esercizi di analisi grammaticale e logica, e versioni di brevi sentenze dal latino in italiano e dall'italiano in latino.

Classe II. Studio della parte irregolare della grammatica latina e della sintassi particolare. — Lettura, spiegazione e studio a memoria di Cornelio Nepote e del De Viris illustribus del Lhomond. — Analisi e versioni.

Classe III. Ripetizione della parte irregolare, continuazione e compimento dello studio sopra la sintassi. — Regole delle quantità,

o prosodia latina, e costruttura del verso esametro e pentametro. — Spiegazione delle vite di Cornelio Nepote, dei commentari di Cesare, De Bello gallico, e delle favole del Fedro. — Studio a memoria. — Esercizi di versione e di retroversione.

Classe IV. Riassunto della sintassi e compimento della metrica. — Spiegazione di qualche parte del libro De Amicitia di Cicerone e dei Fasti e dei Tristi di Ovidio. — Studio a memoria. — Esercizi di versione e retroversione, ed esercizio di metrica.

Classe V. Dell'eleganza latina. — Spiegazione sui testi seguenti: Virgilio: Eneide, Georgiche, Bucoliche; Tito Livio: Narrazioni scelte, e sopra alcuno degli autori già accenati. — Studio a memoria. — Facili composizioni latine. — Saggi di versificazione.

Liceo. (Corso filosofico.)

Classe I. Ripetizione delle parti più difficili della sintassi. Versioni dalle Storie di Livio, dal libro De Senectute di Cicerone e dall'Eneide di Virgilio. Frequenti analisi filologiche e letterarie sopra i brani tradotti sì in iscritto che a voce. — Versioni e riassunti orali e scritti di opere o di parti di opere convenienti o importanti — Composizioni latine. — Versificazione. Notizie sugli scrittori di favole, sugli epici e sugli epistolografi.

Classe II. Dello stile latino. — Dei principali metri oraziani. — Traduzione dagli Annali di Tacito e dalle opere di Orazio (arte poetica, alcune satire e odi scelte). — Analisi ed esercizi come sopra. — Composizione e versificazione. Notizie sugli storici, sugli oratori, sui didascalici.

Classe III. Dello stile latino, continuazione e fine. — Traduzione dagli autori accennati, dal Giugurta di Sallustio e dal De Oratore di Cicerone, e di alcuni brani di Commedie di Plauto. — Composizione e verificazione. Notizie sui lirici, sui drammatici e sui filosofi.

Nota. — I libri di testo per l'insegnamento della lingua italiana e latina saranno scelti dalle edizioni ad uso delle scuole.

Programma per l'insegnamento della Lingua greca nel Liceo.

(Corso filosofico).

Classe I. Lettura e scrittura. — Prima parte della grammatica. fino ai verbi in μ. — Esercizi di scrittura e di accentuazione. — Esercizi di analisi grammaticale a voce. — Versione di brevi proposizioni di greco in italiano e di italiano in greco.

Classe II. Continuazione dello studio della grammatica. — Sintassi. — Versione da Senofonte e da Luciano, con illustrazioni grammaticali, ed esercizi etimologici.

Classe III. Ripetizione della grammatica e della sintassi. — Dialetto omerico. — Versione da Omero.

Programma per l'insegnamento della Lingua francese nella Scuola tecnica, nel Ginnasio e nel Liceo.

Ginnasio e Scuole tecniche.

Classe I. Esercizi di pronunzia. — Nomenclatura. — Regole essenziali di grammatica. — Traduzione letterale dal francese in italiano.

Classe II. Esercizi di pronuncia. — Nomenclatura. — Grammatica. — Dettatura. — Traduzione.

Classe III. Grammatica e sintassi. — Analisi grammaticale. — Esercizi ortografici. — Dettatura. — Traduzioni. — Studio a memoria.

Classe IV. Grammatica e sintassi. — Esercizi ortografici. — Analisi. — Studio a memoria. — Traduzioni dal francese all'italiano e dall'italiano al francese.

Classe V. Revisione della grammatica e della sintassi. — Studio a memoria. — Traduzioni dal francese all'italiano e dall'italiano in francese e facili composizioni.

Nota. — Si farà uso esclusivo della lingua francese durante le lezioni, tanto dai professori quanto dagli scolari, nelle classi IV e V.

Liceo. (Corso tecnico).

Classe I. Revisione delle parti più difficili della grammatica e della sintassi. — Letture analitiche di brani scelti in prosa e in versi accompagnate da osservazioni sullo stile. — Esercizi di composizione (descrizioni e corrispondenza commerciale).

Classe II e III. Quadro sommario della letteratura francese. — Studio speciale di qualche capolavoro letterario.

Programma per l'insegnamento della Lingua tedesca nelle Scuole tecniche e nel Liceo.

Scuole tecniche.

Classe III. Alfabeto. — Scrittura. — Lettura di facili frasi. — Nomenclatura. - Regole sulle parti del discorso; verbi ausiliari e regolari. — Traduzioni facili.

Classe IV. Lettura di brevi racconti o letture con applicazione delle regole imparate precedentemente. — Verbi irregolari e composti. — Regole della costruzione tedesca. — Esercizi di memoria, di dettatura e di traduzione.

Classe V. Riepilogo degli studi dell'anno precedente, e sviluppo di ciò che risguarda la costruzione. — Esercizi di lettura e traduzione adoperando scelti pezzi tedeschi in prosa od in versi.

Liceo. (Corso tecnico).

Classe I. Riepilogo delle norme fondamentali di forma e di costruzione della lingua. — Traduzione a viva voce e per iscritto di pezzi scelti. — Studio a memoria di alcuni dei, medesimi. — Esercizi di composizione e corrispondenza commerciale. — Conversazione tedesca.

Classe II. Lettura di scelte prose e poesie. — Studi sulle medesime, commenti, ampliazioni. — Esercizi di composizione e conversazione tedesca.

Classe III. Studi sopra prose e poesie scelte. — Composizioni. — Conversazione tedesca. — Sommario della storia della letteratura tedesca.

Programma per l'insegnamento della Storia nel Ginnasio, nelle Scuole tecniche e nel Lice

Ginnasio e Scuole tecniche.

Classe I. Storia antica dei popoli orientali.

Classe II. Storia della Grecia fino alla dominazione romana.

Classe III. Storia romana fino alla caduta dell'Impero d'occidente

Classe IV. Storia del Medio evo, dalla caduta dell'Impero d'occidente fino alla scoperta dell'America.

Classe V. Storia moderna, dalla scoperta dell'America ai nostri giorni.

Liceo.

Classe I. Riassunto cronologico della Storia antica, e lezioni critiche sui fatti più importanti della medesima.

Classe II. Riassunto cronologico della storia del Medio evo e moderna, e studio critico dei fatti principali.

Classe III. Storia contemporanea. — Studio delle cause e degli effetti dei principali avvenimenti. — Costituzione della Svizzera e dei principali Stati di Europa.

Programma per l'insegnamento della Geografia nel Ginnasio e nelle Scuole tecniche.

Classe I. Introduzione allo studio della Geografia. — Dell'Europa in generale.

Classe II. Geografia dell'Asia.

Classe III. Geografia dell'Africa e dell'Oceania.

Classe IV. Geografia dell'America.

Classe V. Studio particolare dei vari Stati d'Europa e rispettive Colonie.

Programma per l'insegnamento della Matematica nelle Scuole tecniche, nel Ginnasio e nel Liceo.

Ginnasio e Scuole tecniche.

Classe I. *Aritmetica.* — Preliminari. Operazioni fondamentali. Problemi analoghi.

Classe II. *Aritmetica.* — Proprietà dei numeri. Teoremi relativi alla moltiplicazione e alla divisione. Divisibilità dei numeri. Massimo comun divisore. Teorica dei numeri primi. Problemi.

Classe III. *Aritmetica.* Teoria delle frazioni. Calcolo dei numeri complessi. Riduzioni. Problemi. — *Geometria.* — Linea retta. Angoli e triangoli. Rette parallele. Parallelogrammo.

Classe IV. *Aritmetica.* — Potenze e radici. Proporzioni e loro applicazioni. Problemi. — *Geometria.* — Della circonferenza e del circolo. Problemi sulla linea retta e sul circolo. Figure simili.

Classe V. *Aritmetica.* Conoscenza ed uso delle tavole dei logaritmi nelle operazioni di moltiplicazione, divisione, formazione di potenze ed estrazioni di radici. — *Algebra.* — Preliminari. Le quattro operazioni sulle quantità algebriche. Frazioni algebriche. — *Geometria.* — Problemi sulle linee proporzionali. Misura delle aree dei poligoni regolari e del circolo. Del piano e della linea retta nello spazio. Superficie e volume dei solidi.

NB. — Per gli allievi della V^a classe della sezione tecnica si faranno alcuni esercizi pratici intorno alla conoscenza ed uso dei principali istrumenti di agrimensura.

Liceo (Corso filosofico).

Classe I. *Algebra.* Riassunto e complemento dell'algebra studiata nelle Scuole ginnasiali. — Proporzioni. — Potenze e radici. — Equazioni di primo grado ad una, due o più incognite. — *Geometria.* — Dimostrazione dei teoremi e problemi della geometria piana ed applicazioni.

Classe II. *Algebra.* Equazioni di secondo grado. Teoria delle disuguaglianze. — *Geometria.* — Dimostrazione dei problemi e teoremi della geometria solida e applicazioni.

Classe III. *Algebra.* Progressioni e logaritmi. — *Trigonometria piana.* — Funzioni goniometriche. Risoluzione dei triangoli.

(Corso tecnico).

Classe I. *Algebra.* Riassunto e complemento dell'algebra studiata nelle Scuole ginnasiali. Equazioni di primo grado. Potenze e radici. Equazioni di secondo grado. Quantità immaginarie. Ineguaglianze di primo e secondo grado. Frazioni continue. Proporzioni e progressioni. Logaritmi e loro proprietà fondamentali. — *Geometria.* — Dimostrazione e risoluzione dei teoremi e dei problemi della geometria e della trigonometria piana. Stereometria con applicazione alla determinazione dei volumi.

Classe II. *Complementi di Algebra e di Trigonometria.* — Quistioni di massimo e di minimo. Problemi indeterminati. Applicazione dei logaritmi. Equazioni esponenziali. Teoria degli interessi composti ed annuità. Teoria delle combinazioni. Binomio di Newton e sua applicazione all'estrazione delle radici di grado superiore. Risoluzione delle equazioni numeriche superiori al 2° grado. Regula falsi. Derivati delle funzioni algebriche. Serie esponenziali. Serie logaritmiche. Serie trigonometriche le più semplici. Triangoli sferici ed elementi della trigonometria sferica. — *Geometria descrittiva.* — Projezioni ortogonali di punti, rette e circoli; traccie di rette e di piani, intersecazioni di rette, di piani e di rette e piani. Ribaltamenti, punto, retta, piano, figura piana, lunghezza di una retta. Risoluzione dell'angolo triedro. Determinazione degli angoli fra rette, fra piani, fra rette e piani. Distanza fra un punto ed una retta oppure un piano, fra piani paralleli, fra due rette. Rappresentazione dei prismi, delle piramidi e dei poliedri regolari. Sezioni piane ai prismi ed alle piramidi, sviluppo della loro superficie, loro intersecazione. Piani tangenti. Ombra propria ed ombra portata dal cilindro, del cono e della superficie di rivoluzione. Sezione piana al cilindro ed al cono; intersecazione delle due superficie.

Classe III. *Complementi d'Algebra e di Trigonometria.* — Come alla II^a classe. — *Geometria analitica.* — Coordinate rettangolari nel piano; punto e linea retta. La circonferenza, l'elissi, l'iperbole e la parabola nelle loro forme di equazioni più semplici. Coordinate rettangolari nello spazio. Distanza fra due punti. Angoli fatti da rette; equazione del piano.

Programma per l'insegnamento della Contabilità nelle Scuole tecniche.

Classe I. *Istruzione commerciale e registrazione.* Linguaggio del commercio. Atti di commercio. Titoli comprovanti gli atti di commercio. Titoli fiduciari e analoghe disposizione legislative. Fondi pubblici. Istituzioni mercantili. Tenuta dei libri a partita semplice. Teoria ed applicazione. *Aritmetica applicata al commercio.* — Sistema monetari dei vari Stati. Metalli nobili, materie, titolo, piede.

Classe II. *Istruzione commerciale e registrazione.* Tenuta dei libri in partita doppia. Regole fondamentali. Esami dei diversi libri

Bilanci di verificazione e di chiusura. Correzioni. Disposizione legislative circa la tenuta del giornale e del mastro. Esercizi. — *Aritmetica applicata al commercio.* — Sistemi di misure dei vari Stati. Parità delle misure estere fra loro. Regola congiunta. Conti correnti a interesse, appurati con i tre metodi: diretto, indiretto e scalare.

Classe III. *Istruzione commerciale.* — Società commerciali e relative disposizioni legislative. Cenni sulle banche di circolazione, di sconto e deposito, fondiarie o di credito mobiliare. Registrazione di una Società in accomandita, di una banca di circolazione, o di un'Amministrazione comunale. — *Aritmetica applicata al commercio.* — Cambio diretto ed indiretto. Arbitraggi mercantili. Calcoli relativi alle speculazioni sui fondi pubblici.

Classe IV. *Scienza economica e commerciale.* — Della proprietà. Della ricchezza; sua produzione e distribuzione. Valore e cambio.

Classe V. Banche e Società di assicurazione. Nozioni di legislazione commerciale. Storia compendiata del commercio.

Programma per l'insegnamento della Storia naturale nel Ginnasio, nelle Scuole tecniche e nel Liceo.

Ginnasio e Scuole tecniche.

Classe III. Elementi di botanica descrittiva. — Descrizione della pianta e sue parti: del fiore, del frutto, del seme. — Classificazione. — Cognizione delle principali famiglie. — Modo di raccogliere e conservare le piante.

Classe IV. Zoologia. — Cognizione degli animali più comuni, cominciando dai mammiferi agli infusori. — Classificazione degli animali.

Classe V. Nozioni elementari di fisica e chimica e descrizione dei principali minerali.

Liceo.

Classe I. Fisiologia delle piante e degli animali.

Classe II. Nozioni intorno alla mineralogia e alla geologia.

Classe III. Geografia fisica.

Programma per l'insegnamento della Fisica e della Chimica nel Liceo.

Classe II. *Fisica.* — Definizione e prime nozioni sperimentali di fisica generale. — Azioni molecolari. — Acustica. — Elettrologia. — *Chimica.* — Corpi semplici e composti. — Combinazioni. — Nomenclatura. — I principali elementi e loro combinazioni. — Acidi-basi-sali. — Neutralizzazione. — Teoria atomica.

Classe III. *Fisica.* — Elementi di meccanica dei gravi in generale ed in particolare dei solidi, dei liquidi e dei gas. — Termologia e ottica.

Programma per l'insegnamento della Meccanica nel Liceo.

Classe III. Leggi del moto uniforme e vario. — Moto uniformemente accelerato e ritardato. — Moti relativi e composizione dei movimenti. — Rapporto fra le forze ed i moti. — Composizione delle forze. — Centro di gravità. — Pendolo. — Condizioni di equilibrio nelle macchine semplici.

Programma per l'insegnamento del Disegno nelle Scuole tecniche.

Classe I. *Disegno geometrico.* — Costruzioni geometriche elementari a mano libera e coll'uso degli strumenti. — *Disegno ornamentale.* Copia a vista e a mano libera a semplice contorno di foglie e di fiori, riproducendoli, sempre in proporzione diversa dal modello, da disegni a stampa e da fotografie.

Classe II. *Disegno geometrico.* — Come sopra, più disegno a vista e a mano libera di solidi, di gruppi e solidi geometrici dal vero. — *Disegno ornamentale.* — Copia a vista da modelli di gesso in rilievo e in diversa scala di ornati elementari. — Schizzi a vista e dal vero di qualche macchina semplice, di qualche mobile.

Programma per l'insegnamento della Calligrafia nelle Scuole tecniche.

Classe I e II tecnica. Esercitazioni sui diversi caratteri.

Programma per l'insegnamento dell'Architettura nel Liceo.

Classe I. (Corso tecnico). Studio e disegno degli ordini del Vignola e delle più semplici decorazioni di porte e finestre.

Classe II. Case di abitazione e loro parti. — Esercizi di disegno di fabbricati semplici. — Progetto di una piccola casa civile.

Classe III. Costruzione dei fabbricati. — Costruzione di archi e volte semplici e composti. — Prezzi dei materiali e dei lavori e prezzi unitari. — Redazione di un progetto di casa civile con perizie, preventivo e prescrizioni.

Programma degli insegnamenti speciali per la Sezione di Agrimensura.

Classe III. (Corso tecnico). Conoscenza degli istrumenti di uso generale. Misurazione delle distanze. Operazioni con sole paline e canne. Operazioni collo squadro agrimensorio, coi goniometri e colla tavoletta pretoriana. Impiego della bussola. — *Agrimensura.* — Area dei terreni, planimetro polare. Divisione dei terreni. Rettifica delle linee dividenti. — *Livellazione.* — Strumenti. Profilo di un terreno. Mappe quotate. Strumenti per le pendenze. Sistemi delle curve orizzontali. — *Triangolazione topografica.* — Rete trigonometrica. Misura della base. Teodolite. Calcoli relativi ai triangoli, determinazione delle coordinate. Operazioni altimetriche. — *Disegno topografico.* — Esercizio continuato di disegno topografico sopra i modelli adoperati al Politecnico federale e sui rilievi fatti sul terreno negli esercizi pratici di geodesia.

Esercitatione topografiche. (Semestre estivo). Esercizi sul terreno, ovvero piccoli lavori in campagna, seguiti da schizzi ed appunti relativi ai medesimi e da un breve rapporto scritto intorno al modo con cui vennero condotti.

Giurisprudenza. (Semestre d'inverno). Nozioni generali sulla legge, sua formazione, applicazione ed abrogazione. Diritti scatenti dalla obbligazioni. Servitù reali. Legge forestale. — *Estimo.* — Elementi per la compilazione di una stima. — *Terreni.* — Diverse qualità. Stime empiriche. Stima sulla vendita e spesa annua. Valore commerciale. — *Fabbricati.* — Valore di costruzione e valore reperibile. Stima dei

Stima delle indennità per espropriazioni. Stima delle acque.

Orario del Liceo.

Materie d'insegnamento	Corso						Sez. di agrimensura Classe III Tecnica
	Filosofico			*Tecnico*			
	Cl. 1a	Cl. 2a	Cl. 3a	Cl. 1a	Cl. 2a	Cl. 3a	
Religione	1*	1*	1*	1*	1*	1*	—
Lettere italiane	5*	4*	4*	5*	4*	4*	—
» latine	5	4	4	—	—	—	—
» greche	6	4	4	—	—	—	—
Lingua francese	—	—	—	1	1	1	—
» tedesca	—	—	—	2	2	2	—
Filosofia	3*	3	3	3*	—	—	—
Storia universale	3*	3*	3*	3*	3*	3*	—
Matematica elementare	3*	2*	2*	6	—	—	—
» complementare	—	—	—	—	2	2	—
Geometria analitica	—	—	—	—	—	2	—
» descrittiva	—	—	—	—	2	—	—
Elementi di meccanica	—	—	2*	—	—	2*	2*
Fisica	—	3*	3*	—	3*	3*	3*
Chimica	—	2*	—	—	2*	—	—
Storia naturale e geografia fisica	2*	2*	2*	2*	2*	2*	2*
Architettura	—	—	—	5	6	5	—
Geodesai	—	—	—	—	—	—	4
Disegno topografico	—	—	—	—	—	—	6
Esercitationi topografiche	—	—	—	—	—	—	6
Giurisprudenza	—	—	—	—	—	—	3
Estimo	—	—	—	—	—	—	2
	28	28	28	28	28	27	28

Nota. — Le ore segnate con asterisco indicano lezioni date in comune ai due corsi.

Orario del Ginnasio.

Materie d'insegnamento	Anno preparatorio	Corso									
		Letterario					*Tecnico*				
		Cl. 1a	Cl. 2a	Cl. 3a	Cl. 4a	Cl. 5a	Cl. 1a	Cl. 2a	Cl. 3a	Cl. 4a	Cl. 5a
Religione	1	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*
Lingua italiana	8	8*	8*	7*	7*	7*	8*	8*	7*	7*	7*
» latina	—	8	8	6	6	6	—	—	—	—	—
» francese	—	3*	3*	3*	3*	3*	3*	3*	3*	3*	3*
» tedesca	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3
Storia	3	2*	2*	2*	2*	2*	2*	2*	2*	2*	2*
Geografia	2	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*
Aritmetica	4	2*	2*	2*	2*	2*	2*	2*	2*	2*	2*
Geometria	—	—	—	1*	1*	1*	—	—	1*	1*	1*
Contabilità	—	—	—	—	—	—	3	3	3	—	—
Scienza commerciale	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3
Storia naturale	—	—	—	2*	2*	2*	—	—	2*	2*	2*
Calligrafia	3	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—
Disegno	2	—	—	—	—	—	4	4	—	—	—
Civica	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25

Nota. — Le ore segnate con asterisco indicano lezioni date in commune ai due corsi.

X. Hochschulen.

a. Studienpläne, Verordnung.

Kanton BERN.

32. 1. **Studienplan für die Bernische Hochschule und Tierarzneischule.** (Vom 5. Mai 1886.)

Evangelisch-theologische Fakultät.

Der nachfolgende Studienplan richtet sich nach der bestehenden Prüfungsordnung vom 18. März 1876 und setzt voraus, dass das erste Examen nach dem fünften, das zweite nach dem achten Semester bestanden werden kann. Eine längere Studienzeit hält die Fakultät indessen für wünschenswert; es kann alsdann das Pensum der einzelnen Semester angemessen erleichtert werden. Der Studienplan bietet das ideale Schema eines normalen Studienganges; es wird jedoch schon wegen des verschiedenen Termines der Maturitätsprüfungen nicht immer möglich sein, die angegebene Reihenfolge genau einzuhalten. Im allgemeinen ist der Studiengang so einzurichten, dass bei exegetischen Vorlesungen der Fortschritt vom leichteren zum schwereren und bei historischen die Zeitfolge beachtet wird. Es sind im folgenden nur diejenigen Vorlesungen genannt, deren Besuch die Fakultät für notwendig hält; daneben werden im Lektionskatalog jeweilen noch andere dargeboten, deren Besuch als wünschenswert erachtet wird, wie z. B. exegetische Vorlesungen über die übrigen alt- und neutestamentlichen Schriften, deren Besuch wo möglich während der ganzen Studienzeit nicht völlig ausgesetzt werden sollte, ferner Geographie Palästina's, hebräische Archäologie, biblische Hermeneutik, schweizerische und bernische Reformations- und Kirchengeschichte, einzelne Teile der biblischen Theologie, der Dogmatik und Dogmengeschichte, sowie der Einleitungswissenschaften, Missionsgeschichte, Religionsphilosophie, Kirchenrecht u. a. m. Endlich sollen die Studirenden die an den andern Fakultäten, namentlich der philosophischen, dargebotene Gelegenheit zum Erwerb einer umfassenden allgemeinen Bildung fleissig benutzen. Zu Ratschlägen über die spezielle Einrichtung des Studienganges und des Privatstudiums sind die Mitglieder der Fakultät jederzeit bereit.

Studienplan.

I. Semester. Logik und Psychologie (in der philosophischen Fakultät). Geschichte der alten Philosophie (in der philosophischen Fakultät). Theologische Encyklopädie und Methodologie. Genesis, oder ein anderes historisches Buch des alten Testaments. Ein synoptisches Evangelium, Apostelgeschichte, oder ein leichterer Brief. Alt- und neutestamentliche Interpretirübungen. Aeltere Kirchengeschichte. Kirchengeschichtliche Übungen.

II. Semester. Geschichte der mittleren und neueren Philosophie (in der philosophischen Fakultät). Psalmen. Ein synoptisches Evangelium, Apostelgeschichte, oder ein leichterer Brief. Alttestamentliche exegetische Übungen. Neutestamentliche exegetische Übungen im Seminar. Mittlere Kirchengeschichte. Dogmengeschichte I. Kirchengeschichtliche Übungen.

III. Semester. Einleitung in das alte Testament I. Jesaja I. Evangelium Johannes, Römer- oder Galaterbrief. Neutestamentliche Zeitgeschichte. Alttestamentliche exegetische Übungen. Neutestamentliche exegetische Übungen im Seminar. Reformationsgeschichte. Dogmengeschichte II. Patristische Übungen.

IV. Semester. Einleitung in das alte Testament II. Jesaya II. Einleitung in das neue Testament I. Evangelium Johannes, Römer- oder Galaterbrief. Neuere Kirchengeschichte. Dogmengeschichte III. Neutestamentliche exegetische Übungen im Seminar. Patristische Übungen.

V. Semester. Hiob. Geschichte Israels. Einleitung in das neue Testament II. Synoptiker oder Leben Jesu. Geschichte der neueren Theologie. Repetitoria.

VI. Semester. Allgemeine Religionsgeschichte I. Alttestamentliche Theologie. Symbolik. Dogmatik I. Liturgik. Pädagogik I (in der philosophischen Fakultät). Exegetisch-praktische Übungen. Homiletische und katechetische Übungen.

VII. Semester. Allgemeine Religionsgeschichte II. Neutestamentliche Theologie. Dogmatik II. Dogmatische Übungen. Homiletik. Homiletische und katechetische Übungen. Ethik I. Pädagogik II (in der philosophischen Fakultät).

VIII. Semester. Ethik II. Pastoraltheologie. Katechetik. Dogmatische Übungen. Homiletische und katechetische Übungen.

Katholisch-theologische Fakultät.

I. Exegese. Es werden alle drei Jahre wenigstens ein Mal folgende Collegien gelesen:

Einleitung in das Alte Testament — Einleitung in das Neue Testament — Ein synoptisches Evangelium — Das Johannesevangelium — Der Römerbrief — Die Pastoralbriefe — Synoptische Darstellung der Leidensgeschichte Jesu — Ausgewählte Abschnitte des Pentateuchs — Einer der grossen Propheten — Die Psalmen — Die messianischen Weissagungen des alten Testamentes.

Leitende Bemerkungen: 1. Dem Studium der biblischen Einleitungswissenschaften sind tunlichst die ersten Semester zu widmen. 2. Während seiner Studienzeit soll jeder Studirende wenigstens sechs neutestamentliche und vier alttestamentliche Collegien hören. 3. Die rege Beteiligung an den Interpretirübungen wird angelegentlich empfohlen. In den letzten Semestern sollte sich jeder Student der Theologie in der schriftlichen Abfassung exegetischer Arbeiten üben.

II. A. Kirchengeschichte, und zwar in folgenden fünf Abteilungen: altchristliche Zeit, Mittelalter, Reformations-Zeitalter, Zeitraum von 1648 bis 1789, neueste Kirchengeschichte. Überdies werden Vorlesungen über einzelne bedeutsame kirchenhistorische Vorgänge gehalten. Repetitorien finden statt in allen Semestern, ebenso Übungen zum Zweck der Einführung in die Quellenkunde und Übungen in der selbständigen Bearbeitung kirchenhistorischer Stoffe.

B. Kirchenrecht und *Kirchenstaatsrecht* in drei Abteilungen: Kirchenrecht; Über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche; Eidgenössisches und kantonales Staatsrecht in Kirchensachen. Ferner: Geschichte der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der Schweiz. Lektüre besonders wichtiger kirchenrechtlicher Dokumente.

III. Systematische Theologie. A. Das Gesamtgebiet der Dogmatik wird mit Einschluss von Apologetik und Dogmengeschichte in fünf oder sechs Abteilungen behandelt.

B. Theologische Ethik (in zwei oder drei Abteilungen). Ausserdem wird unter anderem «Encyklopädie und Methodologie als Einleitung in das theologische Studium», desgleichen Geschichte der Theologie vorgetragen. Anleitung zum Studium der patristischen und der späteren kirchlichen Literatur, freie Repetitorien, Conversatorien in jedem Semester.

IV. Praktische Theologie. Es werden die einschlägigen Disziplinen, insbesondere Katechetik, Homiletik, Liturgik in regelmässiger Wiederkehr vertreten. Homiletische und katechetische Übungen.

Schlussbemerkungen. Die sich darbietenden Gelgenheiten zur Ergänzung der unerlässlichen Vorbildung und zur Weiterbildung in allgemein wissenschaftlicher Hinsicht sollen die Studirenden fleissig benützen. Rat zu erteilen sind die Lehrer der Fakultät stets gern bereit. Dieser Plan gilt für die Studirenden der deutschen und der französischen Zunge.

Juristische Fakultät.

Der nachstehende Studienplan hat auf die Möglichkeit Rücksicht genommen, dass derjenige, der sich auf das Fürsprecher-Examen vor-

bereitet, seine Studien in 6 Semestern und derjenige, der sich auf das Notariats-Examen vorbereitet, seine Studien in 4 Semestern beendigt. Allein es ist eine längere Studienzeit wünschbar, um so mehr als für den Juristen die Erwerbung oder Befestigung einer allgemeinen Bildung und daher Anhören von Vorlesungen der philosophischen Fakultät, besonders von philosophischen, geschichtlichen und philologischen Vorlesungen, ferner die Beteiligung an Repetitorien, exegetischen und praktischen Übungen, von grosser Bedeutung ist. Von philosophischen Vorlesungen werden den Studirenden des Rechts empfohlen Psychologie, Logik und Rechtsphilosophie. Am geeignetsten werden diese Vorlesungen in den ersten Semestern gehört.

A. Studienplan für Advokaten.

I. Semester. Encyklopädie des Rechts. Römische Rechtsgeschichte. Institutionen des römischen Rechts. Geschichte des eidgenössischen Bundesstaatsrechts. Logik, Psychologie, Rechtsphilosophie.

II. Semester. Pandekten, 1. Teil: Allg. Teil, Sachen- und Obligationenrecht. Allgemeines Staatsrecht. Kirchenrecht. Strafrecht, allgemeiner Teil. Grundbegriffe der Nationalökonomie.

III. Semester. Pandekten, 2. Teil: Familien- und Erbrecht. Deutsche Rechtsgeschichte. Bernisches Privatrecht. Völkerrecht. Teilnahme am Romanistischen Seminar.

IV. Semester. Bernisches Privatrecht. Bernische Rechtsgeschichte. Deutsches Privatrecht. Handels- und Wechselrecht. Französiches Civilrecht. Finanzwissenschaft.

V. Semester. Bernisches Privatrecht. Bernischer Civilprozess. Strafrecht, 2. Teil. Bernisches Staatsrecht. Französisches Civilrecht. Gerichtliche Medizin.

VI. Semester. Bernisches Konkursrecht. Eidgenössisches Bundesstaatsrecht. Strafprozess. Französisches Civilrecht. Code Napoléon für Nichtjurassier. Politik. Handelspolitik, Verwaltungsrecht. Repetitoria und Praktika.

B. Studienplan für Notare.

I. Semester. Encyklopädie des Rechts. Institutionen des römischen Rechts. Geschichte des eidgenössischen Bundesstaatsrechts. Bernisches Civilrecht. Grundbegriffe der Nationalökonomie. Logik, Rechtsphilosophie. Psychologie.

II. Semester. Bernisches Civilrecht. Bernische Rechtsgeschichte. Handelsrecht und Wechselrecht. Strafrecht, allgemeiner Teil. Allgemeines und Bundesstaatsrecht.

III. Semester. Bernisches Civilrecht. Bernischer Civilprozess. Bernisches Staatsrecht. Strafrecht, besonderer Teil. Repetitoria.

IV. Semester. Bernisches Konkursrecht. Strafprozess. Politik. Finanzwissenschaft. Repetitoria. Publica und staatswirthschaftliche Fächer können überall eingeschoben werden.

C. Studienplan für die Studirenden der politischen Oekonomie und des Konsularwesens.

Die nachstehende Ordnung bezieht sich bloss auf die ökonomischen Vorlesungen. Betreffs der speziell juristischen Fächer wird auf den Studienplan für Advokaten verwiesen. Vergleiche ferner §§ 3 und 5 des Reglements für das Seminar für Volkswirthschaftslehre und Konsularwesen.

I. Semester. Geschichte der volkswirtschaftlichen Systeme als Einleitung in das Studium der politischen Oekonomie. Allgemeine Statistik. Teilnahme am Seminar für Volkswirtschaftslehre und Konsularwesen in diesem wie in allen folgenden Semestern.

II. Semester. Theoretische Nationalökonomie (Grundbegriffe). Konsularorganisation und Konsularverwaltung.

III. Semester. Praktische Nationalökonomie (Volkswirtschaftspolitik). Ökonomische Geographie und Statistik.

IV. Semester. Finanzwissenschaft und Staatsverwaltungslehre. Zoll- und Handelspolitik, Agrarpolitik, Internationale Verträge. Verkehrswesen und sonstige Spezialkollegien.

Medizinische Fakultät.

I. Semester. (Winter) Osteologie, Systematische Anatomie, Präparirübungen, Physik, Chemie, Botanik, Zoologie. (Sommer) Ostelogie, Physik, Chemie, Botanik, Zoologie, Mineralogie und Geologie.

II. Semester. (Sommer) Histologie, Mikroskopische Übungen, Topographische Anatomie, Systematische Anatomie, 2. Teil, Physik, Chemie, Botanik, Zoologie, Mineralogie und Geologie, Praktische Arbeiten in der unorganischen Chemie. (Winter) Systematische Anatomie, Präparirübungen, Physik, Chemie, Botanik, Zoologie, Praktische Arbeiten in der unorganischen Chemie.

III. Semester. (Winter) Physiologie, Präparirübungen, Entwicklungsgeschichte. Systematische Anatomie, 2. Teil. Praktische Arbeiten in der organischen Chemie. (Sommer) Physiologie, Topographische Anatomie, Histologie, Vergleichende Anatomie, Systematische Anatomie, 2. Teil, Mikroskopische Übungen, Praktische Arbeiten in der organischen Chemie.

IV. Semester. (Sommer) Physiologie, Mikroskopische Übungen, Vergleichende Anatomie. Repetitorien in der Physik, Chemie, Anatomie und Physiologie. (Winter) Physiologie, Präparirübungen, Entwicklungsgeschichte, Systematische Anatomie, 2. Theil, Repetitorien in der Physik, Chemie, Anatomie und Physiologie.

V. Semester. Allgemeine pathologische Anatomie. Spezielle Pathologie. Theoretische Chirurgie. Theoretische Vorlesungen über Geburtshülfe und Gynäkologie, Pharmakologie. Physiologische und pathologische Chemie. Mikroskopischer Kurs, 2. Teil. Praktische Arbeiten in der medizinischen Chemie. Physiologische Übungen. Auscultation und Percussion.

VI. Semester. Spezielle pathologische Anatomie. Spezielle Pathologie. Theoretische Cirurgie. Medizinische Klinik Chirurgische Klinik. Geburtshülflich-gynäkologische Klinik. Topographische Anatomie. Praktische Arbeiten in der experimentellen Pharmakologie. Physiologische Übungen. Chirurgischer Operationskurs.

VII. Semester. Theoretische Ophthalmologie. Medizinische Klinik. Chirurgische Klinik. Geburtshülflich-gynäkologische Klinik. Mikroskopischer Kurs der pathologischen Anatomie. Gerichtliche Medizin. Hygiene.

VIII. Semester. Medizinische Klinik. Chirurgische Klinik. Ophthalmologische Klinik. Sektionskurs. Chirurgischer Operationskurs. Geburtshülflicher Operationskurs. Toxikologie.

IX. Semester. Medizinische Klinik. Chirurgische Klinik. Geburtshülflich-gynäkologische Klinik und Poliklinik. Klinik der Kinderkrankheiten. Kurse über Ohren- und Kehlkopfkrankheiten. Kursus der Ophthalmoskopie. Gerichtsärztliches Praktikum.

X. Semester. Ophthalmologische Klinik. Psychiatrische Klinik. Klinik der Syphilis und Hautkrankheiten. Medizinisch-chirurgische Poliklinik. Poliklinik der Kinderkrankheiten. Poliklinik der Ohren- und Kehlkopfkrankheiten. Geschichte der Medizin. Bakteriologische und praktisch-hygienische Kurse.

Der Studienplan ist entworfen worden unter der Voraussetzung, dass die Studirenden am Schluss des IV. Semesters das propädeutische Examen absolviren. Für Studirende, welche im Sommersemester ihre Studien beginnen, empfiehlt sich für ihr fünftes, in den Sommer fallendes Semester, die Wahl von mehr theoretischen, als speziell klinischen Vorlesungen und Kursen. Die medizinische Fakultät hat sich in der Aufstellung ihres Studienplanes ausschliesslich an die eigentlichen Fachwissenschaften gehalten; dagegen kann sie nicht umhin, den Herren Studirenden der Medizin auch das Studium philosophischer Wissenschaften angelegentlich zu empfehlen.

Philosophische Fakultät.

Die philosophische Fakultät befindet sich nicht in der Lage, spezielle Vorschläge für einzelne Semester zu machen, da die verschiedenen Fächer ihres Lehrkreises nach dem Zwecke der Studien in mannigfaltigster Weise gruppirt werden können, oder in den Studienplan der andern Fakultäten fallen und dort angeführt sind. Es folgt daher für die beiden Hauptabteilungen der Fakultät eine einfache Aufzählung der hauptsächlichsten Disziplinen. Jedoch sind die Mitglieder der philosophischen Fakultät jederzeit bereit zu Ratschlägen über die Benutzung der philosophischen Vorlesungen in allen einzelnen Fällen. Ein spezieller Studienplan für Pharmazeuten liegt vor in einem Anhang.

I. Philosophisch-philologisch-historische Sektion.

A. Philosophie. Geschichte der Philosophie: a) der alten, b) der neueren. Logik. Psychologie. Religionsphilosophie. Philosophische Übungen und Repetitorium. Spezialkollegien und Praktika in speziellen Gebieten der Philosophie. Geschichte und System der Pädagogik. Pädagogische Übungen. Gymnasialpädagogik.

B. Klassische Philologie. Encyklopädie der Altertumswissenschaft (Einleitung in das Studium der klassischen Philologie). Griechische und lateinische Grammatik. Griechische und lateinische Metrik. Griechische und römische Literaturgeschichte. Kritisch-exegetische Behandlung der Hauptwerke der griechischen und römischen Schriftsteller. Epigraphik. Palæographie. Alte Geographie, Topographie und Chronologie. Griechische und römische Altertümer. Mythologie. Geschichte der klassischen Philologie.

Philologisches Proseminar: Übungen im griechischen und lateinischen Stil. Repetitorien. Cursorische Lektüre.

Philologisches Seminar: Übungen in kritisch-exegetischer Behandlung griechischer und lateinischer Schriftsteller. Disputation und Vortragsübungen in lateinischer Sprache. Schriftliche Untersuchungen über verschiedene Gegenstände der Altertumswissenschaft. Pädagogische Übungen.

C. Romanische Philologie. Encyklopädie des Studiums der romanischen Philologie. Grammatik der Einzelsprachen. Gemeinromanische Grammatik. Geschichte der einzelnen Literaturen. Gemeinromanische Literaturgeschichte. Metrik. Sprachgeschichtliche und literarhistorische Übungen und Interpretationen.

D. Deutsche Philologie. Historische Grammatik der deutschen Sprache (Gotisch, Althochdeutsch, Mittelhochdeutsch, Neuhochdeutsch). Grammatik und Denkmäler der einzelnen germanischen Sprachen: Gotisch, Althochdeutsch, Altsächsisch, Angelsächsisch, Altnordisch, Mittelhochdeutsch. Geschichte der deutschen Literatur im Mittelalter. Deutsche Mythologie, Sagen- und Kulturgeschichte. Kritische u. literarhistorische Übungen im deutschen Seminar.

Neuere deutsche Literaturgeschichte. Neuhochdeutsche Grammatik. Rhetorik und Stilistik. Poetik. Literar-historische Übungen.

E. Englische Sprache und Literatur. Englische Grammatik. Englische Literaturgeschichte.

F. Geschichte. Allgemeine Geschichte: alte, mittlere und neue. Schweizergeschichte. Schweizerische Verfassungsgeschichte. Historisches Seminar: Historische Hilfswissenschaften, Diplomatik oder Urkundenlehre, Historisch-pädagogische Übungen, Methodologie des historischen Studiums, Praktische Übungen in der Geschichtsdarstellung, Palæographie, Historische Chronologie, Anleitung zur Geschichtsforschung, Archivkunde mit praktischer Anleitung. Kunstgeschichte. Repetitorien.

G. Musik. Geschichte der Musik. Musikalische Übungen und Kenntnis der Musikinstrumente.

II. Mathematisch-naturwissenschaftliche Sektion.

A. Mathematik und Astronomie. Algebraische Analysis. Differential- u. Integralrechnung. Darstellende Geometrie. Analytische Geometrie. Analytische Sterec-

metrie. Ebene Trigonometrie. Praktische Geometrie. Methodik des technischen Zeichnens. Mathematische Übungen. Mathematische Repetitorien. Übersicht der astronomischen Erscheinungen und der Geschichte der Astronomie. Sphärische Astronomie (mathematische Geographie, Theorie der astronomischen Instrumente und Beobachtungen). Über Finsternisse, Planetenvorübergänge, Sternbedeckungen. Theorie der Bewegung der Himmelskörper, welche die Sonne in Kegelschnitten umlaufen (Planeten- und Kometen-Ephemeriden). Bahnbestimmungen aus geometrischen Beobachtungen. Erscheinungen und Bewegungen des Mondes, der Satelliten, der übrigen Planeten und des Saturnringes. Theorie des Potentials und der Figur der Erde. Mechanik des Himmels: a) die planetarischen Störungen, b) die Theorie des Mondes. Meteorologie.

B. Physik. Experimentalphysik: 1. Teil: Allgemeine Physik, Akustik, Optik; 2. Teil: Wärme, Elektrizität. Ausgewählte Kapitel aus dem Gebiete der Physik. Physikalische Messungen. Arbeiten im physikalischen Laboratorium. Repetitorium der Physik.

C. Chemie. Anorganische Chemie. Chemie der organischen Verbindungen. Gerichtliche Chemie. Physiologische Chemie. Praktische Kurse im Laboratorium. Pharmazeutische Chemie. Pharmakognosie mit praktischen Demonstrationen. Mikroskopisch-pharmazeutischer Kurs. Pharmazeutisch-chemisches Praktikum. Chemie der menschlichen Nahrungs- und Genussmittel. Praktische Anleitung zur Lebensmitteluntersuchung. Technische Chemie.

D. Botanik. Allgemeine und spezielle Botanik. Botanische Demonstrationen und Exkursionen. Botanische Praktika (mikroskopische Arbeiten, Bestimmungsübungen). Repetitorien. Spezialkollegien über pflanzenphysiologische Themata.

E. Mineralogie und Geologie. Allgemeine und spezielle Mineralogie, nebst Übersicht der Felsarten. Mineralogische Übungen. Allgemeine und spezielle Geologie (die Kenntnis der Mineralogie wird vorausgesetzt). Spezialvorlesungen über die Alpen, die geologischen Wirkungen des Wassers, Vulkanismus und Gebirgsbildung. Geologische Exkursionen.

F. Zoologie. Allgemeine Zoologie und vergleichende Anatomie. Systematische Zoologie: a) Wirbellose Tiere, b) Wirbeltiere. Behandlung ausgewählter Kapitel aus der Zoologie. Zoologisch-zootomische Übungen. Repetitorien.

G. Geographie. Mathematische und physikalische Geographie. Kulturgeographie. Geschichte der Geographie und der geographischen Entdeckungen. Kartenentwurfslehre und praktische Übungen.

H. Anthropologie. Einführung in das Studium der Anthropologie und der anthropologischen Methoden. Völkerkunde. Urgeschichte und Grundlagen der Kulturgeschichte.

Anhang.

Studienplan für Pharmazeuten.

A. Anfang mit dem Sommersemester.

I. Semester (Sommer). Anorganische Chemie 6, Experimentalphysik I 6, Botanik I mit Exkursionen 6, Mikroskopische Übungen zur Botanik 2 Stunden. Chemisches Laboratorium, Qualität-Analyse.

II. Semester (Winter). Organische Chemie 6, Experimentalphysik II 6, Pharmakognosie 5, Mikroskopischer Kurs zur Pharmakognosie 3 Stunden. Chemisches Laboratorium, Mass- und Wägungs-Analysen.

III. Semester (Sommer). Pharmazeutische Chemie 5, Lebensmittel-Chemie 3, Mikroskopische Bestimmungen aus der Warenkunde und Praxis 3, Demonstration zur botanischen Morphologie und Systematik 1, Repetitorium der Chemie 1 Stunde. Chemisches Laboratorium, Präparate und toxikologische Analyse.

IV. Semester (Winter). Botanik II. Teil, Kryptogamen 3, Mineralogie 5, Gerichtliche Chemie 4, Repetitorien der Botanik 2, Repetitorien der Pharmakognosie 1, Repetitorien der Physik 2 Stunden. Chemisches Laboratorium, Präparate und toxikologische Analyse, sowie Elementar-Analysen.

B. Anfang mit dem Wintersemester.

I. Semester (Winter). Experimentalphysik II 6, Mineralogie 5, Pharmakognosie 5 Stunden. Chemisches Laboratorium, Qualität-Analyse.

II. Semester (Sommer). Anorganische Chemie 6, Physik I 6, Botanik I mit Exkursionen 6, Mikroskopische Übungen zur Botanik 2 Stunden. Chemisches Laboratorium, Mass-Analyse und Wägungs-Analyse.

III. Semester (Winter). Organische Chemie 6, Gerichtliche Chemie 4, Botanik II, Kryptogamen 3, Mikroskopischer Kurs zur Pharmakognosie 3, Repetitorien der Physik 2, Repetitorien der Pharmakognosie 1 Stunde. Chemisches Laboratorium, Präparate und toxikologische Analyse.

IV. Semester (Sommer). Pharmazeutische Chemie 5, Mikroskopische Bestimmungen aus der Warenkunde und Praxis 3, Chemie der Nahrungs- und Genussmittel 3, Repetitorien der Chemie 1 Stunde. Chemisches Laboratorium, Präparate und toxikologische Analyse, sowie Elementar-Analysen.

Studienplan der Tierarzneischule.

I. Semester.

Eintritt im Winter (Winter). Physik 6, Mineralogie 2, Histologie 2, Osteologie 3, Systematische Anatomie I 4, Zoologie 4, Präparirübungen 12 Stunden. Summa: 33 Stunden.

Eintritt im Sommer (Sommer). Physik 6, Geologie 2, Anorganische Chemie 6, Botanik mit Exkursionen 6, Osteologie 4, Anatomie 1, Zoologie 4 Stunden. Summa: 29 Stunden.

II. Semester.

Eintritt im Winter (Sommer). Physik 6, Anorganische Chemie 6, Geologie 2, Botanik mit Exkursion 6, Osteologie 4, Histologischer Kurs 4, Anatomie 1, Zoologie 4 Stunden. Summa: 33 Stunden.

Eintritt im Sommer (Winter). Physik 6, Organische Chemie 6, Mineralogie 2, Zoologie 4, Systematische Anatomie I 4, Histologie 2, Osteologie 3 Präparirübungen 12 Stunden. Summa: 39 Stunden.

III. Semester.

Eintritt im Winter (Winter). Organische Chemie 6, Physiologie I 5, Systematische Anatomie II 3, Präparirübungen 12, Repetitorien der Botanik 2, Repetitorien der Chemie 1, Repetitorien der Physik 2 Stunden. Summa: 31 Stunden.

Eintritt im Sommer (Sommer). Physiologie I 4, Anatomie 1, Embryologie 3, Arbeiten im chemischen Laboratorium 10, Histologisch-praktischer Kurs 5, Allgemeine Pathologie 4 Stunden. Summa: 26 Stunden.

IV. Semester.

Eintritt im Winter (Sommer). Allgemeine Pathologie 4, Arzneimittellehre 5, Operationslehre 3, Embryologie 3, Physiologie II 4, Arbeiten im chemischen Laboratorium 10 Stunden. Summa: 29 Stunden.

Eintritt im Sommer (Winter). Pathologische Anatomie 4, Physiologie II 5, Systematische Anatomie II 3, Allgemeine Therapie 2, Präparirübungen 12, Repetitorien der Botanik 2, Repetitorium der Physik 2, Repetitorium der Chemie 1 Stunde. Summa: 31 Stunden.

V. Semester.

Eintritt im Winter (Winter). Spezielle Pathologie und Therapie 5, Chirurgie 5, Allgemeine Therapie 2, Pathologische Anatomie 4, Hufbeschlag 3, Operationsübungen 6 St. Sektionen. Vorbereitungsklinik und pharm. Übungen 9—12 Stunden. Summa: 34—37 Stunden.

Eintritt im Sommer (Sommer). Spezielle Pathologie und Therapie 4, Chirurgie 4, Operationslehre 3, Extérieur des Pferdes 4, Arzneimittellehre 5 Stdn. Sektionen. Vorbereitungsklinik und pharm. Übungen 9—12 Stunden. Summa: 29—32 Stunden.

VI. Semester.

Eintritt im Winter (Sommer). Spitalklinik 9—12, Ambulat.-Klinik, Gerichtliche Tierheilkunde 3, Encyklopädie der Landwirtschaft 2. Spezielle Pathologie und Therapie 4, Chirurgie 4, Extérieur des Pferdes 4. Gesundheitspflege 4, Geschichte der Medizin 2 Stunden. Sektionen. Summa: 32—35 Stunden.

Eintritt im Sommer (Winter). Spitalklinik 9—12, Ambulat.-Klinik, Pathol.-histologischer Kurs 4, Seuchenlehre und Veter.-Polizei 3, Tierzucht 4, Geburtshülfe

2, Extérieur des Rindes 2, Spezielle Pathologie und Therapie 5, Chirurgie 5, Hufbeschlag 3, Operationsübungen 6. Sektionen. Summa: 43—46 Stunden.

VII. Semester.

Eintritt im Winter (Winter). Seuchenlehre und Veter.-Polizei 3, Tierzucht 4, Spitalklinik 9—12, Ambulat.-Klinik, Operationsübungen 6, Extérieur des Rindes, Geburtshülfe 2, Pathol.-histol. Kurs 4 Stunden. Sektionen. Summa: 30—33 Stunden.

Eintritt im Sommer (Sommer). Gerichtliche Tierheilkunde 3, Encyklopädie der Landwirtschaft 2, Spitalklinik 9—12, Ambulat.-Klinik, Geschichte der Veter.-Medizin 2, Gesundheitspflege 4 Stunden. Sektionen. Summa: 20—23 Stunden.

Kanton ZÜRICH.

33. 2. **Reglement für das deutsche Seminar an der Hochschule in Zürich.** (Erlass des Erziehungsrates vom 16. Januar 1886.)

§ 1. An der philosophischen Fakultät I. Sektion besteht im Sinne der §§ 159 und 161 des Unterrichtsgesetzes ein deutsches Seminar.

§ 2. Das deutsche Seminar hat den Zweck, Studirenden zunächst der philosophischen Fakultät I. Sektion, aber auch anderer Fakultäten, Gelegenheit zur Vermehrung ihrer Kenntnisse auf dem Gebiete der deutschen Sprache und Literatur und zur Übung in der Handhabung der Sprache zu verschaffen, insbesondere aber Studirende der erstgenannten Art zu selbständigen methodischen Arbeiten auf jenem Gebiete, und Kandidaten des Lehramts zum Unterricht in demselben an mittleren und höheren Schulen anzuleiten.

§ 3. Zu diesem Zwecke werden nachfolgende Übungen veranstaltet: a) Historische und kritische Übungen; b) Übungen im mündlichen und schriftlichen Ausdruck; c) deutsch-pädagogische Übungen.

§ 4. Der Eintritt in das Seminar wird durch Einschreibung für die im Vorlesungsverzeichnis angekündigten seminaristischen Übungen ausgesprochen. Ordentliche Mitglieder sind verpflichtet, in jedem Semester an mindestens zwei Übungskursen Teil zu nehmen und eine schriftliche Arbeit einzureichen; ausserordentliche Mitglieder sind zur Teilnahme an mindestens einer Art von Übungen verpflichtet.

§ 5. Die Übungen des Seminars sind unentgeltlich. Ordentliche Mitglieder, welche besonderen Fleiss gezeigt haben, können dem Erziehungsrat, an welchen halbjährlich über die Leistungen des Seminars Bericht erstattet wird, zur Erteilung von Prämien in Beträgen von 50, 75 und 100 Fr. empfohlen werden.

§ 6. Die Übertragung der einzelnen Übungen an die Dozenten geschieht nach eingeholtem Gutachten der Fakultät durch den Erziehungsrat. Den am Seminar wirkenden Professoren wird die Stundenzahl der gehaltenen Übungen bei der ihnen obliegenden Verpflichtung betreffend Haltung von Kollegien angerechnet. Unbesoldete Dozenten, welche zur Mitwirkung am Seminar zugezogen werden, erhalten eine angemessene Entschädigung.

§ 7. Dieses Reglement wird vorläufig in provisorischer Weise für vier Semester in Kraft erklärt.

Kanton ZÜRICH.

34. 1. **Promotionsordnung der theologischen Fakultät der Hochschule in Zürich.** (Erlass des Erziehungsrates vom 3. März 1886, vom Regierungsrat genehmigt am 10. April 1886.)

§ 1. Die theologische Fakultät verleiht an Gelehrte protestantischen Bekenntnisses zwei akademische Grade, den Grad eines Lizentiaten der Theologie und den eines Doktors der Theologie.

§ 2. Den Grad eines Lizentiaten und den eines Doktors der Theologie verleiht dieselbe entweder infolge einer bei ihr eingereichten Bewerbung und einer daraufhin veranstalteten persönlichen Prüfung (Ritualpromotion) oder von sich aus auf Grund anerkannter Verdienste um die theologische Wissenschaft oder die evangelische Kirche (Ehrenpromotion).

I. Die Ritualpromotion.

§ 3. Wer den Grad eines Lizentiaten oder Doktors der Theologie durch Prüfung erwerben will, hat seinen Wunsch unter Angabe des von ihm gewählten Hauptfaches dem Dekan der Fakultät schriftlich mitzuteilen und beizulegen: 1. Einen Abriss seines Bildungs- und Studienganges; 2. Dokumente, welche dartun, dass er einen vollständigen theologischen Kursus von mindestens drei Jahren auf einer Hochschule gemacht habe; 3. ein durchaus genügendes Sittenzeugnis; 4. eine wissenschaftliche Abhandlung theologischen Inhaltes, gedruckt oder im Manuskript.

§ 4. Die eingereichte Abhandlung wird vom Dekan zuerst dem Vertreter des Faches, in dessen Bereich ihr Gegenstand fällt, zur Prüfung und Begutachtung übermittelt. Das von demselben abgegebene schriftliche Gutachten wird hierauf nebst den in § 3, Ziff. 1—3 erwähnten Eingaben des Bewerbers bei den übrigen Mitgliedern der Fakultät in Umlauf gesetzt und über die Zulassung des Petenten zur Prüfung durch einfache Stimmenmehrheit entschieden. Bei gleichgeteilten Stimmen gibt der Dekan den Ausschlag.

§ 5. Die Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche.

§ 6. Die schriftliche Prüfung besteht: 1. In einer Hausarbeit, welche nach Verlauf von drei Tagen abzuliefern ist und für welche der Kandidat die vorhandenen und von ihm genau zu bezeichnenden wissenschaftlichen Hülfsmittel benutzen darf; 2. in zwei Klausurarbeiten, welche ohne Benutzung von Hülfsmitteln je in einem halben Tage anzufertigen sind. Die Aufgabe für die Hausarbeit wird, auf Antrag des Referenten über die Dissertation, aus dem Gebiete des vom Bewerber angegebenen Hauptfaches gewählt; die Aufgaben für die Klausurarbeiten bestimmt die Fakultät nach freiem Ermessen.

§ 7. Nachdem die schriftlichen Arbeiten von den Professoren, welche die Themata derselben gestellt hatten, schriftlich zensirt und bei der Fakultät in Umlauf gesetzt worden sind, bestimmt der Dekan den Termin der mündlichen Prüfung.

§ 8. Von der schriftlichen Prüfung kann durch Beschluss der

Fakultät dispensirt werden, wer ein theologisches Staatsexamen bereits absolvirt hat.

§ 9. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer: 1. Alttestamentliche Wissenschaften; 2. neutestamentliche Wissenschaften; 3. Kirchengeschichte; 4. Dogmengeschichte, Dogmatik und Symbolik; 5. Ethik; 6. praktische Theologie.

§ 10. An der Prüfung beteiligen sich sämtliche Mitglieder der Fakultät je nach den von den einzelnen vertretenen Fächern. Für die Gültigkeit der Prüfung ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Fakultätsmitglieder notwendig.

§ 11. Die mündliche Prüfung dauert ungefähr drei Stunden, wovon eine Stunde auf das Hauptfach fallen soll.

§ 12. Bei der Doktorprüfung, der schriftlichen sowol wie der mündlichen, werden die Anforderungen höher gestellt als bei der Lizentiatenprüfung, und es wird namentlich darauf gehalten, dass der Bewerber sich über eingehende und gründliche Detailstudien in dem von ihm gewählten Hauptfache ausweise.

§ 13. Nach beendigter Prüfung findet die Beratung und Abstimmung über die Promotion des Kandidaten statt, und letzterem wird der Beschluss der Fakultät durch den Dekan mündlich eröffnet.

§ 14. Für die mit Erfolg bestandene Prüfung wird eine der drei folgenden Zensuren erteilt: 1. Summa cum laude; 2. magna cum laude; 3. cum laude. Das Urteil über die Dissertation wird jeweilen auf Antrag des Referenten in bestimmte Ausdrücke formulirt.

§ 15. Wird der Bewerber abgewiesen, so sind ihm diejenigen Fächer, in denen er nach dem Urteile der Fakultät Ungenügendes geleistet hat, durch den Dekan näher zu bezeichnen. Nach Verlauf von mindestens einem Jahre kann er sich sodann der Prüfung noch einmal unterziehen.

§ 16. Nach bestandener Prüfung hat der Promovirte 150 gedruckte Exemplare seiner Dissertation an den Pedell abzuliefern. Von diesen werden dem Dekan zwei, dem Rektor und jedem Fakultätsmitgliede, sowie jedem Mitgliede des Kirchenrates und des Erziehungsrates je ein Exemplar eingehändigt. Ein Exemplar wird im Archiv der Fakultät, eines in demjenigen des Senates aufbewahrt, der Rest der Kantonalbibliothek zur Verfügung gestellt.

§ 17. Das Diplom, welches nebst der Prüfungszensur auch den Titel der Dissertation und das Urteil der Fakultät über dieselbe enthalten soll, wird vom Rektor einerseits, vom Dekan und sämtlichen übrigen Fakultätsmitgliedern anderseits unterzeichnet, mit dem Siegel der Hochschule und demjenigen der theologischen Fakultät versehen und dem Promovirten zugestellt, sobald die Exemplare einer Dissertation vollständig abgeliefert sind.

§ 18. Das Hauptdiplom ist auf Pergament zu drucken. Von den Abzügen auf Schreibpapier ist einer am schwarzen Brett anzuschlagen und je einer im Archiv des Senates, der Fakultät und auf der Kantonalbibliothek aufzubewahren. Der Promovirte trägt sämtliche Druck-

kosten des Diploms; er kann nach Belieben weitere Abzüge machen lassen.

§ 19. Von der durch Zustellung des Originaldiploms perfekt gewordenen Promotion ist im Amtsblatte Anzeige zu machen.

§ 20. Die Gebühren für die Promotion zum Lizentiaten oder Doktor betragen im Ganzen 300 Franken; hievon sind 100 Franken gleichzeitig mit der Anmeldung, 200 Franken nach Empfang der Einladung zur mündlichen Prüfung zu entrichten.

§ 21. Von den erwähnten 300 Franken erhalten:

1. der Rektor	30	Franken,
2. der Sekretär der Hochschule	15	»
3. der Pedell	15	»
4. die Kantonalbibliothek	35	»
5. die Fakultätskasse	15	»
6. der Referent über die Dissertation und die Hausarbeit	50	»
7. der Dekan	20	»
Summa	180	Franken.

Die übrig bleibenden 120 Franken werden unter sämtliche Fakultätsmitglieder, mit Einschluss des Dekans und des Referenten gleichmässig verteilt, vorausgesetzt, dass sie bei der Prüfung anwesend waren; im andern Falle, d. h. wenn etwaige Abwesenheit nicht genügend entschuldigt werden konnte, wird der betreffende Anteil der Fakultätskasse zugewiesen.

§ 22. Wird der Bewerber nach der mündlichen Prüfung abgewiesen, so fallen die in § 21, Ziff. 1—5 aufgezählten Beträge dahin, d. h. die betreffende Summe (110 Franken) wird dem Genannten zurückerstattet.

II. Die Ehrenpromotion.

§ 23. Die Fakultät ist berechtigt, Gelehrte, welche sich um die theologische Wissenschaft oder die evangelische Kirche anerkannte Verdienste erworben haben, durch die Erteilung ihrer Lizentiaten- oder Doktorwürde honoris causa zu ehren.

§ 24. Wünscht ein Fakultätsmitglied, dass eine derartige Promotion vorgenommen werde, so hat es von seinem Antrage dem Dekan Kenntnis zu geben, der ihn der Fakultät mitteilt und eine Fakultätssitzung zur Beschlussfassung anberaumt.

§ 25. In dieser Sitzung muss die Fakultät vollzählig sein und nur bei dauernder Krankheit eines Mitgliedes kann ein Mitglied als legal entschuldigt unberücksichtigt bleiben. Ist die Fakultät sonst nicht vollzählig, so kann über die Promotion kein Beschluss gefasst werden, aber dem Antragsteller steht frei, weitere Sitzungen zu verlangen, bis die Fakultät vollzählig ist.

§ 26. Die Entscheidung über den gestellten und in der Fakultätssitzung zunächst von dem betreffenden Mitgliede (§ 23) zu motivirenden Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich dabei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so wird dieselbe nicht vollzogen. Ueber die Formulirung des Diploms fasst die Fakultät in gleicher Sitzung, auf Vorschlag des Antragstellers, bestimmten

§ 27. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse. In Bezug auf die Ausfertigung desselben und auf die Bekanntmachung der Promotion gelten im übrigen die Bestimmungen der §§ 16—19.

§ 28. Durch gegenwärtige Promotionsordnung wird diejenige vom 9. Januar 1861 aufgehoben.

Kanton ZÜRICH.

35. 2. Promotionsordnung der II. Sektion der philosophischen Fakultät der Hochschule in Zürich. (Erlass des Erziehungsrates vom 3. März 1886, vom Regierungsrat genehmigt am 10. April 1886.)

§ 1. Gemäss § 138 des Gesetzes über das gesamte Unterrichtswesen des Kantons Zürich vom 23. Dezember 1859 steht jeder der beiden Sektionen der philosophischen Fakultät das Recht zu, die Würde eines Doktors der Philosophie zu erteilen.

§ 2. Die zweite Sektion der philosophischen Fakultät erteilt die Doktorwürde 1. infolge einer bei ihr eingereichten Bewerbung, 2. ohne vorangegangene Bewerbung, von sich aus, auf Grund anerkannter Verdienste um die Wissenschaft.

I. Promotion infolge eingereichter Bewerbung.

§ 3. Die Bewerbung um die Promotion geschieht bei dem Dekan der Sektion durch ein schriftliches Ansuchen, welchem der Bewerber beizulegen hat: 1. einen Abriss seines Bildungs- und Studienganges (curriculum vitae), 2. genügende amtliche Zeugnisse über die im curriculum vitae angegebenen Studien, 3. eine von ihm verfasste Abhandlung, welche in der Regel im Manuskript einzureichen ist, und aus welcher die Befähigung des Verfassers zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung hervorgeht. Der Bewerber hat in seinem Ansuchen sein Hauptfach (siehe § 10) zu bezeichnen.

§ 4. Der Dekan übermittelt die Eingaben an eine Kommission, bestehend aus mindestens zwei Mitgliedern der Sektion, welche das vom Bewerber bezeichnete Hauptfach vertreten oder demselben am nächsten stehen. — Die Kommission ist befugt, von dem Bewerber die zur Kontrole der in der Abhandlung angeführten Untersuchungeu dienenden Belege einzufordern. Die Kommission stellt dann die Akten, begleitet von einem schriftlichen Gutachten über Inhalt und Form der wissenschaftlichen Abhandlung und von ihren Anträgen über Zulassung zu der Prüfung, über den Umfang derselben und über allfällige Vereinfachung (siehe § 6) dem Dekane wieder zu.

§ 5. Die Prüfung ist zweifach, eine schriftliche oder praktische und eine mündliche.

§ 6. Vereinfachungen der Prüfung können eintreten: 1. Wenn der Bewerber die Diplomprüfung für das höhere Lehramt an der Sektion mit Erfolg bestanden hat; 2. wenn er ein Diplom des eidgenössischen Polytechnikums oder einen gleichwertigen Ausweis auswärtiger Prüfungsbehörden aufweist. Diese Vereinfachungen dürfen

sich jedoch nicht bis zum gänzlichen Wegfall der mündlichen oder der schriftlichen Prüfung erstrecken.

§ 7. Der Dekan setzt die sämtlichen Akten in Zirkulation und trifft, insofern keine Einwendung gegen die gestellten Anträge der Kommission erfolgt, die denselben entsprechenden Anordnungen. Erfolgt eine Einwendung, so entscheidet die Sektion durch einfaches Stimmenmehr über diese Anträge.

§ 8. Die Aufgabe für die schriftliche Prüfung wird von der Kommission festgestellt, welche das Gutachten abgab, und unter der Aufsicht eines Mitgliedes derselben beantwortet.

§ 9. Die schriftliche oder praktische Arbeit wird von den Mitgliedern der Kommission schriftlich zensirt und das Gutachten darüber dem Dekane zugestellt.

§ 10. Zur mündlichen Prüfung werden die sämtlichen Mitglieder der Sektion durch den Dekan eingeladen und dieselbe wird in dem Umfang vorgenommen, welcher von der Kommission (§ 4) festgestellt wurde. Hiebei gelten folgende Bestimmungen: Die Prüfung erstreckt sich auf das Hauptfach und zwei Nebenfächer, von denen das eine obligatorisch ist, während die Wahl des andern dem Kandidaten freigestellt ist, und zwar ist für das

Hauptfach:	obligatorisches Nebenfach:
Mathematik	Physik.
Astronomie	Mathematik.
Physik (inkl. Mechanik)	Mathematik.
Chemie	Experimentalphysik.
Mineralogie	Physik oder Chemie.
Geologie	Mineralogie.
Botanik	Zoologie.
Zoologie	Botanik.

Das zweite Nebenfach muss ebenfalls unter denjenigen Fächern ausgewählt werden, welche in der Liste der Hauptfächer aufgezählt sind.

§ 11. Nach Schluss der Prüfung und nach Anhörung des Berichtes der Examinatoren nimmt die Sektion die endgültige Abstimmung über die Promotion des Bewerbers vor. Die Abstimmung geschieht durch Stimmzeddel, und es erfolgt die Promotion, wenn wenigstens zwei Drittel der abstimmenden Mitglieder der Sektion sich für dieselbe entscheiden.

§ 12. Bei der Abstimmung in der Sitzung (§ 11) müssen zwei Drittel der Sektionsmitglieder anwesend sein. Das Resultat der Abstimmung wird durch den Dekan dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.

§ 13. Weist die Sektion den Kandidaten infolge des Ausganges der Prüfung ab, so kann sie ihm hierbei eine Frist ansetzen, nach deren Ablauf er sich von neuem zur Prüfung melden kann.

§ 14. Nach zweimaliger Abweisung des Kandidaten wird keine weitere Meldung mehr angenommen.

§ 15. Die Promotion wird erst veröffentlicht und das Diplom erst ausgefertigt, nachdem der Kandidat die in der Regel erforder-

lichen 150 Exemplare der gedruckten Abhandlung als Inauguraldissertation dem Dekane eingehändigt hat. Von den übergebenen Exemplaren erhält in der Regel der Dekan und jedes Mitglied der Sektion je zwei Exemplare, der Rektor und die Mitglieder des Erziehungsrates je ein Exemplar; ein Exemplar fällt dem Archiv der Sektion, eines dem Archiv des Senates und eines der Universitätsbibliothek zu, die übrigen bleiben namentlich zum Austausche mit andern Universitäten zur Disposition der Fakultät und der Kantonalbibliothek. Die Dissertation ist auf dem Titel als solche zu bezeichnen, die zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde an der Universität Zürich eingereicht wurde. Desgleichen sind auf dem Titelblatt die Namen der die Arbeit begutachtenden und den Verfasser zur Doktorpromotion empfehlenden Referenten zu nennen.

§ 16. Von jeder vollzogenen Promotion hat der Dekan im Amtsblatt Anzeige zu machen.

§ 17. Nach Erfüllung aller reglementarischen Bestimmungen durch den Doktoranden verfasst der Dekan das Diplom gemäss dem Beschlusse der Sektion und lässt davon 25 Exemplare drucken. Ein Exemplar (das Originaldiplom) wird einerseits vom Rektor, anderseits vom Dekan unterzeichnet, mit dem Siegel der Hochschule und demjenigen der Fakultät versehen und dem kreirten Doktor zugestellt. Von den übrigen Abdrücken erhält jedes Mitglied der Sektion ein Exemplar, eines kommt in das Archiv der Sektion, eines in dasjenige des Senates, eines ans schwarze Brett.

§ 18. Die Gebühren für die Promotion mit Einschluss für die Prüfungen betragen 380 Franken, welche Summe von dem Bewerber dem Dekane einzuhändigen ist, sobald derselbe ihm den Termin zur Prüfung mitgeteilt hat.

§ 19. Hat der Bewerber die schriftliche oder praktische Prüfung nicht bestanden, so erhält derselbe 300 Franken zurück, wogegen 80 Franken verfallen; dagegen ist die erneuerte schriftliche oder praktische Prüfung unentgeltlich.

§ 20. Hat der Bewerber die schriftliche oder praktische Prüfung bestanden, dagegen nach dieser nicht die mündliche, so erhält derselbe 220 Franken zurück und es sind 160 Franken verfallen; dagegen ist die erneuerte mündliche Prüfung unentgeltlich.

§ 21. Von der Summe der Promotionsgebühren im Betrage von 380 Franken erhält nach erfolgter Promotion die Kantonalbibliothek 35 Fr., der Rektor 30, der Universitätssekretär 15, der Pedell 15 und die Sektionskasse 5 Fr., zusammen 100 Fr., die übrigen 280 Franken werden so verteilt, dass die Mitglieder der Kommission, die Examinatoren und der Dekan je 2 Teile und jedes bei der entscheidenden Sitzung (§ 11) anwesende Mitglied der Sektion je einen Teil erhalten. Verfällt die Gebühr von 80 Franken für die schriftliche oder praktische Prüfung, so erhält davon jedes Mitglied der Kommission und der Dekan je einen Teil. Verfällt die Gebühr von 80 Franken für die mündliche Prüfung, so erhalten die Examinatoren und der Dekan

je zwei Teile, die übrigen bei der Prüfung anwesenden Mitglieder je einen Teil.

§ 22. Der Doktorand hat die Druckkosten seiner Abhandlung und des Diploms zu bestreiten, und es können auf dessen Wunsch ausser den reglementarisch vorgeschriebenen 25 Exemplaren eine beliebige Anzahl Abdrücke des letztern auf seine Kosten angefertigt werden. Die Diplomkosten sind bei Empfang des Diploms zu entrichten.

II. Promotion ohne vorangegangene Bewerbung.
(Ehrenpromotion.)

§ 23. Der Sektion steht die Befugnis zu (§ 2 Ziff. 2), einem Manne von anerkannten Verdiensten um die Wissenschaft die Doktorwürde ehrenhalber ohne vorangegangene Bewerbung unentgeltlich zu erteilen.

§ 24. Der Antrag zu einer solchen Ehrenpromotion muss von einem Mitgliede der Sektion schriftlich bei dem Dekane gestellt und begründet werden.

§ 25. Der Dekan setzt die Mitglieder der Sektion von dem Antrage in Kenntnis und ladet dieselben zu einer Sitzung ein, in welcher darüber entschieden werden soll. Für diese Sitzung ist die Anwesenheit von mindestens drei Vierteln der Sektionsmitglieder erforderlich. Die Entscheidung über den Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich hierbei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so wird diese nicht vollzogen.

§ 26. Über die Abfassung des Diploms entscheidet die Sektion und die Bekanntmachung erfolgt im Amtsblatt. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse.

§ 27. Durch gegenwärtige Promotionsordnung wird diejenige vom 5. Mai 1877 aufgehoben.

Kanton ZÜRICH.

36. 3. **Reglement betreffend die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an der Hochschule in Zürich.** (Erlass des Erziehungsrates vom 3. März 1886, vom Regierungsrat genehmigt am 10. April 1886.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Es wird für die Kandidaten des höhern Lehramtes eine Diplomprüfung in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern eingerichtet.

§ 2. Diejenigen, welche diese Prüfung bestanden haben, erhalten ein Diplom, in welchem ihre Befähigung zum Lehramte an Anstalten auf der Stufe der Zürcher Kantonsschule unter Anführung der von ihnen zu vertretenden Fächer ausgesprochen ist.

§ 3. Die einzelnen Fächer gruppiren sich: a) nach einer mathematischen, b) nach einer naturwissenschaftlichen Abteilung.

II. Die Prüfungskommission.

§ 4. Die Prüfungskommission besteht aus fünf Mitgliedern, welche mit Rücksicht auf die zu vertretenden Abteilungen (§ 3) von dem Er-

ziehungsrat je auf die Dauer von drei Jahren mit steter Wiederwählbarkeit gewählt werden. Der Erziehungsrat bestimmt gleich bei der Wahl den Präsidenten der Kommission.

§ 5. Die Prüfungskommission ist ermächtigt, nötigenfalls durch Zuziehung von Fachmännern zunächst aus den Lehrern der Hochschule oder der Kantonsschule, eventuell auch aus sonst anerkannten Persönlichkeiten, sich zu verstärken.

§ 6. Die Mitglieder der Kommission und die zugezogenen Fachmänner beziehen für jeden Prüfungstag, sowie für die Leitung der Klausurarbeiten je ein Taggeld von sechs Franken. Die Mitglieder der Kommission, welche die Diplomarbeiten zu geben und zu beurteilen haben, beziehen eine dem Zeitaufwand entsprechende Entschädigung. Diese Taggelder und Gratifikationen werden nach Eingang eines Berichtes des Präsidenten über das Resultat der Prüfung von der Erziehungsdirektion zur Zahlung angewiesen.

III. Vorbedingungen und Anmeldung zum Examen.

§ 7. Der Lehramtskandidat, welcher zur Diplomprüfung zugelassen zu werden wünscht, muss in der Regel mindestens drei Jahre auf einer oder mehreren Universitäten oder technischen Hochschulen studirt haben.

§ 8. Der Kandidat hat, wenn er Kantonsangehöriger ist und wenigstens zwei Semester an der hiesigen Hochschule studirt hat, oder wenn er Schweizerbürger ist und wenigstens vier Semester an der Hochschule in Zürich immatrikulirt war, den halben, im übrigen den vollen Betrag der Prüfungskosten bei der Erziehungsratskanzlei zu entrichten.

§ 9. Die Anmeldung ist im Anfange eines Semesters schriftlich an den Präsidenten der Prüfungskommission zu richten. In derselben hat der Aspirant zunächst ausdrücklich zu erklären, in welcher der zwei Abteilungen (§ 3), beziehentlich in welchen einzelnen Nebenfächern er überhaupt geprüft sein will. Es gilt dabei als Regel, dass jeder Aspirant in einer der beiden Abteilungen eine vollständige Prüfung zu bestehen und durch dieselbe seine Befähigung nachzuweisen hat, in den zu jener Abteilung gehörenden Fächern durch alle Klassen der genannten Anstalten unterrichten zu können. Daneben steht es dem Aspiranten frei, aus der andern Abteilung einzelne Fächer zu bezeichnen, in denen er ausserdem geprüft sein will, um seine Befähigung zum Unterrichte in denselben, sei es nur für die untere Abteilung derselben, zu erweisen.

§ 10. Der schriftlichen Anmeldung ist ausser den Zeugnissen, welche zum Nachweise der in §§ 7 und 8 geforderten Vorbedingungen notwendig sind, ein Lebensabriss (curriculum vitae) beizufügen, in welchem der Aspirant über Gang, Methode und Ausdehnung seiner Studien Rechenschaft zu geben und namentlich dasjenige Fach derselben zu bezeichnen hat, in welchem er vorzugsweise gearbeitet hat und daher auch eine ins einzelne gehende Prüfung wünschen muss. Es steht ihm frei, dabei zugleich ein oder mehrere Themata anzugeben,

welche er vorzugsweise methodisch gründlich zu bearbeiten sich getraut.

IV. Das Examen.

§ 11. Die mündliche Prüfung erstreckt sich über folgende Fächer: a) Bei der mathematischen Abteilung: 1. Algebra, 2. Analysis (inkl. Funktionentheorie), 3. analytische und synthetische Geometrie, 4. darstellende Geometrie, 5. Mechanik, 6. experimentelle und mathematische Physik, 7. Astronomie; b) bei der naturwissenschaftlichen Abteilung: 1. Mathematik inkl. Elemente der analytischen Geometrie, sowie der Differential- und Integralrechnung. 2. experimentelle Physik, 3. Chemie, 4. Mineralogie, 5. Geologie, 6. Botanik, 7. Zoologie. Die Dauer der Prüfung soll für jedes Fach eine halbe Stunde betragen.

§ 12. Die schriftlichen Arbeiten, beziehungsweise Prüfungsarbeiten sind: 1. Eine längere Diplomarbeit zu Hause (für solche, deren Hauptfach Mathematik ist) oder im Laboratorium (für die übrigen Kandidaten), welche der Examinand mit Benutzung aller ihm zugänglichen Hülfsmittel in Musse ausarbeitet; 2. kürzere Klausurarbeiten, welche er unter Aufsicht und unter beständiger Anwesenheit eines Mitgliedes der Kommission oder eines der zugezogenen Fachmänner anzufertigen hat, und für welche eine Zeitdauer von zirka 3 Stunden anzusetzen ist.

§ 13. Das Thema für die Diplomarbeit ist jedenfalls mit besonderer Rücksicht auf die besondere Studienrichtung des Examinanden zu bestimmen und demselben spätestens drei Wochen nach der Anmeldung mitzuteilen. Hat der Aspirant selbst (§ 10) solche Themata für sich vorgeschlagen, so bleibt es dem Ermessen der Prüfungskommission anheimgestellt, ob sie das Thema aus der Anzahl der vorgeschlagenen wählen oder von sich aus bezeichnen will.

§ 14. Zu Anfang des Semesters, welches auf dasjenige folgt, in welchem die Anmeldung stattgefunden hat, ist die Diplomarbeit dem Präsidium der Prüfungskommission einzureichen. Gleichzeitig mit der Eingabe der Arbeit an das Präsidium der Kommission hat der Examinand schriftlich zu erklären, dass er der alleinige und selbständige Verfasser derselben nach Stoff und Form ist. Sollte darüber Zweifel oder Verdacht entstehen, so bleibt der Kommission eine nähere Untersuchung vorbehalten. Führt diese zum Beweise des Gegenteils, so ist der Aspirant sofort zurückzuweisen, und kann in diesem Falle erst nach Verfluss von zwei Jahren um Erlaubnis zu nochmaliger Zulassung zunächst beim Erziehungsrat einkommen, welcher nach Anhörung der Prüfungskommission über die Zulässigkeit dieses Gesuches entscheidet.

§ 15. Von der Beschaffenheit der Diplomarbeit, über welche die Kommission auf einen motivirten Antrag derjenigen Mitglieder, welche die spezielle Begutachtung übernommen haben, entscheidet, hängt die Zulassung zu den Klausurarbeiten und zu der mündlichen und praktischen Prüfung ab.

§ 16. Diejenigen Aspiranten, deren Diplomarbeit nicht als genügend sich herausstellt, werden für dieses Mal zurückgewiesen und können sich erst nach einem Jahre wieder zum Examen melden.

§ 17. Nach Annahme der Diplomarbeit hat der Kandidat in zwei oder drei der in § 11 angeführten Fächern, deren Wahl der Prüfungskommission überlassen wird, eine schriftliche Prüfung (§ 12), in den übrigen eine mündliche oder praktische zu bestehen.

§ 18. Kandidaten, welche über ihre Tüchtigkeit genügende Belege einzureichen im Stande sind, kann auf den motivirten Antrag der Prüfungskommission von dem Erziehungsrate das Examen teilweise erlassen werden.

§ 19. An der Beratung und Schlussfassung über den Ausfall des Examens und die Erteilung und Fassung des Diploms nehmen ausser den Mitgliedern der Kommission eventuell die zugezogenen Examinatoren (§ 5) mit gleicher Berechtigung teil.

§ 20. Bei der Diplomarbeit wird besonders beurteilt: 1. die Selbständigkeit, 2. die Korrektheit der Auffassung und Darstellung, 3. die Vollständigkeit, 4. die Form.

§ 21. Für jedes der in § 11 angeführten Fächer wird eine ins Diplom einzutragende Note erteilt. Dieselbe wird durch eine der Ziffern von 1—5 bezeichnet, wobei 1 die geringste und 5 die beste Note bedeutet.

§ 22. Ueber den Erfolg der Prüfung wird durch Stimmenmehrheit entschieden. Dem Kandidaten, welcher dieselbe auf befriedigende Weise bestanden hat, wird für die betreffende Abteilung ein Diplom ausgestellt. Besondere Grade des Diploms werden nicht unterschieden.

§ 23. Diejenigen Aspiranten, welche kein Diplom erhalten haben, können sich erst nach einem Jahre wieder zum Examen melden. Dann kann ihnen die Kommission diejenigen Teile der Prüfung erlassen, in welchen sie sich befriedigende Noten erworben hatten.

§ 24. Für diejenigen Aspiranten, welche (s. § 9) ausser in einer Abteilung auch noch in einem oder mehreren Fächern der andern Abteilung geprüft zu werden wünschen, wird die Prüfungskommission in jedem einzelnen Falle im Anschluss an die betreffenden in §§ 11—23 enthaltenen Bestimmungen den Modus dieser besondern Prüfung bestimmen.

Anhang.

Bericht und Vorschläge der Kommission für Schulbau-Normalien in Baselstadt. (Vom Oktober 1885.)

(Beschluss des Regierungsrates siehe pag. 59.)

Nachdem die Kommission von den Berichten der Erziehungsbehörden und Lehrerkonferenzen, sowie von dem durch das Baudepartement gesamelten Material über auswärtige Schulhäuser Kenntnis genommen, und nachdem einzelne Mitglieder verschiedene auswärtige Schulhäuser besichtigt und sich über die dortigen Schulverhältnisse erkundigt hatten, wurden die verschiedenen Punkte in mehreren Sitzungen eingehend besprochen und beschlossen, dem Regierungsrat die nachfolgenden Vorschläge zu machen.

Dabei war man übereinstimmend der Ansicht, dass man sich laut dem vom Grossen Rat erteilten Auftrag nur mit *Primarschulhäusern* zu beschäftigen habe,

und dass die Kommission den Hauptpunkt ihrer Aufgabe, beim Bauen solcher Schulhäuser die möglichsten Ersparnisse zu erzielen, zwar durchaus im Auge zu behalten habe, dass aber doch die Ersparnisse nur insoweit gemacht werden dürfen, als es ohne erheblichen Nachteil für eine gute Erziehung unserer Jugend und ohne Schaden für deren Gesundheit geschehen könne.

Subsellien und Schülerzahl.

Die mit Berichten vom 10. Oktober 1870 und 6. Oktober 1871 durch Herrn Professor W. His vorgeschlagenen und damals eingeführten hölzernen Zweisitzer-Subsellien, welche je nach der Körperbeschaffenheit der Schüler in 8 verschiedenen Grössen-Nummern benützt werden, haben sich seither in jeder Beziehung gut bewährt. Ebensogut bewährt haben sich bisher diejenigen Modifikationen, welche in verschiedenen Berichten der Jahre *1882* und *1884* an ursprünglichen Modellen vorgeschlagen und seither durchgeführt worden sind. Auch der Umstand, dass wir jetzt einen Bestand samt Vorrat von 4380 verhältnismässig neuen Zweisitzer-Subsellien haben, spricht gegen Einführung eines andern Modells. In allen Schweizer- und deutschen Städten besteht das Bestreben, ausschliesslich Zweisitzer-Subsellien zu benützen, weil man überall deren unverkennbare Vorteile anerkannt hat. In den Schulen schweizerischer und deutscher Städte (Bürgerschulen), welche unseren Verhältnissen entsprechen, ist das Schüler-Maximum einer Klasse auch auf der Primarschulstufe nicht höher, als in Basel, weil man überall wie bei uns erkannt hat, dass die Erreichung eines guten und für alle Schüler möglichst gleichmässigen Resultats des Unterrichts bei einer höheren Schülerzahl nicht möglich ist.

Daher ist beschlossen worden:

Vorschlag 1. »Die Kommission sieht sich nicht veranlasst, eine Abänderung von § 7 des Schulgesetzes im Sinne einer Erhöhung der zulässigen Schülerzahl vorzuschlagen.«

»Für den Fall, dass der Mangel genügender Räumlichkeiten *vorübergehend* ein Überschreiten der gesetzmässigen Schülerzahl in einigen Klassen notwendig macht, hält die Kommissinn am ehesten zulässig eine Aushilfe mit Einsitzern, wodurch höchstens noch neun Kinder in eine Klasse gebracht werden können.«

Es ist mehrfach die Erfahrung gemacht worden, dass öfters die Klassen einer Schule nicht bis zu dem gestatteten Maximum mit Schülern angefüllt sind, und dass dann möglicherweise mehr Klassenzimmer in Anspruch genommen werden, als nötig wäre. Obschon dies Verfahren für eine gute Ausbildung der betreffenden Schüler nur vorteilhaft sein könnte, so muss darin doch ein unzulässiger Missbrauch gesehen werden, indem dadurch mehr Raum in Anspruch genommen und mehr Kosten veranlasst werden, als nach den Vorschriften des Schulgesetzes gestattet ist. Die Kommission beschliesst deshalb:

Vorschlag 2. »Der Regierungsrat wird ersucht, dahin zu wirken, dass die überzählig vorhandenen Plätze in den Klassenzimmern möglichst ausgenützt werden.«

Dimensionen der Klassenzimmer.

Die kleinsten Klassenzimmer in unseren neuern Schulhäusern sind 9,6 m. lang, 6,6 m. breit und 3,8 m. hoch, was einen Flächeninhalt von 63,6 m.^{2} und einen Kubik- oder Luftraum von 240,77 m.^{3} ergibt. Bei der gesetzlichen Schülerzahl von 52 kommen so auf einen Schüler 1,21 m.^{2} Flächenraum und 4,63 m.^{3} Luftraum. Bei der möglichen Zahl von 54 gibt es 1,18 m.^{2} und 5,45 m.^{3}. Bei Aufstellung der nötigen drei Reihen Zweisitzer-Subsellien betragen die Zwischenräume auf der Fensterseite 0,8 m. und gegen die innere Wand 1,0 m. Herr Prof. His verlangt per Kind im Minimum 1,2 m.^{2} Fläche und 4,2—4,9 m.^{3} Luftraum, je nach dem Alter der Schüler. Autoritäten in der Schulhygiene, wie Baginsky, verlangen noch mehr. Das Erziehungsdepartement hält in Primarschulen einen Minimalluftraum von 4,25 m.^{3} per Kind im Notfall noch für zulässig. Die Kommission glaubt nun, da es sich bei Primarschulen doch nur um kleinere Kinder handelt, sei hier eine kleine Reduktion der bisher üblichen Normalien möglich, ohne der Gesundheit der Schulkinder zu schaden. Eine Reduktion der Länge ist nicht wohl möglich, weil sonst bei der unveränderlichen Tiefe der neun hintereinandergestellten Subsellien der vorn für den Lehrer bleibende und ohnehin schon knapp bemessene Platz allzusehr eingeschränkt

würde. Noch weniger lässt sich die Höhe der Klassen von 3,8 m. vermindern: eher wäre es angezeigt, dieselbe, wie in den meisten schweizerischen und deutschen Städten üblich und wie es früher auch bei uns beabsichtigt war, bis auf 4 m. zu erhöhen. Da jedoch dadurch die Baukosten wieder um 3—4 % vermehrt würden, so kann sich die Kommission aus finanziellen Gründen nicht entschliessen, dies in Vorschlag zu bringen. Dagegen glaubt dieselbe, dass durch eine kleine Verminderung des Raumes zwischen den Subsellienreihen, sowie zwischen diesen und den beiden Wänden, eine Reduktion der Zimmerbreite um 30 cm. ohne Nachteil möglich sei. Bei 52 Schülern per Klasse erhält man dann per Kind 1,16 m.² Fläche und 4,44 m.³ Luftraum, bei 54 Schülern 1,12 m.² Fläche und 4,256 m.³ Luftraum.

Die Kommission kommt demnach zu:

Vorschlag 3. »Bei Neubauten von Primarschulhäusern ist die Breite der Klassenzimmer auf *6,3 m.* festzusetzen.«

Lehrerzimmer und besondere Lokale.

Als Aufenthaltsort für die Lehrer ausserhalb der Unterrichtsstunden genügt ein Lehrerzimmer mit einem Fenster auf 12 Klassen. Ferners in jedem Schulhaus ein solches Zimmer für den Schulinspektor. Besondere grössere Säle für Examen, Gesang und Zeichnen sind für Primarschulen nicht nötig; weil aber bei Schulexamen die Behörden und Eltern der Kinder, deren Anwesenheit wünschenswert ist, neben den Schülern in den gewöhnlichen Klassen keinen Platz haben, so kann für diesen Zweck dadurch ohne erhebliche Mehrkosten gesorgt werden, dass die Wand, welche sich zwischen einem Lehrerzimmer und einer Klasse befindet, beweglich gemacht und bei solchen Anlässen entfernt wird. Daher:

Vorschlag 4. »Lehrerzimmer und Säle sind auf die absolut nötige Anzahl zu beschränken und letztere in zweckmässiger Weise durch Verschmelzung von zwei nebeneinanderliegenden Räumen zu gewinnen.«

Korridore.

Hr. Prof. His hält das Aufbewahren von Kleidungsstücken u. s. w., besonders nasser, für gesundheitsschädlich; für die Erholung der Kinder in den Zwischenstunden an Regentagen, glaubt er, sollten denselben Korridore und Vestibüle zur Verfügung stehen, welche wenigstens $^2/_3$ des Flächenraums der Klassen haben; er kommt dabei auf 0,9 m.² per Kind und bemerkt, dass die damalige Kommission diese Forderung für eine sehr mässige halte. Die Kommission vom 26. Mai 1882 erachtet für Vestibül und Korridor einen Flächenraum von 0,6 bis 0,8 m.² per Kind für passend. In unseren neueren Primarschulhäusern beträgt ziemlich übereinstimmend mit letzterem Vorschlag die Breite der Korridore, wenn nur auf einer Seite derselben Klassen sind, 2,7—3 m., wenn beidseitig Klassen sind = 3,6—4 m. An Flächenraum ist per Kind 0,7 m.² gerechnet. So wünschenswert neben den Klassen und Korridoren besondere Garderobenräume wären, wie sie in Frankfurt üblich, indem dadurch die Verschlechterung der Luft in den andern Lokalen vermieden und der Versuchung zum Diebstahl von Kleidern und andern Gegenständen vorgebeugt wird, so kann die Kommission wegen der daherigen Kostenvermehrung doch nicht dazu raten. Dieselbe spricht sich dagegen grundsätzlich für Aufbewahrung der abgelegten Kleidungsstücke und anderer Gegenstände in den Korridoren aus und kann auch nicht dazu raten, deren bisherige normale Breite zu vermindern. Da jedoch die Herren Kantonsbaumeister Reese und Architekt Oelhafen nachweisen, dass unter günstigen Umständen durch zweckmässige Disposition der Klassen der Flächeninhalt der Korridore per Schüler etwas vermindert werden könnte, ohne dass daraus für Primarschulen wesentliche Übelstände entständen, so wird beschlossen:

Vorschlag 5. »Die Kommission schliesst sich in Betreff der Breite der Korridore den im Bericht vom 26. Mai 1882 aufgestellten Normalien an, glaubt aber, dass unter Umständen eine zweckmässige Disposition gefunden werden kann, wobei ein Flächeninhalt von 0,45 m.² per Kind im Minimum für Korridore und Vestibüle genügt.«

Abtritte.

Die Berichte von den Jahren 1870 und 1872 führen starke Klagen über die in den damals bestehenden Schulhäusern teilweise argen Zustände der Abtritte,

welche namentlich davon herrührten, dass dieselben nur Gruben hatten, meist schlecht eingerichtet und weder mit Ventilation, noch mit Wasserspülung versehen waren. Bei den seither gebauten Schulhäusern wurde diesen Bemerkungen möglichst Rücksicht getragen: die Abtritte wurden überall, wo solches möglich war, wegen grösserer Bequemlichkeit in die Gebäude verlegt, an eine Kanalisation angeschlossen und mit Wasser und Ventilation versehen. Auch in verschiedenen älteren Schulgebäuden wurden die Abtrittverhältnisse bedeutend verbessert. Der Bericht vom Jahr 1882 erklärt sich mit diesen Massregeln einverstanden.

Da nun in der Mehrzahl der Schulhäuser deutscher Städte sich die Abtritte nicht im Hauptgebäude, sondern in kleinerer oder grösserer Entfernung von diesem in einem besonderen Gebäude im Hof befinden, und da sich durch diese Aenderung in vielen Fällen ziemliche Ersparnisse erzielen lassen, so entstund die Frage, inwiefern dies auch bei uns durchführbar sei. Die Primarschulinspektion spricht sich aus Zweckmässigkeitsgründen entschieden dagegen aus, während die Inspektion der Knabensekundarschulen aus sanitarischen Gründen für Verlegen der Abtritte in den Hof ist. Bekanntlich befinden sich auch in den 3 alten Schulen auf dem Münsterplatz die Abtritte von jeher im Hof, ohne dass unseres Wissens sich daraus Uebelstände ergeben haben.

Nach Erwägung sämtlicher Gründe glaubt nun die Kommission, da aus finanziellen Gründen das Bestreben bestehen muss, auch für Primarschulen möglichst grosse Gebäude zu erstellen, und da in solchen der Weg auf den Abtritt im Hof für verhältnismässig noch kleine Kinder doch vielfach zu weit würde; da sich ferners bei gut eingerichteten Abtritten im Haus bisher keine Belästigungen oder sanitarische Übelstände gezeigt haben, so seien für Primarschulen die Abtritte auf den Stockwerken des Hauptgebäudes anzubringen; bei Mittel- und höheren Schulen dagegen können dieselben füglich im Hof untergebracht werden, insofern sich bei den jeweiligen lokalen Verhältnissen daraus eine Ersparnis ergibt. Daher lautet

Vorschlag No. 6: »Für Primarschulen sollen überall, wo ein Anschluss an die Kanalisation möglich ist, die Abtritte in's Hauptgebäude verlegt, in Mittel- und höheren Schulen dagegen können dieselben im Hof untergebracht werden.«

Treppen.

Die Zahl und Grösse der Treppen hängt namentlich davon ab, wie viel Schulkinder auf den verschiedenen Stockwerken untergebracht werden, was wieder von den jeweilen gegebenen Verhältnissen abhängig ist. Es können deshalb darüber nicht für alle Fälle geltende bestimmte Vorschriften aufgestellt werden. Es ist namentlich auf vollkommene Festigkeit, Feuersicherheit und darauf zu sehen, dass die Kinder aus allen Stockwerken möglichst schnell. und ohne dass ein gefährliches Gedränge entsteht, hinuntergehen können.

Vorschlag No. 7: »Die Notwendigkeit, bei den Treppen die jeweiligen Umstände zu berücksichtigen, gestattet nicht, bestimmte Normen aufzustellen; doch ist die Kommission der Ansicht, dass eine einfache Konstruktion genüge, und dass dabei das Hauptgewicht auf solide Konstruktion zu legen sei.«

»Jedenfalls sind die Treppen feuersicher und deren Tritte aus solchem Material zu erstellen, welches sich nicht allzuschnell abnützt und nicht glatt wird.«

Turnhallen.

Auf unsern Wunsch hat das Erziehungsdepartement darüber am 4. September d. J. einen besondern Bericht erstattet, der sich namentlich über die Notwendigkeit ausspricht, auch für Primarschulen Turnhallen zu bauen, und diese, wenigstens für die beiden oberen Klassen derselben, unzweifelhaft nachweist. Die bisherigen Grössenverhältnisse dieser Gebäude haben sich nach dessen Mitteilungen als richtig und zweckmässig erwiesen und sollten deshalb nicht reduzirt werden. Irgendwelche Unterrichtszimmer können nicht wohl über den Turnhallen erstellt werden, weil der durch die Turn- und Marschübungen verursachte Lärm und die Erschütterungen jeden Unterricht stören würden. Dagegen sei es vielleicht möglich, die Abwartwohnungen über den Turnhallen zu erstellen.

Unsere Kommission ist einstimmig der Ansicht, dass man die Turnhallen möglichst einfach und billig herstellen solle; es ist aber dabei nicht zu übersehen, dass

bei der notwendigen Spannweite von 10 m., welche die darüber liegenden Balken und Dachkonstruktionen erhalten sollen. auch die tragenden Wände oder Pfosten in genügender Stärke erstellt werden müssen. Wollte man die Turnhallen mit einem oder mehreren Stockwerken überbauen, so müssten letztere und die weit gespannten Balken noch stärker gehalten werden, und es würdeu sich daraus nur Mehrkosten ergeben. Auch Wände aus Riegelwerk empfehlen sich schon aus diesen Gründen nicht und auch deshalb nicht, weil dabei die Heizungs- und Unterhaltungskosten vermehrt würden.

Die in andern Städten darüber gemachten Erfahrungen haben ergeben, dass die Bewohner von Räumen über den Turnhallen durch die lärmenden und erschütternden Turnübungen arg belästigt werden, und dass kranke Personen sich in solchen Zimmern nicht aufhalten können. Könnte man in den Turnhallen eichene Riemenböden in Asphalt legen, so würden dadurch allerdings die erwähnten Belästigungen etwas gemildert; da solche Böden aber zu hart und zu wenig elastisch sind, werden sie von den Turnlehrern verworfen; ja es sind solche wegen diesen Inkonvenienzen in mehreren deutschen Städten wieder weggerissen und durch andere ersetzt worden. Unter Umständen mag es zweckmässig und billiger sein, Abwartwohnungen neben den Turnhallen unter dem gleichen Dach zu erstellen, wie es in der Bläsischule geschehen ist. Wünschenswert wäre es, wenn man 2 oder 3 Primarschulhäuser nicht allzuweit von einander bauen und nur eine, für alle gemeinsame Turnhalle an einem geeigneten Ort, ungefähr in der Mitte, erstellen könnte. Sind aber solche Schulhäuser zu weit von einander entfernt, so wird für Primarschüler der zurückzulegende Weg namentlich bei schlechtem Wetter und der daherige Zeitverlust zu gross. Ausserdem müsste für die von den Schulhäusern getrennt stehende Turnhalle und vielleicht auch noch für einen Turnplatz daneben im Freien ein besonderes Areal erworben werden; dadurch würden bei unsern teuern Landpreisen die Kosten wieder vermehrt und die angestrebten Ersparnisse ziemlich illusorisch werden.

Vorschlag No. 8: »Die Kommission hält vom Hauptgebäude abgesonderte Turnhallen für zweckmässig; inwiefern daneben liegende Abwartwohnungen und andere Dependenzen damit zu verbinden sind, hängt von den gegebenen Verhältnissen ab. Eine möglichst einfache und billige Konstruktion und Ausstattung ist angezeigt, doch so, dass weder die Solidität, noch die Heizung darunter leiden.«

»Die Turnhallen sollen aus praktischen und finanziellen Gründen nicht mit andern Räumen überbaut werden.«

»Die bisherigen Dimensionen der Turnhallen, nämlich 20 m. lang, 10 m. breit und 6 m. hoch, sollen als Minima auch für Primarschulen beibehalten werden.«

Abwartwohnungen.

In den meisten deutschen Städten erhält der Schuldirektor eine in der Regel sehr splendide Amtswohnung im Schulgebäude; manchmal befinden sich auch Lehrerwohnungen und in der Regel auch solche für den Abwart, den Heizer, sogar Wohnungen und Bureau von Polizeiangestellten im Schulhaus. In neuerer Zeit ist man allerdings an mehreren Orten wieder davon abgekommen und baut für das Schulpersonal besondere Wohnhäuser neben dem Hauptgebäude. Auch in Basel war es früher ziemlich allgemein Übung, Rektoren und einzelnen Lehrern Wohnungen im Schulhaus anzuweisen, wobei dann denselben, beziehungsweise den von ihnen angestellten Dienstboten, die Reinigung und Heizung des Gebäudes übertragen wurde. Die Kommissionen von 1870 und 1872 haben aber nachgewiesen, dass dieses Verfahren unrichtig sei. Einerseits nehmen die Lehrerwohnungen meist die schönsten und hellsten Lokale in Anspruch, die besser der Schule selbst überlassen werden; anderseits seien. wie vielfache Erfahrungen zeigen, Lehrer nicht die geeigneten Leute, um Reinigung und Heizung in richtiger Weise zu besorgen; es sei deshalb besser und auch finanziell vorteilhafter, die Lehrerwohnungen aus den Schulhäusern wegzulassen und für die untergeordneten Dienstleistungen besondere Leute, Abwarte, anzustellen, denen man in oder in der Nähe vom Schulhaus eine bescheidene Wohnung einrichten könne Letztere Massregel war um so mehr angezeigt, als in den neuen grossen Schulhäusern die Reinigungs- und Heizungsarbeiten viel mehr Aufmerksamkeit und Zeit in Anspruch nehmen, als früher. Nachdem in Folge dieser Anregungen im Klara- und Spalenschulhaus Abwartwohnungen im Haupt-

gebäude eingerichtet worden waren, kam man zur Überzeugung, dass auch dies aus verschiedenen Gründen nicht vorteilhaft und es in vielen Fällen zweckmässiger sei, für die Abwarte besondere und bescheidene Häus'chen neben das Schulhaus zu bauen.

Die Kommission vom Jahr 1882 sagt in ihrem Bericht, sie halte es für praktisch und ökonomisch, dass die Abwartwohnungen nicht im Hauptgebäude den Platz von Schulzimmern in Anspruch nehmen. Sie glaubt aber, dass, wenn zu diesem Zweck besondere Häus'chen erstellt werden, bei denselben im Interesse von Ersparnissen billige Arbeiterwohnungen zum Muster genommen werden könnten.

Wie wir oben gesehen, weisen die Erziehungsbehörden darauf hin, dass die bestehenden Abwartwohnungen für Unterbringung von manchmal vorhandenen erwachsenen Kindern beiderlei Geschlechts und von Dienstboten zu klein seien.

Vorschlag No. 9: »Die Kommission hält es für praktisch und ökonomisch, dass die Abwartwohnung nicht im Hauptgebäude den Platz von Schulzimmern in Anspruch nehme; wenn für dieselbe jedoch ein besonderes Gebäude erstellt wird, glaubt sie, es könnten dabei die beim Bau von Arbeiterwohnungen gemachten Erfahrungen im Interesse von Ersparnissen noch mehr als bisher zur Geltung kommen.«

»Damit jedoch diese Abwartwohnungen nicht zu kostspielig werden, könnten die Schlafräume für Dienstboten und grössere Kinder als Mansarden *im Dachgeschoss derselben* eingerichtet werden.«

Gas- und Wasser-Einrichtungen.

Die Erziehungsbehörden weisen bekanntlich darauf hin, dass Wasser im Schulhaus nicht nur zum Reinigen des Gebäudes und für die Reinlichkeit der Schüler und andere Schulzwecke, namentlich aber zum Trinken, notwendig sei Eine im letzten Sommer angestellte Untersuchung hat ergeben, dass, ohne dass gerade eine Verschwendung konstatirt werden kann, der Wasserkonsum namentlich in Knabenschulhäusern ein ziemlich beträchtlicher ist; in letzteren rührt dies besonders vom Spülen der Pissoirs her. Der Regierungsrat hat deshalb dem Baudepartement den Auftrag erteilt, im Einverständnis mit der Wasserdirektion ein Reglement für den Wasserkonsum in Schulhäusern auszuarbeiten, in welchem unter anderem für jedes Schulhaus das zulässige Maximum festgesetzt werden soll; dadurch wird ohne Zweifel Vergeudungen mehr als bisher vorgebeugt werden. Da für Primarschulen die Abtritte im Haus beibehalten werden sollen, für welche ohnehin Wasserversorgung notwendig ist, und da man auch an Feuersgefahr denken muss, so glaubt die Kommission, es sei ohne erhebliche Kosten das zweckmässigste, auf den verschiedenen Stockwerken wie bisher Wasserbecken mit verschliessbaren Hahnen, immerhin aber in bescheidener Zahl, anzubringen. Ob daneben auch Brunnen im Hof zu erstellen seien, wird je nach Umständen davon abhängig gemacht werden müssen, ob daraus erhebliche Kosten erwachsen; für Mittel- und höhere Schulen möchte es sich vielleicht empfehlen, jene wegzulassen oder auf ein Minimum zu beschränken und dafür Hofbrunnen zu erstellen.

Für die Klassenzimmer der Primarschulen ist künstliche Beleuchtung selten oder gar nicht notwendig, wohl aber zeitweise für Lehrer- und Konferenzzimmer und die dazu führenden Gänge. Primarschulen können aber auch vorübergehend oder definitiv für andere Schulen oder für sonstige öffentliche Zwecke verwendet werden, wobei die Möglichkeit der Beleuchtung dann wünschenswert ist. Da nun eine nachträgliche Einrichtung von Gas stets mit allerlei Inkonvenienzen und ziemlich grossen Kosten verknüpft ist, während diese verhältnismässig kleiner sind, wenn man die Zuleitungsröhren gleich beim Bau des Hauses legt, so glaubt die Kommission, es solle bei Neubauten letzteres zwar geschehen, die eigentlichen Gaseinrichtungen sollten aber erst dann erstellt werden, wenn sich dafür ein Bedürfnis zeigt. Daher:

Vorschlag No. 10. »Da für Primarschulen die Abtritte im Haus erstellt werden sollen, soll mit Rücksicht auf Feuersgefahr die Wasserversorgung auch in den Korridoren eingerichtet werden, jedoch mit Beschräukung der Anzahl Becken.«

»Ebenso sind die Korridore mit den nötigen Gasleitungen und deren Einmündungen in die Zimmer zu versehen: letztere sind dagegen ohne Einrichtung für Gasbeleuchtung zu belassen, bis sich ein wirklicher Bedarf dafür einstellt.«

Vorfenster.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass durch Weglassen der Vorfenster beim Neubau von Schulhäusern erhebliche Ersparnisse gemacht werden könnten. In Basel und, soviel uns bekannt, auch in allen andern Städten der Schweiz ist dieser Schutz gegen Einflüsse kalter Temperatur allgemein, auch für Schulhäuser. im Gebrauch. In den meisten deutschen Städten, namentlich solchen Norddeutschlands, wo es doch kälter ist, als bei uns, haben die Schulhäuser, sogar sonst luxuriös ausgestattete Gebäude, dagegen keine Vorfenster. Aus den neuesten Berichten geht aber hervor, dass man nach und nach auch hier zur Einsicht kommt, dass beim Weglassen dieser Schutzmittel die Heizungskosten unverhältnismässig gross werden, so dass sich dabei auf die Dauer statt Ersparnisse erhebliche Mehrkosten ergeben. Man beabsichtigt deshalb in mehreren Städten, z. B. Berlin und Leipzig, die Vorfenster nachträglich anzuschaffen. Um namentlich darüber in's Klare zu kommen, welche Mehrkosten für die Heizung sich ergeben würden, wenn man die Vorfenster wegliesse, sind die drei Unternehmer, welche bisher Zentralheizungen für unsere neuen Schulhäuser erstellt haben, darüber um ihre Ansicht befragt worden. Die Herren Gebrüder Sulzer in Winterthur teilen mit, bei Weglassen der Vorfenster hätten sich die Kosten für die Heizungsanlage in der Wettsteinschule um zirka Fr. 2600, im Töchterschulhaus um zirka Fr. 5200 vermehrt; der jährliche Mehrkonsum an Steinkohlen würde in ersterem 6300 Klgr., in letzterem 10,500 Klgr., beziehungsweise die jährlichen Mehrkosten für Heizmaterial würden Fr. 157 resp. Fr. 262 betragen. Beide Schulhäuser haben Dampfwasserheizung. Hr. Scherrer in Neunkirch schätzt für das Bläsischulhaus, welches von ihm mit Luftheizung versehen worden ist, die Mehrkosten der ersten Anlage auf $^1/_8$ (also zirka Fr. 5000), den Mehrverbrauch an Brennstoff auf $^1/_5$—$^1/_3$ (d. i. zirka Fr. 600 bis Fr. 750 jährlich), je nach der äusseren Temperatur und der Stärke der Ventilation. Nach Angabe des Hrn. Breitinger in Zürich hätte ohne Vorfenster seine Luftheizung im Seevogelschulhaus zirka 15 % = Fr. 3300 mehr gekostet, und der jährliche Mehrkonsum würde je nach der Aussentemperatur und Ventilation 15—30 % betragen. Ausserdem machen die Herren noch auf verschiedene andere Inkonvenienzen aufmerksam, welche sich aus dem Weglassen der Vorfenster ergeben, von welchen hier nur einige angeführt werden. Das dabei vorkommende starke Schwitzen der Fenster ist nicht nur höchst lästig, sondern es verdirbt die Fensterrahmen schnell und vermehrt die Reparaturkosten. Es ist dabei nicht möglich, im Zimmer eine annähernd gleiche Temperatur hervorzubringen; an der Decke und an der geschlossenen Wand ist es viel wärmer, am Boden und an der Fensterwand viel kälter, als wenn Vorfenster vorhanden sind. Für die Schüler, welche zunächst den Fenstern sitzen, ist die ungleiche Erwärmung der beiden Körperseiten nicht nur unbehaglich, sondern es entstehen von dem durch die selten genau schliessenden einfachen Fenster sich ergebenden Zug leicht gesundheitsschädliche Erkältungen.

Unter diesen Umständen scheint es genügend begründet zu sein, wenn der daherige Vorschlag lautet:

Vorschlag No. 11: »Vorfenster sind in allen Schulhäusern auch ferner anzubringen.«

Heizung und Ventilation.

Ueber dieses Kapitel berichtet Herr Professor His im Oktober 1870 sehr ausführlich; es ist auch auf die »Untersuchungen über den Kohlensäuregehalt der Luft in Schulzimmern« zu verweisen, worüber Herr Dr. Karl Breiting im Januar 1870 ausführlich berichtet hat. Herr Professor His weist nach, dass für die Gesundheit von Schülern und Lehrern vor allen Dingen eine *reine* Luft in den Schullokalen verlangt werden müsse, d. h. eine solche, welche nicht mehr als 2 % Ausatmungsluft enthalte, was einem zur Not noch zulässigen Kohlensäuregehalt von zirka $1^1/_4$ ‰ entspreche. Dabei berechne sich der Bedarf an frischer Luft per Kopf und Stunde auf 12 bis 15 m.³. Die Luft in den Schullokalen soll ferners ruhig und hinlänglich warm sein. Für unsere Verhältnisse sei eine nach Zeit und Raum gleichmässig verteilte Temperatur von 14° Reaumur die angemessene. Um dies zu erreichen, sei nicht nur eine gut eingerichtete Heizung, sondern unter allen Umständen eine künstliche Ventilation notwendig; hiefür seien zwar mechanische Vorrichtungen

am besten; da dieselben aber sehr teuer, so empfehle es sich am ehesten, die Ventilation in zweckmässiger Weise mit der Heizung zu verbinden. Bei dem damaligen Stand der Technik gibt er einer zentralen Warmwasserheizung den Vorzug. Gusseiserne Öfen seien durchaus verwerflich, Kachelöfen nehmen zu viel Platz ein; Heizung mit Zimmeröfen hält er überhaupt nur dann für passend, wenn künstliche Zuführung von frischer Luft nnd genügende Ventilation damit verbunden werden können.

Der Bericht vom Jahr 1882 findet Ofenheizung nur unter der Voraussetzung, dass Ventilation damit verbunden werden kann, und nur für kleine Schulbauten praktisch und billig. Bei grossen Schulgebäuden, welche 12 und mehr Klassen enthalten, hält er eine Zentralheizung für zweckmässiger.

In den Schulen süddeutscher Städte sind, wie wir oben gesehen, allerdings meistens noch Oefen verschiedener Systeme mit Coaksfeuerung, mit und ohne Ventilation vorhanden; die Unterhaltungs- und Heizungskosten sind dort aber auch ziemlich hoch. In Norddeutschland dagegen werden in den Schulen seit Jahren nur noch Zentralheizungen ausgeführt. Herr Stadtbaurat H. Blankenstein sagt in seiner bautechnischen Statistik über Berlin: »Es mag überraschend sein, dass die Anlagekosten für Ofenheizung ungefähr dieselben sind, wie für Luftheizung, wobei allerdings die Mehrkosten für die bei letzterer, der vielen Röhren wegen, notwendigen grösseren Mauerstärken nicht mit in Rechnung gebracht sind. Letztere aber werden durch die erheblich grösseren Unterhaltungskosten der Öfen mehr als aufgewogen.«

Der obrigkeitliche Techniker, Herr Ingenieur Ensslin, der sich seit mehreren Jahren eingehend mit unseren Heizungsanlagen beschäftigt, hat im Auftrage des Baudepartements über die Angelegenheit einen ausführlichen Bericht erstattet. Er sagt darin unter anderem folgendes:

Die Erstellungskosten der Heizung mit Zimmeröfen, besonders wenn keine künstliche Ventilation damit verbunden ist, sind die kleinsten. Für ein Schulhaus von 16 Klassen berechnet er die Erstellungskosten: Bei Ofenheizung Fr. 10,000, bei Luftheizung neuesten Systems auf Fr. 20,000, bei Dampfwasserheizung auf Fr. 30,000.

Die Unterhaltungskosten der Zimmeröfen sind dagegen wesentlich grösser, als die der Luftheizung; namentlich betragen aber die Kosten für Heizmaterial bei Zimmeröfen, sogar ohne Ventilation, ungefähr das doppelte derjenigen bei Zentralheizungen, wie durch einige dem Bericht beigefügte Beobachtungs-Resultate vom Jahr 1884 deutlich hervorgeht. Die Bedienung der Zimmeröfen erfordert viel mehr Aufmerksamkeit und ungefähr doppelt so viel Zeit, wie bei Zentralheizungen. Bei Ofenheizung wird die Luft und das Gebäude viel mehr verunreinigt; wird dabei *im* Zimmer geheizt, wie es wegen besserer Luftzirkulation geschehen sollte, so wird dadurch der Unterricht gestört; geschieht aber die Heizung von aussen, so vermehren sich wieder die Baukosten. Gut gefütterte Mantelöfen mit Ventilation beanspruchen sehr viel Raum im Zimmer, und auch bei den besteingerichteten derartigen Oefen kann aus physikalischen Gründen eine ebenso kräftige und zugleich *regelmässige* Ventilation unmöglich erreicht werden, wie bei einer zweckmässig erstellten Zentralheizung.

Die Mitteilungen des Herrn Ensslin werden zwar von einem Mitglied, Herrn Architekt Oelhafen, in mehreren Punkten beanstandet; derselbe glaubt namentlich, dass bei der Ofenheizung die Betriebskosten nicht höher seien, als bei der Luftheizung; bei grösseren Schulgebäuden möge eine Zentralheizung vorteilhafter sein; aber bei kleineren Gebäuden bis zu 16 Klassen, besonders wenn dieselben als Erdgeschoss erstellt werden, halte er Ofenheizung für zulässig und billiger. Die übrigen Mitglieder der Kommission waren zwar nicht in der Lage, die Richtigkeit aller Zahlenangaben des Herrn Ensslin zu untersuchen; da jedoch zahlreiche hier und anderwärts gemachte Erfahrungen über Erstellungs- und Betriebskosten, sowie auch in den andern erwähnten Beziehungen, besonders für Gebäude von über 12 Klassen, jedenfalls gegen die Zimmeröfen und zu Gunsten der Zentralheizungen sprechen, so sieht sich unsere Kommission nicht veranlasst anzuraten, in Zukunft von letzteren abzugehen.

Was das System der Zentralheizungen anbelangt, so zeichnen sich die Dampfwasserheizungen besonders durch grössere Nachhaltigkeit und geringere Reparaturkosten vorteilhaft aus; deren Erstellung ist aber einstweilen noch viel teurer, als

die der Luftheizungen, welcher immer noch einige Mängel anhaften. Da jedoch die Heizungstechnik stets Fortschritte und neue Erfindungen macht und dabei zu hoffen ist, dass erstere nach und nach auch billiger erstellt werden können, so ist die Kommission nicht in der Lage, irgend einem System der Zentralheizungen den Vorzug zu geben.

Vorschlag No. 12: »Die bisher hier und anderwärts mit den Heizungsanlagen gemachten Erfahrungen können die Kommission nicht zu dem Vorschlag veranlassen, für die bei uns notwendigen grösseren Schulhäuser von den jetzt üblichen Zentralheizungen abzugehen.«

»Wenn also letztere auch ferners auszuführen sind, so ist dagegen bei dem jetzigen Stande der Technik und bei den stetigen Fortschritten derselben die Kommission zur Zeit nicht in der Lage, irgend einem besonderen System derselben den Vorzug zu geben.«

Spielplätze.

Die Kommissionen von den Jahren 1870 und 1872 halten es für eine bescheidene Forderung, wenn für die Spielplätze der Schulkinder ein Hofraum verlangt werde, der das 1½ bis zweifache des Flächeninhalts der Schulzimmer enthalte; sie normirt denselben auf 1,8 bis 2,4 m.² per Kind. Die Erziehungsbehörden verlangten später 3 m.² per Kind.

Der Bericht vom Jahr 1882 hält einen etwas grösseren Spielplatz zwar für erwünscht, erachtet indessen denjenigen beim Klaraschulhaus für ausreichend. Wenn man hier 60 Kinder per Klasse rechnet, für welche Zahl dieselben eingerichtet sind, so hat der Spielplatz eine Grösse von 1,68 m.² per Kind; rechnet man aber nur 54 Kinder per Klasse, wie es höchstens zulässig ist, so erhält man für den Spielplatz 1,855 m.² per Kind.

Indem unsere Kommission dem Sinne des letzteren Vorschlags beistimmt, macht sie folgenden

Vorschlag No. 13: »Die Kommission hält zwar einen etwas grösseren Spielplatz für erwünscht, erachtet aber für Primarschulen einen solchen mit einem Flächeninhalt von 1,7 m.² per Kind für ausreichend.«

Form und Grösse der Gebäude.

Bereits im Eingang dieses Berichts ist erwähnt, dass unser Kommissionsmitglied, Herr Architekt Oelhafen, die Ansicht vertreten habe, Primarschulhäuser, welche zum grösseren Teil bloss aus einem Erdgeschoss bestehen, seien billiger zu erstellen, als solche mit mehreren Stockwerken, und dass deshalb Herr Kantonsbaumeister Reese beauftragt worden sei, zur Vergleichung zwei Projekte für ein Schulhaus von 16 Klassen, das eine für einen Erdgeschossbau nach Vorschlag von Herrn Oelhafen, das andere für einen Stockwerkbau nach seinem Vorschlag, zu berechnen. Nachdem jedoch diese detaillirten Kostenvoranschläge ausgearbeitet waren, zeigte es sich, dass die beiden Herren über die bei den beiden Projekten anzuwendenden Konstruktionsverhältnisse und auch über die der Berechnung als Grundlage dienenden Preise ziemlich verschiedener Meinung waren; da sie sich darüber nicht einigen konnten, so wurde jeder der Herren ersucht, selbst ein Projekt nach seiner Idee auszuarbeiten und der Kommission vorzulegen.

Das Projekt des Herrn Oelhafen besteht aus einem Mittelbau und zwei Flügeln in einer Gesamtlänge von 84 m. Im Erdgeschoss des Mittelbaues sind gegen den Hof zu 2 Klassen, gegen die Strasse die Turnhalle disponirt, welch' letztere zirka 4 m. über die Hauptfaçade vorsteht; im ersten Stock desselben befinden sich 3 Lehrerzimmer und die Abwartwohnung, vorn über der Turnhalle 2 Klassen. Die Flügel bestehen nur aus Erdgeschoss; zunächst dem Mittelbau sind jederseits je 2 Abtrittanlagen zu je 8 Abtritten, den nötigen Pissoirs und einem breiten Gang, der zugleich als Neben-Ausgang nach dem Hofe dient, dann je 6 Klassen, wovon 3 nach vorn und 3 nach hinten. Durch das ganze Gebäude zieht sich ein Mittelkorridor von 4 m. Breite, beidseits je durch ein Oberlicht und ein Haustürlicht beleuchtet, das sich an jedem Ende des Korridors befindet. Als Heizung sind überall Zimmeröfen vorgesehen; die Keller sind nur 2,2 m. hoch und soll der Teil unter den beiden Klassen des Mittelbaues als Magazin für Brennmaterial dienen. Die Flügel sind im Aeussern 7 m. hoch, welche Höhe dadurch erreicht wird, dass die Mauern

ringsum teils durch eine Attika, teils durch eine Ballustrade gekrönt werden: die Bedachung der Flügel ist flach, aus Holzzement erstellt, während das Dach des Mittelbaues mit Schiefer gedeckt würde. Hr. Oelhafen berechnet die Baukosten seines Projekts auf Fr. 211,305. inclusive 7½% für Bauleitung und Unvorhergesehenes und erreicht dies, wie er in seinem Bericht angibt, ausser der von ihm vorgeschlagenen Konstruktionsart namentlich durch Weglassung von Vestibülen und Treppenhäusern, durch Reduktion der Mauerstärken und der angesetzten Einheitspreise für Maurer-, Steinhauer- und Zimmerarbeiten auf ein Minimum. Er glaubt übrigens, dass sein Projekt nicht nur viel billiger zu stehen komme, als ein Bau mit mehreren Stockwerken für 16 Klassen, sondern dass es auch allen Anforderungen der Aesthetik, Sanität und Pädagogik entspreche

Es muss hier gleich erwähnt werden, dass das Überbauen der Turnhallen und die Beheizung mit Zimmeröfen von der Kommission als unzweckmässig verworfen worden sind, und dass deshalb das Projekt Oelhafen, wenn es überhaupt annehmbar sein sollte, jedenfalls in diesen beiden Beziehungen geändert werden müsste, wodurch aber wieder Mehrkosten entstünden.

Das von *Herrn Reese projektirte Gebäude* ist 49 m. lang und besteht aus einem Erdgeschoss und 2 oberen Stockwerken: die Turnhalle steht hinter dem Gebäude im Hof; die Flügel sind hinten um 5½ m. gegen den Hof vorgebaut. Die Abtritte befinden sich in jedem Stockwerk zwischen Hauptgebäude und Turnhalle. Im Erdgeschoss sind 3 Lehrerzimmer. eine Abwartwohnung und 4 Klassen, in den beiden andern Stockwerken je 6 Klassen; der 3,8 m. breite Korridor liegt einseitig nach hinten. Für die Heizung sind ebenfalls Zimmeröfen vorgesehen. Die berechneten Kosten kommen auf Fr. 210,565. Das Resultat der beiden nach gleichen Programmbedingungen ausgeführten Projekte und Berechnungen ergibt also für jedes nahezu die gleiche Bausumme, für den Erdgeschossbau des Herrn Oelhafen sogar etwas mehr, als für den Stockwerkbau. Das gleiche Kostenverhältnis ergibt sich, wenn man beiderseits die Turnhallen ausser Berechnung lässt.

In seinem Bericht macht Herr Reese am Projekt Oelhafen verschiedene Aussetzungen und behauptet namentlich, dass die verhältnismässig niedrigen Kosten durch Reduktionen an den Stärken der Konstruktionsteile und an den Einheitspreisen erreicht werden, welche er als zu weit gehend für durchaus unzulässig erachte, und ausserdem brauche der projektirte Erdgeschossbau zirka 700 m.² mehr Terrain, dessen Wert ebenfalls in Anschlag zu bringen sei.

Da die beiden Herren Architekten, die einzigen Sachverständigen der Komission, in den wesentlichsten Punkten. von welchen die Kosten der einen oder andern Bauart abhängig sind, verschiedener Meinung blieben, so konnte es die Komission nicht über sich nehmen, diese Angelegenheit von sich aus zu entscheiden. Sie beschloss deshalb, die Projekte und Kostenberechnungen einer besondern kleinen Kommission von unparteiischen Sachverständigen zur technischen Prüfung und Meinungsäusserung, besonders über den finanziellen Punkt, vorzulegen. Es wurden dafür bezeichnet: Herr Architekt Vischer, Herr Baumeister L. Merian und Herr Zimmermeister A. Bachofen.

Nachdem diese Herren Anfangs Oktober in höchst verdankenswerter Weise ihre Bereitwilligkeit zur Übernahme der ihnen zugedachten Aufgabe ausgesprochen, und nachdem sie sowohl die ihnen vorgelegten Aktenstücke und Pläne eingehend geprüft, als auch die Ansichten der Herren Oelhafen und Reese angehört hatten, übermittelten sie uns am 3. November ihren eingehenden Bericht über die Angelegenheit.

Der Schluss dieses Berichtes lautet wie folgt:

»Das Ergebnis der Berechnungen stellt sich nun für beide Gebäude ziemlich genau gleich. Wenn auch wahrscheinlich bei einer ganz gesonderten Berechnung der zwei Projekte die Übereinstimmung der Schlussummen nicht so vollständig sein dürfte, so kann doch angenommen werden, dass der Unterschied kein erheblicher sei, namentlich für den Etagenbau nicht ungünstiger sich stellen würde.

»Zu den Kosten der Gebäude kommen nun aber diejenigen der Bauplätze, und diese müssen gerechnet werden, ob der Staat einen Platz schon besitzt oder ihn erst erwerben muss.

»Nach der Berechnung des Herrn Oelhafen beträgt der Mehrbedarf an Terrain für den Erdgeschossbau gegenüber dem Etagenbau 500 m.², nach derjenigen des

Herrn Reese 700 m². Diese Differenz zu Fr. 25 per m.² gerechnet, ergibt für den ersteren Fr. 12,500 bis 17,500, also im Mittel Fr. 15,000 Mehrkosten.

»Nach unseren obigen Auseinandersetzungen glauben wir nun aber, der Erdgeschossbau biete gegenüber dem Etagenbau an und für sich keine Vorteile, sondern es dürfte bei gleichen Kosten aus praktischen und ästhetischen Gründen der letztere vorzuziehen sein. Es muss daher die Kostenfrage als entscheidend betrachtet werden. Da nun aber die Kosten des Erdgeschossbaues sich mindestens um den Mehrbedarf für Terrain höher stellen, so können wir die Ausführung eines solchen nicht empfehlen.

»Wir sind dagegen der Ansicht, dass bei der Prüfung der Frage des Erdgeschossbaues und dem Studium des bezüglichen Materials sich mannigfache Anregungen, auch für die künftige Ausführung von Etagenbauten, entnehmen lassen, und dass die verschiedenen Vereinfachungen in der Ansführung, die als Vorzüge des Erdgeschossbaues sind angeführt worden, sich sehr wohl auf den Etagenbau übertragen lassen.«

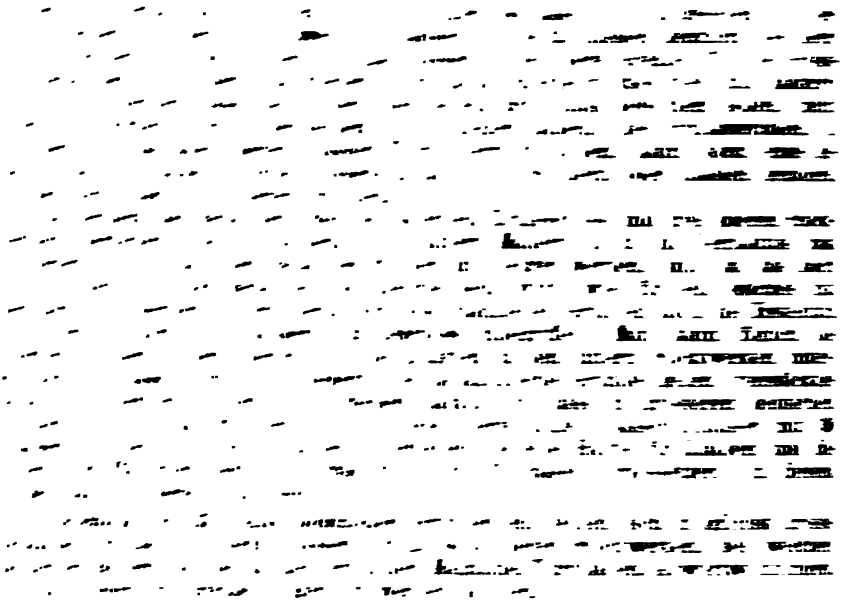
Nachdem unsere Kommission von diesem Expertenbericht Kenntnis genommen, anerkennt sie zwar in ihrer Sitzung vom 11. November die dankenswerten Bestrebungen des Herrn Architekt Oelhafen, durch Einführung einer bisher für Schulhausbauten nicht üblichen Bauart namhafte Ersparnisse zu machen; sie schliesst sich deshalb auch der im Schlusssatz von den Experten ausgesprochenen Ansicht an; sie ist jedoch durch die Ausführungen ihrer Experten zur Überzeugung gekommen, dass Erdgeschossbauten nach Vorschlag des Herrn Oelhafen, besonders mit Hinzurechnung des Landwerts, mehr kosten, als bei Annahme gleicher Verhältnisse Bauten mit mehreren Stockwerken, und dass erstere ausserdem auch aus anderen Gründen nicht den Vorzug vor letzteren verdienen. Sie kommt deshalb zu folgendem

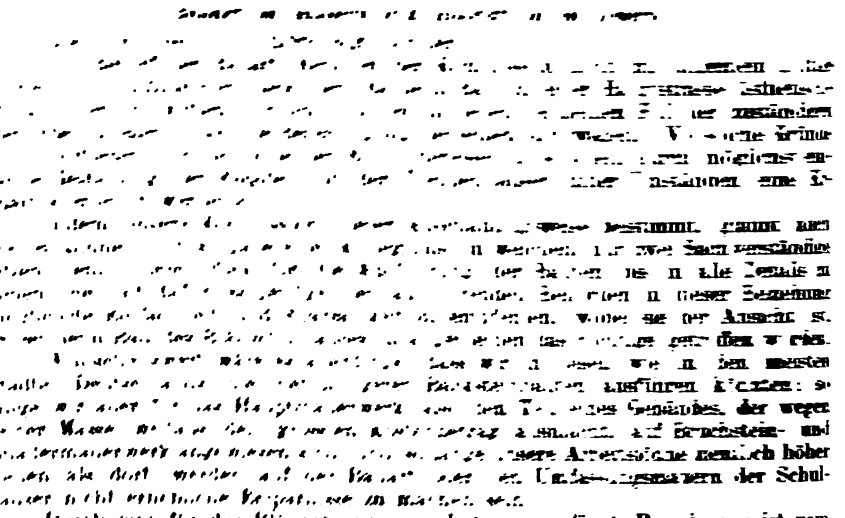
Vorschlag Nr. 14. »Nachdem sich aus den angestellten vergleichenden Berechnungen und aus dem Bericht von drei darum ersuchten unbeteiligten Sachverständigen ergeben hat, dass bei Zugrundlegung des gleichen Bauprogramms die Baukosten für Schulhäuser, welche zum grösseren Teile nur aus einem Erdgeschosse bestehen und betreffs Keller und Dachstock sich auf ein Minimum beschränken, sich mindestens eben so hoch stellen, als diejenigen für mehrstöckige Gebäude, dass demnach ebenerdige Bauten wenigstens um den Bauplatzwert teurer werden als mehrstöckige Gebäude: nachdem es sich ferner aus den gleichen Untersuchungen ergeben hat, dass solche Erdgeschossbauten weder in Bezug auf die Disposition der Räume, noch auf die äussere Erscheinung besondere Vorteile bieten, kann die Kommission nicht dazu raten, ebenerdige Schulhausbauten in Ausführung zu bringen.«

In Betreff der *Grösse* der Primarschulgebäude, beziehungsweise der Anzahl der Klassen oder Primarschüler, welche in einem Schulhaus unterzubringen sind, spricht sich die Kommission vom Jahr '882 wie folgt aus:

»Die obere Grenze für die Grösse eines Schulgebäudes ist bei Mittelschulen gegeben durch die Bedingung, dass *eine* Turnhalle, *ein* Zeichnungs- und *ein* Singsaal gerade noch ausreicht. Bei Primarschulen ist es mehr die einheitliche Beaufsichtigung und Bedienung, welche eine Grenze bestimmt. In beiden Fällen kommen wir ungefähr auf 600 Kinder für *ein* Schulhaus, also bei Primarschulen auf 12 Klassenzimmer, d h. 4 mal 3 Parallelklassen. Wenn zwei unter verschiedener Direktion stehende Schulhäuser unter ein gemeinschaftliches Dach gebracht werden, so kann dann die Gesamtzahl der Schüler vergrössert und bei Primarschulen die Klassenzahl *wenigstens auf 16* d. h. beiderseitig 4 mal 2 Parallelklassen, gebracht werden.«

Unsere Kommission glaubt jedoch, die hier und anderwärts gemachten Erfahrungen weisen darauf hin, dass man füglich weiter gehen, d. h. noch grössere Gebäude für Primarschulen bauen könne und solle, wenn man dabei wesentliche Ersparnisse erreichen will. Da die gemeinsamen Räume, wie Examensäle, Lehrerzimmer, Magazine, Turnhallen, Abwartwohnungen, für ein grosses Schulhaus nicht grösser und zahlreicher zu sein brauchen, als für ein kleineres Gebäude, so ist klar, dass der mit Inbegriff dieser gemeinsamen Räume per Klasse oder per Schüler berechnete Erstellungspreis sich bei einem grösseren Schulhaus verhältnismässig niedriger stellen muss, als bei einem kleineren. Aber auch gewisse Konstruktionsteile, wie die Umfassungsmauern, Treppen u. s. w., stellen sich bei grösseren Ge-





Durch eine für das Bürgerhaus [illegible] angestellte Berechnung ist vom Herrn Kantonsbaumeister nachgewiesen worden, dass, wenn man an dessen vier Façaden alle Quaderverkleidungen weggelassen hätte, die übrigens nicht nur wegen der Solidität, sondern wenigstens teilweise auch wegen grösserer Solidität angebracht worden sind, mit anderen Worten, wenn man das Gebäude im einfachsten Fabrikstyl ausgeführt hätte, an den Baukosten im besten Falle 5% hätten erspart werden können.

Neben möglichster Solidität wird man aber auch in Basel öffentlichen Gebäuden, besonders wenn sie an Strassen oder Plätzen liegen, ein *anständiges* Aeusseres wahren wollen, ohne dass man deshalb mit der architektonischen Ausstattung einen Luxus zu treiben braucht, wie es bei vielen Volksschulhäusern in Deutschland der

Fall ist. Auch für die innere Ausstattung muss die Solidität neben der Zweckmässigkeit in erste Linie gestellt werden, wenn nicht durch die sehr bald sich einstellenden viel grösseren Unterhaltungskosten diejenigen Ersparnisse wieder weit überschritten werden sollen, die man beim Bau am unrechten Orte gemacht hat.

Die Kommission könnte deshalb z. B. nicht dazu raten, statt der jetzt üblichen eichenen Riemenböden solche aus tannenen Brettern auszuführen, indem erstere wegen der grösseren Dauerhaftigkeit sich für eine längere Reihe von Jahren, trotz des höheren Anschaffungspreises, doch billiger stehen, als letztere. Ebenso könnte die Kommission nicht dazu raten, die Lamberien in Klassenzimmern und Korridoren, welche jetzt durchgehends 1,35 m. hoch gemacht werden, oder die hölzernen Fensterverkleidungen wegzulassen oder zu reduziren, indem sonst bald durch Beschädigung der Wände mehr Kosten veranlasst würden, als man anfänglich erspart hat.

Die durch solche an der jetzt üblichen inneren Ausstattung möglichen Reduktionen sich ergebenden Ersparnisse wären übrigens im Verhältnis zu den Gesamtkosten eines Primarschulgebäudes so unbedeutend, dass es sich kaum lohnen würde, deshalb in's Kleinliche zu verfallen. Aus diesen Gründen kommt die Kommission zu

Vorschlag No. 16. »In Bezug auf die äussere Erscheinung und die innere Ausstattung von Primarschulgebäuden empfiehlt die Kommission möglichste *Einfachheit und Sparsamkeit,* letztere indess nur insoweit, als die Solidität, darunter keinen Schaden leidet, und als in den Façaden noch der Charakter eines öffentlichen Gebäudes gewahrt bleibt.«

Schulhaus	Zahl der Klassen	Zahl der Schüler	Kosten per Klasse	Kosten per Schüler	Kosten per m.³
			Fr.	Fr.	Fr.
Basel.					
Bläsischulhaus	24	1296	17666	327. —	19. 80
Schweiz.					
Aussersihl	6	480	16700	210. —	25. —
Riesbach	6	360	26000	433. —	27. —
Enge	12	720	30000	497. —	—
Baden i. A. (1862)	14	700	10700	215. —	11. 70
Grenchen (Kt. Solothurn) . . .	8	512	15720	245. 60	17. 35
Genf (Neues Collège)	18	936	29444	566. —	27. —
Deutschland.					
Augsburg.					
Mädchenschule, Stadtpflegeranger .	17	1088	12837	200. —	14. 12
Mädchen, St. Max	6	384	11957	182. —	16. 37
Vorstadt Wertach	6	384	8020	125. —	10. 02
Mädchen zu Barfüssern . . .	6	384	11787	184. —	15. 31
Knaben, St. Maz	11	704	13341	208. —	16. 25
Schulhaus an der Wertach . . .	12	768	11373	177. —	15. 75
München.					
Schwanthalerstrasse	28	1792	13375	209. —	—
Türkenstrasse	23	1472	19100	292. —	—
Kirchenstrasse	23	1472	18500	289. —	—
Klenzestrasse	31	1984	19750	309. —	—
Blumenstrasse	30	1920	24125	378. —	—
Schlossheimerstrasse	8	554	12460	202. —	—
Mariahilfplatz	29	1856	16340	255. —	—
Karlsruhe.					
Volksschule Gartenstrasse . . .	20	1108	14250	259. —	16. —
„ Schützenstrasse . .	20	1100	15650	285. —	15. 65
„ Waldstrasse . . .	12	648	11167	207. —	15. 65
Mädchenmittelschule-Sophienstrasse .	21	850	13100	339. —	16. 25
Strassburg.					
Schöpflinschule	18	1140	19253	320. —	25. 80
Dresden.					
Bürgerschule, Klein-Plauenstrasse .	24	1040	12000	276. —	—
„ Blochmannstrasse . .	13	410	24820	787. —	—
Bezirksschule Ehrlichstrasse . .	34	1700	8030	160. —	—
„ Königsbrückerplatz .	30	1330	11670	263. —	—
„ Waldgasse . . .	16	660	14445	353. —	—
Neueste Schulen	40	2000	13000	260.	17. —

Schulhäuser.

Schulhaus	Zahl der		Kosten		
	Klassen	Schüler	per Klasse	per Schüler	per m.²
			Fr.	Fr.	Fr.
Stuttgart.					
Realgymnasium	33	1100	30000	896. —	—
Karlsgymnasium	31	1240	23400	584. —	25. 90
Realschule	25	1000	30540	763. 50	27. —
2 Bürgerschulen	52	2500	24350	506. —	28. 95
Stöckach, Volksschule	22	1320	17277	288. —	23. 12
Katharinenstrasse, „	36	2200	21200	346. 60	—
Haslach, „	14	840	14206	237. —	20. 50
Johannesschule „	16	960	21457	358. —	23. 87
Frankfurt a. M.					
Gellertschule, Bürgerschule	16	864	26720	495. —	—
Wöhlerschule, Realschule	24	1068	30933	695. —	—
Sachsenhausen, Volksschule	36	2880	21250	265. —	—
2. Bornheimer, „	22	1760	22727	284. —	26. 23
Mainz.					
Neue Bezirksschule	22	1540	19320	276. —	—
Kiel.					
Neueste Schulhäuser	18	900	8500	170. —	13. —
Berlin.					
Königstädtisches Gymnasium	36	1645	23450	513. —	19. 38
Gemeindeschule No. 96	19	1083	8900	156. —	16. 55
„ No. 95	18	1132	7740	123. —	15. 71
„ No. 73	16	1045	14310	219. —	19. 66
„ No. 89	20	1200	12762	213. —	16. 45
„ No. 80	19	1027	8330	154. —	17. 58
„ No. 78 und 97	34	2113	9743	156. —	15. 81
„ No. 88	17	1038	10620	174. —	16. 27
Neueste Schulhäuser	36	2100	9500	160. —	18. 50
Hamburg.					
Schulhaus Bauerberg	12	660	16100	239. —	—
„ Grindelhof	15	825	11266	205. —	—
„ Rebsalzstrasse	15	825	11200	204. —	—
„ Rosenalle	14	770	11142	203. —	—
„ Kurze Mühren	44	2420	9230	172. —	—
Neueste Schulhäuser	40	2200	10000	182. —	24. —
Leipzig.					
Bezirksschule No. 3	27	1134	16750	400. —	—
„ No. 4	32	1348	16500	393. —	—
Bürgerschule No. 4	39	1638	10375	235. —	—
Bürger- und Bezirksschule No. 7	80	3360	11250	267. —	—
Neueste Schulen	40	1680	13000	310. —	—

Masse der zweisitzigen Basler Subsellien (pag. [illegible]).

I–VI ohne Klappen, VII–VIII mit Klappen.

Nummern der Bänke	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
	cm.	cm.	cm.	cm.	cm.	cm.	cm.	cm.
Grössen der Schüler	[illegible] bis [illegible]	[illegible] bis [illegible]	[illegible] bis [illegible]	[illegible] bis [illegible]	[illegible] bis [illegible]	[illegible] bis [illegible]	[illegible] bis [illegible]	[illegible] bis [illegible]
Bankhöhe, vordere	—	—	—	—	—	—	[illegible]	[illegible]
„ hintere	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	74	[illegible]
Lehnenoberkante Abstand vom Fussboden	73	73	73	73	73	73	[illegible]	[illegible]
Vertikaler Abstand des Sitzes von der Tischplatte (Differenz)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	23	24	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Sitzhöhe — über Schemel resp. Fussboden	[illegible]	[illegible]	34	[illegible]	[illegible]	44½	47	49
Schemelhöhe — über Fussboden	23	19	14½	[illegible]	5½	—	—	—
Lichte Höhe des Bücherfaches	12	12	12	12	12	12	12	12
Abstand vom Schemel bis zur Unterkante des Bücherschaftes	33	37	41½	46	50½	56	62	64½
Horizontaler Abstand d. Lehne von der Tischkante (Lehnentiefe)	23	24	25	26	[illegible]	30	32	34
Tischplatte, ganze Breite	45	45	45	45	45	45	50	50
„ bis zum Fries	36	36	36	36	36	36	40	40
Friesbreite	09	09	09	09	09	09	10	10
Klappenbänke. — Breite der festen Tischplatte	—		—	—	—	—	24	24
Klappenbänke. — Klappenbreite			—	—	—	—	16	16
Banklänge	120	120	120	120	120	120	135	135

Bei allen Bänken ist eine Minusdistanz von 3 cm. einzuhalten.

Für Schüler unter 1 m. und über 1,80 m. Grösse werden nach Erfordernis besondere Bänke angefertigt.

C. Statistische Übersichten.

1885.

I. Primarschulen.

Kantone	Schulen	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich	371	25341	27702	53043[1])	625	50	675
Bern	814	49865	50142	100007	1191	775	1966
Luzern	166			16633[2])	274	46	320
Uri	24	1629	1570	3199[3])	24[4])	24[5])	48
Schwyz	54	3818	3710	7528	48	71[6])	119
Unterwalden o. d. W.	14	1010	1015	2025	10	29[7])	39
Unterwalden n. d. W.	17	844	818	1662	10[8])	26[9])	36
Glarus	30	2833	2987	5820[9])	89	—	89
Zug	21	1815	1809	3624[10])	43	42	85[11])
Freiburg[12])	259	10436	10074	20510	246	190	436[13])
Solothurn	127	6834	6536	13370	227	14	241
Baselstadt[14])	4	2970	3100	6070	80	27	107
Baselland[15])	71	5219	5078	10297[16])	132	5	137
Schaffhausen	36			6865	117	7	124
Appenzell A.-Rh.	70			9202[17])	103	—	103
Appenzell I.-Rh.	15			1600	17	8	25
St. Gallen	214[18])	17071	17304	34375[19])	469[20])	20[20])	489
Graubünden	288	7619	7068	14687	409	50	459
Aargau	288			30290[21])	473	87	560
Thurgau	182			17452[22])	264	8	272
Tessin	308	9922	9908	19830[23])	193	299	492[24])
Waadt	476			35000	500*	360*	860*
Wallis	280			17826	270	214	484
Neuenburg	123	10900	11103	22003[25])	133	287	420
Genf	56	4367	4337	8704	100*	140*	240*
1885	4308			461622	6047	2779	8826
1884				455498	6001	2762	8763
* Annähernd				+5484	+46	+17	+63

[1]) Alltagsschule: 18766 Knaben und 18993 Mädchen, Ergänzungs- und Singschule: 6575 Knaben und 8909 Mädchen.
[2]) Schuljahr 1884/85, nebst Einschluss der Privatschüler.
[3]) Darunter 381 Repetirschüler.
[4]) Davon 8 Geistliche.
[5]) Ordensschwestern.
[6]) Darunter 70 Ordensschwestern.
[7]) „ 26 „
[8]) „ 3 Geistliche und 24 Ordensschwestern.
[9]) „ 476 Repetirschüler und 578 Repetirschülerinnen.
[10]) „ 238 „ „ 267 „
[11]) „ 12 Geistliche, 9 Klosterfrauen und 23 Ordensschwestern.
[12]) Berichtjahr 1885.
[13]) 284 französische und 102 deutsche Schulabteilungen.
[14]) 31. Dezember 1885, incl. Gesamtschulen in Bettingen und Kleinhüningen.
[15]) Schuljahr 1884/85.
[16]) Darunter 698 Repetirschüler und 548 Repetirschülerinnen.
[17]) Sommer 1885; darunter 1509 Übungsschüler.
[18]) Von den 499 Schulabteilungen sind 66 Halbjahrschulen, 48 Dreivierteljahrschulen, 13 geteilte Jahrschulen, 43 Halbjahrschulen, 66 teilweise Jahrschulen und 263 Ganztagjahrsbhulen.
[19]) Darunter 2151 Ergänzungsschüler und 2462 Ergänzungsschülerinnen.
[20]) „ 7 Klosterfrauen nnd 3 Lehrschwestern.
[21]) „ auch die Kinder- und Kleinkinderschulen.
[22]) Im Sommer 13316 Alltags- und 3724 Repetirschüler und 9192 Singschüler; im Winter 16909 Alltagsschüler und 9105 Singschüler.
[23]) Darunter 185 Pflichtige, welche keine Schulen besuchen, und 619 Privatschüler.
[24]) „ 8 Geistliche und 2 Ordensschwestern.
[25]) Dazu 102 Schulkinder unter 7 Jahren und 300 bei der Zählung nicht mehr anwesende Schüler.

II. Fortbildungsschulen, Rekrutenschulen etc.

Kantone	Schulen	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich	104	2335	41	2376	219	2	221
Luzern { Fortbildungsschulen	57	1341	--	1341	48	—	48
Luzern { Rekrutenschulen		1008	—	1008			
Schwyz, Rekrutenschule	29	329	—	329			
Unterwalden o. d. W.	18	220	215	435			
Unterwalden n. d. W.		141	—	141	16	—	16
Glarus, Fortbildungsschulen	28[1])	652	11	663	78	—	78
Zug. Rekr.- u. Wiederholungs-Sch.		189	—	189	11	—	11
Freiburg, Wiederholungsschule		3190	—	3190			
Solothurn, Fortb.-Schule, obligat.		2060	--	2060[2])	229	—	229
Basel { Forth.-Sch., gewerbliche	2	70	—	70			
Basel { „ obligat.[3])		36	-	36			
Basel { „ freiwillige		53	--	53			
Baselland, Fortbildungsschulen		1023		1023	100	—	100
Schaffhausen { Fortb.-Sch., obligat.	34	172	-	172			
Schaffhausen { „ freiw.		183	—	183			
Appenzell A.-Rh.[4])	25	808	83	891	68	8	76
St. Gallen, Fortbildungsschulen	127	2109	259	2368	252	13	265
Graubünden, Repet.-u. Abend.-Sch.	14						
Aargau { Fortb.-Sch., bürgerliche	81	1688	--	1688	127	—	127
Aargau { Handwerkerschulen	7	243	—	243			
Thurgau { Fortbild.-Sch., obligat.	130			1891[5])	238	—	238
Thurgau { „ freiw.	16			354			27
Tessin { Rekrutenschulen	41	583		583			
Tessin { Repetirschulen	18						
Tessin { Zeichnungsschulen	15	594		594			
Waadt { Cours du soir	2	45	36	81	2	—	2
Waadt { Cours agricoles	1	28		28			
Wallis, Repetirschulen	225			2409			
Genf, Ecole complémentaire			126	126			
1885				24525			
1884				19500			
Differenz				+5025			

[1]) Von 30 Schulgemeinden bestehen in 28 freiwillige Fortbildungsschulen. [2]) Davon 15 freiwillige Schüler. [3]) In den Landgemeinden. [4]) Es bestehen in allen 20 Gemeinden Fortbildungsschulen und zwar 19 für Jünglinge, wovon 12 obligatorische, und 6 für Töchter. [5]) Davon sind 39 freiwillige Schüler.

III. Arbeitsschulen für Mädchen.

Kantone	Schulen	Schülerinnen	Lehrerinnen
Zürich	343	11562	390
Bern		50983	1462
Luzern		6862	146[1])
Uri[2])			
Schwyz	22		22
Unterwalden n. d. W.	15	670	25
Glarus	32	2147[3])	32
Übertrag	412	72224	2077

[1]) Darunter 11 Primar- und 2 Sekundarlehrerinnen, welche zugleich Arbeitslehrerinnen sind.
[2]) Nur in einer kleinern Anzahl Schulen wird Arbeitsunterricht erteilt.
[3]) Darunter 1592 Alltags- und 555 Repetirschülerinnen.

III. Arbeitsschulen für Mädchen. (Fortsetzung.)

Kantone	Schulen	Schülerinnen	Lehrerinnen
Übertrag .	412	72224	2077
Zug	11	1511	31
Freiburg	136	10074	112 [1])
Solothurn	214	6198	152
Basel	5	4524	32
Baselland	118	3336	116
Schaffhausen			65
Appenzell A.-Rh.	20	3083	29
St. Gallen		11690	235
Graubünden	284	5474	302
Aargau	304	12515	296
Thurgau		5923	
Waadt	96		96
Neuenburg [2])			
Genf [2])			
1885	1600	136552	3543

[1]) Die Lehrerinnen an den (106) Mädchenschulen erteilen auch den Arbeitsunterricht; an den gemischten Schulen sind besondere Arbeitslehrerinnen angestellt.
[2]) Auch in diesen Kantonen wird Arbeitsunterricht erteilt.

IV. Sekundarschulen.

Kantone	Zahl	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich	89	2744	1544	4288	157	—	157
Bern	61	1892	1729	3621	175	65	240
Luzern	26	511	302	813	30	3	33
Uri	4	22	31	53	3	2	5[1])
Schwyz	9	135	105	240	12	2	14[1])
Unterwalden o. d. W. . . .	—	—	—	—	—	—	—
Unterwalden n. d. W. . . .	2	23	24	47	1	1	2
Glarus	8	188	72	260	14	1	15
Zug	6	105	46	151	19	4	23
Freiburg	10	240	114	354	37	3	40
Solothurn	12	432	127	559	28	—	28
Baselstadt	4	1120	1434	2554	62	2	64[2])
Baselland	6	278	45	323	16	1	17
Schaffhausen	8	385	230	615	35	—	35
Appenzell A.-Rh.	11			325	16	2	18
Appenzell I.-Rh.	1			20[3])	1	—	1
St. Gallen	34	1004	753	1757	62	17	79
Graubünden	16	248	152	400	18	1	19
Aargau { Fortbildungsschulen . .	25	468	631	1099			26
Aargau { Bezirksschulen . . .	26	1301	519	1820			77[4])
Thurgau	24	538	230	768	31	—	31
Tessin (Mädchensch. 20, Knabensch. 11)	31	477	236	713			
Waadt	3		95	95		3	3
Wallis	—		—	—	—	—	—
Neuenburg	4	92	126	218			
Genf	12	109	91	200			
1885	432			21293[5])			
1884	437			21677			
	— 5			— 616			

[1]) Geistl. und Ordensschwestern. [2]) Darunter 4 Geistliche und 2 Ordensschwestern. [3]) Dazu 7 Arbeitslehrerinnen. [4]) Annähernd. [5]) Dazu 110 Hülfslehrer und Hülfslehrerinnen. [6]) Die Verminderung ist nur scheinbar, weil Waadt mit ca. 1700 Schülern in den Mittelschulen eingereiht ist.

V. Lehrer- und Lehrerinnen-Seminarien.

Seminarien	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich. Staatsseminar in Küssnacht	87	3	90	10	—	10
Städtisches Lehrerinnenseminar in Zürich	—	66	66	9	—	9
Evangelisches Privatseminar in Unterstrass	59	—	59	14	—	14
Bern. Lehrerseminar in Hofwyl	123		123	11	—	11
Lehrerseminar in Pruntrut	39		39	7	—	7
Lehrerinnenseminar in Hindelbank		31	31	2	2	4
Lehrerinnenseminar in Delsberg	—	22	22	2	1	3
Mädchenschule in Bern, Seminarabteilung	—	53	53			[1]
Luzern. Lehrerseminar in Hitzkirch	24		24	6	—	6
Schwyz. Lehrerseminar in Schwyz	13	—	13	3	—	3
Zug. Privatseminar in Zug	15[2]		15	5	—	5
Freiburg. Lehrerseminar in Altenryf	63	—	63	6	—	6
Mädchenschule Freiburg[3]	—	—	—			
Solothurn. Lehrerseminar in Solothurn	39	—	39	3	—	3
St. Gallen. Lehrerseminar in Mariaberg	70	—	70	9	—	9
Graubünden. Kantonsschule in Chur, Seminarabteilung	61	1	62	4	—	4
Privatschule in Schiers	16	—	16			
Aargau. Lehrerseminar in Wettingen	45	—	45			
Lehrerinnenseminar in Aarau	—	38	38	5	2	7
Thurgau. Lehrerseminar in Kreuzlingen	57	—	57	6	—	6
Tessin. Lehrerseminar in Locarno	17	—	17	7	3	10
Lehrerinnenseminar in Locarno	—	42	42			
Waadt. Lehrerseminar in Lausanne	79	—	79	15	2	17
Lehrerinnenseminar in Lausanne		54	54			
Wallis. Deutsches Lehrerinnenseminar in Brieg		8	8			
Französ. Lehrerinnenseminar in Sitten	—	32	32			
Deutsches Lehrerseminar in Sitten	18	—	18	18	6	24
Französisches Lehrerseminar in Sitten	32		32			
Neuenburg. Gymnase pédagogique	19		19			
École normale des Élèves institutrices	—	32	32			
Genf. Gymnase, sections pédagogique	29	—	29			
École secondaire et supérieure de filles	—	50	50[3]			
1885	905	432	1337			
1884	835	393	1228			
Differenz	+61	+39	+109			

[1] Lehrer gemeinsam mit den übrigen Abteilungen der Mädchenschule.
[2] Die Schülerinnen der obersten Klasse werden zum Lehrerinnenexamen zugelassen.
[3] Annähernd.

VI. Mittelschulen.

Kantonsschulen, Gymnasien, Industrieschulen, Töchterschulen, Fachschulen etc. (1885/86.)

Kantone	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich. Kantonales Gymnasium in Zürich	388	—	388	43	—	43
Kantonale Industrieschule in Zürich	100	—	100			
Städtische Töchterschule in Zürich	—	41	41	8	1	9
Städt. Gymnasium in Winterthur	139	—	139	18	—	18
„ Industrieschule in Winterthur	27	—	27			
„ Mädchenschule in Winterthur	—	56	56			
Kant. Technikum in Winterthur	169	1	170[1]	20	—	20
„ landwirth. Schule bei Zürich	55	—	55	10	—	10
Kunstgewerbeschule in Zürich	47	23	70	5	—	5
Seidenwebschule in Wipkingen	33	—	33	3	—	3
Bern. 4 Progymnasien	417	—	417	31	—	31
Kantonsschule in Pruntrut	116	—	116	15	—	15
Städtisches Gymnasium in Bern	395	—	395	31	—	31
Mädchen-Sekundarschule in Bern	—	611	611	14	19	33
Gymnasium in Burgdorf	158	—	158	16	—	16
Kunstschule in Bern	80	—	80	5	—	5
Luzern. 3 Mittelschulen	73	—	73	12	—	12
Realschule in Luzern	131	—	131	31	—	31
Gymnasium und Lyzeum in Luzern	150	—	150			
Kunstgewerbeschule in Luzern	61	—	61	4	—	4
Uri. Kantonsschule in Altdorf	45	—	45	6	—	6
Schwyz. Kollegium d. Benedikt. Stiftes Schwyz	267[2]	—	267	21	—	21
Anstalt Einsiedeln	251[3]	—	251	23	—	23
Unterwalden o. d. W. Kantonallehranstalt in Sarnen	139	—	139	12	—	12
Anstalt des Benediktiner-Stiftes in Engelberg	78	—	78	11	—	11
Unterwalden n. d. W. Anst. der Kapuz. in Stans	80	—	80	7	—	7
Zug. Kantonsschule in Zug	38[4]	—	38	8	—	8
Freiburg. Gymnas. St. Michael in Freiburg	293	—	293	38	—	38
Solothurn. Kantonsschule in Solothurn	203[5]	—	203	22	—	22
Basel. Gymnasium	499	—	499	37	—	37
Realschule	727	—	727	37	—	37
Töchterschule	—	578	578	13	10	23
Fortbildungsklassen	—	61	61			
Schaffhausen. Gymnasium in Schaffhausen	124[6]	—	124	16	—	16
Appenzell A.-Rh. Kantonsschule in Trogen	62	—	62	5	—	5
St. Gallen. Kantonsschule in St. Gallen	274	—	274	17	—	17
Graubünden. Kantonsschule in Chur	221[7]	—	221	27	—	27
Aargau. Kantonsschule in Aarau	142[8]	—	142	24	—	24
Thurgau. Kantonsschule in Frauenfeld	201[9]	—	201	20	—	20
Tessin. 4 Gymnasien und Industrieschulen	347	—	347			
Kantonales Lyzeum	38	—	38			
Waadt. Collège cantonal à Lausanne	258	—	258			
Ecole industrielle cant. à Lausanne	431	—	431			
Gymnase cantonal à Lausanne	92	—	92			
Ecole supérieure de filles à Lausanne	—	274	274	10	9	19
18 collèges communaux	907	596	1503	126	30	156
Übertrag	8256	2241	10497			

[1]) Dazu 119 Hosp., worunter 6 Damen. [2]) Vorbereitungskurse und Realschule 126, Gymnasium und philos. Kurse 141. [3]) Gymnasium 213, Lyzeum 38. [4]) Gymnasium 23, Industrieschule 14. [5]) Gymnasium 104, Gewerbeschule 99. [6]) Darunter 50 Realschüler. [7]) Gymnasium 91, Realschule 130. [8]) Progymnasium 231, Gymnasium 66, Gewerbeschule 53. [9]) Gymnasium 66, Industrieschule 135.

VI. Mittelschulen. (Fortsetzung.)

Kantonsschulen, Gymnasien, Industrieschulen, Töchterschulen, Fachschulen etc.

Kantone		Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
	Übertrag	8256	2241	10497			
Wallis.	Lycee et Collège de Sion	103	—	103	126	30	156
	Collège de Brigue	69	—	69			
	Collège de St. Maurice	91		91			
Neuenburg.	Ecole second. industr. de garçons	154	—	154			
	Classes latines de garçons	136	—	136			
	Ecole second. industr. de filles		403	403			
	Ecole secondaire industrielle du Locle et de la Chaux-de-Fonds	140	179	319			
	Gymnase littéraire et scientifique	78	—	78	16	—	16
Genf.	Collège de Genève	1088	—	1188			
	Collège de Carouge	69	—	69			
	Ecole secondaire industrielle de filles	—	1057	1057			
	Ecole industrielle et commerciale	141	—	141			
	Gymnase	147	—	147			
	Ecole des arts industriels	234	—	234[1]			
	1885	10706	3880	14586			
	1884			12500			
	Differenz			+2086			

[1]) Modelage 62, Sculpture 31, Ciselure 31, Aquarelle 110.

VII. Hochschulen, Akademien, Tierarzneischulen, Fakultäten.

Winter 1885/86.

Schulen	Studirende männl.	weibl.	Hospit.	Total	Von den Stud. sind kantonsbürger	Andere Schweizer	Ausländer
Schweiz. Polytechnikum Zürich							
Bauschule	21					10	11
Ingenieurschule	87					30	57
Mech.-technische Schule	119					54	65
Chem.-technische Schule	118	1				47	72
Forstschule	17	—				16	1
Landwirtschaftliche Schule	17	—				13	4
Sechste Abteil. (Fachlehrer)	32	2				28	6
	411	3	356[1])	770		198	216
Hochschule in Zürich							
Theologische Fakultät	36	—	4	40	24	11	1
Staatswissensch. Fakultät	54	1	10	65	24	27	4
Medizinische Fakultät	179	28	13	220	61	89	57
Philosophische Fakultät	140	19	26	185	55	52	52
Tierarzneischule in Zürich	44	—	—	44	10	31	3
	453	48	53	554	174	210	117

[1]) Darunter 126 Studirende der Hochschule.

VII. Hochschulen, Akademien, Tierarzneischulen, Fakultäten.
Winter 1885/86. (Fortsetzung.)

Schulen	Studirende			Total	Von den Stud. sind		
	männl.	weibl.	Hospit.		Kantonsbürger	Andere Schweizer	Ausländer
Hochschule in Bern							
Evang. theolog. Fakultät	47	—	1	48	36	10	1
Kathol. theolog. Fakultät	9	—	—	9	—	9	—
Juristische Fakultät	142	—	25	167	102	38	2
Medizinische Fakultät	157	41	2	200	51	84	63
Philosophische Fakultät	78	16	101	195	60	19	15
Tierarzneischule in Bern	40	—	—	40	20	18	2
	473	57	129	659	269	178	83
Hochschule in Basel							
Theologische Fakultät	82	—	5	87	21	41	20
Juristische Fakultät	42	—	—	42	20	22	—
Medizinische Fakultät	141	—	6	127	22	82	17
Philosophische Fakultät	84	—	38	122	35	30	19
	329	—	49	378	98	175	56
Université de Genève							
Faculté des Sciences	78	12	54	144	21	25	44
Faculté des Lettres	35	1	89	125	9	9	18
Section de Philosophie	14	—	20	34	12	—	2
Faculté de Droit	53	—	20	73	9	9	35
Faculté de Théologie	15	—	2	17	2	1	12
Faculté de Médecine	112	10	31	153	25	54	43
	307	23	216	546	78	98	154
Académie de Lausanne[1])							
Faculté des Lettres	23	—	15	38	20	3	—
„ des Sciences (3 sect.)	46	—	18	64	30	12	4
„ technique	28	—	—	28	13	9	6
„ de Théologie	13	—	1	14	11	2	—
„ de Droit	18	—	22	40	17	1	—
	128	—	56	184	91	27	10
Académie de Neuchâtel[1])							
Faculté des Lettres	5	—	26	31			
„ des Sciences	5	—	22	27			
„ de Théologie	7	—	—	7			
„ de Droit	9	—	9	18			
	26	—	57	83	38	31	14
Theolog. Anstalt in Luzern	11		—	11			
Faculté de Droit à Fribourg	14		2	16			
Ev. Missionsanstalt in Basel	79		—	79			
Ev. Predigerschule in Basel	34		—	34			
Pilgermissionsanstalt auf St. Chrischona in Basel	69		—	69			
Faculté de Théol. de l'Eglise libre à Lausanne	35		3	38			
Cours de Droit à Sion	13		—	13			
1885	2382	131	921	3434			
1884				3308			
Differenz				+126			

[1]) Winter 1884/85.

Zusammenzug der schweizerischen Hochschulen.

Immatrikulirte Studirende und Dozenten (1885/86).

Schulen	Studirende männl.	Studirende weibl.	Total	Professoren	Privatdozenten	Total
Schweiz. Polytechnikum in Zürich	411	3	414	55	34	89
Kantonale Hochschule in Zürich	409	48	457	52	42	94
Kantonale Hochschule in Bern	433	57	490	51	36	87
Kantonale Hochschule in Basel	329	—	329	50	24	74
Kantonale Hochschule in Genf	307	23	330	57	24	81
Kantonale Académie in Lausanne	128		128	44	3[1])	47
Kantonale Académie in Neuenburg	26	—	26	29	4[1])	33
Total	2043	131	2174	338	167	505

[1]) Professeurs agrégés.

VIII. Privatschulen (incl. Besserungsanstalten).

Kantone	Schulen	Schüler	Schülerinnen	Total	Lehrer	Lehrerinnen	Total
Zürich	28	821	866	1687[1])	84	29	113
Bern	112[2])			4812[2])			239
Luzern	2[3])			260	5	1	6
Schwyz	1	—	34	34		1[3])	1
Unterwalden n. d. W.	2			24		4	4
Glarus	1[4])	26		26	1	—	1
Baselstadt	16	182	507	689			
Baselland	4	44	22	66	4	1	5
Appenzell A.-Rh.	2	181		181			
St. Gallen	24	443	354	797	36	17	53
Graubünden	12[5])	253	79	332	34	8	42
Aargau	10	269	93	362			
Thurgau	4[6])		35[6])	35	1	11	12
Tessin Knabenschulen	9	415		415			
Tessin Mädchenschulen	18		721	721			
Waadt	75[7])	600[7])	1200[7])	1800[7])			
Neuenburg				1394[8])			
Genf				2000[7])			
				15635			

[1]) Excl. Seminar Unterstrass, welches bei den Seminarien eingereiht ist. [2]) Darunter auch 49 Kleinkinderschulen, welche im Berichte nicht getrennt sind. [3]) Rettungsanstalt Sonnenberg und Erziehungsanstalt Rathausen. [3]) Ordensschwester. [4]) Klosterschule. [5]) Höhere Privatschulen: Anstalt in Schiers, Klosterschule in Dissentis, Friedericianum in Davos, Collegium in Roveredo. [6]) Töchterinstitut Romanshorn, 1 Waisenanstalt und 2 Anstalten für Schwachsinnige; die Schülerzahl bezieht sich nur auf die erste. [7]) Annähernd. [8]) In den Primarschulen inbegriffen.

Bemerkung. Diese Angaben sind in den Jahresberichten der Erziehungsdirektionen noch sehr unvollständig.

IX. Kleinkinderschulen.

Kantone	Schulen	Knaben	Mädchen	Total	Lehrerinnen
Zürich	54			2913	70
Bern	49[1])				
Luzern	3			130	3
Unterwalden o. d. W.	1				1
Übertrag				3043	

[1]) Schüler, siehe Tabelle VIII.

IX. Kleinkinderschulen. (Fortsetzung.)

Kantone	Schulen	Knaben	Mädchen	Total	Lehrerinnen
Übertrag .				3043	
Freiburg	11				
Basel	33	1101	1119	2220	45
St. Gallen					
Graubünden . . .	2			130	3
Aargau	12				
Thurgau					
Tessin	14	448	448	896	28
Waadt	200[1])			5000[1])	200[1])
Neuenburg . . .	37			1067	37
Genf	56			2742	
				15098	

[1]) Annähernd, circa zur Hälfte in Privat-, zur Hälfte in öffentlichen Schulen.

Bemerkung. Diese Angaben sind in den Jahresberichten der Erziehungsdirektion noch unvollständig vorhanden, bezw. nicht getrennt aufgeführt.

X. Gesamtes Unterrichtswesen in der Schweiz.

Ausgaben 1885.

Kantone	Volksschulen inkl. Sekund.-schulen	Höh. Schulen	Total	Gemeinden	Zusammen
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Zürich	1183700	714900	1898600	2820621	4719221
Bern	899519	1026064	1925583	5000000[1])	6925583
Luzern	323188	115427	438615	288645	727260
Uri	11487	8629	20116	45000[1])	65116
Schwyz	37608	12088	49696	126689	176385
Unterwalden n. d. W. .	11810	700	12510	32157	44667
Unterwalden o. d. W. .	1917	9319	11236	40000[1])	51236
Glarus	68005	—	68005	233983	301988
Zug	17000	16000	33000	95522	128522
Freiburg	154258	55840	210098	300000[1])	510098
Solothurn	205000	121000	326000	255000[1])	581000
Basel	731017	510206	1241223	15000	1256223
Baselland	36957	—	36957	200000[1])	236957
Schaffhausen . . .	159352	54910	214262	328331	542593
Appenzell A.-Rh. . .	29669	3650	33319	281338	314657
Appenzell I.-Rh. . .	21454	—	21454	12000	33454
St. Gallen	157261	169864	327125	2069946	2397071
Graubünden . . .	94719	123028	217747	246466	464213
Aargau	333687	127045	460732	1079624	1540356
Thurgau	177228	89026	266254	500000[1])	766254
Tessin	166290	104450	270740	300000[1])	570740
Waadt	384123	461082	845205	1500000[1])	2345205
Wallis	7000	79317	86317	250000[1])	336317
Neuenburg . . .	287485	122273	409758	573167	982925
Genf	485660	763888	1249548	126174	1375722
1885 . .	5,985,394	4,688,706	10,674,100	16,719,663	27,393,763

[1]) Annähernd

Bemerkung. Die Angaben betr. die Staatsausgaben sind den kantonalen Staatsrechnungen entnommen; leider mussten die Angaben[1]) für die Gemeindeausgaben durch Schätzung annäherungsweise gewonnen werden; es ist zu hoffen, dass auch diesen Erhebungen in den Kantonen künftig die nötige Aufmerksamkeit zugewendet werde.

XI. Ausgaben von Staat und Gemeinden

für das Volksschulwesen (incl. Sekundarschulen) 1885.

Kantone	Staat	Gemeinden	Total	Einwohner 1880	Schüler	Durchschnitt per Einwohner	Durchschnitt per Schüler
	Fr.	Fr.	Fr.			Fr.	Fr.
Zürich . . .	1183700	2820621	4004321	317576	57331	12,61	69,85
Bern . . .	899519	5000000	5899519	532164	103628	11,08	56,93
Luzern . .	323188	288645	611833	134806	17446	4,54	35,06
Uri . . .	11487	45000	56487	23694	3252	2,38	17,37
Schwyz . .	37608	126689	164297	51235	7768	3,21	21,15
Unterwald. n. d. W.	11810	32157	43967	11992	1709	3,67	25,73
Unterwald. o. d. W.	1917	40000	41917	15356	2025	2,73	20,70
Glarus . . .	68005	233983	301988	34213	6080	8,82	49,67
Zug . . .	17000	95522	112522	22994	3775	4,90	29,81
Freiburg . .	154258	300000	454258	115400	20864	3,94	21,77
Solothurn . .	205000	255000	460000	80424	13929	5,72	33,03
Basel . . .	731017	15000	746017	65101	8624	11,46	86,50
Baselland . .	36957	200000	236957	59271	10620	4,00	22,31
Schaffhausen .	159352	328331	487683	38348	7480	12,72	65,19
Appenzell A.-Rh.	29669	281338	311007	51958	9527	5,99	32,64
Appenzell I.-Rh. .	21454	12000	33454	12841	1620	2,61	20,65
St. Gallen . .	157261	2069946	2227207	210491	36132	10,58	69,63
Graubünden .	94719	246466	341185	94991	15087	3,59	22,61
Aargau . .	333687	1079624	1413311	198645	33209	7,11	42,56
Thurgau . .	177228	500000	677228	99552	18220	6,80	37,17
Tessin . . .	166290	300000	466290	130777	20543	3,57	22,70
Waadt . .	384123	1500000	1884123	238730	35095	7,90	53,69
Wallis . . .	7000	250000	257000	100216	17826	2,56	14,42
Neuenburg . .	287485	573167	860652	103732	22221	8,29	38,73
Genf . . .	485660	126174	611834	101595	8904	6,02	69,81
1885	5,985,394	17,529,678	23,515,072	2,846,102	482915	8,26	48,69

XII. Ausgaben für die schweiz. Hochschulen.

1885.

Schulen	Immatricul. Studirende	Jahresausgaben	Durchschn. pr. Studirende
	Fr.	Fr.	Fr.
Schweiz. Polytechnikum in Zürich . .	414	540000	1300
Kantonale Hochschule in Zürich inclusive Tierarzneischule	501	325000	650
Kantonale Hochschule in Bern inclusive Tierarzneischule	530	385000	700
Kantonale Hochschule in Basel . . .	329	228000	690
„ „ „ Genf . . .	330	342000	1050
„ Akademie in Lausanne inclus. Gymnasium	220	184000	840
Kantonale Akademie in Neuenburg inclus. Gymnasium	173	113000	650
Total 1885 .	2497	2117000	850

XIII. Schulvermögen der Gemeinden für das Volksschulwesen.

Kantone	Schulfonds	Total der Aktiven	Total der Passiven	Vermögen inol. Gebäude
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Zürich	6281523	20420960[1])	5354335	15066625
Luzern	1432206	2717925	—	2717925
Uri	170000			
Schwyz	625497			
Unterwalden n. d. W.	137156			
Glarus	1331234	2681234[1])	-	2681234
Zug	463194			
Freiburg	4190417			
Solothurn	3107000[2])	2130000[2])	—	
Schaffhausen	1402420			
Appenzell A.-Rh.	2826677			
St. Gallen	10303142[3])	17427212[3])	1882006[3])	15545206,)
Graubünden	2882425	4633264[4])	—	4633264
Aargau	6204543			
Thurgau	5634845			

[1]) Assekuranzwert der Gebäude Zürich: 14666000 Fr. (incl. Sekundar-Schulen); Glarus 1350000 Fr.
[2]) Inclus. Bezirksschulen; Assekuranzwert der Gebäude 2130000 Fr.
[3]) Inclus. Realschulen; Assekuranzwert der Gebäude 6169079 Fr.
[4]) Assekuranzwert der Gebäude 1750839 Fr.

XIV. Ausgaben des Bundes für die gewerbliche Bildung in den Kantonen.

(1886.)

Bildungsanstalten	Lehrer	Schüler	Jahres-Ausgaben	Beiträge der Kantone u. Gemeind.	Bundes-subvention
			Fr.	Fr.	Fr.
Zürich. Technikum in Winterthur	20	170	95000	72500	8009
Gewerbemuseum in Zürich	5	70	46200	30257	11289
Zentralkommiss. Zürich-Winterthur	-	—	20000	15000	4900
Gewerbemuseum Winterthur	- -	—	11800	8000	3800
Gewerbeschule Zürich	20	460	19050	11650	3945
Gewerbeschule Riesbach	9	131	4610	2090	650
Gewerbl. Fortb.-Schule Winterthur	7	141	1914	810	450
Handwerkerschule Töss	4	43	850	362	210
Seidenwebschule Wipkingen	3	33	33100	21200	5000
Permanente Schulausstellung Zürich	—	—	1200	800	400
	68	1048	233724	162669	38653
Bern. Kunstschule Bern	5	80	12100	6520	3000
Muster- und Modellsammlung Bern	—	- -	13490	8840	4420
Uhrenmacherschule Biel	6	27	24850	15550	7000
„ St. Immer			21425	11480	5700
„ Pruntrut	4	10	14000	7307	2681
Schnitzlerschule Brienz			7500	5000	2500
„ Meiringen			6150	3900	1906
Schnitzlerverein Brienzwyler	—	—	800	600	200
Übertrag	15	117	100315	59197	27407

XIV. Ausgaben des Bundes für die gewerbliche Bildung in den Kantonen. (Fortsetzung.)

Bildungsanstalten	Lehrer	Schüler	Jahres-Ausgaben	Beiträge der Kantone u. Gemeind.	Bundes-subvention
			Fr.	Fr.	Fr.
Übertrag	15	117	100315	59197	27407
Bern. Spielwaarenschule Bern			2775	1500	500
Handwerkerschule Bern	18	242	9850	5720	2500
» » Burgdorf	6	44	2900	1040	520
» » Langenthal	1	14	811	530	250
» » Langnau	4	24	1200	500	250
» » Biel	2	32	1215	800	265
» » Münsingen	4	24	320	220	100
» » Thun	5	85	1220	600	380
» » Worb	1	14	335	210	100
Zeichnungsschule Heimberg			750	500	250
» » St. Immer	1	42	780	500	500
	67	648	122671	71317	33022
Luzern. Kunstgewerbeschule Luzern	4	61	13000	7700	3800
Uri. Gewerbl. Fortbildungsschule Altorf	3	48	580	280	140
Schwyz. Gewerbl. Fortbildungssch. Schwyz	2	23	1390	440	300
Fortbildungsverein Einsiedeln. Zimmermannskurs	1	23	950	630	320
	3	46	2340	1070	620
Obwalden. Zeichnungsschulen Sarnen, Sachseln und Kerns	1	114	2650	1800	850
Nidwalden. Zeichnungsschule Stans	1	105	1950	1300	650
Zeichnungsschule Buochs	1	15	310	200	100
„ „ Beckenried	1	20	300	200	100
	3	140	2560	1700	850
Zug. Handwerkerschule Zug	2	43	712	351	200
Freiburg. Ecole second. professionelle in Freiburg	3		7500	5000	2025
Ecole professionelle in Freiburg	1	12	900	600	130
	4	12	8400	5600	2155
Solothurn. Uhrenmacherschule Solothurn	2	25	12000	6000	3000
Handwerkerschule Solothurn	3	45	5810	4150	1600
	5	70	17810	10150	4600
Baselstadt. Gewerbemuseum	—	—	11800	7300	3350
Zeichnungs- und Modellirschule		85	44500	20000	10000
Frauenarbeitsschule Basel			17148	5050	2500
Mittelalterliche Sammlung			5600	2550	1275
	—	85	79048	34900	17125
Baselland. Gewerbl. Zeichnungssch. Liestal	1	32	1030	680	250
Gewerbl. Zeichnungsschul. Arlesheim	2	40	1080	550	250
	3	72	2110	1230	500
Schaffhausen. Techn. Fortbildungsschule Schaffhausen	7	109	2800	1800	1000
Appenzell A.-Rh. Gewerbl. Fortbildungsschule Herisau	2	31	1350	900	450

XIV. Ausgaben des Bundes für die gewerbliche Bildung in den Kantonen. (Fortsetzung.)

Bildungsanstalten	Lehrer	Schüler	Jahres-Ausgaben	Beiträge der Kantone u. Gemeind.	Bundes-subvention
			Fr.	Fr.	Fr.
St. Gallen. Gewerbemuseum St. Gallen	9		53500	41000	10000
Gewerbl. Fortbildungssch. St. Gallen	15	306	16500	8300	1670
Gewerbeverein St. Gallen			1750	1550	200
Zeichnungsschule Berneck	1	35	600	400	
Webschule Wattwyl			8500	7000	1500
	25	341	80850	58250	13370
Graubünden. Gewerbl. Fortbildgssch. Chur	2	45	941	711	200
Aargau. Handwerkerschule Aaran	7	95	7640	5200	2450
Handwerkerschule Aarburg	2	24	600	400	200
„ „ Baden	6	44	1670	1020	600
„ „ Brugg	3	25	980	500	237
„ „ Lenzburg	3	48	1290	840	420
„ „ Renn-Gebenstorf	2	17	1160	302	133
„ „ Zofingen	2	38	1410	1070	265
	25	291	147750	9332	4305
Thurgau. Gewerbliche Fortbildungsschule Frauenfeld	4		900	600	390
Gewerbl. Fortbildungssch. Arbon	7		920	620	300
„ „ Bischofszell	1		400	300	25
„ „ Diessenhofen	1		500	350	175
	13		2700	1870	890
Tessin. Zeichnungsschule Agno	2	49	2520	1760	
Zeichnungsschule Bellinzona	2	38	3005	2325	
„ „ Breno	1	35	1900	1290	
„ „ Cevio	1	22	1595	1145	
„ „ Chiasso	1	23	1995	1505	
„ „ Cresgiano	1	14	1595	1145	
„ „ Curio	2	52	3105	2375	
„ „ Locarno	2	55	3220	2340	8049
„ „ Lugano	4	93	6210	4720	
„ „ Mendrisio	2	51	3400	2610	
„ „ Rivera	1	12	1750	1240	
„ „ Sessa	1	24	1745	1205	
„ „ Stabio	1	26	1695	1185	
„ „ Tenerete	1	35	1970	1320	
„ „ Vira Gambarogno	1	17	1595	1135	
	23	546	37300	27200	8049
Waadt. Musée industrielle à Lausanne			850	600	250
Cours d'enseignement professionel			3575	2375	1200
Atélier de l'Ecole industrielle			4117	2717	1147
			8542	5692	2597
Wallis. Ecole industrielle à Sion			1095	770	325
Neuenburg. Ecole de dessin prof. à Neuch.			3050	1600	800
Ecole d'horlogerie à Neuchâtel			20220	12710	3953
„ „ au Locle			42400	27247	13626
„ „ à La-Chaux-de-fonds			38150	23710	6935
Ecole d'Art à La-Chaux-de-Fonds			6970	4370	2100
Cours d'enseignem. profess. au Locle			2190	1150	640
			112980	70787	28054

XIV. Ausgaben des Bundes für die gewerbliche Bildung in den Kantonen. (Fortsetzung.)

Bildungsanstalten	Lehrer	Schüler	Jahres-Ausgaben	Beiträge der Kantone u. Gemeind.	Bundes-subvention
			Fr.	Fr.	Fr.
Genf. Musée industriel			28100	16900	800
Ecole des Arts industriels			113613	82510	26668
Académie professionelle			11550	6400	4000
			153263	105810	38668
Total 1886			901976	581889	200429

XV. Beiträge des Bundes an landwirtsch. Schulen und Kurse. 1886.

				Fr.
a) An landwirtschaftliche Schulen:				
Kantonale landwirtsch. Schule im Strickhof bei Zürich				10103
„ „ „ in Rüti bei Bern				6808
„ „ „ in Cernier (Neuenburg)				6867
b) An landwirtschaftliche Winterschulen:				
Landw. Winterschule in Sursee (Luzern)		30 Schüler		1512
„ „ in Zug		10 „		1266
„ „ in Lausanne (Waadt)		30 „		1247
c) An Kantone für Wandervorträge und Spezialkurse:				
	Zahl der Vorträge	Zahl der Kurse	Ausgaben der Kantone Fr.	
Zürich	119	20	5195	2000
Bern	47	10	2147	1100
Luzern	—	6	1400	1100
Schwyz		1	100	100
Zug	7	3	443	250
Baselland	—	5	840	450
Schaffhausen	3	1	349	200
St. Gallen	—	1	1002	500
Graubünden	32	7	2425	1500
Thurgau	—	1	1289	400
Aargau	43	11	2223	1100
Wallis	5	1	540	250
Total	257	66	17953	
d) An landw. Vereine für Wandervorträge und Spezialkurse:				
Schweiz. landwirtsch. Verein				4000
Verband der landwirtsch. Vereine der roman. Schweiz				3500
Landwirtsch. Verein der italien. Schweiz				1200
Schweiz. Gartenbauverein				5638
		Total 1886		51191
		1885		30357
		Differenz +		20834

Bemerkung. Der schweiz. landwirtsch. Verein verabreichte Gratifikationen an Schulgärten (9 in 5 Kantonen) im Betrage von 2250 Fr. und unterstützte die Herausgabe einer bezügl. Schrift mit 1000 Fr.

Berichtigung: Pag. 176, Tab. XI. Summa Ausgaben der Gemeinden: 16,719,663 Fr. (statt 17,529,678); Total: 22,705,057 Fr. (statt 23,515,072); Durchschnitt: 7,97 Fr. (statt 8,26), 47,91 (statt 48,69).

Verlag von ORELL FÜSSLI & Co. in Zürich.

Reform und Ausbau der Volksschule

und deren Verhältnis zu den gewerblichen Bildungsanstalten.

Von **J. Schäppi**, Nationalrat.

Preis 1 Fr. 50 Cts.

Immer lauter und in immer weiteren Kreisen ertönt der Ruf nach Vereinfachung des Pensums unserer Volksschule im Sinne der Erreichung praktischerer Resultate für das Leben.

Des Verfassers langjährige Erfahrungen im Schulunterrichte und seine Betätigung an der Entwicklung unseres gewerblichen Bildungswesens befähigen ihn ganz besonders dazu, die Wünsche des Volkes zu beurteilen und Vorschläge für die künftige Gestaltung der Schule zu machen.

In dieser Schrift werden die Übelstände der bisherigen Schulorganisation in zutreffender Weise geschildert und den Lehrern wie dem Volke ein wahrer Spiegel vorgehalten. Der Grundgedanke für den weitern Ausbau des Schulwesens, die Vereinheitlichung der allgemeinen mit der gewerblichen Bildung ist in hohem Masse des Studiums aller Freunde des Schulwesens wert, zumal die bez. Vorschläge als durchaus mögliche und ausführbare angesehen werden dürfen. Gewiss muss diese Richtung allmählig zum Durchbruch kommen.

Die bevorstehende Revision des Volksschulwesens im Kanton Zürich bot zur Zusammenfassung der Übelstände und zur Anregung von Verbesserungen eine natürliche Veranlassung. Möge diese Schrift dem Zwecke dienen, immer weitere Kreise zur Interessenahme an diesen höchst wichtigen Fragen anzuregen und sie auf den richtigen Weg zu leiten.

Wenn Schulmänner selbst anfangen, Äusserungen zu zitiren wie diejenige Humboldt's: „Wäre ich der jetzigen Schuljugend in die Hände gefallen, ich würde leiblich und geistig zu Grunde gegangen sein", oder Droz's: „Ich bin nicht dafür, dass man in der Schule den Unterricht amüsant mache"; dann darf man annehmen, dass sie auf dem rechten Wege seien!

O. V. 24

Im Verlage von Orell Füssli & Co. in Zürich sind erschienen:

SCHULBÜCHLEIN für die Schweiz. Volksschule

Unter Mitwirkung
bewährter Schulmänner
herausgegeben von
H. R. RÜEGG, alt Seminardirektor.
Illustrirt. Solid gebunden.

Büchlein f. d. erste	Klasse 35 Cts.
Büchlein f. d. zweite	Klasse 50 Cts.
Büchlein f. d. dritte	Klasse 60 Cts.
Büchlein f. d. vierte	Klasse 70 Cts.
Büchlein f. d. fünfte	Klasse 75 Cts.
Büchlein f. d. sechste	Klasse 75 Cts.

☞ *Obligatorisch eingeführt in den Kantonen* ***Bern, St. Gallen, Solothurn, Thurgau, Baselland*** *und* ***Appenzell.***

☞ *Im Kanton* ***Aargau*** *hat die Lehrerkonferenz in Muri einstimmig dem Erziehungsrate die Einführung empfohlen.*

☞ *In fakultativem Gebrauch sind die Rüegg'schen Schulbüchlein in den Kantonen* ***Zürich, Schaffhausen, Glarus*** *und* ***Graubünden.***

☞ *Für die deutschen Schulen des Kantons Freiburg und der Stadt Genf werden dieselben in starken Partien bezogen.*

☞ ☞ **Bei Bestellungen ist genau anzugeben, ob die Ausgabe in deutscher Schrift und alter oder neuer Orthographie, oder in Rundschrift (Antiqua) gewünscht wird.**

Urteile der Presse über Rüegg's Schulbüchlein.

Diesen auf den Scherr'schen Grundsätzen beruhende, in Berücksichtigung der neuern methodischen Fortschritte von dem bewährten Schulmanne Rüegg ersteilte Lehrmittel verdient die volle Beachtung der Lehrerwelt. Der Anschauungsunterricht, erzählender und beschreibender Natur, ist nach den richtigen Grundsätzen, gemäss welchen man vom Nahen zum Fernen schreitet, behandelt. Der Druck ist *gross* und *sauber*, was gewiss angesichts der Klagen über stets zunehmende Kurzsichtigkeit sehr zu begrüssen ist. Kurz, das Ganze ist eine sehr lobenswerte Leistung. **Aargauer Schulblatt.**

Ein Hauptvorzug der Bücher besteht, abgesehen von dem recht zweckmässig geordneten Stoffe und den ansprechenden Bildern, in dem ausgezeichneten Drucke und dem festen Papier derselben.

Pädagogischer Jahresbericht.

Wir stehen nicht an, die Rüegg'schen Büchlein als ein ganz vortreffliches Lehrmittel zu bezeichnen und wir können nur wünschen, dass es möglichst bald in allen Kantonen eingeführt werde. Hr. Rüegg verzichtet darauf, lauter Originalstücke zu bieten; vielmehr durchsuchte er die gesamte Jugendliteratur und trug daraus das Beste zusammen. Die Beschreibungen sind fast durchweg aus der Feder des Verfassers und zeichnen sich aus durch *sorgfältige, klare* und *einfache* Fassung.

Pädagogischer Beobachter.

Die Büchlein werden von selbst den Weg in die Volksschule finden. Von einem Eingehen auf den Stoff und die Anordnung desselben kann wohl Umgang genommen werden, da der Name des Autors nur mit durchaus Gediegenem in Verbindung steht.

Schule und Haus.

In Schacht's Lehrbuch der Geographie kommt die Stelle vor: „Schulbücher, vom Schweizer verfasst, gehören zu den besten." Diese Qualifikation verdienen unstreitig die Rüegg'schen Schulbüchlein. Sie sind ein treffliches Unterrichtsmittel, bei dessen gewissenhafter Behandlung reiche Früchte für die Geist- und Gemütsbildung erzielt werden. **Schweizer Schularchiv.**

Schrift-Vorlagen

für die Schule, Kunst, Industrie u. Gewerbe.

Verlag von
ORELL FÜSSLI & Co.
in Zürich.

Neue Schriftvorlagen für Industrie und Handwerk. Federzeichnungen, entworfen und ausgeführt von *Emil Franke*. 4 Hefte à 2 Fr.

Neue Initialen in reichem Farbendruck. Von *Emil Franke*. Heft 1-6 à 1 Fr. 80 Cts., (Heft 7-12 unter der Presse).

Das Neue Monogramm. Enthaltend 360 neueste Monogramme. Von *Emil Franke*. In elegantem Umschlage. Preis 2 Fr.

Rundschrift in fünf Lektionen. Zum Selbstunterricht und Schulgebrauch von *Heinrich Koch*. Mit einem Vorwort von *J. A. O. Rosenkrans*, Kalligraph und Lehrer an der Realschule des Johanneums in Hamburg. 16. Aufl. Preis 1 Fr.

Neue methodische Schreibschule. Für die deutsche und englische Schrift zum Selbstunterricht und Schulgebrauch. I. Teil, 3. Aufl. Preis 1 Fr. II. Teil, 3. Aufl. Preis 2 Fr.

Englische Currentschrift. Schreibvorlagen für Schulen und zum Selbstunterricht von *Heinrich Koch*. Preis 80 Cts.

Dreissig Vorlegeblätter, enthaltend vierzig Stammbuchverse zum Schönschreiben. 2. Aufl. Preis 1 Fr. 80 Cts.

Anleitung für den Schreibunterricht. Praktische Methode zur Erlangung einer geläufigen und schönen Handschrift. Mit einer Beilage von 20 Tafeln Musteralphabete verschiedener Schriftgattungen. Preis 2 Fr.

Zwanzig Tafeln Musteralphabete verschiedener Schriftgattungen. 2. Aufl. In elegantem Umschlag. Preis nur 1 Fr.

Moderne Titelschriften. Für technische Schulen und für Techniker. Mit Reisszeugkonstruktionen und Text. 12 Blatt in Umschlag. Von *J. Steidinger*, Rektor. 2. Aufl. Preis 3 Fr.

Werke für den Zeichenunterricht

J. Häuselmann's **Moderne Zeichenschule.** Methodisch geordnetes Vorlagenwerk für Volksschulen, Mittelschulen und kunstgewerbliche Lehranstalten. Sechs Hefte von je 20 Tafeln in feinem Farbendruck und in eleganter Mappe. Heft I à 4 Fr., Heft II-VI à 6 Fr.

J. Häuselmann's **Schülervorlagen.** Vier Serien zu je 20 Vorlagen, entsprechend den Blättern der Hefte 3-6 der Modernen Zeichenschule. Preis per Serie 85 Cts.

J. Häuselmann's **Agenda für Zeichenlehrer.** 1. Abteilung: Die geometrische Formbildung. 2. Abteilung: Die vegetabilische Formbildung. 3. Abteilung: Die ornamentale Formbildung, im Sinne der Einbeziehung der Farbe. Preis per Abteilung 1 Fr. 50 Cts. 3. Abteilung unter der Presse.

Die Stilarten des Ornaments in den verschiedenen Kunstepochen. Vorlagenwerk von 36 Tafeln in gr. 8°. Zum Gebrauche in Sekundar- und Gewerbeschulen, Seminarien und Gymnasien. Von *J. Häuselmann*. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Preis 6 Fr.

Populäre Farbenlehre für den Gebrauch in Mittelschulen, Gymnasien, Seminarien, Fortbildungs- und Gewerbeschulen. Nach den neuesten Ergebnissen der Wissenschaft von *J. Häuselmann*. Mit 8 Farbendruckbildern und 8 Holzschnitten. Preis 5 Fr.

Anleitung zum Studium der dekorativen Künste für Kunstfreunde und Künstler, Kunsthandwerker und Gewerbetreibende, Zeichenlehrer und Schüler höherer Anstalten. Mit zirka 300 in den Text gedruckten Illustrationen. Von *J. Häuselmann*. Preis 5 Fr. 50 Cts., eleg. geb. 7 Fr. 50 Cts. Zweite Auflage in Vorbereitung.

Das Zeichentaschenbuch des Lehrers. 400 Motive für das Wandtafelzeichnen. Von *J. Häuselmann*. Sechste vermehrte und verbesserte Auflage. Preis 4 Fr.

Taschenbuch für das farbige Ornament. 51 Blätter mit 80 Motiven in bis auf 18 Nuancen kombinirtem Farbendruck, nebst 17 Seiten erläuterndem Texte und einer Anleitung zum Koloriren. Zum Schul- und Privatgebrauch, zu künstlerischen und kunstgewerblichen Arbeiten. Von *J. Häuselmann & B. Ringger*. Eleg. kart. Preis 8 Fr.

Das farbige Ornament. Stilisirte Blatt- und Blütenformen mit Beispielen über deren Verwendung für den Schulunterricht. 24 Bl. in monochromem und polychromem Farbendruck. Mit einer kurzen Farbenlehre. Von *Prof. U. Schoop*, Lehrer des Zeichnens an den höhern Stadtschulen und der Gewerbeschule in Zürich. 4° in Mappe. Dritte Auflage. Preis 8 Fr.

Das Werkzeichnen für Fortbildungsschulen und zum Selbstunterricht. Erstes Heft: Grundformen der Schreinerei. Zweites Heft: Grundformen für Maurer und Zimmerleute. Drittes Heft: Satzformen der Flachornamente. Von *Friedrich Grakum*, Professor am Eidgenössischen Polytechnikum in Zürich. Preis per Heft 85 Cts.

Gewerbliche Massformen. Zeichenvorlagen für Handwerker- und Mittelschulen, sowie zum Selbstunterricht. Von *Friedrich Graberg*, Professor. Preis 2 Fr.

Das Malen mit Wasserfarben. Eine leichtfassliche und gründliche Anleitung mit besonderer Berücksichtigung der Farbenmischungen und Schattirungen für den Schul- und Selbstunterricht. Von *Hermann Sager*. Preis 2 Fr.

Verlag von ORELL FÜSSLI & Co. in ZÜRICH.